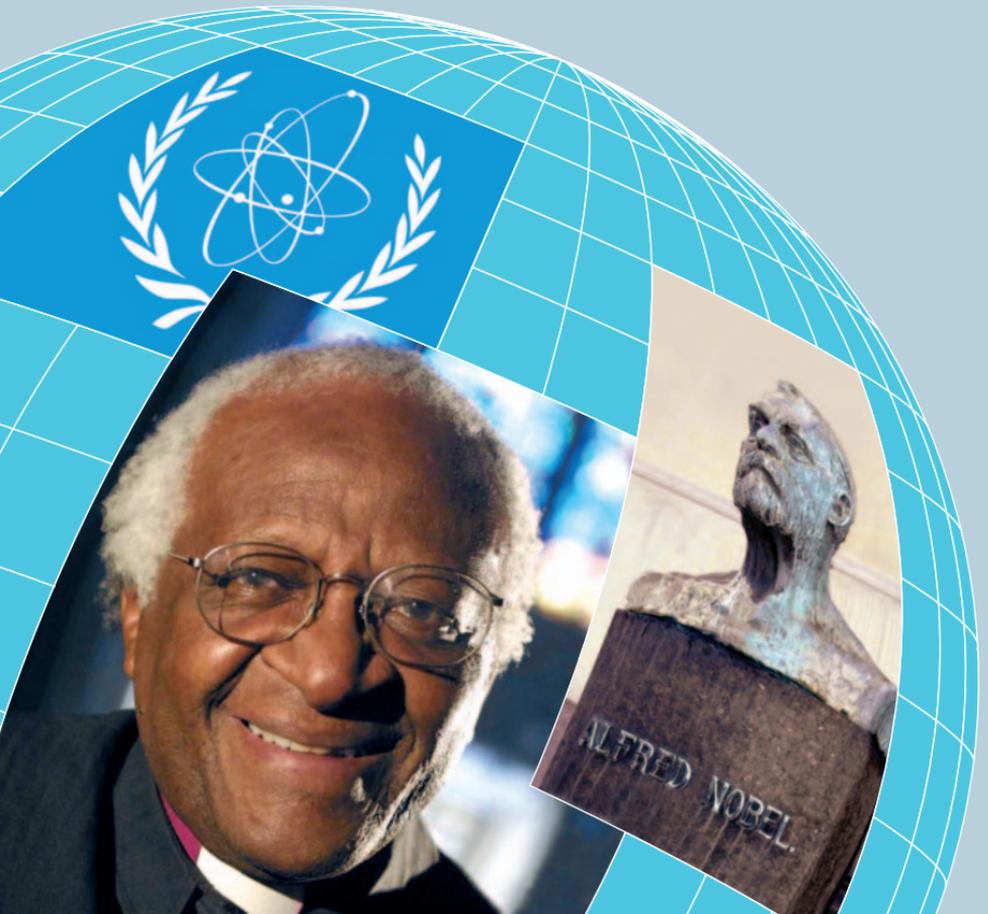


Friedens- nobelpreisträger

Geschichte | Personen | Organisationen



WikiPress

Friedensnobelpreisträger

Alljährlich am 10. Dezember, dem Todestag Alfred Nobels, wird der Friedensnobelpreis vom norwegischen König in Oslo verliehen. Im Jahr 1901 erhielt Henri Dunant für die Gründung des Roten Kreuzes und seine Initiative zum Abschluss der Genfer Konvention als Erster die begehrte Auszeichnung. Mit dem Preis, den Nobel in seinem Testament gestiftet hatte, wurden weltweit zum ersten Mal die Leistungen der Friedensbewegung offiziell gewürdigt. Im Gegensatz zu den anderen Nobelpreisen kann der Friedensnobelpreis auch an Organisationen vergeben werden, die an einem Friedensprozess beteiligt sind. Dieses Buch stellt in ausführlichen Beiträgen sämtliche Friedensnobelpreisträger seit 1901 sachkundig vor.

Alle Artikel sind aus der freien Enzyklopädie Wikipedia zusammengestellt und zeichnen ein lebendiges Bild von der Vielfalt, Dynamik und Qualität freien Wissens – zu dem jeder beitragen kann.

Achim Raschka hat einige Jahre seines Lebens damit verbracht, Biologie zu studieren, und vor vier Jahren sein Diplom mit den Schwerpunkten Zoologie, Humanbiologie, Ökologie und Paläontologie abgeschlossen. Er ist verheiratet und Vater von zwei Kindern, hat einen Facharbeiterbrief als Physiklaborant, ist ehemaliger Zivildienstleistender einer Jugendherberge in Nordhessen sowie ambitionierter Rollenspieler und Heavy-Metal-Fan.

Während seines Studiums betreute er verschiedene Kurse, vor allem in Ökologie (Bodenzoologie und Limnologie), Zoologie sowie in Evolutionsbiologie und Systematik. Seit dem Studium darf er als Dozent an der Freien Universität in Berlin regelmäßig eigene Kurse in Ökologie geben. Außerdem war er kurz beim Deutschen Humangenomprojekt (DHGP) und betreute mehrere Jahre Portale bei verschiedenen Internetplattformen. Zur Wikipedia kam Achim Raschka während seiner Zeit im Erziehungsurlaub für seinen jüngeren Sohn. Hier ist er vor allem in den Bereichen aktiv, in denen es um Tiere ohne Fell geht; allerdings wagt er sich auch in alle anderen spannenden Themenbereiche vor.

Friedensnobelpreisträger

Geschichte, Personen, Organisationen

Aus der freien Enzyklopädie Wikipedia
zusammengestellt von

Achim Raschka

WikiPress 10

Zenodot Verlagsgesellschaft mbH

Friedensnobelpreisträger

Geschichte, Personen, Organisationen
Aus der freien Enzyklopädie Wikipedia
zusammengestellt von Achim Raschka

WikiPress 10

Originalausgabe

Veröffentlicht in der Zenodot Verlagsgesellschaft mbH

Berlin, November 2005

Die Artikel und Bilder dieses Bandes stammen aus der Wikipedia (<http://de.wikipedia.org>, Stand 11. September 2005) und stehen unter der GNU-Lizenz für freie Dokumentation. Sie wurden vom WikiPress-Redaktionsteam für den Druck aufbereitet und modifiziert. Sie dürfen diese modifizierte Version unter den Bedingungen der Lizenz benutzen. Die Versionsgeschichte aller Artikel finden Sie unter der angegebenen Quelle oder in gesammelter Form als Textdatei unter http://www.wikiPress.de/baende/friedensnobelpreis_historien.txt. Eine transparente, elektronische Kopie finden Sie unter <http://www.wikiPress.de/baende/friedensnobelpreis.xml>.

Copyright (c) 2005 Zenodot Verlagsgesellschaft mbH, Berlin

Permission is granted to copy, distribute and/or modify this document under the terms of the GNU Free Documentation License, Version 1.2 or any later version published by the Free Software Foundation; with no Invariant Sections, no Front-Cover Texts, and no Back-Cover Texts. A copy of the license is included in the section entitled »GNU Free Documentation License«.

Das Logo der Wikipedia ist durch die Wikimedia Foundation, Inc. urheber- und markenrechtlich geschützt.

Umschlagfotos: Flagge der Internationalen Atomenergieorganisation (Gemeinfrei), Büste von Alfred Nobel (Bjoern Erik Pedersen/GFDL), Desmond Tutu (Benny Gool, Freigegeben), Italienische Friedensflagge (CIA, Freigegeben), Tenzin Gyatso (Dalai Lama) (Buddhismus.at/Freigegeben), Friedenstaube (Gemeinfrei), Nobelpreis-Medaille (Gemeinfrei), Mutter Teresa (Gemeinfrei), Martin Luther King, jr. (Gemeinfrei)

Umschlaggestaltung: Ute Scharrer

Druck und Bindung: Ebner & Spiegel, Ulm

Printed in Germany

ISBN-10 3-86640-010-1

ISBN-13 978-3-86640-010-8

Inhalt

Vorwort9	Anhang	355
Der Friedensnobelpreis9	Literatur	355
Dieses Buch9	Weblinks	355
Dank	10	Gesamtautorenliste	356
Übersicht	11	GNU Free Documentation	
Friedensnobelpreis	11	License	360
Liste der		GNU Free Documentation	
Friedensnobelpreisträger	17	License (deutsch)	364
Chronologie der		Bildnachweis	369
Friedensnobelpreise	24	Index	371

An die Leserinnen und Leser dieses Buchs

Erinnern Sie sich bitte an Ihre jüngsten Leseerfahrungen mit Sach- oder Fachliteratur. Haben Sie sich gefragt, wodurch sich die Autoren legitimieren? Gehen wir einmal davon aus, dass Bücher in aller Regel von Fachleuten geschrieben werden. Sie werden Ihnen an exponierter Stelle im Buch vorgestellt, ihre Qualifikation ergibt sich aus ihrer derzeitigen Beschäftigung, aus ihrer dokumentierten fachlichen Erfahrung und aus der Liste ihrer bisherigen Buchveröffentlichungen. So gibt es letztlich keine Zweifel daran, dass die Informationen der Autorin oder des Autors es lohnen, gedruckt zu werden. So weit, so gut. – Wir hoffen, Ihr letztes Sachbuch hat Sie weitergebracht. Die Chancen dafür stehen gut, denn wir haben im deutschen Sprachraum eine breit gefächerte und nach hohen Qualitätsmaßstäben arbeitende Verlagslandschaft. Aber Moment mal! Ist jeder geschriebene Satz in dem Buch wahr? Lesen Sie nicht mitunter Behauptungen, denen Sie weniger zustimmen können? Gibt es überhaupt ein Sachgebiet, in dem sich alle Experten stets einig sind? Nein? Dann müsste es doch zum selben Thema auch ebenso gut gemachte Bücher geben, die zu manch einem Aspekt glatt die entgegengesetzte Auffassung vertreten. Und tatsächlich: Es gibt sie nahezu zu jedem Thema.

Was bedeutet dies für Sie? Es bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als jedes Buch kritisch zu lesen. Und in diesem Buch laden wir Sie dazu gleich zu Beginn ausdrücklich und herzlich ein!

Dieses Buch hat keine Autorin und keinen Autor. Es hat ganz viele. Wie viele? Das können wir Ihnen nicht genau sagen. Wir kennen zudem die wenigsten von ihnen. Wir wissen nicht, wo sie wohnen, was sie beruflich machen, wie alt sie sind oder was sie dafür qualifiziert, dieses Buch zu schreiben. Und noch was: Wir glauben, die meisten haben sich untereinander noch nie gesehen. Dennoch begegnen sie sich regelmäßig: In der Wikipedia – der freien Enzyklopädie. Diese Wikipedia ist das bislang schillerndste Beispiel sogenannter Wikis, einer neuartigen Form von Internetseiten, die es dem Leser ermöglichen, ihre Inhalte nicht mehr nur einfach zu konsumieren, sondern sie spontan zu verändern. Hierbei ist jedem der Zugang erlaubt – Hobbyforschern und Lehrstuhlinhabern, Fachstudenten und Schülern, Jugendlichen und Senioren. Niemand muss seine Qualifikation nachweisen, doch seine Beiträge müssen dem Urteil der Gemeinschaft standhalten, sonst werden sie in kürzester Zeit wieder entfernt. Das Faszinierende hierbei ist: Das Prinzip funktioniert!

Vieles hat die Wikipedia mit den konventionellen Enzyklopädien gemeinsam. Anderes hingegen unterscheidet sie deutlich von allen anderen Werken. Befindet sich in einem Text in der Wikipedia ein Fehler, so wird er meistens schnell von einem aufmerksamen Mitleser beseitigt. Das ist etwas, das auf einer statischen Buchseite nicht reproduziert werden kann. Sie können dem Verlag, der die Enzyklopädie herausgegeben hat, zwar um eine Korrektur bitten, aber Sie können sich nicht sicher sein, dass dies auch getan wird. In der Wikipedia können und dürfen Sie derartige Korrekturen jederzeit selbst vornehmen; Sie werden sogar darum gebeten!

Um auch Ihnen – den Buchlesern – Korrekturen zu ermöglichen, enthält dieser Band eine Besonderheit: Die »Edit Card«. Auf ihr können Sie Korrekturen, Verbesserungsvorschläge, erweiternde Informationen oder einfach Ihre Meinung an unseren Verlag einsenden. Unsere Redaktion pflegt Ihren Beitrag dann entsprechend in der Wikipedia im Internet ein.

Vielleicht wird Ihnen nach der Lektüre des Buches, wenn Sie sich in das Abenteuer Wikipedia im Internet stürzen, der eine oder andere Artikel auffallen, der im Wortlaut nicht exakt dem dieses Buches entspricht. Kein Wunder: die Inhalte der Wikipedia sind ständig im Fluss. Ihre Nutzer lesen und arbeiten rund um die Uhr: Sie korrigieren grammatikalische Fehler, ersetzen ein falsches Wort durch ein korrektes, sie ergänzen wichtige Informationen oder beseitigen eine sachlich falsche Aussage.

Dieses Buch dokumentiert nur einen kleinen Mosaikstein aus diesem großen Projekt. Es präsentiert ein Thema, das mit einer für eine Buchpublikation gewünschten Informationstiefe und Ausgewogenheit in der Wikipedia vertreten ist. Dieses Buch wünscht sich Leser, die es gleichermaßen interessiert und kritisch lesen. Kein Wort ist nur dadurch wahr, dass es in einer professionellen Druckerei auf gutem Papier gedruckt wurde. Und dies gilt für dieses Buch genau so wie für jedes andere. Bücher sind Medien, die Gedachtes, Gemeintes und Gewusstes vom Autor zum Leser transportieren. Das Medium, das Sie in den Händen halten, transportiert das Ergebnis einer Kollektivarbeit zahlreicher Menschen.

Wie auch immer Sie dieses Buch nutzen, entscheiden Sie am Ende selbst. Vielleicht möchten Sie es auch einfach nur lesen. Denn hierzu haben wir es Ihnen gedruckt und Sie haben es hierzu bei Ihrem Buchhändler erworben.

Wir wünschen Ihnen mit diesem Buch viel Vergnügen. Lesen Sie kritisch! Jedes Buch. Immer.

Das Team von WikiPress

Vorwort

Der Friedensnobelpreis

Seit im Jahr 1901 die ersten Nobelpreise vergeben wurden, hat sich diese Auszeichnung zur wichtigsten und am meisten beachteten internationalen Prämierung überhaupt entwickelt. Dies trifft sowohl auf die naturwissenschaftlichen Disziplinen wie die Chemie, Physik und Medizin zu wie auch für die Literatur und die Wirtschaftswissenschaften.

Ganz besonders gilt dies allerdings für den Friedensnobelpreis, der ersten und bis heute wichtigsten Auszeichnung für besondere Leistungen in der Arbeit für den Frieden in der Welt. Zugleich ist jedoch auch kein Preis so umstritten wie dieser, und die Verleihung an herausragende Personen im Kampf für den Frieden führt entsprechend alljährlich zu Zustimmung, aber auch zu Protesten. Eine Auszeichnung für einen Widerstandskämpfer ist zugleich auch immer ein Zeichen gegen die Strukturen, die er bekämpft, und ein Preis für einen Politiker für die Beendigung eines Krieges kann zugleich die Prämierung eines Menschen sein, der an anderer Stelle für Krieg und Unterdrückung steht. Besonders aufgrund dieser gegensätzlichen Interpretationsmöglichkeiten ist das Komitee, das die Auswahl der Preisträger durchführt, politisch weitestgehend unabhängig und in seiner Auswahl niemandem zu einer Rechenschaft verpflichtet.

Dieses Buch

Dieses Buch soll dem Leser alle Preisträger der letzten 104 Jahre vorstellen und ihr Werk aufzeigen, für das sie ausgezeichnet wurden. Es sammelt zu diesem Zweck die Biographien der Preisträger, die in der freien Online-Enzyklopädie Wikipedia über die Personen in Gemeinschaftsarbeit zusammengetragen wurden.

Dabei wird dem Leser auffallen, dass es sehr unterschiedliche Gewichtungen gibt: Einige Artikel sind relativ kurz, andere deutlich ausführlicher. Dies hängt in erster Linie mit der Entstehung der Artikel in der Wikipedia zusammen. Hier werden Artikel von tausenden Freiwilligen zusammengestellt und überarbeitet, die ein Interesse an der Erstellung einer frei verfügbaren Enzyklopädie haben. Sie fokussieren dabei auf die Artikel, die

ihnen persönlich besonders wichtig sind, und bauen diese entsprechend aus. Andere Artikel werden weniger stark berücksichtigt – häufig ist dies ein Spiegel der geschichtlichen Relevanz der beschriebenen Personen, an vielen Stellen handelt es sich jedoch auch einfach um ein persönliches Interesse der Autoren an einer bestimmten Person oder Personengruppe.

Vor allem vor diesem Hintergrund erhebt dieses Buch nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, auch ein einheitlicher Stil der Artikel ist aufgrund der Herkunft nicht zu erwarten. Es wird Unstimmigkeiten enthalten, ebenso vielleicht Fehler und Lücken. An dieser Stelle sind Sie als Leser aufgerufen, uns zu helfen – sei es durch Einsendung der Editcard am Ende des Buches oder durch aktive Mithilfe in der Wikipedia.

Dank

Wie alle Artikel der Wikipedia sind auch die hier gesammelten ein Ergebnis der Zusammenarbeit der Autoren in der Wikipedia. Ohne diese würde es weder die freie Enzyklopädie noch dieses Buch geben. Der Dank geht dabei an alle Beteiligten, seien es nun die Autoren von Artikeln unterschiedlichster Länge, Ausführlichkeit und Qualität, die Übersetzer, die Fehlersucher und Korrekturleser, die Fotografen und Bilderbeschaffer, die Entwickler, Empathen und Koordinatoren im Hintergrund und natürlich auch die Leute der selbsternannten Müllabfuhr, die die Wikipedia vom anfallenden Müll nach Kräften befreien und freihalten. Ein weiterer Dank geht natürlich an die Mitarbeiter des Verlages, der dieses Buch ermöglicht hat, hier ganz besonders an Gertraud Götz für die konsequente und notwendige (für den Herausgeber an manchen Stellen jedoch auch schmerzhaft) Nachbearbeitung der Texte.

Übersicht

Friedensnobelpreis

Der **Friedensnobelpreis** ist eine Auszeichnung für besondere Verdienste in der Friedensarbeit. Er wurde, wie auch die anderen Nobelpreise, von dem schwedischen Erfinder und Industriellen Alfred Nobel gestiftet. Er wird seit 1901 jedes Jahr am Todestag Alfred Nobels, dem 10. Dezember, in Oslo verliehen.

Grundlage des Friedensnobelpreises

Der Friedensnobelpreis geht zurück auf das Testament des 1896 verstorbenen Alfred Nobel, in dem er über die Verwendung seines Vermögens in Höhe von etwa 31 Millionen schwedischer Kronen verfügte. Das Geld wurde in einer Stiftung angelegt, die von einem Rat von sechs Direktoren geleitet wird und nach der Prüfung des Testaments 1898 eingesetzt wurde. Die Nobelpreise werden nach dem Testament aus den Zinsen des Fonds gebildet, die in fünf gleich großen Teilen an die verschiedenen Disziplinen vergeben werden. Neben dem Friedensnobelpreis sind dies die Bereiche Medizin und Physiologie, Physik, Chemie und Literatur. Der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ist nicht im Testament verankert und wird erst seit 1969 als Gedenkpreis der schwedischen Reichsbank zusätzlich vergeben.



Abb. 1: Alfred Nobel

Zur Vergabe des Friedensnobelpreises heißt es im Testament:

»Ein Teil dem, der am meisten oder besten für die Verbrüderung der Völker gewirkt hat und für die Abschaffung oder Verminderung der stehenden Heere sowie für die Bildung und von Friedenskongressen.«

Durch diese Festlegung wurde der Friedensnobelpreis zur weltweit ersten Auszeichnung für die Arbeit in der Friedensbewegung.

Anders als bei allen anderen Nobelpreisen, die in Stockholm vergeben werden, erfolgt die Verleihung in der norwegischen Hauptstadt Oslo. Der **Preisträger des Friedensnobelpreises** wird von einem fünfköpfigen Komitee, dem Norwegischen Nobelkomitee, ausgewählt. Die Mitglieder des Komitees werden von dem norwegischen Parlament, dem Storting, ernannt.

Die Erklärung hierfür liegt darin begründet, dass zu Nobels Lebzeiten Schweden und Norwegen vereinigt waren und außenpolitische Fragen nur durch das schwedische Parlament entschieden wurden. Nobel selbst hat nie erklärt, warum er den Preis nicht wie alle anderen in Schweden vergeben lassen wollte. Man geht allerdings davon aus, dass er der Meinung war, das norwegische Parlament, das nur für die Innenpolitik verantwortlich war, wäre Manipulationen durch die Regierung weniger stark ausgeliefert. Hinzu kommt, dass Alfred Nobel den norwegischen Autor Bjørnstjerne Bjørnson sehr schätzte und er sich deshalb Norwegen als Ort für die Verleihung des Preises wünschte.

Alfred Nobel hielt außerdem in seinem Willen fest:

»Es ist mein ausdrücklicher Wunsch, dass bei der Vergabe des Preises keine Rücksicht genommen werden soll auf die Nationalität der Kandidaten und dass der Würdigste den Preis erhält, unabhängig davon, ob er Skandinavier ist oder nicht.«

Das Nobelpreiskomitee

Das Komitee zur Vergabe des Friedensnobelpreises besteht aus fünf Personen, die vom norwegischen Parlament ausgewählt und ernannt werden. Diese Auswahl gilt für einen Zeitraum von sechs Jahren, wobei die Mitglieder auch wiedergewählt werden können. Die politische Zusammensetzung des Parlaments spiegelt sich dabei naturgemäß auch in der Zusammensetzung des Komitees wider. Das Komitee selbst wählt aus seinen Reihen den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, der Direktor des Nobel-Institutes stellt den Sekretär des Komitees dar. Obwohl es sich dabei nicht um eine Bedingung handelt, waren bislang alle Vertreter dieses Ausschusses Norweger.

Das Komitee ist in seiner Entscheidung vollkommen unabhängig von äußeren Einflüssen. Die Sitzungen müssen nicht protokolliert und Entscheidungen nicht gerechtfertigt werden, auch nicht dann, wenn es zu konträren Meinungen kommt. Entsprechend nimmt das Komitee auch in den nach der Vergabe folgenden Diskussionen nie Stellung zur Entscheidung.

Bis 1936 konnten auch Mitglieder der Regierung zu Vertretern des Komitees gewählt werden, dies änderte sich nach der Vergabe des Friedensnobelpreises an den deutschen Widerstandskämpfer und Juden → Carl von Ossietzky. Diese Vergabe wurde von Deutschland und besonders von Adolf Hitler scharf verurteilt und als Akt aggressiver Außenpolitik Norwegens gegenüber dem Deutschen Reich gewertet. Seitdem gab es keine

Regierungsmitglieder in diesem Ausschus. 1977 wurde die Regel insofern noch einmal verschärft, als dass keine Mitglieder aus regierungsnahen Ausschüssen zugelassen werden, zeitgleich mit der Namensänderung vom *Nobel-Komitee der norwegischen Regierung* in das *Norwegische Nobel-Komitee*

Die aktuelle Besetzung besteht seit 2003, einzelne Mitglieder werden im Jahr 2005 ausgetauscht bzw. bestätigt werden. Entsprechend bilden folgende Personen die aktuelle Kommission:

- Ole Danbolt Mjøs (* 1939) ist Mediziner und Professor an der Universität von Tromsø. Dort war er von 1989 bis 1995 Präsident dieser Universität. Er gehört der *Christlichen Volkspartei Norwegens* an und bekleidete in dieser Funktion mehrere politische Ämter. Ole Danbolt Mjøs ist seit 2003 Mitglied der Kommission und leitet diese seit dem selben Jahr.
- Berge Ragnar Furre (* 1937) ist Historiker und Professor für Theologie an der Universität von Oslo. Er war außerdem parlamentarischer Leiter der *Sozialistischen Linkspartei Norwegens* von 1975 bis 1976 und Parteiführer von 1976 bis 1983. Als Mitglied der norwegischen Regierung, dem Storting, war er von 1973 bis 1977 aktiv. Er ist Mitglied der Kommission seit 2003 und wurde im selben Jahr zum stellvertretenden Leiter gewählt.
- Sissel Marie Rønbeck (* 1950) ist stellvertretende Direktorin im Institut für das kulturelle Erbe Norwegens (*Riksantikvaren*). Sie war Leiterin der *Sozialdemokratischen Jugend* von 1975 bis 1977 und Mitglied des Storting von 1977 bis 1993. Als Ministerin im Regierungskabinett war sie tätig von 1979 bis 1981, von 1986 bis 1989 und von 1996 bis 97. Sie ist Mitglied der Kommission seit 2003.
- Inger-Marie Ytterhorn (* 1941) ist Seniorberaterin der *Norwegischen Fortschrittspartei* und war Mitglied des Storting von 1989 bis 1993. Sie ist seit 2000 Mitglied im Nobelpreiskomitee.
- Kaci Kullmann Five (* 1951) ist selbstständige Beraterin für Öffentlichkeitsarbeit und Public Affairs. Sie war Leiterin der Jungen Konservativen von 1977 bis 1979. Mitglied des Storting war sie von 1981 bis 1997. Als Ministerin für Handel, Schifffahrt und Europäische Zusammenarbeit wirkte sie von 1989 bis 1990. Von 1991 bis 1994 war sie Leiterin der *Konservativen Partei Norwegens*. Seit 2003 ist sie Mitglied im Nobelpreiskomitee
- Als Direktor des Nobel-Institutes und damit Sekretär der Kommission wirkt Professor Geir Lundestad (* 1945).

Nominierung und Vergabe



Abb. 2: Übergabe des Friedensnobelpreises 1963

Vorschläge für den Friedensnobelpreis können neben den Mitgliedern der Kommission und früheren Preisträgern alle Mitglieder einer Regierung oder des *Internationalen Gerichtshofs* in Den Haag sowie Professoren der Fachrichtungen Sozialwissenschaft, Geschichte, Philosophie, Recht und Theologie und die Leiter von Friedensforschungsinstituten und ähnlichen Organisationen einreichen.

Im Gegensatz zu den anderen Nobelpreisen kann der Friedensnobelpreis nicht nur für die abschließende Lösung eines Konflikts vergeben werden, sondern auch an Personen oder Organisationen, die an einem Friedensprozess beteiligt sind. Daher können einige Friedensnobelpreise im heutigen Licht als fraglich erachtet werden. Dies gilt besonders für die Friedensnobelpreise der Jahre 1973, als ➔Henry Kissinger (USA) und ➔Le Duc Tho (Vietnam) (verzichtete auf den Preis) für das Friedensabkommen von 1973 in Vietnam ausgezeichnet wurde und 1994, als neben ➔Schimon Peres und ➔Jitzhak Rabin auch ➔Jassir Arafat für seine Bemühungen zur Lösung des Nahostkonfliktes ausgezeichnet wurde. Eine Aberkennung ist jedoch nicht möglich.

Die Nominierungen müssen beim Komitee bis zum 1. Februar des betreffenden Jahres eingegangen sein, spätere Nominierungen werden für das laufende Jahr nicht angenommen und gehen in die Entscheidung zum nächsten Jahr ein. Dabei bekam die Kommission in einigen Jahren deutlich mehr als 140 Vorschläge für Personen pro Jahr, aus denen sie maximal drei Personen auswählen darf. Im Auftrag des Sekretärs des Komitees werden sowohl permanente als auch spezielle Beobachter mit dem Bericht über die Kandidaten beauftragt. Diese Berichte sollen die Entscheidung durch die Kommissionsmitglieder erleichtern und unterstützen, sie dürfen jedoch keine Bewertungen oder Empfehlungen der Nominierten beinhalten.

Für die Benennung der Preisträger gibt es kein festes Datum, meistens handelt es sich jedoch um einen Freitag um die Mitte des Monats Oktober. Die Bekanntmachung findet offiziell im Gebäude des Nobel-Institutes statt. Die Vergabe erfolgt erst am 10. Dezember des Jahres, dem Todestag von Alfred Nobel. Anders als bei den anderen Nobelpreisen wird der Preis und die dazugehörige Medaille und Urkunde vom Kommissionsleiter ver-

geben und nicht vom König, dieser ist jedoch ebenso wie verschiedene Mitglieder der norwegischen Regierung bei der Zeremonie eingeladen und anwesend. Nach der Verleihung des Preises erfolgt im Regelfall die »Nobel Lecture«, eine Vorlesung oder Ansprache der Preisträger. Diese wird veröffentlicht in der jährlich erscheinenden Buchserie »Les Prix Nobel«, außerdem auf den Websites des *Nobel e-museum* und des norwegischen Nobelinstitutes. Am gleichen Abend findet außerdem ein Bankett in kleinerer Runde statt.

Entwicklung des Friedensnobelpreises



Abb. 3: Die Friedensnobelpreismedaille 1921, verliehen an Christian Lous Lange

Der Friedensnobelpreis wurde erstmalig 1901 an zwei Personen vergeben. Dies waren der Gründer des *Internationalen Komitees des Roten Kreuzes*, ➔Henri Dunant und der Gründer der französischen Friedensgesellschaft *Société Française pour l'arbitrage entre nations*, ➔Frédéric

Passy. Seitdem erfolgte die Vergabe bis 2004 an 91 Personen und 18 Organisationen. Von allen Nobelpreisen wurde in dieser Disziplin allerdings am häufigsten auf eine Vergabe verzichtet und in den 104 Jahren wurde der Preis nur 83 Mal ausgegeben. Dabei liegt der Frauenanteil mit 12 Frauen bis zum Jahr 2004 höher als in allen anderen Disziplinen, der Nobelpreis für Literatur ging immerhin bisher 11 Mal an eine Frau.

Seit 1960 wird der Friedensnobelpreis auch für den Einsatz für die Menschenrechte, seit 2004 auch für die Arbeit für die Umwelt und eine nachhaltige Entwicklung vergeben. Die Vergabe des Friedensnobelpreises ist besonders stark geprägt von Widersprüchen und entsprechend sehr umstritten. Die ausgewählten Personen und Organisationen sind häufig sehr stark polarisierend, und entsprechend kommt es bei nahezu jeder Vergabe zu Anfeindungen über die Entscheidung. Eine Rücknahme des Preises ist allerdings nicht möglich und die Entscheidung des Gremiums entsprechend nicht formal anfechtbar.

Eine wichtige Entwicklung betrifft die Erstellung der Dossiers für die Kommissionsmitglieder. Diese wurden in den Anfangstagen allein vom Sekretär des Komitees, ➔Christian Lous Lange, geschrieben und weitergegeben. Mit der Gründung des norwegischen Nobel-Institutes 1904 bekam der Sekretär Unterstützung durch permanente Berater. Dies waren bis in die 1980er Jahre hinein drei Personen, die Experten für internationales

Recht, Geschichte und Weltwirtschaft waren. Mittlerweile gibt es vier dauerhafte Berater, außerdem können zu speziellen Kandidaten weitere Berater zugezogen werden.

Obwohl die Vergabe des Preises durch ein norwegisches Komitee bereits von Beginn an kritisiert wurde, kann bei einer Analyse der bisherigen Preisträger keine überdurchschnittliche Bevorzugung von Norwegern oder Skandinaviern gefunden werden. Bislang ging der Preis an acht Skandinavier, davon waren fünf Schweden, einer ein Däne und zwei Norweger.

Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Friedensnobelpreis>. Hauptautoren: Achim Raschka, ALE!, Fschoenm, Hoheit, Chobot, EBB, Head, UW, Lost Espandrillo, MIGNON, Southpark, AnjaK, Media lib, Zerohund, Thommess, anonyme Bearbeiter.

Liste der Friedensnobelpreisträger

Diese Liste bietet eine chronologische Übersicht der Träger des Friedensnobelpreises.

1901	Jean Henri Dunant (Schweiz)	Gründer des <i>Internationalen Komitees des Roten Kreuzes</i>
	Frédéric Passy (Frankreich)	Gründer der Friedensgesellschaft Frankreichs (<i>Société Française pour l'arbitrage entre nations</i>)
1902	Élie Ducommun (Schweiz)	vom <i>Ständigen Internationalen Friedensbüro (Bureau International Permanent de la Paix)</i> in Bern
	Charles Albert Gobat (Schweiz)	Tätigkeit in der <i>Allgemeinen Interparlamentarischen Union (Inter-Parliamentary Union)</i> in Bern
1903	Sir William Randal Cremer (Großbritannien)	Mitbegründer der <i>Internationalen Schiedsliga (International Arbitration League)</i>
1904	<i>Institut de droit international</i> (Belgien)	(<i>Institut für Völkerrecht</i>)
1905	Baronin Bertha von Suttner (Österreich)	genannt Gräfin Kinski von Chinic und Tettau, Ehrenpräsidentin des <i>Permanent International Peace Bureau</i>
1906	Theodore Roosevelt (USA)	Vermittlung im Friedensvertrag zwischen Russland und Japan von 1905
1907	Ernesto Teodoro Moneta (Italien)	Präsident der <i>Lombardischen Friedensliga</i>
	Louis Renault (Frankreich)	Professor für Internationales Recht
1908	Klas Pontus Arnoldson (Schweden)	Gründer der <i>Schwedischen Friedens- und Schiedsliga</i>
	Fredrik Bajer (Dänemark)	Ehrenpräsident des <i>Ständigen Internationalen Friedensbüros</i>
1909	Auguste Beernaert (Belgien)	Mitglied des <i>Internationalen Schiedsgerichtshofes</i> in Haag
	Paul Henri Benjamin Balluet d'Estournelles de Constant (Frankreich)	Gründer und Präsident der <i>Französischen Parlamentarischen Gruppe für freiwillige Schiedsgerichtsbarkeit</i> und Gründer des <i>Komitees für die Verteidigung nationaler Interessen und internationaler Versöhnung</i>

1910	Bureau International Permanent de la Paix (Bern)	(Ständiges Internationales Friedensbüro)	1929	Frank Billings Kellogg (USA)	Verhandlungspartner des Briand-Kellogg-Pakts
1911	Tobias Asser (Niederlande)	Organisator der <i>Internationalen Konferenz für Privatrecht</i> in Haag	1930	Nathan Söderblom (Schweden)	Einsatz für die Ökumene
	Alfred Hermann Fried (Österreich)	Gründer der Zeitschrift »Die Waffen nieder« (später umbenannt in »Die Friedens-Warte«)	1931	Jane Addams (USA)	Präsidentin der <i>Women's International League for Peace and Freedom</i>
				Nicholas Murray Butler (USA)	Einsatz für den Briand-Kellogg-Pakt
1912	Elihu Root (USA)	Autor verschiedener Schiedsverträge	1932	<i>nicht verliehen</i>	
1913	Henri La Fontaine (Belgien)	Präsident des <i>Ständigen Internationalen Friedensbüros</i>	1933	Sir Ralph Norman Angell-Lane (Großbritannien)	Mitglied der Exekutivkommission des <i>Völkerbunds</i> und des <i>Nationalen Friedensrats</i>
1914–16	<i>nicht verliehen</i>		1934	Arthur Henderson (Großbritannien)	Vorsitzender der Konferenz zur Entwaffnung des <i>Völkerbundes</i> (1932-1934)
1917	<i>Internationales Komitee vom Roten Kreuz</i> (Genf)		1935	Carl von Ossietzky (Deutschland)	Pazifist und Journalist, das Deutsche Reich verbietet daraufhin seinen Staatsbürgern die Annahme des Preises
1918	<i>nicht verliehen</i>		1936	Carlos Saavedra Lamas (Argentinien)	Präsident des <i>Völkerbundes</i> und Vermittler im Konflikt zwischen Paraguay und Bolivien (1935)
1919	Thomas Woodrow Wilson (USA)	Gründer des <i>Völkerbundes</i>	1937	Robert Cecil, 1. Viscount Cecil of Chelwood (Lord Edgar Algernon Robert Gascoyne Cecil) (Großbritannien)	Gründer und Präsident der <i>Internationalen Friedenskampagne</i>
1920	Léon Victor Bourgeois (Frankreich)	Präsident des <i>Völkerbundes</i>	1938	<i>Office international Nansen pour les réfugiés</i>	(<i>Internationales Nansen-Amt für Flüchtlinge</i>)
1921	Karl Hjalmar Branting (Schweden)	Schwedischer Delegierter im Rat des <i>Völkerbundes</i>	1939–43	<i>nicht verliehen</i>	
	Christian Lous Lange (Norwegen)	Generalsekretär der <i>Allgemeinen Interparlamentarischen Union</i>	1944	<i>Internationales Komitee vom Roten Kreuz</i>	
1922	Fridtjof Nansen (Norwegen)	Erfinder des so genannten Nansen-Passes für Flüchtlinge	1945	Cordell Hull (USA)	Mitgründer der <i>Vereinten Nationen</i>
1923/24	<i>nicht verliehen</i>		1946	Emily Greene Balch (USA)	Präsidentin der <i>Women's International League for Peace and Freedom</i>
1925	Austen Chamberlain (Großbritannien)	Verhandlungspartner des »Vertrages von Locarno«.		John Raleigh Mott (USA)	Vorsitzender des <i>International Missionary Council</i> , Präsident der <i>World Alliance of Young Men's Christian Associations</i> (YMCA), Gründungsgeneralsekretär des <i>Christlichen Weltstudentenbundes</i>
	Charles Gates Dawes (USA)	Begründer des Dawes-Plans.	1947	Die Quäker, vertreten durch <i>The Friends Service Council</i> (London) und <i>The American Friends Service Committee</i> (Washington).	
1926	Aristide Briand (Frankreich)	für die Beiträge zum »Vertrag von Locarno« und zum Dawes-Plan			
	Gustav Stresemann (Deutschland)	Verhandlungspartner des »Vertrages von Locarno«			
1927	Ferdinand Buisson (Frankreich)	Gründer und Präsident der <i>Ligue des Droits de l'Homme</i> (<i>Liga für Menschenrechte</i>)			
	Ludwig Quidde (Deutschland)	Teilnehmer an verschiedenen Friedenskonferenzen			
1928	<i>nicht verliehen</i>				

1948	nicht verliehen		1965	United Nations Children's Fund (UNICEF)	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
1949	John Boyd Orr (Großbritannien)	Organisator und Direktor der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (<i>General Food and Agricultural Organization</i>), Präsident des Nationalen Friedensrats (<i>National Peace Council</i>) und der Weltunion der Friedensorganisationen (<i>World Union of Peace Organizations</i>)	1966/67	nicht verliehen	
1950 (1948)	Ralph Bunche (USA)	Vermittler im Nahostkonflikt	1968	René Cassin (Frankreich)	Präsident des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte
1951	Léon Jouhaux (Frankreich)	Gewerkschafter	1969	International Labour Organization (I.L.O.) (Genf)	
1952	Albert Schweitzer (Deutschland)	Gründer des Tropenkrankenhauses in Lambaréné (Gabun)	1970	Norman E. Borlaug (USA)	Arbeit zur Verbesserung der Landwirtschaft
1953	George Marshall (USA)	Begründer des Marshall-Plans	1971	Willy Brandt (Deutschland)	Ostpolitik
1954	United Nations High Commissioner for Refugees	(Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen)	1972	nicht verliehen	
1955	nicht verliehen		1973	Henry Kissinger (USA) und Le Duc Tho (Vietnam) (<i>verzichtete auf den Preis</i>)	Friedensabkommen von 1973 in Vietnam
1956	nicht verliehen		1974	Seán MacBride (Irland)	Präsident des Internationalen Friedensbüros (<i>International Peace Bureau</i> , Genf), Präsident der UN-Kommission für Namibia
1957	Lester Pearson (Kanada)	ehemaliger kanadischer Außenminister und Präsident der Vollversammlung der Vereinten Nationen		Satō Eisaku (Japan)	ehemaliger japanischer Ministerpräsident, für den Einsatz gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen
1958	Georges Pire (Belgien)	Leiter der Flüchtlingshilfsorganisation <i>L'Europe du Coeur au Service du Monde</i>	1975	Andrei Dmitrijewitsch Sacharow (UdSSR)	Menschenrechtsadvokat in der UdSSR
1959	Philip Noel-Baker (Großbritannien)	Einsatz für internationalen Frieden.	1976	Betty Williams und Mairead Corrigan (beide Nordirland)	Gründerinnen des <i>Northern Ireland Peace Movement</i> (umbenannt in <i>Community of Peace People</i>)
1960	Albert John Luthuli (Südafrika)	Präsident der südafrikanischen Befreiungsbewegung <i>African National Congress</i> (ANC)	1977	<i>amnesty international</i>	Einsatz für politische Häftlinge
1961	Dag Hammarskjöld (Schweden)	Generalsekretär der Vereinten Nationen	1978	Anwar as-Sadat (Ägypten) und Menachem Begin (Israel)	Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel
1962	Linus Carl Pauling (USA)	Einsatz für die Beendigung von Atomwaffentests	1979	Mutter Teresa (Indien)	Gründerin des Ordens <i>Missionare der Nächstenliebe</i>
1963	Internationales Komitee vom Roten Kreuz Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften	Arbeit für Notleidende in Krisengebieten	1980	Adolfo Maria Pérez Esquivel (Argentinien)	Menschenrechtsadvokat
1964	Martin Luther King, Jr. (USA)	Kämpfer für die Rechte farbiger US-Amerikaner	1981	United Nations High Commissioner for Refugees	Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen
			1982	Alva Myrdal (Schweden)	Diplomatin und Delegierte der UN-Abrüstungskonferenzen
				Alfonso García Robles (Mexiko)	Ständiger Vertreter bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen, Mitglied der UNO-Sonderkonferenz über Abrüstung

1983	Lech Wałęsa (Polen)	Gründer der polnischen Gewerkschaft und Menschenrechtsbewegung <i>Solidarność</i> (<i>Solidarität</i>)	1998	John Hume und David Trimble (beide Nordirland)	Anstrengungen, eine friedliche Lösung im Nordirlandkonflikt zu finden
1984	Desmond Tutu (Südafrika)	Beiträge zur Beendigung der Apartheid in Südafrika	1999	<i>Ärzte ohne Grenzen</i> (<i>Médecins sans Frontières</i>)	Anerkennung ihrer humanitären Pionierarbeit auf mehreren Kontinenten
1985	<i>International Physicians for the Prevention of Nuclear War</i> (IPPNW)	(<i>Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges</i>)	2000	Kim Dae-jung (Südkorea)	Beiträge zur Verständigung Südkoreas mit Nordkorea
1986	Elie Wiesel (USA)	US-amerikanischer Schriftsteller, für seinen Kampf gegen Unterdrückung, Gewalt und Rassismus	2001	Die UNO und ihr Generalsekretär Kofi Annan (Ghana)	Einsatz für eine besser organisierte und friedlichere Welt
1987	Óscar Arias Sánchez (Costa Rica)	Präsident seines Landes, für seine Friedensvermittlungen in Mittelamerika	2002	Jimmy Carter (ehemaliger Präsident der USA)	jahrelange Beiträge zur Lösung internationaler Konflikte sowie der Förderung von Demokratie und Menschenrechten
1988	Die Friedenstruppen der Vereinten Nationen	Friedenseinsätze im Auftrag der Vereinten Nationen in Krisengebieten (weltweit)	2003	Shirin Ebadi (Iran)	Einsatz für Demokratie und die Menschenrechte.
1989	Tenzin Gyatso (14. Dalai Lama) (Tibet)	Gewaltloser Kampf um die Befreiung Tibets. Befürworter friedlicher, sich auf Toleranz und gegenseitigen Respekt gründender Lösungen, um das historische und kulturelle Erbe seines Volkes zu erhalten	2004	Wangari Muta Maathai (Kenia)	Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung, Demokratie und Frieden (damit wurde erstmals auch die Rolle des Umweltschutzes für den Weltfrieden geehrt)
1990	Michail Sergejewitsch Gorbatschow (UdSSR, Russland)	Beiträge zur Beendigung des Kalten Krieges	2005	Die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) und ihr Generalsekretär Mohammed el-Baradei (Ägypten)	Einsatz gegen den militärischen Missbrauch von Atomenergie sowie für die sichere Nutzung der Atomenergie für zivile Zwecke.
1991	Aung San Suu Kyi (Burma)	Einsatz für die Menschenrechte	<i>Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Friedensnobelpreisträger. Hauptautoren: Schewek, Srbauer, Cassandro, Mijobe, Zonki, Achim Raschka, Robodoc, Matthias Bock, Erwin E aus U, Adomnan, BWBot, UW, ChristophDemmer, Ben-Zin, Martinroell, ALE!, Tsor, Gauss, anonyme Bearbeiter.</i>		
1992	Rigoberta Menchú Tum (Guatemala)	Einsatz für die Menschenrechte, insbesondere von Ureinwohnern			
1993	Nelson Mandela und Frederik Willem de Klerk (beide Südafrika)	Beiträge zur Beendigung der Apartheid in Südafrika			
1994	Jassir Arafat (Palästina), Schimon Peres und Jitzhak Rabin (Israel)	Bemühungen zur Lösung des Nahostkonflikts			
1995	Józef Rotblat (Polen bzw. Großbritannien) und die <i>Pugwash Conferences on Science and World Affairs</i>	Bemühungen, die Rolle von Atomwaffen in der internationalen Politik zu verringern			
1996	Carlos Felipe Ximenes Belo und José Ramos-Horta (beide Timor-L'Este)	Anstrengungen, eine friedliche Lösung im Ost-Timor-Konflikt zu finden			
1997	<i>Internationale Kampagne für das Verbot von Landminen</i> und Jody Williams (USA)	Anstrengungen, gegen Personen gerichtete Minen international zu bannen			

1901

Henri Dunant



Jean Henri Dunant (* 8. Mai 1828 in Genf; † 30. Oktober 1910 in Heiden), auch *Henry Dunant* oder *Henri Dunant*, war ein Schweizer Geschäftsmann und Humanist. Dunant, der 1901 zusammen mit Frédéric Passy den ersten Friedensnobelpreis bekam, gilt als Begründer der *Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung*.

Abb. 4: Henri Dunant

Jugend und Ausbildung

Jean Henri Dunant wurde am 8. Mai 1828 in Genf als erster Sohn des Kaufmanns Jean-Jacques Dunant und dessen Frau Antoinette Dunant-Colladon in eine sehr fromme calvinistische Familie geboren. Seine Eltern verfügten in Genf über reichlichen Einfluss und engagierten sich sozial – der Vater kümmerte sich um Waisen und Vorbestrafte, die Mutter sorgte für Arme und Kranke. Dies schlug sich auch in der Erziehung ihrer Kinder nieder: soziale Verantwortung wurde Jean Henri und seinen zwei Schwestern und zwei Brüdern schon in jungen Jahren nahegelegt. Prägend war eine Reise mit seinem Vater nach Toulon, dort musste er die Qualen von Galeerenhäftlingen mit ansehen.

Schon im Alter von 14 Jahren verließ Dunant aufgrund schlechter Noten das Gymnasium. Er begann 1849 eine Lehre bei den Geldwechslern *Lullin und Sautter*. Nach dem erfolgreichem Abschluss der Ausbildung blieb Dunant als Angestellter in der Bank tätig.

Mit dem Wunsch, sich sozial zu engagieren, trat Henri unter dem Einfluss der Erweckungsbewegung, einer in Genf und anderen französischsprachigen Regionen auch als *Réveil* bezeichneten geistigen und religiösen Strömung im 19. Jahrhundert, mit 18 Jahren der Genfer *Gesellschaft für Almosenspenden* bei. Seine freien Abende und Sonntage verbrachte er größtenteils mit Gefangenenbesuchen und der Hilfe für arme Menschen. 1852 gründete Dunant eine Genfer Gruppe des *Christlichen Vereins junger Männer*, drei Jahre später nahm er in Paris an der Gründung des Weltbundes dieser Vereinigung teil.

Algerien

1853 besuchte Dunant im Auftrag der *Compagnie genevoise des Colonies de Sétif Algerien*, Tunesien und Sizilien. Trotz geringer Erfahrungen erledigte er die Geschäfte seiner Auftraggeber erfolgreich. Inspiriert durch seine Reiseeindrücke, schrieb Dunant sein erstes Buch mit dem Titel »Notice sur la Régence de Tunis«, welches 1858 erschien. Mit Hilfe dieses Buches gelang es ihm, Zugang zu mehreren wissenschaftlichen Gesellschaften zu erhalten.



Abb. 5: Henri Dunant

Im Jahre 1856 gründete er eine Kolonialgesellschaft und, nachdem er im französisch besetzten Algerien eine Landkonzession erworben hatte, zwei Jahre später unter dem Namen »Finanz- und Industriegesellschaft der Mühlen von Mons-Djémila« (franz. *Société financière et industrielle des Moulins des Mons-Djémila*) ein Mühlengeschäft. Die Wasserrechte waren jedoch nicht klar geregelt, die zuständigen Kolonialbehörden verhielten sich darüber hinaus nicht kooperativ. Dunant beschloss, sich direkt an Kaiser Napoléon III. zu wenden, als dieser mit seinem Heer in der Lombardei war. Dort

kämpfte Frankreich auf Seiten Piemont-Sardiniens gegen die Österreicher, die das Gebiet des heutigen Italien zu großen Teilen besetzt hatten. Napoleons Hauptquartier befand sich in der kleinen Stadt Solferino in der Nähe des Gardasees. Dunant verfasste unter dem Titel »Das wiederhergestellte Kaiserreich Karl des Großen, oder das Heilige Römische Reich, erneuert durch Seine Majestät, den Kaiser Napoleon III.« eine schmeichelhafte Lobschrift auf Napoleon III., um diesen seinem Anliegen gegenüber positiv zu stimmen.

Die Schlacht von Solferino

Am 27. Juni 1859 gelangte Dunant drei Tage nach einer Schlacht zwischen den Truppen Piemont-Sardiniens und Frankreichs unter der Führung Napoleon III. auf der einen Seite und der Armee Österreichs auf der anderen Seite zum Schlachtfeld in der Nähe von Solferino. Noch immer lagen etwa 38.000 Verwundete, Sterbende und Tote auf dem Schlachtfeld, ohne dass ihnen jemand Hilfe leistete. Zutiefst erschüttert von dem, was er sah, organisierte er spontan mit der örtlichen Zivilbevölkerung, hauptsächlich bestehend aus Frauen und Mädchen, die notdürftige Versorgung der ver-

wundeten und kranken Soldaten. Wie er schnell feststellte, fehlte es an fast allem: an Helfern, an Fachwissen und an medizinischem Material und Verpflegung. Dunant und die seinem Aufruf folgenden Helfer machten bei ihrer Hilfeleistung keinen Unterschied zwischen den Soldaten hinsichtlich ihrer nationalen Zugehörigkeit. Berühmt für diese Einstellung wurde die Losung »Tutti fratelli« (ital. »Alle sind Brüder«) der Frauen von Castiglione del Stiviere. Es gelang Dunant darüber hinaus, von den Franzosen gefangene österreichische Ärzte für die Versorgung der Verletzten freigestellt zu bekommen. Er richtete Behelfskrankenhäuser ein und ließ auf seine Kosten Verbandsmaterial und Hilfsgüter herbeischaffen. Trotz der Hilfe starben viele Verwundete.

Das Rote Kreuz

Unter dem Eindruck dieser Ereignisse kehrte er nach Genf zurück. Er schrieb ein Buch mit dem Titel »Un Souvenir de Solferino« (»Eine Erinnerung an Solferino«), das er 1862 auf eigene Kosten von der Genfer Buchdruckerei Fick in einer Auflage von 1.600 Exemplaren drucken ließ. Darin beschrieb er die Schlacht selbst, das Leiden und die chaotischen Zustände in den Tagen nach der Schlacht. Darüber hinaus entwickelte er in diesem Buch die Idee, wie zukünftig das Leid der Soldaten verringert werden könnte: auf Basis von Neutralität und Freiwilligkeit sollten in allen Ländern Hilfsorganisationen gegründet werden, die sich im Fall einer Schlacht um die Verwundeten kümmern sollten. Er ließ das Buch an viele führende Persönlichkeiten aus Politik und Militär in ganz Europa verteilen.

Anschließend begab Dunant sich auf Reisen quer durch Europa, um für seine Idee zu werben. Sein Buch wurde nahezu einhellig positiv und mit großem Interesse aufgenommen. Der Präsident der *Genfer Gemeinnützigen Gesellschaft*, der Jurist Dr. Gustave Moynier, machte das Buch und Dunants Ideen zum Thema der Mitgliederversammlung der Gesellschaft am 9. Februar 1863. Dunants Vorschläge wurden geprüft und von den Mitgliedern als sinnvoll und durchführbar bewertet. Dunant selbst wurde zum Mitglied der Gesellschaft ernannt und Vorsitzender eines Komitees, dem außer ihm noch Gustave Moynier, der Armeegeneral Henri Dufour sowie die Ärzte Dr. Louis Appia und Dr. Théodore Maunoir angehörten.

Aus diesem Fünfer-Komitee entstand noch im gleichen Jahr das *Internationale Komitee der Hilfsgesellschaften für die Verwundetenpflege*, das seit 1876 den Namen *Internationales Komitee vom Roten Kreuz* (IKRK) trägt. Dunant unternahm anschließend erneut umfangreiche Reisen

durch Europa, um für die Umsetzung seiner Ideen in Form eines internationalen Abkommens zu werben. Im Oktober 1863 kam es auf Einladung des Komitees in Genf zu einer Konferenz, an der Vertreter von 14 Ländern teilnahmen und über Maßnahmen zur Verbesserung der Hilfe für im Feld verwundete Soldaten berieten.

Ein Jahr später fand im August auf Einladung des Schweizer Bundesrates eine diplomatische Konferenz statt, in deren Rahmen am 22. August 1864 von zwölf Staaten die erste Genfer Konvention unterzeichnet wurde. Hier einigte man sich auch auf ein einheitliches Symbol zum Schutz der Verwundeten und des Hilfspersonals: das leicht und weithin erkennbare Rote Kreuz auf weißem Grund, die Umkehrung der Schweizer Flagge. Dunant war für diese Konferenz lediglich die Aufgabe zugewiesen worden, für die Unterhaltung der Gäste zu sorgen.

In die Vergessenheit

Dunants Geschäfte in Algerien liefen schon längere Zeit schlecht, zum Teil auch, weil er sie wegen seines Einsatzes für seine Ideen vernachlässigt hatte. Im April 1867 erfolgte die Auflösung der mitbeteiligten Finanzierungsgesellschaft *Crédit Genevois*. Seine Mitgliedschaft im Verwaltungsrat dieser Gesellschaft führte zu einem Skandal. Er war gezwungen, Konkurs anzumelden, und wurde am 17. August 1868 vom Genfer Handelsgericht wegen betrügerischen Konkurses verurteilt. Aufgrund der damaligen gesellschaftlichen Zwänge führte dieser wirtschaftliche Absturz auch zu Forderungen, aus dem Internationalen Komitee auszusteigen. Am 25. August 1867 trat Dunant als Sekretär des Komitees zurück, am 8. September wurde er vollständig aus dem Komitee ausgeschlossen. Wesentlichen Anteil an diesem Ausschluß hatte Gustave Moynier, der 1864 die Präsidentschaft des Komitees übernommen und sich mehr und mehr zum Widersacher Dunants entwickelt hatte. Der Konflikt zwischen beiden war bereits kurz nach der Gründung des Fünfer-Komitees entstanden, als Moynier den Vorschlag Dunants, Verwundete, Pflege- und Hilfskräfte sowie Lazarette unter den Schutz der Neutralität zu stellen, wiederholt für undurchführbar gehalten hatte. Dunant hatte sich jedoch bei seinen Reisen und Gesprächen mit hochrangigen Politikern und Militärs mehrfach über die Meinung von Moynier zu dieser Frage hinweggesetzt und letztendlich auch Erfolg gehabt.

1868 wurde Dunant auch aus dem CVJM ausgeschlossen. Bereits im März 1867 hatte er Genf verlassen und sollte seine Heimatstadt nach dem auf seine Verurteilung folgenden endgültigen Ausstoß aus der Genfer

Gesellschaft bis zu seinem Tod nicht mehr wiedersehen. Moynier nutzte in der Folgezeit wahrscheinlich seine Beziehungen und seinen Einfluss mehrfach, um zu verhindern, daß Dunant finanziell von Freunden und Unterstützern aus verschiedenen Ländern unterstützt wurde. Die Goldmedaille der *Sciences Morales* der Pariser Weltausstellung im Jahr 1867 wurde aufgrund von Moyniers Bemühungen beispielsweise nicht wie ursprünglich vorgesehen an Dunant, sondern zu gleichen Teilen an Moynier, Dufour und Dunant verliehen, so dass das Preisgeld an das Internationale Komitee überwiesen wurde. Ein Angebot des französischen Kaisers Napoléon III., von Dunants Schulden die Hälfte zu übernehmen, wenn dessen Freunde für die andere Hälfte aufkämen, scheiterte ebenfalls aufgrund von Moyniers Bestrebungen.

Dunant siedelte, nachdem er Genf verlassen hatte, nach Paris über, wo er in ärmlichen Verhältnissen lebte. Er versuchte jedoch auch hier, sich entsprechend seinen Vorstellungen und Ideen zu betätigen. Im Deutsch-Französischen Krieg 1870/1871 gründete er eine *Allgemeine Fürsorgegesellschaft* und kurz darauf eine *Allgemeine Allianz für Ordnung und Zivilisation*. Er forderte Abrüstungsverhandlungen und die Einrichtung eines internationalen Gerichtshofes zur Vermittlung bei zwischenstaatlichen Konflikten, um diese ohne Gewaltanwendung friedlich beizulegen. Ferner regte er zusammen mit dem Italiener Max Gracia die Gründung einer Weltbibliothek an – eine Idee, die etwa 100 Jahre später von der UNESCO wieder aufgegriffen wurde. Zu seinen weiteren, teils visionären Ideen aus dieser Zeit gehörte die Gründung eines Staates Israel.

Mit dem Engagement für seine Ideen vernachlässigte er seine persönlichen Angelegenheiten und verschuldete sich weiter. Aufgrund seiner Schulden wurde er von der Umgebung gemieden. Auch von der Rotkreuz-Bewegung, die sich in dieser Zeit durch Gründung nationaler Gesellschaften in vielen Ländern weiter ausbreitete, wurde er nahezu vergessen, auch wenn ihn die nationalen Rotkreuz-Gesellschaften Österreichs, Hollands, Schwedens, Preußens und Spaniens zum Ehrenmitglied ernannten. Dunant führte in dieser Zeit ein einsames Leben in materiellem Elend, zwischen 1874 und 1886 unter anderem in Stuttgart, Rom, Korfu, Basel und Karlsruhe. In Stuttgart lernte er den Tübinger Studenten Rudolf Müller kennen, mit dem ihn später eine enge Freundschaft verband. 1881 kam er, in Begleitung von Freunden aus Stuttgart, erstmals in den kleinen Schweizer Kurort Heiden. Ab 1887 erhielt er, zu der Zeit in London lebend, von seinen Angehörigen eine kleine monatliche finanzielle Unterstützung. Da ihm diese einen zwar bescheidenen, aber dennoch sicheren Lebensstil

ohne Armut ermöglichte, ließ er sich im gleichen Jahr endgültig in Heiden nieder. Hier verbrachte er seinen Lebensabend, zunächst im Gasthof »Paradies« und ab dem 30. April 1892 im Spital des Ortes, das vom Arzt Dr. Hermann Altherr geleitet wurde.

Bereits kurz nach seiner Ankunft freundete er sich mit dem jungen Lehrer Wilhelm Sonderegger und dessen Frau an. Auf Drängen Sondereggers begann er auch, seine Lebenserinnerungen niederzuschreiben. Sondereggers Frau regte die Gründung einer Sektion des Roten Kreuzes in Heiden an, eine Idee, von der Dunant außerordentlich angetan war. Er verband mit der Freundschaft zu Sonderegger und dessen Frau große Hoffnungen und Erwartungen hinsichtlich der Weiterverbreitung seiner Ideen, insbesondere in Form einer Neuauflage seines Buches. Die Freundschaft litt jedoch später stark unter ungerechtfertigten Anschuldigungen Dunants, dass Sonderegger mit Moynier in Genf gemeinsame Sache machen würde. Sonderegger starb bereits 1904 im Alter von nur 42 Jahren.

Spätes Erinnern

Im September 1895 verfasste Georg Baumberger, Chefredakteur der Zeitung »Die Ostschweiz« aus St. Gallen, einen Artikel über den Rotkreuz-Gründer, mit dem er bei einem Spaziergang in Heiden zufällig ins Gespräch gekommen war. Dieser Artikel erschien in der deutschen Illustrierten *Über Land und Meer*, Nachdrucke fanden sich innerhalb weniger Tage in ganz Europa. Man erinnerte sich an ihn, und er erhielt Sympathiebekundungen und Unterstützung aus der ganzen Welt. Er gelangte nun auch wieder als Gründer der Rotkreuz-Bewegung in das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit, wenn auch das Internationale Komitee in Genf weiterhin jeden Kontakt zu ihm vermied. Dunant erhielt in dieser Zeit unter anderem vom Schweizer Bundesrat den Binet-Fendt-Preis und vom damaligen Papst Leo XIII. Anerkennung in Form eines Bildes mit persönlicher Widmung. Dank einer jährlichen Rente der russischen Zarenwitwe Maria Feodorowna und anderer Geldzuwendungen besserte sich die finanzielle Lage Dunants schnell.

In der 1897 von Rudolf Müller, nun Professor in Stuttgart, im Verlag Greiner & Pfeifer veröffentlichten »Entstehungsgeschichte des Roten Kreuzes und der Genfer Konvention« wurde Dunants Rolle als Gründer des Roten Kreuzes erstmals seit seinem Rückzug aus dem Internationalen Komitee wieder angemessen gewürdigt. Das Buch enthielt auch eine gekürzte deutschsprachige Neuausgabe von »Eine Erinnerung an Solferino«. Dunant selbst stand in dieser Zeit in einem Briefwechsel mit »Bertha von

Suttner und verfasste zahlreiche Artikel und Schriften, unter anderem zur Gleichberechtigung der Frauen, und regte 1897 unter dem Namen *Grünes Kreuz* die Gründung eines internationalen Frauenhilfsbundes an.

Der Friedensnobelpreis 1901

Im Jahr 1901 erhielt Dunant für die Gründung des ➔Roten Kreuzes und die Initiierung der Genfer Konvention den erstmals verliehenen Friedensnobelpreis. Als Fürsprecher Dunants beim Nobelkomitee wirkte dabei der norwegische Militärarzt Dr. Hans Daae, dem Rudolf Müller eine Kopie seines Buches zugeschickt hatte. Gemeinsam mit Dunant wurde der französische Pazifist ➔Frédéric Passy mit dem Preis ausgezeichnet, der Gründer der ersten Friedensliga in Paris 1867 und mit Dunant gemeinsam in der *Allianz für Ordnung und Zivilisation* tätig. Die Glückwünsche, die ihm anlässlich der Preisverleihung vom Internationalen Komitee offiziell übermittelt wurden, bedeuteten nach 34 Jahren die späte Rehabilitierung und waren für ihn mehr als alle anderen Auszeichnungen, Preise, Ehrungen und Sympathiebekundungen wichtig: als Anerkennung seiner Verdienste für die Entstehung des Roten Kreuzes.

Obwohl Dunant von einer ausgesprochen breiten Auswahl an Unterstützern nominiert wurde – darunter zehn Professoren aus Amsterdam und Brüssel, 92 Abgeordnete des Schwedischen und 62 Abgeordnete des Württembergischen Parlaments, zwei Minister der Norwegischen Regierung sowie das Internationale Friedensbüro – war er als Kandidat für den Preis nicht unumstritten. Man war geteilter Meinung über die Wirkung des Roten Kreuzes und der Genfer Konvention auf den Krieg: machten sie den Krieg nicht eher attraktiv und damit wahrscheinlicher, weil sie ihm einen Teil des mit Krieg verbundenen Leids und Schreckens nahmen? Rudolf Müller hatte sich in einem langen Brief an das Nobelkomitee für die Preisverleihung an Dunant ausgesprochen und dabei den Vorschlag unterbreitet, den Preis zwischen Frédéric Passy, der ursprünglich als alleiniger Preisträger vorgesehen war, und Dunant zu teilen. Da eine Verleihung des Preises an Dunant in späteren Jahren diskutiert wurde, verwies er dabei auch auf das fortgeschrittene Alter Dunants und dessen Gesundheitszustand.

Die gemeinsame Verleihung des Preises an Passy und Dunant erfolgte interessanterweise auch vor dem Hintergrund einiger Differenzen, die damals trotz vieler Gemeinsamkeiten zwischen der Friedensbewegung und der Rotkreuzbewegung bestanden. Bereits mit der Entscheidung zur Teilung des ersten Friedensnobelpreises zwischen Passy, einem Pazifis-

ten traditioneller Prägung und bekanntesten Vertreter der damaligen Friedensbewegung, und dem Humanisten Dunant schuf das Nobelkomitee damit zwei wesentliche Kategorien von Gründen für die Verleihung, denen sich viele der späteren Preisträger zuordnen lassen. Auf der einen Seite steht die Verleihung an Menschen und später auch an Organisationen, die sich Friedensarbeit im direkten Sinne widmeten und damit dem Teil von Nobels Testament entsprachen, der den Preis vorsieht für denjenigen, »...*der am meisten oder am besten für ... die Abschaffung oder Verminderung der stehenden Heere sowie für die Bildung und Verbreitung von Friedenskongressen (gewirkt hat)*...« Andererseits wurde, in der Tradition der Preisverleihung an Dunant, der Preis in der Folgezeit auch vergeben für herausragende Leistungen im humanitären Bereich. Dies folgt einer Argumentation, die humanitäres Wirken letztendlich auch als Friedensstiftend ansieht und sich dabei auf eine breite Auslegung des Teils von Nobels Testament beruft, der den Preis bestimmt für den, »...*der am meisten oder am besten für die Verbrüderung der Völker gewirkt hat*...«

Hans Daae gelang es, Dunants Teil des Preisgeldes, 104.000 Schweizer Franken, bei einer Norwegischen Bank zu verwahren und so vor dem Zugriff durch dessen Gläubiger zu schützen. Dunant selbst tastete das Geld zeit seines Lebens nicht an.

Tod und Gedenken

Henri Dunant lebte bis zu seinem Tod weiter im Spital in Heiden. Die letzten Jahren seines Lebens verbrachte er zunehmend in Depressionen und der Angst vor Verfolgung durch seine Gläubiger und seinen Widersacher Moynier. Es gab Tage, an denen der Koch des Spitals die Speisen für Dunant vor dessen Augen vorkosten musste. Obwohl er sich selbst noch mit dem christlichen Glauben verbunden sah, hatte er sich sowohl vom Calvinismus wie von jeder anderen Form organisierter Religion losgesagt und verachtete diese in seinen letzten Lebensjahren.

Den Angaben der ihn betreuenden Schwestern zufolge war die letzte bewusste Handlung in seinem Leben, dass er eine Ausgabe von Rudolf Müllers Buch zusammen mit einer persönlichen Widmung an die italienische Königin verschickte. Er starb in den Abendstunden des 30. Oktober 1910 gegen 22.00 Uhr und überlebte Moynier damit um etwa zwei Monate. Trotz der Glückwünsche durch das IKRK anlässlich der Verleihung des Nobelpreises war es zwischen beiden nie zu einer Aussöhnung gekommen.

Gemäß seiner Verfügung wurde er drei Tage später unauffällig und ohne Trauerfeier auf dem Friedhof Sihlfeld in der Stadt Zürich bestattet. Von dem bescheidenen Vermögen, das er zum Zeitpunkt seines Todes aufgrund des Nobelpreisgeldes und zahlreicher Spenden besaß, stiftete er in seinem Testament ein Freibett im Spital in Heiden für die Kranken unter den armen Bürgern des Ortes, ließ einigen seiner engsten Freunde kleinere Geldsummen als Dank zukommen und spendete größere Beträge an gemeinnützige Organisationen in Norwegen und in der Schweiz. Den Rest bestimmte er zur teilweisen Abzahlung seiner Schulden bei seinen Gläubigern. Die Tatsache, dass ihm eine vollständige Begleichung seiner Schuldenlast nicht möglich war, hatte ihn bis an sein Lebensende stark belastet.

An seinem Geburtstag, dem 8. Mai, feiert die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung jährlich ihm zu Ehren den Weltrotkreuz- und Rothalbmond-Tag. In dem Gebäude des Spitals, in dem er in Heiden die letzten Jahre seines Lebens verbrachte, befindet sich heute das Henry-Dunant-Museum Heiden.

Literatur

- Henry Dunant: *Eine Erinnerung an Solferino*. Eigenverlag des Österreichischen Roten Kreuzes Wien, 1997
- Eveline Hasler: *Der Zeitreisende. Die Visionen des Henry Dunant*. Verlag Nagel & Kimche AG Zürich, 1994; Deutscher Taschenbuch Verlag München, 2003
- Martin Gumpert: *Dunant. Der Roman des Roten Kreuzes*. Fischer Taschenbuch Verlag Frankfurt, 1987
- Willy Heudtlass, Walter Gruber: *Jean Henry Dunant. Gründer des Roten Kreuzes, Urheber der Genfer Konvention*. 4. Auflage. Verlag Kohlhammer Stuttgart, 1985
- Pierre Boissier: *History of the International Committee of the Red Cross. Volume I: From Solferino to Tsushima*. Henry Dunant Institute Genf, 1985
- Caroline Moorehead: *Dunant's dream: War, Switzerland and the history of the Red Cross*. HarperCollins London, 1998; HarperCollins London, 1999 (Taschenbuch)

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Henri_Dunant (gekürzt). Hauptautoren: UW, Umbricht, Tohma, Wst, JimBopWalton, Linker, Wolfgang1018, AlexR, Tsui, Achim Raschka, Zwobot, Nichtbesserwisser, Eulersgarten, Stefan Kühn, BWBot, MichaelDiederich, FlaBot, anonyme Bearbeiter.

Frédéric Passy

Frédéric Passy (* 20. Mai 1822 in Paris; † 12. Juni 1912 in Neuilly-sur-Seine), französischer Parlamentarier und Humanist. Als »Apostel des Friedens« wurde er 1901 zusammen mit ➔Henri Dunant mit dem ersten Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

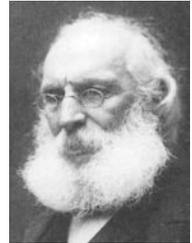


Abb. 6: Frédéric Passy

Beruf

Nach dem Studium der Rechtswissenschaften trat Frédéric Passy mit 22 Jahren in den Staatsdienst ein. Er verließ diese Arbeitsstelle aber bereits nach drei Jahren und widmete sich dem Studium der Wirtschaftswissenschaft und dem Journalismus. Nach dem Studium bekam er eine Stelle als Lehrkraft an der Universität von Montpellier, wo er von 1860 bis 61 das zweibändige Werk »Leçons d'économie politique« schrieb.

1877 wurde Passy die Mitgliedschaft zur *Académie des sciences morales et politiques* verliehen, eine Abteilung der *Académie Française*.

Politiker

Passy war ein Mann der Tat, am 21. Mai 1867 gründete er die *Ligue internationale et permanente de la paix*, später in *Société française pour l'arbitrage entre nations* umbenannt. Er wollte mit dieser Friedensliga Druck auf die französische Regierung ausüben, damit diese den Konflikt mit Preußen, wegen Luxemburg, ohne Blutvergießen löste. Er hatte keinen Erfolg, von 1870 bis 71 tobte der Französisch-Preußische Krieg.

Dieser Einsatz für den Frieden machte ihn populär, er wurde 1881 als Abgeordneter in das Französische Parlament gewählt, wo er bis 1889 blieb. Als Abgeordneter setzte er sich für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Industriearbeiter ein. Er kämpfte gegen den Kolonialismus und forderte die Einsetzung eines Internationalen Schiedsgerichtes für Konfliktlösungen.

Apostel des Friedens

1888 trafen sich in Paris 9 Britische und 24 Französische Parlamentarier unter der Leitung von Passy und Sir ➔William Randal Cremer zur Gründung einer *Interparlamentarischen Schiedsgerichtsvereinigung*. Die Ziele dieser Vereinigung waren die Förderung des Friedens und die friedliche Beilegung von Konflikten.

Frédéric Passy's Leistung und Einsatz als Gründer und Präsident der *Société française pour l'arbitrage entre nations* wurde am 10. Dezember 1901 mit dem ersten Friedensnobelpreis ausgezeichnet

Sein halbes Leben setzte sich Frédéric Passy für den Frieden ein und wurde als »Apostel des Friedens« weltbekannt. Passy schrieb bis ins hohe Alter lebhaft und unermüdlich, 1909 als 87-Jähriger verfasste er sein Lebenswerk »Pour la paix«.

Bibliographie

- *Mélange économique*, Guillaumin Paris, 1857
- *De la propriété intellectuelle* (gemeinsam mit V. Modeste und P. Paillole), Guillaumin Paris, 1859
- *Leçons d'économie politique* (gemeinsam mit E. Bertin et P. Glaize), Gras Montpellier, 1861
- *Les machines et leur influence sur le développement de l'humanité*, Hachette Paris, 1866
- *Malthus et sa doctrine*, 1868
- *Histoire du travail: leçons faites aux soirées littéraires de la Sorbonne*, Paris, 1873
- *La démocratie et l'instruction*, Guillaumin Paris 1864
- *Pour la paix*, Charpentier Paris, 1909
- *Sophismes et truismes*, Giard et Brière Paris, 1910

Literatur

- American Journal of International Law: *Frédéric Passy* (September 1912)
- Lucien Le Foyer: *Un Grand Pacifiste* (29. Juni 1912)
- Herbert Maza: Frédéric Passy: *La Fondation de l'Union Interparlementaire*, 1965

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Frédéric_Passy. Hauptautoren: Thoemu, Srbauer, BerndGehrmann, Achim Raschka, Popie, Sk-Bot, FlaBot, UW, anonyme Bearbeiter.

1902

Élie Ducommun

Élie Ducommun (* 19. Februar 1833 in Genf, † 7. Dezember 1906 in Bern), Schweizer Journalist, Geschäftsmann und Friedensnobelpreisträger. Er war Staatskanzler des Kanton Genf (1862 bis 1865), Mitherausgeber der Zeitung »Les États-Unis d'Europe« (1868), Gründungsmitglied der Schweizerischen Volksbank, heute *Credit Suisse Group* (1869), Sekretär der Jura-Simplon-Bahn, heute *Schweizerische Bundesbahnen AG* (1873 bis 1903), und Leiter des *Internationalen Ständigen Friedensbüros* (1891 bis 1906) Am 10. Dezember 1902 bekam er den Friedensnobelpreis zusammen mit → Charles Albert Gobat.

Berufliche und politische Laufbahn

Nach einem Abstecher als Hauslehrer in Sachsen kehrte Ducommun 1853 nach Genève zurück. Der gelernte Journalist und überzeugte Liberale war von 1858 bis 1862 Großrat des Kantons Genève. Nach seiner Zeit als Großrat wurde er zum Staatskanzler des Kanton Genève gewählt, eine Funktion, die er bis 1865 ausführte.

Als Redakteur der politischen Zeitung »Progrès« in Delémont, 1865 bis 1868, kam er mit der damals in einigen europäischen Staaten aufblühenden Friedensbewegung in Berührung. Nach Gründung der *Liga für Frieden und Freiheit* (1868) war er Redakteur von deren Bulletin »Les Etats-Unis d'Europe« (»Die Vereinigten Staaten von Europa«).

Als Redakteur des »Progrès« wurde er auch im Kanton Bern eine bekannte Persönlichkeit, 1868 wurde er in den Grossen Rat gewählt, wo er bis 1877 blieb. 1872 war er Mitbegründer des *Cercel démocratique romand*, eine politische Partei, die sich später in *Parti National Romand* umbenannte.

Geschäftsmann

Das Ziel des internationalen Friedens verlor Ducommun nicht aus den Augen, auch wenn ihn zeitweilig andere Geschäfte mehr bewegten. Um den Schweizer Arbeitern eine Bank mit günstigen Konditionen anzubieten, gründet er 1869 die Schweizerische Volksbank. Es entsprach seiner

Überzeugung, dass der soziale Friede in einem demokratischen Gemeinwesen entscheidend von der finanziellen Absicherung der Arbeiterschaft abhängt.

Neben seiner Tätigkeit als Abgeordneter widmete sich Ducommun in den Jahren 1873 bis 1903 als Generalsekretär dem Bau der *Jura-Bern-Luzern-Bahn*, später *Jura-Simplon-Bahn* genannt.

Friedenspolitiker

Ducommuns Wirken für den Frieden war eher unauffällig aber effektiv. Nicht durch spektakuläre Aktionen, sondern durch beharrliches Arbeiten



Abb. 7: Élie Ducommun

wurde er zu einem Pionier der Friedensbewegung. Mit Pierre Jolissaint und James Fazy organisierte er 1867 eine internationale Friedenskonferenz in Genève. Ducommun war 1868 einer der Mitbegründer der *Liga für Frieden und Freiheit*. Auf der 3. Konferenz der *Interparlamentarischen Union* in Rom, 1891, wurde Ducommun zum Leiter des *Bureau International Permanent de la Paix* (zu deutsch: *Internationales Ständiges Friedensbüro*) mit Sitz in Bern gewählt.

Zuerst ehrenamtlich, ab 1903 bis zu seinem Tod, 1906, als vollamtlicher Generalsekretär. In dieser Funktion hatte er die Aktivitäten der zahlreichen nationalen Friedensorganisationen zu koordinieren. Für seine Arbeit als Generalsekretär des Friedensbüros wurde er 1902 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Bibliographie

- *Derniers sourires: Poésies précédées d'une notice biographique*, Bern, 1908
- *Discours sur l'oeuvre de la paix prononcé à Genève le 23 mai 1893*, Bern, 1893
- *The Permanent International Bureau of Peace*, The Independent 19. März 1903
- *Précis historique du mouvement en faveur de la paix*, Bern, 1899
- *Sourires: Poésies*, Biel, 1887

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Élie_Ducommun. Hauptautoren: Thoemu, Voyager, Achim Raschka, Gabor, Mac, Stahlkocher, Stefan Kühn, Filzstift, Macador, anonyme Bearbeiter.

Charles Albert Gobat

Dr. jur. **Charles Albert Gobat** (* 21. Mai 1843 in Tramelan, Kanton Bern; † 16. März 1914 in Bern) war ein Schweizer Politiker und Friedensnobelpreisträger. Sein Vater war protestantischer Pfarrer und sein Onkel Samuel Gobat Bischof von Jerusalem. Er besuchte die Primarschule in Tramelan, die Herrnhuter Internatsschule Kornthal bei Stuttgart und das Progymnasium in La Neuveville.

Beruf

Gobat studierte von 1862 bis 1864 Jura, Geschichte und Literatur an der Universität Basel, promovierte 1864 in Heidelberg zum Doktor des Rechts und setzte seine Rechtsstudien in Paris fort. Er war ab 1867 in Bern in einem Advokaturbüro tätig und erwarb das Fürsprecherpatent. Von 1867 bis 1868 lehrte er an der Universität von Bern das französische Zivilrecht.

Politik

Gobat startete seine politische Laufbahn 1882 als freisinniger Großrat des Kantons Bern. Von 1882 bis 1912 war er auch Mitglied des Regierungsrats, wobei er bis 1906 die Erziehungsdirektion und danach die Direktion des Inneren führte. Seine Hochschulpolitik und die Gynmasialreform verschafften ihm nicht nur Freunde. Unbestritten waren hingegen seine Verdienste um die Schulreform (Primarschulgesetz von 1849), die Reorganisation der Lehrerbildungsanstalten und die materielle Besserstellung der Lehrer. In der Periode von 1886 bis 1887 war Gobat Vorsitzender der Kantonsregierung von Bern und wurde 1883 in den Verfassungsrat gewählt. 1884 wählte ihn das Berner Volk als Ständerat in das Schweizer Parlament, nach den Parlamentswahlen von 1890 wechselte er in den Nationalrat, wo er bis zu seinem Tod 1914 blieb.

Sachwalter des Friedens

1889 gehörte Gobat in Paris zu den Teilnehmern der Gründungsversammlung der *Interparlamentarischen Union*. Deren Eintreten für den Frieden durch die Einsetzung von Schiedsgerichten in Fällen von internationalen Konflikten wurde für ihn zum Mittelpunkt seines öffentlichen Wirkens. Gobat organisierte die 4. Konferenz der *Interparlamentarischen Union* in Bern, 1892. Hier wurde ihm die Leitung des neu gegründeten Zentralbüros der Union übertragen. Diesen Posten bekleidete Gobat bis zu sei-

nem Tod. Nach dem Tod von ➔Élie Ducommun 1906 übernahm er auch die Leitung des *Internationalen Friedensbüro*, so wurde er zum einflussreichsten europäischen *Sachwalter des Friedens*. Das *Ständige Internationale Friedensbüro* (➔*Bureau International Permanent de la Paix*) erhielt 1910 den Friedensnobelpreis.

Am 10. Dezember 1902 erhielt Charles Albert Gobat zusammen mit ➔Élie Ducommun den Friedensnobelpreis für seine Tätigkeit in der *Interparlamentarischen Union*. Diese Auszeichnung spornte ihn an, sich noch intensiver für den Frieden einzusetzen. Gobat nutzte sein Renommee, das ihm dieser Preis verschaffte, und mischte sich in aktuelle Konflikte ein. Auf internationalen Kongressen kämpfte er vor dem Ersten Weltkrieg für die Schiedsgerichtsidee und die Abrüstung. Bei einem Empfang im Weißen Haus 1904 machte er bei Präsident ➔Theodore Roosevelt einen entsprechenden Vorstoß. Besonders am Herzen lag ihm die Versöhnung zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich, wie seine erfolglosen Bemühungen um die Lösung der Elsass-Lothringen-Frage zeigten.

Bibliographie

- *Le Cauchemar de l'Europe*, Strassburg 1911
- *Croquis et impressions d'Amérique*, Bern 1904
- *Développement du Bureau international permanent de la paix*, Bern 1910
- *L'Histoire de la Suisse racontée au peuple*, Neuenburg 1900
- *The International Parliament*, «The Independent», 1903
- *La République de Berne et la France pendant les guerres de religion*, Paris 1891

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Charles_Albert_Gobat. Hauptautoren: Thoemu, Dibe, Roger Zenner, Randbewohner, Mac, PatriceNeff, Paenultima, Joachim T., Robodoc, Leipnizkeks, Zwobot, anonyme Bearbeiter.

1903

William Randal Cremer

Sir **William Randal Cremer** (* 18. März 1828 in Fareham; † 22. Juli 1908 in London) war ein britischer Politiker. Gemeinsam mit ➔Frédéric Passy gründete er 1889 die *Interparlamentarische Schiedsgerichtsvereinigung* und erhielt dafür den Friedensnobelpreis 1903.

Frühe Jahre

Er wurde in Fareham, in der Nähe von Portsmouth, England, als Kind einer Arbeiterfamilie geboren. Noch während seiner Kindheit verließ sein Vater, der Wappenmaler George Morris Cremer, die Familie, und seine Mutter Harriett musste William und seine beiden Schwestern alleine durchbringen. Cremer arbeitete bereits mit zwölf Jahren in einer Werft, mit 15 bekam er eine Lehrstelle bei seinem Onkel als Zimmermann. Im Jahr 1852 bekam er schließlich eine Anstellung in Brighton, woraufhin er nach London zog. Hier schloss er sich der Gewerkschaftsbewegung an und wurde einer der führenden Gewerkschafter.

Arbeit als Gewerkschafter und Arbeitervertreter

Im Jahr 1858 wurde er in das Gremium zur Einführung des 9-Stundentages gewählt. Ein Jahr später, 1859, war er Mitgründer der *Amalgamated Carpenters' and Joiners' Union*, der Gewerkschaft der Zimmerleute und Tischler. 1863 organisierte Cremer eine Protestkundgebung gegen die mit den amerikanischen Südstaaten sympathisierende Regierung Großbritanniens und war Mitglied eines Arbeiterkomitees, welches die amerikanischen Nordstaaten im Kampf gegen die Sklaverei unterstützte. Gemeinsam mit Karl Marx war er 1964 Mitbegründer der *Internationalen Arbeiter-Assoziation*, deren Generalsekretär er von 1865 bis 1867 war. In dieser Funktion war Sir William Randal Cremer Delegierter der britischen Sektion beim Treffen der *Internationalen Arbeiter-Assoziation* 1866, auf dem er sich für kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne aussprach, sich allerdings gegen die Pläne Karl Marx' zur Revolution wendete. Im Anschluss an das Treffen brach Cremer den Kontakt mit der *Internationalen* ab.

Als Befürworter von Verhandlungsstrategien war Cremer der Meinung, dass Streiks vermeidbar sind und auch internationale Konflikte nur durch Verhandlungen gelöst werden können. Als Folge dieser Denkweise widmete er sich verstärkt der Friedensarbeit und gründete während des Deutsch-Französischen Krieges 1870 bis 1871 die *Workman's Peace Association*, die später in die *Internationale Liga für Schiedsgerichtsbarkeit* aufging. Er war bis 1903 Generalsekretär dieser Vereinigung.

Politische Arbeit für die internationale Schiedsgerichtsbarkeit

Im Jahr 1868 stellte er sich erstmals der Wahl für ein Mandat im britischen Unterhaus, 1874 ein weiteres Mal, unterlag allerdings bei diesen beiden Wahlen. Ab 1875 war er dann Abgeordneter im britischen Unterhaus bis 1895 und von 1900 bis zu seinem Tod. 1889 gründete er die *Interparlamentarische Schiedsgerichtsvereinigung (International Arbitration League)* zusammen mit dem französischen Pazifisten → Frédéric Passy in Paris und wurde Vizepräsident und Sekretär der britischen Fraktion. Dadurch war er maßgeblich daran beteiligt, dass zahlreiche Schiedsgerichtsverträge zwischen europäischen und überseeischen Staaten abgeschlossen wurden. Beim Burenkrieg, den England von 1899 bis 1902 gegen die südafrikanischen Burenstaaten führte, verzichtete das Land allerdings auf einen Schiedsgerichtsvertrag und wurde von Cremer entsprechend lautstark kritisiert. Er bezeichnete den Krieg als Angriff gegen die Freiheit und Humanität, gelangte damit jedoch in die Kritik der britischen Presse.

1903 erhielt er den Friedensnobelpreis für seine internationalen Schlichtungserfolge. Das Preisgeld spendete er fast vollständig an die *Internationale Liga für Schiedsgerichtsbarkeit*. In den Adelsstand wurde er 1907 erhoben, nachdem ihm der König Eduard VII. erlaubt hatte, in ziviler Kleidung und vor allem ohne ein Schwert an der Zeremonie des Ritterschlages teilzunehmen. Aus seinen beiden Ehen (seine erste Frau starb 1876, die zweite 1884) entstammten keine Kinder. Er starb an einer Lungenentzündung 1908.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/William_Randal_Cremer. Hauptautoren: Achim Raschka, Nemonand, MarkusHagenlocher, anonyme Bearbeiter.

1904

Institut de droit international

Das **Institut de droit international**, zu deutsch **Institut für Völkerrecht**, ist ein Institut, welches die Entwicklung der internationalen Gesetzgebung wissenschaftlich verfolgt und durch Vorschläge beeinflusst. Die Organisation wurde am 8. September 1873 in Gent in Belgien gegründet und erhielt für ihr Engagement 1904 den Friedensnobelpreis. Aktuell besteht das Institut aus einer festgelegten Anzahl von 132 Rechtsexperten aus 42 Nationen.

Geschichte und Wirken

Die Gründung erfolgte durch Völkerrechtler aus Argentinien, Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden, der Schweiz und den USA am *Institut für internationales Recht* in der belgischen Stadt Gent. Es handelt sich dabei um eine private Gründung, die allerdings immer von öffentlicher oder privater Finanzierung unabhängig war, obwohl sie häufig an deren Entstehung und Entwicklung beteiligt war. Unter anderem half das Institut bei der Gründung des *Internationalen Rechtsvereins* 1873, bei der *Akademie für internationales Recht* in Den Haag 1913 und der Internationalen Rechtskommission der → *Vereinten Nationen*. Einen wesentlichen Beitrag lieferte es zur Vorbereitung der ersten Schiedsgerichtskonferenz in Den Haag 1899 und zu den Regeln der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit im Haager Abkommen von 1899 und 1907. Seit 1913 ist das Institut zudem formell Berater der *Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden*.

Durch die Mitarbeit und Beratung internationaler Rechtsorgane nimmt das Institut maßgeblichen Einfluss auf Fragen des internationalen Rechts, so etwa durch seine Resolutionen zum Schutz der Menschenrechte von 1929 und 1947, zum Umweltschutz der Meere von 1937 und 1966 sowie zur friedlichen Nutzung des Weltraums von 1963.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Institut_de_droit_international. Hauptautor: Achim Raschka.

1905

Bertha von Suttner



Abb. 8: Bertha von Suttner auf dem österreichischen 2-Euro-Stück

Bertha Sophia Felicita Freifrau von Suttner (* 9. Juni 1843 in Prag; † 21. Juni 1914 in Wien) war eine österreichische Pazifistin. Sie wurde 1905 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Leben und Werk

Frühe Jahre – Bertha von Suttner stammte aus böhmischem Adel, als gebürtige Gräfin Kinsky von Wchinitz und Tettau, und erbt das Vermögen ihres Vaters, welches sie jedoch verbrauchte. 1873 wurde sie deshalb Gouvernante beim Freiherr von Suttner in Wien und erteilte den Töchtern der Familie Unterricht in Musik und Sprache. In diesem Haus lernte sie auch den Sohn der Familie, Arthur Gundaccar von Suttner, kennen, den sie 1875 gegen den Willen seiner Eltern heiratete. Arthur Suttner wurde in der Folge enterbt und beide zogen gemeinsam in den Kaukasus und versuchten Anstellungen als Lehrer zu finden, Arthur fand stattdessen eine Anstellung als Ingenieur.

Bertha von Suttner begann in den Jahren 1877 bis 1878 als Journalistin tätig zu werden und berichtete über den Krieg zwischen dem Osmanischen Reich und Russland. Sie schrieb Kurzgeschichten und Essays, ihr Mann Kriegsberichte und Reisegeschichten. Im Jahr 1885 kehrten sie gemeinsam nach Wien zurück, söhnten sich mit der Familie aus und bezogen das Familienschloss in Herrmannsdorf in Niederösterreich.

Journalistische und schriftstellerische Tätigkeit – Auch nach ihrer Rückkehr schrieb Bertha von Suttner weiter, wobei sie auf soziale Mißstände fokussierte und sich dem Thema Pazifismus verschrieb. So schrieb sie etwa 1886 das Buch »High Life«, in dem sie den Respekt vor dem Men-

schen und seiner freien Entscheidungskraft thematisierte. Kurz darauf erfuhr sie durch eine Gesprächsrunde mit dem französischen Philosophen Ernest Renan von der Existenz der *International Arbitration and Peace Association*, die der Brite Hodgson Pratt 1880 gegründet hatte.

Im Jahre 1889 veröffentlichte sie den pazifistischen Roman »Die Waffen nieder!«, der großes Aufsehen erregte und Bertha von Suttner zu einer der prominentesten Vertreterinnen der Friedensbewegung machte. Sie beschrieb die Schrecken des Krieges und traf damit den Nerv der Gesellschaft, die zu dieser Zeit in heftigsten Diskussionen über den Militarismus und den Krieg begriffen war. Im September 1891 kündigte sie die Gründung einer österreichischen Friedensgesellschaft in einem Artikel in der »Neuen Freien Presse« an und 1892 gründete sie die *Deutsche Friedensgesellschaft*, die binnen kurzer Zeit über 2000 Mitglieder hatte. In der Folge nahm sie an mehreren internationalen Friedenskongressen

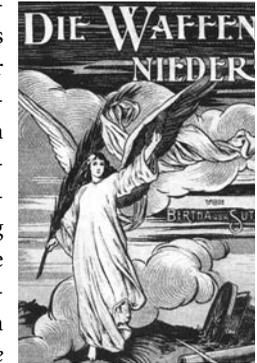


Abb. 9: Buchumschlag der Erstausgabe »Waffen nieder«

teil, so etwa 1892 in Bern, 1894 in Antwerpen und 1897 in Hamburg. Sie war auch an den Vorbereitungen zur ersten Friedenskonferenz 1899 in Den Haag beteiligt, deren Ergebnisse allerdings nicht den Erwartungen der Initiatoren entsprach. Kriegerische Konflikte wurden zwar beigelegt, eine Beendigung oder Reduzierungen sowie die Einrichtung von internationalen Schiedsgerichten wurden jedoch nicht durchgesetzt. Auf eine Kontaktanzeige hin wurde Bertha von Suttner Privatsekretärin von Alfred Nobel und regte ihn zur Stiftung des Friedensnobelpreises an, den sie selbst 1905 als erste Frau erhielt.

Im Jahr 1902 starb ihr Ehemann, und Bertha von Suttner zog nach Wien zurück, wo sie weiterhin publizierte. 1907 war sie auch bei der zweiten Friedenskonferenz in Den Haag anwesend, die diesmal noch mehr als 1899 auf Regelungen des Kriegsrecht fokussiert war als auf die Frage einer stabilen Friedensordnung. In der Folge versuchte sie vermehrt über die Gefahren der internationalen Aufrüstung und die Interessen der Rüstungsindustrie zu informieren, ab 1912 mahnte sie auch die Gefahr eines internationalen Vernichtungskrieges an.

Bertha von Suttner starb 1914 wenige Wochen nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, vor dem sie immer gewarnt hatte. Neben ihrer Arbeit hatte sie den Bau des ersten deutschen Krematoriums in Gotha gefördert

und testamentarisch verfügt, dass ihr Leichnam nach Gotha überführt und dort verbrannt werden sollte. Die Urne mit ihrer Asche wird dort heute noch im Columbarium aufbewahrt.

Politische Einstellung

Die politische Einstellung verdeutlicht Bertha von Suttner in vielen ihrer Romanfiguren, etwa in Martha aus »Die Waffen Nieder!«:

Krieg ist...

aus Sicht der Kriegsbefürworter	aus Sicht Marthas
unverhütbar	verhütbar
naturgegeben, ja von Gott gewollt	vom Menschen geschaffen
notwendig	zu verabscheuen
etwas, das immer nur die anderen schädigt, da man selbst im Recht ist	etwas, das einen selbst schädigt, in dem es sehr wohl einen selbst oder Freunde treffen kann; wichtig ist vor allem, dass es nicht wichtig ist, wen es trifft, sondern nur, dass es immer einen Menschen trifft
etwas, das neues Territorium bringt und die Stärke des eigenen Reiches stärkt und zum Ausdruck bringt	barbarisch und verwerflich und bringt nur wenigen Skrupellosen einen Vorteil
etwas, das erst das Beste aus dem Manne hervorholt	etwas, das Witwen macht, Familien und Freunde zerreißt, unsägliches Leid und Pein erzeugt und etwas, in dem Menschen auf grausamste und oft sehr langsame Weise getötet werden
etwas, in dem es nur Feinde, Einheiten, Strategien und Positionen gibt	etwas, in dem der Mensch zählt
patriotisch	geline ausgedrückt: sinnlos
etwas, von dem man am liebsten aus der Vogelperspektive erzählt	etwas, dessen gesamte Grausamkeit man nur erkennt, wenn es sich vor einem erstreckt

In »Drei wesentliche Programmpunkte zur Neuregelung der Staatenbeziehungen« legte sie dar, wie Konflikte zwischen Staaten ohne Gewalt gelöst werden können:

- 1. Durch *Schiedsgerichtsverträge*, um die Konflikte zwischen Staaten mit friedlichen Mitteln beizulegen.
- 2. Durch eine *Friedensunion aller Staaten*, die jeden Angriff eines Staates gegen einen anderen mit gemeinschaftlicher Kraft zurückweisen müssen.
- 3. Durch eine *internationale Institution*, die als ein Gerichtshof im Namen der Völker das Recht vertrete.

Die Quintessenz ihrer Reformvorschläge lautete: Abschaffung der Notwendigkeit, Zuflucht zum Krieg zu nehmen.

Werke

- *Das Maschinenzeitalter entsteht*, 1886, Druck 1889
- *Die Waffen nieder!*, Roman 1889, Faksimile (= <http://www.literature.at/webinterface/library/ALO-BOOK_V01?objid=13206>) bei ALO
- *Die Waffen nieder!* (Hrsg.), Monatszeitschrift 1892–1899
- *Die Haager Friedenskonferenz*, Leipzig 1900
- *Die Entwicklung der Friedensbewegung*, Leipzig 1907
- *Randglossen zur Zeitgeschichte*, 1892–1900 und 1907–1914
- *Rüstung und Überrüstung*, Berlin 1909
- *Die Barbarisierung der Luft*, Berlin 1912

Literatur

- Irene Stratenwerth: *Warum tut ihr nichts, ihr jungen Leute?*. In: Charlotte Kerner (Hrsg.): *Madame Curie und ihre Schwestern – Frauen, die den Nobelpreis bekamen*. Beltz Verlag Weinheim und Basel, 1997
- Angelika U. Reutter, Anne Ruffer: *Frauen leben für den Frieden. Die Friedensnobelpreisträgerinnen von Bertha von Suttner bis Shirin Ebadi*. Piper Verlag München, 2004
- Beatrix Müller-Kampel (Hg.): *»Krieg ist der Mord auf Kommando«. Bürgerliche und anarchistische Friedenskonzepte. Bertha von Suttner und Pierre Ramus*. Verlag Graswurzelrevolution Nettersheim, 2005

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bertha_von_Suttner. Hauptautoren: Achim Raschka, Andreas Praefcke, Jed, M.lange, Otto, BS Thurner Hof, Altruist, Magnus, Anima, Stefan Kühn, Bali70, Bertha, Triebtäter, Historiograf, FlaBot, Salmi, Josua, anonyme Bearbeiter.

1906

Theodore Roosevelt



Abb. 10: Theodore Roosevelt

Theodore Roosevelt (* 27. Oktober 1858 in New York City; † 6. Januar 1919 in Oyster Bay, New York) war seit 1900 unter William McKinley Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika (USA). Nach dem tödlichen Attentat auf McKinley 1901 wurde Roosevelt am 14. September im Alter von 42 Jahren Präsident und damit der jüngste Inhaber dieses Amtes in der amerikanischen Geschichte. Er war Kandidat der Republikanischen Partei und wurde einmal wiedergewählt, bevor er 1908 auf eine dritte Amtszeit verzichtete. Sein Nachfolger war William H. Taft.

Leben und Werk

Frühe Jahre und Ausbildung – Theodor Roosevelt wurde 1858 in New York City als Sohn einer sehr vermögenden und gesellschaftlich etablierten Familie geboren. Sein Vater war ein erfolgreicher und international tätiger Geschäftsmann, den Roosevelt in seiner Jugend auf vielen Reisen nach Europa und Ägypten begleitete. Von 1876 bis 1880 studierte er an der Harvard University, wobei ihn besonders die Naturgeschichte faszinierte. 1882 erschien unter dem Titel »The Naval War of 1812« sein erstes Buch, in dem er sein Interesse an der Aufrüstung und Bedeutung der Flotte erstmalig zeigte.

Im gleichen Jahr begann auch die politische Karriere Roosevelts. Er ließ sich als unabhängiger Kandidat von der Republikanischen Partei für das Abgeordnetenhaus des Staates New York aufstellen und wurde gewählt. Er setzte sich massiv für Reformen ein, wodurch andere Abgeordnete auf ihn aufmerksam wurden. 1884 zog er sich allerdings wieder zurück und blieb für zwei Jahre auf seiner Ranch in North Dakota, um an seinem Buch »Die Eroberung des Westens« zu arbeiten. 1886 kandidierte er für das Amt des Bürgermeisters von New York City, wurde jedoch nicht gewählt. Im Jahr 1895 wurde er Leiter der New Yorker Polizeibehörde und zwei Jahre später kam er in das Kabinett des Präsidenten William McKinley als Marinemi-

nister. In dieser Position unterstützte er die Forderung nach einem Krieg gegen Spanien, welches sich den Unabhängigkeitsbestrebungen Kubas widersetze. Am 25. April 1898 begann der Spanisch-Amerikanische Krieg und Roosevelt legte sein Amt als Marineminister nieder, um eine Kavallerieeinheit zu gründen, die er als Oberstleutnant anführte. Mit seinen *Rough Riders* war er sehr erfolgreich und sie brachten ihm den Ruf eines Kriegshelden ein. 1899 kandidierte er für das Amt des Gouverneurs des Staates New York und gewann diese Wahl. Als Gouverneur setzte er sich für Reformen der Arbeitsbedingungen in den Betrieben ein und verbesserte das Versorgungs- und Verkehrssystem.

Präsidentschaft – Im Jahr 1900 wurde Theodore Roosevelt von William McKinley als Vizepräsident der Vereinigten Staaten eingesetzt. Als der Präsident am 6. September 1901 durch den Anarchisten Leon Czolgosz in Buffalo, New York angeschossen wurde und seiner Verwundung am 14. September 1901 erlag, wurde Roosevelt sein Nachfolger und damit mit 42 Jahren der bis dahin jüngste Präsident der Vereinigten Staaten.

Roosevelt begann bereits sehr rasch, seine Ideen im Land zu verwirklichen. Innenpolitisch stärkte er die Arbeitnehmer und setzte sich massiv für die Monopolkontrolle der Wirtschaftsunternehmen ein. Seine Reformen betrafen die Verwaltungsstrukturen, die Wirtschaft sowie die Umweltpolitik. Dabei stellte er sich vor allem denjenigen entgegen, die auf Kosten der Arbeitnehmer reich wurden, und ging damit auch auf Konfrontationskurs zu den meisten Angehörigen seiner eigenen Partei. In seiner Rolle als Präsident war er auch der erste, der eine staatliche Schlichtung eines Arbeiterstreiks vornahm, indem er 1901 150.000 streikende Bergleute in Pennsylvania unterstützte und sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, einen geregelten Achtstundentag sowie bessere Arbeitsschutzbedingungen einsetzte.

Während seiner Amtszeit gründete Roosevelt außerdem eine Reihe von Nationalparks in den USA und gilt dadurch als früher Verfechter für den Naturschutz. Zu seinen Ehren wurde sein Porträtkopf als einer von vier Präsidenten in den Granit des Mount Rushmores, South Dakota, gehauen, und es wurde schließlich 1978 der Theodore-Roosevelt-Nationalpark in Nord-Dakota errichtet. Nach North Dakota trieb es ihn auch als jungen Mann oft, ihm gefiel das harte Leben an der *Western Frontier* und ins-



Abb. 11: Theodore Roosevelt Denkmal vor dem American Museum of Natural History in New York City

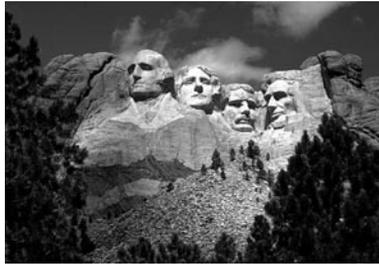


Abb. 12: Die vier Präsidenten (von links nach rechts): George Washington, Thomas Jefferson, Theodore Roosevelt und Abraham Lincoln

besondere die extremen Naturerlebnisse. Einige Jahre lang besaß er auch eine Ranch dort, die sich aber als ökonomisch nicht tragfähig erwies. Eines seiner zahlreichen Bücher beschäftigt sich mit dem Dasein als Cowboy in North Dakota, wo er auch Dienste als Hilfssheriff leistete.

Am 6. Dezember 1904 legte er in der jährlichen Rede vor dem Kongress mit der Roosevelt-Corollary, seinem Zusatz zur Monroe-Doktrin, den Grundstein für eine expansionistischere Außenpolitik innerhalb der westlichen Hemisphäre, wo die Vereinigten Staaten seiner Meinung nach als Polizeigewalt auftreten sollten. Dies war eine Reaktion darauf, dass mehrere europäische Mächte begonnen hatten, militärischen Druck auf lateinamerikanische Staaten auszuüben, die ihnen Geld schuldeten.

Mit seiner Fortführung des Baus des Panama-Kanals stärkte er gleichzeitig die militärischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten seines Landes im atlantischen und pazifischen Raum.

Im Jahr 1905 gelang es, Unterhändler der in der Mandschurei kriegsführenden Mächte Russland und Japan zu Friedensverhandlungen im US-Ostküsten-Badeort Portsmouth zu bewegen. Die mehrmals vor dem Scheitern stehenden Verhandlungen führten insbesondere aufgrund seines diplomatischen Geschicks letztlich zu einem Friedensvertrag zwischen Russland und Japan im Russisch-Japanischen Krieg. 1906 erhielt Roosevelt in Anerkennung seines Beitrags zur Beendigung dieses Krieges als erster Amerikaner den Friedensnobelpreis. Ebenfalls 1906 intervenierte er in der ersten Marokkokrise und zeigte auch dort deutlich, wie er die zukünftige Rolle der USA in der Welt sah.

Bis 1909 verschärfte sich der interne Streit der Republikanischen Partei zwischen progressiven Befürwortern seiner Politik und konservativen Stimmen der Partei. Roosevelt verzichtete 1909 auf eine dritte Amtspe-

riode und glaubte, in seinem späteren Nachfolger William Howard Taft einen würdigen Nachfolger gefunden zu haben.

Politisches Wirken nach der Präsidentschaft – Nach seiner Entscheidung gegen eine weitere Präsidentschaftskandidatur zog sich Roosevelt für einige Jahre in sein Privatleben zurück. Da er mit der Politik seines Nachfolgers Taft allerdings nicht zufrieden war, kandidierte er 1912 als unabhängiger Kandidat für eine dritte Amtszeit (bull moose). Die dadurch erfolgte Aufteilung der republikanischen Stimmen auf zwei Kandidaten ermöglichte Woodrow Wilson seinen ersten Wahlsieg. Außer Roosevelt kandidierte nur sein entfernter Verwandter Franklin D. Roosevelt für mehr als zwei Amtsperioden. Seit 1947 ist eine dritte Amtszeit nicht mehr zulässig.

Theodore Roosevelt befürwortete bereits nach Beginn des Ersten Weltkrieges und dessen Eskalation eine Beteiligung der USA in dem Krieg. 1918 stimmte er für eine Intervention in Russland als Reaktion auf die Oktoberrevolution.

Der Teddybär

Neben seinem politischen Schaffen prägte er auch bis in die heutige Zeit die internationalen Kinderstuben: Der Teddybär wurde nach ihm benannt. Während eines tagelang erfolglosen Jagdtrips in Mississippi, bei dem sich Roosevelt vorgenommen hatte, einen Bären zu schießen, ließ sich einfach keiner blicken. Als dann einer seiner Jagdhelfer doch auf einen eher kleinen Bären stieß (235 pounds), band er diesen an einen Baum und gab ihn Roosevelt zum Abschuss frei. Roosevelt allerdings weigerte sich, so zu einer Jagdbeute zu kommen, und verzichtete auf den Abschuss (der Bär wurde dann mit einem Messer von einem seiner Helfer erlegt). Die Geschichte regte die Phantasie des Karikaturisten Clif-



Abb. 13: Teddybär

ford Berryman von der Washington Post an, der den Bär runder und niedlicher darstellte und dessen Karikatur am 16. November 1902 auf der Titelseite der Washington Post erschien mit der Unterschrift »Drawing The Line In Mississippi«. Die Leser schlossen den Bär ins Herz und wollten mehr davon sehen. Berryman ließ den Bär in den folgenden Karikaturen immer kleiner, runder und niedlicher werden und brachte ihn auf jeder Abbildung mit dem Präsidenten unter. Zufälligerweise hatte in diesem Winter die Firma Steiff in Giengen mit der Produktion von klei-

nen Bären mit beweglichen Gelenken und einem Knopf im Ohr begonnen, von denen die New Yorker Firma F.A.O. Schwarz 3.000 Stück bestellte. Hiermit begann der weltweite Siegeszug des Teddybären.

Sonstiges

Roosevelt war Mitglied des Freimaurerbundes. Aufgenommen wurde er 1901 in die *Matinecook Lodge No. 806* auf Long Island. In der Loge *Rienzi* in Rom war er Ehrenmitglied.

Literatur

- Natalie A. Naylor et al.: *Theodore Roosevelt: Many-Sided American.*, Heart of the Lakes Publishing Interlaken, N.Y, 1992

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Theodore_Roosevelt. Hauptautoren: Achim Raschka, Mipanber, Gnosis, Pandat, Webmaster@sgovd.org, Perrak, Deadhead, Anathema, Zwobot, Hoch auf einem Baum, Magnus, Martin-D1, Triebtäter, StH, Karl-Henner, Leonach, anonyme Bearbeiter.

1907

Ernesto Teodoro Moneta

Ernesto Teodoro Moneta (* 20. September 1833 in Mailand; † 10. Februar 1918 ebenda) war ein bedeutender italienischer Publizist und Politiker. Für sein Engagement in der Lombardischen Friedensliga *Unione Lombarda per la Pace e l'Arbitrariato*, deren Gründer und Präsident er war, erhielt er 1907 den Friedensnobelpreis.

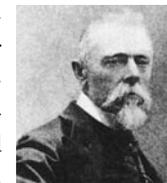


Abb. 14: Moneta

Biographie

Ernesto Teodoro Moneta wurde 1833 als Sohn eines Eisenwarenhändlers in Mailand geboren und hatte zehn Geschwister. Er wurde von seinen Eltern patriotisch erzogen. 1847 begannen die Volksunruhen gegen die österreichische Besetzung, bereits 1848 nahm Moneta am Mailänder Aufstand teil. 1859 schloss er sich gemeinsam mit fünf seiner Brüder dem Alpenregiment an und 1860 kämpfte er für Giuseppe Garibaldi in Kalabrien als Adjutant seines Generals, wo er unter anderem in der Schlacht von Volturmo und bei der Einnahme von Gaeta kämpfte. 1866 verließ er nach der verlorenen Schlacht bei Custoza die Armee und wurde Redakteur bei der Mailänder Zeitung »Il Secolo«.

1870 begann sein Engagement für die italienische Friedensbewegung. 1978 gründete Moneta als Antwort auf den Krieg in Bosnien-Herzegowina die *Lega di Liberta, Fratellanze e Pace*, die jedoch unbedeutend blieb. 1887 war er der Gründer der Lombardischen Friedensliga *Unione Lombarda per la Pace e l'Arbitrariato*, die schnell zur wichtigsten Friedensorganisation Italiens wurde. 1890 baute er die Redaktion des jährlich erscheinenden Vereinsmagazins »Almenace della Pace« auf, ein Jahr später wurde er Präsident der Organisation. Er organisierte zudem 1891 die Konferenz der italienischen Friedensgesellschaften und war nachfolgend bei den meisten europäischen Friedenskongressen anwesend. Durch eine von ihm organisierte pazifistische Propagandaausstellung 1894 erhielt die Bewegung weiteren Zuspruch und 1896, nach der Schlacht von Adua, brachte er eine Unterschriftenliste mit 120.000 Namen in die italienische Regierung zur Beilegung des Krieges ein, die er auch durchsetzte. 1898 gründete Moneta

mit der halbjährlich erscheinenden Zeitung »La Vita Internazionale« eine der wichtigsten pazifistischen Zeitungen Europas.

1904 wurde Moneta der Vorsitzende des ersten internationalen Friedenskongresses in Turin, 1907 erhielt er für seine Arbeit den Friedensnobelpreis, wobei er den Großteil des Preisgeldes an die *Unione Lombarda* spendete. 1911 geriet Moneta aufgrund seiner Befürwortung eines Eroberungskrieges der italienischen Truppen in der Türkei in die Kritik, im Ersten Weltkrieg versuchte er vor allem durch Artikel in seiner Zeitung, das italienische Volk zu ermutigen. 1918 starb Moneta in seiner Heimatstadt Mailand.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Ernesto_Teodoro_Moneta. Hauptautoren: Achim Raschka, Smoke, Robodoc, Salmi, BLueFiSH.as, AN.

Louis Renault

Louis Renault (* 21. Mai 1843 Autun, † 8. Februar 1918 Barbizon) war ein französischer Jurist. Für seine Mitwirkung bei den Haager Friedenskonferenzen erhielt er 1907 zusammen mit →Ernesto Teodoro Moneta den Friedensnobelpreis.

Leben und Werk

Louis Renault wurde 1843 in Autun geboren. Der Sohn eines Buchhändlers erlangte 1860 das Baccalauréat-des-lettres der Fakultät in Dijon und studierte ab 1861 in Dijon und Paris Literatur und Jura. Von 1868 bis 1873 war Renault Dozent in Dijon und wurde 1873 an die Universität in Paris berufen. Ab 1874 unterrichtete er außerdem Völkerrecht an der neu gegründeten *École libre des Sciences Politiques*. Ab 1881 war er Professor für Völkerrecht und veröffentlichte in dieser Position eine Reihe von wissenschaftlichen Schriften und Lehrbüchern.

Bereits 1875 wurde Renault Mitglied des Instituts für Internationales Recht, aus dem heraus 1890 ein Posten als Rechtsberater für internationale Rechtsfragen geschaffen wurde. Renault wurde mit dieser Aufgabe betraut und wirkte im Namen der französischen Regierung bei internationalen Konferenzen mit. Von 1880 bis 1901 war er außerdem Herausgeber der »Diplomatischen Archive« und ab 1901 Mitglied am Institut de France in der Akademie für Moralische und Politische Wissenschaften. 1902 wurde er zum Bevollmächtigten des französischen Außenministers.

Renault war maßgeblich an den Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907 beteiligt, die in der Haager Landkriegsordnung gipfelten. Er wirkte hier als Kommissionsmitglied und als Berichterstatter der französischen Delegation. Daneben beschäftigte er sich auf beiden Konferenzen mit einer Reihe von Sachfragen, darunter die Anwendung des Genfer Abkommens bei einem Seekrieg, die Einrichtung eines internationalen Krisenhofes und die Ausarbeitung der Rechte und Pflichten von Neutralen bei einem Seekrieg. Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges kritisierte er die Verletzung der Landkriegsordnung und stellte diese rechtlich dar. Hoch dekoriert als Mitglied der Ehrenlegion und der französischen Akademie der Wissenschaften, setzte er seine Lehrtätigkeit bis kurz vor seinem Tod fort. Er starb 1918 in seinem Landhaus nach einer Vorlesung in Paris.

Quelle: [http://de.wikipedia.org/wiki/Louis_Renault_\(Jurist\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Louis_Renault_(Jurist)).

1908

Klas Pontus Arnoldson

Klas Pontus Arnoldson (* 27. Oktober 1844 in Göteborg; † 20. Februar 1916 in Stockholm) war ein schwedischer Journalist, Politiker und Friedensnobelpreisträger.



Abb. 15: Klas Pontus Arnoldson

Leben

Als Sohn eines Hausmeisters in Göteborg geboren, entstammte Arnoldson eher einfachen Verhältnissen. Nach dem Tod des Vaters 1860 war er gezwungen, die Schule abzubrechen und eine Ausbildung zu beginnen. Bis 1871 arbeitete er als Büroangestellter für eine Eisenbahngesellschaft, bis 1881 dann als Stationsvorsteher.

Während dieser Zeit setzte er seine Studien autodidaktisch fort. Er beschäftigte sich mit Geschichte, Religion und Philosophie und beobachtete die aktuellen politischen Ereignisse. Seine Ideen zu Religion, Politik und Pazifismus veröffentlichte er in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften (»Nordiska Dagbladet«, »Sanningssökaren«), aber auch in Büchern und politischen Pamphleten.

Nachdem er in den schwedischen Reichstag 1882 gewählt worden war, dem er bis 1887 angehörte, setzte er sich für ein erweitertes Stimmrecht, Religionsfreiheit, Abrüstung und die politische Neutralität des Landes Schweden ein.

1883 wurde er Mitbegründer und erster Vorsitzender der *Swedish Peace and Arbitration Society*, die als Reaktion auf Aufrüstungspläne der schwedischen Regierung gegründet wurde. Ab 1890 half er durch Reden bei Versammlungen in ganz Schweden und Norwegen, eine Verhandlungslösung im Konflikt zwischen den beiden in einer Union vereinigten Staaten vorzubereiten. Mit der einvernehmlichen Auflösung der Union 1905 und der folgenden Unabhängigkeit Norwegens gelang eine friedliche Lösung des Konflikts.

Im Jahr 1908 erhielt Arnoldson gemeinsam mit →Fredrik Bajer den Friedensnobelpreis für seine Bemühungen um die friedliche Lösung des Konflikts zwischen Schweden und Norwegen.

Werke

- *Är världsfred möjlig?: En historisk framställning af sträfvandena för lag och rätt mellan folken.* Fröléen Stockholm, 1890
- *Seklernas hopp: En bok om världfreden.* Wilhelmsson Stockholm, 1901

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Klas_Pontus_Arnoldson. Hauptautoren: Admean, Robbatt, Matthias Bock, Stefan Kühn.

Fredrik Bajer

Fredrik Bajer (* 21. April 1837 in Vesteregede; † 22. Januar 1922 in Kopenhagen) war ein dänischer Politiker und Parlamentarier. Für seinen Einsatz zur internationalen Friedenssicherung und vor allem für seine Arbeit mit dem *Bureau International Permanent de la Paix* (*Ständiges Internationales Friedensbüro*), dessen Präsident er war, erhielt er den Friedensnobelpreis 1908.

Biographie

Fredrik Bajer war der Sohn eines Geistlichen und ging von 1848 bis 1854 auf ein Elite-Internat in Sorø. Kurz vor dem Abschluss brach er die Schulausbildung ab, um Berufsoffizier zu werden, und ging auf die Militärakademie in Kopenhagen. Diese schloss er 1856 ab und wurde der Kavallerie als Unterleutnant zugeteilt. Nachdem er am Deutsch-Dänischen Krieg von 1864 teilgenommen hatte, entschloss er sich, Friedenspolitiker zu werden. 1865 schied er aus der Armee aus und finanzierte sich und seine Familie durch Lehrtätigkeit an verschiedenen Schulen in Kopenhagen.

1867 trat Bajer der *Société Française pour l'arbitrage entre nations* (*Internationale Friedensliga*) von →Frédéric Passy bei und warb dafür sehr intensiv in den Ländern Skandinaviens. 1869 wurde er Vorsitzender einer Wählervereinigung in Kopenhagen und 1872 in dieser Position in das dänische Parlament gewählt. Bis 1895 war er Mitglied des dänischen Reichstages und trat dort sehr engagiert für Frauenrechte und soziale Fragen ein. So wollte er ein Verhältniswahlrecht durchsetzen, die Zollschränken reduzieren und statt der traditionellen Armee Volksmilizen einsetzen. Gemeinsam mit seiner Frau, einer sehr aktiven Frauenrechtlerin, gründete er 1871 die Dänische Frauenliga. 1882 gründete Bajer den *Dänischen Friedensverein*, der später zur *Dänischen Friedensgesellschaft* wurde und für die er von 1884 bis 1892 den Vorsitz übernahm.

Am 13. November 1891 war Bajer eines der Gründungsmitglieder des *Bureau International Permanent de la Paix* beim Friedenskongress in Rom, welches seinen Sitz in die Schweiz nach Bern legte. Er wurde der erste Präsident dieser Organisation und blieb dies bis 1907, danach war er Ehrenpräsident. Als Teilnehmer besuchte er die Friedenskongresse der *Internationalen Liga für Frieden und Freiheit* sowie der skandinavischen National-Friedenskongresse und fast aller Weltfriedenskongresse. Nach seinem Rückzug aus der aktiven Friedensarbeit beobachtete er die Zerschlagung seiner Ideale im Ersten Weltkrieg und bei der Nobelpreisverleihung äußerte er sich kritisch über die unzureichende Organisation der Friedensbewegung. Er starb 1922 in Kopenhagen.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Fredrik_Bajer. Hauptautoren: Achim Raschka, Peter200.

1909

Auguste Beernaert

Auguste Marie François Beernaert (* 26. Juli 1829 in Ostende, † 6. Oktober 1912 in Luzern) war ein belgischer Jurist und Politiker. Als Mitglied des *Internationalen Schiedsgerichts* in Den Haag sowie aufgrund seines Einsatzes in der Lösung internationaler Streitfälle erhielt er 1909 den Friedensnobelpreis.



Abb. 16: Auguste Beernaert

Biographie

Frühe Jahre – Auguste Beernaert wurde 1829 als Sohn eines Finanzbeamten geboren. Nach seiner Schulausbildung studierte er Rechtswissenschaften an der Universität in Löwen und legte dort 1850 seine Promotion ab. Finanziert durch ein Reisestipendium, besuchte er anschließend für zwei Jahre die Universitäten von Berlin, Paris, Heidelberg, Leipzig und Straßburg und kehrte 1853 in seine Heimat zurück. Dort wurde er ein erfolgreicher Anwalt.

Politik – Erst 1873 begann für Beernaert die politische Karriere mit einer Berufung in die belgische Regierung. 1884 wurde er Regierungschef und Finanzminister seines Landes und konzentrierte seine Arbeit vor allem auf eine Verbesserung der Seewege, unter anderem mit der Gründung des



Abb. 17: Statue von Louis Mascré

Belgischen Vereins zur Vereinheitlichung des Seerechts sowie des *Internationalen Maritimkomitees*. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf dem Ausbau der belgischen Hauptstadt Brüssel. Eine wichtige Rolle nahm er im belgischen Konfessionenstreit als Vermittler zwischen protestantischen Flamen und katholischen Wallonen ein. Außerdem war er Berater des belgischen Königs Leopold II. bei dessen früher Kolonialpolitik in Belgisch-Kongo. 1894 gab er seine Regierungsarbeit auf, teilweise als Kritik an der sich in eine Ausbeutungspolitik wandelnden Entwicklung im Kongo, teilweise aufgrund eines abgelehnten Entwurfs zum Verhältniswahlrecht im belgischen

Parlament. Er zog sich wieder in seine Anwaltskanzlei zurück, verblieb jedoch als Mitglied der klerikalen Partei im Parlament.

Bereits während seiner Regierungszeit bemühte sich Beernaert um eine Friedenssicherung durch internationales Recht. Dabei setzte er sich vor allem für eine diplomatische Annäherung mit dem belgischen Nachbarstaat, den Niederlanden, ein. Er war Vorsitzender der *International Law Association* und Ehrenmitglied des *Institut de Droit International*. Er gehörte zu den maßgeblichen Personen, die die erste Internationale Friedenskonferenz 1899 in Den Haag vorbereiteten und war auch Präsident der ersten Kommission. Diese Funktion erfüllte er auch 1907 bei der zweiten Haager Friedenskonferenz, wo er sich besonders für die Unverletzlichkeit des feindlichen Eigentums im Seekrieg einsetzte. Neben diesen Funktionen bekleidete er zeitweilig die Präsidentschaft der Interparlamentarischen Union, war Mitglied am Ständigen Schiedshof und 1912 Ehrenpräsident der *Katholischen Liga für Frieden* und der *Internationalen Liga katholischer Pazifisten*. Auf der Genfer Konferenz der Interparlamentarischen Union setzte er sich wenige Tage vor seinem Tod für ein Verbot des Luftkrieges ein.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Auguste_Beernaert. Hauptautoren: Achim Raschka, Ixitixel, LeonardoRob0t, anonyme Bearbeiter.

Paul Henri Benjamin Balluet d'Estournelles de Constant

Paul Henri Benjamin Balluet d'Estournelles de Constant, Baron de Constant de Rebecque (* 22. November 1852 in La Flèche; † 15. Mai 1924 in Paris), Baron de Constant de Rebecque, war Gründer und Präsident der *Französischen Parlamentarischen Gruppe für freiwillige Schiedsgerichtsbarkeit* und Gründer des *Komitees für die Verteidigung nationaler Interessen und internationaler Versöhnung*. 1909 bekam er für seine Arbeit den Friedensnobelpreis, gemeinsam mit dem Belgier ➔ Auguste Beernaert.

Leben und Werk

Frühe Jahre: Ausbildung und Diplomatenzeit – Geboren wurde der Großneffe des französischen Schriftstellers Benjamin Constant in La Flèche bei Le Mans in Frankreich. Seine Jugend und Schulzeit verbrachte er in der griechischen Hauptstadt Athen, danach bereiste er Griechenland und studierte schließlich Rechtswissenschaften in Paris. Seine Erlebnisse

verarbeitete er in Büchern, womit er sich in Frankreich einen Namen als Reiseschriftsteller machte. 1876 entschloss er sich, Diplomat für Frankreich zu werden. Nach einem zweijährigen Aufenthalt in London ging er 1882 als Botschaftssekretär nach Tunis. Auch seine Amtszeit dort verarbeitete er literarisch in einem Buch über die Politik Tunesiens, welches von der Academie Française prämiert wurde. Nach dieser Amtszeit folgte ein kurzer Aufenthalt in Den Haag, danach ging er 1890 erneut nach London, diesmal für acht Jahre. Hier war er erst als Gesandtschaftsrat und später als bevollmächtigter Minister tätig, danach legte er sein Diplomatenamt nieder und widmete sich der Politik.

Politische Laufbahn – Im Jahr 1895 wurde d'Estournelles erstmalig als Kandidat der republikanischen Partei in das französische Abgeordnetenhaus gewählt und behielt dieses Mandat bis an sein Lebensende. Von 1904 an war er Senator.

Seine Friedensarbeit begann 1899 als Delegierter der französischen Regierung zur ersten Haager Friedenskonferenz, nach deren Abschluss er zum Mitglied des *Internationalen Schiedsgerichtshofes* ernannt wurde. Auf mehreren Reisen in die USA und verschiedene Länder Europas versuchte er die Idee des Schiedsgerichts zu verbreiten und Politiker und Regierungen von den Zielen zu überzeugen. Dies gelang ihm 1902 bei einem Besuch bei ➔Theodore Roosevelt, der für einen Rechtsstreit mit Mexiko das Den Haager Schiedsgericht anrief.

1903 gründete d'Estournelles eine überparteiliche Parlamentariergruppe für freiwillige Schiedsgerichtsbarkeit (*Französische Parlamentarische Gruppe für freiwillige Schiedsgerichtsbarkeit*) in Frankreich, die einen großen Beitrag bei den abgeschlossenen Schiedsgerichtsverträgen der Jahre 1903 und 1905 leistete. Vor allem die französisch-englischen Beziehungen wurden durch die Aufsätze, Vorträge und Reisen von d'Estournelles gefördert und verbessert. 1905 gründete er das *Komitee für die Verteidigung nationaler Interessen und internationaler Versöhnung*, zu dem sich viele führende Personen aus Politik, Kultur und Wirtschaft zusammenschlossen und das auch von Andrew Carnegie gefördert wurde. 1909 wurde ihm für seine Friedensarbeit der Friedensnobelpreis verliehen, den er sich mit dem Belgier ➔ Auguste Beernaert teilte.

Bei seiner nächsten Amerikareise 1911 war d'Estournelles zu Gast bei der Gründung der *Carnegie-Stiftung zur Unterstützung internationaler Friedensbemühungen*. Im gleichen Jahr wurde in Paris ein europäisches Zentrum der Stiftung eingerichtet, dessen Leiter d'Estournelles wurde.

Auf der zweiten Haager Konferenz und in den Folgejahren setzte er sich massiv für eine Abrüstung und eine Verbesserung der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland ein, änderte seine Strategie allerdings mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges und dem Einmarsch deutscher Truppen in Belgien. Von diesem Zeitpunkt an rief er zum Kampf gegen den deutschen Militarismus auf und versuchte, auch die USA von seinem Standpunkt zu überzeugen. Nach dem Kriegsende forderte er jedoch eine pazifistische Haltung gegenüber dem deutschen Volk, das nach seinen Worten nicht gleichzusetzen sei mit der Regierung Deutschlands. Die französischen Annexionsforderungen prangerte er massiv an.

In den Jahren nach dem Krieg arbeitete d'Estournelles vor allem am französischen Anteil des *Völkerbundes* und versuchte die Schwächen dieser Institution zu beseitigen. Er starb 1924 in Paris.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Henri_d'Estournelles_de_Constant.
Hauptautoren: Achim Raschka, Sd5, RedBot, Aka, anonyme Bearbeiter.

1910

Bureau International Permanent de la Paix

Das *Bureau International Permanent de la Paix*, zu deutsch *Internationales Ständiges Friedensbüro*, ist eine Organisation, welche auf der Weltfriedenskonferenz am 13. November 1891 in Rom gegründet wurde, um Fragen und Anträge für künftige Friedenskonferenzen zu erarbeiten. Für das von diesem Büro ausgehende Engagement erhielt es 1910 den Friedensnobelpreis.

Geschichte und Wirken

Als geistige Väter des *Bureau International Permanent de la Paix* wirkten der dänische Parlamentsabgeordnete ➔ Fredrik Bajer, der französische Journalist und Professor für Philosophie Charles Lemonier sowie der britische Pazifist Hodgson Pratt. Die Aufgaben der Organisation waren vor allem die Organisation und Durchführung der Internationalen Friedenskongresse, die Propaganda für den Frieden sowie die Kontaktpflege und -koordination zwischen pazifistischen Gruppen, Instituten und Personen. Auf der Basis des Völkerrechts formulierten sie ihre Prinzipien:

- Das Prinzip der Pflichten und der Moral der Nationen ist das gleiche wie das der Moral und der Prinzipien der Individuen.
- Da niemand das Recht hat, Selbstjustiz zu üben, kann auch kein Staat einem anderen Staat den Krieg erklären.
- Alle Differenzen zwischen den Völkern müssen auf dem Rechtsweg geklärt werden.
- Alle Völker stehen sich als Wesenheiten gegenüber und haben wie Individuen das Recht auf gesetzmäßige Verteidigung.
- Es existiert kein Recht durch Eroberung.
- Die Völker haben das unveräußerliche und unabdingbare Recht, frei über sich selbst zu verfügen.
- Das Recht jeder Nation auf Selbstbestimmung ist unverletzlich.

Als erster Präsident der Organisation wirkte bis 1907 Frederik Bajer, der 1908 als Ehrenpräsident ebenfalls einen Friedensnobelpreis erhielt. Élie Ducommun wurde der erste Generalsekretär und erhielt in dieser Funktion den Friedensnobelpreis bereits 1902. Als Sitz der Organisation wurde

die Stadt Bern in der Schweiz gewählt; das oberste Entscheidungsgremium stellte die jährliche Mitgliederversammlung dar.

Ducommun führte die Amtsgeschäfte der Organisation bis zu seinem Tod 1906, sein Nachfolger wurde der Schweizer Jurist → Charles Albert Gobat, der 1902 als Vertreter der *Inter-Parliamentary Union* gemeinsam mit Ducommun den Nobelpreis erhalten hatte. Mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 begann die erste Krise für die Organisation, vor allem durch die Einstellung der Geldmittel durch die *Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden*. Diese gründete in Paris ein konkurrierendes Internationales Friedensbüro. Als Gobat 1914 starb, übernahm Henry Golay die Geschäfte und versuchte, das Büro aus der Krise zu bringen. Während des Krieges unterstützte das Büro vor allem die Mächte gegen Deutschland und Österreich-Ungarn, doch erst nach dem Kriegseintritt der USA sowie der Oktoberrevolution in Russland folgten Stellungnahmen der Organisation.

Nach dem Krieg spielte das Büro keine entscheidende Rolle in der Friedenspolitik. 1924 wurde das Sekretariat nach Genf verlegt, die Teilnehmerzahlen an den organisierten Konferenzen gingen jedoch weiter zurück und das Interesse an einer Zusammenarbeit mit anderen Gruppen schwand und nahm auch während des Zweiten Weltkrieges nicht wieder zu. Golay verstarb im Jahr 1950, das Friedensbüro wurde im gleichen Jahr aufgelöst.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bureau_International_Permanent_de_la_Paix.
Hauptautor: Achim Raschka.

1911

Tobias Asser

Tobias Michael Carel Asser (* 28. April 1838 in Amsterdam; † 29. Juli 1913 in Den Haag) war ein niederländischer Jurist und Politiker.

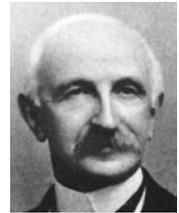


Abb. 18: Tobias Michael Carel Asser

Leben

Asser stammte aus einer wohlhabenden niederländischen Juristenfamilie, sein Vater und Großvater praktizierten als Anwälte, ein Onkel war Justizminister. Er studierte Jura am Athenaeum in Amsterdam, wo er 1860 promovierte. Noch im gleichen Jahr wurde er Mitglied einer internationalen Kommission, die über die Abschaffung von Zöllen auf dem Rhein verhandelte. Ab 1862 lehrte Asser Zivilrecht am Athenaeum in Amsterdam, ab 1876 hatte er den Lehrstuhl für Internationales Recht und Wirtschaftspolitik an der Universität von Amsterdam inne. In der niederländischen Politik war er ab 1875 als juristischer Berater des Außenministeriums, als Mitglied des Staatsrates und ab 1904 als Minister ohne Ressort tätig.

Schon früh in seiner Karriere begann sich Asser mit internationalem Zivilrecht zu befassen, wobei er sich für eine weitgehende internationale Vereinheitlichung einsetzte. Mit Unterstützung der niederländischen Regierung organisierte Asser zwischen 1893 und 1904 eine Reihe von internationalen Konferenzen in Den Haag, die von Repräsentanten der meisten europäischen Staaten besucht wurden. Dort gelang es erstmalig, internationale Verträge über die Vereinheitlichung der Durchführung von Zivilprozessen und der Vereinheitlichung des Familienrechts abzuschließen.

In den Jahren 1899 und 1907 war Asser niederländischer Delegierter bei den Haager Friedenskonferenzen, wo er entscheidend an der Einrichtung des Ständigen *Internationalen Schiedsgerichtshofs* beteiligt war. Diesem Vorgänger des *Internationalen Gerichtshofs* gehörte er auch bei der ersten Verhandlung 1902 an.

Im Jahr 1911 erhielt Asser zusammen mit → Alfred Hermann Fried den Friedensnobelpreis für seine Leistungen bei der Einrichtung des *Ständigen Internationalen Schiedsgerichtshofs* in Den Haag.

Schriften

- Tobias M. C. Asser: *Das internationale Privatrecht*, Weidmann Berlin, 1880
- Tobias M. C. Asser: *La Convention de la Haye du 14 novembre 1896*, Harlem Bohn, 1901
- Tobias M. C. Asser: *Legal Aspects of Regulatory Treatment of Banks in Distress*, Renouf Pub, 2001

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Tobias_Asser. Hauptautoren: Admean, Peacemaker, Wikix, Matthias Bock, C.Löser.

Alfred Hermann Fried

Alfred Herrmann Fried (* 11. November 1864 in Wien; † 4. Mai 1921 ebd.) war ein österreichischer Pazifist und Schriftsteller. Als Gründer der Zeitschrift »Die Waffen nieder« und weiterer Aktivitäten für den Frieden bekam Fried 1911 gemeinsam mit dem Organisator der Internationalen Konferenz für Privatrecht in Den Haag, →Tobias Asser, den Friedensnobelpreis.

Leben und Werk

Alfred Fried wurde 1864 in Wien geboren und besuchte bis zu seinem 15. Lebensjahr die Schule. Ab 1883 arbeitete er in Berlin als Buchhändler und begann später zu publizieren. Zum Pazifisten wurde er 1881 durch eine Kriegsbilderausstellung; zehn Jahre später begann er sich intensiv der Friedenspropaganda zu widmen.

Ab 1892 gab er gemeinsam mit →Bertha von Suttner die pazifistische Zeitschrift »Die Waffen nieder!« heraus. In ihr und der ab 1899 erscheinenden Zeitschrift »Die Friedenswarte« artikulierte er seine pazifistischen Ideen. Nachdem er 1892 die *Deutsche Friedensgesellschaft* mitbegründet hatte, war sein Ziel, eine internationale Organisation zur Friedenssicherung zu gründen. Ab 1894 war er regelmäßiger Besucher der internationalen Friedenskongresse und interparlamentarischer Konferenzen in Brüssel, Budapest, Kristiana und Wien. Er bereitete die Berichte für die deutschsprachige Presse vor und verbreitete sie. Von 1896 bis 1900 redigierte er die »Monatliche Friedenskorrespondenz«, die als Zeitschrift der *Deutschen Friedensgesellschaft* diente, und wurde 1899 Redakteur der Zeitschrift »Die Waffen nieder!«. 1899 rief er das *Komitee zur Kundgebung*

für die Friedenskonferenz in Berlin ins Leben; 1902 war er bei der Eröffnung des Kriegs- und Friedensmuseums in Luzern anwesend. Ab 1903 war er Mitglied des *Internationalen Friedensinstitutes*.

Fried war auch ein engagiertes Mitglied der Esperantobewegung. Er veröffentlichte 1903 das »Lehrbuch der internationalen Hilfssprache Esperanto«. Während des Ersten Weltkrieges suchte Fried Zuflucht in der Schweiz und trat hier für die Bildung des Völkerbundes ein. Zum Friedensvertrag von Versailles und auch dem tatsächlich ins Leben gerufenen Völkerbund gegenüber äußerte er sich sehr kritisch.

Fried starb 1921 in seiner Geburtsstadt Wien.

Werke (Auswahl)

- »Handbuch der Friedensbewegung« (1905)
- »Die Grundlagen des revolutionären Pacifismus« (1908)
- »Das internationale Leben der Gegenwart« (1908)
- »Handbuch der Friedensbewegung« (2 Bände 1911 bis 1913)
- »Kurze Aufklärungen über Wesen und Ziel des Pacifismus« (1914)
- »Der Weltprotest gegen den Versailler Frieden« (1919)

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Hermann_Fried. Hauptautoren: Achim Raschka, Mcschreck, Semmel, MarkusHagenlocher, Kristjan', Aka.

1912

Elihu Root

Elihu Root (* 15. Februar 1845 in Clinton (Clinton-County, Bundesstaat New York); † 7. Februar 1937 in New York City) war ein US-amerikanischer Jurist und Politiker. 1912 erhielt Root den Friedensnobelpreis für sein stetes Bemühen um Ausgleich der Interessen und die Formulierung von Schiedsverträgen in internationalen Konflikten.

Leben und Werk

Frühe Jahre und Ausbildung – Elihu Root wurde als Sohn eines Mathematikprofessors geboren. Er besuchte nach dem Abschluss der örtlichen Schule das College und studierte im Anschluss Rechtswissenschaften in New York. 1865 schloss er dieses Studium ab und gründete kurze Zeit später eine Anwaltskanzlei; er wurde einer der führenden Anwälte des Landes.

Politisches Wirken – Im Jahr 1899 wurde der Republikaner Kriegsminister im Kabinett des US-Präsidenten William McKinley und behielt dieses Amt auch unter der Präsidentschaft von ➔Theodore Roosevelt bis 1903. Er war vor allem zuständig für die Verwaltung der ehemaligen spanischen Kolonien Costa Rica, Kuba und den Philippinen. Root vergrößerte die US-Armee wesentlich, führte umfassende Reformen der Armeestrukturierung durch und führte die Generalstabsidee und die Armeekriegsschule ein. Er war verantwortlich für einen beträchtlichen Ausbau der Militärakademie *West Point* und für die Gründung des *U.S. Army War College* in Carlisle, Pennsylvania; außerdem war er 1923 einer der Gründer des *American Law Institute*. 1904 trat er von dem Posten vor allem aus gesundheitlichen Gründen zurück.

Von 1905 bis 1909 wurde er dann Außenminister der amerikanischen Regierung unter Roosevelt. In dieser Funktion nahm Elihu Root 1906 am dritten Panamerikanischen Kongress in Rio de Janeiro teil, der eine friedliche Koexistenz der amerikanischen Staaten gewährleisten sollte. 1907 bereiste er Mexiko, um auch hier den Friedensprozess voranzutreiben. Ein weiterer Schwerpunkt waren die Verbesserungen der Beziehungen zu

Japan, wo er 1908 das Root-Takahira-Abkommen abschloss, in welchem die Verhältnisse und politischen Einflüsse im pazifischen Raum geklärt wurden. Für diese Bemühungen erhielt er den Friedensnobelpreis 1912.

Im Jahr 1909 trat er als Außenminister zurück und war von 1909 bis 1915 Senator für den Bundesstaat New York. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde er als Mitglied in den Auswärtigen Ausschuss des Senats gewählt. Er war ein erklärter Gegner der Neutralitätspolitik ➔Woodrow Wilsons, des Nachfolgers Roosevelts, unterstützte ihn jedoch nach dem Kriegseintritt 1917. Root befürwortete den Eintritt der USA in den Völkerbund.

Als erster Präsident des *Carnegie Endowment for International Peace* (von 1910 bis 1925) trug er unter anderem dazu bei, die *Hague Academy of International Law* in den Niederlanden zu gründen.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Elihu_Root. Hauptautoren: Achim Raschka, Rax, Ixitixel, MarkusHagenlocher, AHZ, anonyme Bearbeiter.

1913

Henri La Fontaine

Henri Marie La Fontaine (* 22. April 1854 in Brüssel, † 14. Mai 1943 in Brüssel, Belgien) war ein belgischer Jurist und Politiker. Henri La Fontaine gründete im Jahr 1883 mit Hilfe des englischen Pazifisten Hodgson Pratt die belgische *Gesellschaft für Schlichtung und Frieden*. Er war der Gewinner des Friedensnobelpreises im Jahr 1913 und gründete zusammen mit Paul Otlet die *Universelle Bibliothek*.

Leben und Werk

Frühe Jahre und Ausbildung – Henri La Fontaine wurde 1854 in Brüssel geboren und wuchs in sehr wohlhabenden Verhältnissen auf, da seine Eltern dem gehobenen Bürgertum angehörten. Seine Schulausbildung erfolgte im Athenaeum in Brüssel. Nach der Schulausbildung ging er an die Freie Universität und studierte Jura. 1877 erfolgte die Promotion, danach die Referendariatszeit bei verschiedenen praktizierenden Anwälten. Er beschäftigte sich vor allem mit Fragen der Friedenssicherung und publizierte auch darüber, wodurch er zur Zielscheibe der Kritik mehrerer Kollegen wurde.

Friedensaktivitäten – Zur aktiven Friedensarbeit stieß La Fontaine um 1880, ab 1883 arbeitete er gemeinsam mit dem englischen Pazifisten Hodgson Pratt und wurde durch die gemeinsame Gründung der *Gesellschaft für Schlichtung und Frieden* zu einem Vorkämpfer der pazifistischen Ideen. Ab 1889 startete mit den Gründungen des *Ständigen Internationalen Friedensbüros*, der *Interparlamentarischen Union*, der *Zweiten Internationale* und den ersten Friedenskongressen eine Welle von Friedensbewegungen, an denen Henri La Fontaine teilnahm. Im selben Jahr war er einer der Gründer der belgischen Sektion des *Internationalen Verbandes für Schiedsgerichtsbarkeit und Frieden* und wurde Generalsekretär desselben bis 1914. Im Jahr 1894 organisierte er den Universalen Friedenskongress in Antwerpen und galt von diesem Zeitpunkt an als eine der zentralen Figuren der belgischen Friedensbewegung.

Henri La Fontaine war ein Verfechter der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit mit der Schaffung eines Weltgerichtshofes sowie der Abrüstung

und der Erweiterung der internationalen Rechtssicherheit. 1891 war er an der Gründung des *Bureau International Permanent de la Paix* (*Ständiges Internationales Friedensbüro*) in Rom beteiligt und übernahm den Vorsitz als Nachfolger von *Fredrik Bajer* 1907. Diese Funktion hatte er bis zu seinem Tod 1943 inne.

Politik und Hochschularbeit – 1895 wurde Henri La Fontaine als Mitglied der Sozialistischen Partei in den belgischen Senat gewählt, dem er von diesem Zeitpunkt an mit kurzen Unterbrechungen bis 1936 angehörte, wobei er von 1919 bis 1932 Vizepräsident war. 1922 wurde er in den Rat der Interparlamentarischen Union aufgenommen, der er seit 1895 angehörte, und wurde stellvertretender Vorsitzender des Friedenskongresses in Wien. Bis 1938 nahm er an fast allen wichtigen Kongressen teil; 1935 war er Vorsitzender derselben in Bukarest. Er war ein Verfechter der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit mit der Schaffung eines Weltgerichtshofes sowie der Abrüstung und der Erweiterung der internationalen Rechtssicherheit.

Neben seiner politischen Arbeit war Henri La Fontaine Hochschullehrer und unterrichtete von 1894 bis 1914 an der Universität in Brüssel Völkerrecht, Internationales Privatrecht und Volkswirtschaftslehre. 1907 gründete er gemeinsam mit Paul Otlet die *Universelle Bibliothek* und ein Zentralbüro der internationalen Gesellschaften, welche in den heute noch bestehenden *Verband internationaler Gesellschaften* überging. Das Preisgeld des Friedensnobelpreises von 1913 wollte La Fontaine in die Gründung einer »Internationalen Stadt« investieren, die als Weltkulturzentrum dienen sollte, der Erste Weltkrieg vereitelte diesen Plan.

Während des Ersten Weltkrieges ging er in die USA und hielt dort Vorlesungen über den Internationalismus und den Völkerbund. Nach dem Krieg wurde er Delegierter der belgischen Regierung zur Friedenskonferenz und zum Völkerbund.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Henri_La_Fontaine. Hauptautoren: Achim Raschka, Asb, Katharina, GNosis, Henning.Schröder, RedBot, Wikix, Srbauer.

1914

1915

1916

Friedensnobelpreis nicht verliehen

In diesen Jahren wurde der Friedensnobelpreis nicht verliehen.

1917

Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung

Die **Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung** umfasst das *Internationale Komitee vom Roten Kreuz* (IKRK), die *Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften* (Föderation) sowie derzeit 181 anerkannte nationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften. Alle diese Organisationen



Abb. 19: Die Symbole der Bewegung

sind voneinander rechtlich unabhängig

und innerhalb der Bewegung durch gemeinsame Grundsätze, Ziele, Symbole, Statuten und Organe miteinander verbunden.

Das **Internationale Komitee vom Roten Kreuz** besteht aus bis zu 25 Schweizer Staatsbürgern und ist die einzige Organisation, die im Humanitären Völkerrecht erfasst und als dessen Kontrollorgan genannt ist. Es ist neben dem Heiligen Stuhl und dem Souveränen Malteser-Ritterorden eines der wenigen originären nicht-staatlichen Völkerrechtssubjekte. Seine ausschließlich humanitäre Mission ist der Schutz von Leben und Würde der Opfer von Kriegen und innerstaatlichen Konflikten. Sie basiert auf den Prinzipien der Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit.

Die **Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften** koordiniert innerhalb der Bewegung die Kooperation zwischen den nationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften. Auf internationaler Ebene leitet und organisiert sie, in Zusammenarbeit mit den nationalen Gesellschaften, Hilfsmissionen nach nicht kriegsbedingten Notsituationen wie z. B. Naturkatastrophen und Epidemien.

Die **nationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften** sind Organisationen in fast allen Ländern der Welt, welche jeweils in ihrem Heimatland im Sinne des internationalen Völkerrechts sowie der Statuten der Internationalen Bewegung tätig sind. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten können sie darüber hinaus weitere humanitäre Aufgaben wahrnehmen,

die nicht unmittelbar durch völkerrechtliche Bestimmungen oder die Prinzipien der Bewegung vorgegeben sind.

Die weit verbreitete Bezeichnung *Internationales Rotes Kreuz* und die Abkürzung *IRK* sollten nach Möglichkeit nicht verwendet werden, da es keine Organisation mit diesem Namen gibt und diese Bezeichnungen zu Verwirrungen bei der Unterscheidung zwischen dem IKRK und der Föderation führen können.

Geschichte

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) – Solferino, Henry Dunant und die Gründung des IKRK – Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts gab es keine auch nur annähernd systematische Kriegsrankenpflege, keine gesicherten Einrichtungen zur Unterbringung und Behandlung von Verwundeten, geschweige denn eine Vorsorge durch Bereitstellung von Hilfskräften in ausreichender Zahl und mit angemessener Ausrüstung und Ausbildung. Der Schweizer Geschäftsmann → Henri Dunant wurde er am 24. Juni 1859 in der Nähe des kleinen Ortes Solferino Zeuge der Schlacht von Solferino und San Martino, in deren Verlauf an einem einzigen Tag rund 40.000 Soldaten getötet oder verwundet wurden. Dunant widmete sich daraufhin mehrere Tage lang der Versorgung der Verwundeten sowie der Organisation von Hilfsmaßnahmen. Unter dem Eindruck dieser Erlebnisse schrieb er ein Buch, welches er 1862 unter dem Titel »Eine Erinnerung an Solferino« auf eigene Kosten veröffentlichte und an führende Persönlichkeiten aus Politik und Militär in ganz Europa verschickte. Er

regte in diesem Buch die Bildung von freiwilligen Hilfsorganisationen an, die sich in Friedenszeiten auf Hilfe für Verwundete im Krieg vorbereiten sollten. Des Weiteren forderte er den Abschluss von Verträgen, in denen die Neutralität und der Schutz der Kriegsverwundeten und der sie versorgenden Personen sowie aller für sie getroffenen Einrichtungen gesichert werden sollte.

In seiner Heimatstadt Genf gründete Henry Dunant am 9. Februar 1863 mit vier weiteren Bürgern (Gustave Moynier, Louis Appia, Théodore Maunoir und Guillaume-Henri Dufour), als Kommission der Genfer Gemeinnützigen Gesellschaft, ein *Komitee*

der Fünf, das acht Tage später in *Internationales Komitee der Hilfsgesellschaften für die Verwundetenpflege* umbenannt wurde. Vom 26. bis zum 29. Oktober des gleichen Jahres fand auf Anregung des Komitees eine Internationale Konferenz in Genf statt, »[...] die über die Mittel beraten soll, mit denen man der Unzulänglichkeit der Sanitätsdienste im Felde abhelfen könnte [...]« (Zitat aus der Einladung zu dieser Konferenz). Insgesamt 36 Personen nahmen an dieser Konferenz teil, 18 offizielle Delegierte von Regierungen ihrer jeweiligen Länder, sechs Delegierte verschiedener Vereine und Verbände, sieben nicht offizielle ausländische Teilnehmer und die fünf Mitglieder des Internationalen Komitees. Die auf dieser Konferenz durch offizielle Delegierte vertretenen Länder waren Baden, Bayern, Frankreich, Großbritannien, Hannover, Hessen, Italien, Niederlande, Österreich, Preußen, Russland, Sachsen, Schweden und Spanien. Zu den Beschlüssen und Forderungen dieser Konferenz, welche am 29. Oktober 1863 in Form von Resolutionen angenommen wurden, zählten unter anderem:

- die Gründung nationaler Hilfsgesellschaften für Kriegsverwundete
- die Neutralisierung der Verwundeten
- die Entsendung freiwilliger Pflegekräfte für Hilfeleistungen auf das Schlachtfeld
- die Organisation und Durchführung weiterer internationaler Konferenzen
- die Einführung eines Kenn- und Schutzzeichens in Form einer weißen Armbinde mit rotem Kreuz

Bereits ein Jahr später kam es auf Einladung der Schweizer Regierung an alle europäischen Länder sowie an die Vereinigten Staaten von Amerika, Brasilien und Mexiko zu einer diplomatischen Konferenz, an der 26 Delegierte aus 16 Staaten teilnahmen. Am 22. August 1864 wurde während dieser Konferenz die erste Genfer Konvention »betreffend die Linderung des Loses der im Felddienst verwundeten Militärpersonen« durch Vertreter von zwölf Staaten (Baden, Belgien, Dänemark, Frankreich, Hessen, Italien, Niederlande, Portugal, Preußen, Schweiz, Spanien, Württemberg) unterzeichnet. In dieser Konvention wurden in zehn Artikeln die Vorschläge zum Schutz und zur Neutralisierung der Verwundeten, des Hilfspersonals und der entsprechenden Einrichtungen verbindlich festgelegt. Des Weiteren enthielt die Konvention zwei Bedingungen zur Anerkennung einer nationalen Gesellschaft:

- Die nationale Gesellschaft muss zuvor von der Regierung ihres Landes anerkannt worden sein.
- Die Regierung des betreffenden Landes muss zuvor der Genfer Konvention beigetreten sein.



Abb. 20: Gedenkstein zum ersten Einsatz des Roten Kreuzes bei der Schlacht an den Düppeler Schanzen 1864

Bereits 1864 entstanden auch die ersten nationalen Gesellschaften in Belgien, Dänemark, Frankreich, Oldenburg, Preußen, Spanien und Württemberg. Am 16. April 1864 nahmen an den Düppeler Schanzen erstmals Hilfskräfte und, mit Dr. Louis Appia und dem holländischen Hauptmann Charles Van de Velde, auch offizielle Delegierte unter dem Zeichen des Roten Kreuzes an einem Krieg teil. 1867 fand unter Beteiligung von Vertretern von neun Regierungen, 16 nationalen Rotkreuzgesellschaften und des Internationalen Komitees die erste Internationale Rotkreuzkonferenz statt.

Im gleichen Jahr schied Henry Dunant aus dem Komitee aus. Gustave Moynier hatte bereits 1864 den Vorsitz des Internationalen Komitees übernommen. In den folgenden Jahren kam es in nahezu allen Ländern Europas zur Gründung von nationalen Rotkreuz-Gesellschaften – der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 demonstrierte eindrücklich deren Notwendigkeit. Preußen verfügte über eine gut mit Personal und Material ausgestattete Rotkreuz-Gesellschaft, die organisatorisch eng mit dem preußischen Heer zusammenarbeitete. Deshalb lag die Zahl der preußischen Soldaten, die an Krankheit oder Verwundung starben, unter der Zahl der im Feld Gefallenen. Auf der anderen Seite verfügte Frankreich nur über eine unzureichend vorbereitete Rotkreuz-Gesellschaft, was zur Folge hatte, dass auf französischer Seite die Zahl der durch Krankheit oder Verwundung verstorbenen Soldaten dreimal höher war als die Zahl der gefallenen Soldaten. In diesem Krieg beteiligten sich auch erstmals andere Rotkreuz-Gesellschaften wie die Russlands, der Schweiz, Irlands und Luxemburgs durch die Entsendung von Ärzten und Sanitätern in größerem Umfang an der sanitätsdienstlichen Versorgung. Clara Barton, die spätere Gründerin des Amerikanischen Roten Kreuzes, erhielt für ihren Einsatz in diesem Krieg von Kaiser Wilhelm I. das Eiserne Kreuz verliehen. In der Folge des Krieges fand die für 1873 in Wien geplante Internationale Rotkreuzkonferenz nicht statt, und erst 1888 kam es in Genf wieder zu einer solchen Konferenz.

1876 bekam das Internationale Komitee den noch heute gültigen Namen *Internationales Komitee vom Roten Kreuz* (engl. *International Committee of the Red Cross, ICRC*). Fünf Jahre später wurde in den Vereinigten Staaten von Amerika auf Initiative von Clara Barton das Amerikanische Rote Kreuz gegründet. Immer mehr Staaten unterzeichneten die Genfer Konvention und respektierten diese auch weitestgehend in kriegerischen Auseinandersetzungen. Im Jahr 1901 erhielt Henry Dunant, zusammen mit dem französischen Pazifisten ➔ Frédéric Passy, den erstmals verliehenen Friedensnobelpreis.

1906 wurde die Erste Genfer Konvention von 1864 überarbeitet. Dabei kam es, entgegen der Position des IKRK, zu einer wichtigen Änderung hinsichtlich der Anwendung der Konvention. Während die Erste Genfer Konvention in der Fassung von 1864 keine Regeln zur Anwendbarkeit enthielt, legte die sogenannte *clausula si omnes* in Artikel 24 der Fassung von 1906 nun fest, dass die Bestimmungen der Konvention nur verpflichtend seien, wenn alle kriegsführenden Parteien die Konvention unterzeichnet hätten. Das IKRK hatte bis dahin immer die Auffassung vertreten, dass die Bestimmungen der Konvention ohne Einschränkungen einzuhalten seien.

Unmittelbar vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges im Jahr 1914, fünfzig Jahre nach der Annahme der Ersten Genfer Konvention, gab es 45 nationale Gesellschaften. Neben Gesellschaften in fast allen europäischen Ländern und den USA existierten weitere Gesellschaften unter anderem auch in Mittel- und Südamerika (Argentinien, Brasilien, Chile, Kuba, Mexiko, Peru, El Salvador, Uruguay, Venezuela), Asien (China, Japan, Korea, Siam) und Afrika (Republik Südafrika).

Das IKRK während des Ersten Weltkrieges – Der Erste Weltkrieg stellte das IKRK vor große Herausforderungen, die es nur in Zusammenarbeit mit den nationalen Rotkreuzgesellschaften bewältigen konnte. Selbst aus den USA und Japan waren Rotkreuzschwestern zur Unterstützung der Sanitätsdienste der betroffenen europäischen Länder im Einsatz. Am 15. Oktober 1914, unmittelbar nach Kriegsbeginn, richtete das IKRK seine Internationale Zentralstelle für Kriegsgefangene ein, welche Ende 1914 bereits 1.200 vorwiegend freiwillige Mitarbeiter beschäftigte. Im Verlauf des gesamten Krieges übermittelte die Zentralstelle ca. 20 Millionen Briefe und Mitteilungen, fast 1,9 Millionen Pakete und Geldspenden in Höhe von ca. 18 Millionen Schweizer Franken an Kriegsgefangene aller beteiligten Staaten. Ferner kam es durch Vermittlung der Zentralstelle zum Austausch von ca. 200.000 Gefangenen. Die Kartei der Zentralstelle, die in den Jahren von 1914 bis 1923 entstand, enthält rund sieben Millionen Karteikarten. Sie führte in ca. zwei Millionen Fällen zur Identifizierung von Gefangenen und damit zu einem Kontakt zwischen den Gefangenen und



Abb. 21: Französische Postkarte zu Ehren der Rotkreuz-Schwester im Ersten Weltkrieg, 1915

ihren Angehörigen. Die gesamte Kartei kann heutzutage als Leihgabe des IKRK im Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondmuseum in Genf besichtigt werden, wobei eine Einsichtnahme weiterhin dem IKRK vorbehalten bleibt.

Das IKRK überwachte während des gesamten Krieges die Einhaltung der Genfer Konvention in der Fassung von 1906 und leitete Beschwerden über Verstöße an die beteiligten Staaten weiter. Des Weiteren protestierte das IKRK gegen die Verwendung von chemischen Kampfstoffen, welche im Ersten Weltkrieg erstmalig zum Einsatz kamen. Ohne Mandat durch die Genfer Konventionen setzte sich das IKRK auch für die vom Krieg betroffene Zivilbevölkerung ein, insbesondere in besetzten Territorien, wo das IKRK auf die Haager Landkriegsordnung als rechtsverbindliche Vereinbarung zurückgreifen konnte. Ebenfalls basierend auf der Haager Landkriegsordnung waren die Aktivitäten des IKRK im Bezug auf Kriegsgefangene. Insgesamt wurden im Kriegsverlauf 524 Lager in ganz Europa durch 41 Delegierte des IKRK besichtigt.

Zwischen 1916 und 1918 veröffentlichte das IKRK mehrere Ansichtskarten mit Motiven der von seinen Delegierten besuchten Lager. Dafür wurden Bilder ausgewählt, welche die Gefangenen bei alltäglichen Tätigkeiten wie zum Beispiel der Postverteilung zeigten. Ziel der Veröffentlichung dieser Karten war es, den Angehörigen der Gefangenen Hoffnung zu vermitteln und sie zu beruhigen. Nach Kriegsende organisierte das IKRK die Rückführung von ca. 420.000 Kriegsgefangenen in ihre Heimatländer. Für seine Aktivitäten während des Ersten Weltkrieges erhielt das IKRK 1917 den Friedensnobelpreis, den einzigen, der in den Kriegsjahren von 1914 bis 1918 vergeben wurde.

Die weitere Repatriierung der Gefangenen wurde ab 1920 vom neu gegründeten Völkerbund unter der Verantwortung seines *Hochkommissars für die Heimkehr der Kriegsgefangenen* Fridtjof Nansen übernommen. Sein Mandat wurde später ausgeweitet auf die Unterstützung und Versorgung von Kriegsflüchtlings und Vertriebenen. Zu seiner Unterstützung für diese Tätigkeiten wählte er zwei Delegierte des IKRK als seine Stellvertreter.

1923 entschied sich das Komitee, das seit der Gründung nur Genfer Bürgern die Mitgliedschaft gestattete, diese Festlegung zugunsten einer Einschränkung auf Schweizer Staatsangehörige aufzuheben.

Als direkte Folge des Ersten Weltkrieges im Hinblick auf das Humanitäre Völkerrecht kam es 1925 durch ein zusätzliches Protokoll zur Genfer Konvention zum Verbot des Einsatzes von erstickenden und giftigen Gasen

sowie bakteriellen Kampfstoffen zur Kriegsführung. Des Weiteren wurde 1929 die Erste Genfer Konvention erneut überarbeitet und eine neue Konvention »über die Behandlung von Kriegsgefangenen« angenommen. Die Ereignisse des Ersten Weltkrieges und die entsprechenden Aktivitäten des IKRK hatten für das Komitee eine deutliche Aufwertung seines Ansehens und seiner Autorität gegenüber der Staatengemeinschaft und eine Ausweitung seiner Kompetenzen zur Folge.

Bereits auf der Internationalen Rotkreuzkonferenz 1934 wurde erstmals ein Entwurf für eine Konvention zum Schutz der Zivilbevölkerung während eines Krieges angenommen. Die meisten Regierungen zeigten nicht genug Interesse an einer Umsetzung, so dass es vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges nicht zu einer entsprechenden diplomatischen Konferenz zur Annahme dieser Konvention kam.

Das IKRK und der Zweite Weltkrieg – Basis der Tätigkeit des IKRK während des Zweiten Weltkrieges waren die Genfer Konventionen in der Fassung von 1929. Im gesamten Kriegsverlauf kam es zu 12.750 Besuchen von Kriegsgefangenenlagern in 41 Ländern durch 179 Delegierte. In der Zentralauskunftsstelle für Kriegsgefangene waren während dieses Krieges ca. 3.000 Menschen beschäftigt. Ihre Kartei umfasste ca. 45 Millionen Karten, ca. 120 Millionen Nachrichten wurden vermittelt. Ein großes Problem für die Arbeit des IKRK war die Gleichschaltung des Deutschen Roten Kreuzes in der Zeit des Nationalsozialismus und die damit verbundenen massiven Einschränkungen in der Zusammenarbeit mit dem DRK im Bezug auf die Deportation der Juden aus Deutschland und den Massenmord in den Vernichtungs- und Konzentrationslagern. Erschwerend kam auch die Tatsache hinzu, dass mit der Sowjetunion und Japan zwei Hauptmächte des Krieges nicht an die Genfer Konventionen von 1929 gebunden waren.

Es gelang dem IKRK während des gesamten Krieges nicht, bei den nationalsozialistischen Machthabern die Gleichstellung der in den Konzentrationslagern internierten Menschen mit Kriegsgefangenen zu erreichen. Aufgrund



Abb. 22: Mitteilung des Roten Kreuzes aus Łódź, Polen, 1940

der Befürchtung, durch ein weiteres Beharren auf entsprechenden Forderungen seine Aktivitäten für Kriegsgefangene und damit seine völkerrechtlich legitimierte Mission zu gefährden, unterließ das IKRK weiterführende Bemühungen in dieser Hinsicht. Erst ab November 1943 war es dem IKRK erlaubt, Pakete an diejenigen KZ-Insassen zu schicken, deren Namen und Aufenthaltsort dem Komitee bekannt waren und die keinen verschärften Haftbedingungen unterlagen. Durch die Empfangsbestätigungen, die neben den Empfängern oft auch von mehreren anderen Insassen unterzeichnet waren, gelang es dem IKRK, ca. 105.000 Menschen in den Lagern zu registrieren und insgesamt 1,1 Millionen Pakete zu verschicken, vorwiegend in die Lager Dachau, Buchenwald, Ravensbrück und Oranienburg-Sachsenhausen.

Am 12. März 1945 erhielt der damalige IKRK-Präsident Carl Burckhardt von dem SS-General Ernst Kaltenbrunner die Zusage, dass IKRK-Delegierten Zugang zu den Konzentrationslagern gewährt werden würde. Dies galt allerdings unter der Voraussetzung, dass diese Delegierten bis zum Ende des Krieges in den Lagern verblieben. Zehn Delegierte, unter ihnen Louis Haefliger (Mauthausen), Paul Dunant (Theresienstadt) und Victor Maurer (Dachau) erklärten sich zu einer solchen Mission bereit. Louis Haefliger verhinderte durch seinen persönlichen Einsatz die Räumung bzw. die Sprengung des Konzentrationslagers Mauthausen und rettete damit ca. 60.000 Gefangenen das Leben. Er wurde für sein eigenmächtiges Handeln vom IKRK verurteilt und erst 1990 durch den damaligen Präsidenten Cornelio Sommaruga rehabilitiert. Herausragend aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges sind darüber hinaus die Aktivitäten des IKRK-Delegierten Friedrich Born (* 1903; † 1963) für die jüdische Bevölkerung in Ungarn. Er rettete durch seinen Einsatz ca. 11.000 bis 15.000 Menschen das Leben und wurde am 5. Juni 1987 posthum als *Gerechter unter den Völkern* in die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem aufgenommen. Ein weiterer bekannter Delegierter des IKRK im Zweiten Weltkrieg war der Genfer Arzt Marcel Junod (* 1904; † 1961), dessen Erlebnisse in seinem Buch *Kämpfer beidseits der Front* nachzulesen sind.

Im Jahr 1944 erhielt das IKRK erneut den Friedensnobelpreis,



Abb. 23: Marcel Junod, Delegierter des IKRK, beim Besuch von Kriegsgefangenen in Deutschland

der seit Beginn des Krieges nicht vergeben worden war. Nach Ende des Krieges organisierte das IKRK, in Zusammenarbeit mit verschiedenen nationalen Rotkreuzgesellschaften, Hilfsmaßnahmen in den vom Krieg betroffenen Ländern. In Deutschland wurde dies vor allem vom Schwedischen Roten Kreuz unter Leitung von Folke Bernadotte übernommen. 1948 veröffentlichte das IKRK einen *Bericht des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz über sein Wirken während des Zweiten Weltkrieges (1. September 1939 – 30. Juni 1947)*. Seit dem 17. Januar 1996 ist das Archiv des IKRK für die Öffentlichkeit zugänglich.

Das IKRK nach dem Zweiten Weltkrieg – Am 12. August 1949 wurden grundlegende Neufassungen der bestehenden zwei Konventionen angenommen, die seitdem als Genfer Abkommen I und III bezeichnet werden. Zwei neue Abkommen, das Genfer Abkommen II »zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der bewaffneten Kräfte zur See« und als wichtigste Konsequenz aus dem Zweiten Weltkrieg das Genfer Abkommen IV »über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten« erweiterten darüber hinaus den Schutz des Humanitären Völkerrechts auf weitere Personengruppen.

Die zwei Zusatzprotokolle vom 8. Juni 1977 brachten wesentliche Ergänzungen in mehreren Bereichen. Zum einen integrierten beide Protokolle den, basierend auf der Haager Landkriegsordnung, bisher als Haager Recht bezeichneten Teil des Humanitären Völkerrechts in den Rechtsrahmen der Genfer Konventionen. Das bedeutet, dass neben den



Abb. 24 Das Hauptquartier des IKRK in Genf

in den vier Genfer Abkommen enthaltenen Festlegungen für den Umgang mit Personen, die nicht an den Kampfhandlungen teilnehmen, nun auch Regeln für zulässige Mittel und Methoden der Kriegführung und damit vor allem für den Umgang mit den an den Kampfhandlungen beteiligten Personen Teil eines nun vereinheitlichten Humanitären Völkerrechts sind. Zum zweiten verwirklichte das Protokoll II eines der am längsten verfolgten Ziele des IKRK: die Ausdehnung der Anwendbarkeit des Humanitären Völkerrechts auch auf Situationen in nicht-internationalen bewaffneten Konflikten wie z. B. Bürgerkriegen.

Heute umfassen die vier Genfer Abkommen und ihre zwei Zusatzprotokolle über 600 Artikel. Zum hundertjährigen Jubiläum seiner Gründung erhielt das IKRK, diesmal gemeinsam mit der Föderation, im Jahr 1963 zum dritten Mal den Friedensnobelpreis.

Seit 1993 können auch Personen anderer Nationalität als der Schweizerischen für das IKRK tätig sein, sowohl vor Ort im Hauptquartier in Genf als auch als Delegierte bei Auslandseinsätzen. Der Anteil von Mitarbeitern ohne Schweizer Staatsangehörigkeit liegt derzeit bei etwa 35 Prozent.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNO) beschloss am 16. Oktober 1990, das IKRK als Beobachter (engl. *observer*) zu ihren Tagungen und den Sitzungen ihrer Komitees einzuladen. Die entsprechende Resolution (A/RES/45/6) wurde von 138 Mitgliedsländern eingebracht und auf der 31. Plenarsitzung ohne Abstimmung angenommen. Mit dieser Entscheidung wurde der Beobachter-Status in der UN-Generalversammlung erstmalig einer privaten Organisation zuerkannt. Ein am 19. März 1993 mit dem Schweizerischen Bundesrat geschlossenes Abkommen garantiert dem IKRK bei seinen Aktivitäten in der Schweiz volle Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit; die Unverletzlichkeit seiner Räumlichkeiten, Archive und sonstigen Unterlagen; weitgehende rechtliche Immunität für das Komitee und seine Mitglieder, Delegierten und sonstigen Mitarbeiter; die Befreiung von allen direkten und indirekten Steuern sowie sonstigen Gebühren auf Bundes-, Kantons- oder lokaler Ebene; freien Zoll- und Zahlungsverkehr; Begünstigungen hinsichtlich seiner Kommunikation, die mit denen für in der Schweiz ansässigen internationalen Organisationen und ausländischen diplomatischen Vertretungen vergleichbar sind; sowie weitgehende Erleichterungen für seine Mitglieder, Delegierten und Mitarbeiter bei der Ein- und Ausreise.

Die Zeit seit 1990 war für das IKRK aber auch durch eine Reihe von tragischen Ereignissen gekennzeichnet. So viele Delegierte wie nie zuvor in der Geschichte des Komitees verloren bei ihren Einsätzen ihr Leben. Dieser Trend ist vor allem auf den Anstieg der Zahl lokaler und oft innerstaatlicher Konflikte sowie mangelnden Respekt der beteiligten Konfliktparteien vor den Bestimmungen der Genfer Konventionen und ihrer Schutzzeichen zurückzuführen. Einige der getöteten Delegierten waren:

- Frédéric Maurice. Er starb im Alter von 39 Jahren am 19. Mai 1992, einen Tag nach einem Angriff auf einen Rotkreuz-Hilfstransport in Sarajevo, den er begleitete.
- Fernanda Calado (Spanien), Ingeborg Foss (Norwegen), Nancy Malloy (Kanada), Gunnhild Myklebust (Norwegen), Sheryl Thayer (Neusee-

land) und Hans Elkerbout (Niederlande). Sie wurden in den Frühstunden des 17. Dezember 1996 im IKRK-Feldkrankenhaus in der tschechischen Stadt Nowije Atagi in der Nähe von Grosny während des Schlafes aus nächster Nähe erschossen. Von den unbekanntenen Tätern fehlt bis heute jede Spur, ein Motiv war nicht erkennbar.

- Rita Fox (Schweiz), Véronique Saro (DR Kongo), Julio Delgado (Kolumbien), Unen Ufoirworth (DR Kongo), Aduwe Boboli (DR Kongo) und Jean Molokabonge (DR Kongo). Sie waren am 26. April 2001 unterwegs auf einer Hilfsmission im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo, als sie in ihren zwei Fahrzeugen von unbekanntenen Angreifern beschossen und getötet wurden.
- Ricardo Munguia (El Salvador). Er war als Wasseringenieur in Afghanistan tätig und am 27. März 2003 zusammen mit einheimischen Kollegen im Land unterwegs, als ihr Fahrzeug von unbekanntenen bewaffneten Männern gestoppt wurde. Diese töteten ihn durch Schüsse aus nächster Nähe, während sie seine Begleiter laufen ließen.
- Vatche Arslanian (Kanada). Er war seit 2001 Logistik-Koordinator der IKRK-Mission im Irak und starb am 8. April 2003 in Bagdad, als er zusammen mit Helfern des Irakischen Roten Halbmondes in einem Auto unterwegs war und in das Kreuzfeuer der Kämpfe um Bagdad geriet.
- Nadisha Yasassri Ranmuthu (Sri Lanka). Er starb am 22. Juli 2003 in der Nähe der Stadt Hilla, südlich von Bagdad, als sein Fahrzeug von Unbekannten beschossen wurde.

Präsidenten des IKRK – Derzeitiger Präsident des IKRK ist seit dem Jahr 2000 Jakob Kellenberger, Vizepräsidenten sind Anne Petitpierre und Jacques Forster. Bisherige Präsidenten des IKRK waren:

- von 1863 bis 1864: Henri Dufour
- von 1864 bis 1910: Gustave Moynier
- von 1910 bis 1928: Gustave Ador
- von 1928 bis 1944: Max Huber
- von 1944 bis 1948: Carl Burckhardt
- von 1948 bis 1955: Paul Ruegger
- von 1955 bis 1964: Leopold Boissier
- von 1964 bis 1969: Samuel Gonard
- von 1969 bis 1973: Marcel Naville
- von 1973 bis 1976: Eric Martin
- von 1976 bis 1987: Alexandre Hay
- von 1987 bis 1999: Cornelio Sommaruga

Die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften

Historische Entwicklung – Am 15. Mai 1919 gründeten die nationalen Rotkreuz-Gesellschaften Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Japans und der USA auf Anregung des damaligen Präsidenten des Amerikanischen Roten Kreuzes, Henry Davison, in Paris die *Liga der Rotkreuz-Gesellschaften*. Die Ausdehnung der Rotkreuz-Aktivitäten über die strikte Mission des IKRK hinaus auch auf Opfer von nicht kriegsbedingten Notsituationen (wie nach technischen Unglücken und Naturkatastrophen), welche auf internationaler Ebene Aufgabe der Liga werden sollte, geschah ebenfalls auf Initiative des Amerikanischen Roten Kreuzes. Dieses war bereits seit seiner Gründung auch in Friedenszeiten mit Hilfsaktionen aktiv, eine Idee, die auf seine Gründerin Clara Barton zurückging. Die erste durch die Liga organisierte Hilfsaktion unmittelbar nach ihrer Gründung war



Abb. 25: Henry Davison, Gründungsvater der Liga der Rotkreuz-Gesellschaften

die Versorgung der Betroffenen einer Typhus-Epidemie und Hungersnot in Polen. Bereits in den ersten fünf Jahren nach ihrer Gründung erließ die Liga 47 Spendenappelle für Hilfsaktionen in 34 Ländern. Auf diesem Wege gelangten Hilfsgüter im Wert von ca. 685 Millionen Schweizer Franken unter anderem an die Opfer von Hungersnöten in Russland, Deutschland und Albanien, Erdbeben in Chile, Persien, Japan, Kolumbien, Ecuador, Costa Rica und der Türkei und an Flüchtlinge in Griechenland und der Türkei. Ein weiteres wichtiges Anliegen der Liga war die Unterstützung der nationalen Gesellschaften bei der Schaffung von Jugendsektionen. Der erste große Katastropheneinsatz der Liga war das Erdbeben in Japan im Jahr 1923, bei dem ca. 200.000 Menschen ums Leben kamen. Durch Vermittlung der Liga erhielt das Japanische Rote Kreuz Hilfeleistungen von anderen nationalen Gesellschaften im Gesamtwert von ca. 100 Millionen Dollar.

Mit dem Einsatz der Liga zusammen mit dem IKRK im Russischen Bürgerkrieg (1917 bis 1922) wurde die Bewegung erstmals in einem innerstaatlichen Konflikt aktiv. Während die Liga mit Unterstützung von mehr als 25 nationalen Gesellschaften vor allem die Verteilung von Hilfsgütern und die Versorgung der hungernden und von Seuchen betroffenen Zivilbevölkerung übernahm, unterstützte das IKRK durch seine Neutralität

das Russische und später das Sowjetische Rote Kreuz bei seinen Aktivitäten gegenüber den Konfliktparteien. Zur Koordinierung der Aktivitäten zwischen dem IKRK und der Liga wurde 1928 das *Internationale Rote Kreuz* als Dachverband beider Organisationen gegründet. Ein *International Council* fungierte dabei als Leitorgan des IRK. Die Aufgaben des Councils wurden später von der Ständigen Kommission (engl. *Standing Commission*) übernommen. Im gleichen Jahr wurden erstmals gemeinsame Statuten der Rotkreuz-Bewegung beschlossen, welche die jeweiligen



Abb. 26: Türkische Briefmarke zur Unterstützung des Roten Halbmondes, 1928

Aufgaben des IKRK und der Liga beschrieben. Ein Jahr später wurden mit dem Roten Halbmond und dem Roten Löwen mit roter Sonne zwei weitere, mit dem Roten Kreuz gleichberechtigte, Schutzzeichen in die Genfer Konventionen aufgenommen. Während der Iran das einzige Land war, das (bis 1980) den Roten Löwe mit roter Sonne verwendete, entwickelte sich der Rote Halbmond zum Symbol nahezu aller nationalen Gesellschaften in islamischen Ländern.

Während des Krieges zwischen Äthiopien und Italien (1935/36) erbrachte die Liga Hilfeleistungen im Umfang von ca. 1,7 Millionen Schweizer Franken, die aufgrund der Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz durch Italien ausschließlich der äthiopischen Seite zukamen. Vorwiegend durch Angriffe der italienischen Armee verloren in diesem Konflikt 29 Menschen, die unter dem Schutz des Roten Kreuzes tätig waren, ihr Leben. Während des Spanischen Bürgerkrieges von 1936 bis 1939 war die Liga erneut zusammen mit dem IKRK aktiv und wurde dabei von 41 nationalen Gesellschaften unterstützt. 1939 verlegte die Liga aufgrund des Beginns des Zweiten Weltkrieges ihren Hauptsitz von Paris nach Genf, um für ihre Aktivitäten den sich aus der Schweizer Neutralität

ergebenden Schutz in Anspruch nehmen zu können. Im Jahr 1952 wurden die 1928 beschlossenen Statuten der Bewegung erstmals überarbeitet. Von 1960 bis 1970 verzeichnete die Liga einen starken Anstieg in der Zahl der anerkannten nationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften, von denen es zum Ende des Jahrzehnts mehr als 100 gab. Dieser Trend war zum Teil auf die Unabhängigkeit von früheren Kolonien in Afrika und Asien zurückzuführen. Am 10. Dezember 1963 erhielt die Föderation, zusammen mit dem IKRK, den Friedensnobelpreis. Im Jahr 1983 wurde die Liga umbenannt in *Liga der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften*. 1986 fanden die 1965 beschlossenen sieben Grundsätze der Bewegung Eingang in die Statuten, welche in diesem Jahr erneut überarbeitet wurden. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Überarbeitung der Statuten die Bezeichnung *Internationales Rotes Kreuz* aufgegeben zugunsten des neuen offiziellen Namens *Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung*.

1991 wurde auch die Bezeichnung der Liga erneut geändert in den heutigen gültigen Namen *Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften* (engl. *International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies*, IFRC). Das 1997 zwischen der Föderation und dem IKRK geschlossene *Abkommen von Sevilla* definiert die Zuständigkeiten beider Organisationen bei internationalen Einsätzen. Die bisher umfangreichste Hilfsaktion unter Leitung der Föderation ist mit Beteiligung von rund 22.000 Helfern von mehr als 40 nationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften der Einsatz nach der Tsunami-Katastrophe im Indischen Ozean am 26. Dezember 2004.

Präsidenten der Föderation – Präsident der Föderation ist seit 2001 Don Juan Manuel Suárez Del Toro Rivero (Spanien). Vizepräsidenten sind René Rhinow (Kraft seines Amtes als Präsident des Schweizer Roten Kreuzes) sowie als Vertreter der verschiedenen Weltregionen Robert Barnes (Kanada), Murlı S. Deora (Indien), Dr. Mamdouh Gabr (Ägypten) und Dr. Massimo Barra (Italien). Bisherige Präsidenten (bis 1977 Chairman) waren:

- von 1919 bis 1922: Henry Davison (USA)
- von 1922 bis 1935: John Barton Payne (USA)
- von 1935 bis 1938: Cary T. Grayson (USA)
- von 1938 bis 1944: Norman Davis (USA)
- von 1944 bis 1945: Jean de Muralı (Schweiz)
- von 1945 bis 1950: Basil O'Connor (USA)
- von 1950 bis 1959: Emil Sandstrom (Schweden)

- von 1959 bis 1965: John MacAulay (Kanada)
- von 1965 bis 1977: Jose Barroso (Mexiko)
- von 1977 bis 1981: Adetunji Adefarasin (Nigeria)
- von 1981 bis 1987: Enrique de la Mata (Spanien)
- von 1987 bis 1997: Mario Enrique Villarroel Lander (Venezuela)
- von 1997 bis 2000: Astrid N. Heiberg (Norwegen)

Aktivitäten

Aktivitäten und Organisation der Bewegung – Zusammengefasst unter der Bezeichnung »Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung«, sind für das IKRK, die Föderation und die nationalen Gesellschaften heute etwa 97 Millionen Mitglieder aktiv, davon ca. 300.000 Menschen hauptberuflich. Die 1965 auf der Wiener Konferenz beschlossenen und 1986 in die »Statuten der Bewegung« aufgenommenen gemeinsamen sieben Grundsätze der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung sind

- Menschlichkeit (engl. *Humanity*)
- Unparteilichkeit (engl. *Impartiality*)
- Neutralität (engl. *Neutrality*)
- Unabhängigkeit (engl. *Independence*)
- Freiwilligkeit (engl. *Voluntary Service*)
- Einheit (engl. *Unity*)
- Universalität (engl. *Universality*)

Die alle vier Jahre stattfindende Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Konferenz ist das oberste Organ der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung. Vertreten sind jeweils Delegationen der nationalen Gesellschaften, des IKRK, der Föderation und der Unterzeichnerstaaten der Genfer Abkommen. Zwischen den Konferenzen ist die von der Konferenz gewählte Ständige Kommission das höchste Organ der Bewegung und überwacht die Umsetzung der Konferenzbeschlüsse. Darüber hinaus koordiniert die Kommission die Zusammenarbeit zwischen dem IKRK und der Föderation. Die Kommission setzt sich



Abb. 27: Eingang zum Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondmuseum in Genf

zusammen aus je zwei Vertretern des IKRK und der Föderation (inklusive der jeweiligen Präsidenten) sowie fünf durch die Konferenz gewählten Mitgliedern. Sie tagt in der Regel alle sechs Monate. Darüber hinaus findet alle zwei Jahre, im Rahmen der Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Konferenzen und der Generalversammlungen der Föderation, eine Tagung des Delegiertenrats der Bewegung (engl. *Council of Delegates*) mit Teilnehmern des IKRK, der Föderation und der nationalen Gesellschaften statt, um gemeinsame Aktivitäten zu planen und zu koordinieren.

Mission und Aufgaben innerhalb der Bewegung – Die Mission des IKRK als unparteiische, neutrale und unabhängige Organisation ist der Schutz des Lebens und der Würde von Opfern von Kriegen und innerstaatlichen Konflikten sowie ihre Unterstützung. Es leitet und koordiniert die internationalen Hilfsaktivitäten der Rotkreuz- und Rothalbmond-



Abb. 28:
Emblem
des IKRK

Bewegung bei bewaffneten Konflikten und ist damit nach dem *Abkommen von Sevilla* das verantwortliche Organ (engl. *Lead Agency*) der Bewegung für entsprechende Situationen. Zu den durch die Genfer Abkommen sowie das Statut des Komitees definierten originären Aufgaben des IKRK gehören die Organisation und die Durchführung folgender Maßnahmen in Kriegs- und

Krisensituationen:

- Überwachung der Einhaltung der Genfer Konventionen
- Pflege und Versorgung von Verwundeten
- Überwachung der Behandlung von Kriegsgefangenen sowie ihre Versorgung
- Familienzusammenführung sowie die Suche nach vermissten Personen (Suchdienst)
- Schutz und Versorgung der Zivilbevölkerung
- Vermittlung zwischen den Konfliktparteien

Struktur und Organisation – Das IKRK hat seinen Hauptsitz in Genf (Schweiz) und Niederlassungen in ca. 80 weiteren Ländern. Für die internationalen Aktivitäten des Komitees sind rund 12.000 Menschen weltweit im Einsatz, davon ca. 800 im Hauptquartier in Genf, ca. 1.200 Delegierte zur Leitung internationaler Missionen und etwa 10.000 Mitglieder nationaler Gesellschaften vor Ort. Die Genfer Abkommen sind die völkerrechtliche Grundlage und zusammen mit den Statuten des Komitees die rechtliche Basis für die Aktivitäten des IKRK. Es besitzt darüber hinaus durch

Verträge mit einzelnen Staaten sowie mit internationalen Organisationen oder durch nationale Gesetze in einzelnen Ländern weitergehende Rechte, Privilegien und Immunitätsschutz zur Durchführung seiner Aufgaben. Hinsichtlich der Rechtsgrundlagen für seine Existenz und Organisation ist das IKRK eine private Vereinigung nach Schweizer Vereinsrecht. Laut seinen Statuten setzt es sich aus 15 bis 25 Schweizer Staatsbürgern zusammen, welche durch das Komitee selbst für die Dauer von jeweils vier Jahren kooptiert werden.

Die beiden wesentlichen Organe des IKRK sind das Direktorat (engl. *Directorate*) und die Versammlung (engl. *Assembly*). Das Direktorat ist das ausführende Organ des Komitees und besteht aus einem Generaldirektor und fünf Direktoren für die Bereiche »Operationen«, »Personal«, »Ressourcen und operative Unterstützung«, »Kommunikation« sowie »Internationales Recht und Kooperation innerhalb der Bewegung«. Die Mitglieder des Direktorats werden von der Versammlung für vier Jahre ernannt. Die Versammlung, bestehend aus allen Mitgliedern des Komitees, tritt regelmäßig zusammen und ist für die Festlegung von Zielen, Richtlinien und Strategien, die Überwachung der Aktivitäten des Komitees und die Kontrolle des Haushalts zuständig. Ihr Präsident ist der Präsident des Komitees. Die Versammlung wählt darüber hinaus einen aus fünf Mitgliedern bestehenden Versammlungsrat (engl. *Assembly Council*). Diesem werden von der Versammlung Entscheidungsbefugnisse in bestimmten Angelegenheiten übertragen.

Bedingt durch die Lage Genfs im französischsprachigen Teil der Schweiz, agiert das IKRK im Regelfall unter seinem französischem Namen *Comité international de la Croix-Rouge* bzw. dem sich daraus ergebenden Kürzel CICR. Als Symbol verwendet das IKRK das Rote Kreuz auf weißem Grund mit der im Kreis umlaufenden Beschriftung »COMITE INTERNATIONAL GENEVE«.

Finanzierung – Das jährliche Budget des IKRK beläuft sich auf ca. 970 Millionen Schweizer Franken (Stand 2005), welche zum größten Teil durch Zahlungen der Schweiz als Depositarstaat der Genfer Abkommen, durch Zahlungen der nationalen Rotkreuz-Gesellschaften und der Unterzeichnerstaaten der Genfer Abkommen, durch Zahlungen internationaler Organisationen wie der Europäischen Union und durch Spenden aufgebracht werden. Alle diese Zahlungen erfolgen freiwillig auf der Grundlage von Spendenaufrufen getrennt für die Bereiche interne Betriebskosten und Hilfeinsätze (engl. *Headquarters Appeal* und *Emergency Appeals*).

Aktivitäten und Organisation der Föderation

Mission und Aufgaben innerhalb der Bewegung – Die Föderation koordiniert innerhalb der Rotkreuz- und Rothalbmund-Bewegung die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Gesellschaften und unterstützt die Gründung und den Aufbau neuer nationaler Gesellschaften in Ländern, in denen noch keine entsprechende Gesellschaft existiert. Auf internationaler Ebene organisiert und leitet die Föderation insbesondere Hilfseinsätze in nicht-kriegerischen Notsituationen, wie z. B. nach Naturkatastrophen, technischen Unglücken und nach dem Ende eines bewaffneten Konflikts. Nach dem *Abkommen von Sevilla* ist die Föderation damit das verantwortliche Organ der Bewegung (engl. *Lead Agency*) für entsprechende Einsätze. Sie arbeitet dabei sowohl mit den nationalen Rotkreuz- und Rothalbmund-Gesellschaften der betroffenen Länder (engl. *Operating National Societies*, ONS) als auch nationalen Rotkreuz- und Rothalbmund-Gesellschaften anderer Länder (engl. *Participating National Societies*, PNS) zusammen. Zu den aktivsten nationalen Gesellschaften auf internationaler Ebene gehören unter anderem das American Red Cross, das British Red Cross, das Deutsche Rote Kreuz und die nationalen Rotkreuz-Gesellschaften Schwedens und Norwegens.



Abb. 29: Emblem der Föderation

Struktur und Organisation – Die Föderation hat ihren Hauptsitz ebenfalls in Genf und darüber hinaus 14 Regionalbüros in verschiedenen Regionen sowie Delegationen in mehr als 60 Ländern. Die verbindliche Rechtsgrundlage der Föderation hinsichtlich ihrer Ziele, ihrer Struktur, ihrer Finanzierung und ihrer Kooperation mit anderen Organisationen inklusive des IKRK ist ihre Verfassung. Ausführendes Organ der Föderation ist das Sekretariat unter Leitung des Generalsekretärs (engl. *Secretary General*). Dem Sekretariat sind sechs Abteilungen (engl. *divisions*) für »Zusammenarbeit und Entwicklung«, »Katastrophenmanagement und Koordination«, »Außenbeziehungen«, »Unterstützende Dienste«, »Überwachung und Evaluierung« und »Leitung und Planung« unterstellt. Der letztgenannten Abteilung obliegt dabei die Zusammenarbeit mit dem IKRK. Das höchste Organ der Föderation ist die Generalversammlung (engl. *General Assembly*), welche alle zwei Jahre zusammentritt und aus Delegierten aller nationalen Gesellschaften besteht. Darüber hinaus ernennt sie den Generalsekretär. Zwischen den Zusammenkünften der Generalversammlung ist der Verwaltungsrat (engl. *Governing Board*) das leitende Organ und verfügt

als solches auch über Entscheidungsbefugnisse in bestimmten Angelegenheiten. Der Verwaltungsrat besteht aus dem Präsidenten und den Vizepräsidenten der Föderation, dem Vorsitzenden der Finanzkommission und gewählten Repräsentanten nationaler Gesellschaften. Ihm unterstellt sind vier weitere Kommissionen für »Gesundheits- und Gemeinschaftsdienste«, »Jugendarbeit«, »Katastrophenhilfe« und »Entwicklung«.

Die Föderation verwendet für ihre Aktivitäten die Kombination aus Rotem Kreuz (links) und Rotem Halbmond (rechts) auf weißem Grund ohne weitere Beschriftung als Kennzeichen.

Finanzierung – Die Föderation finanziert die regulären Kosten ihrer Tätigkeit durch Beitragszahlungen der ihr als Mitglieder angehörenden nationalen Gesellschaften sowie durch Erträge aus Investitionen. Die Höhe der Beitragszahlungen wird durch die Finanzkommission festgelegt und durch die Generalversammlung bestätigt. Weitere Einnahmen ergeben sich vor allem aus freiwilligen Zahlungen durch nationale Gesellschaften, Regierungen, andere Organisationen, Firmen der freien Wirtschaft und Einzelpersonen.

Die nationalen Gesellschaften innerhalb der Bewegung

Anerkennung einer nationalen Gesellschaft – Nationale Rotkreuz- und Rothalbmund-Gesellschaften existieren in fast allen Ländern der Welt. Die Anerkennung einer Hilfsorganisation als nationale Gesellschaft im Sinne der Konventionen erfolgt durch das IKRK auf der Basis der Statuten der Bewegung und durch die Regierung des Heimatlandes. Artikel 4 dieser Statuten enthält dafür zehn Voraussetzungen für die Anerkennung durch das IKRK:

- Die Organisation ist auf dem Territorium eines unabhängigen Staates, der die Genfer Konventionen unterzeichnet haben muss, tätig.
- Die Organisation wird durch ein zentrales Organ geführt, welches als alleiniges Entscheidungsgremium der Organisation und als Ansprechpartner für die Bewegung fungiert, und ist die einzige nationale Rotkreuz- oder Rothalbmund-Gesellschaft in ihrem Heimatland.
- Die jeweilige Regierung hat die Organisation als freiwillige Hilfsgesellschaft im Sinne der Genfer Konventionen anerkannt.
- Die Organisation ist rechtlich unabhängig und in der Lage, jederzeit in voller Übereinstimmung mit den Prinzipien der Bewegung zu handeln.
- Die Organisation verwendet das Rote Kreuz oder den Roten Halbmond als Emblem.

- Die Organisation ist so organisiert, dass sie jederzeit die in ihren eigenen Statuten festgelegten Aufgaben erfüllen kann, inklusive der sich aus den Genfer Konventionen ergebenden Verpflichtung zur Vorbereitung in Friedenszeiten auf humanitäre Hilfeleistung im Fall eines bewaffneten Konflikts.
- Die Organisation ist auf dem gesamten Staatsgebiet ihres Heimatlandes aktiv.
- Die Aufnahme ihrer freiwilligen Mitglieder erfolgt ohne jede Berücksichtigung von Rasse, Geschlecht, Klassenzugehörigkeit, Religion oder politischen Ansichten.
- Die Organisation folgt den Statuten der Bewegung und ist bereit, mit allen Mitgliedern der Bewegung zu kooperieren.
- Die Organisation respektiert die fundamentalen Grundsätze der Bewegung und arbeitet nach den Prinzipien des Internationalen Völkerrechts.

Tätigkeit auf nationaler und internationaler Ebene – Trotz ihrer Unabhängigkeit ist jede nationale Gesellschaft hinsichtlich ihrer Organisation und Tätigkeit an die Rechtslage in ihrem Heimatland gebunden. In vielen Ländern genießen die nationalen Gesellschaften aufgrund von Abkommen mit ihren Regierungen oder entsprechenden Gesetzen Sonderstatus in bestimmten Punkten. Die originären Aufgaben einer nationalen Gesellschaft ergeben sich aus den Genfer Konventionen und den Statuten der Bewegung. Im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten nehmen die meisten nationalen Gesellschaften darüber hinaus weitere humanitäre Aufgaben in ihrem Heimatland wahr, beispielsweise im Blutspendewesen und im zivilen Rettungsdienst. Sowohl das IKRK als auch die Föderation kooperieren bei ihren jeweiligen Aktivitäten mit den nationalen Gesellschaften, insbesondere im Hinblick auf die personelle, materielle und finanzielle Ausstattung von Hilfseinsätzen.

Symbole

Unterscheidung zwischen Schutzzeichen und Kennzeichen – Die im Folgenden beschriebenen Symbole besitzen eine doppelte Funktion, zum einen als Schutzzeichen im Sinne der Genfer Abkommen (Rotes Kreuz, Roter Halbmond, Roter Löwe mit roter Sonne), zum anderen als Kennzeichen von Organisationen, welche zur Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung gehören. Als Schutzzeichen dienen sie der Markierung von Personen und Objekten (Gebäuden, Fahrzeugen etc.), welche im Fall eines bewaff-

neten Konflikts zur Umsetzung der in den Genfer Abkommen vereinbarten Schutzregelungen und Hilfsmaßnahmen im Einsatz sind. Sie dürfen als solches insbesondere auch von entsprechenden Organisationen und Einrichtungen, welche nicht Teil der Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung sind, genutzt werden.

Anerkannte Schutz- und Kennzeichen

Rotes Kreuz auf weißem Grund – Als ursprüngliches Schutz- und Kennzeichen wurde das Rote Kreuz auf weißem Grund bestimmt. Es handelt sich dabei um die Umkehrung der Schweizer Flagge, eine Festlegung, die zu Ehren des Rotkreuz-Gründers Henry Dunant und seines Heimatlandes angenommen wurde. Als Schutzzeichen wird das Rote Kreuz in Artikel 7 der Genfer Konvention von 1864 bzw. Artikel 38 des I. Genfer Abkommens (vom 12. August 1949) »zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde« beschrieben. Bei der Gestaltung des Kreuzes wurde inzwischen international festgelegt, dass das Kreuz sich aus fünf Quadraten zusammensetzt. Dies ist nur eine Rotkreuz-interne Vereinbarung, offiziell ist jedes Rote Kreuz auf weißem Grund anzuerkennen.



Abb. 30:
Rotes
Kreuz

Roter Halbmond – Im Russisch-Türkischen Krieg (1876–1878) benutzte das Osmanische Reich anstelle des Roten Kreuzes den Roten Halbmond, da die türkische Regierung der Meinung war, dass das Rote Kreuz das religiöse Empfinden ihrer Soldaten verletzen würde. 1877 verpflichtete sich Russland auf Anfrage des IKRK, die Unantastbarkeit aller mit dem Roten Halbmond versehenen Personen und Einrichtungen anzuerkennen, woraufhin die türkische Regierung im gleichen Jahr die volle Anerkennung des Roten Kreuzes bekannt gab. Nach dieser de facto Gleichstellung des Roten Halbmondes mit dem Roten Kreuz erklärte das Internationale Komitee im Jahr 1878, dass prinzipiell die Möglichkeit bestehen würde, für nichtchristliche Staaten ein weiteres Schutzzeichen in die Bestimmungen der Genfer Konvention aufzunehmen, da Grundsätze der Menschlichkeit Vorrang haben müssten vor religiösen Überzeugungen. Formal wurde der Rote Halbmond im Jahr 1929 durch eine diplomatische Konferenz der Unterzeichnerstaaten der Genfer Konventionen als gleichberechtigtes Schutzzeichen anerkannt (Artikel 19 der I. Genfer Konvention in der Fassung von 1929). Seit der offiziellen Anerkennung nutzen die nationalen Gesellschaften fast aller islamisch geprägten Länder den Roten Halbmond als Schutz- und Kennzeichen.



Abb. 31:
Roter
Halbmond

Roter Löwe mit roter Sonne – Der Iran verwendete von 1924 bis 1980 einen Roten Löwen mit roter Sonne in Anlehnung an die alte Flagge und das alte Wappen des Irans unter der Herrschaft des Schahs.



Abb. 32: Die formale Anerkennung als Schutzzeichen erfolgte 1929 gemeinsam mit dem Roten Halbmond durch die Überarbeitung der Genfer Konventionen.

Nicht anerkannte Kennzeichen

Roter Davidstern – Die nationale Gesellschaft Israels, Magen David Adom, verwendet seit ihrer Gründung, ohne Anerkennung als Schutzzeichen durch die Genfer Abkommen, einen Roten Davidstern als Kennzeichen. Als Argument für die Nichtanerkennung wird oft genannt, man wollte die Einheitlichkeit und Symbolwirkung der anerkannten und damit allgemein bekannten Schutzzeichen nicht verwässern. Des Weiteren wird auf die ihrem Ursprung nach nicht-religiöse Bedeutung des Roten Kreuzes verwiesen. Die Organisation besitzt trotz der Nichtanerkennung als Vollmitglied ein hohes Ansehen innerhalb der Bewegung und ist im Rahmen der sich aus dieser Einschränkung ergebenden völkerrechtlichen Möglichkeiten in vielfältige internationale Aktivitäten eingebunden.



Abb. 33: Emblem von Magen David Adom

Geplant: Rote Raute bzw. Roter Diamant – Ursprünglich war beabsichtigt, im Jahr 2000 ein weiteres Zeichen neben dem Roten Kreuz und dem Roten Halbmond einzuführen. Hintergrund war die Debatte um die Anerkennung der israelischen Gesellschaft Magen David Adom mit ihrem Roten Davidstern, insbesondere gefordert von Israel und den USA. Weitere Ver-



Abb. 34: Die »Rote Raute« (auch »Roter Diamant« genannt)

suche zur Einführung neuer Schutzzeichen bzw. gesonderter Regelungen waren frühere Anträge der nationalen Gesellschaften Sri Lankas (1957) und Indiens (1977) nach Verwendung einer roten Swastika. Zur Anerkennung eines weiteren Schutzzeichens ist eine diplomatische Konferenz unter Teilnahme aller 192 Unterzeichnerstaaten der Genfer Abkommen notwendig.

Literatur

Deutschsprachige Bücher

- Hans Haug, Hans-Peter Gasser, Françoise Perret, Jean-Pierre Robert-Tissot: *Menschlichkeit für alle. Die Weltbewegung des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds*. 3. Auflage. Haupt Verlag AG Bern, 1995

- Henry Dunant: *Eine Erinnerung an Solferino*. Eigenverlag des Österreichischen Roten Kreuzes Wien, 1997
- Roger Mayou (Hrsg.), Cornelia Kerkhoff (dt. Übers.): *Internationales Rotkreuz- und Rothalbmondmuseum*. Eigenverlag des Museums Genf, 2000
- Hans M. Enzensberger: *Krieger ohne Waffen. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz*. Eichborn Verlag Frankfurt, 2001
- Dieter Riesenberger: *Für Humanität in Krieg und Frieden. Das Internationale Rote Kreuz 1863–1977*. Vandenhoeck & Ruprecht Göttingen, 2001

Englischsprachige Bücher

- Georges Willemin, Roger Heacock: *The International Committee of the Red Cross*. Brill Academic Publishers Inc. Boston, 1984
- Pierre Boissier: *History of the International Committee of the Red Cross. Volume I: From Solferino to Tsushima*. Henry Dunant Institute Genf, 1985
- André Durand: *History of the International Committee of the Red Cross. Volume II: From Sarajevo to Hiroshima*. Henry Dunant Institute Genf, 1984
- International Committee of the Red Cross: *Handbook of the International Red Cross and Red Crescent Movement*. 13th edition, ICRC Genf 1994
- Caroline Moorehead: *Dunant's dream: War, Switzerland and the history of the Red Cross*. HarperCollins London, 1998; HarperCollins London, 1999 (Taschenbuch)

Weblinks

- International Red Cross and Red Crescent Movement (↪ <http://www.redcross.int>)
- International Committee of the Red Cross (ICRC) (↪ <http://www.icrc.org>)
- International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies (IFRC) (↪ <http://www.ifrc.org>)

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Internationale_Rotkreuz-_und_Rothalbmond-Bewegung (gekürzt). Hauptautoren: UW, Wikibummler, Gandalf, Std97, Peng, Umbricht, Mr.bloom, Achim Raschka, Nina, Katharina, Dingo, Immanuel Giel, Zytoxy, Wilhelm Lehnard, Arne List, Schulzem, Sadduk, Southpark, Chrisfrenzel, Verwüstung, Gerhard51, JensMueller, Saperaud, Triebtäter, Nerd, Neumeier, Beblawie, Spear, Nichtbesserwisser, Aglarech, MFM, StefanRybo, anonyme Bearbeiter.

1918

Friedensnobelpreis nicht verliehen

In diesem Jahr wurde der Friedensnobelpreis nicht verliehen.

1919

Woodrow Wilson

Thomas Woodrow Wilson (* 28. Dezember 1856 in Staunton, Virginia; † 3. Februar 1924 in Washington (D.C.)) war von 1913 bis 1921 Präsident der USA. Nach anfänglicher Neutralität traten die USA unter ihm 1917 in den Ersten Weltkrieg ein. Auf seine Initiative geht die Gründung des Völkerbundes zurück. Wilson erhielt 1919 den Friedensnobelpreis für seine Bemühungen um den Völkerbund.



Abb. 35: Woodrow Wilson

Leben

Wilson war Professor für Rechtswissenschaft und Nationalökonomie an der Universität Princeton, von 1902 bis 1910 auch deren Rektor. 1912 wurde Wilson für die Demokratische Partei Gouverneur von New Jersey.

Am 5. November 1912 gewann Wilson gegen die zwischen William H. Taft und Theodore Roosevelt gespaltenen Republikaner die Wahl zum 28. Präsidenten der USA. Vize-Präsident wurde Thomas R. Marshall. Innenpolitisch trat Wilson vor allem im Sinne des Progressivismus für eine sozialreformerische Politik ein. Unter anderem setzte er die *Federal Trade Commission* gegen quasi-monopolistische Trusts ein. Wilson war auch für damalige Maßstäbe ein ungewöhnlich scharfer Rassist und führte in vielen gesellschaftlichen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und des Militärs die Rassentrennung ein, wo es sie zuvor nicht gegeben hatte.

Im Ersten Weltkrieg verfolgte Wilson anfangs eine eher inkonsequente Neutralitätspolitik der USA, da er keinerlei Sanktionen gegen Großbritannien wegen der Blockade des Seehandels in Ostsee und Nordsee verfügte (bei der auch US-amerikanische Schiffe von der britischen Regierung beschlagnahmt wurden). Diese Neutralitätspolitik war wesentliches Thema bei seiner Wiederwahl 1916. Erst mit der Wiederaufnahme des *uneingeschränkten U-Boot-Krieges* durch das Deutsche Reich und das Zimmermann-Telegramm änderte sich die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten. Am 6. April 1917 traten die USA in den Ersten Weltkrieg ein. Wilson schlug zum Friedensschluss das 14-Punkte-Programm

vor, das unter anderem das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Schaffung eines Völkerbundes zur Verhinderung weiterer Kriege vorsah. In den Friedensverhandlungen, die zum Vertrag von Versailles führten (in denen den Verliererstaaten die Teilnahme versagt blieb), konnte er die 14 Punkte jedoch nur zum Teil durchsetzen. Infolgedessen fühlten weite Teile der deutschen Bevölkerung sich von Wilson verraten, auch und gerade die demokratischen Kräfte, denn Deutschland hatte nur unter bestimmten Bedingungen kapituliert. Diese Bedingungen wurden jedoch durch den Versailler Vertrag gebrochen und die Unterzeichnung des Vertrages durch Fortsetzung der Hungerblockade erpresst.

Der US-Kongress lehnte den – mit dem Versailler Vertrag gekoppelten – Beitritt zum Völkerbund ab, und die USA zogen sich nach dem Ersten Weltkrieg wieder aus Europa zurück. 1919 erlitt Wilson einen körperlichen Zusammenbruch, der aufgrund eines Schlaganfalls zur halbseitigen Lähmung führte. Aufgrund seines körperlichen Zustandes war er danach kaum in der Lage, seine Amtsgeschäfte wahrzunehmen.

Literatur

- James D. Startt: *Woodrow Wilson and the press. Prelude to the presidency*. Palgrave Macmillan New York, 2004

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Woodrow_Wilson. Hauptautoren: Marcus2, Der Eberswalder, Herrick, Winona Ryder, RedBot, S.K., David.wintzer, Bota47, FlaBot, Delos, Schaengel89, Darkone, anonyme Bearbeiter.

1920

Léon Victor Bourgeois



Abb. 36: Léon Victor Bourgeois

Léon Victor Bourgeois (* 29. Mai 1851 in Paris, Frankreich; † 29. September 1925 in D'Oger) war ein französischer Jurist und Staatsmann. Er gilt als einer der spirituellen Väter des Völkerbundes. Als erster Präsident des *Völkerbundesrates* erhielt er 1920 den Friedensnobelpreis. Bourgeois war zudem einer der wichtigsten französischen Politiker Frankreichs der Dritten Republik.

Leben und Werk

Frühe Jahre und Ausbildung – Léon Victor Bourgeois wurde 1851 in Paris geboren und war der Sohn eines Uhrmachers. Nach dem Besuch der Schule erhielt er eine Ausbildung zum Kaufmann, der sich ein Rechtswissenschaftsstudium an der Universität in Paris anschloss. Danach arbeitete er kurz als Anwalt und wurde 1882 Präfekt des Departments Tarn und 1885 oberster Verwaltungsbeamter in Haute-Garonne. Im Jahr 1887 wurde er dann Polizeipräfekt in Paris.

Politische Laufbahn – Die politische Laufbahn von Bourgeois begann 1888 als Staatssekretär des Innenministeriums unter Charles Thomas Floquet, nach Unstimmigkeiten legte er dieses Amt jedoch bereits 1889 wieder nieder. 1895 wurde er Ministerpräsident Frankreichs und bildete als solcher das erste rein linksdemokratische Kabinett Frankreichs. Er setzte sich vor allem für soziale Belange ein und reformierte die Arbeitsgesetze, das Schul- und Universitätswesen und die Gesundheitsfürsorge. Nach etwa einem Jahr trat er zurück und ging in die Opposition, da er sein Programm nicht durchsetzen konnte. 1897 schrieb er sein Buch »Solidarité« mit dem Plan eines Völkerbundes und der Nutzung der Schiedsgerichtsbarkeit.

Von 1902 bis 1904 war Bourgeois Präsident der Abgeordnetenkammer und 1906 für kurze Zeit Außenminister Frankreichs. Bereits 1899 war er Vorsitzender der französischen Delegation der Haager Friedenskonferenz und führte den Vorsitz der Kommission für internationale Schiedsge-

richtsbarkeit. Auf der 2. Haager Konferenz 1907 wurde dann die Schiedsgerichtsbarkeit durch ihn zu einem der Hauptthemen der Verhandlungen.

Während des Ersten Weltkrieges war Bourgeois wieder in mehreren Ministerposten tätig und kümmerte sich vor allem um die sozialen Kriegsfolgen. 1918 wurde er Mitglied einer Regierungskommission zur Ausarbeitung der Pläne für den Völkerbund. Als dieser dann 1919 Realität wurde, forderte er eine starke Exekutive in Form einer eigenen Armee- und Polizeigewalt für den Bund, damit dieser seine Forderungen auch durchsetzen konnte. Dieser Vorschlag wurde vor allem von Großbritannien abgeschmettert. 1920 wurde Bourgeois zum ersten Präsidenten des Völkerbundes gewählt und von 1920 bis 1923 war er Präsident des französischen Senats. Danach zog er sich vor allem aus gesundheitlichen Gründen in Form einer fortschreitenden Blindheit aus der Politik zurück und verstarb 1925.

Werke

- *Solidarité*, Paris, 1897
- *Diplomatie du droit*, Delagrave Paris, 1909
- *Discours prononcé à l'assemblée générale constitutive du 10 novembre 1918*, Paris, 1918
- *Essai d'une philosophie de la solidarité*, Alcan Paris, 1902
- *L'oeuvre de la société des nations*, Payot Paris, 1923
- *Le pacte de 1919 et la société des nations*, Fasquelle Paris, 1919
- *Le traité de paix de Versailles*, Alcan Paris, 1919

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Léon_Victor_Bourgeois. Hauptautoren: Achim Raschka, Katharina, Teiresias, Peter200, Mikue, Robodoc, ElRaki, Srbauer, anonyme Bearbeiter.

1921

Karl Hjalmar Branting

Karl Hjalmar Branting (* 23. November 1860 in Stockholm, † 24. Februar 1925 in Stockholm) war schwedischer Politiker, Reichstagsabgeordneter und mehrfach Premierminister für Kurzzeitregierungen in den Jahren 1920 bis 1925.



Abb. 37: Hjalmar Branting; Portrait von Richard Bergh

Leben

Hjalmar Branting kam aus einer großbürgerlichen Familie in Stockholm. Schon während seiner Gymnasialzeit kam Branting mit marxistisch-sozialistischem Gedankengut in Berührung und wandte sich der Sozialdemokratie zu. 1978 bis 82 studierte er Naturwissenschaften in Uppsala, ohne die Studien abzuschließen.

Statt dessen begann er, sich publizistisch und politisch zu betätigen. Nach einer ersten journalistischen Tätigkeit bei der radikalen Zeitung »Tiden« (»Die Zeit«) wechselte er zu der 1886 von August Palm gegründeten Zeitung »Socialdemokraten«, deren Chefredakteur er von 1887 bis 1917 mit einigen Unterbrechungen war. 1889 war er Gründungsmitglied der *Sozialdemokratischen Partei*, von 1894 bis zu seinem Tod war er Mitglied des Parteivorstandes, ab 1908 Parteivorsitzender.

Hjalmar Branting wurde 1897 als erster Sozialdemokrat in den Reichstag gewählt, dessen Abgeordneter er bis zu seinem Tode war. 1917 war Branting einige Monate Finanzminister in einer liberal-sozialdemokratischen Koalitionsregierung. Am 10. März 1920 bildete Branting die erste sozialdemokratische Regierung Schwedens, die aber schon am 27. Oktober desselben Jahres zurücktrat. Von Oktober 1921 bis April 1923 war Branting Premierminister einer weiteren sozialdemokratischen Regierung, und im Oktober 1924 bildete er seine dritte Regierung.

Hjalmar Branting gilt als einer der wichtigsten schwedischen Politiker des 20. Jahrhunderts. Zum einen gelang es ihm, den tiefen sozialen Konflikt der Jahrhundertwende durch geschickte parlamentarische Zu-

sammenarbeit für Demokratie und soziale und wirtschaftliche Reformen friedlich zu lösen. Zum anderen legte er mit seinen Regierungen den Grundstein für die Machtposition der schwedischen Sozialdemokratie.

Außenpolitisch setzte sich Hjalmar Branting für den Frieden ein, wie z. B. in der erfolglosen Stockholmer Konferenz 1917. Er war schwedischer Delegierter bei der Friedenskonferenz 1919 in Paris und in der Bundesversammlung des Völkerbundes von dessen Gründung 1920 bis zu seinem Tod. 1921 erhielt er gemeinsam mit dem Norweger Christian Lange den Friedensnobelpreis.

Am 24. Februar 1925 starb Hjalmar Branting im Alter 65 Jahren.

Werke

- *Arbetarklassen och världsläget*, Tidens Förl. Stockholm, 1915
- *Socialismen*, Bonnier Stockholm, 1892

Literatur

- Backlund, Sven: *Hjalmar Branting*, Bonnier Stockholm, 1920
- Peters, Jan: *Branting und die schwedische Sozialdemokratie: Hjalmar u.d Georg Branting in der schwedischen Geschichte*, Verlag des Wissens Berlin, 1975

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Hjalmar_Branting. Hauptautoren: Wigulf, Teiresias, Peter200, Rybak, FlaBot, anonyme Bearbeiter.

Christian Lous Lange

Christian Lous Lange (* 17. September 1869 in Stavanger; † 14. Februar 1938 in Oslo) war ein norwegischer Politiker und Sekretär der Interparlamentarischen Union. 1921 erhielt er gemeinsam mit →Karl Hjalmar Branting den Friedensnobelpreis.

Biographie

Frühe Jahre und Ausbildung – Christian Lange wurde 1869 als Sohn einer wohlhabenden Familie in Stavanger geboren. Nach seiner Schulausbildung studierte er in Kristiana, dem heutigen Oslo, Sprachwissenschaften und Geschichte und arbeitete anschließend als Lehrer. In der um 1880 starken sozialen Bewegung für die nationale und politische Freiheit Norwegens von Schweden und dem schwedischen Königshaus beteiligte

er sich als Pädagoge an den Freiheitsbewegungen und setzte sich politisch für die Einführung eines eigenen Wahlrechts in Norwegen ein.

Berater der Nobelpreiskommission – Im Jahr 1899 gehörte Lange zu den Organisatoren der Konferenz der *Interparlamentarischen Union* (IPU) in Kristiana. Diese bis heute existierende Organisation war erst im Vorjahr von Sir →William Randal Cremer (Friedensnobelpreis 1903) und →Frédéric Passy (Friedensnobelpreis 1901) gegründet worden und sollte den internationalen Austausch der Völker ermöglichen, um Konflikte zu vermeiden.

In der Folge der Konferenz wurde Lange von der Nobelpreiskommission des norwegischen Parlaments, des Storting, zum ersten Sekretär bestimmt. In dieser Funktion entwickelte er die Grundlagen der Preisträgerauswahl und Preisvergabe der Friedensnobelpreise. Bis 1904 war er zudem der einzige Berater des Komitees und formulierte die Berichte über alle Kandidaten des Preises, die er dann dem Komitee vorlegte. 1904 wurde er Vorsitzender des Nobel-Institutes und behielt diesen Posten bis 1909.

Interparlamentarische Union – 1909 lernte Christian Lange auf einer Reise den französischen Diplomaten →Paul Henri Benjamin Balluet d'Estournelles de Constant (Friedensnobelpreis 1909) kennen, der ihm den Posten als Generalsekretär der *Interparlamentarischen Union für internationale Schiedsgerichtsbarkeit* in Brüssel anbot, welchen er im gleichen Jahr auch annahm.

Aufgrund der Besetzung Belgiens durch die deutschen Truppen im Ersten Weltkrieg verlegte Lange sein Büro 1914 in seine Wohnung nach Oslo und organisierte von hier aus das weitere Wirken der Union. Auf einer internationalen pazifistischen Konferenz in Den Haag im April 1915 stellte Lange seine Pläne für eine Friedensorganisation nach dem Krieg vor, die später von der »Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden« übernommen wurden. 1919 promovierte er mit dem ersten Band seines Werkes »Geschichte des Internationalismus« an der Universität in Oslo.

Im Oktober 1919 konnte Christian Lande den Rat der *Interparlamentarischen Union* erstmalig nach dem Krieg wieder einberufen, wobei 10 Staaten ihre Vertreter nach Genf schickten. Die erste Nachkriegskonferenz der Union fand 1921 ebenfalls in Genf statt, wohin das Büro Langes 1920 verlegt wurde. Er selbst blieb noch bis 1923 Generalsekretär der Union. 1920 wirkte Christian Lange als Delegierter Norwegens bei der Gründungssitzung des *Völkerbundes*, wo er sich massiv für die Abrüstung

einsetzte. 1921 erhielt er für seine Friedensarbeit bei der Interparlamentarischen Union den Friedensnobelpreis gemeinsam mit dem schwedischen Völkerbundsdelegierten Karl Hjalmar Branting.

Nachdem er 1923 bei der Union ausschied, war er bis zu seinem Lebensende 1938 Delegierter in der Vollversammlung des Völkerbundes.

Werke

- *Histoire de la doctrine pacifique et de son influence sur le développement du droit international*, dans *Recueil des cours (Académie de droit international)*, 1926, III, Tome 13 de la Collection, pp. 171–426. Hachette Paris, 1927
- *Histoire de l'internationalisme I: Jusqu'à la Paix de Westphalie (1648)*, *Histoire de l'internationalisme II: De la Paix de Westphalie jusqu'au Congrès de Vienne (1815)*, (gemeinsam mit August Schou), Publications de l'Institut Nobel Norvègien, Tomes IV, VII, VIII. Aschehoug Oslo, 1919, 1954, 1963 (Der Band 3 *Histoire de l'internationalisme III: Du Congrès de Vienne jusqu'à la première guerre mondiale (1914)* stammte vollständig von Schou)
- *Organisation centrale pour une paix durable: Exposé des travaux de l'organisation*. La Haye, Organisation centrale pour une paix durable, 1917
- *Parliamentary Government and the Interparliamentary Union*, in World Peace Foundation Pamphlet Series, Vol. I, No. 3, Part III. World Peace Foundation Boston, 1911
- *Russia, the Revolution and the War: An Account of a Visit to Petrograd and Helsingfors in March, 1917*, Carnegie Endowment for International Peace (Division of Intercourse and Education, No. 12) Washington D.C., 1917
- *Union interparlementaire: Résolutions des conférences et décisions principales du conseil*, 2e éd. Misch & Thron Bruxelles, 1911

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Christian_Lous_Lange. Hauptautoren: Achim Raschka, Ixitixel, Jonathan Hornung, Mounir, RedBot, ASK, anonyme Bearbeiter.

1922

Fridtjof Nansen

Fridtjof Nansen (* 10. Oktober 1861 in Store Frøen, Oslo; † 13. Mai 1930 in Lysaker) war ein norwegischer Zoologe, Polarforscher, Philanthrop und internationaler Staatsmann. Aufgrund seiner Verdienste um die internationale Flüchtlingshilfe erhielt er 1922 den Friedensnobelpreis.



Abb. 38: Fridtjof Nansen

Biographie

Frühe Jahre – Fridtjof Nansen wurde am 10. Oktober 1861 auf dem Gut Store Frøen nahe der damaligen Stadt Kristiana, dem heutigen Oslo, als Sohn eines Rechtsanwalts geboren. Er besuchte die Schule in Kristiana und interessierte sich dort vor allem für die Naturwissenschaften. Nach seinem Abschluss wollte er Marineoffizier werden, entschied sich jedoch auf den Rat seines Vaters hin für ein Studium der Zoologie. Er studierte von 1880 bis 1881 an der Universität von Kristiana und machte 1882 auf Anraten seines Professors mit dem Seehundfänger *Viking* seine erste Reise in grönländische Gewässer. Nach seinem Studium wurde er Kustos am Zoologischen Museum in Bergen und erforschte hier den Aufbau des Nervensystems verschiedener wirbelloser Tiere. Aus dieser Forschung resultierte die Veröffentlichung »Struktur und Verbindung der histologischen Elemente des zentralen Nervensystems«. Am 28. April 1888 verteidigte Nansen seine Dissertation in Bergen.

Durchquerung Grönlands – Nach einem vorübergehenden Aufenthalt an der zoologischen Station in Neapel fasste er den Plan einer Durchquerung des grönländischen Inlandeises auf Skiern von Ost nach West. Er brach am 9. Mai 1888 mit fünf Begleitern zu dieser Expedition auf, die teils von ihm selbst, teils vom Kopenhagener Kaufmann Gamel finanziert wurden. Nach einigen Irrfahrten an der vom Eis versperrten Ostküste Grönlands begann Nansen am 15. August am Gyldenløve-Fjord mit seinen Begleitern die Durchquerung, die am 12. Oktober bei Godthaab an der Westküste

der Insel endete. Dabei legte die Expedition etwa 560 km zurück und gelangte zwischenzeitlich bis auf 3.000 m Höhe. Im Frühjahr 1889 kamen alle Teilnehmer wohlbehalten nach Europa zurück.

Mit seiner Expedition konnte Nansen nachweisen, dass das gesamte innere Grönland von Schnee und Eis bedeckt ist. Hinzu kamen neue Erkenntnisse und Beobachtungen zur Geographie und vor allem zur Ausdehnung und Bewegung der Gletscher Grönlands, mit denen er die moderne Gletscherforschung begründete. Seine Messungen trugen auch zum besseren Verständnis der meteorologischen Verhältnisse und zur Wetterentstehung in Europa und im nördlichen Atlantik bei.

Expeditionen mit der Fram – Am 24. Juni 1893 segelte Nansen mit dem nach eigenen Anforderungen konstruierten Schiff Fram und 12 Begleitern in die Arktis, um den Nordpol über eine von ihm vermutete nordwärts führende Strömung durch die nordsibirischen Inseln zu erreichen. Das Schiff wurde absichtlich im Treibeis eingefroren und mit diesem nordwärts treiben gelassen. Als es offensichtlich wurde, dass man mit der Fram den Nordpol nicht erreichen würde, brach Nansen, begleitet von Hjalmar Johansen, am 14. März 1895 mit Hunden und Schlitten zu Fuß in Richtung Norden auf und erreichten 86° 4' nördlicher Breite (nicht 14', wie von Nansen aufgrund vorläufiger Untersuchungen ermittelt hatte). Die zwei Männer wurden allerdings durch die Witterung gezwungen zu überwintern und überlebten bei Walross- und Eisbärenfleisch sowie Tran im Franz Joseph Land, das sie am 12. August 1895 erreichten und wo sie sich am 17. Juni 1896 schließlich der britischen Expedition von Frederick George Jackson anschlossen. Auf dessen Schiff Windward erreichten sie am 13. August 1896 Bardö.



Abb. 39: Nansen und Johansen im arktischen Eis

Nach seiner Befreiung aus dem Eis stattete Nansen am 14. August 1896 dem schwedischen Ingenieur Salomon August Andrée auf Spitzbergen einen Besuch ab. Dieser war dort gerade mit den Vorbereitungen zu einer Ballonfahrt zum Nordpol beschäftigt. Die Fram kam am 20. August wohlbehalten bei Tromsø an und wurde später von Roald Amundsen benutzt, um seine Expedition in die Antarktis zu transportieren. Obwohl die Drift das Schiff nicht über den Nordpol transportierte, konnte durch diese Expedition das Vorhandensein einer ostwestlichen Polarströmung bewiesen

werden. Zugleich konnte Nansen bei dieser Expedition nachweisen, dass es sich bei dem Polarmeer unterhalb der Innerarktis nicht wie bisher angenommen um ein Flachmeer, sondern um ein Tiefseebecken von 3.000 bis 3.800 Metern Tiefe handelt.

Späteres Leben und Friedensnobelpreis – Nansen wurde aufgrund seiner Polarforschungsergebnisse 1897 zum außerordentlichen Professor für Zoologie und Ozeanographie an der Universität von Kristiana berufen. 1900 nahm er noch einmal an einer Tiefseeexpedition mit Hjort teil. In der Folge konzentrierte er sich auf die Verbesserung und Etablierung der internationalen Zusammenarbeit und gründete 1902 den *Internationalen Rat für Meeresforschung*.

Zwischen 1906 und 1908 war er norwegischer Botschafter in London und sicherte die positive Neutralität der Großmächte für Norwegen. Er widmete seine besondere Aufmerksamkeit den ökonomischen Fragen der Völkerverständigung. Überrascht und entsetzt wurde Nansen durch den 1914 beginnenden Ersten Weltkrieg. 1917 sicherte er als Beauftragter seiner Regierung in den USA die Getreidelieferungen für Norwegen und konnte dadurch sein Land vor einer Hungersnot bewahren. Nach dem Krieg wurde Nansen Hochkommissar des Völkerbundes für Flüchtlingsfragen. In diesem Amt organisierte er die »Nansen-Hilfe« für Flüchtlinge, mit der innerhalb von 18 Monaten mehr als eine halbe Million Kriegsgefangene aus 26 Nationen in ihre Heimat zurückkehren konnten. Außerdem organisierte er ein umfangreiches Besiedlungsprogramm für die Region Westthrakien. Der von ihm 1922 geschaffene Nansenpass ermöglichte die Umsiedlung und Ansiedlung mehrerer hunderttausend Flüchtlinge und wurde von 52 Staaten anerkannt.

Für seine Arbeiten in der Flüchtlingshilfe wurde Nansen am 10. Dezember 1922 der Friedensnobelpreis verliehen. Er spendete das gesamte Preisgeld der Flüchtlingshilfe und legte 1927 aus Altersgründen sein Amt in der Vereinigung nieder. Am 13. Mai 1930 verstarb Fridtjof Nansen in Lysakar. Kurze Zeit nach seinem Tod gründete der Völkerbund das *Office international Nansen pour les réfugiés (Internationales Nanseninstitut für Flüchtlinge)*, welches seine Arbeit weiterführen sollte und 1938 ebenfalls den Friedensnobelpreis erhielt.

Werkbetrachtung

Nansens Fahrten haben neben dem allgemeinen Erfolg auch eine ganze Reihe von stimulierenden Erkenntnissen für die Polarforschung erbracht und ihr seinerzeit eine ganz neue Basis gegeben. Zahlreiche Inseln sind entdeckt worden. Die Topografie des Franz-Joseph-Landes in mehrere kleinere Inseln wurde ermittelt und der Nachweis der ehemaligen Vergletscherung der sibirischen Ebene konnte erbracht werden. Auch wurde durch Nansen erstmals klar, dass es in den Eiswüsten sehr viel mehr Tierarten gibt, als man ursprünglich annahm. Als tiefste Temperatur beobachtete die Expedition -52°C .



Abb. 40: Fridtjof Nansen

Wichtig war der Nachweis einer ausgedehnten Tiefsee im Westen und Nordwesten der Neusibirischen Inseln mit einer Tiefe von etwa 3.800 m, die in Verbindung mit dem Nordatlantik steht und wo sich unter einer kalten Meeresströmung ($-1,5^{\circ}\text{C}$) eine Oberflächenschicht mit warmem Wasser ($+0,5^{\circ}\text{C}$), der Golfstrom, befindet.

Literatur

Werke (Auswahl)

- *Auf Schneeschuhen durch Grönland*, 2 Bde. Hamburg, 1890–91
- *Eskimoliv*, Kristiania, 1891
- *The Norwegian North Polar Expedition: 1893–1896. Scientific results*, Leipzig, 1900 ff.
- *Betrogenes Volk. Eine Studienreise durch Georgien und Armenien als Oberkommissar des Völkerbundes*, Leipzig, 1928

Biografie

- Johannes Paul: *Abenteuerliche Lebensreise – Sieben biographische Essays* (Seite 247–316: *Fridtjof Nansen: In Nacht und Eis*). Wilhelm Köhler Verlag Minden, 1954

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Fridtjof_Nansen. Hauptautoren: Achim Raschka, Media lib, Cuno.1, Michael Gäbler, Schnargel, Johnny drossel, Peterlustig, Sechmet, FlaBot, Widewitt, RedBot, Triebtäter, anonyme Bearbeiter.

1923

1924

Friedensnobelpreis nicht verliehen

In diesen Jahren wurde der Friedensnobelpreis nicht verliehen.

1925

Austen Chamberlain

Sir **Joseph Austen Chamberlain** (* 16. Oktober 1863 in Birmingham; † 17. März 1937 in London) war ein britischer Politiker und Außenminister. Er erhielt 1925 gemeinsam mit dem Außenminister der USA, Charles Dawes, den Friedensnobelpreis.

Leben und Werk

Sir Joseph Austen Chamberlain, ältester Sohn des britischen Handels- und Kolonialministers Joseph Chamberlain und Halbbruder des späteren Premierministers Arthur Nevill Chamberlain, absolvierte sein Geschichtsstudium am Trinity College der Universität Cambridge. Anschließend studierte er neun Monate an der *École des Sciences Politiques* in Paris und zwölf Monate in Berlin. Als er 1887 nach Birmingham zurückkehrte, arbeitete er zuerst als Privatsekretär seines Vaters Joseph Chamberlain.

Seine politische Laufbahn begann als Bürgermeister von Birmingham. Ab 1892 war er dann Abgeordneter im House of Commons für die *Liberalen Unionisten*, die von seinem Vater geleitet wurden. Ab 1900 war er Finanzsekretär im Schatzamt und 1903 bis 1905 Schatzkanzler. 1912 wurde er Abgeordneter der Konservativen im Parlament. 1915 bis 1917 arbeitete er als Staatssekretär für Indien. Ab 1918 war er Mitglied des Kriegskabinetts. Im Ersten Weltkrieg trat Chamberlain entschieden für eine britische Beteiligung ein. Nach dem Krieg wurde er von 1919 bis 1921 Finanzminister des Landes und setzte sich für eine strenge Steuerpolitik zur Zurückzahlung von Staatsschulden ein. 1921 wurde er für ein Jahr Parteiführer der Konservativen Partei und im gleichen Jahr Lordsiegelbewahrer.

Im Jahr 1924 bekam er das Amt des Außenministers unter dem Premierminister Stanley Baldwin und behielt es bis 1929. In dieser Position war er gemeinsam mit den französischen und deutschen Amtskollegen ➔ Aristide Briand und ➔ Gustav Stresemann an den Vorarbeiten und dem Zustandekommen der 1925 unterzeichneten Verträge von Locarno beteiligt. Dieser internationale Vertrag zwischen Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien sollte nach dem Ersten Weltkrieg die europäische Friedensordnung stabilisieren und eine Garantie für die zwischen

den Ländern Belgien, Deutschland und Frankreich vereinbarten Grenzen bieten und damit zur Versöhnung der ehemaligen Kriegsgegner beitragen. Deutschland wurde in diesem Vertrag die Aufnahme in den *Völkerbund* zugesichert. Für seine Verdienste am Zustandekommen dieser europäischen Nachkriegsordnung erhielt er 1925 gemeinsam mit dem amerikanischen Finanzpolitiker ➔ Charles Gates Dawes den Friedensnobelpreis. Diesen unterstützte er bereits 1924 bei der Ausarbeitung seines Dawes-Planes, der eine Stabilisierung der Währung in Deutschland ermöglichen sollte und als Voraussetzung für die Verträge von Locarno diente.

Austen Chamberlain starb am 17. März 1937 an einem Schlaganfall.

Werke

- *The League of Nations*, Jackson, Wiley Glasgow, 1926
- *Peace in Our Time: Addresses on Europe and the Empire*, Allen London, 1928
- *Speeches on Germany*, Friends of Europe Publications London, 1933
- *Down the Years*, Cassell London, 1935
- *Politics from Inside: An Epistolary Chronicle, 1906–1914*, Cassell London, 1936 (dt. Ausgabe zusammen mit *Down the Years* als *Englische Politik: Erinnerungen aus fünfzig Jahren*, Essener Verlagsanstalt, 1938)

Literatur

- Sir Charles Petrie: *The Chamberlain Tradition*, Stokes New York City, 1938
- ders.: *The Life and Letters of the Right Hon. Sir Austen Chamberlain*, Cassell London, 1939
- Joseph-Louis Coudurier de Chassigne: *Les Trois Chamberlain : Une Famille de grands parlementaires anglais*, Flammarion Paris, 1939

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Austen_Chamberlain. Hauptautoren: Riccius Walter, Achim Raschka, Kébec, Qualle, Tullius, DarkScipio, Stefan Kühn, L-Cain, Fontane44, anonyme Bearbeiter.

Charles Gates Dawes

Charles Gates Dawes (* 27. August 1865 in Marietta, Ohio; † 23. April 1951 in Evanston, Illinois) war der Begründer des nach ihm benannten Dawes-Plans, für den er 1925 den Friedensnobelpreis erhielt. Von 1925 bis 1929 war er US-Vizepräsident.

Leben und Werk

Frühe Jahre und Ausbildung – Charles Gates Dawes war ein Urenkel von William Dawes, einem bekannten Protagonisten des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, und Sohn eines Brigadegenerals. Er machte 1884 seinen Abschluss am Marietta College und 1886 an der Cincinnati Law School. Danach praktizierte von 1887 bis 1894 in Lincoln, Nebraska als Anwalt.

Politische Laufbahn und Karriere – Dawes unterstützte 1896 die Präsidentschaftswahl von William McKinley und wurde im Gegenzug von diesem ab 1898 als Währungskommissar der US-Regierung eingesetzt. In dieser Funktion konnte er eine Reform des Bankenwesens durchsetzen, außerdem arbeitete er gegen die Monopolisierung von Wirtschaftsunternehmen. Nachdem MacKinley 1901 ermordet wurde, zog sich Dawes zunächst aus der Politik zurück und wurde Aufsichtsratsvorsitzender einer bekannten Chicagoer Bank.

1902 kandidierte er erfolglos für den US-Senat und setzte sich in der Folge für soziale Dienste ein. So gründete er 1913 in Chicago das *R. F. Dawes Hotel for Men*, eine Einrichtung für Obdachlose. Während des Ersten Weltkrieges diente er zunächst als Major, dann als Oberstleutnant und zuletzt als Brigadegeneral unter General John Pershing im Nachschubwesen. 1919 verließ er die Armee und wurde 1921 erster Direktor der neuen Haushaltsbehörde.

1923 wurde Dawes zur Alliierten Reparationskommission versetzt und entwickelte dort den nach ihm benannten Dawes-Plan. Gemeinsam mit Owen D. Young sollte er ein Konzept entwickeln, das zu einer finanziellen Entspannung der Situation in Europa dienen sollte. Mit Hilfe dieses Planes sollte Deutschland seine Reparationen bezahlen können, die nach dem Krieg eingefordert wurden; zudem sollte eine Stabilisierung der deutschen Währung erreicht werden. Der Plan lag im April 1924 vor und sah eine Finanzierung über amerikanische Anleihen vor. Damit wurde die Situation entspannt, und ein Grundstein für die Unterzeichnung der Verträge von Locarno war gelegt. Dawes erhielt 1925 für seine Arbeit an einem Programm zur Stabilisierung der deutschen Wirtschaft den Friedensnobelpreis.

Durch die Wiederwahl des Republikaners Calvin Coolidge zum US-Präsidenten am 5. November 1924 wurde Dawes US-Vizepräsident. Seine Amtszeit endete am 4. März 1929. Von 1929 bis 1932 war er amerikanischer Botschafter in Großbritannien. Anschließend kehrte er zum Bank-

wesen zurück und war bis zu seinem Tod *Chairman of the Board* der *City National Bank and Trust Co.* in Chicago, Illinois.

Trivia

Dawes hat sich als Autodidakt Piano und Komponieren beigebracht. Zu seiner Komposition von 1912, »Melody in A Major«, wurde 1951 unter dem Titel »It's All In The Game« von Carl Sigman ein Text geschrieben. Das Lied wurde später von Künstlern wie Tommy Edwards, Van Morrison, Cliff Richard und Elton John aufgegriffen.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Charles_Gates_Dawes. Hauptautoren: POY, Achim Raschka, Herrick, Ckeen, Hashar, Peter200, anonyme Bearbeiter.

1926

Aristide Briand



Abb. 41: von links: Berthelot, Reichskanzler Brüning, Hymans, Curtius, Brünings Gegenüber: Briand, Laval, André François-Poncet im Sonderzug nach London zur Siebenmächtekonferenz im Juli 1931

Aristide Briand (* 28. März 1862 in Nantes, Frankreich; † 7. März 1932 in Paris, Frankreich) bekleidete zwischen 1909 und 1929 mit Unterbrechungen wechselnd die Ämter des französischen Ministerpräsidenten oder das des Außenministers. Er war insgesamt elfmal Ministerpräsident und dreiundzwanzigmal Minister. Diese Zahlen beruhen auf dem raschen Regierungswechsel in der Dritten

Republik. 1926 erhielt er für seine Mitarbeit an den Verträgen von Locarno zusammen mit ➔ Gustav Stresemann den Friedensnobelpreis.

Leben

Herkunft und Kindheit – Briand wurde am 28. März 1862 in der bretonischen Hafenstadt Nantes geboren. Seine Eltern besaßen in der Rue du Marchix im Hafenviertel ein bescheidenes kleines Café namens *Croix Verte*. Die Gäste waren hauptsächlich Matrosen und Hafearbeiter.

Als Briand zwei Jahre alt war, zog seine Familie nach Saint-Nazaire, eine Hafenstadt an der Loiremündung. Hier eröffnete sein Vater einen Wein- und Spirituosenhandel, den er jedoch bald verkaufte, um ein »Café chantant«, ein kleines Musikcafé, zu eröffnen. Auch die Gäste dieses Cafés waren Seeleute, die hier die Bekanntschaft von Mädchen aus der Stadt suchten.

Briand besuchte die höhere Bürgerschule von Saint-Nazaire. Er war kein fleißiger Schüler und störte gelegentlich den Unterricht durch kleine Späße, jedoch fiel seinen Lehrern schon früh seine außergewöhnliche Intelligenz, Geistesschärfe und Auffassungsgabe auf. Er erhielt mehrfach Preise für das auswendige Rezitieren langer Texte, was ihm Dank seines hervorragenden Gedächtnisses nicht schwer fiel. Er wurde zum

Protégé des Schulleiters Genty. Dieser sprach mit Briand viel über Philosophie und Literatur und hatte großen Einfluss auf dessen Denken und Rhetorik. Briand behielt seinen Mentor stets in liebevoller Erinnerung und verlieh ihm später als Unterrichtsminister das Kreuz der Ehrenlegion.

Mit 16 Jahren erhielt Briand aufgrund seiner Begabung ein Stipendium für das Lycée in Nantes und zog dorthin, um als Internatsschüler das Baccalaureat, das französische Abitur, zu machen. Bilder aus dieser Zeit zeigen Briand als schlanken, gepflegten jungen Mann, der jedoch leicht kränklich wirkt. Seine Freunde nannten ihn scherzhaft »Trompe la mort« (der den Tod betrügt), da eine kurze Zeit der Verdacht auf eine Tuberkuloseerkrankung bestand. In Nantes begegnete er Jules Verne, der Gönner eines Mitschülers von Briand war. Der Schriftsteller fand großen Gefallen an den Gesprächen mit dem intelligenten jungen Mann und lud ihn an Wochenenden wiederholt zu Spaziergängen durch Nantes und die Umgebung ein. Verne nahm den Charakter des 16-jährigen Briand in seinem 1888 veröffentlichten Roman »Deux ans de vacances« (deutscher Titel: »Zwei Jahre Ferien«) zum Vorbild für die Figur des »Briant«. Dieser ist der Anführer einiger Kinder, die durch ein Unglück allein auf einer einsamen Insel stranden. Die Figur des Briant zeichnet sich in dem Roman durch ihre Intelligenz und ihren Wagemut aus.

Politisches Wirken

Nach seinem Jura-Studium trat Briand der sozialistischen Partei bei und schrieb für mehrere Zeitungen. 1902 wurde er Abgeordneter und 1909 erstmals Ministerpräsident.

Nach dem Ersten Weltkrieg zählte Briand zu den Unterstützern der internationalen Friedensbemühungen und des Völkerbundes. Nachdem er 1921 erneut die Regierungsgeschäfte übernahm, trat er ein Jahr später wieder zurück, da er die harten Bedingungen des Versailler Friedensvertrages gegenüber Deutschland kritisiert hatte. Aristide Briand war 1925 Chefarchitekt der Verträge von Locarno. 1926 bekam er dafür zusammen mit dem deutschen Außenminister ➔ Gustav Stresemann den Friedensnobelpreis. Außerdem war er 1928 Initiator des Briand-Kellogg-Paktes, eines Vertrages über den gegenseitigen Verzicht auf Krieg zwischen Staaten.

Briand war wie Stresemann Freimaurer und wurde in der Loge *Le Trait d'Union de Saint Nazaire* (Grand Orient de France) initiiert. In Paris wechselte er zur Loge *Le Chavalier du Travail*.

Werke

- Aristide Briand: *Frankreich und Deutschland*

Literatur

- Maurice Baumont: *Aristide Briand – Diplomat und Idealist*, Muster Schmidt Verlag Göttingen, 1966
- Ernst Geigenmüller: *Briand: Tragik des grossen Europäers*, Athenäum Verlag Bonn, 1959
- Daniel Müller Hofstede: *Aristide Briand und der französische Sozialismus. Die Frühzeit des Politikers 1883–1906*, Literatur Verlag Münster, 1996
- Victor Margueritte: *Aristide Briand*, S. Fischer Verlag Berlin, 1932
- Ferdinand Siebert: *Aristide Briand: 1862–1932. Ein Staatsmann zwischen Frankreich und Europa*, Rentsch, Erlenbach-Zürich, 1973
- Max Josef Wolff: *Der Rattenfänger von Europa: Aristide Briand*, Brunnen Verlag Berlin, 1931

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Aristide_Briand. Hauptautoren: Sechmet, Steffen M., Sixtus de, Webmaster@sgovd.org, ArtMechanic, Taggy, Peter200, Achim Raschka, HenHei, Anathema, Rybak, Darkone, anonyme Bearbeiter.

Gustav Stresemann



Abb. 42: Gustav Stresemann als Reichstagsabgeordneter

Gustav Stresemann (* 10. Mai 1878 in Berlin; † 3. Oktober 1929 in Berlin) war ein deutscher Politiker, Reichskanzler sowie Außenminister in der Zeit der Weimarer Republik und Friedensnobelpreisträger (1926).

Leben

Als einziges von fünf Kindern des Bierhändlers Ernst Stresemann konnte Gustav Stresemann das Gymnasium besuchen. Dort zeigte er sich besonders interessiert für das Fach Geschichte und die Biographien von bekannten Persönlichkeiten wie Napoleon oder Goethe. Von 1897 bis 1900 studierte Stresemann in Berlin und Leipzig anfangs Literatur und Geschichte und wechselte dann in das Fach Nationalökonomie. 1900 beendete er sein Studium mit einer Promotion über das Thema »Das Wachstum der Berliner Flaschenbier-Indus-

trie«. Stresemanns Vater war Besitzer einer kleinen Berliner Kneipe (so genannte Budike). Von 1901 bis 1904 arbeitete Stresemann als Unterhändler und Lobbyist des *Verbandes der Schokoladenhersteller*.

Im Jahr 1903 kam es zur Hochzeit mit Käthe Kleefeld, mit der Stresemann zwei Söhne (Wolfgang und Joachim) hatte. Während des Studiums war Stresemann Mitglied der Reformburschenschaft Neogermania geworden. Käthe Stresemann, die jüdischer Abstammung war, spielte eine große Rolle im gesellschaftlichen Leben Berlins in den 20er Jahren. Nach früheren politischen Sympathien für den *Nationalsozialen Verein* von Friedrich Naumann begann Stresemann im gleichen Jahr 1903 eine politische Karriere mit dem Eintritt in die *Nationalliberale Partei*, drei Jahre später wurde er zum Stadtrat in Dresden gewählt. Seine Unterstützung von Sozialmaßnahmen brachte ihn häufiger in Konflikt mit dem rechten Flügel seiner Partei, der durch Angehörige der sächsischen Schwerindustrie dominiert wurde. Dieser Flügel verhinderte 1912 eine Wiederwahl in den Parteivorstand. Nachdem er 1912 auch seinen Sitz im Reichstag verloren hatte, unternahm Stresemann zusammen mit anderen Wirtschaftsexperten eine Studienreise in die USA. Stresemann war Mitglied im *Deutschen Kolonialverein* und in anderen zahlreichen Verbänden und Vereinen, so der *Deutsch-Amerikanischen-Handelsgesellschaft*. Stresemann unterstützte die deutsche Flottenpolitik, die als eine Ursache für die Entwicklung hin zum Ersten Weltkrieg gesehen wird.

Gustav Stresemann war ab 1907 mehrmals Mitglied des Reichstags (Wahlkreis im sächsischen Revier Annaberg), zuerst bis 1912, dann wieder von 1914 bis 1918. 1917 wurde er Fraktionsvorsitzender und schließlich war er wieder von 1920 bis 1929 Abgeordneter im Reichstag. Weitere Schritte in seiner politischen Karriere waren die Wahl zum Parteivorsitzenden der NLP sowie die Mitbegründung der rechtsliberalen *Deutschen Volkspartei (DVP)* im Jahre 1918. Im Ersten Weltkrieg war er monarchistisch gesinnt und ein Anhänger der Annexionspolitik, als Mitglied von Nationalversammlung und Reichstag wurde er Realpolitiker und trat für die Republik ein.

Als am 13. August 1923 eine Koalitionsregierung aus DVP, *Zentrum*, DDP und SPD die Regierung übernahm, wurde Stresemann Reichskanzler. Um die Inflation in den Griff zu bekommen, brach Stresemann den aussichtslosen Ruhrkampf ab und initiierte mit der Einführung der Rentenmark eine Währungsreform. Mit seiner Politik leitete er die Konsolidierung der Weimarer Republik in den 1920er Jahren ein. Dennoch endete seine Regierungszeit nach einem Misstrauensvotum schon am 23. November 1923.

Außenpolitik – Stresemann wurde Außenminister in der darauf folgenden Regierung Wilhelm Marx' und prägte in dieser Position bis zu seinem Tod die deutsche Außenpolitik. Im selben Jahr wurde er Mitglied der Freimaurer-Loge »Friedrich der Große« in Berlin und Ehrenmitglied seiner Großloge *Drei Weltkugeln*. Zwei Jahrzehnte zuvor schrieb er bereits den Aufsatz »Maurertum und Menschheitsbau«:

»Der Mensch soll in jedem Moment seines Denkens und Handelns von der Überzeugung sich tragen lassen, dass er eine Mission auf Erden zu erfüllen hat, dass ihm eine Kraft gegeben ist, zur Veredelung des Menschheitsbaues beizutragen.«

Das grundlegende Ziel seiner Außenpolitik war eine Normalisierung der Beziehungen zu Frankreich, um eine friedliche Revision des Versailler Vertrages zu erreichen. Dabei konzentrierte er sich auf eine multilaterale Einbindung Deutschlands in die neue Staatenordnung und verzichtete auf nationalistische Alleingänge. Er betrieb eine auf ökonomischer Basis fußende republikanische Außenpolitik, die sich in Methode und Zielsetzung von der Außenpolitik des Kaiserreichs als »Machtstaat« (Thomas Nipperdey) und der militärisch expansiven nationalsozialistischen Außenpolitik Hitlers abhob und Eigenständigkeit in der deutschen Geschichte beanspruchen darf. Der lange Zeit als Schlüsseldokument verstandene Brief an seinen Freund, den Kronprinzen Wilhelm von Preußen, in dem Stresemann eine stark nationalistische Großmachtspolitik skizzierte, die er betreiben wolle, wird heute in der Forschung in seiner Bedeutung relativiert, da zahlreiche Dokumente, die erst wesentlich später der Wissenschaft zur Verfügung standen, ein wesentlich milderer Bild Stresemanns zeichnen.

Wichtige Stationen der Außenpolitik Stresemanns waren der Dawes-Plan 1924, der die Reparationszahlungen Deutschlands neu regelte, die Verträge von Locarno 1925 und damit auch die gleichberechtigte Aufnahme in den *Völkerbund* 1926.

Durch seine Vermittlung zwischen Amerika und Frankreich hatte Stresemann einen wichtigen Anteil am Zustandekommen des Briand-Kellogg-Pakts 1928.

Für seine Versöhnungsarbeit erhielt er zusammen mit seinem französischen Kollegen Aristide Briand 1926 den Friedensnobelpreis. In Deutschland wurde ihm jedoch eine entsprechende Anerkennung für seine Außenpolitik versagt; er wurde für seine Verständigungspolitik als »Erfüllungspolitiker« beschimpft.

Das Ende einer Ära – Am 3. Oktober 1929 starb Gustav Stresemann in Berlin, womit die »Ära Stresemann« endete. Mit Stresemann verlor die Weimarer Republik einen ihrer fähigsten demokratischen Politiker. Der Tod Stresemanns und der Beginn der Weltwirtschaftskrise markierten im Oktober 1929 den Anfang vom Ende der Weimarer Republik. Ein halbes Jahr später trat die Regierung der Großen Koalition aus SPD, DDP, DVP und Zentrum zurück, und die Ära der Präsidialkabinette, die in die Kanzlerschaft Adolf Hitlers münden sollte, begann.

Literatur

- Manfred Berg: *Gustav Stresemann. Eine politische Karriere zwischen Reich und Republik*, Göttingen und Zürich, 1992
- Theodor Eschenburg und Ulrich Frank-Planitz: *Gustav Stresemann. Eine Bildbiographie*, Stuttgart, 1978
- Eberhard Kolb: *Gustav Stresemann*, Beck'sche Reihe Wissen München, 2003
- Peter Krüger: *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt, 1985

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_Stresemann (gekürzt). Hauptautoren: Wolley, Webmaster@sgovd.org, G, PatBorm, Karodde, Fusslkopp, Phi, Chef, HenrikHolke, ErikDunsing, Nemonand, Magnus, Ath, Macador, Wolfgang1018, John Eff, Achim Raschka, Robodoc, anonyme Bearbeiter.

1927

Ferdinand Buisson

Ferdinand Edouard Buisson (* 20. Dezember 1841 in Paris; † 16. Februar 1932 in Paris) war ein französischer Pädagoge und Politiker. Als Vorkämpfer des Völkerbundgedankens, Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender der französischen *Liga für Menschenrechte* erhielt er 1927 gemeinsam mit Ludwig Quidde den Friedensnobelpreis.

Leben und Werk

Ferdinand Buisson wurde 1841 geboren, sein Vater war Untersuchungsrichter in Paris. Er besuchte das Gymnasium in Saint-Étienne und studierte danach an der Pariser Sorbonne Philosophie. 1868 schloss er das Studium ab, erhielt jedoch aufgrund seiner Verweigerung des Treueeids gegenüber Napoleon III. keine Anstellung in Frankreich und ging als Lehrer nach Neuchâtel in der Schweiz. Hier nahm er 1867 am Genfer Friedenskongress teil, auf dem die *Internationale Liga für Frieden und Freiheit* gegründet wurde.

Im Jahr 1870, nach dem Sturz von Napoleon III., kehrte Buisson nach Frankreich zurück und wurde aufgrund seiner Freundschaft mit dem Unterrichtsminister Jules Simon Leiter des Schulwesens in Paris. Von dieser Position musste er allerdings aufgrund seiner offenen Kritik an der Kirche nach kurzer Zeit wieder zurücktreten. Unter dem Nachfolger Simons, Jules Ferry, wurde das Schulwesen 1879 reformiert. Jules Ferry setzte Buisson in der Position des Generalinspektors für das Erziehungswesen ein, in der dieser 17 Jahre tätig war und mehrere Bücher veröffentlichte. Von 1896 bis 1906 war er Professor an der Sorbonne und Herausgeber eines Wörterbuchs der Pädagogik. Von 1902 bis 1914 wurde Buisson als Abgeordneter in die französische Regierung gewählt.

Neben seiner Tätigkeit war Buisson immer der Friedensbewegung verbunden und setzte sich für Menschen- und Bürgerrechte ein. Er befürwortete massiv die Wiederaufnahme des Prozesses um Alfred Dreyfus, bekannt als Dreyfus-Affäre. Von 1913 bis 1926 wurde Buisson Präsident der *Liga für Menschenrechte*, die sich nach ihrer Gründung für die Entlastung Dreyfus' stark machte. Buisson sprach sich in seiner Funktion als

Präsident der Liga vor allem für die Rechte verfolgter Minderheiten aus. Besonders im Ersten Weltkrieg wurde seine Position für die Einhaltung der Menschenrechte auch in Kriegszeiten populär. Starke Kritik von ihm erntete der Versailler Vertrag, der Völkerbund war dagegen trotz einiger Kritikpunkte in seinen Augen eine Chance für eine internationale Friedensarbeit. 1924 sprach sich Buisson vor dem deutschen Reichstag für eine französisch-deutsche Aussöhnung aus und begleitete die Rede mit einer »Friedensreise« durch Deutschland.

Werke

- *Condorcet*, Alcan Paris, 1929
- *Dictionnaire de pédagogie et d'instruction primaire*, Alcan Paris, 1929
- *Education et République*, Kimé Paris, 2003

Literatur

- Dubois, Patrick: *Le dictionnaire de Ferdinand Buisson*, Lang Bern, 2002
- Loeffel, Laurence: *Ferdinand Buisson*, Hachette Paris, 1999

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Ferdinand_Buisson. Hauptautoren: Achim Raschka, Siggibeyer, Teiresias, Peter200, Yorg, Triebtäter, Heinte, Eckhart Wörner, Aka, Beblawie.

Ludwig Quidde

Ludwig Quidde (* 23. März 1858 in Bremen; † 4. März 1941 in Genf) war ein deutscher Historiker, Publizist, Pazifist und linksliberaler Politiker in der Zeit des Deutschen Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Er war ein prominenter Kritiker von Kaiser Wilhelm II. und erhielt als treibende Kraft und teilweise Organisator verschiedener internationaler Friedenskonferenzen 1927 den Friedensnobelpreis.



Abb. 43: Ludwig Quidde

Leben und Werk

Ausbildung und wissenschaftliche Karriere – Ludwig Quidde wurde 1858 als Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns geboren. Er besuchte ein humanistisches Gymnasium und machte 1876 sein Abitur. Danach studierte er bis 1881 Geschichte, Philosophie und Wirtschaftswissenschaften

in Straßburg und Göttingen. Seine Promotion zum Doktor der Philosophie erfolgte durch die Schrift »König Sigmund und das Deutsche Reich von 1410 bis 1419«, im gleichen Jahr veröffentlichte er anonym das Werk »Die Antisemitenagitation und die Deutsche Studentenschaft«.

1882 heiratete Quidde die Musikerin und Schriftstellerin Margarete Jacobson. 1885 wurde er selbstständiger Leiter der Reichstagsakten-Edition, bei der die Reichstagsdokumente des Heiligen Römischen Reiches (deutscher Nation) von 1376 an verwaltet wurden. 1887 wurde er außerordentliches Mitglied der Historischen Kommission. 1888 begründete er als Herausgeber die »Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft«. 1890 wurde Quidde zum Professor und leitenden Sekretär des Preussischen Bibliographischen Instituts nach Rom berufen. 1892 kehrte er nach Deutschland zurück und dozierte in der Historischen Klasse der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München. 1893 war er Mitbegründer des Deutschen Historikerverbands und der Deutschen Historikertage. Bis zu diesem Zeitpunkt galt er als ausgewiesener Experte auf dem Gebiet der spätmittelalterlichen Geschichte Europas.

Aufgrund der Satire »Caligula – Eine Studie über römischen Cäsarenwahnsinn«, einer Anspielung auf Wilhelm II., wurde Quidde zu einer dreimonatigen Haftstrafe wegen Majestätsbeleidigung verurteilt. Die Schrift wurde mit über 30 Auflagen zum erfolgreichsten Pamphlet ihrer Zeit. Die Affäre führte zum jähen Abbruch seiner wissenschaftlichen Laufbahn und zu seiner gesellschaftlichen Ächtung. Nur ein beträchtliches geerbtes Vermögen ermöglichte es ihm in dem folgenden Jahren, sich ganz auf die Politik zu verlegen.

Politischer Werdegang – Ebenfalls 1893 trat Quidde in die *Deutsche Volkspartei* (abgekürzt: DtVP) ein. Die DtVP (gegründet 1868) war bereits während des preussischen Verfassungskonflikts in den 1860er Jahren als linksliberale Partei aus der Aufspaltung der Deutschen Fortschrittspartei in verschiedene Parteien des Liberalismus hervorgegangen. Die Fraktion der Rechtsliberalen, die im *Norddeutschen Bund* und danach im 1871 gegründeten deutschen Kaiserreich die konservativ-peußische Regierungspolitik unterstützte, hatte sich in der *Nationalliberalen Partei* gesammelt.

Die DtVP als eine der größeren linksliberalen Parteien, die ihre Hochburgen vor allem in Süddeutschland hatte, setzte sich gegen die Nationalliberalen für föderalistische Strukturen im Deutschen Reich ein, stand in Opposition zur Vorherrschaft Preußens und engagierte sich für eine Stärkung des Parlaments und demokratischere Verhältnisse gegen die zu

starke politische Macht der Monarchie in Deutschland (die Reichsregierung wurde während des Kaiserreichs nicht vom Reichstag gewählt, sondern vom Monarchen bestimmt). Zeitweilig arbeitete die DtVP in Einzelfragen auch mit der damals marxistisch ausgerichteten Sozialdemokratie zusammen.

Im selben Jahr seines Eintritts in die DtVP (1893) veröffentlichte Ludwig Quidde seine Schrift »Der Militarismus im heutigen Deutschen Reich«. Von 1894 bis 1900 war er Herausgeber der demokratischen Tageszeitung »Münchner Freie Presse«. 1895 wurde er Vorsitzender des bayerischen Landesausschusses der Deutschen Volkspartei und erarbeitete ein neues Programm der Partei, in dem die Parlamentarisierung, eine Justiz- und Heeresreform sowie der Ausbau des Föderalismus gefordert wurden.

1898 hatte Quidde die sozialkritische Artikelserie »Arme Leute in Krankenhäusern« in der Münchner Freien Presse veröffentlicht. Infolge dieser Serie kam es zur ersten Kodifizierung von Menschenversuchen.

Mit bedingt durch seine führende Funktion in der bayerischen DtVP und seine daraus resultierende Bekanntheit, wurde er 1907 in den bayerischen Landtag gewählt und blieb bis 1918 Landtagsabgeordneter. Zwischenzeitlich hatte sich 1910 die Deutsche Volkspartei mit der *Freisinnigen Volkspartei* und der *Freisinnigen Vereinigung zur Fortschrittlichen Volkspartei* zusammengeschlossen. Nach Beginn des Ersten Weltkrieges war Quiddes Landtagsmandat im Wesentlichen eine formelle Angelegenheit, da er sich zwischen Ende 1914 und 1918 als Kriegsgegner vorwiegend im Ausland aufhielt. Dadurch konnte er der Gefahr von politischer Repression und Verfolgung im Reich weitgehend ausweichen.

Bereits seit 1892 war Quidde regelmäßiger Teilnehmer an den Sitzungen des Rates des *Internationalen Friedensbüros* und arbeitete bei der *Deutschen Friedensgesellschaft*. Ab 1899 war er Leiter der deutschen Delegation an den Weltfriedenskongressen. 1907 organisierte er den 16. Weltfriedenskongress in München. 1913 veröffentlichte er einen »Entwurf zu einem internationalen Verträge über Rüstungsstillstand« anlässlich des 20. Weltfriedenskongresses. 1914, dem Jahr des Beginns des Ersten Weltkrieges, wurde er zum Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft gewählt und blieb in diesem Amt bis 1929. 1915 beteiligte sich Quidde an der Tagung des Bundes Neues Vaterland in Den Haag. Bis zum Kriegsende hatte er einen Wohnsitz in der neutralen Schweiz.

Nach dem Ersten Weltkrieg kehrte Quidde nach Deutschland zurück und wurde während der revolutionären Umbruchssituation in Bayern sowie im gesamten deutschen Reich (vgl. Münchner Räterepublik und

Novemberrevolution) 1918 Vizepräsident des *Provisorischen Bayerischen Nationalrates* und 1919 zusätzlich Abgeordneter der *Deutschen Demokratischen Partei* (DDP) bei der Weimarer Nationalversammlung. Die DDP war nach dem Krieg aus der Mehrheit der *Fortschrittlichen Volkspartei* und dem kleinen linken Flügel der *Nationalliberalen Partei* hervorgegangen.

Ab 1921 war er Vorsitzender der pazifistischen Dachorganisation *Deutsches Friedenskartell* (bis 1929), außerdem Mitglied der bayrischen Jungdemokraten. Bis 1933 publizierte er in deren Zeitschrift »Echo der Jungen Demokratie«.

1924 wurde Quidde aufgrund seiner Schrift »Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges« wegen Landesverrats angeklagt und kurzzeitig inhaftiert. 1927 erhielt er den Friedensnobelpreis gemeinsam mit dem französischen Pazifisten ➔ Ferdinand Buisson, dem Gründer der französischen *Liga für Menschenrechte*. 1929 wurde er als Vertreter des gemäßigten Flügels als Vorsitzender der *Deutschen Friedensgesellschaft* auf Betreiben des radikalen Flügels um Fritz Küster abgewählt, woraufhin er 1930 aus der Gesellschaft austrat.

Nach der Vereinigung der Partei mit dem aus der bündischen Tradition kommenden *Jungdeutschen Orden* und der Umbenennung in *Deutsche Staatspartei* trat er zusammen mit fast dem gesamten linken Flügel auch aus der Deutschen Demokratischen Partei 1930 aus. Er konnte diese Entwicklung hin zu einem zunehmenden Nationalismus auch in den als liberal geltenden Parteien am Ende der Weimarer Republik nicht mehr mittragen.

Quidde wurde Vorsitzender der *Vereinigung Unabhängiger Demokraten* und zusammen mit den ehemaligen DDP-Mitgliedern und Pazifisten Hellmut von Gerlach und Paul Freiherr von Schönaich Gründungsmitglied der *Radikaldemokratischen Partei* (RDP), die aber ohne nennenswerten politischen Einfluss in den letzten Jahren der zu der Zeit faktisch schon gescheiterten ersten deutschen Republik blieb. Den ihm angetragenen Parteivorsitz lehnte er ab.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten emigrierte Quidde im März 1933 in die Schweiz, wo er in den folgenden Jahren bis zu seinem Lebensende in Genf wohnte und für die »Neue Zürcher Zeitung« tätig war. Auch aus der Schweiz heraus versuchte er, den Pazifismus in Deutschland zu unterstützen. 1935 gründete er das *Comité de secours aux pacifistes exilés* (*Unterstützungskomitee für exilierte Pazifisten*) als Hilfsorganisation für pazifistische Emigranten. 1940 wurde Quidde von den nationalsozia-

listischen Machthabern in Deutschland offiziell ausgebürgert, was damals den formellen Entzug seiner deutschen Staatsbürgerschaft bedeutete. Ludwig Quidde starb 1941 im Alter von nahezu 83 Jahren in Genf. Seit 1974 existiert in Deutschland ein nach ihm benanntes linksliberales Bildungswerk, das Ludwig-Quidde-Forum in Bochum.

Wichtige Veröffentlichungen

- *Die Entstehung des Kurfürstencollegiums: Eine verfassungsgeschichtliche Untersuchung*, 1884
- *Studien zur Geschichte des Rheinischen Landfriedensbundes von 1259*, 1885
- *Militarismus im heutigen Deutschen Reich*, 1890
- *Caligula. Eine Studie über römischen Cäsarenwahnsinn*, 1894
- *Völkerbund und Demokratie*, 1922
- *Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges 1914–1918*, 1924
- *Der erste Schritt zur Weltabrüstung*, 1927
- *Histoire de la paix publique en Allemagne au moyen age*, 1929

Literatur

- Torsten Quidde: *Friedensnobelpreisträger Ludwig Quidde. Ein Leben für Frieden und Freiheit*, Berliner Wissenschafts Verlag, 2003

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig_Quidde. Hauptautoren: Ulitz, Andreas Reuland, Knud Klotz, Achim Raschka, Hoch auf einem Baum, Matthead, Enslin, Hawei, €pa, MythozZ, BWBot, Nichtbesserwisser, anonyme Bearbeiter.

1928

Friedensnobelpreis nicht verliehen

In diesem Jahr wurde der Friedensnobelpreis nicht verliehen.

1929

Frank Billings Kellogg

Frank Billings Kellogg (* 22. Dezember 1856 in Potsdam, N.Y., USA; † 21. Dezember 1937, St. Paul, Minn., USA) war ein US-amerikanischer Jurist und Diplomat. Als Verhandlungspartner des Briand-Kellogg-Paktes, einem gegenseitigen Verzicht auf Krieg zwischen Staaten, erhielt er den Friedensnobelpreis für 1929, der aber erst 1930 verliehen wurde.

Leben und Werk

Frühe Jahre und Ausbildung – Frank Billings Kellogg wurde in Potsdam im US-amerikanischen Bundesstaat New York geboren. Er wuchs in Minnesota auf und genoss eine eher oberflächliche Schulausbildung in einer Landschule. Neben seinem Studium der Rechtswissenschaften an der Universität in Rochester arbeitete er als Landarbeiter. Bereits mit 21 Jahren machte er 1877 sein Examen und wurde als Anwalt zugelassen. Er praktizierte in Saint Paul als Anwalt mehrerer Industrieunternehmen und Banken. Bekannt wurde er durch ein Verfahren im Auftrag des U.S.-Präsidenten ➔Theodore Roosevelt, in dem die Regierung eine Entrenchung des *Rockefeller Standard Oil Trust* forderte und über eine Bundesgerichtsentscheidung auch Recht bekam. 1912 wurde er Präsident der Vereinigung amerikanischer Anwälte und unterstützte Roosevelt in der Präsidentschaftswahl.

Politische Laufbahn – Im Jahr 1916 wurde Frank Billings Kellogg in den amerikanischen Senat gewählt. Dort formulierte er seine Bedenken gegen den Plan zur Bildung eines Völkerbundes. Er lehnte diesen zwar nicht ab, hatte jedoch massive Bedenken an der Form der Realisierung. Von 1917 bis 1923 war er Senator der *Republican Party* in Minnesota und Unterstützer der Kriegserklärung gegen das Deutsche Reich im Jahr 1917 durch den Präsidenten ➔Thomas Woodrow Wilson.

Ab 1923 wirkte Kellogg als Diplomat in Südamerika und Großbritannien. 1924 unterstützte er die Durchführung des Dawes-Planes und erzielte eine Einigung bei der umstrittenen Ruhrgebietsfrage zwischen Deutschland und Frankreich, die in der Ruhrbesetzung gipfelte. 1925

wurde Kellogg Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika unter dem Präsidenten Calvin Coolidge und blieb dies bis 1929. In dieser Position versuchte er die Beziehungen zu Mexiko zu entschärfen und gegenüber China pflegte er eine Form der Politik, die auf Nichteinmischung basierte. Die Regierung der Partei Kuomintang wurde jedoch durch den Abschluss eines Zollvertrages zur Zollautonomie bestätigt.

Der Briand-Kellogg-Pakt – Im Jahr 1927 schlug der französische Außenminister ➔Aristide Briand Frank Billings Kellogg einen amerikanisch-französischen Vertrag zur Ächtung des Krieges als Mittel der internationalen Politik. Dieser Briand-Kellogg-Pakt wurde in modifizierter Form am 27. August 1928 von 15 Staaten unterzeichnet und angenommen. Kellogg kritisierte in diesem Zusammenhang die zunehmende internationale Bewaffnung. Mit der Unterzeichnung des Vertrages verpflichteten sich die Staaten zum Verzicht auf Krieg als politisches Mittel und waren angehalten, bei Konflikten friedliche Lösungen zu suchen. Bis 1939 schlossen sich 63 Staaten dem Pakt an; es wurden Grundlagen für das internationale Völkerrecht geschaffen, die später bei der Gründung der ➔Vereinten Nationen in die Satzung aufgenommen wurden. Die praktische Durchsetzbarkeit des Vertrages erwies sich allerdings als untauglich, so konnten weder die Besetzung der Mandschurei 1931 durch Japan, die Besetzung Äthiopiens durch Italien 1935 und schließlich auch der Zweite Weltkrieg nicht verhindert werden. Es gab in dem Pakt weder eine Definition für einen Angriffskrieg noch Sanktionsmöglichkeiten gegen Staaten, die den Pakt brachen.

Von 1930 bis 1935 war Kellogg Mitglied des *Internationalen Gerichtshofes* in Den Haag. Er starb 1937 in Saint Paul im Alter von 81 Jahren.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Frank_Billings_Kellogg. Hauptautoren: Achim Raschka, Sixtus de, Mathias Schindler, FlaBot, Stefan Kühn, Rolling Thunder, RobotQuistnix, RedBot, Eckhart Wörner, Triebtäter.

1930

Nathan Söderblom

Lars Olof Jonathan (Nathan) Söderblom (* 15. November 1866 in Trönö, † 12. Juli 1931 in Uppsala), Friedensnobelpreisträger (1930) war ein protestantischer Theologe in Schweden. Aufgrund seines unermüdlichen Einsatzes für die Ökumene und den Weltfrieden wurde ihm 1930 der Friedensnobelpreis verliehen.

Leben und Werk

Nathan Söderblom wurde 1866 als Sohn eines Pfarrers geboren und wurde neben der Schule auch von diesem unterrichtet. So musste er bereits mit fünf Jahren Latein lernen. Er studierte von 1886 bis 1892 Literaturwissenschaften und Theologie in Uppsala. 1890 nahm er an der internationalen christlichen Studentenkonferenz in Northfield in Neuengland teil; ein Jahr später war er Teilnehmer beim Kongress des *Christlichen Vereins Junger Menschen* in Amsterdam.

Nach seiner Ordination zum Pfarrer der lutherischen Kirche 1893 wirkte Söderblom als Seelsorger in einer psychiatrischen Klinik und später bei der schwedischen Gesandtschaft in Paris. Ein Jahr später wurde er Legationspfarrer der Schwedischen Kirche in Paris. Hier heiratete er Anna Forsell, mit der er im Laufe seiner Ehe 13 Kinder hatte.

1901 erwarb er an der Sorbonne den theologischen Dokortitel und wurde auf eine Professur für Religionsgeschichte an der Universität in Uppsala berufen. Diese Tätigkeit übte Söderblom bis 1914 aus, von 1912 bis 1914 war er außerdem der erste Professor für dieses Fach an der Universität in Leipzig. 1914 erfolgte seine Berufung zum Erzbischof von Schweden und damit zum Oberhaupt der Schwedischen Kirche.

Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges hielt sich Söderblom in einem böhmischen Dorf an der österreichischen Grenze auf. In der Folge versuchte er, durch vielfache Appelle eine Versöhnung der kriegsführenden Nationen zu erreichen. Mit seinen Versöhnungsbemühungen innerhalb der internationalen christlichen Kirchen wurde er zum Anführer der ökumenischen christlichen Friedensbewegung. 1917 organisierte er in Uppsala die *Nordische Kirchenkonferenz*. Auch in der Folge setzte er sich wei-

terhin für die Ökumene ein, daneben war er Vizekanzler der Universität Uppsala. Er unterstützte auch den Mediziner ➔ Albert Schweitzer, indem er ihn 1919 zu Vorlesungen nach Schweden einlud.

1925 organisierte Söderblom die Stockholmer Weltkirchenkonferenz als *Weltkonferenz für praktisches Christentum*, zu der er Vertreter aller christlichen Kirchen einlud. Das Oberhaupt der Anglikanischen Kirche Randall Thomas Davidson und die Repräsentanten der Orthodoxen Kirchen und der evangelischen Kirchen folgten seiner Einladung, nicht zugegen war nur Papst Pius XI. Söderblom verstarb 1931 an einem Herzleiden, ein Jahr, nachdem er den Friedensnobelpreis entgegennehmen durfte.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Nathan_Söderblom. Hauptautoren: Achim Raschka, Wst, Darina, Wolfgang Nuss, Irmgard, Degt, Magnus Manske, Triebtäter, anonyme Bearbeiter.

1931

Jane Addams

Jane Laura Addams (* 6. September 1860 in Cedarville, Illinois; † 21. Mai 1935 in Chicago) war Feministin, Sozialarbeiterin, Soziologin und eine engagierte Journalistin der Friedensbewegung Anfang der 1920er Jahre. 1889 gründete sie in Chicago das Hull House, das noch heute besteht.

1931 erhielt sie zusammen mit ➔ Nicholas Murray Butler den Friedensnobelpreis.



Abb. 44: Jane Addams, Photograph Moffett

Leben und Werk

Familie, Bildung, Privatleben – Jane Addams Eltern waren John Huy Addams (1822 bis 1881), Mühlenbesitzer und später republikanischer Senator des Staates Illinois (1854 bis 1870), und Sarah Weber Addams, geborene Weber (1817 bis 1863). Sie hatte vier Schwestern und drei Brüder: Mary Catherine Addams (1845 bis 1894); Georgiana Addams (1849 bis 1850); Martha Addams (1850 bis 1867); John Weber Addams (1852 bis 1918); Sarah Alice Addams (1853 bis 1915); Horace Addams (1855 bis 1855); George Weber Addams (1857 bis 1859). Als Addams zwei Jahre alt war, verstarb ihre Mutter. Danach vermählte sich ihr Vater 1864 mit der Witwe Anna Hostetter Haldeman (1828 bis 1919). Diese brachte zwei eigene Kinder mit in die Familie, Henry Winfield Haldeman (1848 bis 1905) und George Bowman Haldeman (1861 bis 1909).

Nach ihrem Schulabschluss wollte Addams am Smith College studieren, aber ihr Vater gestattete ihr nicht, so weit weg zu fahren. Ihren College-Abschluß machte sie stattdessen am Rockford Female Seminary, dem heutigen Rockford College, in Rockford (Illinois). Hier lernte sie Ellen Gates Starr kennen, mit der sie eine intensive Freundschaft verbinden sollte. Nach ihrem Abschluss in Rockford studierte Jane Addams Medizin, brach das Studium jedoch ab, weil sie aus der schweren Arbeit wenig

Inspiration nahm. Wie in ihrer Zeit für unverheiratete Frauen üblich, kehrte sie in ihr Elternhaus zurück, um ihre betagte Familie zu pflegen.

1881 starb ihr Vater, und sie verfiel in eine tiefe Depression. Zwei Jahre später bereiste sie gemeinsam mit ihrer Stiefmutter England und Deutschland, später außerdem Spanien, Italien und Frankreich. Nach ihrer Rückkehr aus Europa erneuerte sie ihre Freundschaft mit Starr, und die beiden reisten gemeinsam nach London, um *Toynbee House* zu besuchen.

1890 lernte Addams Mary Rozet Smith kennen und lebte mit ihr bis zu Smiths Tod (1933) in einer eheähnlichen Beziehung. Smith war die Tochter eines wohlhabenden Papierfabrikanten und leitenden Angestellten der Illinois Central Eisenbahn. Sie pflegte Addams, wenn sie krank war, und führte ihren Briefwechsel. Zwar hat Addams einen Großteil der Briefe zerstört, die sie auf Reisen von Smith erhielt, aber aus den Briefen, die von Addams an Smith gingen, ist eine tiefe Zuneigung erkennbar. Die beiden erwarben 1904 zusammen ein Ferienhaus in Bar Harbor, an der Küste von Maine.

Jane Addams heiratete nicht und gebar auch keine Kinder. In ihrer Kindheit wurde sie in der *Society of Friends*, bekannt als die Quäker, erzogen, obwohl ihr Vater allen vier örtlich anwesenden Kirchengemeinden Spenden zukommen ließ. In Chicago war sie Mitglied einer presbyterianischen Gemeinde, besuchte aber öfters unitarische Versammlungen, wo sie auch Vorträge hielt. Am 21. Mai 1935 starb Jane Williams an Krebs.

Soziale Arbeit – Nach ihrer Rückkehr aus Europa 1885 begann Jane Addams mit ihrer sozialen Arbeit. Sie betreute schwarze Waisenkinder in Baltimore und war in mehreren karitativen Organisationen tätig. 1889 gründete sie mit Ellen Gates Starr zusammen das Hull House in Chicago, eines der ersten so genannten »Siedlungshäuser« der USA. Dieses war inspiriert vom *Toynbee Hall* im südlichen London, welches von Samuel Barnett 1884 gegründet wurde. Sie kaufte das Haus von dem Erbe, welches ihr Vater hinterlassen hatte.

»Siedlungshäuser« waren Zentren, die den Armen eines Viertels Bildungs- und Sozialleistungen anboten und soziale Reformen vorantrieben. Hull House konnte etwa 2.000 Menschen jede Woche mit Einrichtungen wie einer Abendschule für Erwachsene, einem Kindergarten, einer öffentlichen Küche, einer Kunstgalerie, einer Turnhalle, einem Schwimmbad, einer Musikschule, einer Schauspieltruppe, einer Bibliothek und verschiedenen Arbeitsmaßnahmen versorgen.

Hull House diente auch als eine Institution der Soziologie für Frauen. Addams war eine Freundin und Kollegin der frühen Männer der *Chicago School of Sociology* und hatte durch ihre Arbeit in angewandter Soziologie Einfluss auf sie. Obwohl die wissenschaftlichen Soziologen jener Zeit die angewandte Soziologie als Sozialarbeit definierten, betrachtete Addams sich selbst nicht als Sozialarbeiterin. Sie war eine Mitautorin der »Hull-House Maps and Papers« von 1893, welche die Interessen und Methodologien der Chicagoer Soziologie definierten. Mit George H. Mead zusammen arbeitete sie zu verschiedenen Themen der Sozialreform, wie z. B. den Rechten der Frauen oder dem Arbeitsstreik der Textilgewerkschaft 1910. Addams verband die zentralen Ideen des symbolischen Interaktionismus mit den Theorien des kulturellen Feminismus und des Pragmatismus, um ihre soziologischen Ideen zu bilden.

1911 half sie bei der Gründung der *National Foundation of Settlements and Neighborhood Centers* und war die erste Präsidentin dieser Vereinigung. Betroffen vom Beginn des Ersten Weltkrieges gründete sie 1915 die *Women's International League for Peace and Freedom*. Sie sprach sich gegen die Beteiligung der USA im Krieg aus und unterstützte damit die Meinung des Präsidenten Woodrow Wilson. Im gleichen Jahr übernahm sie die Leitung der großen internationalen Frauenkonferenz in Den Haag, bei der über 1.500 Frauen aus 28 Ländern anwesend waren. Jane Addams war ebenfalls eine Mitbegründerin der *American Civil Liberties Union* und der *National Association for the Advancement of Colored People* (NAACP). Außerdem war sie Mitglied der *American Anti-Imperialist League* und der *American Sociology Association*. Sie war auch führend in der Bewegung für das Wahlrecht für Frauen.

1929 wurde sie Ehrenvorsitzende der *Women's International League for Peace and Freedom* und zwei Jahre später erhielt sie den Friedensnobelpreis für ihr soziales Engagement. 1935, kurz vor ihrem Tod, nahm sie an der Feier zum 20-jährigen Bestehen der *Women's International League for Peace and Freedom* teil.

Werke

- *Democracy and social ethics*, Macmillan New York, 1902
- *Children in American street trades*, National Child Labor Committee New York, 1905
- *New ideals of peace*, Chautauqua Press, 1907
- *The Wage-earning woman and the state*, Boston Equal Suffrage Association for Good Government, [1912]

- *Symposium: child labor on the stage* National Child Labor Committee New York, [1911]

Literatur

- Irene Stratenwerth: *Das Gefühl, die Welt ein Stück weiterbringen zu müssen*. In: Charlotte Kerner: *Nicht nur Madame Curie – Frauen, die den Nobelpreis bekamen*, Belz Verlag Weinheim und Basel, 1999
- Dorothy Ross: Jane Addams (1860–1935): *Häuslicher Feminismus und die Möglichkeiten der Sozialwissenschaften*. In: Claudia Honegger und Theresa Wobbe: *Frauen in der Soziologie. Neun Porträts*, München 1998
- Deegan, Mary: »Jane Addams and the Men of the Chicago School, 1892–1918«. New Brunswick, NJ: Transaction, 1988

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Jane_Addams. Hauptautoren: Bhuck, Achim Raschka, MichaelDiederich, Shelog, Rdb, BS Thurner Hof, Elian, Nemonand, Nordelch, FlaBot, Srbauer, Siehe-auch-Löscher, anonyme Bearbeiter.

Nicholas Murray Butler

Nicholas Murray Butler (* 2. April 1862 in Elizabeth; † 7. Dezember 1947 in New York) war ein amerikanischer Philosoph und Publizist. Er bekam 1931 gemeinsam mit ►Jane Addams den Friedensnobelpreis für seinen Einsatz für den Briand-Kellogg-Pakt.

Leben und Werk

Ausbildung und universitäre Aktivität – Nicholas Murray Butler wurde 1862 in Elizabeth im Bundesstaat New Jersey als Sohn eines Industriellen geboren. Er studierte am Columbia College in New York City und schloss das Studium mit einer Arbeit über Immanuel Kant ab. 1884 erfolgte die Promotion als Philosoph und 1888 wurde er als Professor für Philosophie an das Columbia College berufen. 1893 übernahm er außerdem die Professur für Pädagogik; 1902 wurde er Präsident des College, welches er zur heute weltbekannten Columbia University umstrukturierte. Erst 1945, im Alter von 83 Jahren, trat er als Präsident der Universität zurück.

Friedensarbeit – Murray arbeitete bereits sehr früh aktiv in der Friedensbewegung und setzte sich für die Völkerverständigung ein. Obwohl ihm

mehrfach politische Ämter als Gouverneur, Botschafter und sogar Außenminister der USA angeboten wurden, lehnte er diese ab. 1907 gründete er die amerikanische Sektion des *Komitee für die Verteidigung nationaler Interessen und internationaler Versöhnung*, das der Franzose ►Paul Henri Benjamin Balluet d'Estournelles de Constant gegründet hatte. Von 1907 bis 1912 beteiligte sich Butler an den Vorbereitungen zur Bildung des *Internationalen Schiedsgerichtshofs* in Den Haag 1921.

Im Jahr 1910 stellte der amerikanische Industrielle Andrew Carnegie eine Stiftung von 10 Millionen Dollar für die Einrichtung der *Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden* zur Verfügung, maßgeblich von Butler dazu gebracht. Diese Stiftung stellte in den Folgejahren einen der wichtigsten finanziellen Stützpfiler der internationalen Friedensarbeit dar. Butler wurde Direktor der Stiftungsgesellschaft in Washington (D.C.) und ab 1925 Präsident derselben. In seiner Funktion war er ein beliebter Ansprechpartner der US-Präsidenten, die ihn als externen Berater nutzten. Gelegentlich übernahm er auch diplomatische Funktionen, etwa ein Treffen mit dem sowjetischen Regierungschef Wladimir Iljitsch Lenin und dem italienischen Staatschef Benito Mussolini. Dem nach dem Ersten Weltkrieg gegründeten Völkerbund stand Butler skeptisch gegenüber.

Die von ►Aristide Briand 1927 veröffentlichte Idee zur Ächtung des Krieges als politisches Mittel unterstützte Butler und er warb dafür in den USA. Auf diese Weise wurde er zu einem der wichtigsten Förderer des 1928 geschlossenen Briand-Kellogg-Paktes.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Nicholas_Murray_Butler. Hauptautoren: Achim Raschka, Peterlustig, Rotkäppchen, Zwobot, anonyme Bearbeiter.

1932

Friedensnobelpreis nicht verliehen

In diesem Jahr wurde der Friedensnobelpreis nicht verliehen.

1933

Ralph Norman Angell-Lane

Sir **Ralph Norman Angell-Lane**, auch bekannt unter den Namen Norman Angell oder Ralph Lane (* 26. Dezember 1874 in Holbeach; † 7. Oktober 1967 in Croydon), war ein britischer Schriftsteller und Publizist. Er erhielt 1933 den Friedensnobelpreis als Mitglied der Exekutivkommission des *Völkerbunds* und des *Nationalen Friedensrates*.

Leben und Werk

Frühe Jahre – Norman Angell-Lane wurde 1874 in Holbeach in Lincolnshire als eines von sechs Kindern des Farmers und Kaufmanns Thomas Angell-Lane und seiner Frau Mary (Brittain) Lane geboren. Auf Wunsch seines Vaters sollte er eine kaufmännische Ausbildung anstreben und ging deshalb im Alter von 13 Jahren auf das Lycée St. Omer in Nordfrankreich und im Anschluss nach London, um Wirtschaftswissenschaften zu studieren. Dieses Studium absolvierte er nur ein Jahr, parallel arbeitete er bereits als Journalist einer Provinzzeitung. Im Anschluss ging er nach Genf und studierte hier Literatur.

Wirken als Publizist – Im Alter von 17 Jahren wanderte er für einige Zeit in die USA aus. Ab 1894 arbeitete er dort als Aufseher, Cowboy, Farmer und Lehrer vor allem in Kalifornien, außerdem bereiste er Mexiko und Mittelamerika und publizierte im »San Francisco Chronicle« über den Ausbruch des Spanisch-Amerikanischen Krieges 1898. Nachdem er nach Europa zurückgekehrt war, berichtete er über die Affäre um Alfred Dreyfus (Dreyfus-Affäre), verurteilte die britische Regierung für ihre Politik und den Burenkrieg mit den afrikanischen Burenstaaten und gründete in Paris den »Daily Messenger«.

Im Jahr 1903 erschien das erste Buch von Norman Angell-Lane unter dem Titel »Patriotismus unter drei Flaggen: Ein Argument für den Verstand in der Politik«, wodurch Alfred Charles William Harmsworth Viscount Northcliffe auf ihn aufmerksam wurde und ihm den Posten als Herausgeber der »Continental Daily Mail« anbot. Angell-Lane nahm an und lernte mehrere bedeutende Politiker kennen. Sein zweites Buch erschien 1910 und trug den Titel »The Great Illusion«, welches ihn international be-

rühmt machte. Es wurde innerhalb eines Jahres in 15 Sprachen übersetzt. In dem Buch klagt er die Kriegsführung ebenso wie den traditionellen Pazifismus an. Er stellte dar, dass jeder Krieg auch für die Sieger immer einen Verlust darstellt, bei dem enorme finanzielle Mittel sowie Menschenleben aufgewendet werden müssen. Ein effektiver Pazifismus musste den Krieg als Mangel an Vernunft betrachten, um erfolgreich zu sein.

Sein Buch war der Beginn der Gründung einer neuen Friedensbewegung, die in Großbritannien ihren Ursprung nahm und als *Norman Angellismus* bekannt wurde. Bis 1912 gab es in Großbritannien 40 Vereine der Bewegung. Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Jahr 1914 sprach sich Angell-Lane zudem massiv gegen die Beteiligung Großbritanniens aus. 1915 ging er in die USA und sprach sich dort gegen den Neutralismus des Staates aus und befürwortete eine Einmischung der USA in den Krieg. Zu dieser Zeit entwickelte er außerdem Ideen für einen Völkerbund mit gemeinsamen Instrumenten zur Verteidigung und Sicherheit.

Nach dem Krieg setzte sich Norman Angell-Lane für eine Revision des Versailler Vertrages zu Gunsten Deutschlands ein, dem als alleinigem Kriegsschuldigen immense Reparationszahlungen abverlangt wurden. 1919 wurde er Mitglied der britischen *Labour Party* und außenpolitischer Berater derselben. Von 1928 bis 1931 erschien unter seiner Herausgeberschaft die Zeitung »Foreign Affairs«, von 1929 bis 1931 war er außerdem Abgeordneter im britischen House of Commons. 1931 wurde er geadelt und trug seitdem den Namen Sir Ralph Norman Angell-Lane. 1939 erschien sein Buch »Du und der Flüchtling«, das sich mit der Frage um die Emigranten aus dem Dritten Reich beschäftigte und die Öffentlichkeit aufklären sollte. Bis zu seinem Tod 1967 veröffentlichte er noch eine Reihe weiterer Bücher und Schriften, 1951 zog er sich weitestgehend nach Surrey zurück.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Ralph_Norman_Angell-Lane. Hauptautoren: Achim Raschka, AN, anonyme Bearbeiter.

1934

Arthur Henderson

Arthur Henderson (* 13. September 1863 in Glasgow; † 20. Oktober 1935 in London) war ein britischer Politiker. Er wurde 1934 mit dem Friedensnobelpreis »für seine Arbeit als Vorsitzender der Genfer Abrüstungskonferenz und seine Bemühungen um den Frieden« ausgezeichnet.



Abb. 45: Arthur Henderson

Leben und Werk

Arthur Henderson war der Sohn eines Baumwollspinners und kam 1863 in Glasgow in Schottland zur Welt. Nach seinem Schulbesuch in Newcastleupon-Tyne wurde er Eisengießer. In seinem Beruf schloss er sich bereits früh der Gewerkschaft an und wurde auch regionalpolitisch aktiv. 1892 wurde er zum Delegierten der Gewerkschaft für Northumberland sowie Stadtrat in Newcastle

Politische Entwicklung – Im Jahr 1900 war er bei der Gründung der britischen *Labour Party* anwesend und beteiligte sich dann aktiv am Aufbau der Partei. 1903 wurde er Schatzmeister und zum Abgeordneten des House of Commons, des britischen Unterhauses der Regierung. Von 1908 bis 1911 sowie von 1914 bis 1922 und 1931 bis 1934 war er Vorsitzender der Partei.

Da Henderson zu Beginn des Ersten Weltkrieges sowohl Parteiführer und Sekretär der Partei sowie Erster Minister und Mitglied zahlreicher zentraler Kommissionen der Regierung Großbritanniens war, war er ausschlaggebend für die Befürwortung der britischen Kriegseinmischung. Neben seiner politischen Bewegung war er Mitglied der 1875 gegründeten sozialen und überkonfessionellen *Brotherhood-Bewegung* und von 1914 bis 1915 deren Präsident. Von 1915 bis 1917 gehörte er zum Kabinett von Lloyd George als Erziehungsminister und Berater in Arbeiterfragen. 1917 bereiste er Russland und trat im Anschluss an diese Reise aus dem Parlament zurück, da die Friedenskonferenz in Stockholm von der britischen Regierung nicht unterstützt wurde.

Im Jahr 1918 kam es zu einer massiven Umstrukturierung innerhalb der *Labour Party*, bei der Henderson und Sidney Webb versuchten, die bislang als relativ fester Zusammenschluss verschiedener Arbeiterorganisationen bestehende Partei zu einer einheitlichen Partei mit sozialistischem Profil zu machen. Dabei bildete er mit der Mehrheit der Angehörigen der *Labour Party* die *Londoner Internationale*, die später in die *Sozialistische Arbeiter-Internationale* überging. Eine Zusammenarbeit mit der *Kommunistischen Internationale* sowie der Kommunistischen Partei Großbritanniens lehnte er allerdings ab. Henderson wurde Vorsitzender dieser Gruppe von 1923 bis 1924 und von 1925 bis 1929.

Im Jahr 1924 stellte die Labour Party erstmals die Regierung Großbritanniens, in der Henderson als Innenminister unter der Führung des Premierministers Ramsay MacDonald tätig war. In dieser Funktion beteiligte er sich am »Genfer Protokoll über Abrüstungsfragen«. In seiner danach folgenden Rolle als Außenminister von 1929 bis 1931 war er an den Young-Plan-Konferenzen zur Neuregelung der Reparationszahlen des Deutschen Reiches 1929 bis 1930 sowie an der Flottenkonferenz von 1930 beteiligt. 1929 nahm er außerdem erstmalig wieder diplomatische Beziehung zur Sowjetunion auf. Im Jahr 1931 wurde Henderson erneut Führer der *Labour Party* und plädierte nach parteiinternen Streitigkeiten für einen Ausschluss von mehreren Parteigenossen, darunter Ramsay MacDonald sowie der reformistische Politiker Philip Snowden.

1932 bis 1933 nahm Henderson als Präsident an den internationalen Abrüstungsgesprächen in Genf teil, bei der er auch inhaltlich eine zentrale Rolle spielte. Besonders für diese wurde er im Folgejahr 1934 mit dem Friedensnobelpreis geehrt.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Arthur_Henderson. Hauptautoren: Achim Raschka, Dennis Scheffel, Severin Heiniger, Voyager, anonyme Bearbeiter.

1935

Carl von Ossietzky

Carl von Ossietzky (* 3. Oktober 1889 in Hamburg; † 4. Mai 1938 in Berlin) war ein deutscher Journalist und Herausgeber der Zeitschrift »Die Weltbühne«. Im international aufsehenerregenden *Weltbühne*-Prozess wurde er 1931 wegen Spionage verurteilt, weil seine Zeitschrift auf die verbotene Aufrüstung der Reichswehr aufmerksam gemacht hatte. Ossietzky erhielt 1936 rückwirkend den Friedensnobelpreis für das Jahr 1935, dessen persönliche Entgegennahme ihm jedoch von der deutschen Regierung untersagt wurde.



Abb. 46: Carl-von-Ossietzky-Denkmal in der Ossietzkystraße Berlin

Leben

Frühe Jahre und Ausbildung – Carl von Ossietzky wurde 1889 als einziges Kind der Eheleute Carl Ignatius und Rosalie von Ossietzky in Hamburg geboren. Der Vater Carl Ignatius (1848 bis 1891) war der Sohn eines Kreisbeamten aus Oberschlesien und arbeitete nach seiner Übersiedlung nach Hamburg als Stenograph in der Anwaltskanzlei des Senators und späteren Hamburger Bürgermeisters Max Predöhl. Nebenbei betrieb er eine Speisewirtschaft. Als der Vater in Carls drittem Lebensjahr starb, übernahm dessen Schwester die Erziehung des Kindes, während sich die Mutter weiter um die Gaststätte kümmerte. Predöhl unterstützte den Jungen nach Möglichkeit und sorgte dafür, dass er vom siebten Lebensjahr an die renommierte Rumbaumsche Schule besuchen konnte. Zehn Jahre nach dem Tod ihres Mannes heiratete Rosalie von Ossietzky den Bildhauer und Sozialdemokraten Gustav Walther und beide nahmen den Jungen wieder auf. Walther weckte von Ossietzkys Interesse an der Politik. So besuchten beide Parteiveranstaltungen, auf denen der SPD-Vorsitzende August Bebel sprach.

Da Ossietzkys Leistungen in Mathematik, im Gegensatz zu anderen Fächern, nur mangelhaft waren, schloss er die Schule nicht erfolgreich mit der Mittleren Reife ab. Er schwänzte die Schule, um ungestört literarische

Klassiker wie Schiller, Goethe und Hölderlin lesen zu können. Da ihm eine akademische Laufbahn verwehrt war, bewarb er sich im Alter von 17 Jahren um eine Stelle bei der Hamburger Justizverwaltung. Am 1. Oktober 1907 trat er in den Justizdienst ein. 1910 wurde er aufgrund akzeptabler Leistungen ins Grundbuchamt versetzt.

Tagsüber verweilte er auf dem Amt, abends besuchte er kulturelle und politische Veranstaltungen. Nebenher schrieb er Gedichte. 1908 trat er der *Demokratischen Vereinigung* um Hellmut von Gerlach und Rudolf Breitscheid bei. Weltanschaulich stand Ossietzky dem Monismus nahe.

Journalistische Karriere bis 1926 – 1911 sandte Ossietzky erstmals einen Beitrag bei der Wochenzeitung »Das freie Volk« ein, dem Publikationsorgan der Demokratischen Vereinigung. Aus dieser Initiative entwickelte sich in den Folgejahren eine regelmäßige Mitarbeiterschaft. Auch für die Blätter des Monistischen Bundes schrieb er regelmäßig. 1914 wurde er aufgrund des Artikels »Das Erfurter Urteil« wegen »öffentlicher Beleidigung« angeklagt, weil er die damalige Rechtsprechung kritisiert hatte. Die 200 Mark Geldbuße, zu der er verurteilt wurde, beglich seine Ehefrau Maud, die er am 19. August 1913 geheiratet hatte. Maud Lichfield-Wood war damals in der englischen Frauenrechtsbewegung aktiv und unterstützte nach der Hochzeit die Pläne ihres Mannes, den Justizdienst zugunsten einer journalistischen Karriere aufzugeben. Im Januar 1914 reichte Ossietzky daher seine Kündigung ein.

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges wurde Carl von Ossietzky zunächst als untauglich gemustert. Die kriegsbedingten Veränderungen innerhalb der Medien machten es ihm jedoch unmöglich, seinen Lebensunterhalt weiterhin als pazifistischer und militärkritischer Journalist zu verdienen. Daher kehrte er im Januar 1915 wieder in den Justizdienst zurück. Im Sommer 1916 wurde er schließlich eingezogen und als Soldat an die deutsche Westfront geschickt.

Anfang 1919 kehrte er aus dem Krieg zurück, kündigte seine Stelle beim Justizdienst und widmete sich wieder dem Journalismus. Da sich ihm Mitte 1919 die Möglichkeit bot, Sekretär der *Deutschen Friedensgesellschaft* in Berlin zu werden, zog das Ehepaar Ossietzky in die Reichshauptstadt. Im Dezember wurde dort die Tochter Rosalinde geboren. Da er das Mitteilungsblatt der Gesellschaft durch eigene Beiträge anreicherte, die vielen konservativen Mitgliedern der Gesellschaft nicht gefielen, kam es zu einem Streit, in dessen Folge Ossietzky am 30. Juni 1920 die Arbeit als Sekretär aufgab.

Von 1920 bis 1924 arbeitete er bei der »Berliner Volkszeitung«, zunächst als außenpolitischer Mitarbeiter, später als Redakteur. Bei verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften schrieb er immer wieder kritische Beiträge, die ihm mehrere Prozesse vor Gericht einbrachten. Im März 1924 gründete Ossietzky gemeinsam mit Karl Vetter die *Republikanische Partei*, die jedoch nach der Wahlniederlage zur Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 wieder aufgelöst wurde. Nach diesem erfolglosen Ausflug in die Parteipolitik wurde Ossietzky Mitarbeiter und bald darauf Redakteur von Stefan Großmanns und Leopold Schwarzschilds Zeitschrift »Das Tage-Buch«. Doch die Zusammenarbeit mit den beiden renommierten Journalisten währte aufgrund von Meinungsverschiedenheiten nicht lange.

Herausgeber der »Weltbühne« – Auf Anregung Kurt Tucholskys bemühte sich Siegfried Jacobsohn, Herausgeber der Berliner Wochenzeitschrift »Die Weltbühne«, vom Sommer 1924 an um die Mitarbeit Ossietzkys. Es sollte aber bis zum April 1926 dauern, bis zum ersten Mal ein politischer Leitartikel von ihm in dem Blatt erscheinen sollte. Nach dem Tod Jacobsohns wurde er von 1927 an unter der Mitarbeit von Kurt Tucholsky der Herausgeber der »Weltbühne«.

In den Blickpunkt der internationalen Öffentlichkeit geriet Ossietzky schließlich durch seine Anklage im so genannten Weltbühne-Prozess. Der Artikel, der zu der Anklage geführt hatte, war bereits im März 1929 erschienen und hatte die verbotene Aufrüstung der Reichswehr aufgedeckt. Ende 1931 wurden Ossietzky und der Flugzeugexperte Walter Kreiser schließlich wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Anders als Kreiser lehnte es Ossietzky jedoch strikt ab, sich dem Gefängnisaufenthalt durch Flucht ins Ausland zu entziehen. Stattdessen erklärte er:

»Über eines möchte ich keinen Irrtum aufkommen lassen, und das betone ich für alle Freunde und Gegner [...]: – ich gehe nicht aus Gründen der Loyalität ins Gefängnis, sondern weil ich als Eingesperrter am unbequemsten bin. Ich beuge mich nicht der in roten Sammet gehüllten Majestät des Reichsgerichts, sondern bleibe als Insasse einer preußischen Strafanstalt eine lebendige Demonstration gegen ein höchstinstanzliches Urteil, das in der Sache politisch



Abb. 47: Umschlag der inkriminierten »Weltbühne« vom 12.3.1929

tendenziös erscheint und als juristische Arbeit reichlich windschief.« (»Reichenschaft«, in: *Die Weltbühne*, 10. Mai 1932, S. 690)

Wegen des berühmt gewordenen Tucholsky-Satzes »Soldaten sind Mörder« klagte man von Ossietzky ebenfalls an. Ein Gericht wertete im Juli 1932 diesen Satz jedoch nicht als Verunglimpfung der Reichswehr und sprach den bereits Inhaftierten von der neuen Anklage frei. Aufgrund einer Weihnachtsamnestie für politische Häftlinge wurde Ossietzky am 22. Dezember 1932 nach 227 Tagen Haft vorzeitig entlassen.

In KZ-Haft – Als engagierter Pazifist und Demokrat wurde er am 28. Februar 1933 durch die Nationalsozialisten erneut verhaftet und in Berlin-Spandau interniert. Anderen Mitarbeitern der »Die Weltbühne«, wie Hellmut von Gerlach, gelang dagegen die Flucht ins Ausland.

Von Spandau aus wurde Ossietzky am 6. April 1933 in das neu errichtete Konzentrationslager Sonnenburg bei Küstrin verlegt. Dort wurde er ebenso wie die anderen Häftlinge schwer misshandelt. Die Missstände in dem anfänglich von der SA geführten Lager führten schließlich dazu, dass die SS unter Heinrich Himmler im Frühjahr 1934 das Lagersystem neu organisierte. Ossietzky wurde mit weiteren »prominenten« Häftlingen von Sonnenburg in das KZ Esterwegen im Emsland verlegt. Dort mussten die Gefangenen unter unerträglichen Bedingungen die dortigen Moore umgraben. Ende 1934 wurde der völlig abgemagerte Ossietzky in das Krankenrevier verlegt. Im Herbst 1935 besuchte der Schweizer Diplomat Carl Jakob Burckhardt das KZ Esterwegen. Dabei gelang es ihm, auch Ossietzky zu treffen, den er anschließend als ein »zitterndes, totenblasses Etwas, ein Wesen, das gefühllos zu sein schien, ein Auge geschwollen, die Zähne anscheinend eingeschlagen« beschrieb.

Aufgrund der im folgenden Absatz geschilderten Nobelpreiskampagne wurde Ossietzky schließlich im Mai 1936 in das Berliner Staatskrankenhaus der Polizei überführt, wo eine schwere offene Lungentuberkulose im fortgeschrittenen Zustand diagnostiziert wurde.

Die Nobelpreiskampagne – Bereits 1934 stellten Ossietzkys Freunde Berthold Jacob in Straßburg und Kurt Grossmann in Prag im Namen der *Deutschen Liga für Menschenrechte* den ersten offiziellen Antrag zur Ehrung Ossietzkys mit dem Friedensnobelpreis. Doch dieser Versuch war zum Scheitern verurteilt, weil die Antragsfrist für das Jahr 1934 bereits abgelaufen war und die Menschenrechts-Liga überhaupt nicht vorschlagsberechtigt war. Da Jacob aber die Presse über den Vorschlag informiert

hatte, war von diesem Zeitpunkt an die Aufmerksamkeit auf den KZ-Häftling Ossietzky gerichtet.

Anderer Freunde Ossietzkys, wie Hellmut von Gerlach und die früheren Mitarbeiterinnen Hilde Walter, Milly Zirker und Hedwig Hünecke, versuchten, den Inhaftierten auf eher verborgene Art und Weise zu unterstützen. Sie förderten 1935 die erneuerte Kampagne, indem sie bei zahlreichen ausländischen Prominenten um die Unterstützung des Vorschlags warben. Sie fürchteten, dass eine zu offensiv vorgetragene Kampagne der deutschen Exilanten dem Inhaftierten eher schaden könnte. Daher hielt sich auch Kurt Tucholsky mit öffentlichen Äußerungen in dieser Frage zurück, wiewohl er seinen Einfluss durch persönliche Briefe geltend zu machen versuchte. Trotz der Mobilisierung der internationalen Öffentlichkeit scheute sich das Nobelpreiskomitee im Jahre 1935, den Preis an Ossietzky zu verleihen. Denn die nationalsozialistische Regierung hatte starken außenpolitischen Druck auf die norwegische Regierung ausgeübt. Konsequenterweise wurde der Preis für 1935 an keinen anderen Kandidaten vergeben.

Die Kampagne ging daher im Jahre 1936 unvermindert weiter, was schließlich dazu führte, dass Ossietzky kurz vor den Olympischen Spielen 1936 schwerkrank aus dem KZ entlassen und in das Staatskrankenhaus in Berlin verlegt wurde. Am 7. November 1936 wurde er offiziell aus der Haft entlassen und bezog zunächst ein Zimmer im Krankenhaus Westend, unter ständiger Bewachung der Gestapo. Trotz dieser Zugeständnisse hatte die internationale Kampagne, die in Norwegen von dem deutschen Emigranten »Willy Brandt organisiert wurde, ihr Ziel inzwischen erreicht. Am 23. November 1936 wurde Carl von Ossietzky rückwirkend der Friedensnobelpreis des Jahres 1935 zugesprochen.

Der damalige preußische Ministerpräsident Hermann Göring drängte Ossietzky persönlich dazu, den Preis nicht anzunehmen. Doch vergeblich. Ossietzkys Antwort lautete:

»Nach längerer Überlegung bin ich zu dem Entschluß gekommen, den mir zugefallenen Friedensnobelpreis anzunehmen. Die mir von dem Vertreter der Geheimen Staatspolizei vorgetragene Anschauung, daß ich mich damit aus der deutschen Volksgemeinschaft ausschließe, vermag ich nicht zu teilen. Der Nobelpreis für den Frieden ist kein Zeichen des innern politischen Kampfes, sondern der Verständigung zwischen den Völkern.«

Die Gestapo lehnte es ab, Ossietzky zur Entgegennahme des Preises nach Oslo reisen zu lassen. Adolf Hitler verfügte anschließend, dass in Zukunft kein Deutscher mehr einen Nobelpreis annehmen dürfe.

Wenige Tage nach der Verleihung des Nobelpreises wurde Ossietzky in das Berliner Krankenhaus Nordend verlegt, da dort eine spezielle TBC-Abteilung existierte. Eine tragische Rolle spielte Maud von Ossietzky bei dem Versuch, das mit der Verleihung des Friedensnobelpreises verbundene Preisgeld sinnvoll anzulegen. Sie fiel dabei auf den Rechtsanwalt Kurt Wannow herein, der ihr versicherte, die Preissumme in Höhe von knapp 100.000 Reichsmark zu verwalten. Doch Wannow veruntreute das Geld, so dass es schließlich zum Prozess kam.

Im Mai 1938 starb Ossietzky schließlich an den Folgen der Tuberkulose. Er hinterließ seine Frau Maud und seine Tochter Rosalinde, die über England nach Schweden hatte emigrieren können.

Preise und Ehrungen

- Seit 1963 verleiht die Internationale Liga für Menschenrechte die Carl-von-Ossietzky-Medaille
- 1983 wurde die Hamburger Staatsbibliothek in Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky umbenannt.
- Die Stadt Oldenburg verleiht seit 1984 alle zwei Jahre den Carl-von-Ossietzky-Preis für Zeitgeschichte und Politik.
- 1991 gab sich die Universität Oldenburg den Namen »Carl von Ossietzky Universität Oldenburg«. Ossietzkys Tochter Rosalinde von Ossietzky-Palm war bis zu ihrem Tod im Jahr 2000 Ehrenbürgerin der Universität. Die Universität verwaltet auch den Nachlass von Carl und Maud von Ossietzky.

Literatur

Werkausgaben

- Carl von Ossietzky: *Sämtliche Schriften*. Hrsg. von Werner Boldt. Unter Mitwirkung von Rosalinda von Ossietzky-Palm. 8 Bände. Rowohlt Verlag Reinbek, 1994
- Carl von Ossietzky: *Schriften*, 2 Bände. Aufbau Verlag Berlin, 1966
- Carl von Ossietzky: *Rechenschaft: Publizistik aus den Jahren 1913–1933*. Hrsg. von Bruno Frei. Aufbau Verlag Berlin, 1970
- Carl von Ossietzky: *Lesebuch: der Zeit den Spiegel vorhalten*. Hrsg. von der Carl-von-Ossietzky-Forschungsstelle an der Universität Oldenburg. Rowohlt Verlag Reinbek, 1989

Briefe

- Dietger Pforte (Hrsg.): *Farbige weithin sichtbare Signalzeichen. Der Briefwechsel zwischen Carl von Ossietzky und Kurt Tucholsky aus dem Jahr 1932*. Akademie der Künste Berlin, 1985

Biographien

- Bruno Frei: *Carl von Ossietzky: eine politische Biographie*, Berlin, 1978
- Wilhelm von Sternburg: »*Es ist eine unheimliche Stimmung in Deutschland*«: *Carl von Ossietzky und seine Zeit*, Berlin, 1996
- Elke Suhr: *Carl von Ossietzky. Eine Biographie*, Köln, 1988
- Hermann Vinke: *Carl von Ossietzky*, Hamburg, 1978

Sonstiges

- Ursula Madrasch-Groschopp: *Die Weltbühne. Porträt einer Zeitschrift*. Buchverlag Der Morgen Berlin, 1983. Nachdruck: Bechtermünz Verlag im Weltbild Verlag Augsburg, 1999
- Christoph Schottes: *Die Friedensnobelpreiskampagne für Carl von Ossietzky in Schweden*. Oldenburg, 1997
- Elke Suhr: *Zwei Wege, ein Ziel: Tucholsky, Ossietzky und Die Weltbühne*. Weisman München, 1986

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Carl_von_Ossietzky (gekürzt). Hauptautoren: Schreibkraft, Achim Raschka, Erwin E aus U, OE, Libelle63, Oisin, Magnus, Stefan Volk, Sebastian, VBurg, Richardfabi, Stefan Kühn, Mistmano, ArtMechanic, Wst, MAK, Kabelsalat, anonyme Bearbeiter.

1936

Carlos Saavedra Lamas

Carlos Saavedra Lamas (* 1. November 1878 in Buenos Aires, Argentinien; † 5. Mai 1959 in Buenos Aires) war ein argentinischer Rechtswissenschaftler und Politiker. Er vermittelte im Chacokrieg zwischen Bolivien und Paraguay und handelte Nichtangriffspakte zwischen verschiedenen südamerikanischen Staaten aus. Für diese Leistung erhielt Lamas 1936 den Friedensnobelpreis.

Leben und Werk

Ausbildung und wissenschaftliche Karriere – Carlos Saavedra Lamas wurde 1878 als Sohn einer wohlhabenden Familie geboren. Er studierte nach seiner Schulausbildung Rechtswissenschaften. Bereits auf einer Reise im Studium nach Paris lernte er die rechtlichen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Nationen kennen, vor allem in der Agrarwirtschaft. Er promovierte an der Universidad de Buenos Aires und wurde anschließend Professor für Internationales Recht und unterrichtete Rechtswissenschaft und Soziologie an der Universität von La Plata. Sein akademisches Fachgebiet war Arbeitsrecht, worüber er mehrere Werke veröffentlichte.

Er war an der Gründung der *International Labour Organization* (ILO) im Jahr 1919 beteiligt, die sich international für die Gerechtigkeit in der Arbeitswelt einsetzt. 1928 war er Leiter der argentinischen Delegation der Organisation in Genf und wurde Präsident der ILO-Konferenz. Ein großer Teil seines Werks wurde von der argentinischen Gesetzgebung umgesetzt. Von 1941 bis 1943 war er Präsident der Universität von Buenos Aires, bis 1946 Professor.

Politische Karriere und Friedensnobelpreis – Seine politische Karriere begann 1906. Ab 1908 war Lamas für zwei Legislaturperioden Abgeordneter im argentinischen Parlament. Im Jahr 1915 war er Justiz- und Bildungsminister seines Landes und in dieser Funktion für eine Reformierung des Schulsystems verantwortlich. Einen Schwerpunkt setzte er dabei auf die Förderung der Berufsschulen, um eine hochwertige Ausbildung

von Facharbeitern zu gewährleisten. Zugleich setzte er sich für die inhaltliche Abstimmung der Agrar- und Arbeitspolitik im Land ein.

Von 1932 bis 1938 war er Außenminister der Regierung von General Agustín Pedro Justo, der massive Wahlfälschung nachgesagt wurde. Er konnte 1933 bei der 7. Internationalen Konferenz der Amerikanischen Staaten in Montevideo einen Entwurf zur Ächtung des Krieges durchsetzen, der als Saavedra-Lamas-Vertrag im gleichen Jahr in Rio de Janeiro von sechs amerikanischen Staaten unterzeichnet wurde. Darin festigte er die Nichtangriffspakte zwischen verschiedenen südamerikanischen Staaten. 1935 war Lamas daran beteiligt, einen Friedensvertrag zwischen Bolivien und Paraguay im Chacokrieg auszuhandeln, in dem es um die Zugangsrechte zu Erdölfunden im umkämpften Gebiet ging. Im Oktober des Jahres wurde der Kriegszustand mit einer Einigung in einem inneramerikanischen Sonderausschuss beendet. Für diese Leistungen wurde Lamas 1936 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. 1938 zog er sich aus dem politischen Wirken zurück.

Carlos Saavedra Lamas starb 1959 in Buenos Aires.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Carlos_Saavedra_Lamas. Hauptautoren: Phlo, Achim Raschka, Peter200, Elya, anonyme Bearbeiter.

1937

Robert Cecil, 1. Viscount Cecil of Chelwood

Edgar Algernon Robert Gascoyne-Cecil, kurz **Lord Robert Cecil** und ab 1923 **Robert Cecil, 1. Viscount Cecil of Chelwood** (* 14. September 1864 in Salisbury, † 24. November 1958 in Turnbridge Wells (Kent)) war ein britischer Politiker und Diplomat. Als Gründer und Präsident der *Internationalen Friedenskampagne* erhielt er 1937 den Friedensnobelpreis.



Abb. 48: Lord Robert Cecil

Biographie

Frühe Jahre – Robert Cecil wurde 1864 als Sohn von Robert Arthur Talbot Gascoyne-Cecil, 3. Marquess of Salisbury geboren, er gehörte entsprechend von Geburt an zur Elite Großbritanniens und besuchte zur Ausbildung vornehmlich Privatschulen. In Eton und Oxford studierte er Rechtswissenschaften. Nach dem Studium arbeitete er einige Zeit für seinen Vater und schlug dann eine Anwaltslaufbahn ein.

Politische Laufbahn – 1906 wurde Robert Cecil Parlamentsmitglied für die *Conservative Party* und behielt diese Position mit kurzen Unterbrechungen bis 1923. Während des Ersten Weltkrieges arbeitete er als Unter-Staatssekretär im Auswärtigen Amt und von 1916 bis 1918 als Blockade-Minister. 1916 sprach er sich (im gleichen Jahr wie der amerikanische Präsident →Woodrow Wilson) für einen Völkerbund aus und veröffentlichte ein »Memorandum über Vorschläge, wie die Gelegenheiten für künftige Kriege verringert werden könnten.« 1918 wurde Robert Cecil Leiter der britischen Völkerbundsabteilung und entwickelte den »Cecil-Plan«, auf dessen Basis er 1919 in Paris eine Satzung für den Völkerbund erarbeitete und die Sitzungen der britischen Völkerbundsabteilung bei der Friedenskonferenz leitete.

Der Völkerbund wurde mit dem Versailler Vertrag am 10. Januar 1920 ins Leben gerufen, wobei die Siegermächte des Ersten Weltkrieges – mit Ausnahme der USA – nach der Ablehnung des Vertrages durch den ame-

rikanischen Senat die führende Rolle spielten. Robert Cecil wurde 1923 zum »1. Viscount Cecil of Chelwood« ernannt und Mitglied des britischen House of Lords. In den Jahren 1923 und 1924 war er Lordsiegelbewahrer, von 1924 bis 1927 Lancaster-Kanzler und in der Abrüstungskommission tätig.

Ebenfalls 1923 wurde Robert Cecil Präsident des Völkerbundes und blieb auf diesem Posten bis zu dessen Auflösung am 8. April 1946. In der Nachfolgeorganisation, den →Vereinten Nationen, wurde er zum Ehrenpräsidenten auf Lebenszeit ernannt. Robert Cecil gründete 1923 die *League of Nations Unions* und war auch deren Präsident von 1923 bis 1945. 1938 sprach sich Robert Cecil gegen das Münchener Abkommen und die Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich aus. Er starb 1958.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Robert_Cecil,_1._Viscount_Cecil_of_Chelwood.
Hauptautoren: Achim Raschka, Redfox, anonyme Bearbeiter.

1938

Office international Nansen pour les réfugiés

Das **Office international Nansen pour les réfugiés**, zu Deutsch auch als **Internationales Nansenamt für Flüchtlinge** bekannt, ist eine Organisation des *Völkerbundes*, die sich in den Jahren 1930 bis 1939 international um die Hilfe von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten kümmerte. Sie wurde 1938 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Geschichte

Das *Office International Nansen pour les Réfugiés* wurde 1930 kurz nach dem Tod seines Namensgebers →Fridtjof Nansen vom *Völkerbund* gegründet, um seine erfolgreiche Arbeit in der internationalen Flüchtlingshilfe fortzuführen. Dabei sollte die Organisation vor allem für materielle und politische Unterstützung der Flüchtlinge sorgen. Problematisch war die Hilfe von Flüchtlingen aus dem nationalsozialistischen Deutschland nach 1933, für die die Nansenhilfe nicht zuständig war, sowie solcher aus Spanien, bei denen sich viele Staaten weigerten, sie aufzunehmen. Trotzdem erhielt die Organisation 1938 den Friedensnobelpreis für ihre Arbeit, wurde kurz danach jedoch aufgelöst. Das Preisgeld floss einer neu gegründeten Flüchtlingsorganisation des Völkerbundes zu.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Office_international_Nansen_pour_les_réfuégiés.
Hauptautor: Achim Raschka.

1939

1940

1941

1942

1943

Friedensnobelpreis nicht verliehen

In diesen Jahren wurde der Friedensnobelpreis nicht verliehen.

1944

Zweitverleihung Rotes Kreuz

In diesem Jahr ging der Friedensnobelpreis wie bereits im Jahr 1917 an das
 ➔ Internationale Komitee des Roten Kreuzes. Ausführliche Informationen
 zu dieser Organisation finden sich dort.

1945

Cordell Hull

Der Jurist **Cordell Hull** (* 2. Oktober 1871 Pickett County, Tennessee; † 23. Juli 1955 in Bethesda, Maryland) war von 1933 bis 1944 Außenminister der USA. Für seine Mitwirkung an der Gründung der *Vereinten Nationen* erhielt er 1945 den Friedensnobelpreis.

Leben und Werk

Cordell Hull wurde 1871 als Sohn eines Farmers geboren und studierte am Montvale Institute (Celina, Tennessee) an der National Normal University (Lebanon, Ohio) und der Cumberland University Law School bis 1891 Rechtswissenschaften. 1890 war er Delegierter der Demokraten auf der Tennessee Democratic Convention und nach seinem Studium arbeitete er als Rechtsanwalt und Richter. 1893 wurde er bereits mit 22 Jahren erstmalig in das Parlament von Tennessee gewählt. 1898 diente Hull im Spanisch-Amerikanischen Krieg auf Kuba.

Politische Entwicklung – Von 1907 bis 1921 war Hull gewählter Vertreter von Tennessee im Repräsentantenhaus in Washington (D.C.) und befürwortete hier als Kongressabgeordneter die Bildung des Völkerbundes nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. 1930 erfolgte die Wahl in den US-Senat, in dem er den Präsidenten ➔ Woodrow Wilson vor allem im Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik unterstützte sowie die friedliche Beziehung zu den Staaten Lateinamerikas aufbaute.

Im Jahr 1933 wurde Cordell Hull Gouverneur des Bundesstaates Tennessee und im gleichen Jahr im Kabinett von Franklin D. Roosevelt als Außenminister eingesetzt. Im Dezember des Jahres stellte er die Politik der Nichteinmischung in die inneren und äußeren Angelegenheiten auf dem *Kongress der Amerikanischen Staaten* in Montevideo vor. Dieser politische Kurs wurde 1934 durch den Widerruf des Platt Amendment von 1901, welches eine Interventionsmöglichkeit der USA auf dem gesamten amerikanischen Kontinent vorsah, durchgesetzt. 1934 verließen die US-Truppen Haiti, und 1939 wurden auch die Interventionen gegenüber Panama beendet.

Mit der Einnahme der Mandschurei durch Japan und dem daraus folgenden Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieg 1937 konzentrierte sich die Außenpolitik auf den ostasiatischen Raum, und 1941 führte Cordell Hull erfolglos Verhandlungen mit der japanischen Regierung über die Rechte der Chinesen. Mit dem Angriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 und der deutschen Kriegserklärung an die USA am 11. Dezember wurden auch die USA in den Zweiten Weltkrieg gezo- gen.

Ringens um die Friedensordnung für Deutschland nach 1945 – Im Laufe des Zweiten Weltkrieges war Cordell Hull vor allem mit der Ausarbeitung der Verträge für die Bildung der Vereinten Nationen beschäftigt, die eine Grundlage für eine Weltordnung nach dem Krieg bilden sollten. Am 1. Januar 1942 wurde bereits die Deklaration für die Vereinten Nationen von den »Großen Vier« USA, China, UdSSR und Großbritannien unterzeichnet, der sich 22 weitere Nationen anschlossen. Die Grundzüge der UN-Charta wurden 1944 auf der Dumbarton-Oaks-Konferenz 1944 in Anwesenheit von Vertretern von 35 Nationen verabschiedet. Nachbeserungen der Charta wurden dann zwischen Franklin D. Roosevelt, Josef Stalin und Winston Churchill 1945 bei der Erklärung von Jalta beschlos- sen, Cordell Hull war an den Vorbereitungen beider Treffen maßgeblich beteiligt.

Auf der Moskauer Konferenz im Oktober 1943 sprach sich Cordell Hull zunächst für Standgerichte gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher des Zweiten Weltkrieges aus, diese Option wurde zugunsten der Nürnber- ger Prozesse aufgegeben. Einen Tag nachdem US-Finanzminister Henry Morgenthau 1944 dem amerikanischen Präsidenten Franklin Roosevelt den so genannten Morgenthau-Plan vorgelegt hatte, protestierte Hull ebenso wie der britische Außenminister Anthony Eden gegen diese Idee und nannte sie »ein Verbrechen gegen die Zivilisation«.

1944 trat Cordell Hull als Außenminister zurück, wurde jedoch von Roosevelts Nachfolger Harry S. Truman als Delegierter der USA zur Gründungskonferenz der Vereinten Nationen gesendet. Er starb in einem Naval Hospital in Bethesda, Maryland am 23. Juli 1955.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Cordell_Hull. Hauptautoren: Achim Raschka, DF, ElRaki, Mps, Mirer, Herrick, RedBot, anonyme Bearbeiter.

1946

Emily Greene Balch

Emily Greene Balch (* 8. Januar 1867 in Jamaica Plain, Boston, Massachu- setts; † 9. Januar 1961 in Cambridge) war eine US-amerikanische Natio- nalökonomin, Pazifistin und Friedensnobelpreisträgerin.

Leben und Werk

Frühe Jahre und Ausbildung – Emily war das zweite von acht Kindern eines angesehenen Rechtsanwaltes und einer Lehrerin. Sie studierte von 1886 am Bryn Mawr College Griechische und Römische Literatur und er- hielt für ihren ausgezeichneten Abschluss ein Stipendium, um in Europa weiter studieren zu können. Von 1890 bis 1891 studierte sie in Paris an der Sorbonne Volkswirtschaft, während dieser Zeit legte sie eine Studie zum Thema »Öffentliche Hilfe für die Armen in Frankreich« an. In der Folge kehrte sie in die USA zurück und studierte 1893 für ein Semester Ethik an der Harvard University und 1895 Soziologie und Volkswissenschaften an der Universität in Chicago, anschließend bis 1896 in Berlin, dort unter an- derem bei Georg Simmel. In Berlin nahm sie außerdem bei einem Treffen der *Sozialistischen Internationale* teil.

Wissenschaftliche Laufbahn und soziales Engagement – Nach ihrer Rückkehr in die Vereinigten Staaten im Jahr 1896 wurde sie Referentin für Wirtschaftswissenschaften am Wellesley College. Ab 1913 wurde sie Professorin für Politische Ökonomie, Politik- und Sozialwissenschaften. Als Forscherin in diesen Fächern spezialisierte sie sich auf die Probleme der starken Immigration in den Vereinigten Staaten.

Neben ihrer Tätigkeit engagierte sie sich sehr stark in der Settlement- Bewegung, die die Bildung von gemeinnützigen und sozialen Einrichtun- gen förderte. 1892 war sie eine der Gründerinnen des Denison-Hauses in Boston, welches sich um sozial Bedürftige kümmerte. Von 1897 bis 1898 war sie im Magistrat der Stadt Boston und engagierte sich hier vor allem für die Betreuung von Kindern und die sozialen Probleme der Frauen so- wie der Einwanderer. Im Rahmen ihrer Forschungsarbeit lebte sie bis 1910 einige Zeit in den Elendsquartieren der slawischen Einwanderer mehre-

rer amerikanischer Großstädte und reiste auch nach Osteuropa, um die dortige Lebensweise kennen zu lernen. Von 1913 bis 1914 war sie in einer Staatskommission für Einwanderung und von 1914 bis 1917 im Komitee für Stadtplanung von Boston.

Ab 1915 war Emily Balch vermehrt in der Friedensbewegung tätig. Sie sprach sich vehement gegen einen Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg aus und verlor aufgrund dieses Einsatzes ihren Lehrstuhl an der Universität. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde sie von 1918 bis 1922 Sekretärin und Schatzmeisterin der *Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit* in Genf. Sie war bereits bei deren Gründung 1915 in Den Haag anwesend und sprach vor Kriegsende bei den Regierungen Russlands und Skandinaviens vor, um den Krieg zu beenden. 1922 legte sie ihren Posten aus gesundheitlichen Gründen nieder und arbeitete nur noch ehrenamtlich für die Organisation.

Im Jahre 1926 untersuchte sie die sozialen Verhältnisse auf Haiti und legte im Folgejahr der amerikanischen Regierung nahe, ihre dortigen Truppen abzuziehen und das Land in die Eigenverantwortung der einheimischen Bevölkerung zu geben. 1931 wurde Emily Greene Balch Vorsitzende der amerikanischen Sektion der Frauenliga, 1934 kehrte sie wegen finanzieller Probleme auf ihren Posten in Genf zurück.

Während der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland und des Zweiten Weltkrieges ging sie zurück in die USA und engagierte sich im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Sie setzte sich außerdem vor allem für die europäischen Flüchtlinge und Asylsuchenden ein. Mit dem Angriff auf Pearl Harbor 1944 änderte sie ihre Meinung zum Krieg und zur Neutralität der USA und forderte den Eintritt des Staates in den Weltkrieg. Nach den Bombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki sprach sie sich gegen eine atomare Aufrüstung aus und wollte eine *Friedenspartei der Frauen* gründen. 1946 wurde ihr »für ihren Mut, ihre Klarsicht und ihren Einsatz für die Menschen, unabhängig von Rasse, Religion, Klasse, Geschlecht und Nationalität« der Friedensnobelpreis verliehen.

Literatur

- Hania Luczak: *Mein Vaterland ist die Erde*. In: Charlotte Kerner (Hrsg): *Madame Curie und ihre Schwestern – Frauen, die den Nobelpreis bekamen*, Beltz Verlag Weinheim und Basel, 1997

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Emily_Greene_Balch. Hauptautoren: Achim Raschka, Katharina, Peter200, BS Thurner Hof, Rybak, Yorg, Aka.

John Raleigh Mott

John Raleigh Mott (* 25. Mai 1865 in Livingstone Manor im Staat New York, † 31. Januar 1955 in Orlando) war Sekretär des *Christlichen Vereins Junger Menschen* (CVJM) und Friedensnobelpreisträger des Jahres 1946.

Leben und Werk

Frühe Jahre und Ausbildung – John Raleigh Mott wurde 1865 als Sohn eines Farmers geboren und streng im methodistischen Glauben erzogen. Er begann ein Studium der Rechtswissenschaften und Geschichte, entschied sich allerdings noch während des Studiums dazu, Theologe zu werden und sein Leben in den Dienst des Christentums zu stellen.

Der Christliche Verein Junger Menschen – Er wirkte erst als Laienprediger und erhielt 1888 seine Graduierung an der Cornell University in Ithaca. Er widmete sich der Koordination nationaler und internationaler Studentenverbindungen und wurde im gleichen Jahr Studentensekretär der *Young Men's Christian Association* (YMCA). Von 1895 bis 1929 war Mott Generalsekretär des von ihm selbst gegründeten Christlichen Studentenveltbundes. Gleichzeitig bekleidete er bis 1920 das Generalsekretariat des YMCA und war von 1915 bis 1928 Leiter der amerikanischen Sektion des Bundes. Von 1926 bis 1937 wurde er Präsident des Weltbundes, der in Deutschland auch unter dem Namen *Christlicher Verein Junger Menschen* bekannt ist.

Internationale Missionsarbeit und Ökumene – Zwischen 1900 und 1941 bereiste er eine Reihe von Nationen, um für die internationale Missionsarbeit zu werben. Er gehörte zu den Organisatoren der ersten Weltmissionskonferenz 1910 in Edinburgh, zu der über 1.000 Delegierte anreisten. Auf dieser Konferenz wurde der Grundstein zur internationalen Koordination der Missionsarbeit sowie zur modernen ökumenischen Bewegung gelegt, außerdem wurde die Gründung eines Internationalen Missionsrates beschlossen, der sich aus Vertretern nationaler Räte zusammensetzen sollte. Dieser Plan wurde 1921 realisiert und John Raleigh Mott wurde zum ersten Präsidenten dieser Vereinigung gewählt. Die Bestrebungen zur Förderung der Ökumene gipfelten 1948 in der Gründung des Ökumenischen Rates, bei der 147 Kirchen aus 47 Nationen vertreten waren. Mott wurde

Ehrenpräsident dieser Vereinigung, der bis in die Mitte der 1990er Jahre 300 Kirchen aus etwa 90 Nationen angehörten.

Im Jahr 1946 erhielt er den Friedensnobelpreis gemeinsam mit Emily Greene Balch für seinen Einsatz für die ökumenische Bewegung und sein Wirken im internationalen Missionsdienst. John Raleigh Mott starb 90-jährig auf seinem Alterssitz in Florida.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/John_Raleigh_Mott. Hauptautoren: Achim Raschka, Peng, Stefan Kühn, Rufinus, Irmgard, Wst, Adomnan.

1947

Quäker

Die **Quäker** (engl.: »Quakers«; aber eigentlich: *Religiöse Gesellschaft der Freunde*) sind eine christliche Religionsgemeinschaft, die vor allem in den englischsprachigen Teilen der Welt und in Afrika Verbreitung fand. Sie entstand im 17. Jahrhundert vor allem durch den Einfluss des englischen Handwerkers und Laienpredigers George Fox (1624 bis 1691) auf andere, bereits bestehende lose Gruppierungen, vor allem die Seekers. Der Name *Quäker* stammt vom Englischen *to quake* = beben, zittern. Die Anhänger dieser Religionsgemeinschaft, die sich anfangs selbst noch *Kinder des Lichtes* nannten, verfielen in ihren Andachten teilweise in eine Art Ekstase, wo sie zu beben und zittern begannen. Deswegen wurden sie als »quaker« verspottet. Ende des 18. Jahrhunderts ging die Bewegung der Shaker aus dem Quäkertum hervor.

Lehre

Die Lehre der Quäker ist im Christentum begründet, unterscheidet sich aber in mehreren Aspekten von dem großkirchlichen, besonders dem katholischen und lutherischen Verständnis. Quäker glauben daran, dass »etwas von Gott« in jedem Menschen lebendig ist. Dies wird mit verschiedenen Begriffen, wie z. B. dem *Inneren Licht* (nach Johannes 1,9) oder dem *Geist* (engl.: *spirit*) beschrieben. Quäker kennen keine besonderen Sakramente, sondern halten das gesamte Leben für ein Sakrament. Dementsprechend wird keine Unterscheidung zwischen heilig und profan gemacht.

Nach der Überzeugung der Quäker ist niemand auf irgendwelche Glaubenssätze verpflichtet. Dies bedeutet jedoch nicht, dass nicht einzelne Quäker sehr wohl bestimmte Glaubenssätze für unaufgebbar halten. Aber es besteht die Überzeugung, dass sich der innere Glaube nicht adäquat in Worten mitteilen lässt. Anstelle von Dogmen gibt es bei den Quäkern eine sehr starke Betonung des sozialen Handelns. Diese geht unter anderem auf die oben beschriebene Idee zurück, dass in jedem Menschen »etwas von Gott« ist: hierdurch besitzt für die Quäker jeder Mensch eine unverlierbare Würde.

Quäker gehen wie fast alle protestantischen Glaubensgemeinschaften vom Priestertum aller Gläubigen aus. Während es bei den frühen Quäkern Prediger und auch von Anfang an Predigerinnen gab, gibt es heute in evangelikalen Richtungen des Quäkertums Pastoren und Pastorinnen (vor allem in den USA und Afrika), während es in liberalen Richtungen des Quäkertums (vor allen in den USA und in Europa) meist auch keine Prediger und Predigerinnen mehr gibt. In ihren Andachten wollen sie sich der Gegenwart Gottes öffnen. Dabei kann – während einer meist einstündigen, schweigenden Meditation – jeder, der sich dazu getrieben fühlt, das Wort ergreifen. Andachten von evangelikal geprägten Gemeinschaften sind dagegen »programmiert«: Sie beinhalten neben Meditation auch Gebet, Gesang und Predigt.

Gebräuche

Die frühen Quäker hatten viele für Außenstehende befremdliche Gebräuche (Anrede mit »Du«, Einheitstracht, Weigerung, Eide zu leisten, Verbot von Theater, Tanz und Jagd etc.). Ursache hierfür war ursprünglich die Betonung der Gleichheit aller Menschen und die Ablehnung eines »zügellosen« Lebens. Heute sind die meisten dieser Gebräuche nicht mehr üblich, und insbesondere Kunst und Kultur wird von vielen Quäkern als Bereicherung für ihr spirituelles Leben geschätzt.

Organisationsstruktur

Die Quäkergemeinschaft zeichnet sich in ihrer Verwaltung dadurch aus, dass auf allen Ebenen durch die Suche nach einem Konsens Entscheidungen getroffen werden. Die dahinter stehende Idee ist, dass alle Entscheidungen die religiöse Gemeinschaft der Quäker betreffend allein durch das Suchen nach Gottes Wahrheit getroffen werden sollen. Dieser Wahrheitsanspruch wäre durch einen demokratisch gewählten Kompromiss nicht aufrechtzuerhalten. Kann ein Konsens nicht erzielt werden, wird bei einem Beschluss die abweichende Meinung ebenfalls erwähnt. Im deutschsprachigen Raum sind die einzelnen Quäkergemeinden in Regionalversammlungen organisiert, die sich wiederum in Jahresversammlungen organisieren. Die Gemeinden, Regional- und Jahresversammlungen bewahren eine weitestgehende Unabhängigkeit untereinander. Die Jahresversammlungen sind im *Friends World Committee* zusammengeschlossen.

Im deutschsprachigen Raum haben die Quäker ca. zweihundertfünfzig Mitglieder und noch einmal etwa dieselbe Anzahl von an ihren Andachten teilnehmenden Menschen. International gibt es rund 300.000 Quäker.

Das Zentrum der Quäker in Deutschland befindet sich in Bad Pyrmont, Niedersachsen.

Soziales Wirken

Die Quäker sind bekannt für ihren aktiven sozialen Einsatz:

- Sie setzten sich für die Religionsfreiheit ein, z. B. hatte der Quäkerstaat Pennsylvania schon im 17. Jahrhundert absolute Religionsfreiheit für jedes Bekenntnis. Dies galt auch gegenüber den Indianern.
- Ebenso waren die Quäker bereits im 18. Jahrhundert Vorkämpfer für die Abschaffung der Sklaverei. Die amerikanischen Quäker engagierten sich auch in der Sklavenbefreiung (ab 1820 »Underground Railroad«, *Heimliche Eisenbahn*, genannt).
- Bei der Begründung der amerikanischen Frauenrechtsbewegung 1848 in Seneca Falls waren Quäkerinnen die Hauptbeteiligten.
- Sie zeichnen sich durch consequenten Pazifismus aus, den sie auch offensiv vertreten, und streben einen internationalen Zivildienst für Kriegsdienstverweigerer aus Glaubens- und Gewissensgründen an.
- Zwischen den beiden Weltkriegen waren die Quäker die energischsten Befürworter des Völkerbundes und der Erhaltung des Weltfriedens.
- Nach den Weltkriegen retteten sie Tausende deutscher Kinder vor dem Verhungern (Quäkerspeisung). Insbesondere die so genannten CARE-Pakete (Cooperative for American Relief to Europe), von denen acht Millionen von August 1946 bis Juni 1960 nach Deutschland geschickt wurden, machten sie nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland wieder bekannt. CARE war ein Zusammenschluss von 22 Organisationen (Quäker, Mennoniten, Heilsarmee, Gewerkschaften).
- 1947 erhielten ihre beiden Hauptorganisationen in London und Washington (D.C.) den Friedensnobelpreis.

Beziehungen zu anderen christlichen Kirchen

Weil die Quäker als Gesamtheit nicht dem *Ökumenischen Konsens* des Ökumenischen Rates der Kirchen zustimmen können (Bekennen von Jesus Christus gemäß der Heiligen Schrift als Gott und Heiland), sind die deutschen Quäker nicht Mitglied des Ökumenischen Rates der Kirchen, obwohl sie sich für überkonfessionelle Verständigung einsetzen. In Deutschland haben sie in den Arbeitsgemeinschaften Christlicher Kirchen meist einen Gast- oder Beobachterstatus, während die zahlenmäßig stärkste Gruppe, die amerikanischen Quäker, durchaus Mitglied des Ökumenischen Rates der Kirchen sind.

Literatur

- R. C. Scott (Hrsg.): *Die Quäker*, Evangelisches Verlagswerk, 1974
- A. Ruth Fry: *Die Weise der Quäker*, Quäker Verlag Bad Pyrmont, 1935
- Green, Thomas F.: *Vorbereitung zur Andacht. Über das Gebet und Wege der Vertiefung des geistlichen Lebens*, Bad Pyrmont, 1987,
- Wood, J. Duncan: *Die Leute, die man Quäker nennt*, Bad Pyrmont, überarb. Neuaufgabe 1990
- Taber, William: *Vier Türen zur Andacht, unserem Gottesdienst*, Bad Pyrmont, 1992
- *Ratschläge und Fragen. Leitfaden für die Lebensführung*, Bad Pyrmont, 1995
- *Religion ohne Dogma. Darstellung des Glaubens der Quäker*, Bad Pyrmont, 1995
- Provinski, K./Wandrowsky, I.: *Die Religiöse Gesellschaft der Freunde (Quäker)*, Bad Pyrmont, 1997

Weblinks

- Webseite der Quäker in Deutschland (▷ <http://www.quaeker.org>)
- Webseite der Quäker in GB, englisch (▷ <http://www.quaker.org.uk>)
- internationale Überblickseite, englisch (▷ <http://www.quaker.org>)

Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Quäker> (gekürzt). Hauptautoren: Marco.Zimmer, Irmgard, Shelog, Herrick, Niwi, Terabyte, Poli, Erichnohe, Stefan Volk, Wst, Triebtäter, Magnus, Haerber, Wolfgang1018, Nerd, Jesusfreund, AndreasPraefcke, Echoray, anonyme Bearbeiter.

1948

Friedensnobelpreis nicht verliehen

In diesem Jahr wurde der Friedensnobelpreis nicht verliehen.

1949

John Boyd Orr

John Boyd Orr, 1. Baron of Brechin Mears (* 23. September 1880 in Kilmaurs, Schottland; † 25. Juni 1971 in Newton bei Brechin) war ein schottischer Arzt und Biologe. Er erhielt im Jahre 1949 den Friedensnobelpreis.

Leben und Werk

Ausbildung und wissenschaftliche Karriere – Der 1880 geborene John Boyd Orr war der Sohn eines Landwirts im schottischen Kilmaurs. Er studierte nach seiner Schulausbildung Philosophie an der Universität von Glasgow und wurde anschließend Religionslehrer. Im Anschluss daran studierte er Medizin und Naturwissenschaften und arbeitete als Arzt. Er beschäftigte sich vor allem mit Fragen des Stoffwechsels und der Ernährung. Ab 1914 wirkte er an dem von ihm gegründeten Rowett-Institut für Tierernährung an der Universität von Aberdeen. Er leitete das Institut bis 1945; und es wurde in den Jahren zur bedeutendsten Forschungseinrichtung zur Stoffwechselphysiologie in Großbritannien. Mit einer kurzen Unterbrechung durch den Ersten Weltkrieg, in dem er als Sanitätsoffizier wirkte, widmete sich John Boyd Orr vor allem der Forschung. Eine zentrale Fragestellung war der Zusammenhang zwischen der Qualität der Nahrung der Pflanzenfresser und damit deren Weideflächen und der Fleischqualität.

Die Erkenntnisse, die er in seiner Forschung gewann, setzte er konsequent in die Anwendung um, wobei er vor allem an der Steigerung der Lebensqualität der Menschen interessiert war. Vor allem bei der Verbesserung der Lebensqualität der Kinder während des Wachstums zeigte er starkes Engagement. So setzte er auf der Basis seiner Ergebnisse Reformen in der Schulspeisung durch. Er setzte sich auch für eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der Nahrung in den ärmeren Bevölkerungsschichten ein. Außerdem dienten seine Arbeiten der Erforschung des Mineralstoffwechsels. Er wollte zudem ständig fluktuierenden Preisen sowie unkontrollierten Überproduktionen entgegenwirken.

John Boyd Orr wurde in mehreren Kommissionen des britischen Landwirtschaftsministeriums als Sachverständiger herbeigezogen und leitete

kurzzeitig auch das königliche Büro für Tierernährung. 1935 wurde er für seine wissenschaftlichen Arbeiten in den britischen Adel erhoben.

John Boyd Orr war von 1942 bis 1945 Professor für Landwirtschaft an der Universität von Aberdeen. Ab 1946 wurde er Kanzler der Universität Glasgow

Internationale und politische Arbeit – Auch auf internationaler Ebene setzte sich John Boyd Orr für eine Umsetzung seiner Erkenntnisse zur Ernährung und Agrarwirtschaft ein. Er wurde Mitglied des Ernährungsausschusses des *Völkerbundes* und wollte die Gründung eines Welternährungsbundes vorantreiben. Er sah in der Beseitigung des Hungers in der Welt eine Möglichkeit zur Schaffung dauerhaften Friedens.

Im Jahr 1945 wurde John Boyd Orr zum ersten Generaldirektor der *Food and Agriculture Organization* (FAO), der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen. 1946 legte er diesen Posten bereits wieder nieder und begründete dies mit der Haltung der USA gegenüber seinen Forderungen. Diese hätten durch ihre Weigerungen die Pläne zu Fall gebracht. Auch nach seinem Ausscheiden warnte er jedoch immer wieder vor einer Weltkatastrophe durch Armut und Hunger. 1948 wurde er von der *Weltdemokratischen Union* in Luxemburg zum Präsidenten des *Internationalen Friedensrates* und des *Weltbundes der Friedensorganisationen* gewählt. Seine Forderungen zur nachhaltigen Beseitigung des Hungers sah er als Bestandteil der Friedensarbeit, dabei forderte er vor allem eine umfassende Bereitstellung von Krediten und technischer Unterstützung armer Nationen zum Aufbau einer modernen Landwirtschaft sowie die Belieferung mit Lebensmitteln.

Im Jahr 1949, im selben Jahr, in dem er den Friedensnobelpreis erhielt, wurde er in das britische Oberhaus berufen. 1952 übernahm er den Vorsitz der Weltwirtschaftskonferenz in Moskau. 1971 starb er in Newton in Schottland.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/John_Boyd_Orr. Hauptautoren: Achim Raschka, Redf0x, Habakuk, ChristophDemmer, AN, anonyme Bearbeiter.

1950

Ralph Bunche

Ralph Johnson Bunche (* 7. August 1904 in Detroit, Michigan, USA; † 9. Dezember 1971 in New York) war ein amerikanischer Bürgerrechtler. Er erhielt den *Spingarn Prize* durch die *National Association for the Advancement of Colored People* (NAACP) im Jahre 1949 und den Friedensnobelpreis im Jahre 1950.



Abb. 48: Ralph Johnson Bunche

Leben und Werk

Ausbildung und wissenschaftliche Entwicklung

Ralph Bunche wurde 1904 in Detroit geboren. Sein Vater, Fred Bunche, war Friseur, der ausschließlich weiße Klientel bediente, seine Mutter, Olive (Johnson) Bunche, war Amateur-Musikerin. Die Großmutter, «Nana» Johnson, die in der Familie lebte, wurde noch als Sklavin geboren. Als Bunche zehn Jahre alt war, zog die Familie nach Albuquerque, New Mexico, in der Hoffnung, die schlechte Gesundheit der Eltern werde durch das trockene Klima besser. Jedoch starben beide nach zwei Jahren an Tuberkulose. Seine Großmutter, die ihrem Äußerem nach als Weiße durchging, aber »ein vollständig schwarzes Inneres hatte«, brachte Ralph und seine zwei Schwestern nach Los Angeles. Hier trug Ralph zu den schwachen finanziellen Verhältnissen dadurch bei, dass er Zeitungen verkaufte, als Hausdiener eines Filmschauspielers und für ein Teppichverlege-Unternehmen arbeitete und praktisch jede Beschäftigung annahm, die er fand.

Seine intellektuellen Fähigkeiten kamen früh zum Vorschein. So gewann er einen Preis in Geschichte und einen weiteren in Englisch bei seinem Abschluss der Grundschule. Er war Sprecher der Graduations-Klasse an der Jefferson High School in Los Angeles, an der er auch als All-round-Sport-Athlet hervortrat, so etwa in American Football, Basketball, Baseball. Der Besuch der University of California in Los Angeles wurde ermöglicht durch ein Sport-Stipendium, das seine kompletten Auslagen trug. Er graduierte 1927 *summa cum laude* als Klassenbesten.

Mit einem Stipendium, welches ihm durch die Harvard University gestellt wurde, und eintausend Dollar, welche durch die schwarze Gemeinschaft Los Angeles gesammelt wurden, begann Bunche seine Graduations-Studien in Politikwissenschaften. Er bestand sein Masters Degree im Jahre 1928 und wechselte zwischen Unterricht an der Howard University und einem Doktorat in Harvard. Das *Rosenwald Fellowship*, das er in den Jahren 1932 bis 1933 innehielt, ermöglichte ihm, Forschungen in Afrika durchzuführen, in denen er die französische Herrschaft in Togoland und Dahomey verglich. Seine Dissertation beendete er im Jahre 1934 mit so großem Erfolg, dass er den *Toppan-Preis* für außergewöhnliche Forschungen in Sozialstudien erhielt. Er arbeitete an der Northwestern University, der London School of Economics and Political Science und in Kapstadt, Südafrika.

Während seiner ganzen Karriere hielt Bunche stets engen Kontakt mit der Unterrichtstätigkeit, so etwa am *Department of Political Science* der Howard University von 1928 bis 1950. Er unterrichtete außerdem an der Harvard University von 1950 bis 1952 und war Mitglied des *New York City Board of Education* (1958 bis 1964), Mitglied des *Board of Overseers* der Harvard University (1960 bis 1965) und Mitglied des *Board of the Institute of International Education*, zudem war er Trustee des Oberlin College, Lincoln University, und der New Lincoln School.

Aktivität in der Bürgerrechtsbewegung – Bunche war immer in der Bürgerrechtsbewegung aktiv. Während seiner Zeit an der Howard University wurde er noch als junger Radikaler betrachtet, der das amerikanische Sozialsystem und die etablierten Schwarzen-Organisationen kritisierte. Beeinflusst war er durch seine Erfahrungen als Kodirektor des Institutes für Rassenbeziehungen am Swarthmore College. 1936 schrieb er »A World View of Race« (1936), und 1944 erschien gemeinsam mit dem schwedischen Sozialwissenschaftler Gunnar Myrdal das Buch »An American Dilemma«.

Es folgten viele Aktivitäten, unter anderem war er Mitglied des »Schwarzen Kabinettes«, das sich mit Minderheiten beschäftigte und von Franklin D. Roosevelt einberufen wurde. Seine Aktivitäten führten ihn auch mit Martin Luther King, Jr. zusammen. Seine Überzeugung war stets unmissverständlich: »Rassistische Vorurteile sind ein unbegründetes Phänomen ohne wissenschaftliche Basis in Biologie oder Anthropologie, Rassentrennung und Demokratie sind inkompatibel.« Seiner Ansicht nach sollten Schwarze ihren Kampf für gleiche Rechte fortführen unter Akzep-

tanz ihrer Verantwortlichkeiten, die mit der Freiheit verbunden sind, und Weiße müssten dafür antreten, dass »Demokratie farbenblind ist«.

Diplomatische und politische Laufbahn – 1941 wurde Ralph Bunche dem Office of Strategic Service der USA zugeteilt und übernahm die Funktion des sozialwissenschaftlichen Analytikers, wobei er von 1943 bis 1944 die Sektion Afrika leitete. 1945 wurde er Kommissar für die Angelegenheiten der Karibischen Gebiete und von 1946 bis 1954 Leiter der Treuhand-Angelegenheiten der *►Vereinten Nationen*. In den Jahren 1948 bis 1949 spielte er eine entscheidende Rolle als Vermittler im Konflikt um Palästina, wo er die Verhandlungen zwischen dem israelischen Volk und den arabischen Staaten als UN-Vermittler und Nachfolger des ermordeten Folke Bernadotte übernahm. 1949 kam es zum Waffenstillstand, im gleichen Jahr bot der US-Präsident Harry S. Truman ihm einen Posten als Staatssekretär für Afrika und den Nahen Osten an, welchen er jedoch ablehnte. New York begrüßte Bunche mit einer Konfettiparade, Los Angeles deklarierte einen »Ralph Bunche Day«. Er wurde belagert mit Anfragen nach Vorlesungen, erhielt den *Spingarn Prize* durch die *National Association for the Advancement of Colored People* im Jahre 1949 und als erster Schwarzer den Friedensnobelpreis im Jahre 1950.

Im Jahr 1954 wurde Ralph Bunche Untersekretär der Vereinten Nationen für politische Angelegenheiten, kurz danach zog er sich jedoch aus dem politischen Leben zurück und befasste sich mit der internationalen Friedenspolitik, der Entwicklungshilfe sowie der Aufnahme der afrikanischen Staaten in internationale Gremien. Bereits 1956 trat er während der Sueskrise erneut als Vermittler auf und in den Jahren 1960 und 1963 war er Organisator der *UN-Friedenstruppen* im Kongo. Weitere Aufgaben waren die erfolgreiche Vermittlung im Jemenkrieg 1963, die Überwachung der Friedenstruppen in Zypern 1964 sowie die Organisation einer Beobachtertruppe im Krieg zwischen Indien und Pakistan 1965. Ab 1967 war er stellvertretender Generalsekretär der *Vereinten Nationen* bis zu seinem Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen 1971, kurz darauf verstarb er an Diabetes.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Ralph_Bunche. Hauptautoren: Achim Raschka, Redf0x, Ninjamask, Katharina, AHZ, Wahldresdner, Muns, anonyme Bearbeiter.

1951

Léon Jouhaux

Léon Jouhaux (* 1. Juli 1879 in Paris; † 29. April 1954 in Paris) war ein französischer Gewerkschafter. Er wurde im Jahre 1943 von den Nationalsozialisten festgenommen und später in das KZ Buchenwald deportiert. 1951 erhielt er den Friedensnobelpreis für seine herausragende Rolle innerhalb der gewerkschaftlichen Friedensbewegung und seinen jahrelangen Kampf für die Rechte der Arbeiterschaft.

Leben und Werk

Léon Jouhaux wurde 1879 als Sohn eines Fabrikarbeiters geboren. Er konnte seine Schulausbildung nicht beenden, da er der Familie bei der Arbeit helfen und durch Nebenjobs die finanzielle Lage verbessern musste. Auch ein späterer Besuch einer höheren Schule wurde ihm verwehrt, nachdem er es für einige Monate versucht hatte. Stattdessen arbeitete er in einer Pariser Zündholzfabrik und trat bereits mit 16 Jahren in die Gewerkschaft ein. Er organisierte im gleichen Jahr einen Streik für bessere Arbeitsbedingungen und verlor deshalb seinen Arbeitsplatz.

Karriere in der französischen Gewerkschaft – In den Folgejahren arbeitete er sich in der Gewerkschaft nach oben und wurde 1909 Generalsekretär des zentralen Gewerkschaftsbundes *Générale du Travail* (CGT). In dieser Position versuchte er die politische und soziale Richtung der unterschiedlichen Gewerkschaftsorganisationen zu bündeln und organisierte Streikkampagnen gegen die Wehrpflicht, gleichzeitig versuchte er die politische Einflussnahme in den Gewerkschaften zu verhindern. Im Ersten Weltkrieg versuchte er die Tarifstreitigkeiten durch eine sehr gute Zusammenarbeit mit den Vertretern der Politik einzudämmen und kooperierte mit den zuständigen Ministerien.

Internationale Gewerkschaftsarbeit – Im Jahr 1919 wirkte Léon Jouhaux als technischer Experte und Redner für die internationale Arbeitergesetzgebung auf der Friedenskonferenz in Paris. Auf dieser Konferenz wurde er zu einem der Gründer der *►International Labour Organization* (ILO) und

wurde als Vizepräsident des *Internationalen Gewerkschaftsbundes* eingesetzt. Für die ILO wurde er außerdem Aufsichtsratsmitglied und blieb dies bis zu seinem Tod.

Bei seiner Arbeit für die ILO sowie bei den Konferenzen des Völkerbundes, an denen er als Delegierter der französischen Regierung 1924 und 1938 teilnahm, sprach er sich vehement für die Abrüstung aus. Er forderte, dass es nationale und internationale staatliche Kontrollmechanismen für die Rüstungsproduktion geben muss, wobei er die internationale Rolle dem *Völkerbund* zusprach.

In den späten 1930er Jahren war Léon Jouhaux gemeinsam mit der CGT ein starker Gegner der politischen Entwicklung Frankreichs. 1938 bereiste er die USA und versuchte dem US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt von den nationalistischen Entwicklungen Europas zu berichten und ihn zum Eingreifen zu bewegen, dieser Plan schlug jedoch fehl. Im Sommer 1940 wurde Frankreich von den deutschen Truppen überfallen und die CGT aufgelöst, Jouhaux wurde mehrfach inhaftiert und schließlich 1943 in das KZ Buchenwald deportiert. Am 5. Mai 1945 wurde er hier von amerikanischen Truppen befreit.

Nach dem Krieg wurde er Vertreter Frankreichs bei den *►Vereinten Nationen* und Präsident der Abteilung Arbeit bei der ILO. Ab 1947 war er außerdem Vorsitzender des französischen Wirtschaftsrats. 1948 gründete er eine neue französische Gewerkschaft mit dem Namen *Confédération du Travail - Force Ouvrier*. Er starb 1954 an einem Herzleiden, das ihm bereits zu Kriegszeiten sehr zugesetzt hatte.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Léon_Jouhaux. Hauptautoren: Achim Raschka, AN, Grimmi59 rade, Heinte, anonyme Bearbeiter.

1952

Albert Schweitzer

Albert Schweitzer (* 14. Januar 1875 in Kaysersberg im Oberelsass bei Colmar, Deutsches Reich; † 4. September 1965 in Lambaréné, Gabun) war ein elsässischer evangelischer Theologe und Pfarrer, Orgelkünstler, Musikforscher (Musiker), Philosoph und Arzt. In der evangelischen Kirche ist sein Gedenktag am 4. September.

Schweitzer stammte aus einer alemannisch-elsässischen Familie. Er gründete das Krankenhaus in Lambaréné im Gabun und war 1952 Friedensnobelpreisträger.

Leben und Werk

Frühe Jahre und Ausbildung – Albert Schweitzer studierte in Deutschland (Deutsches Reich) an der Universität in Straßburg die Fächer Theologie und Philosophie; daneben studierte er in Frankreich (Paris) bei Charles-Marie Widor Orgel und war Mitglied der Wilhelminata-Studentenverbindung.

1899 promovierte er im Fach Philosophie mit einer Dissertation über »die Religionsphilosophie Kants von der Kritik der reinen Vernunft bis zur Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft«. 1901 folgt die theologische Dissertation »Kritische Darstellung unterschiedlicher neuerer historischer Abendmahlsauffassungen« (Erstauflage 1906) – die in der zweiten Fassung den weitaus bekannteren Titel »Geschichte der Lebens-Jesu-Forschung« (Tübingen 1913) trägt.

Nach seinem Studienabschluss wurde er Dozent für Theologie an der Universität Straßburg und Vikar an der Kirche St. Nikolai. Seine Theologie fand unter anderem bei Fritz Buri Nachhall. Schweitzer schrieb 1905 die französische Ausgabe von »Johann Sébastien Bach«, die er drei Jahre später 1908 in seiner deutschen Muttersprache neu verfasste.

Leben als Mediziner in Afrika – Mit 30 Jahren beschloss Albert Schweitzer, Medizin zu studieren, um im Gabun als Missionsarzt dem Rufe Jesu Christi nachzufolgen und Menschen helfen zu können. Seine medizinische Doktorarbeit »Die psychiatrische Beurteilung Jesu: Darstellung und

Kritik« widerlegt analog seiner theologischen Dissertation Versuche aus dem Bereich der zeitgenössischen Forschung, das Leben Jesu aus psychiatrischer Sicht beleuchten zu können.

1913 gründete er in Französisch-Äquatorialafrika (heute Gabun) an Afrikas Westküste das Urwaldspital Lambaréné. Als Deutsche wurden er und seine Frau Helene Schweitzer-Bresslau ab 1914 zeitweise von den Franzosen interniert. Diese Zeit nutzte er zur Entwicklung und zum Ausbau seiner Ethik der Ehrfurcht vor dem Leben. Zentral für diese Ethik ist der Satz:

»Ich bin Leben, das leben will, inmitten von Leben, das leben will.«

1917 wurde das Ehepaar Schweitzer von Afrika nach Frankreich überführt und in Bordeaux, Garaison und St. Rémy de Provence interniert. 1918 kamen sie ins Elsass zurück, das inzwischen wieder französisch geworden war. Dort nahm Albert Schweitzer wieder die Stelle als Vikar in St. Nicolai an und trat als Assistenzarzt in ein Straßburger Spital ein.

Dank des schwedischen Bischofs Nathan Söderblom konnte Albert Schweitzer ab 1920 in Schweden Vorträge über seine Ethik der »Ehrfurcht vor dem Leben« halten, mittels Orgelkonzerten seine Schulden bezahlen und Geld für die Rückkehr 1924 nach Afrika verdienen, um dort das Urwaldhospital auszubauen.

Bekannt wurde Albert Schweitzer vor allem durch sein Buch »Zwischen Wasser und Urwald«, das er in kurzer Zeit 1921 geschrieben hatte. In seiner Rede zum 100. Todestag Johann Wolfgang von Goethes 1932 in Frankfurt am Main warnte Schweitzer vor dem aufkommenden Nationalsozialismus.

In seiner Rede zur Verleihung des Friedensnobelpreises 1952 warnte Schweitzer davor, alle Verbrechen der Weltgeschichte allein nur »den Deutschen« und dem Nationalsozialismus anzulasten und deren Verbrechen als »einzigartig« hinzustellen, vielmehr sei jede Art von Gewalt zu allen Zeiten und bei allen Völkern gleichermaßen zu verurteilen. Albert Schweitzer war ein Gegner von Atomversuchen und atomarer Rüstung und sprach sich daher 1957 und 1958 über Radio Oslo in mehreren Reden dagegen aus. Seine Reden wurden auch in dem Buch »Frieden oder Atomkrieg« veröffentlicht.

Albert Schweitzer war 44 Jahre alt, als seine elsässische Heimat von Frankreich annektiert wurde, damit bekam er als Deutscher die französische Staatsangehörigkeit. Da er kein Franzose war, wird er heute auch nicht als einer der Söhne Frankreichs angesehen. Deutsch war seine Muttersprache, Französisch seine erste Fremdsprache. Mit Frankreich verband

ihn aber Jean-Paul Sartre, der Sohn von Schweitzers Cousine Anne-Marie. Sein Großneffe Louis Schweitzer ist heute Vorstandsvorsitzender des französischen Automobilkonzerns Renault.

Auszeichnungen

- Goethe-Preis 1928
- Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1951
- Friedensnobelpreis 1952
- Orden der Friedensklasse des 'Pour le Mérite' 1954
- Ehrenbürger der Stadt Frankfurt am Main 1959.

Literatur

- Albert Schweitzer: *Gesammelte Werke in fünf Bänden*. Hrsg. von Rudolf Grabs. Beck München, 1974
- James Bentley: *Albert Schweitzer. Eine Biographie*. Patmos Düsseldorf, 1993
- Claus Günzler: *Albert Schweitzer. Einführung in sein Denken*. Beck München, 1996
- Harald Steffahn: *Albert Schweitzer. Mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*. 14. Aufl. Rowohlt Reinbek 2000

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Albert_Schweitzer (gekürzt). Hauptautoren: Miaow Miaow, Sly, AndreasPraefcke, Juergen, Herr Sparbier, C.wyss, Adomnan, Oisín, Wolfgang Nuss, Sleepytomcat, Achim Raschka, Ralf Gartner, MauriceKA, Magnus, AlexR, Leonardo, anonyme Bearbeiter.

1953

George Marshall



Abb. 50: George C. Marshall

George Catlett Marshall (* 31. Dezember 1880 in Uniontown, Pennsylvania; † 16. Oktober 1959 in Washington (D.C.)) war ein amerikanischer General und Staatsmann. Er wurde durch den Marshallplan bekannt, für den er 1953 den Friedensnobelpreis erhielt.

Leben

Nach seiner Jugend in einer Mittelklasse-Familie absolvierte er eine Ausbildung am Virginia Military Institute und trat dann 1902 der US-Armee bei. In der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg bekleidete er verschiedene Positionen in den USA und auf den Philippinen. Während des Ersten Weltkrieges plante er sowohl Ausbildung als auch militärische Operationen. 1917 kam er nach Frankreich und arbeitete ab 1918 im Hauptquartier der amerikanischen Expeditionstreitkräfte. Er war maßgeblich an Planung und Organisation der *Meuse-Argonne-Offensive* im Herbst 1918 in der Nähe von Verdun beteiligt, die Deutschland zu einem Friedensangebot zwang.

1919 wurde er Adjudant von General John Joseph Pershing. Zwischen 1920 und 1924 arbeitete er in verschiedenen Positionen in der Army und konzentrierte sich dabei auf Ausbildung und Lehre in moderner mechanisierter Kriegsführung. Von 1924 bis 1927 war er in Tientsin (China) sta-

tioniert und lehrte anschließend an der Infantry School in Fort Benning, Georgia. 1936 beförderte man ihn zum Brigadegeneral.

Präsident Franklin D. Roosevelt machte ihn 1939 zum Chef des Vereinigten Generalstabs, eine Position, die er bis 1945 innehatte. Marshall reorganisierte die Army und machte sie bereit für den Krieg. Er schrieb ein Dokument, das die zentrale Strategie für alle alliierten Operationen in Europa werden sollte. Er machte Dwight D.

Eisenhower zum Oberbefehlshaber in Europa und plante die Operation Roundup, die die Vorstufe zur späteren Operation Overlord, der Invasion in der Normandie war. Während des Zweiten Weltkrieges koordinierte Marshall alle alliierten Operationen in Europa und im Pazifik. Winston Churchill nannte ihn den »Organisator des alliierten Sieges«, im Time Magazine wurde er »Mann des Jahres« 1944. Im gleichen Jahr am 16. Dezember wurde ihm der Rang des General of the Army verliehen. Nach Kriegsende wurde er nach China entsandt, um einen Waffenstillstand zwischen den dortigen Bürgerkriegsparteien (Nationalisten und Kommunisten) auszuhandeln. Diese Mission blieb ohne Erfolg und Marshall wurde 1947 in die USA zurückgerufen.

Marshall war 1945 in den Ruhestand getreten, 1947 wurde er amerikanischer Außenminister unter Präsident Truman. Am 5. Juni 1947 umriss er in einer Rede die Pläne der amerikanischen Regierung, zur Wiederherstellung Europas beizutragen. Dieser Plan wurde später als Marshallplan bekannt. Das Time Magazine erkor ihn 1948 zum zweiten Mal zum »Mann des Jahres«, 1953 erhielt er den Friedensnobelpreis.

Aus dem Verteidigungsministerium zog er sich 1949 zurück und wurde nun Präsident des Amerikanischen *Roten Kreuzes*. 1950 wurde er zum Verteidigungsminister ernannt, zog sich jedoch 1951 für immer aus der Politik zurück, nachdem er von Senator McCarthy als Verräter und »Helfer der Kommunisten auf ihrem Weg zur Weltherrschaft« beschimpft worden war.

George C. Marshall starb am 16. Oktober 1959 im Walter Reed Hospital, Washington, DC.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/George_Marshall. Hauptautoren: ErnstA, Anathema, Peter200, Mps, Rosa Lux, W.wolny, Florian.Keßler, St.Krekel, AndreasWolf, Gavin.C, Crux, Achim Raschka, Mathias Schindler, anonyme Bearbeiter.

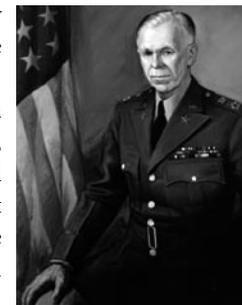


Abb. 51: George C. Marshall, Gemälde

1954

United Nations High Commissioner for Refugees

UNHCR (engl.: *United Nations High Commissioner for Refugees*) bezeichnet das Amt des *Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen*.

Das Flüchtlingskommissariat ist als Spezialorgan der *Vereinten Nationen* der Generalversammlung rechenschaftspflichtig. Es wurde am 1. Januar 1951 gegründet und 1954 und 1981 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Das Hauptquartier des UNHCR liegt in Genf. Die weltweit tätige Organisation beschäftigt über 5200 Mitarbeiter in 268 Büros in 114 Ländern. Die deutsche Abteilung mit Sitz in Berlin existiert seit den 1950er Jahren. Das Flüchtlingshilfswerk schützt und unterstützt Flüchtlinge auf Anfrage einer Regierung oder der UN-Generalversammlung und hilft ihnen bei der Rückkehr, der Integration oder ihrer Umsiedlung.

Die rechtliche Grundlage des UNHCR ist die Genfer Flüchtlingskonvention, die 1951 in Kraft trat. Neben den rechtlichen Schutz ist zunehmend auch die humanitäre Hilfe für Flüchtlinge getreten, welche der UNHCR vor allem in Ländern Asiens und Afrikas leistet.

Nach dem Flüchtlingsdrama auf der Cap Anamur im Juli 2004 vor der italienischen Küste hat der UNHCR die Europäische Union zur Weiterentwicklung ihres Flüchtlingsrechts aufgefordert. Es müsse ein gemeinsamer europäischer Asylantrag entwickelt werden.

Die Hohen Kommissare

Das Amt des Hohen Kommissars wurde ausgeübt durch:

- António Guterres (formelle Bestätigung durch UN-Vollversammlung muss noch erfolgen)
- Wendy Chamberlin, seit Februar 2005
- Ruud Lubbers, 1. Januar 2001 bis 20. Februar 2005 (Rücktritt wegen interner Untersuchung)
- Sadako Ogata, 1990 bis 2000
- Thorvald Stoltenberg, Januar bis November 1990
- Jean-Pierre Hocké, 1986 bis 1989
- Poul Hartling, 1978 bis 1985

- Sadruddin Aga Khan, 1965 bis 1977
- Félix Schnyder, 1960 bis 1965
- Auguste R. Lindt, 1956 bis 1960
- Gerrit Jan van Heuven Goedhart, 1951 bis 1956

Weblink

- deutsche Website der UNHCR (= <http://www.unhcr.de>)

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/United_Nations_High_Commissioner_for_Refugees.
Hauptautoren: Head, EUBürger, Ulrich Rosemeyer, Addicted, Botteler, Stw, Triebtäter, SeeBee, Zwobot, Achim Raschka, RobotE, RobotQuistnix, anonyme Bearbeiter.

1955

1956

Friedensnobelpreis nicht verliehen

In diesen Jahren wurde der Friedensnobelpreis nicht verliehen.

1957

Lester Pearson

Lester Bowles »Mike« Pearson (* 23. April 1897 in Newtonbrook/Kanada, † 27. Dezember 1972 in Hawa/Kanada) war ein kanadischer Politiker und Premierminister seines Landes. Als Politiker der →Vereinten Nationen trug er wesentlich zur Beendigung der Sueskrise bei und wurde 1957 dafür mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Pearson wird als Initiator der →*Friedenstruppen der Vereinten Nationen* und als Vater der modernen Konzepte zur Friedenssicherung angesehen.

Leben und Werk

Frühe Jahre und Ausbildung – Lester Bowles Pearson war der Sohn eines wohlhabenden Methodistenpriesters. Er studierte Geschichte an den Universitäten in Toronto und Oxford und nahm am Ersten Weltkrieg als freiwilliger Soldat teil. Hier diente er im Royal Flying Corps. Nach dem Krieg arbeitete er bei einer Firma in Chicago, bevor er von 1924 bis 1928 als Dozent an die Universität von Toronto ging.

Diplomatische Arbeit im Rahmen der Vereinten Nationen – Im Jahre 1928 trat Pearson in den diplomatischen Dienst ein und arbeitete für das damals gerade gegründete Außenministerium beim *Völkerbund* in Genf, wo er beratend bei internationalen Gesprächen tätig war. Von 1935 bis 1941 war er Erster Sekretär des kanadischen Botschafters in Großbritannien; 1941 wurde er stellvertretender Unterstaatssekretär im kanadischen Außenministerium. Im Jahr 1942 wechselte er als Botschaftsrat an die kanadische Botschaft in Washington (D.C.), deren Leitung er 1945 übertragen bekam. 1946 wurde Pearson Staatssekretär in Ottawa und ab 1948 wurde er vom kanadischen Premierminister Louis Saint-Laurent als Außenminister eingesetzt.

Die Aufgaben Pearsons fokussierten sehr stark auf die internationalen Beziehungen. Vor allem bei den *Vereinten Nationen* und der *North Atlantic Treaty Organization* (NATO) sowie auf den Konferenzen des Commonwealth of Nations war er präsent. 1951 bis 1952 war er Vorsitzender der NATO-Versammlung und wurde zum ersten Generalsekretär der

Vereinten Nationen vorgeschlagen, die UdSSR legte gegen diese Entscheidung allerdings ihr Veto ein. 1952 wurde er Präsident der UN-Generalversammlung während der 7. Sitzungsperiode. Er konzentrierte sich in diesem Jahr vor allem auf die Lösung zum Koreakrieg.

Als es 1956 zu einer militärischen Intervention der Staaten Großbritannien, Frankreich und Israel gegen die Verstaatlichung des Sueskanals durch Ägypten und damit zur Sueskrise kam, wurden auf Pearsons Vorschlag hin die *Friedenstruppen der Vereinten Nationen* eingesetzt und in das Krisengebiet geschickt. Dabei gehörten die kanadischen Truppen zu den Ersten, die im Rahmen dieses Einsatzes nach Ägypten kamen.

Politische Arbeit ab 1958 – Lester Bowles Pearson war von 1958 bis 1968 Vorsitzender der Liberalen Partei Kanadas und wurde 1963 als Nachfolger von John Diefenbaker kanadischer Premierminister. In dieser Funktion wehrte er sich ebenso wie sein Vorgänger gegen die Atombewaffnung Kanadas, die von den USA gefordert wurde. 1967 legte er einen Friedensplan für den Vietnamkrieg und im selben Jahr auch für die Lösung der Nahostkrise vor. 1968 wurde Pearson allerdings wieder aus dem Amt gewählt, vor allem aufgrund innenpolitischer und wirtschaftlicher Gründe. Seine Nachfolge übernahm Pierre Trudeau.

Ab 1969 leitete er die nach ihm benannte *Kommission für Internationale Entwicklung* der Weltbank. Der von Wirtschaftsexperten mitverfasste Bericht bilanzierte die Resultate von 20 Jahren Entwicklungspolitik und folgerte aus ihnen Empfehlungen für die zweite Entwicklungsdekade, die Pearson 1970 beim 2. *Weltkongress für Ernährung* in Den Haag vorlegte. 1969 wurde er außerdem Kanzler an der Carleton University in Ottawa. 1972 starb Pearson an Leberkrebs in der Nähe von Ottawa.

Nach Pearson wurde unter anderem der Lester B. Pearson Award benannt, ein Preis in der amerikanischen Eishockeyliga *National Hockey League* (NHL).

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Lester_Pearson. Hauptautoren: Achim Raschka, Addicted, Zaxxon, Rosa Lux, EUBürger, Call one, Voyager, RobotQuistnix, anonyme Bearbeiter.

1958

Georges Pire

Georges Charles Clement Ghislain Pire (* 10. Februar 1910 in Dinant, Belgien; † 30. Januar 1969 in Leuven) war ein belgischer Dominikaner-Mönch, Gründer verschiedener Hilfsorganisationen und Friedensnobelpreisträger.

Leben und Werk

Georges Pire besuchte ein humanistisches Gymnasium und studierte anschließend für zwei Semester Philosophie. 1928 trat er den Dominikanern des La Sarte-Klosters in der Nähe von Huy bei und nahm den Ordensnamen *Dominique* an. Parallel studierte er weiter und schloss von 1932 bis 1936 ein Studium der Theologie an der Universität Angelicum in Rom an. 1934 wurde er zum Priester geweiht. 1936 erfolgte die Promotion über »Die Infiltration der Lehre der Stoiker in christlichen Schriften des 2. Jahrhunderts«, anschließend studierte er ein weiteres Jahr Sozial- und Politikwissenschaften an der Universität in Löwen in Belgien. Zwischen 1937 bis 1947 lehrte er Moralphilosophie an der Ordensschule des La Sarte-Klosters.

Georges Pire begründete 1938 zwei Wohltätigkeits-Vereinigungen, welche sich mit verlassenen und an gefährdeten Plätzen lebenden Kindern, meist Waisenkindern, befassten. Dabei handelte es sich um den *Service d'Entre'Aide Familiale* (zu Deutsch etwa 'kostenlose Hilfe für Familien in Not') sowie die *Stations des Pleins Air de Huy* als Hilfsstationen an der frischen Luft. In Letzteren wurden vor allem im Zweiten Weltkrieg Kinder aus bombengefährdeten Gebieten Belgiens und Frankreichs aufgenommen. Während des Zweiten Weltkrieges nahm er selbst am Widerstand teil und schmuggelte unter anderem Piloten aus dem Land. Teilweise arbeitete er auch für den Geheimdienst.

1949 gründete er die *Aide aux Personnes Déplacées* ('Hilfe für heimatlose Menschen'), eine Hilfsorganisation, die als Ziel die moralische und finanzielle Hilfe für Vertriebene hatte. Er organisierte auf diese Weise vor allem materielle Hilfe für etwa 60.000 Menschen, die aus ihren Heimatländern verschleppt oder auf andere Weise heimatlos waren und in

Flüchtlingslagern in Österreich lebten. Er organisierte außerdem die *Sponsorship-Bewegung*, bei der etwa 15.000 heimatlose Kinder von westeuropäischen Familien adoptiert wurden.

Zwischen 1950 und 1954 gründete er vier Heime für alte Flüchtlinge. Die Entstehung der so genannten Europadörfer in Deutschland, Österreich und Belgien trieb er zwischen 1955 und 1962 voran. Dabei entstand das erste Dorf 1956 bei Aachen, ein weiteres im gleichen Jahr in Bregenz am Bodensee und ein drittes 1957 in Augsburg. Bis 1962 entstanden auf diese Weise sieben Europadörfer. 1958 wurde Pire der Friedensnobelpreis für seine Hilfe an den Flüchtlingen zugesprochen.

Seine bekannteste Hilfsorganisation ist *L'Europe du Coeur au Service du Monde* (*Europas Herz für Welthilfe*), die er 1959 gründete und die vor allem die Überwindung kultureller Unterschiede zum Ziel hat. Ein Jahr später gründete er außerdem das *Mahatma Gandhi International Peace Center*, welches als »Friedensuniversität« für die Verbesserung der globalen Verständigung dienen sollte und bis heute existiert. 1962 gründete er zudem die erste Friedensinsel im Osten Pakistans, 1967 folgte eine weitere in Indien.

Georges Pire starb im Alter von nur 58 Jahren nach Komplikationen einer Operation. Neben dem Friedensnobelpreis erhielt er zahlreiche weitere Auszeichnungen, darunter den *Sonning-Preis*. Außerdem wurde er bereits nach dem Zweiten Weltkrieg mit der französischen Widerstandsmedaille, dem französischen Kriegskreuz sowie dem Großen Bundesverdienstkreuz der deutschen Regierung ausgezeichnet und war Ritter der französischen Ehrenlegion.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Georges_Pire. Hauptautoren: Achim Raschka, Cassandra, AndreasPraefcke, Srbauer, Popie.

1959

Philip Noel-Baker

Philip John Noel-Baker, Baron of the City of Derby (* 1. November 1889 in London; † 9. Oktober 1982 London) war Leichtathlet und Mitglied des britischen Parlaments und erhielt 1959 den Friedensnobelpreis für seinen Einsatz für den internationalen Frieden.

Leben und Werk

Ausbildung – Philip Baker wurde 1889 als Sohn eines Parlamentsabgeordneten in London geboren. Seine Familie gehörte der Glaubensgemeinschaft der *Quäker* an und war entsprechend sehr pazifistisch eingestellt. Er ging auf die Bootham School in York und später in die USA auf das Haverford College in Pennsylvania. Sein Studium der Geschichte und Volkswirtschaft verbrachte er teilweise in Paris an der Sorbonne und in München, abgeschlossen hat er es schließlich in Cambridge am King's College mit dem Master of Arts. Er heiratete 1915 Irene Noel und änderte seinen Namen in Philip Noel-Baker.

Sportliche Karriere – Im Jahr 1912 wurde Philip Baker Präsident der *Cambridge Union Society*. Im gleichen Jahr nahm er an den Olympischen Spielen in Stockholm in den Leichtathletikdisziplinen teil. 1920 erfolgte die zweite Teilnahme an Olympischen Spielen, diesmal in Antwerpen, bei der er die Silbermedaille im 1500-Meter-Lauf errang. Auch an den Olympischen Sommerspielen 1924 in Paris nahm er teil; war britischer Teamleiter, konnte jedoch keine Medaille erringen. Er wurde später in das *Olympische Komitee* aufgenommen und war verantwortlich für die britischen Olympiamannschaften. Ab 1960 war er Präsident des Weltrates für Sport und Körpererziehung.

Politische Laufbahn – Im Jahr 1914 wurde Philip Baker stellvertretender Direktor des Ruskin College in Oxford. Im Ersten Weltkrieg ging er nach Belgien und Frankreich, wo er bei der Freiwilligen Britischen Krankenpflege arbeitete. Nach dem Krieg begleitete er *Robert Cecil* of Chelwood zu den Versailler Verhandlungen 1919. Danach war er von 1922 bis 1924

Sekretär der britischen Delegation beim *Völkerbund* und von 1924 bis 1929 Professor für internationale Beziehungen an der Universität in London.

Im Jahr 1929 wurde er als Abgeordneter der *Labour Party* in das britische Unterhaus (House of Commons) gewählt und blieb bis 1931. Er wurde Privatsekretär des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt und war auch Mitglied der britischen Delegation der 10. Völkerbundsversammlung von 1929 bis 1931 in Genf. Bei der Abrüstungskonferenz 1932 bis 1933 begleitete er → Arthur Henderson nach Genua als dessen Sekretär. 1936 wurde er erneut in das Unterhaus gewählt und blieb bis 1970 kontinuierlich gewählter Abgeordneter.

In der Regierung von Winston Churchill von 1942 bis 1945 wurde Philip Noel-Baker parlamentarischer Sekretär des Ministers für den Kriegstransport. Er versuchte während dieser Zeit außerdem, durch Radiosprachen in mehreren Sprachen die Völker der Welt zur Beendigung des Krieges zu motivieren. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er dann Staatsminister im Auswärtigen Amt und war dort für die Probleme der → *Vereinten Nationen* zuständig. Seine Hinweise und Vorschläge, die in die Gründung und frühe Entwicklung der *Vereinten Nationen* einfließen, wurden 1959 mit dem Friedensnobelpreis geehrt.

Im Juni 1946 wurde Philip Noel-Baker Vorsitzender der britischen *Labour Party*. Im Kabinett des Premierministers Clement Attlee 1946 bis 1947 wurde er Staatssekretär für die Luftfahrt, von 1947 bis 1950 Staatssekretär für Beziehungen des Commonwealth und anschließend von 1950 bis 1951 Minister für die Brennstoffversorgung. Im Rahmen des Commonwealth war er dabei einer der Hauptverhandlungspartner mit Indien, Neuseeland und Irland, die im Commonwealth verbleiben sollten. Er trat in der Folge vor allem als Gegner der Aufrüstung und der Stationierung US-amerikanischer Raketen in Europa auf. 1955 nahm er als Vertreter Großbritanniens an der Beratenden Versammlung zur Gründung des *Europarates* und der *Europäischen Union* teil.

Von 1964 bis 1970 war er Vorsitzender des Parlamentsausschusses für die Auswärtigen Beziehungen in der Labour-Fraktion. Er starb 1982 in London.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Philip_Noel-Baker. Hauptautoren: Achim Raschka, MichiK, ChristophDemmer, Siehe-auch-Löscher, anonyme Bearbeiter.

1960

Albert John Luthuli

Albert John Mvumbi Luthuli (* 1898 in Groutville, Prov. Natal (ehem. Rhodesien); † 21. Juli 1967 in Stanger/Südafrika) war ein südafrikanischer Politiker und Religionsführer. Er war Stammesführer der Zulus, Lehrer und Religionsführer und von 1952 bis 1960 Präsident des *Afrikanischen Nationalkongress* (ANC). 1960 war er der erste Afrikaner, der für den Friedensnobelpreis nominiert wurde und diesen auch bekam. Man schlug ihn vor, da er sich mit friedlichen Mitteln gegen die vorhandene Rassendiskriminierung eingesetzt hatte.

Biographie

Albert John Luthuli wurde 1898 als Sohn eines Stammeshäuptlings der Zulu geboren, der zugleich ein christlicher Missionar war. Er ging auf die Missionsschule in Groutville und wechselte später an das methodistische Institut in Edendale, wo er auch zum Lehrer ausgebildet wurde. Nach dieser Ausbildung begann er seine Lehrtätigkeit in Blauwbush im Natal, um danach für zwei Jahre zur weiteren Ausbildung an das Adams College zu gehen. An dieser Hochschule lehrte er 13 Jahre Geschichte und Literatur und war zugleich Laienprediger der *kongregationalistischen Kirche* und Leiter eines Kirchenchors. 1934 wurde er Häuptling seines Stammes und musste nach dem Tod seines Vaters auch die Leitung übernehmen und dafür seine Lehrtätigkeit aufgeben. Bis 1953 blieb er in dieser Position. 1938 nahm er an einer Tagung des Internationalen Missionsrates in Indien teil. 1946 wurde er Mitglied des *Native's Representatives Council* (NCR), der jedoch kurze Zeit später wieder aufgelöst wurde.

Als Streiter gegen die Apartheid

Ebenfalls 1946 wurde er Mitglied des *African National Congress* (ANC) und dessen Präsident für die Provinz Natal. 1948 bereiste er die USA, um dort am nordamerikanischen Missionenkongress teilzunehmen. 1952 wurde eine Protestaktion des ANC gemeinsam mit dem *South African Indian Congress* gestartet; im Dezember des Jahres wurde Luthuli der Präsident des ANC. Er wurde aus diesem Grund einer der prominentesten

schwarzen Politiker Afrikas und zugleich der direkte Gegenspieler der südafrikanischen Regierung im Kampf gegen die Apartheid. Die schwarze Bevölkerung ermahnte er immer wieder zur Ruhe und Geduld, er selbst wurde mehrere Male für seine Politik verhaftet und verbannt. Er durfte sich nur im Gebiet seiner Heimatstadt aufhalten. Im Jahr 1957 begann in Pretoria ein Prozess gegen die Beteiligten der Anti-Apartheidsbewegung, der erst 1961 mit einem Freispruch aller Beteiligten endete. Albert John Luthuli war in diesem Prozess der Hauptangeklagte mit dem Vorwurf der Verschwörung und der Aufhetzung zum Rassenkampf, er selbst wurde 1958 freigelassen, 1959 wieder inhaftiert und bekam danach ein Ausreiseverbot aus der Umgebung von Groutsville, welches bis zu seinem Lebensende nicht aufgehoben wurde.

1960 wurde Albert John Luthuli der Friedensnobelpreis zugesprochen, er konnte ihn jedoch nicht entgegen nehmen, da er nicht ausreisen durfte. Erst ein Jahr später erlaubte die südafrikanische Regierung eine Ausreise nach Oslo für 10 Tage zur Entgegennahme des Preises. 1962 bekam er die Rektorwürde der Universität in Glasgow zugesprochen, 1963 den amerikanischen Preis der *New Yorker Society for the Family of Men*.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Albert_John_Luthuli. Hauptautoren: Achim Raschka, Geschichtsfan, Redf0x, Ellywa, anonyme Bearbeiter.

1961

Dag Hammarskjöld

Dag Hjalmar Agne Carl Hammarskjöld (* 29. Juli 1905 in Jönköping/Schweden; † 18. September 1961 bei Ndola/Sambia) war ein parteiloser schwedischer Staatssekretär unter sozialdemokratisch geführten Regierungen, mystisch orientierter Schriftsteller und zweiter UN-Generalsekretär.



Abb. 52: Dag Hammarskjöld

Leben und Werk

Hammarskjöld war der jüngste von vier Söhnen des schwedischen Premierministers Hjalmar Hammarskjöld. Er studierte Rechtswissenschaft, Philosophie und Wirtschaftswissenschaften und habilitierte mit der Arbeit »Konjunkturspridningen« an den Universitäten Uppsala und Stockholm. Von 1936 bis 1945 war er Staatssekretär im schwedischen Finanzministerium, von 1941 bis 1948 Präsident des schwedischen Reichsbankdirektoriums. 1949 wurde er Unterstaatssekretär im Außenministerium. Von 1951 bis 1953 war er stellvertretender Außenminister.

Am 7. April 1953 wurde er zum Generalsekretär der *Vereinten Nationen* ernannt und 1957 von der *UN-Generalversammlung* einstimmig für eine zweite Amtszeit eingesetzt.

Zu Beginn seiner Amtszeit traute man Dag Hammarskjöld nicht die Härte zu, die zur Lösung internationaler militärischer Konflikte erforderlich war. Als es ihm 1954 aber in hartnäckigen Gesprächen in Peking gelang, amerikanische Kriegsgefangene des Koreakrieges frei zu bekommen, schlug die Skepsis in Respekt um. 1956 drohte der Konflikt um den Sueskanal zum Weltkrieg zu eskalieren. Hammarskjöld gelang es, innerhalb von 48 Stunden eine internationale Friedens- und Polizeitruppe zu schaffen, 6000 Soldaten aus allen Kontinenten zu rekrutieren und so den Konflikt zu entschärfen. Ebenfalls 1956 bemühte er sich um den Friedenserhalt in Ungarn beim Ungarnaufstand.

Er starb in der Nacht auf den 18. September 1961 bei einem ungeklärten Absturz seines UN-Flugzeuges an der Grenze der abtrünnigen Provinz Katanga des damaligen Zaire, heute Demokratische Republik Kongo, zu Sambia; er war auf dem Weg zu einem Treffen mit dem Präsidenten Ka-

tangas Moïse Tshombé, um im Rahmen der *ONUC*-Mission der Vereinten Nationen in der Kongokrise zu vermitteln. Als Ursache für den Absturz wurden ein Abschuss durch die Truppen Katangas oder durch Söldner (mit oder ohne Beteiligung des CIA, Belgiens oder des belgischen Königs Baudoin) oder auch ein technischer Defekt vermutet.

Erst 1998 veröffentlichte die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission geheime Dokumente. Diese legen den Schluss nahe, dass Hammarskjöld einem raffinierten Mordkomplott der Geheimdienste Südafrikas, der USA und Großbritanniens zum Opfer fiel, die ihre Interessen im Kongo bedroht sahen. Sowohl die USA als auch Großbritannien bestreiten allerdings die Echtheit dieser Dokumente; → Desmond Tutu wies ebenfalls darauf hin, dass es im Rahmen der Wahrheits- und Versöhnungskommission nicht möglich war, die Echtheit zu überprüfen.

1961 wurde Hammarskjöld posthum der Friedensnobelpreis verliehen. Er hinterließ ein vielbeachtetes spirituelles Tagebuch («Vägmärken», deutsch: »Zeichen am Weg«).

Werke

- *Nur der Frieden lastet nicht auf der Erde*, Benziger Verlag Düsseldorf, 2001
- *Jeder Tag – ein Leben*, Verlag Neue Stadt München, 2001
- *Das Unerhörte – in Gottes Hand zu sein*, Johannes Verlag Leutesdorf, 1991
- *Zeichen am Weg*, Droemer/Knaur München, 1965

Literatur

- Stephan Mögle-Stadel: *Dag Hammarskjöld – Vision einer Menschheitsethik*, Verlag Urachhaus Stuttgart, 1999
- Johann Hoffmann-Herreros: *Dag Hammarskjöld*, Matthias-Grünewald Verlag Mainz, 1991
- Manuel Fröhlich: *Die politische Ethik Dag Hammarskjölds*, Universität Jena, Dissertation 2000
- Karl E. Birnbaum: *Die innere Welt des jungen Dag Hammarskjöld*, Agenda Verlag Münster, 2000
- Ruth Röhlin: *Dag Hammarskjöld – Mystiker und Politiker*, Kösel Verlag München, 2005

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Dag_Hammarskjöld. Hauptautoren: Ixitixel, Andy Kohler, Syrcro, Ben-Zin, Addicted, Ilja Lorek, NeoUrfahrner, Mastad, Hokanomono, Magnus, Ulrich Rosemeyer, AndreasPraefcke, ArtMechanic, Hhdw, FlaBot, Zwobot, Achim Raschka, anonyme Bearbeiter.

1962

Linus Carl Pauling

Linus Carl Pauling (* 28. Februar 1901 in Portland, Oregon; † 19. August 1994 in Big Sur, Kalifornien) war ein US-amerikanischer Chemiker. Er erhielt 1954 den Nobelpreis für Chemie und 1962 den Friedensnobelpreis als besondere Auszeichnung für seine gesellschaftlichen Aktivitäten gegen den Krieg.

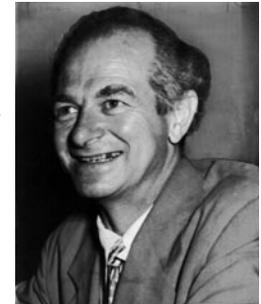


Abb. 53: Linus Pauling; um 1954

Die ersten Jahre

Pauling wurde in Portland, Oregon geboren. Sein Vater, Hermann Heinrich Wilhelm Pauling, ein aus Deutschland eingewanderter Apotheker, zog mit seiner Familie zwischen 1903 bis 1909 von einer Stadt in die andere und kehrte im letzten Jahr wieder mit ihr nach Portland zurück. Als der Vater 1910 an einem durchgebrochenen Geschwür starb, hinterließ er Linus' Mutter die Sorge um Linus und zwei jüngere Geschwister.

Schon als Kind war Pauling ein unersättlicher Leser. Während seiner Zeit auf dem Gymnasium hatte sein Schulfreund Lloyd Jeffress in seinem Schlafzimmer ein kleines Chemielabor. Die Experimente mit Jeffress inspirierten Pauling, später Chemiker zu werden.

Auch während der Highschool machte Pauling weiter chemische Experimente und lieh sich den größten Teil der Ausrüstung und Materialien von einer leerstehenden Stahlfabrik in der Nähe, bei der sein Großvater als Nachtwächter arbeitete.



Abb. 54: Herman Heinrich Wilhelm Pauling; um 1900

Hochschuljahre

Im Jahr 1917 schrieb sich Pauling am Oregon Agricultural College (OAC) in Corvallis ein (heute die Oregon State University). Um sich sein Studium finanzieren zu können, arbeitete er unter anderem als Milchmann, Filmvorführer und sogar auf ei-

ner Schiffswerft, während er gleichzeitig eine Vielzahl von Vorlesungen besuchte. Nach seinem zweiten Jahr auf dem College wollte er eine Stelle in Portland annehmen, um seine Mutter zu unterstützen, aber die Universität bot ihm an, eine Vorlesung über quantitative Analysis zu halten (den Kurs hatte Pauling gerade erst als Student erfolgreich abgeschlossen). Die Lehrtätigkeit erlaubte ihm, weiter am Oregon Agricultural College zu studieren.

In seinen letzten beiden Jahren am College lernte Pauling die Arbeit von Gilbert N. Lewis und Irving Langmuir kennen, die sich mit der Elektronenstruktur von Atomen und deren chemischen Bindungen, die sie befähigte, Moleküle zu bilden, beschäftigten. Er beschloss, seine Forschungen darauf zu konzentrieren, wie die physikalischen und chemischen Eigenschaften von Substanzen mit ihrer Atomstruktur zusammenhängen. So wurde er Mitbegründer einer neuen Wissenschaft, der Quantenchemie.

In seinem letzten Jahr am College lernte er Ava Helen Miller, eine Mitstudentin, kennen und heiratete sie am 17. Juni 1923. Das Ehepaar bekam drei Söhne und eine Tochter.

1922 schloss Pauling am Oregon Agricultural College ab und begann ein Aufbaustudium am California Institute of Technology (»CalTech«) in Pasadena (Kalifornien). In seinen Abschlussforschungen verwendete er die Röntgenbeugung, um Kristallstrukturen zu bestimmen. 1925 erhielt er seinen Doktorgrad für Chemie *summa cum laude* (mit höchster Auszeichnung).

Frühe wissenschaftliche Karriere

Mit Hilfe eines Guggenheim-Stipendiums reiste Pauling 1926 nach Europa, um bei Arnold Sommerfeld in München, Niels Bohr in Kopenhagen und Erwin Schrödinger in Zürich weiterzustudieren. Alle drei arbeiteten auf dem neuen Feld der Quantenmechanik.

Er widmete die zwei Jahre in Europa ganz seiner Arbeit und entschied, dass dies der zukünftige Schwerpunkt seiner Forschungen sein sollte. Damit wurde er einer der ersten Wissenschaftler auf dem Gebiet der Quantenchemie. 1927 dann übernahm er eine Assistenzprofessur am CalTech für Theoretische Chemie.



Abb. 55: Paulings Abschlussfoto des Oregon College, 1922

Paulings Karriere am CalTech begann mit fünf sehr produktiven Jahren, in denen er seine Röntgenstudien an Kristallen fortsetzte und sich mit quantenmechanischen Berechnungen bei Atomen und Molekülen beschäftigte. In dieser Zeit veröffentlichte er schätzungsweise 50 Aufsätze. 1929 wurde er zum *Associate Professor* ernannt und erhielt 1930 eine volle Professur. 1931 erhielt er von der Amerikanischen Gesellschaft für Chemie den Langmuir-Preis für die bedeutendste Arbeit auf dem Gebiet der reinen Wissenschaft durch eine Person von unter 30 Jahren.

Arbeiten über die Natur von chemischen Bindungen

In den 1930er Jahren begann Linus Carl Pauling mit der Veröffentlichung von Aufsätzen über die Natur von chemischen Bindungen, die 1939 in seinem berühmten Buch »Die Natur der chemischen Bindung« (Originaltitel: »*The Nature of the Chemical Bond*«) veröffentlicht wurden. Vor allem für seine Arbeiten auf diesem Feld erhielt Pauling 1954 den Nobelpreis für Chemie »für seine Forschungen über die Natur der chemischen Bindung und deren Anwendung zur Erhellung der Strukturen von komplexen Substanzen«.

Arbeiten über biologische Moleküle

Mitte der 1930er Jahre beschloss Pauling, sich neue Interessensgebiete zu erschließen. In seinen frühen Jahren erwähnte er sein mangelndes Interesse am Studium von Molekülen mit biologischer Bedeutung. Als aber das CalTech einen immer größeren Schwerpunkt auf die Biologie legte, begann Pauling mit solch großen Biologen wie Thomas Hunt Morgan, Theodosius Dobzhansky, Calvin Bridges und Alfred Sterdivant zusammenzuarbeiten, da er ein Interesse für biologische Moleküle entwickelte.

Pauling beschäftigte sich auch mit Enzym-Reaktionen und zeigte, dass die Sichelzellanämie auf die Veränderung einer einzigen Aminosäure des Hämoglobins zurückzuführen ist. In der Folge dieser Arbeit beschäftigte er sich mit der Struktur von Antikörpern und war 1942 an der Entwicklung der ersten synthetischen Antikörper beteiligt.

Politisches Engagement

Der Zweite Weltkrieg verursachte eine grundlegende Veränderung in Paulings Leben. Bis zu diesem Zeitpunkt war er ziemlich unpolitisch, aber als Ergebnis seiner Erfahrungen engagierte er sich als Friedensaktivist. 1946 wurde er Mitglied des Emergency Committee of Atomic Scientists, dem Albert Einstein vorsah und das die Öffentlichkeit über die

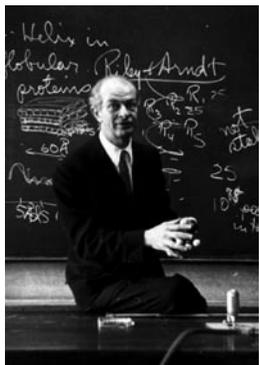


Abb. 56: Pauling spricht an der Universität von Osaka, 1955

Gefahren aufklären wollte, die von Nuklearwaffen ausgehen. Wegen seines politischen Engagements verweigerte ihm das US-Außenministerium ein Visum, als er 1952 als Redner zu einer wissenschaftlichen Konferenz in London eingeladen wurde. Auf dieser Konferenz sollte es um die Helix-Struktur der Proteine gehen. Wäre es ihm möglich gewesen, an dieser Konferenz teilzunehmen, wäre er vielleicht schon eher auf die wahre Struktur der DNA gestoßen. Erst kurz vor der Zeremonie zur Verleihung des Nobelpreises 1954 erhielt er wieder einen Reisepass.

1957 begann Pauling zusammen mit dem Biologen Barry Commoner einen Petitionsfeldzug. Dieser hatte die Verteilung von radioaktivem Strontium-90 in den Milchzähnen von Kindern in ganz Nordamerika untersucht und war zu dem Schluss gekommen, dass die überirdischen Atomtests große Gesundheitsrisiken durch den radioaktiven Fallout mit sich bringen. 1958 übergaben Pauling und seine Frau der US-Regierung eine Petition der Vereinten Nationen, die von mehr als 11.000 Wissenschaftlern unterzeichnet wurde und ein Ende der Atomtests verlangte. Der darauf folgende öffentliche Druck führte zu einem Moratorium und einem Testverbot, das John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow 1963 unterschrieben. Am Tag, an dem der Vertrag in Kraft trat, vergab das Nobelpreis-Komitee Pauling den Friedensnobelpreis: »Linus Carl Pauling hat sich seit 1946 immer unablässig eingesetzt, nicht nur gegen Atomwaffentests, nicht nur gegen die Verbreitung von Atomwaffen, auch nicht nur gegen deren Verwendung, sondern gegen alle Kriegsführung als Maßnahme zur Lösung internationaler Konflikte.«

Viele von Paulings Kritikern, darunter auch viele Wissenschaftler, die seinen Beitrag zur Chemie anerkennen, stimmen nicht mit seinen politischen Standpunkten überein und sahen ihn als naiven Fürsprecher des russischen Kommunismus. Er wurde von einem internen Sicherheitskomitee des Senats zitiert, das ihn als den »wichtigsten Wissenschaftler praktisch jeder Aktivität der kommunistischen Friedensoffensive in diesem Land« bezeichnete. Eine außergewöhnliche Überschrift des *Life Magazine* charakterisierte seinen Friedensnobelpreis von 1962 als »Sonderbare Verunglimpfung aus Norwegen«.

Die wissenschaftlichen Arbeiten der letzten Jahre

Die wissenschaftliche Arbeit Paulings späterer Jahre hat viele Kontroversen verursacht und wird von vielen Wissenschaftlern als ausgemachter Schwindel bezeichnet. 1966, im Alter von 65 Jahren, begann er die Ideen des Biochemikers Irwin Stone zu übernehmen, der in großen Dosen von Vitamin C ein Mittel gegen Erkältungen sah. Pauling ging noch weiter und glaubte, dass Vitamin C auch gegen Krebs vorsorgen könnte. Er selbst nahm jeden Tag 10 Gramm davon zu sich. Daraus entwickelte sich die neue Disziplin der orthomolekularen Medizin, und als Pauling 1974 in Rente ging, gründete er zusammen mit anderen das Institut für Orthomolekulare Medizin in Palo Alto, Kalifornien, das heute das *Linus Pauling Institute of Science and Medicine* ist. Als Vollmitglied und Ehrenpräsident engagierte sich Linus Pauling aktiv zusammen mit dem Nobelpreisträger Alexander Michailowitsch Prochorow (Russland) und dem Psychosomatiker Yujiro Ikemi (Japan) für den Aufbau der International Academy of Science.

Pauling starb im hohen Alter von 93 Jahren an Altersschwäche auf seiner Farm in Big Sur in Kalifornien. Er war in der letzten Lebensphase an Prostatakrebs erkrankt. Bis zu diesem hohen Alter war Prof. Pauling jedoch sehr rüstig und geistig hellwach. Seine Vitalität und sein hohes Alter führte er auf seine gesunde Lebensweise und die Einnahme von Vitaminen zurück.

Literatur

Eigene Schriften (Auswahl)

Aufsätze in Fachpublikationen

- Mirsky, Alfred E., and Linus Pauling: *On The Structure of Native, Denatured, and Coagulated Proteins*. Proceedings of the National Academy of Sciences 22, 7 (July 1936): 439–447
- Pauling, Linus, and Carl Niemann: *The Structure of Proteins*. Journal of the American Chemical Society 61, (1939): 1860–1867.
- Pauling, Linus, Dan H. Campbell, and David Pressman: *The Nature of the Forces Between Antigen and Antibody and of the Precipitation Reaction*. Physiological Reviews 23, 3 (July 1943): 203–219
- Pauling, Linus, Harvey A. Itano, S. J. Singer, and Ibert C. Wells: *Sickle Cell Anemia, A Molecular Disease*. Science 110, 2865 (25 November 1949): 543–548
- Pauling, Linus, and Robert B. Corey: *The Polypeptide-Chain Configuration in Hemoglobin and Other Globular Proteins*. Proceedings of the National Academy of Sciences 37, no. 5 (May 15, 1951): 282–285

- Pauling, Linus, and Robert B. Corey: *A Proposed Structure for the Nucleic Acids*. Proceedings of the National Academy of Sciences 39 (1953): 84–97
- Linus Pauling: *Vitamins C papers*. Science 1989, 243(4898), 1535
- Linus Pauling: *How my interest in proteins developed*. Protein Science 1993, 2(6), 1060–1063
- Linus Pauling: *My first five years in science*. Nature 1994, 371(6492), 10

Lehrbücher

- Linus Pauling: *The Nature of the Chemical Bond and the Structure of Molecules and Crystals – An Introduction to Modern Structural Chemistry*, Cornell University Press Ithaca, N.Y., 1960
- Linus Pauling: *General Chemistry*, Dover Publications New York, 1988
- Linus Pauling: *Vitamin C and the Common Cold*, W. H. Freeman San Francisco, 1970
- Linus Pauling: *Introduction to Quantum Mechanics with Applications to Chemistry*, E. Bright Wilson Dover Publications, 1985

Politische Schriften

- Linus Pauling: *Leben oder Tod im Atomzeitalter*, Hildburg Braun Aufbau Verlag, 1964
- Linus Pauling: *Neue Moral und internationales Recht*, Union Verlag VOB, 1970

Literatur über Linus Pauling

- A. Serafini: *Linus Pauling: A Man and His Science*, Paragon House New York, 1991
- Barbara Marinacci (Hrsg): *Linus Pauling in His Own Words: Selections from His Writings, Speeches, and Interviews*, Touchstone Books, 1995
- *Die 100 des Jahrhunderts. Naturwissenschaftler*, Rowohlt, Reinbek, 1994

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Linus_Carl_Pauling (gekürzt). Hauptautoren: Sansculotte, Necrophorus, Leipnizkeks, BS Thurner Hof, ChristophDemmer, Karen74, Eckhart Wörner, AndreasE, AlexR, Tommy, Nina, Hadhuey, Thiesi, Matthias Bock, Diddi, Anathema, Triebtäter, Juergen Bode, Ikiwaner, Waelder, Leonardo, Bender235, Calma, Chriki, Mvb, Fab, anonyme Bearbeiter.

1963

Drittverleihung Rotes Kreuz

In diesem Jahr ging der Friedensnobelpreis, wie bereits im Jahr 1917 und 1944, an das Internationale Komitee des Roten Kreuzes sowie an die Liga der Rotkreuz-Gesellschaften. Ausführliche Informationen zu dieser Organisation finden sich im Eintrag zum Jahr 1917.

1964

Martin Luther King, Jr.

Martin Luther King, Jr. (* 15. Januar 1929 in Atlanta, Georgia; † (ermordet) 4. April 1968 in Memphis, Tennessee; eigentlich *Michael Luther King*) war ein US-amerikanischer Baptistenpastor und Bürgerrechtler afroamerikanischer Herkunft. Er zählt zu den wichtigsten Vertretern im Kampf gegen die weltweite Unterdrückung der Farbigen.



Abb. 57: Martin Luther King

Kindheit und Ausbildung

King wurde am 15. Januar 1929 in Atlanta, Georgia als Sohn der Lehrerin Alberta Christine Williams King und des Baptistenpredigers Martin Luther King, Sr. geboren. Der Name *Martin Luther* war für den Vater und später für den Sohn Ausdruck tiefen religiösen Empfindens. In der Schule lernte er leicht und graduierte 1948 in Soziologie.

Wie alle Schwarzen wurde auch er durch die damalige Rassentrennung in den Südstaaten der USA diskriminiert. Die Rassentrennung trennte alle Bereiche des täglichen Lebens in schwarz und weiß: Schulen, Kirchen, öffentliche Gebäude, Busse und Züge, selbst Toiletten und Waschbecken. Seine Haltung den Weißen gegenüber blieb trotzdem gemäßigt und verständlich.

Martin Luther King Jr. wurde mit 17 Jahren Hilfsprediger seines Vaters an der Ebenezer Baptist Church in Atlanta, Georgia. Dort besuchte er die einzige Hochschule für Schwarze im Süden, das *Morehouse College*. Um Theologie zu studieren, ging er auf das Crozer Theological Seminary in Pennsylvania. Aus Angst, den Maßstäben der Weißen nicht zu entsprechen, studierte er intensiv und war der Klassenbeste. Er las Plato, John Locke, Jean-Jacques Rousseau, Aristoteles, Karl Marx, Henry David Thoreau und vor allem Mahatma Gandhi, dessen Gewaltlosigkeit ihn tief beeindruckte und seinen weiteren Lebensweg prägen sollte. King sagte über den großen Inder: »From Gandhi I learned my operational technique.«

1951 beendete er sein Studium mit einem *Bachelor of Divinity*. Anschließend schrieb er an der Boston University in Massachusetts seine Doktor-

arbeit. Während dieser Zeit beschäftigte er sich weiter mit den gewaltfreien Vorstellungen Mahatma Gandhis.

Am 18. Juni 1953 heiratete er Coretta Scott, mit der er später vier Kinder hatte. Im darauf folgenden Jahr wurde er Pastor in der Dexter Avenue Baptist Church in Montgomery (Alabama). 1955 wurde ihm der Titel »Doctor of Philosophy« verliehen.

Erste Erfolge – Montgomery

Knapp ein Drittel der Bevölkerung Montgomerys waren Schwarze. Diese arbeiteten meist als Landarbeiter und Hausangestellte. Am 1. Dezember 1955 wurde Rosa Parks verhaftet, die sich weigerte, im Bus einem Weißen Platz zu machen. Dies führte zu einer Solidarisierung der schwarzen Bevölkerung. Es wurde zum Boykott der städtischen Busse aufgerufen, dem »Montgomery Bus Boycott«. Dieser, von King angeführt, sollte verdeutlichen, dass Weiße sehr wohl auch wirtschaftlich von der schwarzen Bevölkerung abhängig waren. Die Aktion dauerte 381 Tage und erregte auch im Ausland Aufsehen. Es folgte nicht nur verbale Zustimmung, sondern auch finanzielle Unterstützung für die schwarzen Bewohner der Stadt.

Der gewaltlose Widerstand endete 1956 mit dem Erfolg, dass der Oberste Gerichtshof jede Art von Rassentrennung in den Bussen der Stadt Montgomery verbot. Der »Montgomery Bus Boycott« war damit ein strahlender Sieg für die Unterstützung des gewaltfreien Protests, und King wurde aufgrund seiner Verdienste zum Präsidenten der *Southern Christian Leadership Conference* (SCLC) gewählt. King wurde in dieser Zeit dreimal tätlich angegriffen, überlebte drei Bombenattentate und kam zwischen 1955 und 1968 über 30 Mal ins Gefängnis. Er reiste in den nächsten Jahren tausende von Meilen durch den Süden der USA und warb für seine Ziele. 1957 hielt King 208 Reden und schrieb dabei sein erstes Buch »Schritt auf die Freiheit zu«. In den folgenden Jahren schlossen sich der gewaltlosen Bürgerrechtsbewegung auch immer mehr Weiße an.

1960 kündigte King seine Pastorenstelle, um sich mit seinem Vater ein Pastorat an der *Ebenezer Baptist Church* in Atlanta zu teilen. Weil er es unterlassen hatte, seinen Führerschein umzumelden, als er von Montgomery nach Atlanta umzog, wurde er verhaftet und zu sechs Monaten Zwangsarbeit in Reidsville, Florida, verurteilt. Gerade zu dieser Zeit wollte eine New Yorker Universität eine Auszeichnung an ihn für seine Arbeit gegen die Rassentrennung verleihen. So wurde King von Florida nach New York geflogen, nahm den Preis in Empfang und kehrte anschließend wieder ins Gefängnis nach Reidsville zurück. John F. Kennedy, zu dieser Zeit de-

mokratischer Präsidentschaftskandidat, bot darauf hin der Familie seine Hilfe an. Er setzte sich mit dem Richter in Verbindung und King wurde gegen Kaution freigelassen. Wenige Tage später wurde Kennedy mit 100.000 Stimmen Mehrheit zum Präsidenten gewählt.

Kings großer Einfluss sorgte dafür, dass die Bewegung weiterhin gewaltlos blieb. Anfang der 1960er Jahre wurde »*We shall overcome*« die Hymne der Bürgerrechtsbewegung. 1963 führte er Aktionen für bessere Wohnungen, Ausbildung und Lebensbedingungen und für die Registrierung Schwarzer in die Wählerlisten an.

Birmingham

In Birmingham führte er die Schwarzen mit Workshops in die Methoden des gewaltlosen Widerstandes ein. Es gab zahllose friedliche Demonstrationen. Der Polizei- und Sicherheitschef von Birmingham, Theophil Eugene »Bull« Connor, ein überzeugter Rassist, ließ etwa 500 Demonstranten (darunter King) inhaftieren, darunter auch Kinder und Jugendliche. King hatte im Gefängnis von Birmingham ein Kontaktverbot nach außen, das durch Präsident Kennedy aufgehoben wurde. Nach seiner Freilassung wurde »Bull« Connor wegen Amtsanmaßung seines Amtes enthoben.

Zahlreiche Morde an schwarzen und auch weißen Bürgerrechtlern im Süden der USA erschütterten die Öffentlichkeit. Als Folge dieser Ereignisse wurden die Verordnungen zur Rassentrennung im öffentlichen Leben in Birmingham und anderen Städten aufgehoben. Zu nennen sind hier vor allem die Ermordung von Medgar Evers, schwarzer Bürgerrechtler aus Mississippi, im Juni 1963, der Bombenanschlag auf die 16th St. Baptist Church in Birmingham im September 1963, bei dem vier Mädchen getötet wurden, und im Frühjahr 1964 die Entführung und Tötung von drei Bürgerrechtlern in Mississippi. Eine unrühmliche Rolle bei diesen und anderen Morden kommt dem rassistischen Geheimbund Ku-Klux-Klan zu, in dem sich auch Polizisten aus den Südstaaten engagierten.

Washington, Friedensnobelpreis

Die Schwarzen entwickelten in dieser Zeit ein neuartiges, aktives Selbstbewusstsein. Sie bekannten sich von da an zu ihrer afrikanischen Abstammung und der Kultur ihres Herkunftskontinents.

Am 28. August 1963 erfolgte der Marsch auf Washington (D.C.). 250.000 Menschen, darunter 60.000 Weiße, demonstrierten friedlich, um die Bürgerrechtsgesetzgebung Präsident Kennedys zu unterstützen. Hier hielt King seine wohl bekannteste Rede »*I have a dream*«. Begleitet wurde

der Marsch durch Musik von Joan Baez und Bob Dylan am Lincoln Memorial. Nach dem Marsch auf Washington begann FBI-Chef Hoover, King und andere Bürgerrechtler zu bespitzeln, um letztlich die Bewegung zu zerstören.

Die Ermordung Kennedys am 22. November 1963 traf die Bürgerrechtsbewegung schwer. Lyndon B. Johnson sorgte dafür, dass am 19. Juni 1964 die Bürgerrechtsgesetze verkündet wurden, in denen die Rassentrennung aufgehoben wurde. Martin Luther King, Jr. erhielt 1964 den Friedensnobelpreis. Martin Luther King hielt zur Preisverleihung seine berühmte Rede »*I have a dream*«. Das amerikanische Nachrichtenmagazin *Time* ernannte den Bürgerrechtler zum »Mann des Jahres 1964«.

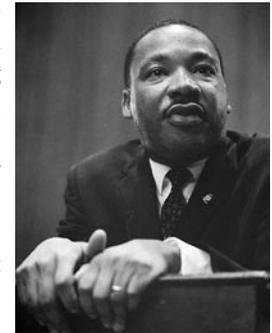


Abb. 58: Martin Luther King während einer Rede, 26. März 1964

Selma

In der Kleinstadt Selma bei Montgomery kämpften Demonstranten 1965 um die Aufnahme Schwarzer in die Wählerlisten und um die Abschaffung der Befragung über z. B. die amerikanische Geschichte als Voraussetzung zur Wahrnehmung des Wahlrechts. Nach drei Märschen von Selma nach Montgomery (wobei die ersten beiden Märsche hinter der Stadtgrenze von Selma von der Polizei auseinander getrieben wurden) hatte der dritte Marsch endlich den gewünschten Erfolg im März 1965.

Chicago, Vietnamkrieg

Der Terror der weißen Rassisten im Süden der Staaten hielt weiter an. Zahlreiche Schwarze wurden ermordet, die Polizei terrorisierte weiterhin Bürgerrechtler. Kings Eintreten für Gewaltlosigkeit wurde nicht mehr von jedem Schwarzen befürwortet. Die Black Muslims mit ihrem charismatischen Anführer Malcolm X waren Vertreter des radikalen Flügels, ebenso die *Black Panther Party*. Diese beiden gewaltbereiten Gruppierungen waren hauptsächlich in den Großstädten des Nordens und Kaliforniens vertreten. Dort hatte die gewaltlose Idee Kings einen schweren Stand. Es kam zu blutigen Rassenunruhen, so in Chicago 1966, aber auch in Watts, L. A.

Kings Haltung gegen den Vietnamkrieg wurde nicht von allen seinen Weggefährten geteilt. Wie viele weiße Amerikaner standen auch große Teile der schwarzen Bevölkerung auf Seiten der Befürworter dieses Krie-

ges. Man befürchtete, dass sich die Bürgerrechtsbewegung mit einer Parteinarbeit gegen den Krieg selber schaden würde, weil Präsident Johnson benötigte Mittel für sie streichen lassen würde. Doch den eingeschlagenen gewaltlosen Weg ging King ab 1966 nicht nur gegen die Rassentrennung im Süden, sondern auch zunehmend gegen Armut und Krieg, einen Krieg, dessen amerikanische Tote in den Südstaaten der USA auf getrennten Friedhöfen für Weiße und Schwarze bestattet werden mussten. King wurde zur *persona non grata* im Weißen Haus und beim *Federal Bureau of Investigation* (FBI) unter Chef Hoover. Die Zusammenarbeit mit der Antikriegsbewegung und deren weißen Führern fand immer mehr Kritiker.

Attentat

Eine Demonstration am 28. März 1968, die King anführte, endete in Krawallen, Plünderungen und Bränden. Es war das erste Mal, dass eine Demonstration, die er leitete, gewalttätig wurde. Heute ist bekannt, dass das FBI damals Schwarze als Provokateure einsetzte.

Am 3. April 1968 sagte er in seiner berühmten Rede »I have been to the mountaintop«, dass er das Gelobte Land (»Promised Land«) gesehen habe. Viele deuteten diesen Satz als Todesahnung. King sprach noch einmal zu den Demonstranten, um sie von der Gewaltlosigkeit zu überzeugen und legte den 8. April als neuen Termin für eine Demonstration fest.

Am 4. April wurde King auf dem Balkon seines Motels in Memphis, Tennessee erschossen. In über 100 Städten kam es daraufhin zu Krawallen, bei denen 39 Menschen ums Leben kamen; Washington (D.C.) brannte. Martin Luther King, Jr. wurde am 9. April 1968 unter der Anteilnahme von 50.000 Menschen in Atlanta beerdigt.

In einem Raum gegenüber des Motels fand man die Waffe, mit der ballistische Untersuchungen der Schuss abgegeben worden war. Man fand darauf Fingerabdrücke des mehrfach vorbestraften James Earl Ray, einem entflohenen Häftling, der offen rassistische Ansichten vertrat. Nach zweimonatiger Flucht wurde Ray in London verhaftet. Er gestand die Tat und wurde unter Berücksichtigung seines Geständnisses zu 99 Jahren Haft verurteilt. Wenige Tage später widerrief Ray sein Geständnis und beteuerte in den nächsten Jahrzehnten seine Unschuld. Es gab aber keine Wiederaufnahme seines Verfahrens. Spekulationen über eine Verschwörung höchster Kreise bis zur US-amerikanischen Regierung zur Ermordung Kings bestehen bis heute.

Seit 1986 ist der dritte Montag im Januar, in Anlehnung an Kings Geburtstag am 15. Januar, in den USA Nationalfeiertag, der so genannte Martin Luther King Day.

Werke

- *Aufruf zum zivilen Ungehorsam*, Düsseldorf 1969.
- *Freiheit: von der Praxis des gewaltlosen Widerstandes*, Wuppertal 1982
- *Die Kraft der Schwachen*, Stuttgart 1982
- *Mein Traum vom Ende des Hassens*, Freiburg 1994
- *Wohin führt unser Weg*, Wien 1968
- Carson, Clayborne (Hrsg.): *The autobiography of Martin Luther King, jr.* (Originaltext von MLK)

Literatur

- Frederik Hetmann: *Martin Luther King*, Ravensburg, 1993
- Rolf Italiaander: *Martin Luther King*, Berlin, 1986
- Coretta Scott King: *Mein Leben mit Martin Luther King*, Stuttgart, 1970
- Martin Luther King sen.: *Aufbruch in eine bessere Welt: die Geschichte der Familie King*, Berlin, 1984
- S.N. Kondraschow: *Martin Luther King*, Berlin, 1972
- Hans-Georg Noack: *Der gewaltlose Aufstand: Martin Luther King und der Kampf der amerikanischen Neger*, Stuttgart, 1965
- Stephen B. Oates: *Martin Luther King: Kämpfer für Gewalttaten*, München, 1986
- William F. Pepper: *Die Hinrichtung des Martin Luther King*, Diederichs, 2003
- Gerd Presler: *Martin Luther King*, 8. Aufl., Rowohlt, 1997 (Rowohlt Monografien)
- Valerie Schloredt: *Martin Luther King: Make love not war... 2. Aufl.*, Würzburg, 1990
- Günther Wirth: *Martin Luther King*, 8. Aufl., Berlin, 1989
- Arnulf Zitelmann: *Keiner dreht mich um: Die Lebensgeschichte des Martin Luther King*, 6. Aufl., Weinheim 1992
- Hans-Eckehard Bahr: *Martin Luther King. Für ein anderes Amerika*, Aufbau Taschenbuchverlag Berlin, 2004

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Martin_Luther_King,_jr. (gekürzt). Hauptautoren: HenHei, Anathema, Urbanus, Juergen, Zwobot, Buecherfresser, Robodoc, Feschoenm, Duesi, Mic4web, Gunnar Eberlein, Achim Raschka, Popp, GregorHelms, Hoch auf einem Baum, Magnus, CdaMVvWgS, Triebtäter, Ulitz, TomK32, Mariachi, Media lib, MarkusHagenlocher, Wolfgang1018, BLueFiSH.as, anonyme Bearbeiter.

1965

United Nations Children's Fund



Abb. 59: Flagge der UNICEF

Der **United Nations Children's Fund (UNICEF)** ist das **Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen**. Dieses Spezialorgan der UNO wurde am 11. Dezember 1946 gegründet.

Das Akronym UNICEF von *United Nations International Children's Emergency Fund* stammt noch von der ursprünglichen Aufgabe, Kindern, die vom Zweiten Weltkrieg besonders betroffen waren, zu helfen. Inzwischen arbeitet die UNICEF v. a. in Entwicklungsländern und unterstützt in ca. 160 Staaten Kinder und Mütter in den Bereichen Gesundheit, Familienplanung, Hygiene, Ernährung und Erziehung und leistet Soforthilfe in Notsituationen. Außerdem betreibt es auf internationaler politischer Ebene Lobbying gegen Kindersoldaten und für den Schutz von Flüchtlingen. Bekannt ist UNICEF auch für den Verkauf von Weihnachtskarten.

UNICEF international

Sitz der internationalen Organisation von UNICEF ist New York. 1965 erhielt die Organisation den Friedensnobelpreis, der von dem amerikanischen Schauspieler Danny Kaye entgegengenommen wurde. Aktuell hat UNICEF ca. 7.000 Mitglieder in rund 160 Ländern. (Anmerkung: UNICEF hat keine Einzelmitglieder, da es sich um eine zwischenstaatliche Organisation handelt; ihre Mitglieder sind alle Staaten, die den Vereinten Nationen beigetreten sind.)

Anfang Mai 2005 wurde Ann Veneman für eine Amtszeit von fünf Jahren zur neuen Direktorin von UNICEF berufen. Ihre Vorgängerin war Carol Bellamy, die diesen Posten zehn Jahre lang innehatte.

UNICEF national

Als eigenständige Nichtregierungsorganisationen (NGOs) fungieren die so genannten »nationalen Komitees« in den Industriestaaten. Diese sind vertraglich an die UNICEF gebunden und wurden von den jeweiligen Regierungen anerkannt.

UNICEF in Deutschland – Am 30. Juni 1953 wurde das deutsche UNICEF-Komitee mit Sitz in Köln gegründet. Schirmherrin ist die Frau des amtierenden Bundespräsidenten (zur Zeit Eva Köhler).

UNICEF in Österreich – 1962 wurde UNICEF Österreich als *Österreichisches Komitee für UNICEF* gegründet. Derzeitige Präsidentin ist Dr. Martha Kyrle, die Tochter des ehemaligen Bundespräsidenten Adolf Schärf. UNICEF-Botschafter für Österreich sind Christiane Hörbiger und Thomas Brezina.

Hauptaufgabe von UNICEF Österreich ist es, zusätzliche Mittel für die verschiedenen UNICEF-Programme zu lukrieren. UNICEF Österreich wird dabei aber nicht durch öffentliche Mittel subventioniert.

Weblinks

- Internationale UNICEF Homepage (↳ <http://www.unicef.org>) (englisch, französisch, spanisch, arabisch)
- UNICEF Deutschland (↳ <http://www.unicef.de>)

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/United_Nations_Children's_Fund. Hauptautoren: Addicted, Caramdir, Kurt Jansson, Hansele, Triebtäter, Ilja Lorek, Wittkowsky, Magnus, JüKü, Gauss, Kschwarz, Karl Gruber, Zwobot, anonyme Bearbeiter.

1966

1967

Friedensnobelpreis nicht verliehen

In diesen Jahren wurde der Friedensnobelpreis nicht verliehen.

1968

René Cassin

René Cassin (* 5. Oktober 1887 in Bayonne; † 20. Februar 1976 in Paris) war ein französischer Jurist. Er war zugleich Diplomat und Erzieher. Ausgezeichnet wurde Cassin mit dem Großen Verdienstkreuz der französischen Ehrenlegion und dem Friedensnobelpreis 1968 als Verfasser der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen 1948«.

Leben und Werk

René Cassin war der Sohn eines Kaufmanns in Forbach in Lothringen. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Nizza studierte er Rechtswissenschaften in Aix-en-Provence und Paris und promovierte als Jurist, Volkswirtschaftler und in den politischen Wissenschaften. 1920 ging er als Professor an die Universität in Lille und blieb dort bis 1929, danach wechselte er an die Pariser Universität Sorbonne.

Wirken während des Zweiten Weltkrieges – Zwischen 1924 und 1938 war René Cassin ein Vertreter Frankreichs im Völkerbund. 1940 verließ er Frankreich und folgte Charles de Gaulle nach London, um ihn bei dem Aufruf zur Fortführung des Krieges gegen Deutschland zu unterstützen. In der Folge wurde ihm dafür die Staatsbürgerschaft Frankreichs aberkannt, und er wurde durch das Vichy-Regime in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Gemeinsam mit de Gaulle gründete er die *France libre*, die freien französischen Streitkräfte innerhalb der britischen Armee. René Cassin verhandelte mit Winston Churchill deren Status und wurde so ständiger Sekretär des Verteidigungsrates unter de Gaulle. Von 1941 bis 1943 wurde er Nationalkommissar der *Freien Französischen Regierung* in London.



Abb. 63: Denkmal für Cassin in Forbach

1944 gehörte er zu den Initiatoren des *Französischen Komitees für die Nationale Befreiung* in Algier und wurde Präsident der dortigen juristischen Kommission, in der er die Grundlagen der Gesetzgebung Frankreichs nach dem Zweiten Weltkrieg vorbereitete.

Politische Karriere nach dem Krieg – Nach dem Krieg wurde René Cassin Vizepräsident des Staatsrates von 1944 bis 1960. Parallel war er außerdem von 1946 bis 1960 Präsident der *Nationalen Hochschule für Verwaltung* und des *Obersten Schiedsgerichtshofes*. Von 1946 bis 1958 war er zudem der Vertreter Frankreichs bei den *Vereinten Nationen*. Dabei war er einer der maßgeblichen Initiatoren der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen 1948«, von der er einen großen Teil auch selbst verfasste. Bereits 1945 gehörte er außerdem zu den Gründern der *UNESCO*. 1959 wurde er Vizepräsident des *Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte* bis 1965, danach bis 1968 Präsident desselben.

Den Nobelpreis 1968 bekam René Cassin dabei vor allem für die Arbeit an der Menschenrechtserklärung 20 Jahre zuvor und für seinen Einsatz zur Verbreitung und Durchsetzung derselben. Er setzte das Preisgeld für die Gründung des Instituts zur Erforschung der Menschenrechte 1969 in Straßburg ein. 1975 verstarb er in Paris.

Quelle: [http://de.wikipedia.org/wiki/René_Cassin](http://de.wikipedia.org/wiki/Ren%C3%A9_Cassin). Hauptautoren: Achim Raschka, Thommess, anonyme Bearbeiter.

1969

International Labour Organization

Die **International Labour Organization** (ILO), zu Deutsch **Internationale Arbeitsorganisation** (IAO), war ursprünglich eine ständige Einrichtung des *Völkerbundes* mit dem Ziel der Sicherung des Weltfriedens auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit. Die ILO begann ihre Tätigkeit am 11. April 1919 auf der Friedenskonferenz in Versailles und wurde unter anderem von *Seán MacBride* und *Carlos Saavedra Lamas* gegründet. Seit dem 14. Dezember 1946 ist sie eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen und hat ihren Sitz in Genf. Die Internationale Arbeitsorganisation hat derzeit 178 Mitglieder (zuletzt wurde Samoa am 7. März 2005 aufgenommen).

Organe

- *Internationale Arbeitskonferenz (International Labour Conference)*: Tritt einmal jährlich in Genf zusammen, beschließt Rechtsakte und das Budget der Internationalen Arbeitsorganisation. Im höchsten Organ der IAO hat jeder Mitgliedsstaat vier Delegierte, davon zwei Vertreter der Regierung und je einen Vertreter der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen.
- *Verwaltungsrat (Governing Body)*: Die Exekutive der IAO besteht aus 56 Vertretern (und ebenso vielen Stellvertretern) und trifft sich dreimal jährlich. Auch hier ist das Verhältnis der Vertreter 2:1:1. Zehn der 28 Regierungssitze werden permanent durch zehn Staaten »großer industrieller Bedeutung« gehalten (Brasilien, Volksrepublik China, Frankreich, Deutschland, Indien, Italien, Japan, Russische Föderation, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten), die restlichen 18 werden alle drei Jahre gewählt. Die Vertreter aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen werden persönlich gewählt.
- *Internationales Arbeitsamt (International Labour Office)*: Übernimmt die Funktion eines Sekretariates der Internationalen Arbeitsorganisation und führt unter anderem regelmäßige Statistiken über die Arbeitsmarkt- und arbeitsrechtliche Situation in den Mitgliedsländern.

Arbeitsweise

Die IAO arbeitet rechtsverbindliche Übereinkommen (Conventions) sowie Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten aus. Davon werden verschiedene Gebiete des Arbeitsrechtes betroffen: Standards für den Mutterschutz, Schutz von temporären Angestellten, Altersgrenzen für bestimmte Arbeiten, etc. Insgesamt existieren bis heute 185 Übereinkommen und 194 Empfehlungen.

Mitglieder müssen der IAO über die Umsetzung der von ihnen ratifizierten Übereinkommen sowie über den Stand ihrer nationalen Gesetzgebung in Bezug auf das Arbeitsrecht und den Arbeitsschutz regelmäßig Bericht erstatten.

Literatur

- Stefan Brupbacher: *Fundamentale Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation: eine Grundlage der sozialen Dimension der Globalisierung*. Stämpfli Bern, 2002.

Weblinks

- ILO Homepage (▷ <http://www.ilo.org>) (englisch, französisch, spanisch)
- Seite von ILO Deutschland (▷ <http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/index.htm>)

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/International_Labour_Organization. Hauptautoren: Katharina, Zebra, Achim Raschka, Addicted, FlaBot, Zwobot, Karl-Henner, Nerd, Hutch, MichaelDiederich, Ixitixel, Ulrich Rosemeyer, anonyme Bearbeiter.

1970

Norman Ernest Borlaug

Norman Ernest Borlaug (* 25. März 1914 in Cresco, Iowa) ist ein US-amerikanischer Agrarwissenschaftler, der für seine Bestrebungen und Arbeiten zur Verbesserung der Landwirtschaft 1970 den Friedensnobelpreis erhielt.



Abb. 61: Norman Ernest Borlaug

Biographie

Norman Ernest Borlaug wurde 1914 als Sohn eines Farmers geboren und besuchte bis 1932 die Highschool in Cresco. Danach studierte er Forst- und Agrarwissenschaften an der Universität von Minnesota und schloss das Studium 1937 mit dem Bachelor of Science ab. Seine Promotion erfolgte 1941, nachdem er zwischen 1938 und 1939 im Forstdienst der USA tätig war. 1941 wurde er Dozent an der Universität von Iowa, von 1942 bis 1944 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungslabor der DuPont de Nemours Foundation.

1944 wurde Borlaug Mitarbeiter bei der Erforschung zur Steigerung der Weizen-, Mais- und Bohnenerzeugnisse der Rockefeller Foundation in Mexiko, die als Weizenrevolution bekannt wurde. Er arbeitete dort bis 1960. Von 1964 bis 1979 leitete er die Weizenabteilung des Internationalen Mais- und Weizenveredelungszentrums in Mexiko.

Während seiner Arbeiten entwickelte Borlaug mehrere Weizenhochleistungssorten, wobei er auch die Grundlage für die Züchtung dieser Sorten in Pakistan und im Mittleren Osten legte. Besonders bekannt wurde der ertragsstarke Mexikoweizen, dem ein Gen zum »Zwergwuchs« einer japanischen Sorte eingezüchtet wurde. Dieser kann aufgrund seines kurzen und kompakten Halms die schwere Ähre tragen, ohne abzuknicken. Vor allem in Indien, wo dieser Weizen seit 1962 angebaut wird, konnten die Erträge in zehn Jahren auf fast das Dreifache gesteigert werden. Mit seinen Bemühungen gilt Borlaug als Initiator der so genannten »Grünen Revolution« in den Entwicklungsländern.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Norman_Ernest_Borlaug. Hauptautoren: Achim Raschka, Ixitixel.

1971

Willy Brandt



Abb. 62: 29. Dezember 1971: Willy Brandt und Richard Nixon bei einer gemeinsamen Presseerklärung

Willy Brandt (* 18. Dezember 1913 in Lübeck; † 8. Oktober 1992 in Unkel am Rhein; eigentlich *Herbert Ernst Karl Frahm*) war ein deutscher sozialdemokratischer Politiker.

Er war von 1957 bis 1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, von 1966 bis 1969 Bundesminister des Auswärtigen und Stellvertreter des Bundeskanzlers sowie von 1969 bis 1974 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Für seine Ostpolitik, die auf Entspannung und Ausgleich mit den osteuropäischen Staaten ausgerichtet war, erhielt er am 10. Dezember 1971 den Friedensnobelpreis.

Leben

Willy Brandt (geb. als Herbert Ernst Karl Frahm) war der Sohn von Martha Frahm und John Möller. Seinen Vater lernte er nie kennen; er wuchs bei seiner Mutter und seinem Großvater auf.

Brandt war von 1941 bis 1948 mit Carlotta Thorkildsen verheiratet und hatte mit ihr die gemeinsame Tochter Ninja (* 1940). Nach der

Scheidung heiratete er noch 1948 die verwitwete Rut Bergaust, geborene Hansen. Aus dieser Beziehung gingen drei Söhne hervor, Peter (* 1948), Lars (* 1951) und Matthias (* 1961). Nach 32 Jahren Ehe ließen sich Rut und Willy Brandt 1980 scheiden. Am 9. Dezember 1983 heiratete Brandt die Historikerin und Publizistin Brigitte Seebacher (* 1946).



Abb. 63: Rückseite 2-DM-Münze: Willy Brandt

Brandt trat 1929 der sozialistischen Jugend und ein Jahr später der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (SPD) bei. 1931 wechselte er zur *Sozialistischen Arbeiterpartei* (SAP), einer linkssozialistischen Gruppe.

1932 legte er das Abitur am Johanneum zu Lübeck ab. Nach Hitlers Machtübernahme 1933 wurde die SAP verboten. Die Partei beschloss, im Untergrund gegen die Nationalsozialisten zu kämpfen. Willy Brandt wurde beauftragt, in Oslo eine Zelle der Organisation aufzubauen. Er emigrierte über Dänemark nach Norwegen. 1934 legte er sich den Decknamen Willy Brandt zu, den er 1947 auch offiziell übernahm.

Unter dem Decknamen Gunnar Gaasland kehrte er für den Zeitraum zwischen September und Dezember 1936 als Student wieder nach Deutschland zurück und war danach 1937 als Kriegsberichterstatter im spanischen Bürgerkrieg tätig.

1938 wurde Brandt durch die nationalsozialistische Regierung ausgebürgert. Er bemühte sich deshalb um die norwegische Staatsbürgerschaft, die ihm im August 1940 von der Botschaft in Stockholm zugesprochen wurde. Während der deutschen Besetzung Norwegens im Zweiten Weltkrieg geriet er 1940 vorübergehend in deutsche Gefangenschaft. Da er aber bei seiner Ergreifung eine norwegische Uniform trug und nicht enttarnt wurde, konnte er nach seiner baldigen Freilassung nach Schweden fliehen. Er blieb bis zum Ende des Krieges in Stockholm.

1945 kehrte Brandt als Korrespondent für skandinavische Zeitungen nach Deutschland zurück und wurde 1948 wieder deutscher Staatsbürger. 1949 ließ er sich seinen Decknamen Willy Brandt als offiziellen Namen vom Polizeipräsidium Berlin anerkennen.

Politische Karriere

Berlin – Seine politische Karriere begann 1949 als Berliner Abgeordneter für die SPD im ersten Deutschen Bundestag. Insgesamt gehörte Brandt dem Bundestag von 1949 bis 1957, von 1961 bis zum 27. Dezember 1961 und von 1969 bis zu seinem Tode, also insgesamt 31 Jahre lang, an. 1950 wurde er auch Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. Er legte dieses Mandat erst am 6. April 1971, also knapp zwei Jahre nach seiner Wahl zum Bundeskanzler, nieder.

1955 wurde Willy Brandt in der Nachfolge Otto Suhrs Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses. 1957 wurde er, ebenfalls in der Nachfolge Otto Suhrs, zum Regierenden Bürgermeister gewählt. In diesem Amt erlangte Brandt auf Grund seines entschlossenen Handelns während des Berlin-Ultimatums (1958) und nach dem Mauerbau 1961 enorme Popula-

rität. Diese Popularität schlug sich auch in den Wahlergebnissen der Berliner SPD nieder: 1958 steigerte sich die SPD um 8,0 % auf 52,6 % der Stimmen, 1963 erreichte sie mit 61,9 % der Stimmen das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte. Brandt blieb bis 1966 in diesem Amt. Vom 1. November 1957 bis zum 31. Oktober 1958 war er Bundesratspräsident und von 1958 bis 1963 Landesvorsitzender der SPD Berlins.

In der Bundespolitik 1961 bis 1969

Bei der Bundestagswahl 1961 trat Brandt erstmals als Kanzlerkandidat seiner Partei gegen Konrad Adenauer an. Die SPD legte zwar deutlich zu, zur Regierungsübernahme reichte es jedoch noch nicht.



Abb. 64: 27. Februar 1969: Besuch Nixons in Berlin

1964 übernahm er als Nachfolger des verstorbenen Erich Ollenhauer den Bundesvorsitz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, den er bis 1987 innehatte. Bei der Bundestagswahl 1965 unterlag er Bundeskanzler Ludwig Erhard, woraufhin er sich enttäuscht vorübergehend von der Bundespolitik zurückzog. Nach Erhards Rücktritt 1966 wurde Kurt Georg Kiesinger (CDU) zum Bundeskanzler gewählt, der eine Große Koalition mit der SPD bildete. Willy Brandt übernahm das Amt des Außenministers und Vizekanzlers.

Bundeskanzler – Nach der Bundestagswahl 1969 bildete Willy Brandt gegen den Willen seiner Mitvorsitzenden Herbert Wehner und Helmut Schmidt eine Koalition mit der FDP. Die sozialliberale Koalition verfügte lediglich über eine Mehrheit von sechs Stimmen. Der Bundestag wählte Brandt Bundeskanzler.

Brandts Amtszeit ist verbunden mit dem Stichwort der Ostpolitik, die den kalten Krieg unter der Losung »Wandel durch Annäherung« bzw. »Politik der kleinen Schritte« abmildern und die Berliner Mauer durchlässiger machen sollte.

Der *Kniefall von Warschau* (1970) am Mahnmal des Ghetto-Aufstandes von 1943 leitete symbolisch die Entspannungspolitik ein, die in den so genannten Ostverträgen mit Polen und der Sowjetunion mündete. Hinzu kamen später der Grundlagenvertrag mit der DDR – 1970 hatte er sich mit dem Vorsitzenden des Ministerrates und stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrats Willi Stoph erst in Erfurt, dann in Kassel getroffen – und

ein Abkommen mit der Tschechoslowakei. Dafür erhielt er 1971 den Friedensnobelpreis.

Mit dieser so genannten »Neuen Ostpolitik«, die Willy Brandt gemeinsam mit Walter Scheel gegen den entschiedenen Widerstand der Mehrheit der CDU/CSU-Opposition durchsetzte, bemühte er sich um eine »Entspannung in Europa«. Aus heutiger Sicht bereitete Brandt damit den Weg für den Zusammenbruch der kommunistischen Regierungen in Osteuropa und die Wiedervereinigung Deutschlands.

Gleichzeitig ging es ihm um innenpolitische Reformen in der Sozial-, Bildungs- und Rechtspolitik. »Mehr Demokratie wagen« war das Motto, mit dem Brandt die innenpolitische Stagnation der Nachkriegszeit überwinden wollte. Auch aufgrund der Ölkrise von 1973 in Folge des israelisch-arabischen Jom-Kippur-Krieges sind diese Reformen nur teilweise realisiert worden.

Seit Amtsantritt der Regierung Brandt waren bis zum Jahr 1972 so viele Abgeordnete der SPD und der FDP zur Unionsfraktion gewechselt, dass die CDU/CSU-Fraktion rechnerisch über eine knappe absolute Mehrheit verfügte. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel glaubte daher im April 1972, Willy Brandt mittels eines konstruktiven Misstrauensvotums ablösen zu können. Doch für die Wahl zum Bundeskanzler fehlten ihm bei der Abstimmung zwei Stimmen. Später wurde bekannt, dass die DDR mindestens einen Abgeordneten der CDU bestochen hatte. Da allerdings auch die SPD/FDP-Koalition im Bundestag über keine handlungsfähige Mehrheit mehr verfügte, stellte Brandt im September 1972 die Vertrauensfrage, bei welcher sich absprachegemäß die Bundesminister enthielten, so dass die Vertrauensfrage negativ beantwortet wurde und Bundespräsident Gustav Heinemann den Bundestag auflöste.

Bei den Neuwahlen im November 1972 wurde die Regierung Brandt eindeutig bestätigt und verfügte nunmehr über eine handlungsfähige breite Mehrheit im Bundestag. Die SPD wurde mit 45,8 % der Stimmen erstmals stärkste Bundestagsfraktion, ein Ergebnis, das auch im Ausland als Volksabstimmung über die Ostverträge verstanden wurde, für deren parlamentarische Ratifizierung jetzt der Weg frei war.

Am 7. Juni 1973 besuchte Willy Brandt als erster deutscher Bundeskanzler Israel, seitdem 1965 die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel aufgenommen worden waren.

Am 6. Mai 1974 trat Brandt – für die Öffentlichkeit überraschend – aufgrund der Spionage-Affäre um seinen persönlichen Referenten Günter Guillaume als Bundeskanzler zurück.

Zum Nachfolger Brandts als Bundeskanzler wurde Helmut Schmidt gewählt, Willy Brandt selbst blieb aber Vorsitzender der SPD.

Nach dem Rücktritt als Bundeskanzler – Auch nach seinem Rücktritt vom Amt des Bundeskanzlers blieb Brandt politisch weiterhin äußerst aktiv: 1976 wurde er Präsident der Sozialistischen Internationale (bis zum 15. September 1992), 1979 Mitglied des Europäischen Parlaments (bis zum 1. März 1983).

Am 15. November 1978 erlitt Brandt einen Herzinfarkt.

Im April 1977 trug Weltbankpräsident Robert McNamara Brandt den Vorsitz der *Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen (Nord-Süd-Kommission)* an. Nach fast drei Jahren Beratungen legte die Kommission am 12. Februar 1980 in New York ihren Nord-Süd-Bericht vor, der allgemein als »Brandt-Report« bekannt wurde.

Am 7. Juli 1979 kamen Brandt und der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky in Wien mit Palästinenserführer Jassir Arafat zu einem umstrittenen Meinungsaustausch zusammen. Am 15. Oktober 1984 traf Brandt sich auf Kuba mit Staatspräsident Fidel Castro. Im selben Jahr traf Brandt sich auch mit Deng Xiaoping und Michail Gorbatschow. Am 19. September 1985 kam er in Ost-Berlin zu Gesprächen mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker zusammen.

Am 23. März 1987 trat Brandt vom Parteivorsitz der SPD zurück, nachdem an seiner Nominierung von Margarita Mathiopoulos als Kandidatin für das neu zu besetzende Amt der Parteisprecherin harsche parteiinterne Kritik geäußert wurde. Auf dem außerordentlichem Parteitag am 14. Juni 1987 wurde er zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit gewählt; zu seinem Nachfolger als Parteivorsitzender wurde Hans-Jochen Vogel gewählt.

Den ersten gesamtdeutschen Bundestag eröffnete Brandt am 20. Dezember 1990 wie bereits 1983 und 1987 ebenfalls als Alterspräsident. Einige Wochen vorher, am 9. November 1990, war Brandt mit 194 Geiseln, deren Freilassung er beim irakischen Präsidenten Saddam Hussein erreicht hatte, nach Deutschland zurückgekehrt.

Nach dem Fall der Mauer gehörte Brandt zu einem entschiedenen Befürworter eines Regierungsumzugs von Bonn nach Berlin. Am 20. Juni 1991 beschloss der Bundestag – unter anderem auf Antrag Willy Brandts – schließlich den Umzug.

Am 4. Oktober 1991 wurde bei Brandt Darmkrebs diagnostiziert. Am 1. Februar 1992 erhielt er in Heidelberg den Dolf-Sternberger-Preis. Am 9. Mai 1992 gab Brandt dem BILD-Redakteur Ulrich Rosenbaum sein letztes

Interview überhaupt. Am 10. Mai 1992 wurde er erneut in die Universitätsklinik Köln eingewiesen und am 22. Mai 1992 wiederum operiert. Die Operation wurde allerdings nach 10 Minuten abgebrochen; der Krebs war zurückgekehrt, mehrere Organe waren bereits betroffen. Am 30. Mai 1992 verließ Brandt die Klinik und begab sich zusammen mit seiner Frau in sein Haus nach Unkel, das er bis zu seinem Tod nicht mehr verließ.

Brandts Gesundheitszustand verschlechterte sich ab August 1992 zunehmend. Er starb schließlich am 8. Oktober 1992 um 16:35 Uhr. Am 17. Oktober 1992 gedachte der Bundestag seiner in einem Staatsakt.

In Brandts letztem Wohnhaus in Unkel ist eine Ausstellung über ihn zu sehen. Er ist Ehrenbürger der Städte Lübeck und Berlin. Sein Grab ist auf dem Waldfriedhof in der Potsdamer Chaussee in Berlin-Nikolassee im Bezirk Steglitz-Zehlendorf neben dem seines Vorgängers Ernst Reuter.

Werke

- *Mein Weg nach Berlin*, Kindler Verlag München, 1960
- *Friedenspolitik in Europa*, S. Fischer Verlag Frankfurt am Main, 1968
- *Begegnungen und Einsichten 1960–1975*, Hoffmann und Campe Hamburg, 1976
- *Erinnerungen*, Propyläen Verlag Frankfurt am Main, 1989

Literatur

- Mathiopoulos, Margarita und Darchinger, Jupp: *Willy Brandt, Bilder aus dem Leben eines großen Europäers*, Droemer Knauer München, 1993
- Merseburger, Peter: *Willy Brandt, 1913–1992. Visionär und Realist*, DVA Stuttgart, 2002
- Horst Möller (Hrsg.): *Willy Brandt und Frankreich*, München, 2005 (Oldenbourg), Reihe: *Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte – Sondernummern*
- Schöllgen, Gregor: *Willy Brandt. Die Biographie*, Propyläen Verlag Berlin, 2001
- Rut Brandt: *Freundesland – Erinnerungen*, Hoffmann und Campe, Hamburg, 1992
- Seebacher-Brandt, Brigitte: *Willy Brandt*, Piper Verlag, München, 2004

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Willy_Brandt (gekürzt). Hauptautoren: Sir, TMFS, OE, Zwobot, Wolkpinger, Zebra, Jnn95, Waelder, TomK32, St.Krekeler, Bender235, Bettenlager, Jed, Magnus, Stefan Kühn, Southpark, Triebtäter, Walter Koch, APPER, Otto, Ekkenekepen, Bettenburg, Maha, Baumi, Mogelzahn, Mastad, Ralf5000, Sansculotte, MichaelDiederich, Neil, Alex1011, Breogan67, Oge, DaTroll, anonyme Bearbeiter.

1972

Friedensnobelpreis nicht verliehen

In diesem Jahr wurde der Friedensnobelpreis nicht verliehen.

1973

Henry Kissinger

Henry Alfred Kissinger (* 27. Mai 1923 in Fürth; eigentlich *Heinz Alfred Kissinger*) ist Deutsch-Amerikaner und war US-amerikanischer Diplomat; er spielte zwischen 1969 und 1977 eine wichtige Rolle in der Außenpolitik der USA.



Abb. 65: Henry Kissinger, 1975

Leben und Werk

Ausbildung und wissenschaftliche Karriere – Henry Kissinger wurde als Heinz Alfred Kissinger im Jahr 1923 in Fürth in Franken geboren. Seine Eltern waren Juden und sein Vater Lehrer. Aufgrund der nationalsozialistischen Judenverfolgung flohen seine Eltern mit ihm als 15-Jährigem 1938 aus der Heimat in die USA. Er ging in New York City auf die George Washington High School. Am 19. Juni 1943 erhielt Henry Kissinger die Staatsbürgerschaft der USA und wurde im selben Jahr zum Militärdienst bei den Landstreitkräften eingezogen. Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb er in Deutschland und arbeitete in der amerikanischen Besatzungszone beim Spionageabwehrdienst.

Im Jahr 1947 kehrte er in die USA zurück und studierte am Harvard College, wo er 1950 seinen Bachelor erhielt. 1952 schloss er seinen Master ab und zwei Jahre später seine Promotion, beide an der Harvard University. Seine Promotionsschrift wurde später unter dem Titel »A World Restored: Metternich, Castlereagh and the Problems of Peace 1812–1822« veröffentlicht und wurde ein erfolgreiches Standardwerk der Geschichtsschreibung. Von 1954 bis 1971 war er Mitglied des Lehrkörpers der Harvard University sowie Mitarbeiter im *Department of Government*. 1954 bearbeitete er die Frage nach der militärischen Herausforderung der USA durch die Sowjetunion für sein Werk »Nuclear Weapons and Foreign Policy«. Von 1957 bis 1960 war Kissinger Leiter des *Harvard Center for International Affairs* und von 1958 bis 1969 Direktor des *Harvard Defense Studies Program*. Von 1950 bis 1960 war er außerdem Berater der Behörde

für Waffenentwicklung beim Vereinigten Generalstab und von 1961 bis 1968 Berater der US-Agentur für Waffenkontrolle und Abrüstungsfragen. Im Jahr 1977, nach seinem Ausscheiden aus dem politischen Dienst, nahm er eine Professur für Internationale Diplomatie an der Georgetown-Universität in Washington an.

Politische Laufbahn – Erste politische Erfahrung sammelte Henry Kissinger als Berater des Gouverneurs Nelson A. Rockefeller ab 1957. In der Folge wurde er auch von den US-Präsidenten John F. Kennedy, Lyndon B. Johnson und Richard Nixon geschätzt. Mit der Wahl Richard Nixons zum Präsidenten 1968 wurde Kissinger offizieller Berater für Außen- und Sicherheitspolitik (National Security Advisor). Die USA hatten zu dem Zeitpunkt vor allem aufgrund des Vietnamkrieges im außenpolitischen Bereich deutliche Probleme, zugleich hatte die Sowjetunion im Nahen Osten die politische Oberhand gewonnen.

Im Juli und November 1971 unternahm er zwei geheime Reisen in die Volksrepublik China, um in Gesprächen mit dem damaligen Premierminister Zhou Enlai den Weg für Nixons Besuch und eine Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den USA zu bereiten. Diese Verhandlungen führten dazu, dass Kissinger heutzutage von führenden chinesischen Politikern häufig als »*der alte Freund des chinesischen Volkes*« bezeichnet wird.

Im gleichen Jahr bereiste er auch die Sowjetunion, wo er in Moskau das erste Abkommen zur Rüstungsbegrenzung zwischen den USA und der Sowjetunion vorbereitete. Er etablierte eine Politik der Entspannung zwischen beiden Staaten und war der amerikanische Unterhändler in den Strategischen Rüstungsbegrenzungsgesprächen, die im SALT-I-Vertrag gipfelten, sowie für den ABM-Vertrag zur Begrenzung strategischer Raketen (Anti Ballistic Missiles).

Auch mit dem nordvietnamesischen Le Duc Tho traf er sich im Geheimen und bereitete mit ihm Friedensgespräche vor, die 1973 zu einem Friedensvertrag im Vietnamkrieg führten. Der Krieg selber ging jedoch noch bis 1975, da Le Duc Tho die weitere Einmischung und Waffenlieferung der USA an die südvietnamesischen Truppen mit weiteren Kriegshandlungen beantwortete. Trotzdem erhielten beide Politiker 1973 für den Friedensvertrag den Friedensnobelpreis, den Le Duc Tho jedoch ablehnte.

Von 1973 bis 1974 spielte Kissinger eine große Rolle in den Friedensbemühungen zwischen Israel und den arabischen Ländern, vor allem Syri-

en. Er handelte das Ende des Jom-Kippur-Krieges aus, der mit Ägyptens und Syriens Versuch der Rückeroberung des im Sechstagekrieg an Israel verlorenen Sinai bzw. der annektierten Golanhöhen begonnen hatte. Im gleichen Jahr wurde Kissinger Drahtzieher beim Putsch des chilenischen Militärs gegen den demokratisch gewählten chilenischen Präsidenten Salvador Allende im Jahre 1974.

Mit der Amtsübernahme des US-Präsidenten Jimmy Carter schied Henry Kissinger aus dem Amt und zog sich weitestgehend aus dem politischen Wirken zurück. Er unterstützte die Präsidentschaftskandidatur Ronald Reagans 1981 und wurde nach dessen Wahl auch in dessen Beraterstab aufgenommen.

Sonstiges – 1987 erhielt er den Karlspreis der Stadt Aachen. Kissinger ist seit 1998 Ehrenbürger seiner Heimatstadt Fürth. Zuletzt weilte er 2004 in Fürth. Seit 1996 ist Kissinger Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der bundesunmittelbaren Otto-von-Bismarck-Stiftung.

Werke

- *Memoiren 1968–1973*, C. Bertelsmann, 1979
- *Memoiren 1973–1974*, C. Bertelsmann, 1982
- *Das Gleichgewicht der Großmächte*, Manesse Verlag Zürich, 1990
- *Die sechs Säulen der Weltordnung*, Siedler, 1992
- *Die Vernunft der Nationen: Über das Wesen der Außenpolitik*, Siedler, 1994
- *Jahre der Erneuerung. Erinnerungen*, Bertelsmann, 1999
- *Die Herausforderung Amerikas. Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, Propyläen, 2002

Literatur

- Seymour Hersh: *The Price of Power: Kissinger in the Nixon White House*, 1983
- Christopher Hitchens: *Die Akte Kissinger*, DVA, 2001; Original: *The Trial of Henry Kissinger*, Verso, 2001
- Eugene Jarecki: *The Trials of Henry Kissinger* (DVD), 2002

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Henry_Kissinger. Hauptautoren: Herrick, Achim Raschka, Magnus, Gerome, Keichwa, Intheusa, Nerd, KS80, AlphaCentauri, Mastad, Cardhu, Triebtäter, Parka Lewis, Stefan Kühn, Anathema, FlaBot, JPP, Ninjamask, anonyme Bearbeiter.

Le Duc Tho

Le Duc Tho (* 14. Oktober 1911 in Pich-Le in der *Nam Ha*-Provinz; † 13. Oktober 1990 in Hanoi; eigentlich *Phan Đình Khai*) war ein vietnamesischer Politiker.

Leben und Werk

Frühe Jahre und politische Entwicklung – Le Duc Tho wurde als Phan Đình Khai als Sohn eines Beamten der französischen Kolonialverwaltung Vietnams 1911 geboren. Schon in jungen Jahren war Le Duc Tho von radikalen Theorien fasziniert und 1930 war er Mitbegründer der indochinesischen kommunistischen Partei. Wegen seiner politischen Aktivitäten wurde er im selben Jahr zu zehn Jahren Zwangsarbeit auf die Insel Poulu Condor verbannt. 1936 entließ man ihn vorzeitig, danach ging er nach Nam Dinh und leitete die Propagandaarbeit der kommunistischen Partei. 1939 wurde er erneut verhaftet, konnte jedoch 1940 nach China fliehen und engagierte sich bei der Gründung der Liga für den Kampf um die Unabhängigkeit Vietnams. Im gleichen Jahr wurde er erneut inhaftiert und blieb bis 1944 im Gefängnis in Son La.

1945 wurde er Mitglied im Zentralkomitee und Ständigen Ausschuss der *Kommunistischen Partei Indochinas*. Im gleichen Jahr war er, gemeinsam mit Ho Chi Minh und Vo Nguyen Giap, Gründer der *Nationalen Front für die Befreiung Vietnams*, (*NFL*), auch Viet Minh und später Vietcong genannt. Ab 1948 organisierte er gemeinsam mit Le Duan den Kampf gegen die französische Kolonialmacht.

Politische Karriere im Nordvietnam – Nachdem 1954 die französischen Truppen nach der Niederlage gegen die vietnamesischen Aufständigen bei Dien Bien Phu abzogen und die Teilung des Landes bei der Genfer Indochinakonferenz beschlossen wurde, ging Le Duc Tho in die neue Hauptstadt Nordvietnams Hanoi und wurde Mitglied des Politbüros und Führer der kommunistischen Partei sowie Vorsitzender der südvietnamesischen Vietcong. Damit war er der führende Repräsentant der Region und nach 1954 auch Organisator von Widerständen und Anschlägen gegen die südvietnamesische Regierung. Die Widerstände gegen Südvietnam entstanden vor allem aufgrund der antikommunistischen Haltung des Landes sowie der Unterstützung der Regierung und der Truppen Südvietnams durch die USA, während sich die Situation der Wirtschaft nicht verbesserte.

Intervention in Südvietnam und Vietnamkrieg – Im Jahr 1960 organisierte sich der Widerstand in Südvietnam mit Unterstützung des nordvietnamesischen Vietcong in einer Befreiungsfront, die eine Wiedervereinigung beider Länder unter kommunistischer Führung anstrebte. Die Situation eskalierte bis zur Ermordung des Staatschefs Ngo Dinh Diem im November 1963 und der nachfolgenden, von den USA gestützten Militärjunta unter Nguyen Van Thieu und Nguyen Cao Ky. 1964 kam es dann zum Tonkin-Zwischenfall, in dem der US-amerikanische Zerstörer USS Maddox von nordvietnamesischen Torpedobooten beschossen wurde. Dieser Zwischenfall führte zu einer offiziellen Einmischung der USA in die Vietnamkrise und damit zum Beginn des Vietnamkriegs. Le Duc Tho wurde Leiter der militärischen Aktionen während des Krieges.

Der Vietnamkrieg dauerte bis 1975 an, erste Friedensverhandlungen zwischen Le Duc Tho und dem US-amerikanischen Sonderbotschafter und späteren Außenminister Henry Kissinger fanden allerdings bereits 1968 in Paris statt. Diese verliefen über mehrere Jahre; 1973 kam es nach mehreren Unterbrechungen und Zwischenfällen zu einem Waffenstillstandsabkommen.

Im gleichen Jahr wurde ihm und Henry Kissinger der Friedensnobelpreis verliehen. Le Duc Tho lehnte die Annahme des Preises jedoch mit der Begründung ab, dass in seinem Land noch immer kein Frieden herrsche.

Trotz des Rückzugs der US-amerikanischen Soldaten unterstützte die amerikanische Regierung die Südvietnamesen weiterhin mit Waffenlieferungen. Le Duc Tho leitete gemeinsam mit Vo Nguyen Giap die militärischen Aktionen gegen den südvietnamesischen Präsidenten Nguyen Van Thieu bis zum Ende des Truppenabzuges und des Krieges 1975. Im Juli 1976 kam es zur formellen Wiedervereinigung Vietnams als Sozialistische Republik Vietnam.

Intervention in Kambodscha – Im Jahr 1978 wurde unter dem Befehl von Le Duc Tho das Nachbarland Kambodscha besetzt, nachdem es bereits im Vorfeld mehrere militärische Auseinandersetzungen mit den Roten Khmer gab. Im Rahmen der Vereinigten Bewegung zur Befreiung Kambodschas, die in Hanoi gegründet wurde, sollten die Roten Khmer abgesetzt werden. Dies geschah im Januar 1979 durch den Einmarsch der vietnamesischen Truppen in Pnom Penh. Kambodscha blieb allerdings auch nach dem Rückzug der Roten Khmer bis 1989 und trotz internationaler Proteste von Vietnam besetzt.

Le Duc Tho selbst blieb bis zu seinem politischen Rückzug 1986 Mitglied des Politbüros von Nordvietnam. Er starb einen Tag vor seinem 79. Geburtstag im Jahr 1990 in Hanoi.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Le_Duc_Tho. Hauptautoren: Achim Raschka, Erwin E aus U, Magglz, Triebtäter, Rybak, Srbauer, anonyme Bearbeiter.

1974

Seán MacBride

Seán MacBride (* 26. Januar 1904 in Paris, † 15. Januar 1988 in Dublin) war ein irischer Politiker. 1974 erhielt MacBride zusammen mit Satō Eisaku den Friedensnobelpreis für seinen langjährigen Einsatz für Menschenrechte in den verschiedensten Funktionen und Organisationen.

Leben und Werk

Frühe Jahre – Seán MacBride wurde 1904 als Sohn eines irischen Offiziers und Freiheitskämpfers geboren. Sein Vater wurde 1916 als Teilnehmer des Ostaufstandes gegen die Briten hingerichtet, so dass Seán von seiner Mutter aufgezogen wurde. Er ging auf die kirchliche Schule Mount St. Benedict in Gorey und wurde bereits mit 14 Jahren erstmalig als Aufständischer gegen die Briten inhaftiert. Den Vertrag über die Unabhängigkeit Irlands 1921 lehnte er ab, da die Republiken des heutigen Nordirland in britischer Hand blieben, entsprechend beteiligte er sich auch in der Folge weiter am Unabhängigkeitskrieg. Nach der Niederlage der irischen Republikaner ging er nach London und wurde Journalist für die *Morning Post*.

Politische und juristische Karriere – 1926 kam er zurück nach Irland und schloss sich der *Irish Republican Army* (IRA) an und wurde 1928 Stabschef derselben. Mit der Verfassungsänderung 1937 löste er allerdings seine Bindung zu der Organisation wieder und studierte Rechtswissenschaften an der Universität in Dublin, danach arbeitete er wieder als Journalist. 1938 wurde er als Anwalt zugelassen und verteidigte während des Zweiten Weltkrieges vor allem irische Republikaner, die sich gegen den Krieg aussprachen und deshalb inhaftiert wurden.

Nach dem Krieg gründete Seán MacBride gemeinsam mit weiteren Mitstreitern die *Republican Party* und wurde von 1947 bis 1958 in das irische Parlament gewählt. Von 1948 bis 1951 war er irischer Außenminister und in dieser Funktion maßgeblich an der erfolgreichen Verabschiedung der Europäischen Menschenrechtskonvention beteiligt. 1954 ging er als Delegierter Irlands bis 1957 in den Europarat und war außerdem Berichterstatter der Währungskommission.

Einsatz für die Menschenrechte – Im Jahr 1961 gehörte Seán MacBride gemeinsam mit Peter Benenson zu den Gründern der Menschenrechtsorganisation *amnesty international*. Von 1961 war er Präsident der Organisation und setzte sich international für die Ziele und Ideen derselben ein. Dabei konnte er vor allem seine guten Kontakte nutzen, die er als Außenminister und Mitglied des Europarates aufgebaut hatte.

MacBride war außerdem in mehreren leitenden Positionen im *International Peace Bureau* und von 1963 bis 1970 Generalsekretär der *International Commission of Jurists*. 1973 wurde MacBride zum Kommissar der Vereinten Nationen für Namibia gewählt und blieb bis 1977 im Amt. Hier sollte er die Bemühungen der *South West Africa People's Organization* (SWAPO) unterstützen und eine Befreiung des Landes vorantreiben. 1977 gehörte er dann einer Arbeitsgruppe der *UNESCO* an, die die internationalen Kommunikationsprobleme untersuchen sollte. Er kritisierte, dass die Entwicklungsländer auch im Medienbereich in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den Industrienationen standen.

Neben dem Friedensnobelpreis 1974 erhielt MacBride eine Reihe weiterer Auszeichnungen, darunter den Lenin-Friedenspreis 1977, die American Medal of Justice 1978, die Silbermedaille der *UNESCO* 1980 sowie die Goldmedaille der *ALESCO* 1985. An fünf Universitäten wurde ihm die Ehrendoktorwürde verliehen. Er starb 1988 in Dublin.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Seán_MacBride. Hauptautoren: Achim Raschka, Hoheit, TillF, Jpp, Collector1805, Stefan Kühn, Triebtäter, Eckhart Wörner, Okrumnow.

Satō Eisaku

Satō Eisaku (jap. 佐藤 栄作 *Satō Eisako*; * 27. März 1901 in Tabuse, Yamaguchi; † 3. Juni 1975 in Tōkyō) war ein japanischer Politiker, der der liberaldemokratischen Partei angehörte. Er war von 1958 bis 1960 Finanzminister und von 1964 bis 1972 Premierminister Japans. In Anerkennung für Japans Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag erhielt Satō 1974 als erster Asiate den Friedensnobelpreis. Von 1964 bis 1975 war er Präsident der *International Karate Organization Kyokushinkaikan*.

Biographie

Frühe Jahre – Satō Eisaku wurde 1901 als Sohn des Beamten und Reisweinproduzenten Kishi geboren. Gemeinsam mit seinem Vater wurde

Satō Eisako von der Familie Satō adoptiert und nahm entsprechend diesen Namen an, sein Bruder Kishi Nobusuke dagegen behielt den Namen Kishi. Satō Eisaku besuchte die Kuniki-Schule in Tabuse und später eine höhere Schule in Kumamoto. Sein Studium absolvierte er an der Kaiserlichen Universität in Tōkyō, wo er sein Examen in den Rechtswissenschaften ablegte. Danach begann er seine Arbeit beim japanischen Eisenbahnministerium, wo er als Beamter für 24 Jahre tätig war. Er besuchte 1934 und 1937 Europa und die USA. 1941 wurde er Leiter des Kontrollbüros im Eisenbahnministerium, 1943 Chef des japanischen Eisenbahnsystems.

Politische Laufbahn – Während der ersten Amtszeit des Premierministers Yoshida Shigeru sollte er von diesem als Kabinettsleiter eingesetzt werden, dies wurde allerdings von den US-amerikanischen Besatzern verhindert. Diese hielten zu dem Zeitpunkt Yoshida Shigerus Bruder Kishi Nobusuke gefangen, den sie als Kriegsverbrecher betrachteten. Unter Katayama Tetsu wurde er 1947 bis 1948 stellvertretender Verkehrsminister Japans. Im Frühjahr 1948 wurde er Mitglied der Liberaldemokratischen Partei, wo er bald darauf Parteivorsitzender der Provinz Yamaguchi wurde. Im gleichen Jahr wurde er Kabinettsleiter unter Yoshida Shigeru. In den Jahren von 1949 bis 1972 war Satō Eisaku Mitglied des japanischen Unterhauses. Von 1951 bis 1952 übernahm er das Amt des Post- und Telegrafeministers, in den folgenden beiden Jahren das des Ministers für Wiederaufbau. Er wurde 1953 Generalsekretär seiner Partei. 1954 war er in einen Bestechungsskandal um eine japanische Werft verwickelt, trat in dem Jahr von seinem Posten zurück und trat einige Jahre politisch in den Hintergrund.

1958 wurde sein Bruder Kishi Nobusuke Premierminister. Dieser nahm Satō Eisaku als Finanzminister in sein Kabinett auf. 1961 wurde er dann Minister für Außenhandel und Industrie unter Ikeda Hayato. Von 1961 bis 1963 bekleidete er das Amt des Ministers für Wissenschaft und Technik und war zugleich Vorsitzender der japanischen Kernenergiekommission.

Premierminister Japans – Als Ikeda Hayato 1964 aufgrund eines Kehlkopfleidens zurücktrat, benannte er Satō Eisaku als seinen Nachfolger für das Amt des Premierministers, welches Eisaku bis 1972 behielt. Er setzte die Politik im Sinne seines Vorgängers fort und versuchte, die Wirtschaft weiter voranzubringen, indem er sich mehr und mehr der Politik der USA annäherte und diese bei ihrer Politik gegen Vietnam unterstützte.

1969 reiste Satō Eisaku nach Washington (D.C.), um Verhandlungen mit dem Präsidenten der USA Richard Nixon über die Rückgabe der im Pazifikkrieg besetzten Ryūkyū-Inseln an Japan zu verhandeln. Durch diese Verhandlungen wurde die Position Japans gestärkt; die USA akzeptierten Japan als gleichwertigen Partner. Die Übergabe des Okinawa-Archipels erfolgte am 15. Mai 1972. Im Juli des gleichen Jahres trat Satō Eisaku als Premierminister und als Parteiführer zurück. Damit war er acht Jahre ohne Unterbrechung im Amt und damit länger als jeder seiner Vorgänger, zudem stieg Japan während seiner Amtszeit wirtschaftlich auf und wurde die drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt.

1974 erhielt Satō Eisaku den Friedensnobelpreis für sein persönliches Engagement in der Versöhnungspolitik und für die Friedenspolitik im pazifischen Raum sowie für seinen Einsatz gegen die atomare Aufrüstung. Gemeinsam mit ihm erhielt auch Seán MacBride als Präsident des Internationalen Friedensbüros den Nobelpreis. Satō starb am 3. Juni 1975 in Tōkyō.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Satō_Eisaku. Hauptautoren: Achim Raschka, Wingman, Mkill, Urbanus, Nemonand, Oliver Mayer, Stefan Kühn, LERK, Triebtäter, Srbauer, anonyme Bearbeiter.

1975

Andrei Dmitrijewitsch Sacharow

Andrei Dmitrijewitsch Sacharow (russisch *Андрéй Дми́триевич Са́харов*, wiss. Transliteration *Andrej Dmitriewič Sacharow*; * 21. Mai 1921 in Moskau; † 14. Dezember 1989 in Moskau) war ein russischer Kernphysiker, Dissident und Nobelpreisträger. Er verteidigte die Menschenrechte und unterstützte die Zivilgesellschaft.

Leben

Jugend und Studium – Andrei Sacharow kam als Sohn des Physiklehrers Dmitri Iwanowitsch Sacharow und Jekaterina Alexejewna, geborene Sofiano, zur Welt. 1938 schloss er die Oberschule mit Auszeichnung ab, meldete sich 1939 freiwillig zur *Roten Armee*, studierte Physik an der Universität Moskau, beendete das Studium in Aschgabat, Turkmenistan. 1942 bis 1945 war er Ingenieur in einer Munitionsfabrik an der Wolga. 1947 promovierte er am Lebedew-Institut der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften in Nuklearphysik.

Nuklearphysiker – Von 1948 bis 1968 arbeitete Sacharow am sowjetischen Atomwaffenprogramm zunächst in Moskau, später in Saratow unter Kurtschatow. Er war davon überzeugt, dass ein nukleares Gleichgewicht die Welt vor der Zerstörung bewahren könne und fühlte sich als »Soldat des naturwissenschaftlich-technischen Krieges«. Er nahm maßgeblich an der Entwicklung der sowjetischen Wasserstoffbombe teil, die am 12. August 1953 gezündet wurde. Die von ihm entwickelte »Zar-Bombe« wurde ohne die letzte Fissionstufe getestet und war dennoch mit 50 bis 60 Megatonnen Sprengkraft der stärkste jemals gezündete Nuklearsprengsatz. Sacharow wurde jüngstes Vollmitglied der sowjetischen *Akademie der Wissenschaften*, er erhielt den Titel »Held der Sozialistischen Arbeit« und den *Stalinpreis*.

Von Sacharow stammen die Grundideen der drei wichtigsten Verfahren zur Realisierung der kontrollierten Kernfusion: der magnetische thermonukleare Reaktor (die spätere Tokamak-Anordnung), die Myonenkatalyse von Kernfusionsreaktionen, die er »Kalte Fusion« nannte,

und der Einsatz gepulster Laserstrahlung zur Aufheizung von Deuterium. Die bedeutendsten Arbeiten in der Kosmologie waren: die Erklärung der Baryonenasymmetrie des Weltalls und die induzierte Gravitation, die eine neue Richtung begründete.

Dissident – Nach 1955 setzte bei Sacharow ein Umdenken über die Atom- bombe ein. In jenem Jahr gab es bei einem Bombentest die ersten Toten. Sacharow war überzeugt, dass jeder künftige Versuch über 10.000 Opfer kosten werde. 1961 wandte sich Sacharow bei einem Treffen mit dem Chef der Kommunistischen Partei (KP) Nikita Chruschtschow gegen den Plan, eine 100-Megatonnen-Wasserstoffbombe in der Atmosphäre zu testen. 1962 beteiligte er sich an der Wissenschaftsopposition gegen den stalinistischen Chefbiologen Trofim Lyssenko, der sich gegen gar nicht so neue wissenschaftliche Erkenntnisse wie Genetik gesperrt hatte. 1966 unterzeichnete er einen Brief, in dem vor der Rehabilitierung Stalins gewarnt wurde.

Sacharow verurteilte 1968 die Zerschlagung des reformkommunistischen *Prager Frühlings* und veröffentlichte im Juli 1968 das Memorandum »Gedanken über Fortschritt, friedliche Koexistenz und geistige Freiheit«, in dem er sich für internationale Abrüstung und Kernwaffenkontrolle einsetzte. Als Folge wurde er aus dem sowjetischen Atomprogramm entlassen.

Menschenrechtler – 1970 gründete er ein *Komitee zur Durchsetzung der Menschenrechte* und verlangte in einem offenen Brief an die Regierung eine Demokratisierung der Sowjetunion. Die Regierung reagierte mit zunehmender Repression. Sacharow kümmerte sich um politische Häftlinge und setzte sich für das Selbstbestimmungsrecht von Krimtataren, Mescheten, Armeniern und Georgiern ein. 1974 trat Sacharow für seine Ziele in den Hungerstreik.

Am 10. Dezember 1975 wurde Sacharow der Friedensnobelpreis verliehen. Das Nobelkomitee würdigte seine Leistungen bei der Unterstützung Andersdenkender und sein Streben nach einer rechtsstaatlichen und offenen Gesellschaft. Die sowjetische Regierung verbot ihm, zur Verleihung nach Oslo zu reisen. Den Preis nahm seine Frau Jelena Bonner entgegen. In den Augen des KGB wurde Sacharow damit zum Staatsfeind. Nach Protesten gegen die sowjetische Invasion in Afghanistan wurde Sacharow am 22. Januar 1980 verhaftet und nach Gorki (heute Nischni Nowgorod) verbannt, wo er unter Aufsicht des KGB leben musste. Jelena Bonner blieb

sein einziger Kontakt zur Außenwelt, bis auch sie 1984 nach Gorki verbannt wurde. Dort arbeitete er am Entwurf einer neuen sowjetischen Verfassung und wurde Mitbegründer der International Academy of Science.

Im Dezember 1986 wurde die Verbannung Sacharows aufgehoben. Parteichef ➔Michail Sergejewitsch Gorbatschow bat ihn telefonisch, nach Moskau zurückzukommen und seine politische Tätigkeit fortzusetzen.

Politiker – 1987 wurde Sacharow als Parteiloser in den *Kongress der Volksdeputierten* gewählt, schloss sich dort der »interregionalen Arbeitsgruppe« der »Radikalreformer« an und versuchte, die sowjetische Verfassung zu reformieren. 1988 wurde er in die Leitung der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften berufen. 1989 wurde Sacharow Gründungsvorsitzender der russischen Gesellschaft *Memorial*, die die Geschichte der Gulag-Lager aufarbeitete.

Sacharow war in erster Ehe mit Klawdija Alexejewna Wichirewa verheiratet und zeugte mit ihr drei Kinder: Ljuba, Tanja und Dmitri. Nach ihrem Tod an Krebs 1969 war Sacharow seit 1970 mit Jelena Bonner verheiratet.

Sacharow starb am 14. Dezember 1989 in Moskau an einem Herzinfarkt. Seine Gesundheit war seit seiner Verbannung nach Gorki geschwächt. Er wurde auf dem Wakangowskoje-Friedhof beigesetzt.

Das Europäische Parlament verleiht seit 1985 jährlich den *Sacharow-Preis* an Menschen und Organisationen, die sich um die Verteidigung der Menschenrechte und der Freiheit des Geistes verdient gemacht haben.

Schriften

- Andrej Dimitrijewitsch Sacharow: *Stellungnahme*, Molden Wien/München/Zürich, 1974
- Andrej Dimitrijewitsch Sacharow: *Mein Land und die Welt*, Molden Wien/München/Zürich, 1975
- Andrej Dimitrijewitsch Sacharow: *Furcht und Hoffnung. Neue Schriften bis Gorki 1980*, Molden Wien/München/Zürich, 1980
- Andrej Dimitrijewitsch Sacharow: *Ausgewählte Texte*, Goldmann München, 1986
- Andrej Dimitrijewitsch Sacharow, Alexander Babjonyschew, Lew Kopelew: *Für Sacharow. Texte aus Rußland zum 60. Geburtstag am 21. Mai 1981*, DTV München, 1987
- Andrej Dimitrijewitsch Sacharow: *Furcht und Hoffnung. Kampf für Freiheit und Menschenrechte*, Goldmann München, 1987

- Andrej Dimitrijewitsch Sacharow, Cornelia Gerstenmaier (Hrsg.): *Den Frieden retten. Aufsätze, Briefe, Aufrufe 1978–1983*, Goldmann München, 1987
- Andrej Sacharow: *Mein Leben*, Piper, München 1991, ISBN 3-492-03259-1
- Andrej Sacharow, George Bailey: *Der Weg zur Perestroika*, Frankfurt am Main, 1991

Literatur

- Richard Lourie: *Sacharow. Eine Biographie*. Luchterhand München, 2003
- Andrej D. Sacharow. *Leben und Werk eines Physikers in einer Retrospektive seiner Kollegen und Freunde in der Moskauer Akademie der Wissenschaften*, Spektrum Akademie Verlag Heidelberg, 1991
- Andrej Sacharow. *Ein Porträt aus Dokumenten, Erinnerungen und Fotos*. Kiepenheuer Leipzig/Weimar, 1991

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Andrej_Dmitrijewitsch_Sacharow. Hauptautoren: ChrisM, Martin-DI, Wolley, Rosa Lux, Hannes2, Gunter.krebs, J budissin, Stern, Voevoda, FlaBot, Thuresson, Triebtäter, Hhielscher, Didiego, Sansculotte, El, anonyme Bearbeiter.

1976

Betty Williams



Abb. 66: Betty Williams

Betty Williams (geborene *Elisabeth Smyth*; * 22. Mai 1943 in Belfast, Nordirland) ist eine international tätige Friedensaktivistin. Für die Gründung der nordirischen Organisation *Community of Peace People* die sich für den Frieden in Nordirland einsetzt, wurde ihr 1976 zusammen mit Mairead Corrigan der Friedensnobelpreis verliehen.

Leben

Kindheit, Jugend, Familie – Betty Williams wuchs in Belfast als Tochter eines protestantischen Vaters und einer katholischen Mutter (deren Vater Jude war) in einfachen Verhältnissen auf; ihr Vater arbeitete in einem Metzgerladen, ihre Mutter war Hausfrau. Sie selbst wurde katholisch erzogen und besuchte die katholische Grundschule St. Theresa's und das St.-Dominic's-Gymnasium in Belfast und absolvierte anschließend Kurse an einer Handelsschule. Als sie 14 Jahre alt war, erlitt ihre Mutter einen Schlaganfall und wurde zum Pflegefall; Betty war seitdem für die Erziehung ihrer fünf Jahre jüngeren Schwester mitverantwortlich.

Nach ihrer Ausbildung arbeitete Betty Williams auf diversen Stellen. Vor ihrem politischen Engagement arbeitete sie am Wochenende nachts als Kellnerin, werktags als Sekretärin (»Mädchen für alles«) in einem Beratungsunternehmen.

Mit 18 Jahren heiratete sie 1961 den protestantischen Schiffsingenieur Ralph Williams, der von den Bermudas stammte. 1962 wurde ihr Sohn Paul, 1970 Tochter Deborah geboren.

Durch die interkonfessionelle Ehe ihrer Eltern war Betty Williams bereits früh sensibilisiert für die politischen Vorgänge in ihrem Land. Ihr protestantischer Großvater wurde in den 1940er Jahren am Arbeitsplatz tötlich angegriffen und dauerhaft gemobbt, als die Eheschließung seines Sohnes mit einer Katholikin bekannt wurde. Zwei ihrer Cousins wurden in den 1970er Jahren eher zufällig auf offener Straße getötet — der eine durch Protestanten, der andere durch die katholische IRA. Dennoch führte sie bis 1976 ein unpolitisches Leben.

Gründung der Community of Peace People – Den Auslöser für ihr politisches Engagement bildeten Ereignisse am 10. August 1976: Zwei IRA-Aktivisten versuchten, in ihrem Auto britischen Soldaten zu entkommen; der Fahrer wurde am Steuer erschossen und sein Begleiter schwer verletzt. Das Auto erfasste eine Frau und ihre drei kleinen Kinder, darunter ein Baby. Die Mutter überlebte schwer verletzt, alle drei Kinder starben.

Betty Williams, die in dieser Straße im Vorort Andersonstown lebte, hörte den Aufprall des Autos und wurde so Augenzeugin der Ereignisse. Geschockt und überwältigt fasste sie den unmittelbaren Entschluss, etwas gegen die alltägliche, sinnlose Gewalt zu unternehmen: Sie begann vor ihrer eigenen Tür und versuchte die Nachbarn aufzurütteln. Als die Medien über ihr Engagement berichteten und ihr Appell gegen die Gewalt und für Versöhnung zwei Tage nach dem Ereignis im Fernsehen ausgestrahlt wurde, wuchs innerhalb kürzester Zeit die Unterstützung, und es gab Friedensdemonstrationen mit (geschätzt) einer halben Million Menschen in ganz Großbritannien und Nordirland. Am nächsten Tag versammelten sich auf einen Aufruf von Betty Williams und der von ihr gegründeten Gruppe *Women for Peace* hin bereits 10.000 Menschen zu Demonstrationen in Andersonstown.

Zu diesem Zeitpunkt befand sich der Nordirlandkonflikt in seinem siebten Jahr; rund 1600 Menschen hatten bereits ihr Leben verloren, es gab zwar einige kleinere Friedensbewegungen, die aber selten mehr als einige Tausend Menschen aktivieren konnten.

Einige Tage nach der Beerdigung traf sich Betty Williams mit Mairead Corrigan, der Tante der drei getöteten Kinder, und mit dem Journalisten Ciaran McKeown. Sie verfassten die *Declaration of Peace People*, die aus wenigen, einprägsamen Formeln bestand:

- *Wir wollen leben und lieben und eine gerechte und friedliche Gesellschaft aufbauen.*
- *Wir wollen für unsere Kinder, ebenso wie für uns selbst, zu Hause, am Arbeits- und am Spielplatz, ein Leben voller Frieden und Freude.*
- *Wir erkennen an, dass der Aufbau eines solchen Lebens uns harte Arbeit und Mut abverlangt.*
- *Wir erkennen an, dass es viele Probleme in unserer Gesellschaft gibt, die Quellen von Konflikten und Gewalt sind.*
- *Wir erkennen an, dass jede einzelne Kugel, die abgefeuert wird, und jede explodierende Bombe diese Arbeit schwieriger macht*
- *Wir lehnen die Bombe und die Kugel und alle Techniken der Gewalt ab.*

- *Wir verpflichten uns, mit unseren Nachbarn in nah und fern, Tag und Nacht am Aufbau dieser friedlichen Gesellschaft zu arbeiten, in der die Tragödien, wie wir sie kannten, eine böse Erinnerung und eine stetige Warnung sein werden.*

Es folgte die so genannte *Peace Rallye*, in der überall in Nordirland Woche für Woche Friedensdemonstrationen stattfanden. Die Hauptaktivisten der *Community of Peace People*, zu der die *Women for peace* geworden war, reisten dazu in Bussen von Stadt zu Stadt. Als Höhepunkt organisierten Betty Williams und ihre Mitstreiter im Oktober 1976 eine Aktion auf dem Trafalgar Square in London, an der auch die amerikanische Sängerin und Friedensaktivistin Joan Baez teilnahm. Durch das internationale Interesse konnte ein Betrag von fast 300.000 englischen Pfund gesammelt werden, mit denen der Bau eines Hauptquartiers, die Verbandszeitung *Peace by Peace* und einige Kommunalprojekte finanziert wurden. Betty Williams und Mairead Corrigan reisten durch Europa, Australien und die USA, um ihre Ziele bekannt zu machen.

Im Oktober 1977 wurde den beiden Frauen für ihr Engagement für die *Peace People* der Friedensnobelpreis für das Jahr 1976 rückwirkend (1976 war der Preis zunächst nicht vergeben worden) zuerkannt, übergeben bekamen sie ihn im Dezember 1977. Betty Williams, die oft als die treibende Kraft der damaligen Bewegung gesehen wird, hielt stellvertretend für beide die Dankesrede. Darin sagte sie:

»Mitgefühl ist wichtiger als Intellekt, um die Liebe hervorzurufen, die die Friedensarbeit benötigt, und Intuition kann oftmals eine weit mächtigere Orientierungshilfe sein als kalte Vernunft. Wir müssen denken, hart nachdenken, aber wenn wir kein Mitgefühl haben, noch bevor wir überhaupt anfangen zu denken, werden wir den Kampf sehr wahrscheinlich nur über Theorien führen.«

Nach dem Nobelpreis – Die Verwendung des Preisgeldes von umgerechnet knapp 80.000 britischen Pfund sorgte für einigen Unmut innerhalb der *Peace People*: statt wie angekündigt Projekte in Entwicklungsländern zu unterstützen oder es für Projekte der Organisation zu verwenden, behielten die Frauen auf Initiative Betty Williams' jeweils ihre Hälfte der Summe für sich. Williams erklärte 1986 in einem Interview, dass sie zu dieser Zeit vollständig mittellos gewesen sei und das Geld angesichts ihrer gescheiterten Ehe und des zeitaufwändigen politischen Engagements dringend für ihren Lebensunterhalt gebraucht habe.

Für die Peace People war dies nur ein Aspekt aufkommender Konflikte: Finanzielle und persönliche Differenzen, Meinungsverschiedenheiten über die Ausrichtung der Organisation, aber auch die Emotionalität des Engagements führten Anfang 1980 zu einer Eskalation. Im Februar verließ Betty Williams die Peace People im Streit.

Im Oktober 1982 emigrierte sie mit ihrem zweiten Ehemann James Perkins, einem Mineralölmanager, und ihrer Tochter Deborah nach Florida/USA. Dort begann sie, sich für internationale Friedensprojekte einzusetzen. So traf sie 1992 mit dem neu gewählten US-Präsidenten Bill Clinton und seinem Vize Al Gore zusammen, um ihnen die Situation in Burma und Ost-Timor zu schildern und amerikanisches Engagement zu fordern. In Texas wurde sie von der Gouverneurin in die Kinder- und Jugendkommission berufen. 1997 gründete Williams die Kinderrechtsorganisation *World Centers of Compassion for Children International*, in der sie bis in die Gegenwart (2005) den Vorsitz hat.

Betty Williams ist Mitglied des Ehrenrates der UNO-Friedensuniversität (UPEACE) in Costa Rica und gehört dem Präsidium des Instituts für Demokratie in Asien mit Sitz in Washington (D.C.) an, von wo aus sie ihren Einsatz für Burma koordiniert. Außerdem ist sie Ehrenmitglied des Club of Budapest.

Für ihre Aktivitäten als »Friedenskämpferin« erhielt Betty Williams zahlreiche Auszeichnungen, so etwa den von Bill Clinton 1999 geschaffenen *Eleanor Roosevelt Award für Menschenrechte* oder den *Martin Luther King, Jr. Award*. 2002 lehrte sie an der Nova Southeastern University in Tampa, Florida. Im Jahr 2004 kehrte Betty Williams nach Nordirland zurück, wo sie bis heute (2005) lebt.

Auszeichnungen

- 1976 Friedenspreis des norwegischen Volkes
- 1976 Carl-von-Ossietsky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte
- 1976/1977 Friedensnobelpreis
- 1977 Ehrendoktorwürde der juristischen Fakultät der Universität Yale, USA
- Martin Luther King, Jr. Award
- Eleanor Roosevelt Award für Menschenrechte

Literatur

- Christiane Grefe: *Wir sind zum Durchhalten da, nicht zum Erfolgen*, in Charlotte Kerner: *Nicht nur Madame Curie – Frauen, die den Nobelpreis bekamen*, Belz Verlag Weinheim und Basel, 1999
- Ciaran McKeown: *The Passion of Peace*, Belfast, 1984
- Richard Deutsch: *Mairead Corrigan, Betty Williams. Two Women Who Ignored Danger in Campaigning for Peace in Northern Ireland*, 1977
- Sarah Boucher, Bettina Ling, Charlotte Bunch, *Mairead Corrigan and Betty Williams: Making Peace in Northern Ireland*, (Für Kinder von 9–12) 1994

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Betty_Williams. Hauptautoren: Elya, Achim Raschka, Ninjamask, El, Atamari, BS Thurner Hof, Stefan Kühn, Triebtäter, Eckhart Wörner, Reykholt, anonyme Bearbeiter.

Mairead Corrigan

Mairead Corrigan-Maguire (* 27. Januar 1944 in Belfast, Nordirland) ist die Mitbegründerin der bisher einflussreichsten Friedensbewegung Nordirlands, der *Community of Peace People*. Hierfür erhielt sie gemeinsam mit Betty Williams den Friedensnobelpreis des Jahres 1976.

Leben

Kindheit, Jugend, Berufstätigkeit – Mairead Corrigan wuchs als zweites von sieben Kindern in einfachen katholischen Verhältnissen in Belfast auf; ihr Vater war Fensterputzer, ihre Mutter Hausfrau. Als sie 13 Jahre alt war, zog ihre Familie nach Andersonstown, ein rein katholisches, sozial benachteiligtes Wohnviertel in Belfast. Sie besuchte die St. Vincent's-Grundschule und anschließend ein Jahr die Handelsschule, das *Miss Gordon's Commercial College*. Seit ihrem 16. Lebensjahr arbeitete sie als Sekretärin, meist als Stenotypistin. In den 1970er Jahren wurde sie Chefsekretärin in der Brauerei Arthur Guinness & Co. Sie blieb zunächst ledig und lebte bei ihren Eltern.

Privat engagierte Mairead Corrigan sich seit ihrer Jugend in der katholischen Laienorganisation Legio Mariae, die vor allem Jugend- und Randgruppenarbeit leistete. Gemeinsam mit einer Freundin gründete sie den ersten Kindergarten in Andersonstown, sammelte Spenden für die Einrichtung eines Veranstaltungshauses und leitete schließlich das dor-

tige Zentrum ihrer Laienorganisation. Außerdem gründete sie eine Einrichtung, die behinderten Kindern des Stadtviertels Spiel- und Erholungsmöglichkeiten bot.

1972 nahm sie zusammen mit einem protestantischen Pfarrer aus Belfast an der neunten Weltmissionskonferenz des Ökumenischen Rates der Kirchen teil und blieb drei Wochen in Thailand.

Im Auftrag der Legio Mariae reiste sie 1973 in die Sowjetunion, um dort Filmaufnahmen von christlichen Gemeinschaften zu machen; danach hielt sie Vorträge in Schulen, um über ihre Erlebnisse zu berichten.

Als zwischen 1972 und 1974 die Legio Mariae die einzige Laienorganisation war, denen der Kontakt zu Gefängnisinsassen gestattet wurde, besuchte sie jeden Sonntag katholische Gefangene und pflegte Kontakte zu ihren Familien.

1973 wurde einer ihrer Freunde, Leiter eines anderen Legio-Zentrums, getötet; sie übernahm nach seinem Tod auch die Betreuung der Jugendgruppen seines Viertels.

Gründung der Community of Peace People – Am 10. August 1976 wurde ein vor der britischen Armee fliehender junger IRA-Aktivist in seinem Auto von britischen Soldaten erschossen; in der Nähe gingen Maireads Schwester Anne mit ihren vier Kindern und ihrer Schwester Ellian spazieren. Das führerlose Auto erfasste die Gruppe. Der sechs Wochen alte Andrew und seine älteste Schwester Joanne waren sofort tot, der zweieinhalbjährige John starb nach wenigen Stunden. Die Mutter, Anne, wurde schwer verletzt und lag wochenlang im Koma. Einziger Überlebender der Familie war der siebenjährige Mark.

Der gewaltsame Zwischenfall war nicht der erste und nicht der letzte im bereits sieben Jahre andauernden Nordirlandkonflikt; er verursachte jedoch weit mehr Reaktionen als andere. Die üblichen gegenseitigen Schuldzuweisungen — war der 19-jährige IRA-Kämpfer der Schuldige oder die britischen Soldaten? — wurden abgelöst von einem auf beiden Seiten der Front empfundenen Überdruß der Gewaltspirale. Auch der Vater der Kinder und Mairead lehnten es vor den Medien ab, Schuldige zu benennen. Mairead Corrigan sagte:

»Es ist egal, ob es Katholiken oder Protestanten waren, das haben Anne und Jackie ihren Kindern immer wieder gesagt, und nun sind sie tot.«

Einen Tag, nachdem Corrigan im Fernsehen gesprochen hatte, und zwei Tage nach dem Ereignis richtete Betty Williams, die eine Augenzeugin des Unfalls war, ihren spontanen Aufruf zu Frieden und Versöh-

nung an die Menschen in Nordirland. Tage später trafen sie und Mairead Corrigan zusammen; das Ergebnis war die Demonstration am 14. August 1976, an der rund 10.000 Männer und Frauen, Katholiken und Protestanten, teilnahmen und gegen Gewalt protestierten.

Die organisierte Bewegung der *Peace People* wurde einige Tage nach der Beerdigung von den beiden Frauen und dem Journalisten Ciaran McKeown gegründet. Es folgte die so genannte *Peace Rallye*, in der überall in Nordirland Woche für Woche Friedensdemonstrationen stattfanden (vgl. dazu Betty Williams).

Im Oktober 1977 wurde den beiden Frauen für ihr Engagement für die *Peace People* der Friedensnobelpreis für das Jahr 1976 rückwirkend (in dem Jahr war der Preis zunächst nicht vergeben worden) zuerkannt, übergeben bekamen sie ihn im Dezember 1977, als die großen Kampagnen der *Peace People* bereits abgeschlossen waren. Die Organisation widmete sich nachhaltigeren Friedensprojekten, wie etwa der Jugend- und Versöhnungsarbeit.

Als Corrigan von der Entscheidung des Nobelkomitees hörte, sagte sie: *»Für mich bedeutet der Nobelpreis, dass wir die Welt durch Gewaltlosigkeit verändern können, und viele Menschen haben genau wie ich diese Vision.«*

Nach dem Nobelpreis – Gewaltlosigkeit war für Mairead Corrigan weiterhin der rote Faden in ihrer Arbeit. Der Nordirlandkonflikt ging trotz der Friedensaktivitäten unvermindert weiter; das Medieninteresse an den *Peace People* versandete bald. Corrigan jedoch setzte ihre Arbeit wie vor dem Nobelpreis konsequent fort. Im Dezember 1976 hatte sie ihren Beruf für die politische Arbeit aufgegeben.

Mairead Corrigans Schwester Anne, die von dem Unfall schwer körperlich und seelisch traumatisiert war, wanderte 1977 mit ihrem Mann und dem verbliebenen Sohn Mark nach Neuseeland aus. Der versuchte Neuanfang gelang nicht, und die Familie kehrte 1978 zurück nach Belfast. Obwohl Anne noch zwei weitere Kinder geboren hatte, vertieften sich ihre Depressionen, und sie beging Selbstmord. Im September desselben Jahres heiratete Mairead Corrigan ihren verwitweten Schwager und adoptierte ihren Neffen und die beiden Nichten. 1982 und 1984 wurden ihre beiden Söhne John Francis und Luke geboren.

Eine logische Konsequenz für Mairead Corrigan-Maguire in ihrer christlich motivierten Friedensarbeit war der Einsatz für die Ökumene. Am *Irishen Institut für Ökumene* absolvierte sie eine Weiterbildung in Ökumenischen Studien; sie ist eine der führenden Mitglieder des

Internationalen Versöhnungsbundes und der britischen Filiale von Pax Christi. Außerdem ist Betty Williams Ehrenpräsidentin der Initiative *Hands Off Cain*, die sich für die Abschaffung der Todesstrafe einsetzt, und eine der Initiatoren von *Child Right Worldwide*, einer Kinderschutzorganisation.

Eines der irischen Projekte der Peace People, das von Mairead Corrigan-Maguire maßgeblich mitgetragen wurde, ist die Einrichtung von interkonfessionellen Schulen in Nordirland. In Konsequenz wurde sie die Schirmherrin des *Nordirischen Rates für Integrierte Ausbildung (Northern Ireland's Council for Integrated Education)*.

Um ihr Anliegen zu vertreten, reiste Mairead Corrigan-Maguire in die USA, nach Australien und Neuseeland, Korea, Indien, Bangladesch und Japan, nach Afrika und in den Irak und nach Israel. In Burma setzte sie sich (vergeblich) für die Freilassung von ➔Aung San Suu Kyi ein; außerdem besuchte sie in Argentinien den Bürgerrechtler ➔Adolfo Pérez Esquivel, den sie selbst 1980 für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen hatte. Sie traf mit Papst Johannes Paul II., Königin Elisabeth II. und US-Präsident ➔Jimmy Carter zusammen. Im Jahr 2002 wurde sie Ratsmitglied des Weltfriedensrates in Kanada.

Auszeichnungen

- 1976 Friedenspreis des norwegischen Volkes
- 1976 Friedensnobelpreis
- 1976 Carl-von-Ossietszky-Medaille
- 1978 *Women of Achievement*, Ehrenpreis der UN
- 1990 Pacem in Terris Award
- Ehrendoktorwürden der Universität Yale, Universität Südkorea und des Collegeges New Rochelle (NY)
- 1992 *Distinguished Peace Leadership Award* der Nuclear Age Peace Foundation für »standhaftes Eintreten für Frieden und soziale Gerechtigkeit«

Literatur

- Christiane Grefe: *Wir sind zum Durchhalten da, nicht zum Erfolghaben*, in: Charlotte Kerner: *Nicht nur Madame Curie – Frauen, die den Nobelpreis bekamen*, Belz Verlag Weinheim und Basel, 1999
- Mairead Corrigan-Maguire: *The Vision of Peace: Faith and Hope in Northern Ireland*, 1999
- Ciaran McKeown: *The Passion of Peace*, Belfast, 1984

- Richard Deutsch: *Mairead Corrigan, Betty Williams. Two Women Who Ignored Danger in Campaigning for Peace in Northern Ireland*, 1977
- Sarah Boucher, Bettina Ling, Charlotte Bunch: *Máiread Corrigan and Betty Williams: Making Peace in Northern Ireland*, (Für Kinder von 9–12) 1994

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Mairead_Corrigan. Hauptautoren: Elya, Peter200, Kurt seebauer, BS Thurner Hof, Achim Raschka, Katharina, Triebtäter, Srbauer, Reykholt, anonyme Bearbeiter.

1977

amnesty international

amnesty international (ai) ist eine Nichtregierungsorganisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die »Allgemeine Erklärung der Menschenrechte« und andere Menschenrechtsdokumente, wie z. B. der *Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte* oder der *Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte*. Sie recherchiert Menschenrechtsverletzungen, betreibt Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit und organisiert Brief- und Unterschriftenaktionen, z. B. in Fällen von Folter oder drohender Todesstrafe.

Gründungsgeschichte

amnesty international wurde 1961 in London von dem englischen Rechtsanwalt Peter Benenson gegründet. Ihm soll die Idee zur Gründung gekommen sein, als er in der Zeitung zum wiederholten Mal über das ungerechtfertigte Handeln von Regierungen gegen die eigene Bevölkerung las. Der Artikel berichtete von zwei portugiesischen Studenten, die in einem Lissabonner Restaurant deutlich hörbar auf die Freiheit anstießen. In Portugal war die Erwähnung des Wortes »Freiheit« zu jener Zeit verboten; die beiden Studenten wurden festgenommen und zu sieben Jahren Haft verurteilt. Am 28. Mai 1961 veröffentlichte Benenson in der britischen Zeitung »The Observer« einen Artikel, in dem er die Leser aufrief, sich durch Briefe an die jeweiligen Regierungen für die Freilassung von politischen Gefangenen einzusetzen. Er schrieb: *»Sie können ihre Zeitung an jedem x-beliebigen Tag aufschlagen und Sie werden in ihr einen Bericht über jemanden finden, der irgendwo in der Welt gefangenommen, gefoltert oder hingerichtet wird, weil seine Ansichten oder seine Religion der Regierung nicht gefallen.«* Diese Aktion, »Appeal for amnesty, 1961« genannt, gilt als der Anfang von ai. Zu den Gründungsmitgliedern gehörte auch der irische Politiker Seán MacBride, der von 1961 bis 1974 auch Präsident der Organisation war. Das Logo von amnesty international, eine mit Stacheldraht umwickelte Kerze, wurde von der englischen Künstlerin Diana Redhouse geschaffen.

Die deutsche Sektion von ai wurde 1961 von Gerd Ruge, Carola Stern und Felix Rexhausen in Köln gegründet.

Ziele

amnesty international recherchiert fortlaufend zur Menschenrechtssituation weltweit und führt Aktionen gegen spezifische Menschenrechtsverletzungen durch, insbesondere gegen die Gefangennahme von gewaltlosen politischen Gefangenen, unfaire Gerichtsverfahren für politische Gefangene, Folter, die Anwendung der Todesstrafe und außergerichtliche Hinrichtungen, politisches Verschwindenlassen oder andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlungen.

Einige Jahre wird die derzeitige internationale Kampagne »Gewalt gegen Frauen verhindern« laufen, in welcher im Wechsel besonders problematische Fälle von Gewalt gegen Frauen betrachtet werden.

Aufbau der Organisation

amnesty international zählt mehr als 1,5 Millionen Mitglieder und Förderer in mehr als 149 Staaten. In 55 Staaten gibt es Sektionen, die eine kontinuierliche Menschenrechtsarbeit garantieren. Die größeren Sektionen unterhalten in der Regel ein Sekretariat mit hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Sektion koordiniert die Arbeit der Mitglieder und ist die Verbindungsstelle zwischen den Gruppen und dem Internationalen Sekretariat in London. Die Sektionen entsenden Vertreter in den Internationalen Rat, das oberste Gremium von ai auf internationaler Ebene, das alle zwei Jahre zusammentritt. Der Rat legt Politik und Arbeitsweise von ai fest und wählt das Internationale Exekutivkomitee, dem die Führung der laufenden Geschäfte der Organisation obliegt. Unter der Verantwortung des Exekutivkomitees steht auch das Internationale Sekretariat in London, an dessen Spitze die internationale Generalsekretärin steht. Zurzeit ist dies die Bangladescherin Irene Khan.

1976 erhielt amnesty international den Erasmuspreis und 1977 den Friedensnobelpreis.

Weblinks

- Internationale Homepage von amnesty international (↗ <http://www.amnesty.org>) (englisch, französisch, spanisch, arabisch)
- Sektion Deutschland (↗ <http://www.amnesty.de>)

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Amnesty_international. Hauptautoren: Gala, Jule, Addicted, Hoch auf einem Baum, Dialin-212-144-129-214.arcor-ip.net, Stefan64, Adlerwarte, Zwobot, Urs Mohn, Franziska, Melmoth1984, Achim Raschka, Wikibach, Malteser.de, anonyme Bearbeiter.

1978

Anwar as-Sadat

Mohammed Anwar as-Sadat (* 25. Dezember 1918 in Mit Abul-kum, einem Dorf im Nil-Delta, † 6. Oktober 1981 in Kairo) war ein ägyptischer Staatsmann und Staatspräsident. Neben Nasser und anderen war er Mitgründer des *Geheimbunds der Freien Offiziere*. Für seine Bemühungen im Friedensprozess mit Israel erhielt er zusammen mit Menachem Begin 1978 den Friedensnobelpreis.



Abb. 67: Anwar as-Sadat (1978)

Kindheit und Jugend

Anwar Sadat wurde am 25. Dezember 1918 in Mit Abul-kum, einem Dorf im Nil-Delta, damals noch unter dem Familiennamen Sadati, geboren. Er war sehr mit seiner Heimat verbunden.

Sadat wuchs mit seinen drei Geschwistern in Mit Abul-kum bei seiner Großmutter auf, während sein Vater, Mohammed Mohammed el-Sadaty mit seiner zweiten Frau Kheirallah im Sudan lebte, wo er bei einem britischen Sanitätstrupp als Dolmetscher arbeitete. Sadat fühlte sich offensichtlich in der Dorfgemeinschaft wohl, wo er Grundwerte des Zusammenlebens wie Zusammengehörigkeit, Nachbarschaftshilfe, Respekt vor Älteren, aber auch traditionelle Werte und Religiosität lernte. Neben diesem Gefühl der Geborgenheit erlebte er aber auch Krankheit, Armut und Analphabetismus. Diese frühen Eindrücke spiegelten sich in seiner späteren Sozialpolitik wieder, in der er sich für Armenfürsorge, ein gutes Gesundheitssystem und Bildung für alle einsetzte. Mit sechs Jahren zog er mit seinem Vater in eine Wohnung im Kairoer Vorort Kubri el-Kubba.

Sadat, der Revolutionär

Nachdem sich Sadat kurz für die Schauspielerei interessiert hatte, entschied er sich für den Eintritt in die Armee, die zu dieser Zeit ein hohes Ansehen genoss. Mit einigen Schwierigkeiten schaffte er es, in die Militärakademie aufgenommen zu werden, welche er nach einem neunmonatigen Kurzlehrgang im Februar 1938 als Leutnant der Infanterie verließ.

Nach seiner Entlassung von der Militärakademie heiratete er die Tochter des Ortsvorstehers von Mit Abul-Kum, Eqbal Affifi. Er wurde in den Kairoer Vorort Ma'adi zu einer Signaleinheit versetzt. Dies ließ die Frustration über den Status Ägyptens als Quasi-Vasallenstaat Großbritanniens in ihm wachsen.

Sadat war zu der Überzeugung gekommen, dass Ägypten nur durch Gewalt sowohl von den Engländern wie von der korrupten Regierung jener Zeit befreit werden konnte. Dazu wollte er eine Organisation innerhalb der Streitkräfte bilden, um die Revolution auszuführen. Während seiner Stationierung in Manquabad fand er einige Gleichgesinnte. Zu dieser Zeit begegnet er auch erstmals Gamal Abdel Nasser. 1939 gründete sich dann die erste geheime Organisation von Militärs, die sich *The Free Officers* nannte und von Sadat geleitet wurde.

Etwa zeitgleich brach der Zweite Weltkrieg aus; auch Ägypten wurde zum Kampfschauplatz. Die Sympathien der Ägypter lagen dabei auf Seiten der Deutschen, die die verhassten Briten bekämpften. Sadat schmiedete heimlich Pläne, wie man sich die Deutschen zunutze machen könnte. Er wurde Mitglied in einem Geheimbund innerhalb der ägyptischen Luftwaffe, dessen Ziel es war, Kontakt mit den Deutschen aufzunehmen und die Briten mit ihrer Hilfe zu vertreiben. Es kam in der Folge tatsächlich zu einem Verschwörungsversuch mit zwei deutschen Spionen. Sadat sollte diesen dabei behilflich sein, einen Sender bei den Briten einzuschleusen. Das Komplott flog auf, und Sadat wurde von der britischen Sicherheitspolizei verhaftet. Er wurde zunächst ins Ausländergefängnis in Kairo gebracht und Ende 1942 in ein Gefängnis im 260 Kilometer südlichen Minieh verlegt.

Im Oktober 1944 gelang es Sadat aus einem Militärhospital zu fliehen, nachdem der zwei Jahre in verschiedenen Gefängnissen verbracht hatte. Fortan musste er als Flüchtling im Untergrund leben.

Nach seiner Flucht – der Krieg war inzwischen beendet – wurde Sadat zum politischen Kämpfer, immer noch die Beseitigung der Briten als Ziel. Er verstrickte sich in verschiedene Mordkomplote gegen die ägyptische Führungsriege, die mit der britischen Besatzungsmacht zusammenarbeitete. Das erste Ziel der Verschwörer war Nahhas Pasha, der Führer der *Wafd-Partei*-Regierung, die mit Hilfe eines britischen Ultimatums 1942 installiert worden war. Als ein Attentatsversuch auf ihn scheiterte, wurde Amin Osman, auch ein Mitglied der Regierung Nahhas, zur nächsten Zielscheibe. Osman wurde am 6. Januar 1946 erschossen. Sadat und seine Komplizen wurden gefasst und festgenommen.

Zwei Jahre wartete Sadat auf seinen Prozess, der ab Januar 1948 stattfand und 84 Sitzungen beanspruchte. Elf der Angeklagten, einschließlich Sadat, wurden freigesprochen.

Sadat wird Präsident

Am 1. Juli 1953 wurde die Republik Ägypten ausgerufen. Ali Muhammad Nagib wurde zum ersten Präsidenten ernannt und viele Mitglieder des revolutionären Kommandorats wurden Minister. Nasser bekleidete den Posten des Innenministers.

Sadat erhielt keinen Ministerposten, da ihm einige aus der revolutionären Führung skeptisch gegenüberstanden. Er wurde zunächst Herausgeber der Tageszeitung »Gumhuriyeh«, die als Sprachrohr des revolutionären Kommandorats fungierte. Nach der Vereinigung von Ägypten und Syrien zur Vereinigten Arabischen Republik 1958 wurde Sadat zum Sprecher des gemeinsamen Parlaments ernannt. Die Vereinigte Arabische Republik zerfiel jedoch bereits 1961 wieder. 1966 wurde Sadat zum Sprecher des ägyptischen Parlaments gewählt.

Das Jahr 1967 brachte mit dem Sechstagekrieg eine katastrophale Niederlage für die arabischen Staaten und damit auch für Ägypten. Nach dem Suizid des ägyptischen Verteidigungsministers Abdel Hakim Amer blieben von dem Revolutionären Kommandorat nur noch Hussein Shafei, Zakarah Mohieddin und Anwar as-Sadat übrig. Nasser vereidigte Sadat vor seinem Abflug zur Arabischen Gipfelkonferenz in Rabat als Vizepräsidenten. In dieser Position blieb Sadat bis zu Nassers Tod am 28. September 1970. Sadat übernahm nun das Präsidentenamt kommissarisch für eine Übergangszeit von 60 Tagen, in der durch eine Volksbefragung ein neuer Präsident bestimmt werden sollte. Am 15. Oktober 1970 wurde Sadat als neuer Präsident der Ägyptischen Republik durch eine Volksabstimmung bestätigt, er erhielt 90 Prozent der Stimmen.

Der lange Weg zum Frieden

Die gescheiterte Friedensinitiative von 1973 – Die erste Aufgabe, die Sadat zu Beginn seiner Amtszeit bewältigen musste, war, den innenpolitischen Machtkampf für sich zu entscheiden. Es gab viele Kritiker und Konkurrenten, vor allem in der Armeeführung. Große Differenzen gab es vor allem mit der prosovjatischen Gruppe um Ali Sabri, die alles daran setzte, Sadats Macht zu beschneiden. Doch dieser zeigte schnell, dass er mit der Macht umzugehen wusste, er besetzte alle wichtigen Positionen in Regierung, Kabinett und Massenmedien mit loyalen Unterstützern.

Sadats erster, unerwarteter außenpolitischer Schritt war das Verkünden einer »Friedensinitiative« am 4. Februar 1971, nur vier Monate nach seiner Machtübernahme. Da er nicht dazu in der Lage war, den Krieg gegen Israel fortzuführen, wollte er nun Israel mit dieser Friedensinitiative in die Defensive treiben. Israel sollte sich aus dem Sinai zu den Pässen zurückziehen, im Gegenzug würde Ägypten den Sueskanal wiedereröffnen. Im Anschluss sollte ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet werden, Ägypten würde die diplomatischen Beziehungen zu den USA wiederherstellen, und schließlich sollte ein Friedensvertrag mit Israel mit Hilfe des UN-Sondergesandten für den Nahen Osten, Gunnar Jarring, geschlossen werden.

Die 1971 von Sadat verkündete Friedensinitiative hatte bei weitem nicht die Wirkung wie sein Vorstoß sechs Jahre später. Die erste offizielle Reaktion aus Israel kam von Premierministerin Golda Meïr in einem NBC-Interview am 6. Februar 1971. Eine detailliertere und vorsichtiger Reaktion der Premierministerin gab es am 9. Februar nach einer langen Debatte in der Knesset. Ihr seien die Äußerungen Sadats viel zu vage, sagte sie, und sie sehe in ihnen die Wiederholung üblicher Phrasen.

Seine erste größere außenpolitische Tat war die Unterzeichnung eines Freundschafts- und Bündnisvertrags mit der Sowjetunion am 27. Mai 1971. Dies verwirrte nicht zuletzt die Amerikaner, denn es war unverständlich, warum Sadat zuerst seine prosovjatischen Regierungsmitglieder beseitigt hatte und anschließend einen solchen Vertrag unterzeichnete. Insgeheim hatte er sich aber schon längst dazu entschieden, was er am 8. Juli 1972 in die Tat umsetzte: die Ausweisung aller sowjetischen Experten. Anlass für diesen drastischen Schritt war das erneute Ausbleiben sowjetischer Waffenlieferungen. Sadat verfügte, dass alle Experten (ca. 15.000) Ägypten binnen einer Woche verlassen sollten und sämtliche Ausrüstung, darunter vier MiG-25-Flugzeuge, in die UdSSR zurück gebracht werden sollten.

Der Yom-Kippur-Krieg und die Folgen – Sadat hatte schon länger an einen Kurswechsel in der ägyptischen Außenpolitik gedacht. Er begann, einen »begrenzten« Krieg mit einer doppelten Zielsteckung zu planen: Die Ehre der ägyptischen Armee, die sie in der Schmach von 1967 eingebüßt hatte, durch eine Revanche an Israel zurückzugewinnen und die Supermächte, v. a. die USA, zum Eingreifen in den Friedensprozess zu bewegen.

Die Folge dieser Politik war der Yom-Kippur-Krieg. Er wurde sorgfältig in Abstimmung mit Syrien vorbereitet und startete mit einem Überraschungsangriff am 6. Oktober 1973. Schon kurz vor und während des Krieges begann sich eine entscheidende Entwicklung zu verstärken: das

Engagement der USA in Person des Außenministers der 1972 gewählten Nixon-Regierung → Henry Kissinger. Er kontaktierte Sadat bereits vier Tage nach Kriegsbeginn, um ihm mitzuteilen, das durch einen Waffenstillstand eine gute Chance auf eine befriedigende Lösung bestand. Diese Initiative, und eine zwei Tage später durch den britischen Premier Edward Heath mit demselben Ziel wurden von Sadat, der unter dem Eindruck der ägyptischen Anfangserfolge stand, abgelehnt. Dies und die Eröffnung der zweiten ägyptischen Angriffswelle am 14. Oktober veranlassten Washington zur Freigabe der Waffenluftbrücke nach Israel. Letztlich aber führte der Druck der USA und auch der Sowjetunion, die ebenfalls für einen Waffenstillstand plädierte, dazu, dass der ägyptische Staatspräsident in einen Waffenstillstand aufgrund der UN-Resolutionen 242 und 338 einwilligte. Dasselbe tat Israel, am 24. Oktober wurde das Feuer eingestellt.

Im November 1973 stimmte Sadat einem 6-Punkte-Plan von Golda Meir zu. Es wurde vereinbart, am Kilometerstein 101 an der Straße Kairo-Sues ägyptisch-israelische Gespräche über eine Zurücknahme der Streitkräfte und eine Rückkehr zu den Frontlinien vom 22. Oktober zu beginnen. Diese Verhandlungen wurden unter Aufsicht der *Vereinten Nationen* geführt. Im Januar 1974 wurde das erste Abkommen zur Truppenentflechtung zwischen Ägypten und Israel unterzeichnet.

Das Verhältnis zu den USA begann sich, trotz Vorbehalte beider Seiten, zu intensivieren. Washington verfolgte als Reaktion auf den Oktoberkrieg und das arabische Ölembargo eine Umarmungstaktik gegenüber den arabischen Frontstaaten, vor allem Ägypten, die eine Revision der bisherigen Prämissen bedeutete. Diese neue Außenpolitik fand symbolisch ihren Niederschlag in Nixons Kairo-Besuch im Juni 1974. Die Nixon- bzw. Ford-Regierung räumte der Nahost- und Ölpolitik nach dem Abschluss des Vietnam-Abkommens 1973 Priorität ein. Im Gegensatz zu den Interessen der USA, die auch eine starke wirtschaftliche Begründung hatten, standen die Forderungen der arabischen Staaten: Rückzug der israelischen Truppen aus den 1967 besetzten Gebieten, Wiederherstellung der nationalen Rechte der Palästinenser und ein Ende der Siedlungspolitik. Der wichtigste Faktor in der Strategie Sadats war die Zurückgewinnung des besetzten Landes.

Der Nixon-Besuch weckte in Sadat neue Hoffnungen. Er machte deutlich, dass sich Ägypten seine verlorenen Territorien zurückholen werde, ob mit Gewalt oder ohne. Kissinger, der auch unter Ford Außenminister blieb, überzeugte Sadat schließlich davon, dass ein schrittweises Vorgehen

einem umfassenden Friedensvertrag vorzuziehen sei. Am 1. September wurde ein zweites Truppenentflechtungsabkommen unterzeichnet.

Von der Sadat-Initiative bis Camp David – Die Installation der Carter-Regierung markierte den Beginn eines Versuchs, die Konfliktparteien und Streitpunkte umfassender anzusprechen. Während des Wahlkampfes 1976 hatte Carter eine ehrgeizigere Strategie gefordert, die zu diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Staaten führen sollte. Die neue US-Strategie schien noch nicht aufzugehen. Sie rückte zwar ab von einer für die arabischen Staaten wenig hoffnungsvollen ein-dimensionalen Nahostpolitik, doch wurde die einseitige Parteinahme für Israel in allen strittigen Fragen beibehalten.

So kam es zu jener historischen Rede zur ägyptischen Parlamentseröffnung am 9. November 1977, um den Repräsentanten des israelischen Volkes klarzumachen, dass es bei ihnen lag, die Wahl zu treffen, wenn sie den Frieden wollten. Sadat verkündete, er würde bis ans Ende der Welt, selbst nach Israel in die Knesset gehen, wenn er dadurch den Tod eines einzigen Soldaten vermeiden könne.

Der israelische Ministerpräsident → Menachem Begin war zu Verhandlungen bereit, stellte auch Bedingungen. Die Reaktion seitens der arabischen Staaten waren verheerend. Syrien, Irak, Libyen und Algerien brachen die diplomatischen Kontakte mit Ägypten ab, die PLO verurteilte die Initiative energisch. Sadat hatte gehofft, dass die arabischen Staaten an den Verhandlungen teilnehmen würden, und glaubte weiterhin, dass ein ägyptisch-israelischer Friede eine Art Domino-Effekt für die Region haben könnte.

Am 19. November kam es dann zu dem spektakulären Israel-Besuch Sadats, als er auf dem Ben-Gurion-Flughafen bei Tel Aviv landete. → Begin und sein gesamtes Kabinett begrüßten ihn, und tausende Israelis bejubelten ihn auf seinem Weg nach Jerusalem. Am Tag darauf sprach Sadat vor dem israelischen Parlament, der Knesset.

In seiner Rede erklärte Sadat, er sei nicht nach Israel gekommen, um ein Separat-Abkommen zu schließen, denn ein solches könne nicht zu einem dauerhaften Frieden in der Region führen. Dazu sei eine Lösung des Palästinenserproblems nötig und er wolle dieses Problem nicht verschieben, sondern nun eine umfassende Lösung her-



Abb. 68: Menachem Begin, Jimmy Carter und Anwar as-Sadat in Camp David

beiführen. Als Grundlagen für einen Frieden nannte er den vollständigen Rückzug Israels einschließlich Ost-Jerusalem, die Anerkennung eines Palästinenserstaates, international anerkannte und sichere Grenzen, die Begründung bilateraler Beziehungen auf Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen, also Gewaltverzicht zur Lösung von Meinungsverschiedenheiten, und die Beendigung des Kriegszustandes im Nahen Osten.

Es dauerte fast ein Jahr, bis sich Sadat und Begin nach zähen bilateralen Verhandlungen und durch das Eingreifen Jimmy Carters bewegt zu Friedensgesprächen nach Camp David zurückzogen. Nach 13 harten Verhandlungstagen wurde schließlich ein Friedensabkommen mit historischem Stellenwert vereinbart. Es war das erste zwischen einem arabischen Staat und Israel überhaupt. Schnell zeigte sich aber, dass die Vorstellungen, die Sadat in seiner Knesset-Rede der Weltöffentlichkeit präsentiert hatte, illusorisch und nicht umsetzbar waren. Zu einem umfassenden Frieden, den es bis heute nicht gibt, war die Zeit lange nicht reif. Die arabischen Staaten fühlten sich verraten und waren zu keinen Verhandlungen bereit. Die Palästinenser, ebenfalls in einem schockähnlichen Zustand durch den Alleingang Ägyptens, hatten immer noch keine ausreichend legitimierte Führung, die an Verhandlungen hätte teilnehmen können. Letztlich war auch Israel zu keinen größeren Zugeständnissen bereit, Sadat erhielt aber Sinai zurück, was die arabische Moral stärkte und den Mythos von Israels Unbesiegbarkeit zunichte machte.

1978 erhielten Begin und Sadat für ihren Einsatz für den Frieden den Friedensnobelpreis. Am 6. Oktober 1981 wurde Mohammed Anwar as-Sadat bei einem Attentat während einer Militärparade in Kairo von einem islamistischen Soldaten seiner Armee erschossen. Sein Nachfolger wurde Mohamed Hosni Mubarak.

Literatur

- Anwar as-Sadat: *Unterwegs zur Gerechtigkeit*, Wien u. a., 1978
- Mohammed Heikal: *Sadat, das Ende eines Pharao: eine politische Biographie*, Düsseldorf, Wien, 1984
- Joseph Finklestone: *Anwar Sadat: visionary who dared*, London [u. a.], 1996
- Raphael Israeli: *Man of defiance: a political biography of Anwar Sadat*, To-towa, NJ, 1985

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Anwar_as-Sadat. Hauptautoren: Erwin E aus U, Cuyahoga, Azhai, Mathias Schindler, POY, Pierre gronau, Bahnmoeller, Ilion, Atamari, Jed, Bender235, Achim Raschka, Krje, Sebastian-Andrae, Phrood, Störfix, Frollo, Maha, W.wolny, X4u, Dominik, anonyme Bearbeiter.

Menachem Begin

Menachem Begin (* 16. August 1913 in Brest-Litowsk; † 9. März 1992 in Jerusalem) war israelischer Ministerpräsident und Außenminister.



Abb. 69: Menachem Begin in Camp David

Leben und Werk

Aktivität im Untergrund – Begin wurde in Brest-Litowsk (damals Russland, heute Weißrussland) geboren. Sein Vater war Sekretär der dortigen jüdischen Gemeinde und seine Mutter entstammte einer Rabbinerfamilie; beide wurden während des Holocaust von den deutschen Nationalsozialisten getötet. Menachem ging auf die hebräische Misrachi-Schule und besuchte danach ein polnisches Gymnasium.

Seit 1929 gehörte er der zionistischen *Betar*-Bewegung an. Er studierte Rechtswissenschaften an der Universität in Warschau und stieg zugleich in führende Positionen der *Betar* auf. Von 1936 bis 1938 war er Generalsekretär des tschechoslowakischen Betarzweiges und 1939 wurde er Chef der polnischen *Betar*, im gleichen Jahr floh er von den einrückenden Deutschen nach Litauen, wurde dort jedoch von den einmarschierenden Russen inhaftiert und als »Agent des britischen Imperialismus« zu acht Jahren Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt.

Im Jahr 1941 wurde er freigelassen, trat freiwillig der polnischen Armee bei und wurde später in den Mittleren Osten überstellt. Als er aus der Armee 1942 entlassen wurde, trat er in die jüdische Untergrundorganisation *Irgun* (auch als *Etzel* bekannt) ein und wurde 1947 deren Führer.

Er war verantwortlich für den Sprengstoffanschlag auf das King David Hotel in Jerusalem, bei dem 91 Menschen ums Leben kamen. Von den 91 Menschen waren 16 britische Staatsangehörige. Menachem Begin, der auch die Verantwortung für das Massaker vom 9. April 1948 in Deir Yassin trug, wurde von den Briten als Terrorist gesucht. Er bemühte sich, Waffen für die *Irgun* nach Israel zu schaffen, wobei das Transportschiff, die *Altalena*, nach dem Beschuss auf Befehl von David Ben Gurion sank.

Politische Aktivität in Israel – Nach der Proklamation des Staates Israel 1948 löste sich die *Irgun* auf; Begin gründete die *Herut*-Partei, die später die führende Kraft im *Likud*-Block wurde. Seine Partei, die eine Ausdehnung der Grenzen Israels auf die Grenzen des Altertums anstrebte, wurde

bereits 1949 drittstärkste Kraft im israelischen Parlament. Begin hielt sich jedoch im Hintergrund und wurde aufgrund seiner terroristischen Vergangenheit auch gemieden. Mitte der 1960er Jahre wurde er Oppositionsführer im Parlament, nach dem Sechstagekrieg 1967 wurde er Minister im Kabinett von Levi Eschkol.

Im Jahr 1977 wurde die *Likud*-Partei stärkste Kraft der Regierung und Menachem Begin ab Mai 1977 der sechste Ministerpräsident des Staates Israel. Im November desselben Jahres kam es zum historischen Treffen mit Ägyptens Präsident ➔ Muhammad Anwar as-Sadat. Auf Vermittlung von US-Präsident ➔ Jimmy Carter war das Jahr 1978 gekennzeichnet durch Verhandlungen auf dessen Feriensitz Camp David, die im März 1979 zum israelisch-ägyptischen Friedensabkommen führten. Begin und Sadat erhielten dafür den Friedensnobelpreis des Jahres.

Nach den Grundsätzen dieses Vertrages übergab Israel die Sinai-Halbinsel an Ägypten. Zugleich wurden alle israelischen Siedlungen (auch die Stadt Yamit) entfernt. Begin musste sich erheblichem Widerstand innerhalb des eigenen Regierungslagers aussetzen, dies führte zugleich zu einem Bruch innerhalb des *Likud*-Blocks. Im Juni 1981 wurde seine politische Rolle jedoch durch erneute Wahlen bestätigt und er blieb weiterhin Ministerpräsident. Vor allem seine Siedlungspläne für das Westjordanland und die Besetzung der Golanhöhen in Syrien brachten ihm Stimmen der orthodoxen Juden, während er sich international erneut auf Konfliktkurs begab.

Im Jahre 1982 ließ Begin die Armee in den Libanon einmarschieren. Dies rechtfertigte er mit der Begründung, dass die *Palästinensische Befreiungsorganisation* PLO von dort aus über die nördliche israelische Grenze Raketenangriffe steuerte. So begann die Operation »Frieden für Galiläa«, die lediglich sechs Monate dauerte, obwohl die israelischen Besatzungstruppen bis 2000 im Libanon verblieben. Weltweites Aufsehen erregte die Besetzung Beiruts im September 1982 mit dem Massaker in den Palästinenserlagern von Sabra und Schatila: Christliche libanesische Milizen massakrierten dort Hunderte von Palästinensern – Frauen, Männer und Kinder –, ohne dass die in Beirut stationierten israelischen Armeeeinheiten eingriffen. Nach einer israelischen Untersuchung musste schließlich der Hauptverantwortliche für die Libanon-Intervention, der damalige Verteidigungsminister Ariel Scharon, zurücktreten. Am 17. Mai kam es zu einem israelisch-libanesischen Abkommen, welches einen vollständigen Rückzug der israelischen Truppen vorsah, im Juli des Jahres zog Begin einen Teil der Truppen tatsächlich ab.

Begin selbst trat im August 1983 tief enttäuscht und deprimiert über den Krieg, aus Kummer über den Tod seiner Ehefrau und wegen langer Krankheit zurück. Er starb 1992 in Jerusalem.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Menachem_Begin. Hauptautoren: Achim Raschka, Erwin E aus U, Peter200, Magnus, ColumbanLeathan, Hoheit, Triebtäter, FlaBot, Mac, W.wolny, Zwobot, Bahnmoeller, Sansculotte, anonyme Bearbeiter.

1979

Mutter Teresa



Abb. 70: Mutter Teresa erhält von Ronald Reagan 1985 die Freiheitsmedaille

Mutter Teresa (Ordensname, bürgerlich **Agnes Gonxhe Bojaxhiu**, * 27. August 1910 in Skopje / Mazedonien, † 5. September 1997 in Kalkutta / Indien) war eine katholische Nonne albanischer Herkunft, Gründerin des Ordens »Missionarinnen der Nächstenliebe« und Trägerin des Friedensnobelpreises. Sie wurde am 19. Oktober 2003 von Papst Johannes Paul II. selig gesprochen.

Leben und Werk

Frühe Jahre und Ausbildung – Mutter Teresa wurde am 27. August 1910 als Agnes Gonxhe Bojaxhiu in Skopje geboren, der heutigen Hauptstadt der selbstständigen Republik Mazedonien. Gonxhe (das albanische Wort für »Blütenknospe«) wuchs in einer wohlhabenden albanisch-katholischen Familie auf. Sie wurde von ihren Eltern sehr religiös erzogen. Als sie zehn Jahre alt war, starb ihr Vater überraschend; sie widmete sich daraufhin noch mehr ihrem Glauben. Schon im Alter von zwölf Jahren entschied sie sich für ein Leben als Nonne. Dieser Wunsch wurde von ihr konsequent verfolgt, und so bat sie im Alter von 18 Jahren um die Aufnahme in den *Loreto-Orden*. Dieser Orden engagierte sich mit seinen Mitgliedern besonders im Unterrichtswesen in Bengalen/Indien. Sie konnte jedoch nicht sofort mit ihrer Arbeit in Indien beginnen. Anfangs wurde sie erst in die Zentrale des Loreto-Ordens nach Irland gerufen. Am 28. September 1928 reiste sie aus Skopje nach Irland ab. Nach nur zwei Monaten durfte sie ihren Wunsch erfüllen und sich dem Loreto-Orden in Bengalen anschließen. In Kalkutta legte sie ihr erstes Gelübde ab. Daraufhin war sie 17 Jahre in der St. Mary's School in Kalkutta tätig. Von ihrer Tätigkeit als Lehrkraft wurde sie zur Direktorin befördert.

Arbeit in Indien – Auf einer ihrer zahlreichen Fahrten durch die Millionenstadt Kalkutta verspürte sie 1946 die »göttliche Berufung«, den Armen zu helfen. Erst zwei Jahre später erhielt sie die Erlaubnis, den Orden zu verlassen. Mutter Teresa wurde exklaustriert, d. h. sie konnte den Orden verlassen, ohne ihren Nonnenstatus aufgeben zu müssen. Fortan lebte Mutter Teresa unter den Ärmsten der Armen in den Slums von Kalkutta. Ein berühmt gewordenes Porträt von ihr im Magazin LIFE brachte ihr den Beinamen »Saint of the Gutters« ein.

Sie hatte 1949 selbst die indische Staatsbürgerschaft angenommen und gründete 1950 den Orden *Missionarinnen der Nächstenliebe*. Wie in allen katholischen Orden verpflichteten sich die Mitglieder auf die so genannten Evangelischen Räte der Ehelosigkeit, der Armut und des Gehorsams. Später wurde der Orden vom Papst anerkannt und unterstand seiner Kontrolle. Mutter Teresa kümmerte sich mit ihrem Orden besonders um Sterbende, Waisen und Kranke. Ihr spezielles Engagement lag jedoch in der Betreuung der Leprakranken. Heute gehören über 3000 Ordensschwestern und über 500 Ordensbrüder in 710 Häusern in 133 Ländern der Erde dem Orden von Mutter Teresa an. Für ihr Wirken erhielt sie zahlreiche Preise. Der bedeutendste war ohne Zweifel der Friedensnobelpreis 1979.

Wenige Tage nach dem Tod von Prinzessin Diana, den sie sehr bedauert hatte, starb Mutter Teresa am 5. September 1997. Unter großer Anteilnahme der Weltöffentlichkeit wurde sie in Kalkutta beigesetzt.

Der Selig- und Heiligsprechungsprozess begann im Juni 1999. Dies geschah unter besonderer Erlaubnis von Papst Johannes Paul II., da üblicherweise dieser Prozess frühestens 5 Jahre nach dem Tod eines Menschen eingeleitet werden darf. Die Seligsprechung geschah am 19. Oktober 2003 und war damit die schnellste Seligsprechung der Neuzeit. Dies ist ein deutlicher Hinweis auf die hohe Bedeutung von Mutter Teresa.

Kritik an der Arbeit Mutter Teresas – Mutter Teresas Name war bei vielen Christen schon zu Lebzeiten ein Synonym für Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe. Von einigen wird sie wie eine Heilige verehrt. Anerkannt ist, dass sie und ihr Orden sich auf der ganzen Welt, vor allem aber in Kalkutta, für arme und kranke Menschen einsetzte und durch die Gründung von Waisen- und Sterbehäusern den Menschen half, die unter katastrophalen Umständen leben müssen.

Seit den 1990er Jahren sah sie sich aber auch scharfer Kritik ausgesetzt. So wurde ihr vorgeworfen, sie und ihr Orden würden das Leid der ihnen anvertrauten Menschen zum Teil eher vergrößern, als ihnen zu helfen.

Als Hauptkritikpunkte wurden angeführt:

- Die Behandlung (im Sterbehaus in Kalkutta) fand in der Regel durch medizinisch nicht ausreichend ausgebildete Schwestern statt. Dem entgegengehalten wird, dass Ärzte sich weigerten, diese meist dem Tod geweihten, hoch ansteckenden Patienten zu behandeln, Krankenhäuser die Aufnahme nicht zahlungsfähiger Patienten verweigerten etc. Viele Ärzte hingegen arbeiten freiwillig stunden- oder tageweise in Ambulanzen oder Krankenstationen der Schwestern in aller Welt. Auch intern wird ausgebildet bzw. sich um Ausbildung bemüht.
- Im Sterbehaus wurde keine ausreichende Schmerzbehandlung erteilt, wobei die unterlassenen schmerzlindernden Maßnahmen nicht medizinisch kontraindiziert waren, sondern dem Mangel an Ärzten, der Hinnahmementalität der Hindus und Moslems sowie dem streng konservativen, auf »Gottesnähe durch Leiderfahrung« geprägten Selbstverständnis von Mutter Teresa entsprang. Sie selbst allerdings suchte in ihren späteren Lebensjahren Behandlung in Elite-Kliniken.
- Der Orden benutze das ihm zufließende Geld nicht zweckmäßig für die Verbesserung dieser Umstände. Der Verbleib der dem Orden zufließenden Mittel, die laut Schätzungen 100 Millionen USD im Jahr ausmachen, sowie deren genaue Höhe sind unbekannt, da sich der Orden weigert, seine Finanzen offen zu legen. In einigen Niederlassungen wie in Papua-Neuguinea verwende der Orden das Geld statt für die Hilfe für die Armen ausschließlich für deren Missionierung. Grundlagen einer jeden Niederlassung sind aber Armenspeisung, Besuch von Kranken, Betreuung verlassener Kinder.
- Mutter Teresa nahm Spenden von Diktatoren und Kriminellen wie der Frau von Haitis ehemaligem Diktator Jean-Claude Duvalier und dem Millionenbetrüger Charles Keating entgegen. Ihre Anhänger verweisen darauf, dass auch Jesus mit den Sündern speiste und dafür Tadel erntete.
- Ein weiterer Kritikpunkt ist Mutter Teresas entschiedene Ablehnung der Abtreibung, die dem Menschenbild der katholischen Kirche entspricht, nach dem jeder Mensch von Anfang an seine Würde hat, gleichgültig, ob er körperlich oder geistig gesund oder krank, gewollt oder ungewollt empfangen wurde. Auch jede Form von künstlicher Verhütung wurde von Mutter Teresa abgelehnt. Diese absolute Ablehnung von Abtreibung und Verhütung machte sie auch zum zentralen Thema ihrer Rede bei der Entgegennahme des Friedensnobelpreises 1979.

Auszeichnungen

- Damien Dutton Award
- 1962 – Ramon Magsaysay Award
- 1973 – Templeton–Preis
- 1979 – Friedensnobelpreis
- 2003 – Seligsprechung

Werke

- *Der einfache Weg*, Bastei-Lübbe Bergisch-Gladbach, 1997
- *Leben, um zu lieben*, Herder Freiburg, 1999
- *Was zählt, ist das Herz. Gebete, Gedanken Meditationen*, Benno-Verl. Leipzig, 2004

Literatur

- Aroup Chatterjee: *Mother Teresa. The Final Verdict*, Meteor Books Kalkutta, 2003
- Christopher Hitchens: *The missionary position. Mother Teresa in theory and practice*, Verso Books London, 1995
- Thomas T. Mundakel: *Der Engel der Armen. Mutter Teresa, die Biographie*, Pattloch Verlag München, 2003

Filme

- Klaus Vetter (Buch und Regie): *Mutter Teresa oder die Freiheit, arm zu sein*, Kathol. Filmwerk, Frankfurt/M., 1975 (Videokass., VHS, 45 Min.)
- Kevin Connor (Dir.): *Mutter Teresa, im Namen der Armen Gottes*, 1997 (Videokass., VHS 93 Min.)

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Mutter_Teresa. Hauptautoren: El, Necrosausage, Gimpkiller, Benedikt, Stefan64, Achim Raschka, Hafenbar, Darina, Immanuel Giel, Illyrian^Prince, DaB., Gbust, Caeschfloh, Triebtäter, Zwobot, Breeze, Gugganij, M aus du, TheFlyingDutchman, Trytocatchme, Hpwerner, Andrvoss, Marcu, Hildegund, anonyme Bearbeiter.

1980

Adolfo Maria Pérez Esquivel

Adolfo Maria Pérez Esquivel (* 26. November 1931 in Buenos Aires) ist ein argentinischer Bildhauer, Architekt und Bürgerrechtler. 1980 erhielt er auf Grund seines an Mohandas Gandhi orientierten gewaltfreien Einsatzes für die Menschenrechte den Friedensnobelpreis. 1987 wurde er Präsident der *International League for the Rights and Liberation of People*.



Abb. 71: Pérez Esquivel

Leben und Werk

Frühe Jahre und künstlerisches Schaffen – Adolfo Pérez Esquivel wurde 1931 in Buenos Aires in Argentinien geboren, sein Vater stammte allerdings aus Spanien und war Fischer. Er besuchte eine private Schule und begann nach dem Abitur mit einem Studium der Architektur an der Kunsthochschule in Buenos Aires. 1956 schloss er dieses Studium mit dem Diplom ab. Er arbeitete in der Folge als Bildhauer und lehrte bis 1974 als Professor Architektur an mehreren Hochschulen. Als Bildhauer gewann er mit dem *Premio la Nación de Escultura* einen der wichtigsten Kulturpreise des Landes. Mit seinem 1966 geschaffenen Werk *Templo del Sol* versuchte er präkolumbianische Kunstmerkmale in seine Kunst einfließen zu lassen, daneben stellte die Mutterschaft eines seiner zentralen Themen dar.

Sozialer Einsatz – Im Jahr 1968 gehörte Adolfo Maria Pérez Esquivel auf einer Konferenz aller lateinamerikanischen Menschenrechtsgruppen zu den Begründern der Organisation *Servicio Paz y Justicia* (Dienst für Frieden und Gerechtigkeit). Dies war eine Reaktion auf die politischen und sozialen Verhältnisse in Argentinien unter der Herrschaft des Diktators Juan Carlos Onganía, die mit einer Verelendung einer breiten Bevölkerungsschicht sowie staatlichen Repressalien einhergingen.

Im Jahr 1973 gründete er die Zeitung *Pay y Justicia* als Monatszeitschrift und Organ für die lateinamerikanische Menschenrechtsbewegung. 1974

gab er seine Professorentätigkeit auf und widmete sich vollständig der Arbeit in der Organisation und der Koordinierung der Gruppen in Lateinamerika. In dem Jahr wurde er auch zum Generalsekretär der Organisation gewählt, er selbst konzentrierte sich auf die Förderung der Ausbildung der Armen und die Selbsthilfe. 1974 startete er außerdem eine Kampagne für landsuchende Indios. 1975 bereiste er Paraguay und unterstützte die sich dort etablierende Bauernliga bei ihrem Kampf gegen Regierungsattacken.

1976 bereiste Adolfo Maria Pérez Esquivel Europa und die USA und versuchte, die Ziele und Bemühungen seiner Organisation dort zu bewerben. In dem Jahr wurde der argentinische Präsident Isabel Perón durch einen Militärputsch gestürzt und von General Jorge Rafael Videla abgelöst. Dieser schränkte die Pressefreiheit ein und setzte massive Mittel gegen Kritiker im Lande ein. 1977 wurde auch Adolfo Maria Pérez Esquivel verhaftet und für 14 Monate inhaftiert. Während dieser Zeit wurde er von Amnesty International betreut, die für seine Freilassung eine internationale Kampagne starteten. 1978 wurde er wieder freigelassen, jedoch für weitere neun Monate unter Hausarrest gestellt. Erst 1980 konnte er wieder aktiv werden. Als er in diesem Jahr den Friedensnobelpreis erhielt, war nicht nur er selbst, sondern auch die auch internationale Öffentlichkeit überrascht.



Abb. 72: Pérez Esquivel

Nach dem Einmarsch der argentinischen Truppen auf die Falklandinseln und dem nachfolgenden Falklandkrieg wurde Jorge Rafael Videla gestürzt und Raúl Alfonsín als erster Präsident Argentiniens in freien Wahlen bestätigt, Videla wurde 1985 zu lebenslanger Haft verurteilt. Alfonsín versuchte, die Menschenrechte wieder herzustellen.

Adolfo Maria Pérez Esquivel wurde 1987 Präsident der *International League for the Rights and Liberation of People*. Nebenher doziert er an der Universidad de Buenos Aires an der Fakultät für Sozialwissenschaften (Facultad de Ciencias Sociales). Er erhielt die Ehrendoktorwürde der St. Joseph University in Philadelphia. Sein Preisgeld wendete er v. a. für die Unterstützung seiner Organisation, für Indios im Land sowie für wohnungslose Familien auf.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Adolfo_Maria_Pérez_Esquivel. Hauptautoren: Achim Raschka, Dolos, Jorges, Luke, Patrick-br, AndreasPraefcke, Rybak, Stefan Kühn.

1981

Zweitverleihung UNHCR

In diesem Jahr ging der Friedensnobelpreis wie bereits im Jahr 1952 an das
 → *United Nations High Commissioner for Refugees*. Ausführliche Informationen zu dieser Organisation finden sich im Eintrag dort.

1982

Alva Myrdal

Alva Myrdal, geb. Reimer (* 31. Januar 1902 in Uppsala; † 1. Februar 1986 in Stockholm) war eine schwedische Soziologin, Politikerin und Friedensnobelpreisträgerin.

Leben

Myrdal stammte aus einem sehr sozialdemokratischen Elternhaus. Sofort nach dem Abitur immatrikulierte sie sich an der Universität Stockholm für die Fächer Philosophie, Psychologie und Sozialwissenschaften. Diese Fächer belegte sie auch in Uppsala, London, Leipzig und Genf. 1924 heiratete sie den Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Gunnar Myrdal. Mit ihm hatte sie einen Sohn, den späteren Schriftsteller Jan Myrdal.

In den Jahren 1936 bis 1948 leitete Alva Myrdal das von ihr gegründete *Sozialpädagogische Seminar* in Stockholm. Zu dieser Zeit war sie schon weit über die Landesgrenzen als Sozialreformerin bekannt geworden. Einige ihrer Ideen wurde von der schwedischen Arbeiterpartei (ab 1932 war sie mit ihrem Ehemann Gunnar Myrdal Mitglied) verwirklicht.

Zwischen 1945 und 1947 gab Myrdal das mehrsprachige Flüchtlingsmagazin »Via Suecia« heraus; in den Jahren 1946 bis 1948 war sie die Herausgeberin der Zeitschrift »Round table on social problems«.

Nach Kriegsende war Myrdal auch maßgeblich an der Gestaltung des schwedischen Wohlfahrtsstaates mitbeteiligt. Auch vertrat sie ihr Land bei internationalen Konferenzen: Der ILO-Konferenz 1945 in Paris und 1947 in Genf, der UNESCO-Konferenz 1946 in Paris und 1956 in New Delhi u. a.

Von 1951 bis 1955 war Myrdal leitende Angestellte der UNESCO; 1956 wurde sie als Botschafterin ihres Landes nach Indien und Ceylon entsandt. 1961 wurde sie ins schwedische Außenministerium berufen und ab 1962 als Abgeordnete ins schwedische Parlament gewählt.

Im Alter von 84 Jahren starb Alva Myrdal am 1. Februar 1986 in Stockholm.

Sie sprach mehrere Sprachen, doch ihre Bücher und Reden wurden alle in Englisch veröffentlicht.

Auszeichnungen

- 1970 Friedenspreis des deutschen Buchhandels gemeinsam mit ihrem Gatten Gunnar Myrdal
- 1980 Albert-Einstein-Friedenspreis
- 1982 Friedensnobelpreis gemeinsam mit ➔ Alfonso García Robles

Werke

- Crisis in the population problem (1934)
- The game of disarmament (1976)
- The missing father (1936)
- Post war planning (1976)

Literatur

- Heike Brandt: *Und Aufgeben ist des Menschen nicht würdig*, in: Charlotte Kerner: *Nicht nur Madame Curie – Frauen, die den Nobelpreis bekamen*, Belz Verlag Weinheim und Basel, 1999

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Alva_Myrdal. Hauptautoren: Teiresias, Leonardo, Peter200, BS Thurner Hof, 217, Triebtäter, Rybak, Peterlustig, Neumeier, Stefan Kühn, Eckhart Wörner, anonyme Bearbeiter.

Alfonso García Robles

Alfonso García Robles (* 20. März 1911 in Zamora, Michoacán; † 2. September 1991 in Mexiko-Stadt) war ein mexikanischer Diplomat und Politiker. 1982 bekam er mit der Schwedin ➔ Alva Myrdal (Frau von Gunnar Myrdal) den Friedensnobelpreis für seine Verdienste um die Abrüstung.

Diplomatische Karriere

Alfonso García Robles studierte nach seinem Schulbesuch Rechtswissenschaften in Mexiko-Stadt. Danach ging er nach Europa und studierte in Den Haag und Paris Völkerrecht. Seinen Diplomatendienst begann er 1939 als Mitarbeiter der mexikanischen Botschaft in Schweden bis 1941. Danach wurde er Verantwortlicher für politische Angelegenheiten der Zentrale des mexikanischen diplomatischen Dienstes bis 1946.

Von 1946 bis 1957 ging er zu den ➔ Vereinten Nationen (UNO) und wurde Direktor des Generalsekretariats. Sein Aufgabenbereich umfasste vor allem den Nahen Osten, und so wurde die Schaffung des Staates Israel 1948 zu einer seiner ersten Aufgaben bei der UNO. Ab 1958 übernahm

er die Leitung der Sektion Europa, Asien und Afrika im mexikanischen Außenministerium. Von 1962 bis 1964 wurde er Botschafter in Brasilien, danach bis 1971 Staatssekretär im Außenministerium.

Von 1971 bis 1975 wurde Alfonso García Robles Botschafter bei den Vereinten Nationen und vertrat dort den Staat Mexiko. Zwischen 1975 und 1976 war er Außenminister von Mexiko. 1977 wurde er der ständige Vertreter von Mexiko beim Abrüstungskomitee der UN. Dabei spielte er eine wichtige Rolle bei der Unterzeichnung des Vertrages von Tlateloco, welches Lateinamerika zu einer atomwaffenfreie Zone machte. Auch bei der UNO-Sonderkonferenz, die 1978 erstmalig stattfand, profilierte er sich vor allem als Rüstungsgegner, wobei er die Aufrüstung der Großmächte als »Gleichgewicht des Terrors« bezeichnete. In der Folge wurde er 1985 zum Vorsitzenden des UN-Abrüstungskomitees gewählt.

Im Rahmen dieser Tätigkeit war er vor allem Wegbereiter der Abrüstungsgespräche zwischen den USA und der Sowjetunion, die 1985 ihre seit zwei Jahren unterbrochenen Gespräche wieder aufnahmen. In den Jahren 1986 und 1987 kam es dann zu einem Vertragsschluss zwischen dem US-Präsidenten Ronald Reagan und dem sowjetischen Staatschef ➔ Michail Sergejewitsch Gorbatschow, bei dem beide der Vernichtung eines Teils ihrer Atomwaffen zustimmten. 1991 wurde dies für etwa 30 Prozent der Waffen konkretisiert, außerdem entstand 1990 ein Vertrag zwischen dem Wahrschauer Pakt und der Nato zur Entwaffnung Europas.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Alfonso_García_Robles. Hauptautoren: Achim Raschka, Cassandra, Starwash, Martin-vogel.

1983

Lech Wałęsa

Lech Wałęsa (* 29. September 1943 in Popowo bei Lipno, Polen) ist ein polnischer Politiker. Der Elektriker war von 1980 bis 1990 Vorsitzender der Gewerkschaft *Solidarność* und von 1990 bis 1995 Staatspräsident Polens. Er organisierte den politischen Wandel Polens von einem kommunistischen Land zur Demokratie.

Leben

Jugend und Heirat – Er wurde als Sohn eines Schreiners und seiner Frau in sehr armen Verhältnissen geboren, wuchs streng katholisch auf. Er besuchte die Grund- und die elektrotechnische Berufsschule und galt als durchschnittlich begabt. Zwischen 1961 und 1965 versuchte er sich als Automechaniker. 1967 begann er als Elektriker auf der *Lenin-Werft* in Danzig (polnisch *Stocznia Gdańska im. Lenina*, heute Stocznia Gdańska) zu arbeiten. 1968 heiratete er Mirosława Danuta Wałęsowa. Das Paar hat inzwischen acht Kinder.

Gewerkschaftsführer – 1970 war Lech Wałęsa Mitglied des illegalen Streikkomitees auf der Danziger Werft. Nach dem blutigen Ende des Streiks, bei dem über 80 Arbeiter von der Polizei getötet wurden, wurde er verhaftet und wegen »anti-sozialen Verhaltens« zu einem Jahr Haftstrafe verurteilt. 1976 verlor Wałęsa seine Arbeit, weil er Unterschriften für eine Petition zur Errichtung eines Denkmals für die getöteten Arbeiter gesammelt hatte. Weil er auf einer informellen schwarzen Liste stand, fand er nirgendwo Arbeit und lebte von den Zuwendungen von Freunden.

1978 organisierte er zusammen mit Andrzej Gwiazda und Aleksander Hall die illegale Untergrundvereinigung *Freie Gewerkschaft Pommerns* (polnisch *Wolne Związki Zawodowe Wybrzeża*). 1979 wurde er mehrfach wegen Betreibens einer *anti-staatlichen* Organisation verhaftet. Doch das Gericht sprach ihn frei. Er durfte das Gefängnis Anfang 1980 verlassen und seine Arbeit auf der *Lenin-Werft* wieder aufnehmen.

Nach dem Beginn des Streiks und der Besetzung der Danziger Werft erkletterte Wałęsa am 14. August 1980 illegal die Werftmauer und wurde

zum Streikführer. In ganz Polen folgten Arbeiter spontan dem Danziger Beispiel und legten in ihren Betrieben die Arbeit nieder. Einige Tage später stoppte er Arbeiter, die die Danziger Werft verlassen wollten und überzeugte sie, ein Streik-Koordinationskomitee (polnisch *Międzyzakładowy Komitet Strajkowy*) zu bilden, das den Generalstreik in Polen anleiten und unterstützen sollte.

Im September des gleichen Jahres unterzeichnete die kommunistische Regierung mit dem Streik-Koordinationskomitee eine Vereinbarung, die freie Vereinigungen legalisierte. Das Streik-Koordinationskomitee legalisierte sich als *Nationales Koordinationskomitee der freien Gewerkschaft Solidarität* (polnisch *Solidarność*). Wałęsa wurde Vorsitzender.

Er behielt dieses Amt bis Dezember 1981, als Premierminister Wojciech Jaruzelski das Kriegsrecht verkündete. Am 14. November 1982 wurde Wałęsa für elf Monate im südöstlichen Polen, nahe der Grenze zur Sowjetunion, interniert. Das US-amerikanische Magazin *Time* kürte ihn zum »Mann des Jahres«.

1983 beantragte er, als Elektriker auf die Danziger Werft zurückkehren zu dürfen. Während er offiziell als »einfacher Arbeiter« behandelt wurde, stand er tatsächlich bis 1987 unter Hausarrest.

1983 wurde Wałęsa der Friedensnobelpreis verliehen. Weil er fürchtete, bei einer persönlichen Entgegennahme des Preises nicht wieder ins Land gelassen zu werden, nahm seine Ehefrau den Preis in Oslo entgegen. Das Preisgeld stiftete Wałęsa dem Exil-Hauptquartier der Gewerkschaft *Solidarność* in Brüssel.

Von 1987 bis 1990 organisierte Wałęsa das halblegale *Zeitweise Exekutivkomitee der Gewerkschaft Solidarność*. 1988 organisierte er erneut einen Besetzungstreik auf der Danziger Schiffswerft und verlangte die Legalisierung der Gewerkschaft. Betriebe in ganz Polen folgten dem Danziger Vorbild. Das Land wurde von mehreren Streikwellen überrollt. Im Fernsehen diskutierte Wałęsa live mit dem Vorsitzenden des staatlichen Gewerkschaftsbundes *OPZZ*, Miodowicz, und siegte mit Witz und Schlagfertigkeit.

Nach 80 Tagen und mehreren Gesprächen zwischen Innenminister General Kiszczak und Wałęsa stimmte die Regierung Gesprächen am *Runden Tisch* zu. Er trat am 6. Februar 1989 in Warschau erstmals zusammen. Wałęsa fungierte als Wortführer der »Nicht-Regierungsseite«. Während der Gespräche unterzeichnete die Regierung eine Vereinbarung zur Wiedererrichtung der Gewerkschaft *Solidarność* und zur Vorbereitung »halbfreier« Wahlen zum polnischen Parlament.

Parteipolitiker – 1989 organisierte und führte Wałęsa das *Bürgerkomitee des Vorsitzenden der Gewerkschaft Solidarność*. Formal handelte es sich dabei um ein Beratungsgremium, aber tatsächlich war es eine Art politische Partei, die die Parlamentswahlen im gleichen Jahr gewann. Die Opposition errang 48% von 49% der Sitze im Sejm, die durch freie Wahlen bestimmt wurden. 51% der Sitze gingen nach den Vereinbarungen am »Runden Tisch« automatisch an die Kommunistische Partei. Im neu gegründeten Senat erhielt die Opposition alle bis auf einen Sitz.

Wałęsa übernahm nun eine Schlüsselrolle in der polnischen Politik. Ende 1989 überzeugte er die Vorsitzenden der Blockparteien, eine nicht-kommunistische Koalitionsregierung zu bilden. Es war die erste nicht-kommunistische Regierung im Ostblock. Zur großen Überraschung der Kommunistischen Partei wählte das Parlament Tadeusz Mazowiecki zum Premierminister Polens.

Präsident – Am 9. Dezember 1990 gewann Wałęsa die Präsidentschaftswahlen und wurde für fünf Jahre Präsident. Während seiner Präsidentschaft löste er den so genannten »Krieg an der Spitze« aus, was zu einem jährlichen Auswechseln der Regierung führte. Der Stil seiner Präsidentschaft wurde von den meisten Parteien kritisiert. Ende 1995 hatte er die anfängliche Unterstützung der Bevölkerung verloren. Polen aber wandelte sich während seiner Präsidentschaft von einem repressiven kommunistischen Land unter sowjetischer Kontrolle mit schwacher Wirtschaft zu einem demokratischen Land mit einer schnell wachsenden freien Marktwirtschaft.

Nach der Präsidentschaft – Bei den Präsidentschaftswahlen 1995 unterlag Wałęsa dem ehemaligen Kommunisten Aleksander Kwaśniewski. Danach erklärte er, er werde sich »politisch zurückziehen«. Doch er blieb aktiv und versuchte, eine eigene politische Partei zu gründen. 1997 organisierte und unterstützte er eine neue Partei, die *Wahlaktion Solidarität* (polnisch *Akcja Wyborcza Solidarność*), die bei Parlamentswahlen stärkste Partei wurde. Seine Unterstützung spielte dabei jedoch keine wesentliche Rolle, und in der Partei bekleidete er nur eine unwichtige Position. Hauptorganisator und Wortführer der Partei war der neue Chef der Gewerkschaft *Solidarność*, Marian Krzaklewski.

2000 trat Wałęsa erneut zu den Präsidentschaftswahlen an, erhielt jedoch weniger als 1% der Stimmen. Danach erklärte er zum zweiten Mal, er werde sich politisch zurückziehen. Seither hält er an verschiedenen

ausländischen Universitäten Vorlesungen zur Geschichte und Politik Mitteleuropas. Für Ende 2005 hat er seinen Austritt aus der Gewerkschaft *Solidarność* angekündigt und stellte in Aussicht, dass er sich in Zukunft stärker um die europäische Einigung bemühen möchte.

Am 10. Mai 2004 wurde der internationale *Flughafen Danzig-Dreistadt* offiziell in *Flughafen Lech Wałęsa Danzig* umbenannt, um an den prominenten Danziger Bürger zu erinnern. Seine Unterschrift wurde in das Flughafen-Logo aufgenommen.

Neben dem Friedensnobelpreis wurden Wałęsa viele staatliche und private Auszeichnungen verliehen. Die höchsten Orden sind der *Knight of the Grand Cross of the Order of the Bath* und das *Großkreuz der Ehrenlegion*. Er erhielt zudem Ehrendokortitel von 32 US-amerikanischen und europäischen Universitäten.

Schriften

- *Ein Weg der Hoffnung: Autobiographie*, Zsolnay Wien, 1987
- *Droga nadziei*, Wydawn. Znak Kraków, 1990
- *Droga do wolności: 1985–1990 decydujące lata*, Ed. Spotkania Warszawa, 1991

Literatur

- Hans Peter Rullmann: *Lech Walesa: Der sanfte Revolutionär*, Goldmann München, 1981
- Jule Gatter-Klenk: *Vielleicht auf Knien, aber vorwärts!: Gespräche mit Lech Walesa*, Athenäum Verlag Königstein im Taunus, 1983
- Jerzy Klechta: *Lech Walesa: Eine politische Biographie*, Aktuell Stuttgart, 1992
- Tony Kaye: *Lech Walesa*, Chelsea House Publ. New York, 1989
- Jaroslaw Kurski: *Democrat or dictator?*, Westview Press Boulder, 1993
- Roger Boyes: *The naked president: A political life of Lech Walesa*, Secker & Warburg London, 1994

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Lech_Wałęsa. Hauptautoren: ChrisM, Kipferl, Sicherlich, Tilman Berger, Rybak, Achim Raschka, J. 'mach' wust, Triebtäter, Head, Trickstar, Rübenmensch, Stern, anonyme Bearbeiter.

1984

Desmond Tutu

Desmond Mpilo Tutu (* 7. Oktober 1931 in Klerksdorp, Südafrika) ist Bischof und Friedensnobelpreisträger.

Leben

Im Alter von zwölf Jahren zog Desmond Tutu mit seiner Familie nach Johannesburg. Eigentlich wollte er immer Arzt werden, aber diese Ausbildung konnte sich seine Familie nicht leisten und deshalb wurde er Lehrer (Studium 1951 bis 1953, Arbeit als Lehrer 1954 bis 1958).

1955 heiratete er Leah Nomalizo Tutu. Das Paar hat vier Kinder: Trevor Thamsanqa, Theresa Thandeka, Naomi Nontombi und Mpho Andrea.

Da die südafrikanische Regierung per Gesetz verordnete, dass schwarze Kinder eine weniger umfangreiche Ausbildung erhalten sollten als weiße, gab Desmond Tutu den Lehrerberuf auf und wurde 1961 anglikanischer Priester. 1962 bis 1966 lebte Tutu mit seiner Familie in London, wo er einen Masterabschluss der Theologie erwarb. Zwischen 1967 und 1972 lehrte er Theologie in Südafrika, drei weitere Jahre verbrachte er als assistierender Direktor an einem theologischen Institut in London. 1975 kehrte er nach Johannesburg zurück, wo er als erster schwarzer Afrikaner Dekan der anglikanischen St. Mary's-Kathedrale wurde.

1976 wurde Desmond Tutu Bischof von Lesotho, 1978 Generalsekretär des *South African Council of Churches*. 1984 wurde Desmond Tutu für sein Engagement gegen die Apartheid der Friedensnobelpreis verliehen. 1985 wurde er Bischof von Johannesburg und 1986 Erzbischof.

Tutus Rolle in der Anti-Apartheid-Bewegung

Sein Entschluss, den Lehrerberuf wegen politischer Vorgaben aufzugeben, ließ Tutu zunehmend selber politisch aktiv werden. Seit Anfang der 1970er Jahre nutzte er seine Vorträge, um auf die Situation der schwarzen Bevölkerung aufmerksam zu machen. Als er 1975 Dekan wurde, schrieb er an Premier Balthazar Johannes Vorster einen Brief, in dem er die Situ-



Abb. 78: Desmond Tutu

ation in Südafrika beschrieb als ein »Pulverfass, das jederzeit explodieren kann«. Dieser Brief blieb unbeantwortet, die Situation verschlimmerte sich. Schon 1976, beim Schüler- und Studentenaufstand in Soweto, begann, wovon Tutu gewarnt hatte: der Kampf wurde gewalttätiger. Fortan setzte er sich für einen Wirtschaftsboykott seines Landes ein.

Mit seiner Wahl zum Generalsekretär des *Südafrikanischen Kirchenrats* konnte Tutu denn auch mit Zustimmung fast aller Kirchen seine Arbeit gegen die Apartheid fortführen. Es gelang ihm, das Interesse der Weltbevölkerung durch seine Publikationen und Auslandsreisen mehr und mehr auf die innenpolitische Lage in Südafrika zu lenken. Auch die Vergabe des Friedensnobelpreises war in dieser Hinsicht sehr nützlich. Zugleich aber konnte sich nun auch der Staatsapparat nicht mehr der Persönlichkeit Tutus entziehen. Die Ausstrahlung, die von dem Mann ausging, vor allem sein unerschütterlicher Glaube eines gewaltlosen Wandels, zog nun mehr und mehr weiße Südafrikaner in seinen Bann. Tutu predigte ständig von einer Aussöhnung zwischen den beiden Bevölkerungsschichten. Er argumentierte, dass die Unfreiheit des schwarzen Mannes auch die Unfreiheit der Weißen zur Folge habe, da diese dann in ständiger Angst vor den Schwarzen lebten. Diesen Kreis zu durchbrechen könne aber nur gelingen, wenn der schwarzen Bevölkerung ein gleichwertiges Leben ermöglicht werde.

Mehr und mehr wurde Tutu zu einer Symbolfigur der Schwarzen und sowohl als Gesprächs- wie auch Verhandlungspartner von Seiten der Regierung akzeptiert. Sein Ziel hat Desmond Tutu erreicht. Seit 1995 ist er Vorsitzender der Wahrheits- und Versöhnungskommission in Südafrika.

Weitere Auszeichnungen

- Pacem in Terris Award
- Planetary Consciousness Prize 1998
- Sydney Peace Prize 1999

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Desmond_Tutu. Hauptautoren: Erwin E aus U, Mastad, Head, Triebtäter, Elya, FlaBot, Dymat, RobM, Stefan Kühn, Anathema, Adomnan, 217, Eckhart Wörner, anonyme Bearbeiter.

1985

International Physicians for the Prevention of Nuclear War

Die Organisation **International Physicians for the Prevention of Nuclear War** (IPPNW), in Deutschland bekannt als **Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung** ist ein internationaler Zusammenschluss von Ärzten, die sich u. a. vor allem für die Abrüstung atomarer Waffen einsetzt. 1985 bekam die Organisation den Friedensnobelpreis für ihre »sachkundige und wichtige Informationsarbeit«, die das Bewusstsein über die »katastrophalen Folgen eines Nuklearkrieges« in der Bevölkerung erhöhte.

Geschichte der IPPNW

Die Geschichte der IPPNW beginnt 1980 mit einem Briefwechsel zwischen dem russischen Kardiologen Evgenij Chazov und seinem amerikanischen Kollegen Bernhard Lown. Wenige Monate später gründeten sie mit vier weiteren Ärzten aus den USA und der Sowjetunion in Genf die Organisation zur Verhütung eines Atomkrieges in Zeiten des Kalten Krieges. In den folgenden Jahren wurden internationale Sektionen gegründet, im Frühjahr 1982 in Deutschland. Eines der Gründungsmitglieder der deutschen Sektion ist der Gießener Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter. 1984 erhielt die IPPNW den *UNESCO-Preis für Friedenserziehung*, 1985 den Friedensnobelpreis.

Die IPPNW tritt in ihren Zielen dafür ein, erdumspannend Schaden von der Menschheit abzuwenden, wobei sie dies für unser aller Zukunft und über alle politischen Grenzen und gesellschaftlichen Systeme hinweg tun möchte. Dabei geht sie im Sinne einer präventiven Medizin vor und versucht Risiken für Leben und Gesundheit vorzubeugen. Wo Menschen bereits in Not sind, gebietet es die medizinische Ethik zu helfen, so ihr Anspruch. Im Dreischritt von Anamnese-Diagnose-Therapie ergreift die IPPNW Maßnahmen, um Leiden, beispielsweise in akuten Krisengebieten, zu erkennen, zu verhüten oder zu lindern. »Unsere Aufgabe als Arzt und Ärztin ist es, jede Bedrohung für Leben und Gesundheit abzuwenden«, so das Leitmotiv der IPPNW.

Die IPPNW forscht zu den Fakten und Hintergründen der gesundheitlichen, sozialen und politischen Auswirkungen und Ursachen von Krie-

gen und bewaffneten Konflikten. Sie veröffentlicht Studien, Bücher und Broschüren über die gesundheitlichen Folgen der atomaren Bedrohungen, Kriegsursachen und -folgen und Kriegsverhütung. Zudem berät sie politische Entscheidungsträger und Wissenschaftler. Auf Friedenskonferenzen und in den Medien bringt sie ihr medizinisches Wissen national und international ein. Die IPPNW spricht die Öffentlichkeit auf Veranstaltungen und durch Medienarbeit an. Sie informiert die Bevölkerung über die Gefahren der zivilen und militärischen Nutzung der Atomenergie und über die Folgen, politischen Hintergründe und gesundheitlichen Auswirkungen von Kriegen.

Bereits in den 1980er Jahren war die IPPNW aktiver Teil der internationalen Friedensbewegung. Im Frühjahr 2003 warnte IPPNW-Deutschland vor den Folgen und Wirkungen des Irak-Krieges für die Menschen im Irak und im Rest der Welt sowie für das internationale Völkerrecht. IPPNW-Deutschland klärte über die Hintergründe des von den USA gegen den überwiegenden Willen der internationalen Staatengemeinschaft geführten Krieges auf.

Heute ist die deutsche Sektion der IPPNW mit ca. 8.000 Mitgliedern die größte berufsbezogene Friedensorganisation in Deutschland, international beträgt die Anzahl der Mitglieder fast 150.000 in über 50 Nationen.

Weblinks

- Homepage der deutschen Sektion der IPPNW (↖ <http://www.ippnw.de>)
- Homepage der österreichischen Sektion der IPPNW / OMEGA (↖ <http://www.ippnw.at>)
- Homepage der Schweizer Sektion der IPPNW (↖ <http://www.ippnw.ch>)
- Homepage IPPNW Central Office, USA (↖ <http://www.ippnw.org>)

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/International_Physicians_for_the_Prevention_of_Nuclear_War. Hauptautoren: Ripeill, Achim Raschka, Fusslkopp, Triebtäter, Bitteloeschen, Katharina, Sansculotte, anonyme Bearbeiter.

1986

Elie Wiesel

Elie Wiesel (* 30. September 1928 in Sighet, Rumänien) ist ein US-amerikanischer Schriftsteller und Überlebender des Nazi-Holocausts. 1986 erhielt Wiesel als hochproduktiver Verfasser zahlreicher Romane und sonstiger Publikationen den Friedensnobelpreis für seine Vorbildfunktion im Kampf gegen Gewalt, Unterdrückung und Rassismus. Neben anderen Einflüssen spiegelt Wiesels Denken auch sein eingehendes jahrzehntelanges Talmudstudium, unter anderem bei den Rabbinern Mordechai Schuschani (Paris) und Saul Lieberman (New York), wieder. Wiesel ist überzeugter Zionist und ein Verfechter und Befürworter der Souveränität des Staates Israel. 2005 erhielt er den *Dignitas Humana Award*.

Leben und Werk

Frühe Jahre und Erfahrungen mit dem Holocaust – Elie Wiesel wurde 1928 in Sighet im heute zu Rumänien gehörenden Transsilvanien (früher Ungarn) geboren. Sein Vater war jüdischer Kaufmann. Sein Umfeld war stark beeinflusst von orthodoxen Juden. Er besuchte die Schule in seinem Heimatort, von wo er 1944 von den deutschen Nationalsozialisten gemeinsam mit seiner Familie in das Konzentrationslager Auschwitz deportiert wurde. Später kam er in das Konzentrationslager Buchenwald, aus dem er am 11. April 1945 von amerikanischen Truppen befreit wurde.

Journalistische Laufbahn – Nach dem Zweiten Weltkrieg ging Wiesel nach Straßburg und lernte Französisch. Von dort ging er zum Studium an die Sorbonne in Paris. 1948 bereiste er Israel und berichtete für die französische Zeitung »L'Arche« über die israelische Staatsgründung. Ab 1952 war er Korrespondent in Paris für die Zeitung »Yediot Ahronot«, die in Tel Aviv erschien. Für dieselbe Zeitung ging er 1956 nach New York City und arbeitete als Berichterstatter bei den *►Vereinten Nationen*.

Im Jahr 1963 übersiedelte er vollständig in die USA und wurde amerikanischer Staatsbürger. Er erhielt 1972 eine Professur am City College in New York und lehrte Philosophie, Judaistik und Literatur. Seit 1978 ist er Professor für jüdische Studien an der Universität in Boston und seit 1979

Vorsitzender des *Holocaust Memorial Council*, welches in dem Jahr von Ronald Reagan initiiert wurde.

Schriftstellerische Tätigkeit – Elie Wiesel verarbeitet in seinen Büchern vor allem die Geschehnisse während des Holocaust, um ein Vergessen oder Gleichgültigkeit gegenüber dieser Zeit zu vermeiden. Zugleich kritisiert er die politischen Führer jener Zeit, die durch öffentlichen Protest gegen die Lage in Deutschland diese hätten verändern können, es jedoch nicht getan haben. Seine schriftstellerische Laufbahn ist dabei vor allem zu Beginn durch den Zuspruch von François Mauriac geprägt, der 1952 mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet wurde. Dieser motivierte ihn, seine Erfahrungen literarisch aufzuarbeiten.

Im Jahr 1958 erschien sein erstes Buch unter dem Titel »Nacht«. Dieses wurde von ihm ursprünglich als Buch in jiddischer Sprache mit einem Umfang von etwa 800 Seiten konzipiert. Erst als er es auf 127 Seiten zusammenkürzte, wurde es veröffentlicht. In dem Buch stellte er seine Erfahrungen dar, indem er sie der Hauptperson Elischa andichtete. Es stellte den ersten Band einer Trilogie dar, die er als »Die Nacht zu begraben, Elischa« benannte. Die zwei weiteren Bände »Morgendämmerung« (1960) und »Tag« (1961) schildern das spätere Leben des Elischa, zuerst als Terrorist in Palästina und später bei seinen Versuchen, einen normalen Anschluss an das Leben und die Gesellschaft zu finden. 1962 erschien »Gezeiten des Schweigens«, in dem Wiesel die heimliche Rückkehr eines Juden in seine Heimat in Ungarn nach dem Krieg thematisierte. Der Roman »Der Gesang der Toten« (1967) schildert das Leben der Gefangenen in den deutschen Vernichtungslagern und stellt zugleich eine autobiographische Skizze dar.

Das Leben als Jude während des Sechstagekrieges schildert er in dem Roman »Der Bettler von Jerusalem« (1968), in dem er einen Juden beschreibt, der Schwierigkeiten hat, seine reale Lebensweise mit den Gesetzen des Talmud in Einklang zu bringen. In »Zalmen« (1968) und »Das Testament eines ermoderten jüdischen Dichters« (1980) geht es um das Leben der Juden unter der Regierung Stalin in der Sowjetunion.

In vielen weiteren Werken und auch in wissenschaftlichen Studien stellte Elie Wiesel die Lebensweise der Juden weltweit dar, machte jedoch auch auf gesellschaftliche Probleme aufmerksam, etwa auf die Hungernden in den afrikanischen Staaten oder die Flüchtlingslager in Kambodscha

Wiesel wurde zuletzt wegen seiner Haltung zu dem Konflikt im Nahen Osten heftig kritisiert, unter anderem von dem jüdischen Linguisten

Noam Chomsky, der der politischen Linken in den USA zuzurechnen ist. Chomsky warf Wiesel vor, dass er mit seiner einseitigen Verurteilung des Terrorismus arabischer Provenienz der israelischen Politik einen Blankoscheck ausstelle, mithin ihren Anteil an der Verschärfung des Konflikts unterschläge.

Werke (Auswahl)

- *Geschichten gegen die Melancholie. Die Weisheit der chassidischen Meister*
- *Adam oder das Geheimnis des Anfangs. Legenden und Porträts*
- *Der Vergessene*, Roman
- *Der fünfte Sohn*, Roman
- *Gezeiten des Schweigens*, Roman
- *Den Frieden feiern*, Mit einer Vorrede von Václav Havel
- *Die Weisheit des Talmud*, Geschichten und Porträts
- *Gesang der Toten*, Erinnerungen und Zeugnis

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Elie_Wiesel. Hauptautoren: Achim Raschka, Robodoc, Severin Heiniger, Stefan Kühn, ArtMechanic, Lektor, Adam78, Triebtäter, FlaBot, Eckhart Wörner, Crux, Pjacobbi, anonyme Bearbeiter.

1987

Óscar Arias Sánchez

Óscar Arias Sánchez (* 13. September 1940 in Heredia, Costa Rica) ist ehemaliger Präsident von Costa Rica. Er erhielt 1987 den Friedensnobelpreis für sein Vorgehen zur Herstellung eines dauerhaften Friedens in Mittelamerika.

Leben und Werk

Frühe Jahre – Óscar Arias Sánchez wurde 1940 als Sohn eines Plantagenbesitzers in Heredia bei San José geboren. Er besuchte dort die örtliche Grundschule und ging danach auf das Franziskanerkolleg in Moravia. Im Anschluss studierte er Volkswirtschaft und Rechtswissenschaften in San José, Essex und London. Seine Promotion erfolgte in Essex im Jahr 1974. Nach seiner Rückkehr nach Costa Rica lehrte er an der Universität von San José Politikwissenschaften. Während dieser Zeit war er auch finanzpolitischer Berater des Präsidenten José Figueres Ferrer.

Politische Laufbahn – Während seiner Studienzeit trat Óscar Arias Sánchez der *Partei der Nationalen Befreiung* (PLN) bei. Zwischen 1972 und 1977 war er unter den Präsidenten José Figueres Ferrer und Daniel Oduber Quirós Minister für Wirtschaftspolitik. Zwischen 1981 bis 1983 war er Generalsekretär der Partei. 1978 zog er, trotz des Wahlsieges der *Christlich-Sozialen Einheitspartei* (PUSC) des neuen Staatspräsidenten Rodrigo Carazo Odio, als Abgeordneter für seinen Wahlkreis ins Parlament ein und war bis 1982 Mitglied. Von seiner Partei wurde er bereits 1975 zum Sekretär für interne Angelegenheiten ernannt. 1982 wurde Luis Alberto Monge Álvarez Präsident Costa Ricas, vor allem durch den Wahlkampf, den Óscar Arias Sánchez durchführte. 1984 gab er seinen Posten als Generalsekretär auf und entschied sich, bei den nächsten Wahlen selbst anzutreten. 1986 gewann er die Präsidentschaftswahlen mit einer deutlichen Mehrheit, da er den Hoffnungsträger für einen wirtschaftlichen Aufschwung darstellte. Er wurde damit der jüngste Präsident des Landes und wollte sich vor allem in den Demokratisierungsprozessen, der Korruptionsbekämpfung, dem wirtschaftlichen Aufschwung und der Friedenssicherung profilieren.

Im Jahr 1987 legte er den Arias-Sánchez-Plan beim mittelamerikanischen Gipfeltreffen am 7. August 1987 in Esquilpas vor, der eine langfristige Sicherung des Friedens für Mittelamerika zum Ziel hatte. Der Plan fand Zustimmung und wurde neben ihm von den Staatsschefs von Honduras, Nicaragua, El Salvador und Guatemala unterzeichnet. Diese verpflichteten sich, innerhalb ihrer Länder nationale Gespräche zur Friedenssicherung zu halten, die Unterstützung von Guerilla-Truppen in den Nachbarländern einzustellen, demokratische Grundrechte zu manifestieren und freie Wahlen zu ermöglichen, um so die gesamte Region zu befrieden und wirtschaftlich voranzutreiben. Im selben Jahr bekam Arias Sánchez den Friedensnobelpreis für diese Pläne.

Im Jahr 1990 schied er aus seinem Amt aus, nutzte jedoch auch nachfolgend seine politische Bekanntheit, um den Friedensprozess weiter zu stärken. Er ist einer der aussichtsreichsten Kandidaten für die Präsidentschaftswahl 2006.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Oscar_Arias_Sánchez. Hauptautoren: Achim Raschka, Cassandro, Srbauer, FlaBot, RedBot, Aka, anonyme Bearbeiter.

1988

Friedenstruppen der Vereinten Nationen

Die **Friedenstruppen der Vereinten Nationen** (englisch: *United Nations Peacekeeping Force*), umgangssprachlich als **Blauhelme** nach der Farbe ihrer Schutzhelme bekannt, sind eine Organisation der *Vereinten Nationen*, die seit 1948 in den verschiedenen Konfliktregionen in aller Welt im Einsatz ist.

Ein Mandat zur Entsendung von Blauhelmen kann nur der UN-Sicherheitsrat erteilen. Es gibt zwei Formen von Blauhelmeinsätzen: Einsätze zur Friedenserhaltung (*peacekeeping*) und Einsätze zur Friedenserzwingung (*peace-enforcement*). Friedenserhaltende Maßnahmen können nur dann ergriffen werden, wenn beide Konfliktparteien diesen zugestimmt haben und gewillt sind, ihren Konflikt zu lösen. Diese Regelung soll verhindern, dass die Blauhelme zwischen die Fronten geraten und Teil des Konfliktes werden.

Auf der anderen Seite können friedenserzwingende Maßnahmen auch ohne den Konsens der Konfliktparteien ergriffen werden. Der Sicherheitsrat kann UNO-Mitgliedsstaaten dazu ermächtigen, alle notwendigen Maßnahmen – dazu gehören auch militärische – zu ergreifen, um den Frieden wiederherzustellen. So geschehen im Zweiten Golfkrieg gegen den Irak. Zum Stichtag 1. Dezember 2004 waren nach UNO-Angaben 64.000 Soldaten und Polizisten aus 103 Staaten, hauptsächlich aus Entwicklungsländern, in 16 Einsätzen zur Friedenssicherung aktiv. Für ihr Engagement zur Sicherung des Weltfriedens erhielten die UNO-Blauhelme 1988 den Friedensnobelpreis.

Probleme und Kritik

Trotz guter Absichten hat die Vergangenheit gezeigt, dass die UNO-Blauhelme nicht immer den Frieden sichern konnten. Es hat sich herausgestellt, dass das Bereitstellen von Truppen durch die UNO-Mitglieder auf freiwilliger Basis nicht funktioniert. Zwar werden regelmäßig rund 150.000 Mann theoretisch als verfügbar gemeldet, wenn es aber um konkrete Einsätze geht, wird von den Regierungen nur ein Bruchteil der offiziell verfügbaren Truppen bereitgestellt.

Leider stellt sich in der Praxis auch die Einbindung möglichst vieler Länder in die Friedenstruppe als nicht effektiv heraus. Unklare Befehlsstrukturen, Sprachbarrieren und mangelnde Zusammenarbeit (aus technischen oder menschlichen Unzulänglichkeiten) führen zu Desorganisation. Deshalb sollten für eine optimale Organisation möglichst wenig Länder in einem Einsatz eingebunden werden.

Aber auch die Bürokratie des *UN-Sicherheitsrates* selbst, der als einziges UNO-Organ Mandate zu Blauhelmeinsätzen erteilen kann, war in der Vergangenheit Ziel von Kritik. Als 1994 in Ruanda angesichts von Massakern schnell gehandelt werden musste, brauchte der Sicherheitsrat drei Wochen um die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Schuld an missglückten Blauhelmeinsätzen waren in der Vergangenheit auch falsche Mandate, mit denen die Friedenstruppen ausgestattet wurden. Oft konnten sie sich durch mangelnde Bewaffnung noch nicht einmal selbst verteidigen und wurden als Geiseln genommen. Auch kam es immer wieder vor, dass Blauhelme zur Friedenserhaltung in noch brodelnde Krisenherde geschickt wurden: »*Man schickt Streitkräfte zur Erhaltung eines Friedens, der überhaupt nicht existiert*« (France-Soir). Dadurch wurden die Blauhelme ständig in die Auseinandersetzungen verwickelt.

Ein weiteres markantes Beispiel war die UN-Resolution 819, durch die Srebrenica am 16. April 1993 zur UN-Schutzzone erklärt wurde. Zur Sicherung waren etwa 400 niederländische Blauhelm-Soldaten der *UN-PROFOR* eingesetzt. Am 19. April 1995 kapitulierte die Stadt Srebrenica gegenüber den bosnisch-serbischen Belagerern – die Blauhelm-Soldaten waren auf Grund ihres Mandates nicht in der Lage, die Zivilbevölkerung zu schützen.

Ein weiteres Problem machte im Jahr 2000 der Brahimi-Bericht deutlich. Er stellte fest, dass die Einsätze von 27.000 Blauhelmen in aller Welt im New Yorker UNO-Hauptquartier, dem *Department für Peacekeeping-Operationen* (DPKO), von nur 32 Militärexperthen geplant, unterstützt und überwacht wurden, und dass für die 8000 Polizisten dort nur neun Polizeioffiziere verantwortlich waren. Auch die Sonderstellung der amerikanischen Blauhelme war schon oft Anlass für Kritik. Die amerikanische Regierung fürchtet, dass es zu politisch motivierten Anklagen gegen die eigenen Truppen kommt, und besteht deshalb auf die Immunität ihrer eigenen Truppen.

Menschenrechtsorganisationen sehen in der Stationierung von Friedenstruppen auch die Ursache für stark steigenden Frauenhandel zur Zwangsprostitution in den jeweiligen Regionen. So ist zum Beispiel der

Kosovo seit Entsendung von *Internationalen friedenserhaltenden Kräften* (KFOR) und Einrichtung der UN-Zivilregierung UNMIK zum Hauptziel für Frauen- und Mädchenhandel geworden und die Zahl an registrierten Etablissements, in denen Frauen als Zwangsprostituierte arbeiteten müssen, von 18 im Jahr 1999 auf über 200 Ende 2003 gestiegen. Verschärft wird diese Situation auch noch durch die Immunität der Soldaten, die sie im Falle von Menschenrechtsverletzungen vor gerichtlicher Verfolgung schützen. UNMIK hat das Problem mittlerweile erkannt und einige Maßnahmen gesetzt. So wurden unter anderem eine »schwarze Liste« von rund 200 Bars und Nachtclubs erstellt, die UN-Mitarbeiter und Soldaten nicht besuchen dürfen. 2000 wurde auch eine *UNMIK-Spezialeinheit gegen Frauenhandel und Prostitution* gegründet (*Trafficking and Prostitution Investigation Unit* (TPIU)). Diese Maßnahmen werden zwar begrüßt, reichen jedoch aus Sicht der Menschenrechtsorganisationen noch nicht aus.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Friedenstruppen_der_Vereinten_Nationen.
Hauptautoren: Tux, Addicted, EUBürger, Mazbln, Bib, Anathema, Nemox, Deprifry, Achim Raschka, Mlxl, 217, Christian Günther, Florian.Keßler, Sansculotte, anonyme Bearbeiter.

1989

Tenzin Gyatso

Tenzin Gyatso (gebürtig *Lhamo Dhondrub*; * 6. Juli 1935 in Taktser, Provinz Amdo, Tibet) ist ein buddhistischer Mönch und seit 1940 der XIV. Dalai Lama.

Leben

Tenzin Gyatso (*tibet. bsTan-'dzin rGya-mts'o*) ist der Mönchsname des aktuellen Dalai Lamas. Er wurde am 6. Juli 1935 in Taktser, einem Dorf in der tibetischen Provinz Amdo im Nordosten Tibets, mit dem Namen Lhamo Dhondrub als Sohn eines Bauern geboren. Im Alter von zwei Jahren wurde er durch zwei Mönche, denen er zuvor in einer Vision erschienen war, als Wiedergeburt seines 1933 verstorbenen Vorgängers Thub-Idan-rgya-mtsho (Thubten Gyatso) entdeckt. Es wurde berichtet, dass er spontan eine Mala (buddhistischer Rosenkranz), welche dem XIII. Dalai Lama gehörte, als die seine erkannte und auch weitere Tests bestand. Unter anderem konnte er einen anderen prominenten Mönch benennen und weitere Gegenstände, die ebenfalls dem Vorgänger gehörten, aus einer mitgebrachten Menge herausuchen.

Lhamo Dhondrub wurde in den Potala-Palast in Lhasa gebracht, wo er von buddhistischen Mönchen erzogen und ausgebildet wurde. Schließlich wurde er am 22. Februar 1940 im Alter von 4½ Jahren als XIV. Dalai Lama inthronisiert. Sein neuer Name lautete damit »Jetsun Jamphel Ngawang Lobsang Yeshe Tenzin Gyats« – »Heiliger Herr, gütiger Herr, mitfühlender Verteidiger des Glaubens, Ozean der Weisheit«. Tibeter sprechen vom Dalai Lama normalerweise als »Yeshe Norbu« (»den Erfüllenden«) oder einfach als »Kundün« (»Gegenwart«).

Am 17. November 1950 wurde dem damals 15-jährigen Dalai Lama nach der Okkupation Tibets durch die Volksrepublik China die Staatsgewalt über das Land übertragen (von China nicht anerkannt). Im Jahre 1954 begab sich der Dalai nach Peking, um mit Mao Zedong (Mao Tse-

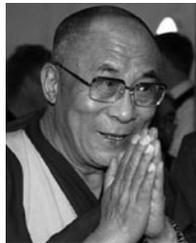


Abb. 74: Tenzin Gyatso, Seine Heiligkeit der 14. Dalai Lama

Tung) über eine friedliche Beilegung des Tibet-Konflikts zu beraten. Die Gespräche blieben ergebnislos.

Kurz bevor er flüchtete, hatte er die »Geshe«, die Doktorwürde der buddhistischen Theologie, am Jokhang-Tempel erlangt. Nach einem gescheiterten Aufstand der Tibeter wider die chinesische Okkupation im Jahre 1959 flüchtete der gegenwärtige Dalai Lama am 10. März nach Indien ins Exil nach Dharamsala (Himachal Pradesh), wo er sich seitdem aufhält und sich von dort weiterhin für die Unabhängigkeit Tibets von der Volksrepublik China einsetzt, welches seine Bestrebungen als Separatismus ansieht. Am 10. März 1963 verkündete der Dalai Lama eine demokratische Verfassung für Tibet, die ihm selbst – sollte sie jemals in Kraft treten – hauptsächlich repräsentative Pflichten übertragen würde.

Neben diesen politischen Aktivitäten setzt sich der XIV. Dalai Lama intensiv für einen friedfertigen, konstruktiven und mitfühlenden Dialog der Menschen ein – sowohl in religiöser als auch in allgemeiner Hinsicht. Dazu hat er eine große Zahl von Vortragsreisen rund um den Globus durchgeführt und auch viele Schriften herausgegeben, in denen die im Gegensatz zur einfachen Lebensweise unerwartet differenzierten Vorstellungen der tibeto-buddhistischen Religion zu Fragen der Lebenspraxis, zur Natur des menschlichen Bewusstseins und weiterer existenzieller Fragen erläutert werden.

Politisch ist der jetzige Dalai Lama Teil der tibetischen Exilregierung und wird von der Volksrepublik China nicht anerkannt.

Demgegenüber hat die Person des vierzehnten Dalai Lamas im Westen neben seiner moralischen Autorität vor allem den Status einer Pop-Ikone, was aus seinen Bemühungen herrührt, mit allen (friedlichen) Mitteln auf die Lage in seinem Heimatland Tibet aufmerksam zu machen.

Ende Juli 2005 war Tenzin Gyatso für drei Tage lang zu Gast in Wiesbaden. Dabei hat man ihm den Hessischen Friedenspreis verliehen und seinen 70. Geburtstag nachgefeiert. Zum Schluss seines Besuchs wurde seine öffentliche Rede im Wiesbadener Kurpark von ungefähr 20.000 Menschen erlebt.



Abb. 75: Der Dalai Lama auf dem Ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin

Auszeichnungen

- Die wahrscheinlich höchste Auszeichnung wurde ihm in Form des Friedensnobelpreises am 10. Dezember 1989 in Oslo verliehen.
- Hessischer Friedenspreis am 27. Juli 2005

Werke

- *Logik der Liebe*, Goldmann, 1998
- *Die Lehren des tibetischen Buddhismus*, Goldmann, 1998
- *Die Vier Edlen Wahrheiten – Die Grundlage buddhistischer Praxis*, Fischer, 1999
- *Das Buch der Menschlichkeit – Eine neue Ethik für unsere Zeit*, Lübbe, 2002
- *Dzogchen – Die Herz-Essenz der Großen Vollkommenheit*, Theseus, 2001
- *Gesang der inneren Erfahrung – Die Stufen auf dem Pfad zur Erleuchtung*, Dharma Edition, 1998
- *Einführung in den Buddhismus – Die Harvard-Vorlesungen*, Herder, 2000
- *Kalachakra-Tantra*, Theseus, 2002
- *Traum, Schlaf und Tod – Der Dalai Lama im Gespräch mit westlichen Wissenschaftlern*, Piper, 2001

Literatur

- Karl-Heinz Golzio und Pietro Bandini: *Die vierzehn Wiedergeburten des Dalai Lama*, O.W.Barth Verlag Bern, München, Wien, 1997
- Colin Goldner: *Dalai Lama – Fall eines Gottkönigs*, Aschaffenburg, 1999
- Dalai Lama XIV. und Victor Chan: »Die Weisheit des Verzeihens, Lübbe, 2005
- Manuel Bauer, Matthieu Ricard, Christian Schmidt: »Unterwegs für den Frieden«, DVA, 2005
- Dalai Lama: *Ratschläge des Herzens*. Entstanden aus Gesprächen, die Matthieu Ricard mit dem Dalai Lama geführt hat, Diogenes Verlag Zürich, 2003

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Tenzin_Gyatso (gekürzt). Hauptautoren: Steffen Löwe Gera, Gugganij, ChrisM, Draggi, ElRaki, Ufudu, Leipnizkeks, Bdk, Robodoc, Tsui, Media lib, Adomnan, FutureCrash, BLueFiSH.as, anonyme Bearbeiter.

1990

Michail Sergejewitsch Gorbatschow

Michail Sergejewitsch Gorbatschow (russisch *Михаи́л Серге́евич Горбачёв*, Transliteration *Michail Sergeevič Gorbačëv*); (* 2. März 1931 in Priwolnoje bei Stawropol) war von 1985 bis August 1991 Generalsekretär des *Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion* (ZK der KPdSU) und von 1990 bis Dezember 1991 Präsident der Sowjetunion. Er war maßgeblich an der Beendigung des Kalten Krieges beteiligt und erhielt dafür 1990 den Friedensnobelpreis.



Abb. 76: mit Ronald Reagan

Leben

Gorbatschow studierte Jura an der Lomonossow-Universität in Moskau und lernte dort auch seine spätere Frau Raissa († 1999) kennen. Im September 1953 heirateten sie, und nachdem Gorbatschow 1955 sein Studium beendet hatte, zogen sie gemeinsam zurück in seine Heimatregion Stawropol im nördlichen russischen Kaukasus.

Michail Gorbatschow trat 1952 im Alter von 21 Jahren in die *Kommunistische Partei der Sowjetunion* (KPdSU) ein. 1966, im Alter von 35 Jahren, machte er seinen Abschluss als Agrarbetriebswirt am Landwirtschaftlichen Institut. Mit seiner Karriere ging es steil aufwärts, 1970 wurde er zum Ersten Sekretär für Landwirtschaft berufen. Im folgenden Jahr wurde er Mitglied des Zentralkomitees. 1972 führte er eine sowjetische Delegation nach Belgien; zwei Jahre später, 1974, wurde er Repräsentant des Obersten Sowjets und Vorsitzender der Ständigen Kommission für Jugendpolitik. Er wurde 1979 befördert und kam ins Politbüro. Nach nur einjähriger Kandidatenzeit nahm ihn das Politbüro 1980 als Vollmitglied auf. Während seiner Tätigkeit im Politbüro lernte er Juri Andropow, den Chef des sowjetischen Geheimdienstes KGB kennen, der ebenfalls aus Stawropol kam und der Gorbatschow

in den kommenden Jahren in seiner Karriere im Parteiapparat unterstützte.

Durch seine Position in der Partei wurde ihm erlaubt, auch das westliche Ausland zu bereisen, was seine politischen und sozialen Ansichten stark beeinflusste. 1975 besuchte er mit einer Delegation die Bundesrepublik Deutschland, 1983 führte er eine sowjetische Kommission nach Kanada, um sich mit Pierre Trudeau, dem damaligen Premierminister, und Mitgliedern des kanadischen Parlaments zu treffen. 1985 reiste er nach Großbritannien und traf sich mit Premierministerin Margaret Thatcher. Diese war die erste Politikerin im Westen, die den neuartigen Politikstil Gorbatschows erkannte und ihn insbesondere beim misstrauischen US-Präsidenten Ronald Reagan empfahl.

Nach dem Tod von Konstantin Tschernenko wurde Gorbatschow am 11. März 1985 mit 54 Jahren zum jüngsten Generalsekretär der Kommunistischen Partei gewählt. Nach mindestens 15 Jahren der bleiernden Agonie seniler Sowjetführer seit dem alten Breschnew, dem schwerkranken, kurzzeitig amtierenden Andropow und Tschernenko war er der Vertreter einer völlig neuen Generation. Als »de facto«-Herrscher der Sowjetunion versuchte er den Verfall des Kommunismus durch die Einführung von Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umstrukturierung) aufzuhalten. Dieser Prozess begann während des 27. Parteitages der KPdSU im Februar 1986. Er bekannte sich zu den politischen Fehlern der Partei seit Stalins Zeiten und den Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges. Unter seiner Verantwortung wurde die Existenz des zuvor hartnäckig geleugneten geheimen Zusatzprotokolls zum Nichtangriffspakt zwischen Hitlerdeutschland und Stalin zugegeben, ebenso wie das daran anschließende Massaker von Katyn sowjetischer Truppen gegen die polnische Führungsschicht 1940.

1988 verkündete Gorbatschow, dass die Sowjetunion die Breschnew-Doktrin aufgeben würde, und erlaubte den osteuropäischen Staaten, die Demokratie einzuführen. Im Scherz nannte er seine Doktrin die Sinatra-Doktrin. Die neue Freiheit führte 1989 zu einer Reihe überwiegend friedlicher Revolutionen in Osteuropa. Dies beendete den Kalten Krieg und ermöglichte die Deutsche Wiedervereinigung, an der Gorbatschow zusammen mit Helmut Kohl, George H. W. Bush und François Mitterrand maßgeblich beteiligt war. Für diese Leistung erhielt Gorbatschow 1990 den Friedensnobelpreis. Am 14. März 1990 wurde Gorbatschow auf einem Sonderkongress der Volksdeputierten zum Präsidenten der UdSSR gewählt, wobei er 59,2 % der Stimmen erhielt.

Allerdings führte die Demokratisierung der UdSSR und Osteuropas zu einer massiven Machtverminderung der Kommunistischen Partei und letztendlich zum Zusammenbruch der Sowjetunion und des gesamten Ostblocks. 1991 versuchten einige konservative Politiker (aus der Nähe Gorbatschows) zusammen mit einem Teil des Militärs einen Putsch in Moskau, währenddessen Gorbatschow, seine Frau Raissa und die Leibwache drei Tage unter Hausarrest in einer Datscha im Krimgebiet stand. Dem russischen Präsidenten Boris Jelzin gelang es, die Putschisten auszuschalten und die Staatsgewalt zu übernehmen. Damit war die Sowjetmacht in die Hände der Russischen Föderation übergegangen, was als nächsten logischen Schritt einen Tag nach der Niederschlagung des Putsches die Unabhängigkeitserklärung der Ukraine zur Folge hatte. Auf die Unabhängigkeitserklärung des Baltikums von 1989 reagierte Gorbatschow mit militärischer Gewalt, stellte diese jedoch sehr schnell ein. Stattdessen wurde die Unabhängigkeit des Baltikums von der Sowjetunion einfach ignoriert. Nach dem Scheitern des Augustputsches de facto durch Jelzin entmachtet, erkannte Gorbatschow noch im August 1991 die Unabhängigkeit der baltischen Staaten an. Obwohl die Ukraine ihre Unabhängigkeit bis zu einem Referendum aussetzte, erklärten bis auf Russland nach und nach auch die anderen Sowjetrepubliken ihre Unabhängigkeit. Insbesondere in den zentralasiatischen Republiken geschah dies jedoch hauptsächlich, um – erfolgreich – der lokalen KP-Führung Macht und Pfründe zu sichern. Gorbatschows Versuch in den folgenden Monaten, die Sowjetunion als eine eher lose Konföderation zu retten, scheiterte am Widerstand der Ukraine, ohne deren Mitgliedschaft auch Russland nicht zu einer neuen Union bereit war.

Nach dem misslungenen Putsch wurde die Tätigkeit der KPdSU auf russischem Boden durch Boris Jelzin verboten, die Putschisten (Bande der acht) wurden festgenommen. Jelzin erließ den Ukas zum Verbot der KPdSU während einer weltweit übertragenen Ansprache Gorbatschows vor dem russischen Parlament und unterbrach Gorbatschows Rede zur Verkündung seines Erlasses. Diese demütigende Machtdemonstration Jelzins gegenüber Gorbatschow beschleunigte den Abspaltungsprozess der übrigen Republiken, da sich die Entmachtung des Zentralstaates zu Gunsten der Teilrepubliken vor aller Welt eindrucksvoll manifestierte. Es ist fraglich, ob sich Jelzin der vollen Tragweite seiner Handlung bewusst war.

Am 25. Dezember 1991 trat Gorbatschow als Präsident der Sowjetunion zurück. Im Westen wird Gorbatschow hoch geschätzt, weil er den Kalten Krieg beendet hat und maßgeblich am Gelingen der Deutschen

Einheit beteiligt war. In Russland ist sein Ruf dagegen sehr schlecht, weil er nach Meinung vieler Menschen den Zusammenbruch der Sowjetunion, den wirtschaftlichen Niedergang des Landes und die später daraus resultierenden Leiden verursacht hat. Bei den Präsidentschaftswahlen 1996 bekam er nur noch weniger als ein Prozent der Stimmen.

1992 gründete Gorbatschow die *Gorbatschow-Stiftung*, 1993 die Umweltschutzorganisation *Internationales Grünes Kreuz*. Er wurde Mitglied im *Club of Rome*. Anfang des 21. Jahrhunderts kritisierte Gorbatschow die weltweite Machtpolitik der amerikanischen Regierung. Sein Einfluss ist allerdings relativ gering.

Ehrungen und Auszeichnungen

- 1990 – Träger des Friedensnobelpreises
- 2005 – Augsburger Friedenspreis

Seit dem 6. Juli 2005 ist Gorbatschow Ehrendoktor der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Die Verleihung erfolgte auf Grund »seiner maßgeblichen Beteiligung an der Beendigung des Ost-West-Konflikts.«

Politik

Typisch für Gorbatschow war seine zögerliche Entscheidungsfindung, da er gerne auf ad-hoc-Entscheidungen vertraute. Er musste von seinen Mitarbeitern oft zu Entscheidungen gedrängt werden, da er sich gern in allgemeine Erklärungen zu den großen Maßstäben flüchtete. Geradezu atypisch für die sowjetische und russische Politik stellte Gorbatschow jedoch seine Herrschaft zumindest pro forma unter das Gesetz. Alle seine Beschlüsse ließ er absegnen, erst durch das ZK der KPdSU, später durch das Parlament. Dies wurde ihm oft als Schwäche ausgelegt, aber diese Art von Politik gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen für einen demokratisch verfassten Rechtsstaat. Sie barg aber auch das Risiko des Scheiterns, da Gorbatschow die Sprengkraft der extrem föderalistischen Sowjetverfassung (Recht auf freien Austritt aus der Union für die Republiken) bei einem Wegfall der zentralistischen Macht der KPdSU offenkundig unterschätzte. Es gelang ihm nicht, hinreichend zentralistische Staatsstrukturen gegen die um ihre Pfründe fürchtenden Führungen der Teilrepubliken und die nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit strebenden baltischen Republiken als Ersatz für den Wegfall des Parteiapparates zu schaffen.

Als studiertem Juristen fehlte es ihm leider auch an wirtschaftlichem Verständnis. Er schaffte es lediglich, die vorhandenen verkrusteten Struk-

turen der Sowjetunion aufzulösen, ohne aber stattdessen neue funktionsfähige und effektive Strukturen zu schaffen; damit versank das Land im wirtschaftlichen Chaos.

Während der Entwicklung der Wende der DDR und Osteuropas Ende 1989 war Gorbatschow von den dramatischen Entwicklungen in der sowjetischen Innenpolitik (Abspaltung nicht nur des Baltikums, sondern auch des Kaukasus, akut drohender Staatsbankrott, Streiks) abgelenkt. So musste er ohne Konzept und Alternativen letztlich die Vorschläge des Westens zur Wiedervereinigung und NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands akzeptieren, obwohl dies ursprünglich nicht von ihm beabsichtigt war. Er erntete dafür jedoch von Seiten Deutschlands eine erhebliche Friedensdividende. Seine Rolle beim bewaffneten Einschreiten sowjetischer Truppen im Baltikum war zunächst von der Staatsraison diktiert, jedoch kapitulierte er schließlich – anders als die chinesische Führung – vor dem Volkswillen.

Literatur

- Michail Gorbatschow: *Perestroika, die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt*, Droemer Knaur Verlag München, 1987
- Michail Gorbatschow: *Die Rede »Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen« – Referat vor dem ZK der KPdSU am 27. Januar 1987*
- Michail Gorbatschow: *Das gemeinsame Haus Europa und die Zukunft der Perestroika*, Econ Verlag Düsseldorf, 1989
- Gerd Ruge: *Michail Gorbatschow, Biographie*, S. Fischer Verlag Frankfurt am Main, 1990
- Karl Held (Hrsg.): *Das Lebenswerk des Michail Gorbatschow: Von der Reform des 'realen Sozialismus' zur Zerstörung der Sowjetunion*, Gegenstandpunkt Verlag München, 1992

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Michail_Sergejewitsch_Gorbatschow. Hauptautoren: Urbanus, Bettenburg, Stefan Kühn, Bettenlager, Magnus, Skriptor, W-j-s, Mastad, Kanzler1, Schlendrian, Hhielscher, Wolfandreas, Hunne, Triebtäter, Fritz, Otto, Immanuel Giel, Burdigala, Ilja Lorek, Head, Karl-Henner, Zwobot, Aloiswuest, anonyme Bearbeiter.

1991

Aung San Suu Kyi

Daw **Aung San Suu Kyi** (* 19. Juni 1945 in Rangun (Myanmar)) ist Politikerin und setzt sich seit den späten 1980er Jahren für eine gewaltfreie Demokratisierung ihres Heimatlandes ein. 1991 erhielt sie den Friedensnobelpreis.

Leben

Sie entstammt der sechsten Ehe ihres Vaters Aung San, Kommandeur der *Burma Independence Army* (BIA), Präsident der *Anti-Fascist People's Freedom League* (AFPFL) sowie Vorkämpfer für die Unabhängigkeit des damaligen Birma von Großbritannien, mit Ma Khin Kyi. 1947 wurde ihr Vater während einer Kabinettsitzung ermordet. Ihre Mutter wurde unter dem Namen *Daw Khin Kyi* eine bekannte Figur des politischen Lebens in Birma, wo sie vor allem in der Sozialpolitik tätig war. »Daw« ist die ehrenvolle Anrede einer Frau in der birmanischen Sprache.

Ab 1960 vertrat die Mutter das Land als Botschafterin in Indien, wo Suu Kyi aufwuchs. Nach dem Highschool-Abschluss in Neu-Delhi ging sie nach England und studierte an der Universität Oxford. Dort schloss sie ihr Studium 1967 mit dem B.A. in Philosophie, Politik und Wirtschaft ab.

Von 1969 bis 1971 arbeitete sie im UN-Sekretariat in New York (Verwaltungs- und Finanzabteilung). In ihrer Freizeit war sie ehrenamtlich in einem Krankenhaus tätig.

1972 heiratete sie Michael Aris, mit dem sie zwei Söhne hat, und lebte mit ihm in seiner Heimat Bhutan im Himalaya. 1974 lebten sie in Oxford, wo Michael Aris eine Anstellung an der Universität hatte. Suu Kyi begann zu schreiben und recherchierte bezüglich des Lebens ihres Vaters, über den sie 1984 ein Buch veröffentlichte. Von 1985 bis 1986 bezog sie ein Stipendium in Kyoto, Japan, und recherchierte weiter über den Aufenthalt ihres Vaters dort. In der Folge entstanden zudem weitere Veröffentlichungen über Birma. 1988 kehrte sie wegen einer Krankheit ihrer Mutter in ihre Heimat Birma zurück. Dadurch erlebte sie den Sturz des Militärdiktators Ne Win und die folgenden blutigen Aufstände mit.

Am 26. August desselben Jahres hielt sie ihre erste Rede, in der sie sich für eine »demokratische Entwicklung in Birma« einsetzte. Drei Wochen später folgte die nächste Militärregierung, die jegliche demokratischen Bestrebungen verbot. Am 24. September wurde die *National League for Democracy* (NLD) mit Suu Kyi als Parteivorsitzender gegründet. Die politischen Ziele waren eine Absage an die Gewalt und ziviler Ungehorsam. Trotz aller Drohungen und Gewalt gegen ihre Anhänger setzte sie ihren Wahlkampf fort. Ihre Aufstellung zu den Wahlen wurde im Februar 1989 verboten und sie selbst ab 20. Juli zum ersten Mal unter Hausarrest gestellt. Studenten, die bei ihr waren, wurden verhaftet, worauf sie so lange in einen Hungerstreik ging, bis ihr deren gute Behandlung zugesichert wurde. 1990 gewann ihre Partei die Wahlen, das Ergebnis wurde aber von den Militärs nicht anerkannt.

1991 erhielt sie für ihren Einsatz für die Demokratie in ihrem Land den Friedensnobelpreis. Ihre Söhne nahmen ihn in ihrem Namen an, da sie aus Angst vor dem Exil das Land nicht verlassen wollte. Erst am 10. Juli 1995, nach rund sechs Jahren, wurde ihr Hausarrest aufgehoben.

Ihr Bewegungsspielraum blieb für mindestens weitere vier Jahre sehr eingeschränkt, und man war immer wieder besorgt um ihr Überleben - trotz oder gerade wegen ihrer Popularität im Lande. Andererseits wurde es Journalisten und UN-Mitgliedern mehrfach erlaubt, sie zu besuchen. Nicht so allerdings ihrem Mann, der sie von 1995 bis zu seinem frühen Tode 1999 nicht mehr wiedersah.

Am 31. Mai 2003 nahm die Militärführung Aung San Suu Kyi nach einem der Regierung zugeschriebenen Überfall auf ihre Wagenkolonne in Zentralbirma erneut fest. Nachdem sie eine Zeit lang im Gefängnis war und operiert wurde, steht sie seither erneut unter Hausarrest in Rangun.

Literatur

- Aung San Suu Kyi: *Der Weg zur Freiheit*, Lübbe
- Aung San Suu Kyi: *Letters from Burma*, Pinguin Books London, 1997 (Original: *Biruma Kara no tegami*, Mainichi Shinbunsha, 1996)
- Dorothee Wenner: *Nicht Macht korrumpiert den Menschen, sondern die Angst*, in: Charlotte Kerner (Hrsg): *Madame Curie und ihre Schwestern – Frauen, die den Nobelpreis bekamen*, Beltz Verlag Weinheim und Basel, 1997

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Aung_Suu_Kyi. Hauptautoren: Reykholt, Tsui, Keichwa, Auchwaswisser, BS Thurner Hof, Lumbar, Triebtäter, YurikBot, Sansculotte, Echoray, Bdk, Stefan Kühn, Magnus, anonyme Bearbeiter.

1992

Rigoberta Menchú Tum

Rigoberta Menchú (* 9. Januar 1959 in Chimel, Guatemala) ist eine guatemaltekische Menschenrechtsaktivistin. 1992 erhielt sie als bislang jüngste Preisträgerin den Friedensnobelpreis.

Leben

Aufgewachsen in großer Armut, musste Rigoberta Menchú bereits im Alter von fünf Jahren auf den Feldern arbeiten. Schon als Teenager trat sie über die Katholische Kirche für soziale Reformen und für die Frauenbewegung ein. Ihre Familie machte sich wegen angeblicher Nähe zu einer Guerillabewegung in einflussreichen Kreisen unbeliebt, der Vater wurde in ihrer Kindheit einmal festgenommen und gefoltert.

1979 trat Rigoberta wie ihr Vater und die Brüder dem *Committee of the Peasant Union* (CUC) bei. 1980 starb ihr Vater in der spanischen Botschaft in Guatemala, als diese von Anhängern des Regimes in Brand gesteckt wurde. Auch ihre Mutter und einer ihrer Brüder wurden verfolgt und ermordet.

Rigoberta engagierte sich zunehmend in der CUC, organisierte einen Streik für bessere Arbeitsbedingungen der Landarbeiter und am 1. Mai 1981 große Demonstrationen in der Hauptstadt. Außerdem trat sie der radikalen Volksfront des 31. Januar bei. Dort lehrte sie die Bauern, der Unterdrückung durch die Militärdiktatur Widerstand zu leisten.

Später musste sie zuerst in Guatemala untertauchen und floh schließlich nach Mexiko. Von nun an trat sie auch im Ausland energisch für die Rechte der indigenen Völker und gegen die Unterdrückung in Guatemala ein. 1982 war sie Mitbegründerin der vereinigten Oppositionsparteien (*The United Representation of the Guatemalan Opposition*).

1983 kam ihre Biographie auf den Markt, mit der sie große Bekanntheit in der gesamten Welt erlangte, obwohl Teile ihrer Schilderungen zwischenzeitlich angezweifelt wurden. 1986 schloss sie sich dem Führungsausschuss der CUC an. Inzwischen tritt sie in Guatemala für eine stärkere Vertretung der indigenen Völker in der Politik ein. 1990 erhielt sie den *UNESCO-Preis für Friedenserziehung*.

Literatur

- Luitgard Koch: *Ich blicke in den Himmel und stehe mit beiden Beinen auf der Erde*, in: Charlotte Kerner (Hrsg.): *Madame Curie und ihre Schwestern – Frauen, die den Nobelpreis bekamen*, Beltz Verlag Weinheim und Basel, 1997
- Elisabeth Burgos: *Rigoberta Menchú. Leben in Guatemala*, Lamuv Verlag Bornheim-Merten, 1984

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Rigoberta_Menchú_Tum. Hauptautoren: HenHei, Napa, BS Thurner Hof, GNosis, Stefan Kühn, RobotE, Triebtäter, Eckhart Wörner, FlaBot, Vinci, Zumbo, anonyme Bearbeiter.

1993

Nelson Mandela



Abb. 77: Mandela (r.) mit Bill Clinton am 4. Juli 1993 in Philadelphia

Nelson Mandela (* 18. Juli 1918 in Mvezo, Transkei, Südafrika; eigentlich *Rolihlahla Dalibhunga Mandela*) ist ehemaliger Präsident der Republik Südafrika und war seinerzeit einer der führenden Anti-Apartheid-Kämpfer des Landes. Er gilt neben →Martin Luther King, Jr. als wichtigster Vertreter im Kampf gegen die weltweite Unterdrückung der Schwarzen.

Er verbrachte seine Kindheit beim Stamm der Thembu, studierte Jura, war Rechtsanwalt und verbrachte viele Jahre seines Lebens als politischer Gefangener in Haftanstalten.

Kindheit und Jugend

Nelson Rolihlahla Mandela wurde am 18. Juli 1918 im Dorf Mvezo am Ufer des Mbashe-Flusses in der Nähe von Umtata, der Hauptstadt der Transkei geboren. Sein Vater, Henry Mgdala, gab Mandela den Namen Rolihlala, wörtlich »Am Ast eines Baumes ziehen«, umgangssprachlich soviel wie »Unruhestifter«. Den britischen Namen Nelson erhielt Mandela erst an seinem ersten Schultag. Der junge Rolihlahla, der drei Schwestern und drei Brüder hatte, wurde entscheidend durch seine Zugehörigkeit zum Königshaus des Thembustammes geprägt, der zum Volk der Xhosa gehört. Jedoch war er innerhalb der Thembu-Monarchie Angehöriger des so genannten »Hauses Linker Hand«, das in erster Linie für die königliche Hofhaltung und die Beratung des Monarchen verantwortlich war, während das »Haus Rechter Hand« traditionell den König stellte. Somit war Rolihlahla der Thron aus genealogischen Gründen versperrt. Rolihlahla hatte eine überaus glückliche, naturverbundene Kindheit in relativem Wohlstand. Mit ungefähr fünf Jahren wurde er Hirtenjunge und hatte auf Schafe und Kälber aufzupassen.

Nach einem Streit mit der weißen Provinzregierung verlor sein Vater Häuptlingswürde und Vermögen. Daraufhin zog der Junge mit seiner Mutter einige Täler weiter in das Dorf Qunu, unweit von Umtata. Sein

Leben wurde im Großen wie auch im Kleinen geformt durch Sitte, Ritual und Tabu der Xhosa. Sein Vater schickte ihn auf die winzige Methodistenschule von Qunu, die er mit einem insgesamt guten Zeugnis bewältigte.

Als der Vater 1927 starb, war Mandela neun Jahre alt. Durch den Tod seines Vaters wurde Rolihlahla zum Wahlbezirksführer ernannt.

Mit 16 wurde Mandela traditionsgemäß in die Reihe der Erwachsenen seines Volkes, der Xhosa aufgenommen. Danach besuchte er das *Clarkebury Boarding Institute*, ein Thembu-College, wo er die westliche Kultur kennen lernte. 1937, mit 19 Jahren, besuchte er die ungefähr 250 Kilometer von Umtata entfernte methodische Missionsschule von Healdtown.

Mit 21 schrieb Rolihlahla sich im Missions-College von Fort-Hare in der östlichen Kapprovinz ein. Mit ihren nur 150 Studenten war sie so etwas wie ein akademischer Leuchtturm für afrikanische Gelehrte aus Süd-, Zentral-, und Ostafrika. Für junge Südafrikaner war sie wie Oxford und Cambridge, wie Harvard und Yale in einem. Hier begegnete Mandela auch seinem lebenslangen politischen Weggefährten Oliver Tambo, dem späteren Präsidenten des *African National Congress* (ANC). Fort Hare wie auch Healdtown waren Ursprungsorte der Opposition gegen die politische Vormachtstellung der Weißen in Südafrika. Mit dem Studium der Fächer Englisch, Anthropologie, Politik, Eingeborenenverwaltung und Römisch-Holländisches Recht steuerte Mandela nun eine Beamtenkarriere im Regierungsministerium für Eingeborenenangelegenheiten an.

In seinem Anwaltsstudium betätigte sich Mandela erstmals politisch und wurde Mitglied des Studentenrates, dem *Student Representative Council* (SRC). Am Ende seiner Zeit in Fort-Hare protestierte er mit anderen Kommilitonen gegen die schlechte Verpflegung auf dem Campus. Die College-Leitung reagierte mit einem Ultimatum: er konnte zwischen Einlenken und seiner Verweisung wählen. Mandela blieb hartnäckig. Sein Vormund, der Regent, empörte sich über die Starrsinnigkeit seines Günstlings und drängte Rolihlahla, in dem Streit nachzugeben, hatte er doch für das Studium bereits viel Geld geopfert.

Der Regent hatte außerdem inzwischen in völliger Übereinstimmung mit der herrschenden Tradition die Verheiratung eines Kommilitonen und Mandelas mit zwei Thembu-Mädchen arrangiert und bereits die Lobola, den Brautpreis, für beide organisiert. Damit konnte die Vermählung nicht mehr rückgängig gemacht werden. Die beiden jungen Männer waren angesichts der überraschenden Entscheidung Jongintabas verwirrt und flohen nach Johannesburg. Dort übte Mandela verschiedene Tätigkeiten aus, um zu überleben, doch seine ersten Monate in der Großstadt waren

geprägt durch Anpassungsschwierigkeiten, Unsicherheit und Misserfolge. Dank einem in Johannesburg ansässigen Vetter wurde er bei Walter Sisulu eingeführt, welcher ihm ein juristisches Studium an der Witwatersrand-Universität ermöglichte.

Politische Aktivität

Schon als junger Jura-Student engagierte sich Mandela in der politischen Opposition gegen das weiße Minderheitsregime und dessen Weigerung, der schwarzen Mehrheit des Landes politische, soziale und wirtschaftliche Rechte zu gewähren. 1942 trat er dem ANC (*African National Congress*) bei und gründete dort zwei Jahre später zusammen mit Walter Sisulu, Oliver Tambo und anderen die Jugendorganisation des ANC.

Nach dem Wahlsieg der »Afrikaander«-dominierten *National Party* 1948 und der darauf folgenden Politik der Rassentrennung (Apartheid) war Mandela führend in der Widerstandskampagne des ANC von 1952 und bei dem Volkskongress (*Congress of the People*) von 1955, dessen Verabschiedung der Freiheits-Charta die Basis der Anti-Apartheid-Aktivitäten bildete.

1956 wurde Mandela zusammen mit 155 anderen Aktivisten wegen Hochverrats (*High Treason*) angeklagt. Der Mammut-Prozess zog sich bis 1961 hin und endete mit dem Freispruch aller verbliebenen Angeklagten. Ursprünglich war Mandela bekennender



Abb. 78: Es gab weltweite Solidarität für seine Freilassung, hier ein Beispiel aus Schottland

Vertreter des Gewaltverzichts. Nachdem im März 1960 in Sharpeville unbewaffnete Demonstranten erschossen und in der Folge der ANC und andere Anti-Apartheid-Gruppen verboten worden waren, akzeptierten Mandela und seine Mitstreiter die Notwendigkeit des gewaltsamen Kampfes gegen die Apartheid.

1961 wurde er Anführer des bewaffneten Flügels des ANC, des *Umkhonto we Sizwe* (»Speer der Nation«). Im August 1962 wurde er verhaftet und zu fünf Jahren Gefängnis wegen illegaler Auslandsreisen und wegen Streikaufrufs verurteilt. Im Juni 1964 wurde er erneut verurteilt, diesmal zu lebenslanger Haft wegen Planung bewaffneten Kampfes. Die Freiheitsstrafe leistete er auf der Gefängnisinsel Robben Island ab, die im Atlantischen Ozean vor Kapstadt liegt.

Mandela lehnte im Februar 1985 das Angebot einer Freilassung ab, die an die Bedingung geknüpft war, auf den bewaffneten Kampf zu verzich-

ten. Er blieb im Gefängnis bis Februar 1990, als eine starke Kampagne des ANC und weiterer internationaler Druck am 11. Februar zu seiner Freilassung führten. Staatspräsident F.W. de Klerk hatte den Befehl gegeben und gleichzeitig das Verbot des ANC aufgehoben. Mandela und de Klerk konnten sich 1993 den Friedensnobelpreis teilen.

1994 gewann der ANC die ersten demokratischen Wahlen und am 9. Mai wurde Nelson Mandela vom neuen Parlament zum ersten schwarzen Präsidenten Südafrikas gewählt.

Als Staatschef und Präsident des ANC (Juli 1991 bis Dezember 1997) leitete Mandela die Umgestaltung des Staates und der Gesellschaft weg von der Apartheid und der Minderheitenherrschaft. Er gewann internationalen Respekt für sein Eintreten für nationale und internationale Versöhnung. Dennoch waren einige radikale Elemente enttäuscht von den in seiner Amtszeit erreichten sozialen Verbesserungen, vor allem von dem Unvermögen der Regierung, die AIDS-Krise in den Griff zu bekommen.

Mandela wurde auch kritisiert wegen seiner engen Freundschaft mit Politikern wie Fidel Castro und Muammar al-Gaddafi, die er seine »Kampfgenossen« (*comrades in arms*) nannte. Auch seine Entscheidung, 1998 südafrikanische Soldaten nach Lesotho zu entsenden, um den dort drohenden Putsch niederzuschlagen, bleibt umstritten.

Nach seinem Rücktritt als Präsident im Juni 1999 betätigte sich Mandela als Anwalt für eine Reihe von sozialen und Menschenrechts-Organisationen. Er bekam viele Auszeichnungen verliehen, unter anderen den *Order of St. John* durch Königin Elisabeth II. und die *Presidential Medal of Freedom* durch US-Präsident George W. Bush.

Anfang 2003 hielt Mandela einige umstrittene Reden, in denen er Bush und den britischen Premierminister Blair heftig wegen ihrer Irak-Politik kritisierte.

Persönliches

Mandela war dreimal verheiratet. Aus zwei dieser Ehen stammen 6 Kinder. Seine erste Ehe mit Evelyn Ntoko Mase wurde 1957 nach 13 Jahren geschieden. Evelyn Ntoko Mase starb 2004. Eine Tochter aus dieser Ehe starb im Säuglingsalter, drei Töchter sind noch am Leben. Nelson Mandelas erster Sohn Madiba Thembekili kam 1969 bei einem Autounfall ums Leben. Nach 38-jähriger Ehe trennte er sich nach politischen Belastungen (im April 1992) von Winnie Madikizela und wurde (im März 1996) von ihr geschieden. An seinem 80. Geburtstag heiratete er Graca Machel, Witwe von Samora Machel, dem ehemaligen Präsidenten Mosambiks und

ANC-Unterstützer, der 15 Jahre zuvor bei einem Flugzeugunglück ums Leben gekommen war. Am 6. Januar 2005 starb Mandelas zweiter Sohn Makgatho Mandela, Anwalt und Geschäftsmann, im Alter von 54 Jahren in Johannesburg an der Immunschwächekrankheit AIDS.

Mandela hält über 50 internationale Ehrendoktorwürden. Er ist neben Mutter Teresa und Khan Abdul Ghaffar Khan die einzige nicht-indische Person, die mit Indiens höchstem zivilen Orden, dem *Bharat Ratna* ausgezeichnet wurde (1990). 1998 erhielt er in Baden-Baden den Deutschen Medienpreis. Von der *World Karate Federation* wurde ihm ehrenhalber der 10. Dan (die höchste Graduierung im Karate) verliehen.

Literatur

- Albrecht Hagemann: *Nelson Mandela*, Rowohlt Verlag Reinbek, 2000
- Nelson Mandela: *Der lange Weg zur Freiheit. Autobiographie*, Verlag S. Fischer Frankfurt am Main, 1994
- Anthony Sampson: *Nelson Mandela. Die Biographie*, DVA Stuttgart 1999

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Nelson_Mandela (gekürzt). Hauptautoren: BernhardL, Hoch auf einem Baum, Tabacha, Stefan Kühn, Head, John, Montegoblue, Bender235, Mastad, Zwobot, Triebtäter, MarkusHagenlocher, M.lange, Crux, CdaMVvWgS, Atamari, TheK, Schnargel, Fun-total, anonyme Bearbeiter.

Frederik Willem de Klerk

Frederik Willem de Klerk (* 18. März 1936 in Johannesburg, Südafrika) war von 1989 bis 1994 Präsident der Republik Südafrika.



Abb. 77: Frederik Willem de Klerk

Leben und Werk

Frühe Jahre und Ausbildung – De Klerk wuchs in einer sehr politischen Familie auf. Sowohl sein Vater als auch sein Großvater waren als Minister in verschiedenen Kabinetten Südafrikas vertreten. Er ging auf die Hoerskool Monument High School und studierte danach an der Potchefstroom University. Hier graduierte er zum Bachelor of Arts und arbeitete zehn Jahre lang als Rechtsanwalt. Bereits während seines Studiums war er in der *National Party* (NP) aktiv, und nach seinem Abschluss vertrat er diese als Rechtsanwalt bis 1972. Während dieser Zeit wurde er Vorsitzender der *Law Society* in Transvaal und Mitglied des *Vaal Tringle Technikon Council*.

Politische Karriere – Im Jahr 1972 wurde er erstmals in das südafrikanische Parlament gewählt und trat 1978 ins Kabinett Pieter Willem Bothas ein. Er wurde 1980 Vorsitzender der regierenden *National Party* in der Provinz Transvaal und später Vorsitzender der Landespartei. 1982 wurde er von Botha als Innenminister eingesetzt und 1984 als Minister für Nationale Erziehung. Im Juli 1985 wurde de Klerk zudem Vorsitzender des Ministerausschusses im Abgeordnetenhaus. Als solcher gewann er 1989 die südafrikanischen Präsidentschaftswahlen und löste Pieter Botha als Präsident ab, der aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr teilnahm.

Obwohl er bis zu seiner Wahl als Verfechter der Apartheid galt, hatte Frederik de Klerk wesentlichen Anteil am Abbau derselben in Südafrika. 1990 ließ er die verbotenen Parteien *African National Congress* (ANC) und *Pan Africanist Congress* (PAC) sowie etwa 30 weitere Organisationen wieder als politische Kräfte zu. Nelson Mandela und andere Führer des ANC sowie etwa 120 weitere politische Gefangene wurden aus dem Gefängnis entlassen. Außerdem wurden Einschränkungen der Pressefreiheit und Beschränkungen im Rahmen des Ausnahmezustands aufgehoben.

Im Mai 1990 fanden erste Gespräche von Frederik de Klerk mit Vertretern des African National Congress unter der Führung von Nelson Man-

delata statt. Der Ausnahmezustand, der in einigen Provinzen galt, wurde beendet und im gleichen Jahr wurde die durch den *Seperate Amenities Act* von 1953 geregelte Rassentrennung aufgehoben. Ab Oktober 1990 öffnete er außerdem die *National Party* auch für farbige Mitglieder.

Die Aktivität der Klerks führte zu Aufständen und Demonstrationen sowohl weißer als auch schwarzer Gegner seiner Politik, und auch mit dem ANC gab es noch eine ganze Reihe von Unstimmigkeiten. Trotzdem fand im Dezember 1991 eine Mehrparteienkonferenz statt, die notwendige Reformen vorbereiten und einleiten sollte. Im gleichen Jahr kam es zu einer Aufhebung der Wirtschaftssanktionen der Staaten der Europäischen Union, die 1986 beschlossen worden waren. Auch die diplomatischen Beziehungen zu weiteren Ländern wurden wieder aufgenommen. Im Jahr 1993 nahm der Klerk erstmals schwarze und indischstämmige Politiker in seinen Ministerstab auf. Im gleichen Jahr erhielt Frederik Willem de Klerk gemeinsam mit Nelson Mandela den Friedensnobelpreis.

1994 wurden die ersten wirklich freien Wahlen in Südafrika durchgeführt, bei denen alle Volksgruppen das Wahlrecht wahrnehmen konnten, auch die bis dahin unterdrückte Mehrheit der eingeborenen farbigen Staatsbürger. Der *African National Congress* trug dabei einen überwältigenden Wahlsieg davon und Willem de Klerk wurde von Nelson Mandela im Amt abgelöst. Nach der Wahl arbeitete der Klerk für zwei weitere Jahre für Nelson Mandela und gab im August 1997 seinen Rückzug aus der Politik bekannt.



Abb. 78: de Klerk (links) 1990 mit François Mitterrand

Leben nach dem Rücktritt – Nach seinem Rückzug wurde es weitgehend ruhig um de Klerk. Im Oktober 1998 schockierte er die konservativen Kräfte des Landes durch seine Scheidung von seiner Ehefrau Marike und der sofort danach stattfindenden Hochzeit mit Elita Georgiades. Im Dezember 2001 kam seine ehemalige Frau bei einem Überfall gewaltsam ums Leben.

Im Jahr 2004 erklärte er seinen Austritt aus der *New National Party* (NNP), nachdem bekannt wurde, dass sich diese mit dem *African National Congress* zu einer Partei verbinden will.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Frederik_Willem_de_Klerk. Hauptautoren: Achim Raschka, Mastad, Triebtäter, John, Head, Manie, David.wintzer, Stefan Kühn, FlaBot, AlexR, Eckhart Wörner, Napa, Ellywa, Zwobot, anonyme Bearbeiter.

1994

Jassir Arafat



Abb. 79: Jassir Arafat 1999

Jassir Arafat (* 4., 24. oder 27. August 1929 in Kairo, nach eigener Aussage in Jerusalem; † 11. November 2004 in Clamart, Département Hauts-de-Seine, Frankreich), eigentlich *Muhammad 'Abd ar-Rahmān 'Abd ar-Ra'ūf 'Arafāt al-Qudwa al-Husainī*, genannt *Abū 'Ammār*, war zuletzt palästinensischer Politiker und Staatsmann und vom 12. Februar 1996 bis zu seinem Tod am 11. November 2004 Präsident der palästinensischen Autonomiegebiete. 1994 erhielt er den Friedensnobelpreis.

Leben

Jassir Arafat wurde entweder in Kairo, Ägypten oder, wie er selbst in seiner offiziellen Biographie sagte, in Jerusalem als Sohn eines erfolgreichen Kaufmanns geboren. Nach seiner Geburtsurkunde, die vom französischen Historiker Rémi Favret eingesehen wurde, ist Arafat in Kairo zur Welt gekommen: »Muhammad Yassir al-Qudwa, Sohn des Abd ar-Ra'uf al-Qudwa und der Zahwa Abu Sa'ud«.

Sein Vater stammte aus Gaza und seine Mutter aus einer angesehenen Jerusalemer Familie. Sie hatten in den 1920er Jahren geheiratet und waren nach Kairo gezogen. Als Arafat etwa vier Jahre alt war, starb seine Mutter. Er kam zur Familie seiner Mutter nach Jerusalem, das damals zum britischen Mandatsgebiet Palästina gehörte. Er lebte teilweise auch in Gaza, bis sein Vater wieder heiratete.

Frühe Jahre – Nach Kairo zurückgekehrt, ging er dort zur Schule. Später besuchte er die Universität und studierte Elektrotechnik. Eine Zeitlang beschäftigte er sich mit jüdischer Kultur, hatte jüdische Bekannte und las zionistische Werke, z. B. von Theodor Herzl.

1946 kam er unter den ideologischen Einfluss des SS-Mannes und in Europa als Kriegsverbrecher verfolgten Mohammed Amin al-Husseini,

der in Ägypten Asyl gefunden hatte und hier versuchte, Mitstreiter für seine antijudaistische Ziele zu finden. Dieser wurde später zum politischen Mentor der Palästinenser. Arafat, der ein Neffe al-Husseinis war, sah in ihm einen »großen Helden«. Gelegentlich wurde Arafat unterstellt, er habe seinen Namen geändert, um die Verwandtschaft zu dem Kriegsverbrecher und Antisemiten zu vertuschen.

Arafat engagierte sich nun aktiv für das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung, je nach Standpunkt als Freiheitskampf oder Nationalismus bezeichnet. Zu dieser Zeit war er ein Befürworter einer militärischen Konfrontation und beschaffte Waffen, die nach Palästina geschmuggelt wurden. In Kairo hatte sich Jassir Arafat mit Abdel Khader al-Husseini angefreundet, der die Einheiten palästinensischer Araber in der Region Jerusalem anführte. Als Arafat von Abdel Khader al-Husseini Tod im Kampf am Kastel-Berg im April 1948 hörte, brach er sein Studium in Kairo ab und nahm am aktiven Kriegseinsatz in Palästina teil. Arafat trat der Moslem-Bruderschaft bei, die im Gazastreifen und in der Schlacht bei Kfar Darom kämpfte.

Als sich die ägyptische Armee am 15. Mai 1948 in den Palästinakrieg einschaltete, wurde ihm und seiner Einheit befohlen, abzuziehen. Dies war für Arafat ein prägendes Erlebnis. Er beschuldigte später die arabischen Staaten des Verrates, weil sie den Palästinensern nicht geholfen hätten, die Schlacht zu gewinnen und ihnen nicht erlaubt hätten zu kämpfen. Die palästinensischen Araber erlitten eine militärische Niederlage gegen Israel. 750.000 Palästinenser wurden staatenlos, der bis heute andauernde Konflikt um die Selbstbestimmung der Palästinenser wurde zementiert.

In den 1950er Jahren studierte Arafat an der Universität Kairo. 1952 gründete er die *Generalunion Palästinensischer Studenten* (GUPS), der er bis 1957 vorstand. 1956 absolvierte er die Universität als Ingenieur und gründete die *Union der Palästinensischen Hochschulabsolventen*. Danach meldete er sich freiwillig zur ägyptischen Armee und kämpfte im Sueskrieg 1956 gegen Frankreich, Großbritannien und Israel. Er galt als Sprengstoffexperte und war Leutnant in der ägyptischen Armee. Danach ging er im selben Jahr nach Kuwait, wo er als Ingenieur arbeitete und ein erfolgreicher Bauunternehmer wurde.

Gründung der Fatah – 1957 gründete er in Kuwait zusammen mit Abu Dschihad die erste Zelle der *Bewegung zur Befreiung Palästinas* (al-Fatah), aus der 1959 die gleichnamige politische Partei hervorging. Ab 1958 war Arafat Vorstandsmitglied und ab 1968 Vorsitzender der Fatah.

1964 rief er die *Palästinensische Befreiungsorganisation* PLO mit ins Leben. Durch aktive Teilnahme bei der Schlacht von Karame 1968 begründete er seinen Heldenmythos und war seit 1969 Vorsitzender der PLO.

Ende der 1960er Jahre wuchsen die Spannungen zwischen der PLO und der Jordanischen Regierung; schwer bewaffnete Widerstandskämpfer (»Fedayin«) hatten einen virtuellen Staat im Staate Jordanien nach Auffassung des jordanischen Königs etabliert, die möglicherweise bestimmte strategische Positionen inklusive der Öl-Raffinerien bei Zarqa in Jordanien kontrollierten. Jordanien betrachtete diese Umstände als eine wachsende Bedrohung seiner Souveränität und seiner Sicherheit und versuchte die palästinensischen Milizen zu entwaffnen. Im Juni 1970 brachen offene Kämpfe aus, die mit dem Abzug der PLO-Stützpunkte aus Jordanien in den Libanon endeten. Wurde die Schlacht von Karame als ein erster historischer Sieg der PLO angesehen, so erlitt sie unter seiner Führung 1970 mit dem Schwarzen September eine schwere Niederlage. Arafat musste zunächst nach Kairo fliehen.

Am 13. November 1974 hielt Arafat in Uniform mit Kufiya und umgeschalltem Pistolenhalter eine Rede vor der UN-Vollversammlung. Die PLO erhielt als legitime politische Vertretung der Palästinenser Beobachterstatus bei der UNO. Das »Palästinensertuch«, drapiert wie die Konturen Palästinas, und das Holster blieben auch später seine Markenzeichen – er trat selten ohne sie auf.

Als Konsequenz des israelischen Libanonfeldzugs gegen das Hauptquartier der PLO in Beirut im Juli/August 1982 musste Arafat nach Tunesien fliehen. Arafat verließ mit seinen Gefolgsleuten das von Israel besetzte Beirut und errichtete den PLO-Sitz in Tunis.

Der Weg zur internationalen Anerkennung – 1988 erkannte Arafat Israel indirekt an und erklärte 1989 die PLO-Charta von 1964, in der das Ziel des Verschwindens des Staates Israel definiert wurde, für hinfällig.

Im Jahre 1990 begrüßte Arafat den irakischen Einmarsch in Kuwait und solidarisierte sich mit Saddam Hussein. Die reichen arabischen Ölstaaten an der Seite des Kriegsgegners USA froren daraufhin ihre finanzielle Unterstützung der PLO ein. Heute wird die Unterstützung Saddams Hussein als historischer Fehler Arafats gewertet.



Abb. 80: Jassir Arafat 1978 in einem palästinensischen Flüchtlingslager in Süd-Libanon

Trotz allem kam es am 13. September 1993 bei der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens zwischen dem Staat Israel und der PLO in Washington zu einem historischen Handschlag zwischen Arafat und dem israelischen Ministerpräsidenten ➔ Jitzhak Rabin. Friedensnobelpreisträger Rabin zahlte später für dieses Entgegenkommen im israelisch-palästinensischen Konflikt durch einen Terroranschlag eines jüdischen Ultra-Nationalisten mit seinem Leben.

Nach 27 Jahren Exil kehrte Arafat in Folge des Autonomieabkommens im Juli 1994 nach Palästina zurück und bildete in Gaza eine autonome Regierung, die Palästinensische Autonomiebehörde.

Im Dezember 1994 erhielt Arafat gemeinsam mit ➔ Schimon Peres und Jitzhak Rabin den Friedensnobelpreis. 1995 erhielt Arafat den Deutschen Medienpreis in Baden-Baden.

2000 verhandelte Arafat mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak und US-Präsident Bill Clinton in Camp David über die Schaffung eines palästinensischen Staates. Die Verhandlungen scheiterten jedoch. Der abtretende Präsident Clinton und Ehud Barak, der kurz darauf in allgemeinen Wahlen von seinem politischen Gegner Ariel Scharon abgelöst wurde, gaben Arafat die alleinige Schuld am Scheitern dieser Verhandlungen. Aus Clintons Umgebung war später zu erfahren, dass die amerikanisch-israelischen Angebote an Arafat viel weniger weit gingen, als öffentlich behauptet wurde.

Nach Ausbruch der al-Aqsa-Intifada – Als Folge dessen begann ein neuer Palästinenseraufstand, die so genannte zweite Intifada oder al-Aqsa-Intifada. Sie ist, im Gegensatz zur ersten Intifada, ein blutiger Aufstand. Als Reaktion auf diese zweite Intifada hat Israel große Teile der autonomen Palästinensergebiete wieder besetzt und betreibt dort eine Politik der gezielten Tötung von Exponenten der radikalen Palästinenserorganisationen wie *Hamas* oder *Islamischer Dschihad*, die für die Selbstmordattentate verantwortlich gemacht werden. Die israelische Regierung machte auch Arafat selbst für die Selbstmordattentate verantwortlich.

Im Mai 2002 stellte der Bundesnachrichtendienst fest, dass die Verwendung von EU-Geldern für den Terrorismus »nicht auszuschließen« sei, da Arafat offensichtlich nicht zwischen der Struktur des Autonomie-Regimes und seiner *Fatah*-Bewegung trenne. Damit war aus Sicht des BND Arafat



Abb. 81: Arafat (r.) mit Ehud Barak (l.) und Bill Clinton in Oslo

für den Terrorismus verantwortlich. Das Gutachten sprach weiterhin von »bekanntem Missmanagement« und »weit verbreiteter Korruption« (Aktenzeichen 39C-04/2/02).

Seit 2001 wurde der in Ramallah lebende Arafat von Israel mehrfach unter Hausarrest gestellt. Im Jahr 2002 zerstörte die israelische Armee einen Großteil von Arafats Hauptquartier, der *Muqāta'a*.

Am 11. September 2003 fasste die israelische Regierung den Beschluss, Arafat auszuweisen. Mit einem Hubschrauber sollte er ins Exil nach Nordafrika gebracht werden. Nach dem Ausweisungsbeschluss gingen zehntausende Palästinenser protestierend auf die Straße. Arafat appellierte an die Bevölkerung, Widerstand gegen den Beschluss zu leisten. Er wolle lieber »sterben, als sich zu ergeben«.

Am 14. September 2003 stellte der stellvertretende israelische Ministerpräsident Ehud Olmert auch ein Attentat auf Arafat als eine legitime Möglichkeit seiner Entfernung dar. Am 16. September 2003 ließen die USA eine Resolution des Welticherheitsrates gegen die Ausweisung Arafats an ihrem Veto scheitern. Deutschland enthielt sich.

Verheiratet war Arafat seit November 1991 mit Suhā at-Tawīl, mit der er eine Tochter namens Zahwa (* 24. Juli 1995 in Neuilly-sur-Seine) hat. Seit Beginn der zweiten Intifada, also seit 2001, leben Frau und Tochter in Paris. Der US-Fernsehsender CBS behauptete, aus der öffentlichen Kasse der Palästinensischen Autonomie (in die auch EU-Gelder fließen) seien monatlich 100.000 Dollar nach Paris überwiesen worden. Einem Bericht des Internationalen Währungsfonds zufolge verschwanden allein in den Jahren zwischen 1995 und 2000 ca. 900 Millionen Dollar aus den öffentlichen Kassen Palästinas. Es wurde unterstellt, Arafat habe diese Gelder auf Privatkonten überwiesen.

Arafats Tod

Als sich Arafats Gesundheitszustand in der Nacht zum 28. Oktober 2004 akut verschlechterte, hatte er bereits über eine Woche wegen einer Entzündung seines Verdauungstraktes nichts gegessen. Am folgenden Tag wurde Arafat zur weiteren Behandlung nach Paris geflogen. Die israelische Regierung hob aufgrund der schweren Krankheit das Reiseverbot auf und sicherte ihm eine Rückkehr ins Westjordanland zu.

Am 4. November verschlechterte sich sein Zustand noch einmal, es wurde von einem tiefen Koma berichtet. Am 10. November versagten Nieren und Leber. Ein Abschalten der lebenserhaltenden Geräte wurde aus religiösen Gründen abgelehnt. Vor dem Hintergrund der Leberschä-

digung und einer daraus resultierenden Störung der Synthese der Blutgerinnungsfaktoren kam es zu einer Gehirnblutung. Am 11. November 2004 um 3.30 Uhr (MEZ) starb Jassir Arafat.

Nach Verabschiedung mit militärischen Ehren wurde der Leichnam Arafats in Begleitung seiner Witwe mit einer französischen Militärmaschine nach Kairo geflogen.

In Kairo fand die zentrale Trauerfeier am Flughafen am 12. November statt, wozu hochrangige Politiker aus aller Welt eingeladen waren. Die USA entsandte lediglich einen Unterstaatssekretär. Direkt im Anschluss an die militärische Zeremonie in Kairo wurde der Sarg nach Ramallah geflogen, wo die Beisetzungszeremonie am frühen Nachmittag stattfand. Arafats Wunsch, in Ost-Jerusalem am Tempelberg auf dem Gelände der al-Aqsa-Moschee begraben zu werden, wurde von der israelischen Regierung nicht entsprochen. Der israelische Justizminister Yosef Lapid kommentierte dies mit den Worten »In Jerusalem liegen jüdische Könige begraben, keine arabischen Terroristen.« Arafat wurde in einem Steinsarg auf dem Gelände seines ehemaligen Amtssitzes in Ramallah beigesetzt. Der Sarg wurde mit Erde vom Jerusalemer Tempelberg umgeben.

Reaktionen auf Arafats Tod

Kurz nach Arafats Tod benannte sich die radikale *Fatah*-Splittergruppe *al-Aqsa-Brigaden* in *Märtyrer-Jassir-Arafat-Brigaden* um. Die Brigaden, aber auch die radikale Palästinenserorganisation *Islamischer Dschihad*, machen Israel für den Tod Arafats verantwortlich und drohten mit Rache. So äußerte sich *Dschihad*-Anführer Chalid al-Batesch, dass Israels Ministerpräsident Ariel Scharon »bei der Tötung Arafats seine Hand im Spiel habe«.

Ärzte im Militärkrankenhaus Percy in Clamart bei Paris, in dem Arafat zuletzt behandelt wurde, und Vertraute Arafats schlossen aus, dass der Palästinenserchef vergiftet worden sei.

Neuer PLO-Chef ist der bisherige Arafat-Vize Mahmud Abbas. Der Chef des Politbüros, Faruk Kaddumi, wurde zum neuen Führer von Arafats *Fatah*-Bewegung bestimmt. Am 9. Januar 2005 gab es Präsidentschaftswahlen, bei denen Arafats Nachfolger, Mahmud Abbas bestimmt wurde.

Literatur

- Helga Baumgarten: *Arafat: zwischen Kampf und Diplomatie*. Ullstein Verlag München, 2002

- Andrew Gowers und Tony Walker: *Arafat: hinter dem Mythos*. Europäische Verlagsanstalt Hamburg, 1994 (Übersetzung von *Behind the myth: Yasser Arafat and the Palestinian revolution*, 1990)
- Danny Rubinstein: *Yassir Arafat. Vom Guerillakämpfer zum Staatsmann*. Palmyra Verlag Heidelberg, 1996 (Übersetzung von *The Mystery of Arafat*, 1995)

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Jassir_Arafat (gekürzt). Hauptautoren: Ekuah, Jsgermany, Hoheit, Arne List, Leshonai, Robert Huber, FlohEinstein, Arson, Wst, Marilyn.hanson, Wolfram1, Leonce49, Crissov, Bender235, Artos Mueller, Dundak, Rolling Thunder, Sicher, Oisin, Freilgrath, Stefan64, Sascha Brück, Darina, Montegoblue, Vulkan, Stefan2810, Mathias Schindler, Triebtäter, RedBot, Therealclub, Zwobot, Head, Stern, Hoch auf einem Baum, anonyme Bearbeiter.

Schimon Peres

Schimon Peres (ursprünglich *Szymon Persky*; * 15. August 1923 in Visznia, damals Polen, heute Weißrussland) ist einer der dienstältesten israelischen Politiker und Chef der israelischen Arbeitspartei.

Er war von 1984 bis 1986 der achte Ministerpräsident Israels und war auch nach der Ermordung Rabins von 1995 bis 1996 wieder für kurze Zeit Premierminister. Er war auch stellvertretender Regierungschef und Außenminister Israels in der Regierung Ariel Scharons von 2001 bis 2002. Seit Januar 2005 ist er Vize-Ministerpräsident.

Anfangsjahre

Schimon Peres wurde in der Stadt Visznia, die damals zu Polen gehörte, geboren und wanderte 1934 mit seiner Familie nach Tel Aviv aus. Er wurde an der Geula Schule in Tel Aviv und der Landwirtschaftsschule von Ben Schemen ausgebildet.

Im Jahre 1947 wurde er in die *Hagana*, den Vorgänger der *Zahal*, einberufen und bekam von David Ben Gurion das Aufgabenfeld Personal- und Waffenbeschaffung zugewiesen. In diesem Bereich arbeitete er auch im israelischen Unabhängigkeitskrieg. Im Jahre 1950 wurde Peres als Leiter einer Delegation des Verteidigungsministeriums in die USA geschickt. Während seines Aufenthalts dort studierte er an der Harvard University. Nach Israel zurückgekehrt, wurde er 1952 stellvertretender Generaldirektor des Verteidigungsministeriums und 1953 sogar Generaldirektor. Er war maßgeblich für die Waffenbeschaffung für den noch jungen Staat Is-

rael verantwortlich. So schloss er 1957 mit dem damaligen deutschen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß ein förmliches, aber geheim gehaltenes Abkommen. Zuvor waren erbeutete sowjetische Waffen zur Ansicht übermittelt worden. Peres' Bemühungen waren besonders erfolgreich, was die Beschaffung des französischen Kampfflugzeugs Dassault Mirage III und eines französischen Atomreaktors anging.

Politische Karriere

1959 wurde er als Abgeordneter der Mapai in die Knesset gewählt. Von 1959 bis 1965 war er stellvertretender Verteidigungsminister. 1969 wurde er zum Minister für Einwanderung und Integration ernannt. 1970 schließlich wurde er Minister für Transport und Kommunikation. 1974 nach einer Periode als Informationsminister wurde er Verteidigungsminister der Regierung von →Jitzhak Rabin. Zwischen 1977 und 1992 war er als Chef der Arbeitspartei auch Vize-Präsident der Sozialistischen Internationalen, beide Posten hat er auch heute wieder inne.

Obwohl er nie eine Wahl gewonnen hatte, war er zweimal – von 1984 bis 1986 als Teil einer Rotationsabsprache mit dem Likud-Politiker Jitzhak Shamir) und noch einmal zwischen 1995 und 1996 nach Ermordung von Jitzhak Rabin – Ministerpräsident Israels. 1996 ordnete Ministerpräsident Peres nach Raketenangriffen der *Hisbollah* auf Nordisrael die Operation »Früchte des Zorns« im Libanon an, in deren Folge während eines israelischen Artilleriebeschusses des Hauptquartiers des *UNIFIL-FIJIBATT-Kontingentes* in Qana am 18. April 1996 zahlreiche UN-Blauhelmsoldaten und libanesischen Zivilisten den Tod fanden.

Er erhielt 1994 zusammen mit →Jassir Arafat und Jitzhak Rabin den Friedensnobelpreis für seine Verdienste im Friedensprozess von Oslo. 1997 gründete er das *Peres Center for Peace*.

Peres bleibt unerbittlicher Unterstützer des Oslo-Abkommens und des palästinensischen Autonomieprozesses trotz der ersten Intifada und der *Al-Aqsa-Intifada*. Dennoch unterstützt Peres in der Opposition Ariel Scharons Militärpolitik, die die Israelische Verteidigungsarmee einsetzt, um Selbstmordattentate zu verhindern und die »Infrastruktur des Terrors« zu zerstören.

Oft – selbst wenn er in der Opposition ist – handelt Peres als der »Erklärer« von Israel und seiner Politik, dies ist ihm aufgrund seiner großen Reputation in der internationalen Öffentlichkeit und innerhalb der diplomatischen Zirkel möglich. Peres verteidigt Israels Sicherheitspolitik in den Punkten »Kampf gegen den Terrorismus« und »Bau der israelischen

Sperranlagen« gegen internationale Kritik und gegen die Deligitimierung durch pro-palästinensische Kreise.

Obwohl er bereits 2003 in großem Kreis seinen achtzigsten Geburtstag feierte, gilt er in Israel mehr denn je als energischer und lebhafter Politiker.

Familie

Schimon Peres ist verheiratet mit Sonja (geb. Gelman) und hat eine Tochter und zwei Söhne (Tzvia, Yoni und Chemi). Tzvia (Tziki) Walden-Peres ist Linguistin, Chemi ist Vorsitzender der Pitango Venture Capital, einem der größten israelischen Risikokapitalfonds.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Schimon_Peres. Hauptautoren: Hoheit, Mastad, Ilario, SoniC, Triebtäter, Zwobot, Head, Matthias Bock, Aka, Tilman Berger, Magnus, Stern, Achim Raschka, Crux, Sansculotte, anonyme Bearbeiter.

Jitzhak Rabin

Jitzhak Rabin (* 1. März 1922 in Jerusalem; † 4. November 1995 in Tel Aviv) war Generalstabschef der israelischen Armee und Ministerpräsident seines Landes.

Er hatte das Amt des Ministerpräsidenten zweimal inne, erstmals von 1974 bis 1977 und nochmals von 1992 bis zu seiner Ermordung im Jahre 1995. Er war der einzige israelische Ministerpräsident, der ermordet wurde, und der zweite, der im Amt starb.

1994 erhielt er gemeinsam mit seinem Amtskollegen →Schimon Peres und dem damaligen Präsidenten der palästinensischen Autonomiegebiete →Jassir Arafat den Friedensnobelpreis.

Leben und Werk

Jitzhak Rabin kam als Sohn eines jüdischen Volontärs, der nach dem Ersten Weltkrieg die USA verlassen hatte, sowie seiner russischen Mutter auf die Welt. Er besuchte die Schule in Tel Aviv und nachfolgend eine Landwirtschaftsschule. Seit 1948 war er mit der gebürtigen Königsbergerin Leah Rabin (geborene Schlossberg) verheiratet.

Militärische Karriere – 1940 ging er als Freiwilliger zur *Palmach*-Abteilung der *Hagana*, einer Eliteeinheit der damaligen zionistischen Unter-

grundorganisation, die nach 1948 in die israelische Armee übergang. Im Jahr 1941 nahm er als Angehöriger der britischen Armee am Einmarsch in Syrien teil. 1944 wurde er stellvertretender *Palmach*-Befehlshaber der Truppen, die gegen die britischen Mandatstruppen kämpften. Aufgrund dieser Aktivität wurde er im Juli 1946 von den britischen Truppen verhaftet und zu sechs Monaten Haft verurteilt.

Im Oktober 1947 erreichte er die Position des obersten Planungsoffiziers. Während des israelischen Unabhängigkeitskriegs 1948 befehligte er die Verteidigung Jerusalems und kämpfte im Negev gegen die Ägypter. Im Jahr 1949 war er Delegierter der Waffenstillstandsdelegation auf Rhodos.

Von 1953 bis 1956 übernahm Rabin die Leitung der Ausbildung der israelischen Armee, danach wurde er Befehlshaber der Truppen an der syrischen Grenze Israels. Am 24. Januar 1961 wurde er zum stellvertretenden Generalstabschef und am 1. Januar 1964 zum Generalstabschef der *Zahal* (Israelische Verteidigungsarmee) ernannt. Unter seinem Kommando errang die *Zahal* einen umfassenden Sieg über Ägypten, Syrien und Jordanien im Sechstagekrieg. Nachdem die Altstadt von Jerusalem von der *Zahal* erobert worden war, war Rabin einer der ersten, der die alte Stadt besuchte. Er hielt dort eine berühmt gewordene Rede in der Hebräischen Universität auf dem Skopusberg, nachdem er von der Universität mit der Ehrendoktorwürde der Philosophie geehrt worden war.

Politische Karriere – 1967 gab Rabin seinen Posten an seinen Nachfolger Chaim Bar-Lew ab und widmete sich der Politik und Diplomatie. Er wurde 1968 als Botschafter in die Vereinigten Staaten entsandt und vertrat hier bis 1973 die Interessen Israels. 1973 wurde Rabin als Mitglied der Arbeiterpartei in das israelische Parlament, die Knesset, gewählt und zum Arbeitsminister ernannt. Am 3. Juni 1974 wurde er Nachfolger Golda Meïrs als Ministerpräsident. In dieser Amtszeit fand die Befreiung der Geiseln eines von Palästinensern entführten Air-France-Flugzeuges in Entebbe in Uganda statt, die als Operation Entebbe bekannt wurde.

Nach zwei großen Krisen musste Rabin sein Amt aufgeben: Zum einen führte die Ankunft von vier F-15-Jets an einem Schabbat zum Zerbrechen seiner Koalitionsregierung, zum anderen wurde kurz vor den Wahlen vom israelischen Geheimdienst, dem *Mossad*, ein illegales Dollarvermögen seiner Frau aufgedeckt, wie der ehemalige Geheimdienst-Katsa Victor Ostrovsky belegt. Rabin übernahm die Verantwortung für das Konto seiner Frau und trat 1977 vom Amt zurück. Nach seinem Rücktritt wurde der Likud-Politiker Menachem Begin als sein Nachfolger gewählt.

Nach der Regierungszeit Begin bis 1983 und einer kurzen Amtszeit von Jitzhak Schamir bis 1984 wurde Shimon Peres Ministerpräsident Israels und Jitzhak Rabin kam in sein Kabinett als Verteidigungsminister in der Einheitsregierung. Er setzte, wie im Fernsehen mehrfach dokumentiert, sehr umstrittene bis brutale Methoden ein, um die Erste Intifada auszuscheiden und wurde mit dem Ausspruch zitiert: »*Wir sollten ihre Hände und Beine brechen*« (bezogen auf die palästinensischen Aufständischen). Zugleich war er zuständig für den Rückzug der israelischen Armee aus dem südlichen Libanon. Er blieb auch in der zweiten Amtszeit Schamirs bis 1990 Verteidigungsminister.

Ab 1990 wurde Rabin zu einem der wichtigsten Fürsprecher eines fortschreitenden Friedensprozesses zwischen Israel und den Palästinensern und den arabischen Nachbarn des Staates. Er warnte vor einem Einfrieren des Friedensprozesses in der zweiten Amtszeit von Shimon Peres und kündigte 1990 seine Kandidatur als Vorsitzender der israelischen Arbeiterpartei gegen Peres an. Aus dieser Wahl ging er 1992 als Sieger hervor und wurde 1993 erneut Ministerpräsident Israels. Seinen Vorgänger Shimon Peres machte er zum Außenminister, er selbst behielt das Verteidigungsministerium.

In seiner zweiten Amtszeit ab 1993 spielte Rabin eine tragende Rolle bei den Friedensgesprächen mit den Palästinensern und den arabischen Ländern.

1991 kam es zu Friedensgesprächen in Madrid, nach denen Israel getrennt mit Vertretern seiner Nachbarn verhandeln sollte. Die *Palästinensische Befreiungsorganisation* PLO wurde bei den Verhandlungen jedoch nicht eingeladen. 1992 kündigte Rabin Syrien einen Abzug der Truppen von den Golanhöhen an. Zeitgleich verschärfte sich der Streit mit den Palästinensern und der PLO. Es kam vermehrt zu Terrorakten, die die Friedensgespräche der israelischen Regierung unterlaufen sollten. Im Sommer 1993 kam es zu ersten direkten Gesprächen zwischen Vertretern der PLO und Israel. Die Gespräche führten im Oslo-Abkommen zu einem Erfolg, das einen Abzug der israelischen Armee aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen sowie eine palästinensische Selbstverwaltung in diesen Gebieten bei gleichzeitigem Gewaltverzicht der Palästinenser vorsah. Nach einer Übergangszeit sollte ein dauerhafter Status der Gebiete ausgehandelt werden. Die Verträge wurden am 9. und 10. September von den Beteiligten unterschrieben. Am 4. Mai 1994 erfolgte eine weitere vertragliche Regelung in Washington (D.C.), bei der die PLO erstmalig eine anerkannte begrenzte Autonomie für den Gazastreifen und das Gebiet um Jericho bekam. Für seine Beteiligung an dem Prozess erhielt Rabin 1994,

zusammen mit ➤Jassir Arafat und ➤Schimon Peres, den Friedensnobelpreis.

In der Folge des in Kairo 1994 endgültig bestätigten Abkommens wurden israelische Truppen aus den Autonomiegebieten abgezogen. Die PLO durfte eine Polizeitruppe von 9.000 Mann bilden, um ihren Aufgaben der Verwaltung und Kontrolle gerecht zu werden, außerdem wurden etwa 8.500 palästinensische Gefangene freigelassen.

Rabin wurde am 4. November 1995 von Jigal Amir in Tel Aviv erschossen. Heute gibt es einen nationalen Erinnerungstag am Tag seiner Ermordung. Posthum wurde ihm im selben Jahr der *Deutsche Medienpreis* 1995 in Baden-Baden verliehen. In Köln hat man einen Platz in der Nähe der Synagoge in »Jitzhak-Rabin-Platz« umgewidmet. Jitzhak Rabin wurde auf dem Mount Herzl beigesetzt, wo auch seine im Jahr 2000 verstorbene Frau Leah Rabin begraben ist. Dort erinnert ein schwarzer Stein an ihn und ein weißer Stein an seine Frau.

Literatur

- Lea Rabin: *Ich gehe weiter auf seinem Weg*, Droemer-Knaur, 1997
- Noa Ben Artzi-Pelossof: *Trauer und Hoffnung*, Rowohlt, 1996

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Jitzhak_Rabin. Hauptautoren: Achim Raschka, Hoheit, Steffen, Mastad, MarkusHagenlocher, Magnus, Triebtäter, FlaBot, Mac, MollyMalone, Crux, Belz, Anathema, Seidl, Wolfgangpeter, Zwobot, anonyme Bearbeiter.

1995

Józef Rotblat

Sir **Józef Rotblat**, auch: Josef oder Joseph Rotblat, (* 4. November 1908 in Łódź; † 31. August 2005 in London) war ein britischer Physiker polnisch-jüdischer Herkunft. Als Kernphysiker war er anfänglich beteiligt an der Entwicklung der ersten Atombombe, verließ dann aber wegen ethischer Bedenken 1944 das Projekt. Er war einer der Mitgründer der Pugwash-Konferenzen und kämpfte ein Leben lang für die Abschaffung aller Atomwaffen. Stellvertretend für die *Pugwash-Konferenzen* wurde er im Jahr 1995 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Frühe Jahre und wissenschaftliche Tätigkeit

Józef Rotblat wurde als Sohn einer jüdischen Familie 1908 in Łódź geboren. Er studierte an den Universitäten in Warschau und Liverpool und wurde 1937 Direktor des polnischen Instituts für Atomwissenschaft an der Freien Universität von Polen. Er promovierte 1938 und wanderte direkt nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nach Großbritannien aus.

1939 begann er mit James Chadwick an der Universität von Liverpool an einem Atombombenprojekt zu arbeiten, das ihn nach Los Alamos führte, um am Manhattan-Projekt mitzuwirken. Im November 1944, nachdem klar war, dass Deutschland keine Atombombe fertig stellen könnte, verließ Rotblat als einziger Wissenschaftler das Projekt und ging sofort nach England zurück. Nach dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki wurde er zum erklärten Gegner der atomaren Aufrüstung. Von 1945 bis 1949 war er Direktor des Forschungszentrums für Nuklearphysik in Liverpool. Von 1950 bis 1976 ging er als Professor für Physik an die Universität London und die medizinische Hochschule des Krankenhauses *Saint Bartholomeus* und wurde Hauptphysiker des Krankenhauses.

Pugwash Conferences on Science and World Affairs

Zusammen mit Albert Einstein und Bertrand Russell gehörte er 1955 zu den Initiatoren des Russell-Einstein-Manifestes und der *Pugwash Conferences on Science and World Affairs*, bekannt als Pugwash-Konferenzen, auf denen sich Wissenschaftler aus aller Welt regelmäßig unter anderem

mit der internationalen Sicherheit, der Abrüstung und mit Strategien zur Vermeidung von Atomkriegen auseinander setzen. *Pugwash International* veranstaltet neben Jahrestagungen verschiedene Workshops zu Themen wie der nuklearen Abrüstung, den biologischen und chemischen Waffen, regionalen Konflikten bezüglich der Weiterverbreitung von Waffentechnologien und der Verantwortung der Naturwissenschaftler. Seit ihrer Gründung fanden über 200 Konferenzen statt, bei denen vor allem über die Rüstungskontrolle und Konfliktregelung diskutiert wurde.

Besonders bei internationalen Verträgen zur Friedenssicherung spielen die Ergebnisse der Pugwash-Konferenzen eine wichtige Rolle. So waren ihre Ergebnisse ein maßgeblicher Faktor bei dem Atomteststopp-Abkommen 1963 zwischen den USA und der Sowjetunion, dem Atomwaffensperrvertrag 1968, dem Anti-Raketen-Vertrag von 1972 und dem Verbot chemischer und biologischer Waffen von 1972 und 1973. Beratend wirkten sie außerdem bei den *SALT*-Abrüstungsgesprächen von 1969 bis 1979 sowie bei der Vorbereitung der *Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (KSZE) mit. Mit dem Ende des Kalten Krieges erweiterte sich das Spektrum der Themen auch in den Bereich des nachhaltigen Umweltschutzes.

Vom ersten Treffen 1957 bis 1973 war Rotblat Generalsekretär der *Pugwash*-Konferenzen, 1988 wurde er deren Präsident.

Weiteres Wirken

Józef Rotblat wurde außerdem als Sachverständiger für das *Jahr des Friedens* (1986) für die *→ Vereinten Nationen* (UN) zu Rate gezogen. Er war in den Jahren 1984 bis 1987 für die Berichte der *Weltgesundheitsorganisation* (WHO) in Bezug auf »Auswirkungen eines Atomkrieges auf Gesundheit und Gesundheitswesen« verantwortlich.

Rotblat ist Autor von über 300 Publikationen aus den Bereichen Kernphysik, Strahlungsbiologie, Kernwaffen, Abrüstung und der *Bewegung Pugwash*. 1995, fünfzig Jahre nach Hiroshima und Nagasaki, wurde Joseph Rotblat gemeinsam mit den Pugwash Conferences on Science and World Affairs der Friedensnobelpreis verliehen. Begründung: »Für den jahrzehntelangen weltweiten Einsatz für die Abschaffung aller Kernwaffen«. 1998 wurde er von Königin Elizabeth II. zum Ritter geschlagen und bekam den Titel Sir verliehen.

Trotz des Eisernen Vorhangs und des kalten Krieges setzte er sich für die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern aus West und Ost ein. Anlehnend an den Hippokratischen Eid war er der Überzeugung, dass Wissen-

schaftler einen eigenen moralischen Codex haben sollten. Auf die Frage, wie er seinen jugendlichen Elan behalte, antwortete Rotblat gern: »*Du musst ein Ziel haben und es beharrlich verfolgen*« (»keep on going«).

Józef Rotblat starb am 31. August 2005 im Alter von 96 Jahren. Bis zu seinem Tod war er damit der älteste noch lebende Nobelpreisträger seit dem Tod des Physik-Preisträgers Hans Bethe am 6. März 2005.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Józef_Rotblat. Hauptautoren: Waggerla, Achim Raschka, Anghy, Sicherlich, Hoch auf einem Baum, Adomnan, Christoph Wagener, Redf0x, APPER, Gedeon, Steffen2, Gpvos, anonyme Bearbeiter.



Abb. 82: Grab von Jitzhak und Lea Rabin

1996

Carlos Felipe Ximenes Belo

Carlos Felipe Ximenes Belo (* 3. Februar 1948 in Baucau) ist ein römisch-katholischer Bischof aus Osttimor. Für seine Verdienste zur Selbstbestimmung Osttimors wurde er mit José Ramos-Horta 1996 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Leben und Werk

Belo wurde 1948 als fünftes Kind eines Bauern in Osttimor geboren, sein Vater starb zwei Jahre später. Über ein Armenstipendium erhielt er eine Schulausbildung an der örtlichen Missionsschule und konnte 1962 in die Diözese der Hauptstadt Dili eintreten. Ab 1968 studierte er in Lissabon Philosophie und kam danach als Lehrer zurück nach Osttimor.

1976 verließ er nach der Invasion und Annexion durch Indonesien das Land, ging zuerst nach Macau und begann dann das Studium der Theologie in Lissabon und Rom. 1980 wurde er in Rom zum Priester geweiht und ging nach Portugal. 1981 kehrte er in seine Heimat zurück. Obwohl international noch immer als nicht-autonomes Territorium Portugals angesehen, wurde Osttimor nach dem Ausruf zur Volksrepublik durch die marxistische Partei FRETILIN von den indonesischen Truppen besetzt. Aufstände wurden unter massivem Einsatz von Gewalt eingedämmt, bis 2002 sind mehr als 200.000 Osttimoresen getötet worden.

Belo wurde zwischen 1983 und 1988 vom Vatikan als Apostolischer Administrator von Dili eingesetzt, bis er zum Bischof geweiht wurde. Er selbst akzeptierte die indonesische Staatsbürgerschaft, lehnte die Besetzung und die gewaltsame Durchsetzung der Macht aber ab und kritisierte diese stark. Die Indonesier reagierten mit offener Feindschaft und massiver Einschränkung seiner Rechte, er wurde zum Ziel mehrerer Mordanschläge. 1989 erregte er internationales Aufsehen durch einen Brief an den Generalsekretär der *»Vereinten Nationen«* Javier Perez de Cuellar, in dem er eine Volksabstimmung über die Zukunft des Landes anregte. Im Jahr 1996 erhielt er für seinen Einsatz für Osttimor, das 2002 unabhängig wurde, den Friedensnobelpreis.

Er trat 2002 auf Grund der nach der Unabhängigkeit Osttimors aufgenommenen angespannten Situation von seinem Amt zurück. Belo zog sich

aus dem öffentlichen Leben ganz zurück und machte eine Kur in Portugal. Später wurden Stimmen laut, die seine Kandidatur als Präsident forderten (als Nachfolger vom amtierenden Xanana Gusmão). Nach seiner Genesung übernahm er ein Missionariat in Mosambik.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Carlos_Felipe_Ximenes_Belo. Hauptautoren: Achim Raschka, Cassandro, Lofor, RobotQuistnix, Sascha Brück.

José Ramos-Horta

José Ramos-Horta (* 26. Dezember 1949 in Dili/Osttimor) ist seit der Unabhängigkeit im Jahr 2002 Außenminister und war vorher offizieller Sprecher des Widerstandes im Exil während der indonesischen Besatzung von 1975 bis 1999.



Abb. 83: José Ramos Horta

Biographie

Frühe Jahre – José Ramos-Horta wurde in Dili, der Hauptstadt von Osttimor, als Sohn einer einheimischen Mutter und eines Portugiesen geboren. Sein Vater war wegen der Diktatur von António de Oliveira Salazar aus seiner Heimat ins Exil gegangen. Ramos-Horta ging in einer katholischen Mission in dem Dorf Soibada zur Schule, das später nach der indonesischen Besatzung zum Hauptquartier der FRETILIN ausgewählt wurde, die für die Befreiung Osttimors kämpfte.

Seine aktive Beteiligung an der Entwicklung des politischen Bewusstseins von Osttimor veranlasste ihn, von 1970 bis 1971 ins Exil nach Portugiesisch-Ostafrika (das heutige Mosambik) zu gehen. Auch sein Großvater war auf den Azoren, später in Kap Verde, Portugiesisch-Guinea und zuletzt in Portugiesisch-Timor im Exil gewesen.

Politisches Wirken und Einsatz für die Unabhängigkeit Osttimors

– 1974 war er Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei Osttimors, aus der später die FRETILIN hervorging. Als gemäßigter Politiker in der auftauchenden nationalistischen Führung war er als Außenminister der »Demokratischen Republik von Osttimor« vorgesehen, die im November 1975 nach dem Abzug der portugiesischen Besatzer von den nationalen Parteien ausgerufen wurde. Ramos-Horta amtierte in dieser Funktion allerdings nur 14 Tage und verließ Osttimor drei Tage vor der Invasion indonesischer Truppen, die das Land als Provinz Indonesiens annektierten. Er

ging nach New York, um den UN-Sicherheitsrat zu Maßnahmen gegen die Besatzung und den Massenmord des indonesischen Militärs zu drängen.

In Osttimor wurde die Bevölkerung, die nach 400 Jahren portugiesischer Herrschaft kulturell dem modernen Europa näher stand als den neuen Besatzern, durch die indonesischen Truppen unterdrückt. Die Osttimoresen sind zudem mehrheitlich streng katholisch und fühlten sich durch die Indonesier, die Javanisch zur Landessprache und den Islam zur Staatsreligion machten, sehr schnell diskriminiert. Demonstrationen und Unabhängigkeitsbestrebungen wurden mit Militärgewalt beantwortet und brutal niedergeschlagen. Dieses Vorgehen kostete zwischen 1976 und 1981 über 200.000 Menschen das Leben. Es kam nach Berichten von Amnesty international zu systematischen Folterungen und Hinrichtungen unter den Kritikern am indonesischen Vorgehen.

Ramos-Horta war nach seiner Flucht von 1976 bis 1986 ständiger Vertreter der FRETILIN bei der UNO und kämpfte hier für die Unabhängigkeit Osttimors. Zudem ist er bis heute der offizielle Sprecher des Widerstandsanhängers Xanana Gusmao, der den Kampf gegen die indonesischen Truppen anführte und mit der Unabhängigkeit des Landes zum ersten Präsidenten von Timor-Leste gewählt wurde. Durch seine Arbeit wurde José Ramos-Horta zum bekanntesten Fürsprecher für die Freiheit Osttimors. Er verlor während dieser Zeit eine Schwester, die bei einer Bombenexplosion getötet wurde, sowie zwei Brüder, von denen einer während eines Polizeiverhörs starb und der andere im Alter von 14 Jahren spurlos verschwand.

Ramos-Horta studierte Internationales Recht und Politik in den USA, den Niederlanden und Frankreich und ist heute als Dozent an der University of New-South-Wales in Sydney tätig. Im Dezember 1996 teilte sich José Ramos-Horta den Friedensnobelpreis mit seinem Landsmann Bischof Carlos Felipe Ximenes Belo. Das Komitee würdigte die beiden für ihre »ständigen Bemühungen, die Unterdrückung der kleinen Leute aufzuhalten«, und äußerte die Hoffnung, dass diese Auszeichnung »die Anstrengungen zur Findung einer diplomatischen Lösung des Osttimorkonflikts anspornen, basierend auf dem Recht der Selbstbestimmung.«

Literatur

- José Ramos-Horta: *Funu Ost-Timors Freiheitskampf ist nicht vorbei!*
- Jose Ramos-Horta: *Funu the Unfinished Saga of East Timor*

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/José_Ramos-Horta. Hauptautoren: Lofor, Peter200, Achim Raschka, RedBot, RobotE, Wiegels, Dolos, Javaprog, Sascha Brück, Peter Flachsbauer, anonyme Bearbeiter.

1997

International Campaign to Ban Landmines

Die **International Campaign to Ban Landmines**, zu Deutsch *Internationale Kampagne für das Verbot von Landminen* (ICBL), ist ein Netzwerk von über 1200 Nichtregierungsorganisationen in 90 Ländern. Der 1995 gegründete *Deutsche Initiative für das Verbot von Landminen* (*German Initiative to Ban Landmines*, GIBL) ist Teil der ICBL. Die Kampagne hat das Ziel des weltweiten Verbots von Landminen.

Im Verlauf des Jahres 1991 begannen einige Nichtregierungsorganisationen und Personen gleichzeitig eine Diskussion über die Notwendigkeit, die Initiativen zum Verbot von Antipersonenminen zu koordinieren. Im Oktober 1992 wurde die ICBL offiziell von einem Zusammenschluss der *Handicap International*, *Human Rights Watch*, *medico international*, *Mines Advisory Group*, *Physicians for Human Rights* und der *Vietnam Veterans of America Foundation* gegründet.

Die ICBL sah sich von Anfang an als ein flexibles Netzwerk von Organisationen, die dieselben Ziele verfolgen. Die Kampagne verfolgt ein internationales Verbot von Einsatz, Produktion, Lagerung und Verkauf von Antipersonenminen sowie einen verstärkten internationalen Einsatz für humanitäre Minenräumung und Hilfe für Minenopfer.

1997 erhielt die *International Campaign to Ban Landmines* und ihre Koordinatorin Jody Williams den Friedensnobelpreis. In September 1997 wurde in Oslo ein Vertrag abgeschlossen, der die Landminen ächten sollte; im Dezember des gleichen Jahres wurde auf Initiative des kanadischen Außenministers Lloyd Axworthy das Verbot von Landminen durch einen Vertragsabschluss in Ottawa von 122 Nationen bestätigt.

Weblinks

- Offizielle Homepage der ICBL (= <http://www.icbl.org>)

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/International_Campaign_to_Ban_Landmines. Hauptautoren: Fab, Achim Raschka, Creando, Ellywa, Jpf, Triebtäter, anonyme Bearbeiter.

Jody Williams

Jody Williams (* 9. Oktober 1950 in Brattleboro, Vermont) ist eine US-amerikanische Lehrerin und Menschenrechts-Aktivistin. Gemeinsam mit der *Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen*, deren Sprecherin sie ist, bekam sie 1997 den Friedensnobelpreis.

Leben und Werk

Williams studierte an der *Johns Hopkins School of Advanced International Studies* in Washington Englisch und Spanisch. Ihr zweites Diplom im Fach Internationale Beziehungen machte sie 1981 und lehrte anschließend Englisch in Mexiko, London und Washington.

Ihre humanitäre Arbeit begann sie 1984 bis 1986 als Koordinatorin des *Nicaragua-Honduras-Lehrprogramms*, welches amerikanische Entscheidungsträger der Politik und Wirtschaft über die Folgen des Bürgerkrieges in Mittelamerika informierte. Danach wurde sie Vizedirektorin der *Medizinischen Hilfe für El Salvador* und blieb dort bis 1992. Anschließend wurde sie die Koordinatorin der *Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen* (ICBL). 1991 erstellte sie ein Konzept für diese Organisation im Rahmen der *Vietnam Veterans of America Foundation*, der sie im gleichen Jahr beigetreten war.

Ihren größten Erfolg landete Jody Williams, als sie im September 1997 im Vertrag von Oslo erreichte, dass die Landminen international geächtet wurden (einige Länder, u. a. die USA, unterzeichneten den Vertrag jedoch nicht). Sie überzeugte Politiker und verschiedene Organisationen, dass das Verbot von Landminen auch wirtschaftlich notwendig sei, da die Kosten für die medizinische Versorgung von Opfern langfristig nicht mehr getragen werden müssten und so viel Geld einzusparen seien. Der kanadische Außenminister Lloyd Axworthy schlug vor, diesen Vertrag aufzusetzen. Am 3. Dezember 1997 wurde das Verbot von Landminen durch einen Vertragsabschluss in Ottawa von 122 Nationen bestätigt.

Für den Vertrag von Oslo wurden die Organisation und ihre Sprecherin mit dem Friedensnobelpreis 1997 ausgezeichnet. Bereits in diesem Jahr umfasste die *Internationale Kampagne für das Verbot von Landminen* als Dachverband schon 1.000 Organisationen und Aktionsgruppen aus über 60 Nationen. Jody Williams führt ihre Arbeit weiter und ist aktuell z. B. mit der Erstellung der Landminenkarte der Organisation beschäftigt.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Jody_Williams. Hauptautoren: Achim Raschka, Cassandra, Trainspotter, RedBot, Mdangers.

1998

John Hume

John Hume (* 18. Januar 1937 in Londonderry) ist ein nordirischer Politiker. Er ist Vorsitzender und Mitgründer der *Social Democratic and Labour Party* (SDLP), die sich für eine Wiedervereinigung Irlands ohne Gewalt einsetzt. 1998 wurde John Hume gemeinsam mit David Trimble für seine Bemühungen um eine friedliche Lösung des Nordirlandkonflikts mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Biographie

Frühe Jahre und Ausbildung – John Hume kam als Sohn eines Werftarbeiters 1937 im nordirischen Londonderry auf die Welt. Er lebte in bescheidenen Verhältnissen und wurde als katholisches und irisches Kind bereits von Kindestagen an mit der Unterdrückung der irischstämmigen Katholiken durch die Protestanten, die ihre Wurzeln im englischen Teil Großbritanniens haben, konfrontiert. Er studierte an der National University und erwarb dort seinen Master of Arts, danach ging er als Forschungsstudent an das Trinity College in Cambridge, zeitgleich war er Gasthörer am Centre of International Affairs in Harvard. Danach wurde John Hume Lehrer und begann in den 1960er Jahren mit der politischen Arbeit, bei der er sich für öffentliche Interessen einsetzt.

Politische Arbeit – 1968 wurde John Hume zum Führer der Bürgerrechtsbewegung *Non-violent civil rights*; ein Jahr später kam er als Abgeordneter in das nordirische Parlament. 1972 wurde dies von der britischen Regierung aufgelöst, nachdem Großbritannien die Polizeigewalt im Lande an sich gezogen hatte und die Regierung in Belfast geschlossen zurückgetreten war. 1970 gründete John Hume gemeinsam mit weiteren Mitstreitern die *Social Democratic and Labour Party* SDLP, die sich bereits bei ihrer Gründung für ein geeintes Irland ohne Gewaltanwendung aussprach. Diese positionierte sich damit zwischen der protestantisch-unionistischen *Democratic Unionist Party* (DUP) und der katholisch-republikanischen *Sinn Féin*. 1973 wurde durch eine Abstimmung beschlossen, dass Nordirland weiterhin zu Großbritannien gehören sollte. Im gleichen Jahr wur-

de eine neue parlamentarische Vertretung gewählt, der auch John Hume angehörte, sowie eine eigene *Northern Ireland Executive* mit begrenzten Rechten gebildet, in der Hume als Handelsminister tätig wurde. Beide wurden allerdings bereits 1974 wieder aufgelöst.

In Londonderry richtete David Hume die *Inner City Trust* ein, eine Vereinigung, die aus Mitgliedern sowohl der Katholiken als auch der Protestanten bestand und die sich zum Ziel gesetzt hat, die als Folge des Bürgerkriegs teilweise massiven Zerstörungen in der Innenstadt von Londonderry zu beseitigen. Außerdem konnte er durchsetzen, dass der Bürgermeister von Londonderry jedes Jahr von einer anderen im Parlament vertretenen Partei gestellt wurde.

Von 1979 bis 2004 war John Hume Vertreter des Europäischen Parlaments in Brüssel, wo er sich vor allem im Ausschuss für Regionalplanung und in der Gemeinsamen Versammlung der *Europäischen Union* und der AKP-Staaten, also der Entwicklungsländer Afrikas, der Karibik und des Pazifik, einsetzte. Er wurde außerdem Co-Vorsitzender der *Interparlamentarischen Gruppe für kulturelle und sprachliche Minderheiten*. 1979 wurde Hume Parteivorsitzender der SDLP. Sein 1982 durch die Gründung des *New Ireland Forum* gestartetes Vorhaben, die Vereinigung von Nordirland mit der irischen Republik voranzutreiben, scheiterte an der republikanischen Partei *Sinn Féin*. 1983 wurde er als einziger Vertreter seiner Partei in das britische House of Commons gewählt, wo er bis heute den Wahlkreis Foyle vertritt.

Friedensarbeit mit der IRA – Seine Gesprächsbereitschaft mit der Partei *Sinn Féin* sowie mit der Untergrundorganisation, der *Irish Republican Army* (IRA), sorgte 1985 für Aufregung, seine Gespräche mit dem *Sinn Féin*-Vorsitzenden Gerry Adams führten allerdings zu einem allmählichen Friedensprozess, der 1994 in einem bedingungslosen Waffenstillstand der IRA gipfelte, der 18 Monate eingehalten wurde.

1998 wurde vom britischen Premierminister Tony Blair und dem irischen Präsidenten Bertie Ahern ein Nordirland-Friedensplan ausgearbeitet, an dem auch Hume und andere Friedensaktivisten Nordirlands beteiligt waren. Dieser wurde als Karfreitagsabkommen bekannt. Am 15. August erschütterte ein Bombenattentat in Omagh mit 25 Todesopfern durch eine pro-irische Splitterorganisation erneut die Friedenspläne, eine Beruhigung erfolgte jedoch über die weltweite Unterstützung der Friedensbemühungen und die Ablehnung weiterer Gewalt von allen Seiten. Am 10. Dezember erhielten David Hume und David Trimble gemeinsam

den Friedensnobelpreis für ihre intensiven Bemühungen im Friedensprozess in Nordirland. 2004 kündigte John Hume an, sich ganz aus der Politik zurückzuziehen.

Ehrungen – Neben dem Friedensnobelpreis erhielt Hume viele weitere Auszeichnungen für seine Arbeit, darunter den Hessischen Friedenspreis und den Sean-McBride-Preis.

Weiterführende Literatur

- John Hume: *Personal views, politics, peace and reconciliation in Ireland*, Town House Dublin, 1996
- John Hume: *Derry beyond the walls: social and economic aspects of the growth of Derry*, Ulster Historical foundation Belfast, 2002
- Barry White: *John Hume: a statesman of the troubles*, Blackstaff Belfast, 1984
- George Drower: *John Hume: man of peace*, Gollancz London, 1995
- Paul Routledge: *John Hume: a biography*, Harper-Collins London, 1997
- Gerard Murray: *John Hume and the SDLP: impact and survival in Northern Ireland*, Irish Academic Press Dublin, 1998

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/John_Hume. Hauptautoren: Achim Raschka, LIU, Mastad, DaB., Addicted, Robodoc, Gauss, Triebtäter, Stefan Kühn, FlaBot, Eckhart Wörner, anonyme Bearbeiter.

David Trimble

William David Trimble (* 15. Oktober 1944) ist ein nordirischer Politiker. Er ist Vorsitzender der *Ulster Unionist Party* (UUP) und war Premierminister von Nordirland. 1998 wurde David Trimble gemeinsam mit John Hume für seine Bemühungen um eine friedliche Lösung des Nordirlandkonflikts mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Leben und Werk

David Trimble wurde 1944 als Sohn eines Beamten in Bangor, einer Kleinstadt nordöstlich von Belfast, geboren. Er ging auf die Bangor Grammar School und studierte später Rechtswissenschaft an der Queen's University in Belfast. Das Studium beendete er 1968 mit dem Bachelor of Laws, um

danach als Dozent an der Universität zu arbeiten. 1969 bekam er seine Zulassung als Rechtsanwalt. Ab 1977 ging er zurück an die Universität und wurde senior lecturer am juristischen Fachbereich.

Die politische Arbeit – David Trimble setzte sich seit den frühen 1970er Jahren politisch für die Ziele der protestantischen Unionisten Nordirlands ein, die eine Festigung der Bindung an Großbritannien erstreben. Er gehörte von 1975 bis 1976 der gewählten Verfassungsgebenden Versammlung Nordirlands an, die als Reaktion des Scheiterns des »Sunningdale Agreement« zwischen Großbritannien, Irland und Nordirland eingesetzt wurde. Trimble sprach sich für eine Zusammenführung der militanten *Vanguard Unionist Party* (VUP) mit der *Social Democratic and Labour Party* (SDLP) aus, wodurch er sich starker Kritik aussetzte. Die VUP zerfiel Ende der 1970er Jahre; Trimble schloss sich der *Ulster Unionist Party* an.

1985 wurde David Trimble Mitglied der *Ulster Clubs*, die als extremistische Verbände jeden Einfluss Irlands auf die Entwicklung in Nordirland bekämpften. Im Mai 1990 wurde Trimble in das britische House of Commons gewählt und gehörte als Teil der *Orange Society* zu den Radikalen innerhalb seiner Partei. Er stellte sich auch einem Friedensabkommen nach der Kapitulation der *Irish Republican Army* (IRA) im Februar 1995 und einer Annäherung der katholischen Partei *Sinn Féin* entgegen und galt als einer der entschiedensten Gegner eines irisch-britischen Rahmenabkommens.

Beginn der Friedensarbeit – Am 10. Februar wurde Trimble Nachfolger von James Molineaux als Führer der UUP und begann in dieser Rolle mit der aktiven Friedensarbeit, indem er sich gegen den Widerstand in seiner eigenen Partei für eine Versöhnungsbereitschaft mit den sozial benachteiligten und katholischen Gesprächspartnern einsetzte. 1996 kam es erstmals zur Geste des Handreichens als Signal einer Versöhnung zwischen ihm und seinem politischen Gegner Gerry Adams, dem Vorsitzenden der *Sinn Féin*. Auch sein Zusammentreffen mit dem irischen Regierungschef John Bruton in Dublin war ein Zeichen für seinen Reformwillen und wurde als historischer Moment bezeichnet.

Im April kam es zu Verhandlungen zwischen dem britischen Regierungschef Tony Blair, seinem irischen Amtskollegen Bertie Ahern, David Trimble und Gerry Adams, geführt von dem US-amerikanischen Senator George Mitchell. Diese gipfelten in einem Friedensabkommen für Nord-

irland, welches der Provinz einen halbautonomen Status gab. In der folgenden Wahl im Juni 1998 wurde die UUP mit Trimble an der Führung stärkste Partei mit 28 Sitzen, gefolgt von der SDLP unter John Hume mit 24 und Sinn Féin unter Adams mit 18 Sitzen.

Am 1. Juli 1998 wurde David Trimble in der Regionalversammlung zum »First Minister« gewählt. Am 10. Dezember des gleichen Jahres erhielt er gemeinsam mit John Hume den Friedensnobelpreis stellvertretend für alle Akteure am nordirischen Friedensprozess, darunter die Regierungen Großbritanniens und Irlands ebenso wie Gerry Adams und Martin McGuinness, der einen großen Anteil an der Kapitulation der IRA hatte.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/David_Trimble. Hauptautoren: Achim Raschka, HenrikHolke, Mastad, FlaBot, Triebtäter, Zwobot, Addicted, Stefan Kühn, Eckhart Wörner, anonyme Bearbeiter.

1999

Ärzte ohne Grenzen



Abb. 84: Ärzte ohne Grenzen Logo

Ärzte ohne Grenzen ist der Name der deutschsprachigen Sektionen der 1971 gegründeten internationalen Organisation **Médecins Sans Frontières** (MSF). Die private Hilfsorganisation leistet medizinische Nothilfe in Krisen- und Kriegsgebieten.

Die Hilfsprojekte sind unterschiedlicher Natur und reichen vom (Wieder-)Aufbau von Krankenhäusern über die Erstellung von Brunnen bis zur einfachen Aufklärung der Bevölkerung. Die meisten Mitarbeiter sind Ärzte und Pflegekräfte, aber auch Vertreter anderer Berufe unterstützen die Organisation aktiv. Das internationale Netzwerk von **Médecins Sans Frontières/Ärzte ohne Grenzen** setzt sich aus Sektionen in 19 Ländern zusammen.

Grundsätze

Ärzte ohne Grenzen arbeitet immer unabhängig, neutral und unparteiisch, da es nur so möglich ist, in Krisenregionen zu agieren.

Ärzte ohne Grenzen sieht auch das »Witnessing« (»Zeuge sein«) im Rahmen der medizinischen Nothilfe als eine wichtige Aufgabe. Witnessing bedeutet, wenn notwendig, auf Völker in Not aufmerksam zu machen. Durch Berichte der Mitarbeiter vor Ort wird in der MSF-Einsatzzentrale entschieden, welche Maßnahmen zu ergreifen sind. Mögliche Aktionen sind: Gespräche mit Verantwortlichen, Lobbying oder öffentliche Aufklärungskampagnen, im schlimmsten Falle sogar der Rückzug aus einem Einsatzgebiet.

Diese Fürsprache für die Opfer von Not und Gewalt wurde 1999 durch die Verleihung des Friedensnobelpreises besonders geehrt.

»Das norwegische Nobel-Komitee hat entschieden, den Friedensnobelpreis 1999 an *Ärzte ohne Grenzen* zu vergeben, in Anerkennung der bahnbrechenden humanitären Arbeit dieser Organisation auf mehreren Kontinenten« (*The Nobel Foundation*).

Geschichte der Organisation – Die *Ärzte ohne Grenzen* wurden am 20. Dezember 1971 als *Médecins Sans Frontières* von jungen französischen Ärzten gegründet. Diese waren zuvor, enttäuscht von den begrenzten Möglichkeiten, helfen zu können, aus dem Bürgerkrieg in Biafra und aus dem von einer Flutkatastrophe betroffenen Bangladesch zurückgekehrt. 1976 erreichte die Organisation die Aufmerksamkeit einer größeren Öffentlichkeit durch den Einsatz in einem von christlichen Milizen eingeschlossenen schiitischen Viertel Beiruts (Libanon).

Im Jahr 1979 verließen der Mitbegründer Bernard Kouchner und einige weitere die Organisation und gründeten *Médecins du Monde* (MDM). 1980 wurde in Belgien die zweite MSF-Sektion gegründet, 1981 folgte eine weitere Sektion mit Sitz in Genf. 1993 erhielt die Organisation vom *United Nations High Commissioner for Refugees* (UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge, UNHCR) die Nansen-Medaille. Die deutsche Sektion *Ärzte ohne Grenzen e. V.* wurde im gleichen Jahr gegründet. 1985 wurden Vertreter der Organisation aus Äthiopien verwiesen, nachdem die französische Sektion die Unterschlagung humanitärer Hilfe sowie Zwangsumsiedlungen durch das Mengistu-Regime öffentlich kritisiert hatte. Aufgrund des Drucks der internationalen Aufmerksamkeit sowie aufgrund der Androhung der Sperrung von Geldern durch die wichtigsten Geberländer lenkte das Regime ein. Im Jahr 1989 kamen bei einem Abschuss eines Flugzeuges von *Piloten ohne Grenzen* durch eine Rakete im Sudan neben anderen Opfern zwei Mitarbeiter um Leben. Die Organisation verließ daraufhin den Südsudan bis 1992.

1990 wurde in Afghanistan ein MSF-Logistiker ermordet. Die Organisation unterbrach daraufhin die Aktivitäten im Land bis 1992. 1993 kam es zu einer scharfen Verurteilung der Vorgehensweise der *Vereinten Nationen* in Somalia, da humanitäre Prinzipien verletzt wurden. Im gleichen Jahr stellte die Organisation die Aktivität im irakischen Kurdistan nach der Ermordung eines Mitarbeiters von *Handicap International* ein.

1994 wurde in Wien das Büro der österreichischen Sektion *Ärzte ohne Grenzen* eingerichtet. Im Jahr 1995 wurden die Mitarbeiter der Organisation mit 37 weiteren humanitären Organisationen aus Ruanda verwiesen. Man hatte zuvor das Blutbad durch ruandische Truppen im Vertriebenenlager Kibeho kritisiert. Am 10. Dezember 1999 wurde der Organisation für ihre Arbeit der Friedensnobelpreis verliehen.

Im Jahr 2001 wurden zwei Mitarbeiter entführt, einer der beiden wurde nach sechsmonatiger Entführung in Kolumbien unversehrt freigelassen, in Tschetschenien kam ein weiterer Mitarbeiter nach einem Monat wieder

frei. 2002 wurde in Dagestan der MSF-Mitarbeiter Arjan Erkel entführt, der im Mai 2004 nach 20-monatiger Entführung freigelassen wurde. Am 2. Juni 2004 wurden in Afghanistan fünf Mitarbeiter (eine Belgierin, ein Norweger, ein Niederländer und zwei Afghanen) in einem Hinterhalt der Taliban getötet. MSF sah eine der Ursachen für dieses Attentat in der bereits zuvor kritisierten Instrumentalisierung und dem Missbrauch humanitärer Hilfe für politische Zwecke durch die Koalitionstruppen unter US-amerikanischer Führung: so wurden z. B. Afghanen mittels Flugblättern dazu aufgefordert, Informationen über die Taliban und Al Kaida zu liefern, um weiterhin humanitäre Hilfe zu erhalten. Aufgrund dieses Vorfalls und des trotzdem anhaltenden Missbrauchs durch die Koalitionstruppen stellte die Organisation die Arbeit in Afghanistan am 28. Juli 2004 nach 24-jähriger Tätigkeit ein.

Im Jahr 2005 kritisierten die *Ärzte ohne Grenzen die Vereinten Nationen* scharf: Man habe die Hungerkatastrophe im Niger zu spät an die Öffentlichkeit getragen, bis heute sind Hunderttausende von der Dürre betroffen.

Nach dem Stand von 2005 gibt es 19 MSF-Sektionen in verschiedenen Ländern. MSF ist in über 70 Ländern tätig.

Weblinks

- Webseite der deutschen Sektion
(<http://www.aerzte-ohne-grenzen.de>)
- Webseite der österreichischen Sektion
(<http://www.aerzteohnegrenzen.at>)
- Webseite der schweizerischen Sektion
(<http://www.msf.ch>) (deutsch/französisch)
- Internationale Seite der Médecins Sans Frontières
(<http://www.msf.org>) (englisch)

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Ärzte_ohne_Grenzen. Hauptautoren: Addicted, Napa, Achim Raschka, Malteser.de, ThomasK, Anathema, Matthias Bock, Wolfgang1018, Whoops, Benji, Triebtäter, Zwobot, AlexR, anonyme Bearbeiter.

2000

Kim Dae-jung

Kim Dae-jung (* 3. Dezember 1925 auf der Insel Hui, heutiges Südkorea) ist ein Politiker in Südkorea. Für lange Zeit war Kim der Führer der Opposition, im Jahr 1997 löste er Kim Young-sam als Präsidenten von Südkorea ab.

Leben und Werk

Frühe Jahre – Kim Dae-jung wurde als Sohn eines Bauern auf der Insel Ha Enido in der koreanischen Provinz Jeollanam-do geboren und hat sechs Geschwister. Er wuchs zu Zeiten der Kolonialherrschaft in Korea durch Japan auf. Bis 1943 besuchte er die Handelsschule in Monkpo und fand danach eine Anstellung bei einer Schifffahrtslinie. Nachdem Japan im Zweiten Weltkrieg besiegt wurde, übernahm Kim Dae-jung die Leitung der Firma und baute sie zu einer Reederei aus. Bis 1955 war er der Leiter der Reederei, außerdem arbeitete er parallel für etwa drei Jahre als Herausgeber der Zeitung »Mokpo Daily News«. 1950, zum Beginn des Koreakrieges, wurde Kim Dae-jung für kurze Zeit gefangen genommen, kam jedoch wieder frei.

Wirken in der Opposition – Kim Dae-jung begann seine politische Karriere im Jahre 1954 als Gegenkandidat von Syngman Rhee. Rhee wurde aber von der amerikanischen Regierung unterstützt, Kim verlor die Wahl. Erst 1961 gelang es Kim, einen Sitz in der Regierung zu erlangen. Daneben absolvierte er Kurse im Fach Ökonomie an den Universitäten in Seoul und beendete dieses Studium 1970. 1963 wurde er erneut ins Parlament gewählt, und 1967 trat er als Kandidat der neu gegründeten *Demokratischen Volkspartei* an, die die Wahl mit großer Mehrheit gewann.

Im Jahr 1971 kandidierte Kim Dae-jung gegen den Diktator Park Chung-hee und unterlag gegen diesen knapp. Er verließ Korea im Oktober 1972 und ging nach Japan, von aus hier organisierte er die koreanische Opposition. 1973 wurde er von Agenten des koreanischen Geheimdienstes in Tokio entführt, kam jedoch durch die Arbeit amerikanischer Agenten wieder frei und wurde in Korea unter Hausarrest gestellt. Im März 1976

wurde er verhaftet und zu fünf Jahren Haft sowie der Aberkennung seiner Bürgerrechte verurteilt. Seine Entlassung erfolgte bereits 1978, er stand aber bis 1979 weiterhin unter Hausarrest. Erst nach der Ermordung von Park Chung-hee wurden ihm seine Rechte wieder zuerkannt, nach der Machtübernahme durch den General Chun Doo-whan wurden ihm jedoch Umsturzpläne angelastet, und er wurde zum Tode verurteilt. Später wurde seine Todesstrafe in eine lebenslängliche Haftstrafe und noch später in eine Gefängnisstrafe von 20 Jahren umgewandelt.

Im Jahr 1982 wurde Kim Dae-jung aus dem Gefängnis entlassen und durfte in die USA ausreisen. Dort arbeitete er von 1983 bis 1984 als Visiting Fellow am *Center for International Affairs* der Harvard University in Cambridge. 1985 kehrte er nach Korea zurück und nahm seine Rolle als Führer der Opposition wieder auf. Er wurde zwar bis 1987 wieder unter Hausarrest gestellt, konnte jedoch gemeinsam mit Kim Young-sam die *Neue Koreanische Demokratische Partei* aufbauen und etablieren. In den ersten demokratischen Wahlen Südkoreas nach der Militärdiktatur General Chun Doo-hwans im Jahr 1987 unterlag Kim Dae-jung seinem Widersacher Ex-General Roh Tae-woo. Roh gewann diese Wahl, weil Kim Dae-jung und Kim Young-sam mittlerweile als erbitterte Gegner über die weitere Entwicklung der Partei die Opposition spalteten und schwächten. Nachdem er 1992 erneut bei den Präsidentschaftswahlen unterlag, diesmal gegen seinen ehemaligen Mitstreiter Kim Young-sam, kündigte Kim Dae-jung seinen Rückzug aus der Politik an und gab als Honorarprofessor Vorlesungen an Universitäten in Südkorea, China und in Moskau

Wirken als Staatspräsident Koreas – 1995 gründete Kim Dae-jung erneut eine Partei, die er als *Nationalen Kongress für neue Politik* benannte. Im Jahr 1997 gelang es Kim Dae-jung, Kim Young-sam im Präsidentenamts abzulösen, da dieser durch zahlreiche Korruptionsaffären seine Glaubwürdigkeit verspielt hatte. Kim Dae-jung schloss ein Bündnis mit den *Vereinigten Linksdemokraten* und wurde am 28. Februar 1998 Präsident des Landes. Als Katholik hatte er seine Hausmacht im Südwesten Koreas, wo Gwangju die Katholikenhochburg ist. Er brach die Tradition, nach der alle seine Amtsvorgänger aus der reichen Gyeongsang-Region stammen: Park Chung-hee, Chun Doo-hwan, Roh Tae-woo und Kim Young-sam. Die Bevölkerung von Jeolla, die mit überwältigender Mehrheit für ihn gestimmt hatte, hoffte, dass er, wie bis dato üblich, seine Heimatprovinz bei Investitionen und Aufträgen bevorzugen würde. Dies ist in gewissem Umfang geschehen.

Im Jahr 2000 kam das erste Treffen der Staatsoberhäupter von Süd- und Nordkorea zustande: Kim Dae-jung reiste nach Pjöngjang zu Gesprächen mit Kim Jong-il. Dieses Treffen fand im Rahmen der Sonnenscheinpolitik statt, für welche Kim Dae-jung der Friedensnobelpreis des Jahres 2000 verliehen wurde. Die treibende Kraft hinter dieser Politik war im Grunde der Übertäter der Hyundai-Gruppe, Chung Yu-jung, der aus dem Norden stammt und versuchte, die Fronten durch Zahlungen an Nordkorea und Investitionen im Norden aufzuweichen.

Nachdem Kim Dae-jung wegen Korruptionsvorwürfen die Wahl im Jahr 2003 gegen Roh Moo-hyun verloren hatte, förderten Ermittlungen der Justiz zutage, dass Hyundai-Gelder illegal an Nordkorea geflossen waren und Personen im Umfeld Kims hohe Summen angenommen hatten. Es wurde Kim Dae-jung außerdem vorgeworfen, von Nordkoreas Nuklearwaffenprogramm gewusst, dies aber verheimlicht zu haben.

Auszeichnungen

- Bruno-Kreisky-Preis (1981)
- Friedensnobelpreis für seine Beiträge zur Verständigung Südkoreas mit Nordkorea (2000)

Literatur

- Kim Dae-jung: *Mein Leben, mein Weg. Autobiografie des Präsidenten der Republik Korea*, Aus dem Koreanischen übertragen von Chei Woon-jung, 1. Auflage, Frankfurt am Main: Frankfurter Allg. Buch, 2000

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Kim_Dae-jung. Hauptautoren: Achim Raschka, Kokiri, IGEL, Hwarang, Herrick, Mastad, Leonardo, Cinnamon, Triebtäter, FlaBot, Stefan Kühn, Southpark, Mps, Eckhart Wörner, anonyme Bearbeiter.

2001

Vereinte Nationen

Die **Vereinten Nationen**, VN (engl. *United Nations*, *UN*; oft *UNO* für *United Nations Organisation*) sind ein zwischenstaatlicher Zusammenschluss fast aller Staaten und als globale Internationale Organisation uneingeschränkt anerkanntes Völkerrechtssubjekt.

Die wichtigsten Aufgaben der Organisation sind die Sicherung des Weltfriedens, die Einhaltung des Völkerrechts, der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit.

Geschichte

Ihre Wurzeln haben die Vereinten Nationen im Völkerbund, der nach dem Ersten Weltkrieg gegründet wurde, um den Frieden auf der Welt dauerhaft zu sichern. Allerdings erhielt der Völkerbund durch mangelndes Beitrittsinteresse (so waren etwa die USA kein Mitglied im Völkerbund) nicht den nötigen Einfluss, um seine Ziele durchsetzen zu können. Mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges war er praktisch gescheitert.

US-Präsident Franklin D. Roosevelt unternahm nach dem Scheitern des Völkerbundes noch während des Zweiten Weltkrieges einen zweiten Versuch, eine Organisation zur Sicherung des Friedens zu schaffen, und erarbeitete zusammen mit dem britischen Premierminister Winston Churchill die Atlantik-Charta. Am 1. Januar 1942 beriefen sich 26 Staaten in der »Declaration by United Nations« auf die Prinzipien der Atlantik-Charta. Durch die Mitarbeit der UdSSR und der Republik China an der neuen Friedensordnung kam es zur Moskauer Erklärung der Vier Mächte, die auf eine schnellstmögliche Schaffung einer allgemeinen, auf dem Prinzip der souveränen Gleichheit aller fried-

liebenden Staaten aufbauenden Organisation zur Aufrechthaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit zielte. Bei der »Konferenz von Dumbarton Oaks« wurde weiter über die Gründung der UNO beraten. Nach Einbeziehung Frankreichs in den Kreis der hauptverantwortlichen Mächte konnte die »Charta der Vereinten Nationen« 1945 auf der Konferenz von Jalta fertig gestellt werden. Sie wurde am 26. Juni 1945 in San Francisco von 50 Staaten unterzeichnet. Polen unterzeichnete die Charta erst später, zählt aber zu den 51 Gründungsmitgliedern.

Die Charta trat am 24. Oktober des gleichen Jahres in Kraft, nachdem die Republik China, Frankreich, die Sowjetunion, das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Mehrheit der Gründungsstaaten die Charta ratifiziert hatten.

Die Vereinten Nationen haben ihren Hauptsitz in New York und drei weitere Sitze in Genf (UNOG), Wien (UNOV) und Nairobi (UNON). In Den Haag befindet sich der *Internationale Gerichtshof*. Anzumerken ist, dass nach offiziellem Sprachgebrauch sich die UNO Sitze nicht in dem jeweiligen Land befinden, sondern nur von diesem umgeben werden, d. h. dass der Internationale Gerichtshof in Den Haag ist oder der Hauptsitz der UNO in New York. In der UNO gelten Regeln eigener Art und die Staatsmacht des jeweiligen Sitzlandes darf dort keine Zwangsmaßnahmen ausüben, wodurch ihre Souveränität insoweit nicht in Frage steht. Dass Einrichtungen der UNO eine Art »Internationales Territorium« darstellen würden, ist völkerrechtlich nicht anerkannt. Jedoch sind ihre Einrichtungen exterritoriales Gebiet, vergleichbar dem von Botschaften.

Mitglieder der Vereinten Nationen

Gründungsmitglieder der UNO im Jahr 1945 waren:

Ägypten, Äthiopien, Argentinien, Australien, Belarus, Belgien, Bolivien, Brasilien, Chile, Republik China, Costa Rica, Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Frankreich, Griechenland, Guatemala, Haiti, Honduras, Indien, Irak, Iran, Jugoslawien, Kanada, Kolumbien, Kuba, Libanon, Liberia, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Panama, Paraguay, Peru, Philippinen, Polen, Russische Föderation, Saudi-Arabien, Südafrika, Syrien, Tschechoslowakei, Türkei, Ukraine, Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland, Uruguay und Venezuela.

1973 traten die DDR und die Bundesrepublik Deutschland als 133. und 134. Mitglied der UNO bei. Österreich trat der UNO im Jahr 1955 bei, die Schweiz erst 2002.



Abb. 85: Sitz der UNO in Genf



Abb. 86: UNO-Hauptquartier in New York



Abb. 87: UNO-City in Wien

Keine Mitglieder sind unter anderem der Vatikan (der jedoch Beobachterstatus hat) und die nicht von allen Ländern anerkannten Staaten (West-) Sahara (Demokratisch-arabische Republik Sahara), die Cookinseln und die Republik China (Taiwan), nachdem die chinesische Rolle in der UNO von der Volksrepublik China übernommen wurde.

Die Charta der Vereinten Nationen

Die Charta ist die Verfassung der UNO und wurde am 26. Juni 1945 im Theatersaal des *Veterans War Memorial Building* in San Francisco unterzeichnet. In Kraft trat die Charta dann am 24. Oktober 1945. Polen, das 22. Gründungsmitglied, hatte an dieser Konferenz nicht teilnehmen können und unterschrieb später. Die Charta ist ein zeitlich nicht begrenzter völkerrechtlicher Vertrag und wurde seit ihrer Gründung an nur vier Stellen geändert, nämlich in den Artikeln 23, 27, 61 und 109. Sie besteht aus einer Präambel und 19 Kapiteln mit 111 Artikeln, im Gegensatz dazu hatte der Völkerbund nur 26 Artikel. Die Kapitel beschäftigen sich unter anderem mit den verschiedenen Hauptorganen der UNO, der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten, den Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen, sowie ihren Zielen und Grundsätzen.

Am meisten umstritten und diskutiert ist der Artikel 2, Ziffer 7, in dem es heißt:

»Die UNO ist nicht befugt, in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, einzugreifen.«

Organe der Vereinten Nationen

Hauptorgane – Gemäß Kapitel 3, Artikel 7 der Charta setzt sich die UNO aus sechs Hauptorganen zusammen, die für die Entscheidungsprozesse maßgeblich sind. Neben den Hauptorganen gehören eine Reihe von Nebenorganen und Sonderorganisationen zum System der Vereinten Nationen, die sich mit der Wahrnehmung spezifischer Aufgaben befassen.

- Die *Generalversammlung* (*General Assembly*): Vertreter aus allen Mitgliedstaaten der UNO haben einen Sitz und eine Stimme. Die Generalversammlung kann an die Mitgliedstaaten nicht bindende Empfehlungen abgeben und Vorlagen an den



Abb. 88: Saal der Generalversammlung

Sicherheitsrat richten, sie entscheidet auch über die Aufnahme neuer Mitglieder.

- Das Sekretariat (*United Nations Secretariat*): höchster Verwaltungsbeamter ist der Generalsekretär.
- Der *Sicherheitsrat der Vereinten Nationen* (*Security Council*) hat 15 Mitglieder, davon sind China, Russland, Frankreich, Großbritannien und die USA ständige Mitglieder. Die anderen zehn Mitglieder werden jeweils auf zwei Jahre von der Generalversammlung gewählt. Beschlüsse des Sicherheitsrates sind bindend und durchsetzbar. Sie bedürfen der Zustimmung von mindestens neun Mitgliedern, darunter alle fünf ständigen Mitglieder (ausgenommen Beschlüsse über Verfahrensfragen). Man spricht hier von einem »Veto-Recht« der ständigen Mitglieder. In der Praxis wird die Stimmhaltung eines ständigen Mitgliedes nicht als »Veto« gewertet.
- Der Wirtschafts- und Sozialrat (*Economic and Social Council, ECOSOC*): Ihm sind die vielen Spezialorganisationen unterstellt.
- Der Treuhänderat (*Trusteeship Council*) hat seine Aufgaben mittlerweile suspendiert, da es momentan keine Treuhandgebiete gibt.
- Der *Internationale Gerichtshof*, IGH (*International Court of Justice, ICJ*) in Den Haag als universelles völkerrechtliches Schiedsgericht.



Abb. 89: Saal des UN-Sicherheitsrats, New York

Nebenorgane und Sonderorganisationen – Nebenorgane der UN-Generalversammlung werden zur Wahrnehmung spezieller Tätigkeiten gegründet. Sie haben ihr eigenes Verwaltungssystem, aber keine eigene völkerrechtliche Grundlage und sind nicht Völkerrechtssubjekte wie die UNO selbst. Zurzeit gibt es insgesamt 22 Nebenorgane, neben dem wohl bekanntesten, dem Kinderhilfswerk → *United Nations Children's Fund* (UNICEF), u. a. das Umweltprogramm *United Nations Environment Programme* (UNEP), das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP), das Flüchtlingskommissariat → *United Nations High Commissioner for Refugees* (UNHCR) und das Entwicklungsprogramm *United Nations Development Programme* (UNDP).

Sonderorganisationen sind rechtlich, organisatorisch und finanziell selbstständig, jedoch durch ein Abkommen eng mit der UNO verbunden.

Einige Organisationen sind zum Teil sogar älter als die UNO selbst. Mittlerweile gibt es 16 dieser zwischenstaatlichen Organisationen. Die UNO arbeitet unter anderem mit den folgenden autonomen Organisationen eng zusammen: *United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization* (UNESCO), *Weltgesundheitsorganisation* (WHO), *Internationale Arbeitsorganisation* (IAO), *Internationaler Währungsfonds* (IWF) und andere. Die Arbeit der Sonderorganisationen wird durch den *UN-Wirtschafts- und Sozialrat* koordiniert.

Arbeit und Ziele

Seit ihrer Gründung konnte die UNO mehrere beachtliche Erfolge erzielen. Sie wirkte bei der Gründung des Staates Israel 1947 bis 1949 mit. Sie entschärfte die Berlinkrise 1948 bis 1949, die Kubakrise 1962 und die Nahostkrise 1973. Sie wirkte in Rhodesien 1976 auf die Einführung des Wahlrechts für Schwarze hin. Sie beendete den Krieg zwischen dem Irak und dem Iran 1988. Sie sicherte direkt den Frieden in Kambodscha 1993, in Mosambik 1994, in Angola 1995, in Guatemala 1996 und in Zypern. Viele Ziele haben die Vereinten Nationen bereits erreicht, z. B. die Ausarbeitung der Menschenrechte 1948 und die Ausrottung oder Eindämmung von Krankheiten (Pocken). Das Welternährungsprogramm der UNO stellt jährlich mehr als die Hälfte der weltweit geleisteten Nahrungsmittelhilfe bereit. Der UNHCR bietet Flüchtlingen Schutz. Die UNO bildet Minensucher aus (allein in Afghanistan gibt es zehn Millionen verlegte Minen).

70 Prozent der Aktivitäten der UNO erstrecken sich auf die Bereiche Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe.

Friedenssicherung – Die Friedenssicherung ist eine der Hauptaufgaben der Vereinten Nationen. Sie sind der Vermeidung und Beendigung internationaler Konflikte zentral verpflichtet. Der hohe Stellenwert wird dadurch deutlich, dass bereits im ersten Artikel der UN-Charta das Ziel formuliert wird, *»den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen«* (Art. 1, Ziff. 1 der UN-Charta).

Zur Erreichung dieses Zieles wurde von den Vereinten Nationen durch die freiwillige Einbindung der UNO-Mitgliedstaaten ein *System kollektiver Sicherheit* geschaffen. Kern dieses kollektiven Sicherheitssystems ist das allgemeine Gewaltverbot:

»Alle Staaten unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt« (Art. 2, Ziff. 4 der UN-Charta).

Trotz des allgemeinen Gewaltverbots schließt die Charta die Gewaltanwendung nicht völlig aus. Sie ist neben dem individuellen Selbstverteidigungsrecht jedes Landes auf den Sicherheitsrat konzentriert: Kollektive Maßnahmen gegen Friedensstörer unter Beachtung des Kapitels VII, wie wirtschaftliche, kommunikative und sonst nicht-militärische Sanktionen bis erforderlichenfalls hin zur Gewaltanwendung. Der Sicherheitsrat wird dadurch zum Träger des *»Gewaltlegitimationsmonopols«*. Bevor der Sicherheitsrat entsprechende Maßnahmen in einer friedensbedrohenden Situation beschließen kann, muss er zunächst untersuchen, ob ein Bruch des Friedens vorliegt. Sollte dies der Fall sein, so hat er grundsätzlich zwei Möglichkeiten, auf einen solchen Bruch zu reagieren: Er kann sowohl Empfehlungen an die UNO-Mitglieder aussprechen als auch Zwangsmaßnahmen gegenüber dem Friedensstörer selbst als auch allen anderen Mitgliedstaaten.

Bei Zwangsmaßnahmen sind sowohl nicht-militärische Sanktionen als auch direktes militärisches Eingreifen durch die UNO selbst oder durch mandatierte Mitglieder möglich. Das Aufstellen von UNO-Truppen ist in der Charta zwar vorgesehen, kam jedoch nie zustande. Zu den nicht-militärischen Sanktionen gehören die *»vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-, Telegraphen- und Funkverbindungen sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen«* (Art. 41 der UN-Charta).

Blauhelme – Die Blauhelme sind die Friedenssoldaten der UNO. Sie waren als Mittel der passiven Friedenssicherung nicht in der Charta vorgesehen. Doch \rightarrow Dag Hammarskjöld und \rightarrow Lester Pearson entwarfen die Idee der Friedenssoldaten in Krisensituationen. Blauhelmsoldaten sind leicht zu erkennen, denn sie tragen, wie der Name schon sagt, entweder einen blauen Helm oder ein blaues Barett mit einem UNO-Abzeichen neben der Uniform ihres Landes. Ein Mandat zur Entsendung von Blauhelmen kann

nur der UN-Sicherheitsrat erteilen, doch die Regierung jedes Landes darf selbst entscheiden, ob sie Soldaten zu einem solchen Einsatz entsendet. Bis 1990 hat die UNO bereits 500.000 Soldaten und Zivilpersonen zu Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens eingesetzt.

Ruanda-Krise – 1994 wurde in Ruanda eines der schwersten Verbrechen der Geschichte begangen. Durch einen Gewaltausbruch kamen 800.000 Angehörige der Volksstämme Hutu und Tutsi ums Leben. Diesem Völkermord mussten die Blauhelmsoldaten der UNO tatenlos zusehen, da ihre Anzahl erstens viel zu gering war und sie zweitens nicht mit einem Mandat ausgestattet waren, das ein Eingreifen überhaupt gestattet hätte. Dieses Ereignis gilt nach → Kofi Annans Aussage als das größte Versagen der UNO.

Bosnien-Krise – Ende Mai 1995 kam es in Bosnien und Herzegowina nach NATO-Luftangriffen auf ein Munitionsdepot der bosnischen Serben in Pale zu einer Aufsehen erregenden Geiselnahme von UN-Soldaten. Als Folge der Luftangriffe wurden ausgewiesene NATO-Schutz-Zonen überfallen, UN-Soldaten als Geiseln genommen, an taktischen Positionen angekettet und zur Schau gestellt.

UNO-Sprachen – Obwohl die Vereinten Nationen eine Weltorganisation sind, werden schon aus praktischen Gründen offiziell nicht alle Sprachen der Welt benutzt. Tatsächlich beschränkt man sich auf sechs Amtssprachen: Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch. Von diesen sechs sind zwei – Englisch und Französisch – Arbeitssprachen. Dies ist in der von der Generalversammlung angenommenen Resolution 2 festgelegt. Dieses Regelwerk schließt einsprachige Auftritte prinzipiell aus.

Kritik an der UNO

Zusammensetzung des UNO-Sicherheitsrates – Ein Kritikpunkt ist die historisch bedingte Zusammensetzung des UNO-Sicherheitsrates. Die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats machen regen Gebrauch von ihrem Vetorecht, um Verurteilungen und Sanktionen gegen sich selbst oder befreundete Staaten abzuwenden. So legte etwa die Sowjetunion von 1946 bis 1964 103 Mal Veto gegen einmütige Mehrheiten ein.

Betrachtet man die Anteile an der Weltbevölkerung, die die Einwohner der ständigen Mitglieder stellen, stehen diese in keinem ausgeglichenen Verhältnis zu den ihnen eingeräumten privilegierten Kompetenzen. Beispielsweise verfügt Frankreich, ein Land mit 60 Millionen Einwohnern,

über einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat, Indien, in dem über eine Mrd. Menschen leben, jedoch nicht. Dieses Problem lässt sich auf keine einfache Weise lösen, denn die hierarchische Architektur des UNO-Sicherheitsrates, die einigen wenigen Staaten größere Machtbefugnisse zubilligt, reflektiert letztlich die große Diversität in der Entwicklung der realen Macht der Nationen. In diesem Sinne ist der Sicherheitsrat ein Machtkonzentrations- und Handlungsorgan und dient nicht der Repräsentation. Ein Sicherheitsrat, in dem jeder Mitgliedsstaat gemäß seinem Bevölkerungsanteil gerecht repräsentiert und mit Vetorecht ausgestattet wäre, wäre praktisch handlungsunfähig, da es nahezu unmöglich ist, für konkrete und bindende Entscheidungen einer gewissen Tragweite einen Konsens von über 190 Staaten zu erwirken. Eine wirklich »gerechte« Umgestaltung des Weltsicherheitsrats könnte somit nur in Verbindung mit einer grundlegenden Reform der gesamten Verfassung der UNO vonstatten gehen.

Kompetenzen – Ein zentrales Problem der UNO sind und bleiben die kaum vorhandenen Kompetenzen. Es gelang der UNO vor allem deshalb, nahezu alle Staaten der Welt unter einem Dach zu vereinen, weil die Charta an entscheidenden Stellen so flexibel interpretierbar ist, dass sie von praktisch allen kulturellen Überzeugungen und politischen Ideologien – auch wenn diese sich gegenseitig ausschließen – in deren Sinne und zu deren Gunsten ausgelegt werden kann. Damit das Konzept einer handlungsfähigen Weltorganisation vollständig aufgehen kann, wäre eine massive Abgabe nationalstaatlicher Kompetenzen an diese Organisation in allen drei Bereichen der Gewaltenteilung (Exekutive, Legislative und Justiz) notwendig. Dazu ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum ein Staat bereit.

Literatur

- Dieter Göthel: *Die Vereinten Nationen – Eine Innenansicht*, Auswärtiges Amt Berlin, 2002
- Günther Unser: *Die UNO – Aufgaben, Strukturen, Politik*, dtv München, 2004
- Sabine von Schorlemer (Hrsg.): *Praxishandbuch UNO – Die Vereinten Nationen im Lichte globaler Herausforderungen*, Springer Berlin, 2003
- Swen Bernhard Gareis, Johannes Varwick: *Die Vereinten Nationen*, Leske + Budrich Opladen, 2002
- Swen Bernhard Gareis, Johannes Varwick: *Die Vereinten Nationen* Bundeszentrale für politische Bildung Bonn, 2002

Weblinks

- Internationale Seite der UNO (- <http://www.un.org>) (arabisch, chinesisch, englisch, französisch, russisch und spanisch)
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V. (- <http://www.dgvn.de>)

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Vereinte_Nationen (gekürzt). Hauptautoren: Tux, Zw, Geschichtsfan, Addicted, Ein anderer Name, MATA HARI, Fritz, Joe's, Tihmann, Caramdir, Calvin Ballantine, Srittau, Ulrich Rosemeyer, MichaelDiederich, Kurt Jansson, ALE!, Taschenrechner, Hans Genten, Duesentrieb, EUBürger, Pail, Matthäus Wander, Mod, Diftong, Third, Coconut, Jeez, Peter Witte, Kristjan', Arne List, Phlo, BWBot, Karl-Henner, EBB, Ixitixel, anonyme Bearbeiter.

Kofi Annan

Kofi Atta Annan (* 8. April 1938 in Kumasi/Ghana) ist der 7. Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Leben

Jugend und Ausbildung – Annan wurde am 8. April 1938 als Sohn von Henry Reginald und Victoria Annanin in Kumasi/Ghana geboren, das zu der Zeit britische Kolonie war. Seine Familie gehörte zur Elite des Landes, seine beiden Großväter und sein Onkel waren Stammeschefs. Sein Vater arbeitete lange Zeit als Exportmanager für die Firma *Lever Brothers*. Kofi Annan ist in zweiter Ehe mit der Schwedin Nane Annan, Nichte des schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg, verheiratet und hat drei Kinder. Annan studierte an den Universitäten von Kumasi, Minnesota und Genf Wirtschaftswissenschaften. Er spricht neben Englisch und Französisch einige afrikanische Sprachen.

Frühe Karriere – 1962 trat Kofi Annan in die WHO der Vereinten Nationen ein. Von 1974 bis 1976 arbeitete er als Tourismusdirektor in Ghana. Darauf kehrte er wieder zu den Vereinten Nationen zurück und arbeitete als »Assistant Secretary-General« in drei aufeinander folgenden Positionen: »Human Resources Management and Security Coordinator« von

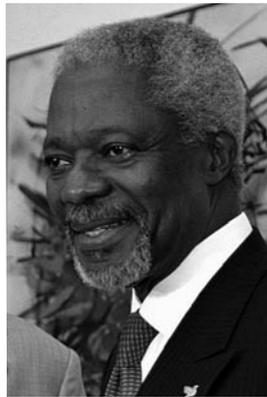


Abb. 90: Kofi Annan (Nov. 2003)

1987 bis 1990, »Program Planning, Budget and Finance, and Controller« von 1990 bis 1992 und »Peacekeeping Operations« von März 1993 bis Februar 1994. Annan wurde dann »Undersecretary-General« bis Oktober 1995 sowie zum Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für das ehemalige Jugoslawien ernannt. Nach fünf Monaten in dieser Funktion kehrte Annan im April 1996 wieder zu seinem Posten als »Undersecretary-General« zurück.

Generalsekretär der Vereinten Nationen – Am 13. Dezember 1996 wurde Annan vom UNO-Sicherheitsrat auf Druck der USA und gegen den Widerstand vieler Länder zum UN-Generalsekretär gewählt und vier Jahre später von der UN-Generalversammlung bestätigt. Er übernahm damit die Stelle von Boutros Boutros-Ghali aus Ägypten und wurde der erste schwarzafrikanische UNO-Generalsekretär. Er trat sein Amt am 1. Januar 1997 als erster Generalsekretär, der direkt aus den Reihen der UN-Mitarbeiter gewählt wurde, an.

Während seiner Amtszeit als Generalsekretär gab es mehrere Beratungen im Sicherheitsrat zur Lage der Situation im Irak, als wichtiger Punkt wurde über den Stand der Erlangung von Massenvernichtungswaffen durch den Irak debattiert. Kofi Annan hielt die Invasion in den Irak 2004 für illegal.

Kritik an Annan – Kritiker werfen Annan eine Mitverantwortung am Völkermord in Ruanda 1994 vor. An verantwortlicher Stelle für Afrika und Ruanda soll Annan Nachrichten über den Völkermord zurückgehalten oder abgemildert haben. Insbesondere wird ihm das bezüglich der Berichte und Hilfensuchen des damaligen Kommandeurs der UN-Truppen in Ruanda, General Roméo Dallaire, vorgeworfen.

Kofi Annans Sohn Kojo Annan ist in eine Korruptionsaffäre rund um das den Irak betreffende UN-Programm »Öl für Lebensmittel« verwickelt.

Ehrungen und Auszeichnungen

- 1999 Ehrendoktorwürde der Technischen Universität Dresden (26. April).
- 2001 Ehrendoktorwürde der Freien Universität Berlin, Fachbereich *Politik- und Sozialwissenschaften* (13. Juli).
- 2001 Friedensnobelpreis, zu gleichen Teilen mit den Vereinten Nationen (10. Dezember).

- 2003 Deutscher Medienpreis in Baden-Baden.
- 2003 Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments für die Verteidigung der Menschenrechte
- 2004 Ehrendoktorwürde der Universität Carleton.
- 2004 Ehrendoktorwürde der Universität Ottawa.
- 2005 Friedenspreis der Münchner Sicherheits-Konferenz

Literatur

- Friederike Bauer: *Kofi Annan. Ein Leben*. S. Fischer Frankfurt a.M., 2005

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Kofi_Annan. Hauptautoren: Warp, Dirk33, Addicted, Sputnik, Bonzo*, Lukz, Hokanomonono, Kurt Jansson, Triebtäter, Einfach-z, FlaBot, Martinroell, SomiC, Hhdw, Achim Raschka, LuckyStarr, Jensens, Wolfgangpeter, anonyme Bearbeiter.

2002

Jimmy Carter

James Earl »Jimmy« Carter Jr. (* 1. Oktober 1924 in Plains, Georgia) war als Kandidat der Demokraten der 39. Präsident der USA (1977 bis 1981).



Abb. 91: Jimmy Carter

In seiner Amtszeit schloss er die Verträge zur Übergabe des Panama-Kanals und war maßgeblich an den Verhandlungen zum Abkommen von Camp David I beteiligt. Er handelte den SALT II-Vertrag mit der Sowjetunion aus, und die USA nahmen erstmals diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China auf (bereits unter seinem Vor-Vorgänger Richard Nixon ausgehandelt).

Nach seiner Präsidentschaft war Carter vor allem im Bereich der Menschenrechte und der internationalen Vermittlung aktiv. Dafür sprach ihm das Nobelkomitee 2002 den Friedensnobelpreis zu.

Leben

1946, nach seinem Abschluss an der Navy-Akademie in Maryland, heiratete er Eleanor Rosalynn Smith. Anschließend war er auf diversen U-Booten der Atlantik- und Pazifikflotte stationiert. Carter war seit 1951 für das atombetriebene U-Boot-Programm vorgesehen und begann ein Studium der Atomphysik und des Ingenieurwesens am Union College in New York State, bis er nach dem Tod seines Vaters 1953 die Marine verließ, um die familieneigenen Erdnuss- und Baumwollplantagen sowie das familieneigene Unternehmen mit Lagerhäusern zu übernehmen. Als Mitglied einer Baptistengemeinde arbeitete er vor allem in der Sonntagsschule und im Predigtendienst mit.

Frühe politische Karriere

Carter begann seine Karriere im Schoolboard von Plains. In den 1960er Jahren war Jimmy Carter für zwei Perioden im Senat von Georgia tätig. Er setzte sich für eine fiskalische Zurückhaltung ein, vertrat gemäßigt progressive Ansichten in Bezug auf die US-amerikanische Bürgerrechtsbewegung und galt in sozialen Fragen als liberal.

1966 kandidierte er für den Posten des Gouverneurs von Georgia, scheiterte aber. 1970 kandidierte Carter erneut. In seinen Wahlkampfauftritten unterstützte er den aufgrund seines starken Eintretens für die Rassentrennung (Segregation) umstrittenen Gouverneur von Alabama, George Wallace. Vor allem weiße Anhänger der Rassentrennung wählten Carter zum Gouverneur.

Nach seiner Wahl allerdings stellte Carter in Reden fest, dass die Zeit der Rassentrennung vorüber sei und Rassendiskriminierung keinen Platz in der Zukunft des Staates habe. Er war der erste Amtsinhaber auf Staatsebene im tiefen Süden der USA, der ein derartiges Statement öffentlich abgab. Carter setzte sich auch organisatorisch dafür ein, die Rassentrennung aufzuheben und reorganisierte die Staatsverwaltung.

Aufgrund seiner mangelnden Bekanntheit wurde Carter eher als Notlösung Kandidat der Demokraten für die Präsidentschaftswahlen 1976. Die Watergate-Affäre war zu dieser Zeit jedoch das beherrschende Thema der öffentlichen Diskussion und schadete dem Amtsinhaber Gerald Ford entsprechend. Carters Außenseiterposition und die Tatsache, dass er zuvor in der nationalen Politik nicht präsent war, wurden plötzlich zum Vorteil. Carter war der erste Kandidat aus dem *tiefen Süden* (*Deep South*) (South Carolina, Georgia, Alabama, Louisiana, Arkansas) seit dem amerikanischen Bürgerkrieg, der eine Präsidentschaftswahl gewann.

Präsidentschaft

Nach seinem Wahlsieg über Gerald Ford trat er 1977 seine Präsidentschaft mit Walter Mondale als Vizepräsident an. Er begann seine Amtstätigkeit mit Reformen in der Zuständigkeit diverser Ministerien. Außenpolitisch war er erfolgreich in der Vermittlung zwischen Ägypten und Israel, die 1978 zum Abkommen von Camp David und im Jahr darauf zum Friedensschluss beider Länder führte. Ebenso geht der Abschluss des SALT-II-Vertrages mit der UdSSR (der jedoch nie ratifiziert wurde) auf seine Arbeit zurück, sowie die Abgabe der Kontrolle des Panama-Kanals an Panama. Ein weiterer Akt war die Einstellung der Unterstützung des Diktators Anastasio Somoza Debayle in Nicaragua. Unter seiner Regierung wechselten die diplomatischen Beziehungen von Taiwan zur Volksrepublik China.



Abb. 92: Präsidentschaftswahlen 1976. Hell eingefärbte Staaten stimmten für Carter, dunkel eingefärbte für Gerald Ford

ne Arbeit zurück, sowie die Abgabe der Kontrolle des Panama-Kanals an Panama. Ein weiterer Akt war die Einstellung der Unterstützung des Diktators Anastasio Somoza Debayle in Nicaragua. Unter seiner Regierung wechselten die diplomatischen Beziehungen von Taiwan zur Volksrepublik China.

Das Jahr 1979 kann als der Beginn des Endes der politischen Laufbahn Carters betrachtet werden. Er wurde stark kritisiert, als er eine lückenlose Aufarbeitung des Vorfalls im Atomkraftwerk *Three Mile Island* bei Harrisburg, Pennsylvania anordnete sowie die Unterstützung Indonesiens trotz des Genozids in Osttimor aufrechterhielt.

Im selben Jahr begann auch die Krise im Iran. Nachdem er Schah Reza Pahlevi, auch wegen dessen Krankheit, politisches Asyl gewährt hatte, kam es zu der Geiselnahme von Teheran, bei der über 50 Amerikaner von fundamentalistischen Islamisten in der US-Botschaft in Teheran als Gefangene festgehalten wurden.

Des Weiteren erfolgte der Einmarsch der UdSSR in Afghanistan, welchem er die *Carter-Doktrin* folgen ließ, die vorsah, dass alle Aktivitäten ausländischer Mächte in der Golf-Region um Persien, speziell dem Iran und Irak, als aggressiver Akt gegen die Interessen der USA gesehen und entsprechend – auch militärisch – geahndet würden. Dazu führte er wieder die Registrierung von Wehrpflichtigen ein und sorgte dafür, dass die USA und einige andere westliche Staaten die olympischen Spiele 1980 in Moskau boykottierten.

Wie bei seiner verlorenen Wiederwahl zum Gouverneur warfen ihm seine Landsleute, vor allem aber die Mitstreiter Reagans, während des Präsidentschaftswahlkampfes 1980 vor, sich seinem Volk entfremdet zu haben. Carter war seit langem der einzige US-Präsident, unter dessen Regierung die USA in keine kriegerische Auseinandersetzung verwickelt waren.

Danach: internationaler Vermittler und Friedensnobelpreis

Nach seiner Wahlniederlage war Carter in zahlreiche Aktivitäten involviert, die Menschenrechte, Demokratie und Wohltätigkeit fördern.

Unter anderem gründete er das *Carter Center für Menschenrechte* und war seither, meist als Privatmann, als Vermittler in verschiedenen Konflikten unterwegs. Ebenso zeigte er sich als Wahlbeobachter, insbesondere in lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten aktiv und setzte sich dort für Gesundheitsfürsorge ein. Zudem arbeiten er und seine Frau Rosalynn Carter gemeinsam für *Habitat for Humanity*. In Afrika (Togo, Ghana und andere Länder) wurde durch die Tätigkeit Carters der Medizinawurm, eine Wurmer-



Abb. 93: US-Präsident Jimmy Carter und König Hussein I von Jordanien am 25. April 1977 im Weißen Haus

krankung, die zu schwerem Siechtum und Tod führen kann, so weit zurückgedrängt, dass man mittlerweile von ca. vier Millionen Menschen ausgeht, die durch das Engagement Carters von dieser Krankheit geheilt wurden. Unter anderem setzte er sich massiv dafür ein, dass die Pharmaindustrie die dafür erforderlichen Medikamente überhaupt herstellte.

Seine Nachfolger als Präsidenten waren darüber nicht immer glücklich. International in die Öffentlichkeit geriet er wieder 1994 durch Vermittlungsversuche in Haiti und in Bosnien-Herzegowina. Später besuchte er als erster sowohl ehemaliger als auch aktiver Präsident seit 1959 Kuba und traf sich im Mai 2002 mit Fidel Castro. Für seine Bemühungen um Frieden und die Einhaltung der Menschenrechte erhielt Jimmy Carter 2002 den Friedensnobelpreis. Er ist damit nach →Theodore Roosevelt und →Woodrow Wilson der dritte US-Präsident, der diese Auszeichnung erhielt.

Carter kritisierte 2004 George W. Bush und Tony Blair dafür, dass sie den Dritten Golfkrieg aufgrund von »Lügen und Fehlinterpretationen« gestartet hätten.

Veröffentlichungen

- *Why Not the Best?* (1975 and 1996); deutsch: *Das Beste geben. Der Mann aus Georgia über sich selbst*, Kassel und Wuppertal, 1976
- *A Government as Good as Its People*, 1977 und 1996
- *Keeping Faith: Memoirs of a President*, 1982 und 1995
- *Negotiation: The Alternative to Hostility*, 1984
- *The Blood of Abraham*, 1985 und 1993
- *Everything to Gain: Making the Most of the Rest of Your Life*, 1987 und 1995, mit Rosalynn Carter
- *An Outdoor Journal*, 1988 und 1994
- *Turning Point: A Candidate, a State, and a Nation Come of Age*, 1992
- *Talking Peace: A Vision for the Next Generation*, 1993 und 1995
- *Always a Reckoning*, 1995, Gedichtsammlung, illustriert von seiner Enkelin; deutsch-englische Ausgabe: *Angesichts der Leere*, 2005
- *The Little Baby Snoogle-Fleejer*, 1995, Kinderbuch, illustriert von seiner Tochter
- *Living Faith*, 1996
- *Sources of Strength: Meditations on Scripture for a Living Faith*, 1997
- *The Virtues of Aging*, 1998
- *An Hour before Daylight: Memories of a Rural Boyhood*, 2001
- *Christmas in Plains: Memories*, 2001
- *The Nobel Peace Prize Lecture*, 2002

Literatur

- John Dumbrell: *The Carter Presidency*, 1993
- Erwin C. Hargrove: *Jimmy Carter as President*, 1988
- Charles O. Jones: *The Trusteeship Presidency*, 1988
- Herbert A. Rosenbaum, Alexander Ugrinsky (Hrsg.): *The Presidency and Domestic Policies of Jimmy Carter*, 1994
- Herbert A. Rosenbaum, Alexander Ugrinsky (Hrsg.): *Jimmy Carter: Foreign Policy and Post-Presidential Years*, 1994

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Jimmy_Carter (gekürzt). Hauptautoren: Southpark, Erwin E aus U, Oge, Armer Bauer, JeWnS, Magnus, Kku, Vinci, GregorHelms, Scaevola, Maclemo, Mastad, Abu el mot, S.Mielke, Wolley, Bender235, Nephelin, Matthäus Wander, Anathema, anonyme Bearbeiter.

2003

Shirin Ebadi

Shirin Ebadi (* 21. Juni 1947 in Hamadan, Iran) (auch *Ibadi*, engl. *Shirin Ebadi*, frz. *Chirine Ebadi*) ist eine iranische Juristin und Menschenrechtsaktivistin. Sie erhielt 2003 als erste moslemische Frau den Friedensnobelpreis.

Leben und Werk

Im Jahr 1969 schloss Ebadi ihr Studium der Rechtswissenschaften an der Universität von Teheran ab. 1975 bis 1979 war sie Vorsitzende des Teheraner Gerichts und damit eine der ersten Richterinnen des Iran. Nach der Islamischen Revolution 1979 war sie gezwungen, ihr Amt niederzulegen und arbeitete zunächst als Sekretärin bei dem Gerichtshof, den sie vorher leitete, später als Anwältin und Dozentin an der Teheraner Universität. 1994 war sie Mitbegründerin der Kinderrechtsorganisation *Society for Protecting the Child's Rights*, die beispielsweise die Gesetzgebung für Kinder verbessern will. So wird die Erhöhung des Strafmündigkeitsalters gefordert, die im Iran für Mädchen bei neun und für Jungen bei fünfzehn Jahren liegt.

Ebadi versteht sich als demokratische Frau moslemischen Glaubens. Sie setzt sich auf der Grundlage der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« für eine gleichberechtigte Rolle der Frauen im öffentlichen Leben, für die Rechte von Kindern und für eine Justizreform mit unabhängigen Richtern und Anwälten ein. Menschenrechtsverletzungen wie die Bestrafung durch Steinigung betrachtet sie als Missbrauch der Religion und Fehlinterpretation der Scharia. Sie fordert eine pluralistische demokratische Gesellschaft und lehnt fundamentalistisches Gedankengut ab.

Ebadi übernimmt als Anwältin Fälle von liberalen Personen und Dissidenten, die mit der Justiz – einer der Bastionen konservativer Macht im Iran – in Konflikt geraten sind. Im Jahr 2000 wurde Ebadi aufgrund ihrer Tätigkeit als Verteidigerin vor Gericht angeklagt, verbrachte 26 Tage in Einzelhaft und wurde anschließend zu einer Bewährungsstrafe und einem zeitlich begrenztem Berufsverbot verurteilt. Dieser Fall lenkte die Aufmerksamkeit internationaler Menschenrechtsgruppen auf die Situation im Iran.

Bei der Entgegennahme des Friedensnobelpreises im Jahr 2003 setzte Ebadi ein Zeichen, indem sie ohne Kopftuch auftrat. Dies begründete sie damit, dass es im westlichen Kulturkreis jeder Frau selbst überlassen sei, wie sie sich kleide. In Iran dagegen trage sie die gesetzlich vorgeschriebene Kleidung für Frauen, da sie sich als Juristin selbstverständlich an die zur Zeit geltenden Gesetze halte. Ebadi wurde wegen des Nobelpreises von vielen Stimmen aus der islamischen Welt scharf angegriffen. Die internationale Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* hat daraufhin den Umgang mit der Friedensnobelpreisträgerin entschieden kritisiert.

Im Herbst 2003 vertrat Ebadi die Familie von Dariush Forouhar, eines Intellektuellen, der im November 1998 in seinem Haus erstochen aufgefunden wurde. Seine Frau Parvaneh wurde zur gleichen Zeit ermordet. Die Eheleute waren beide Opfer einer grausamen Mordserie, die Irans Intellektuelle erschütterte. Der Verdacht fiel auf extremistische konservative Kreise, die es sich zum Ziel gemacht haben, das von Präsident Khatami geförderte freiheitliche Klima – das vor allem die Redefreiheit stützt – zu sabotieren. Ein Jahr später wurde sie als Anwältin im Fall einer kanadischen Journalistin iranischer Abstammung tätig, die während ihrer Haft im Gefängnis eines gewaltsamen Todes gestorben war.

Anfang 2005 wurde sie – nach Angaben ihrer Anwältin ohne Nennung von Gründen – vom iranischen Revolutionsgericht vorgeladen. Ebadi lehnte es ab, dieser Aufforderung nachzukommen, und verlangte, sich wegen einer privaten Anzeige vor einem normalen Gericht verantworten zu können. Damit bestreitet sie indirekt die Legitimität der neben der normalen Justiz existierenden Revolutionsgerichte. Hingegen bestreitet die iranische Regierung, dass es sich um einen bedeutsamen Vorfall handelt, da nur eine geringe Strafe zu erwarten sei.

Ebadi unternimmt viele Reisen, um in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und politischen Gremien weltweit für die Rechte der Frauen und für eine friedliche Welt einzutreten.

Veröffentlichungen

- *The Rights of the Child. A Study of Legal Aspects of Children's Rights in Iran*, 1994
- *History and Documentation of Human Rights in Iran*, 2000
- Rede anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises. in: *Frauen leben für den Frieden*

Auszeichnungen

- 1996 Human Rights Watch Award
- 2001 Rafto Prize (norwegischer Menschenrechtspreis)
- 2003 Friedensnobelpreis (für ihren Einsatz für Demokratie und Menschenrechte, insbesondere der Rechte von Frauen und Kindern)

Literatur

- Angelika U. Reutter, Anne Rüffer: *Frauen leben für den Frieden. Die Friedensnobelpreisträgerinnen von Bertha von Suttner bis Shirin Ebadi*. Piper Verlag München, 2004
- Katagun Amirpur: *Gott ist mit den Furchtlosen. Shirin Ebadi. Die Friedensnobelpreisträgerin und der Kampf um die Zukunft Irans*. Herder Verlag Freiburg, 2004

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Shirin_Ebadi. Hauptautoren: Anima, Elya, Manie, Mastad, Feinschreiber, Achim Raschka, Triebtäter, Karl-Henner, Srbauer, Gnom, Matthäus Wander, Cassandro, Bdk, ArnoLagrange, anonyme Bearbeiter.

2004

Wangari Muta Maathai

Wangari Muta Maathai (* 1. April 1940 in Nyeri/Kenia) ist eine kenianische Wissenschaftlerin, Umweltaktivistin und brachte es als Politikerin zur stellvertretenden nationalen Ministerin für Umweltschutz.



Abb. 94:
Wangari
Maathai

Leben

Maathai studierte als Stipendiatin Biologie am Mount St. Scholastica College in Atchinson (Kansas), an den Universitäten in Pittsburgh, USA, in Gießen und München und erwarb 1971 als erste Frau aus Kenia den Dokortitel an der Universität Nairobi. Im gleichen Jahr wurde sie die erste Professorin für Veterinäre Anatomie und später Dekanin ihres Fachbereichs an der Universität von Nairobi.

1977 rief sie das Aufforstungsprojekt *Green Belt Movement* ins Leben. Im Laufe der Jahre wurde hieraus eine panafrikanische Bewegung, die mittlerweile in 13 Ländern aktiv ist, etwa 600 Baumschulen gründete und bis 1993 zum Schutz vor Erosion 30 Millionen Bäume neu pflanzte. Aufgrund dieser Pionierrolle erhielt sie den Beinamen »Mama Mici« (»die Mutter der Bäume«). 1980 ließ sich ihr Ehegatte von ihr scheiden – mit der Begründung, sie sei »zu gebildet, zu stark, zu erfolgreich, zu eigensinnig und zu schwer zu kontrollieren«.

Wangari wurde zur zentralen Identifikationsfigur der Frauenbewegung in Kenia. Sie war von 1976 bis 1987 in Kenias Nationalem Frauenrat (*National Council of Women in Kenya*) aktiv, dessen Präsidentin sie 1981 bis 87 war. Auch heute noch sitzt sie im Vorstand. In den 1990er Jahren wurde Maathai, deren Engagement für Umweltschutz und Frauenrechte sie immer wieder in Opposition zum damaligen Staatschef Daniel arap Moi brachte, mehrmals inhaftiert und misshandelt.

Nachdem Maathai im Jahr 1997 erfolglos für das Parlament und das Präsidentenamt kandidiert hatte, wurde sie im Dezember 2002 für das von mehreren Oppositionsparteien gegründete Wahlbündnis *National Rainbow Coalition* (NARC) ins kenianische Parlament gewählt. Die NARC löste die Regierung von Daniel arap Moi ab, und der neugewählte Staats-

präsident Mwai Kibaki ernannte Maathai zur stellvertretenden Ministerin für Umweltschutz. Maathai, die die *Mazingira Green Party of Kenya* gründete, schaffte damit als erste grüne Politikerin Afrikas den Sprung in eine Regierung. Im April 2004 erhielt sie den internationalen Petra-Kelly-Preis der Heinrich-Böll-Stiftung.

Während Maathais Engagement für den Umweltschutz und die Rechte allgemein anerkannt ist, sieht sie sich wegen verschiedener Aussagen zu AIDS in der Kritik. Im August 2004 hatte sie in einem Bericht der kenianischen Tageszeitung »Standard« behauptet, AIDS sei ein Kontrollinstrument gegen Afrikaner, entwickelt von einem böswärtigen Wissenschaftler. Am Tag nach der Verleihung des Nobelpreises wiederholte sie diese Meinung.

Nobelpreis

Nachdem sie bereits 1984 mit dem *Right Livelihood Award* (Alternativer Nobelpreis) für ihre Arbeit in der 1977 von ihr gegründeten Bewegung *Green Belt Movement* ausgezeichnet wurde, erhielt sie im Jahr 2004 auch den Friedensnobelpreis für ihren Einsatz für »nachhaltige Entwicklung, Frieden und Demokratie«, wie es in der Erklärung des Komitees in Oslo heißt, und weiter: »Sie hat einen gesamtgesellschaftlichen Zugang zur nachhaltigen Entwicklung gewählt, der Demokratie, Menschenrechte und insbesondere Frauenrechte umfasst.«

Damit geht der Preis zum ersten Mal an eine Afrikanerin und zum zweiten Mal nach 1991/1992 in zwei aufeinander folgenden Jahren erneut an eine Frau. Mit dem Preis wird sie nach der Begründung des Nobelkomitees für ihren couragierten Widerstand gegen das frühere kenianische Regime und als Gründerin des *Green Belt Movement* geehrt.

Für die Geschichte des Friedensnobelpreises ist die besondere Würdigung des Umweltschutzes eine qualitative Neuerung, die von Umwelt-Politikern aller Parteien begrüßt wurde. Bei der Verleihung des Preises am 10. Dezember 2004 betonte der Chef des Nobelkomitees Ole Danbolt Mjøs »Frieden auf Erden hängt von unserer Fähigkeit zur Bewahrung einer lebendigen Umwelt ab.«

Weitere Auszeichnungen

- Woman of the Year Award 1983
- Alternativer Nobelpreis (Right Livelihood Award) 1984
- Better World Society Award 1986
- Windstar Award for the Environment 1989

- Woman of the World Award 1989
- Africa Prize for Leadership for the Sustainable End of Hunger 1991
- Goldman Environmental Prize 1991
- Ehrendoktorwürde im Fachbereich Veterinärmedizin der Justus-Liebig-Universität in Gießen 1992 (In den USA und Norwegen erhielt sie insgesamt drei Ehrendoktor-Titel)
- Edinburgh Medal 1993
- Golden Ark Award 1994
- Petra-Kelly-Preis 2004
- Sophie-Preis 2004
- Friedensnobelpreis 2004

Literatur

- Stefan Ehlert: *Wangari Maathai – die Mutter der Bäume*, Herder Verlag Freiburg, 2004
- Wangari Maathai: *The Green Belt Movement: Sharing the Approach and the Experience*, Lantern Books New York, 2003

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Wangari_Muta_Maathai. Hauptautoren: WikiWikinger, Sputnik, Tsui, Achim Raschka, Addicted, Temistokles, Andrsvoss, Daniel B, Adomnan, FlaBot, Haeber, Herr Rossi, DaB., Victor Ströver, Head, Brunello, anonyme Bearbeiter.

2005

Internationale Atomenergieorganisation



Abb. 95: Flagge der IAEAO

Die **Internationale Atomenergieorganisation (IAEO)**, englisch: *International Atomic Energy Agency, IAEA*) ist eine wissenschaftlich-technische Organisation, die mit den Vereinten Nationen durch ein Sonderabkommen verbunden ist. Die IAEO soll die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie und der Anwendung radioaktiver Stoffe fördern und gleichzeitig den Missbrauch dieser Technologie (z. B. Proliferation von Kernwaffen) durch Überwachungsmaßnahmen (»Safeguards«) verhindern. Für ihren Einsatz für diese Ziele wird sie 2005 gemeinsam mit ihrem aktuellen Generalsekretär → Mohammed el-Baradei mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Organisation

Die IAEO wurde am 29. Juli 1957 im Rahmen des Programms »Atoms for Peace« gegründet und hat ihren Verwaltungssitz in der Wiener UNO-City (Österreich). Regionale Büros sind in Genf/Schweiz, New York/USA, Toronto/Kanada und Tokio/Japan angesiedelt.

Das kerntechnische Untersuchungslabor befindet sich im etwa 30 km von Wien entfernten Seibersdorf auf dem Gelände des Austrian Research Centers. Außerdem betreibt und fördert die IAEO Kernforschungszentren in Monaco und Triest/Italien.

Die IAEO setzt sich aus der Generalkonferenz, dem Gouverneursrat (*Board of Governors*) und dem Sekretariat zusammen. Derzeitiger Gene-

raldirektor ist → Mohammed el-Baradei. 2004 verfügte die Organisation über etwa 2200 Mitarbeiter (davon etwa 350 Inspektoren) aus über 90 Ländern.

Die sechs Hauptabteilungen, jeweils unter einem Vizedirektor, sind den Ressorts Technische Zusammenarbeit, Kernenergie, Nukleare Sicherheit, Verwaltung, Nuklearwissenschaften und Anwendungen sowie Kernmaterialüberwachung (»Safeguards«) zugeordnet.

Die Programme und Gelder werden von dem 35-köpfigen Gouverneursrat und der Generalversammlung aller Mitgliedsstaaten festgelegt. Der Etat beinhaltet ein reguläres Budget sowie zusätzlich freiwillige Beiträge. Das reguläre Budget für 2004 belief sich auf rund 270 Millionen US \$. An zusätzlichen Beiträgen werden rund 75 Millionen US \$ angestrebt. Die Ausgaben der IAEO werden jährlich von einer externen Prüforgansation (englisch: *External Auditor*) geprüft. Der External Auditor wird von der Generalkonferenz gewählt. Zurzeit ist der Vizepräsident des deutschen Bundesrechnungshofes External Auditor der IAEO.

Berichte zu den Aktivitäten der IAEO werden regelmäßig und zusätzlich bei Bedarf dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und der UN-Generalversammlung vorgelegt. In jüngerer Zeit erregte die IAEO vor allem durch ihre Missionen im Irak vor Beginn des Krieges im Jahr 2003 sowie für ihre Arbeit in Nordkorea und dem Iran weltweite Aufmerksamkeit.

Arbeitsgebiete

Atomwaffensperrvertrag – Unter anderem ist die IAEO seit März 1970 auch zuständig für die Überwachung des Atomwaffensperrvertrages. Neben der Entsendung von Inspektoren, die weltweit etwa 2500 Überprüfungen vor Ort anstellen, bedient sich die IAEO mittlerweile auch der Satellitenüberwachung und ähnlicher Mittel, um die Einhaltung des Sperrvertrags zu kontrollieren. Ins internationale Interesse rückte sie 1991 nach Beendigung des zweiten Golfkriegs, als sie im Irak erstmals auch Untersuchungen außerhalb der vertraglichen Selbstverpflichtung eines Unterzeichnerstaates anstellen durfte und dabei ein geheimes Atomwaffenprogramm enthüllte.

Weitere Arbeitsgebiete – Außerdem engagiert sich die IAEO in der Anwendung und Entwicklung von friedlichen Möglichkeiten der Nuklear-technologie, z. B. in der Medizin, Landwirtschaft, Produktionsprozessen und natürlich der Stromerzeugung. Das IAEO-Forschungszentrum in

Seibersdorf (Niederösterreich) beherbergt mehrere Abteilungen, die sich mit verschiedensten Applikationen der Kernenergie befassen; es gibt eigene Abteilungen für Pflanzenzucht (Plant Breeding), Erdreich (Soil Science), Agrochemie, Entomologie (Insektenkunde, in deren Rahmen u. a. das unten genannte SIT-Programm erforscht wird). Ferner werden auch veterinärmedizinische Anwendungen in Seibersdorf erforscht und durchgeführt. Die Laboratorien dort beschäftigen ca. 180 Mitarbeiter (ca. 2.200 IAEO gesamt).

Zusammen mit der FAO betreibt die IAEO unter anderem ein Forschungsprogramm, welches sich mit der Sterile Insect Technology (SIT) beschäftigt. Dabei werden männliche Insekten mittels Radioaktivität bestrahlt und so sterilisiert. Diese werden in der freien Wildbahn ausgesetzt und geben ihren sterilen Samen an die Weibchen weiter. Langfristig sollen so Krankheiten wie Malaria oder die Schlafkrankheit ausgerottet werden.

Auszeichnungen und Preise

Die Internationale Atomenergieorganisation wurde für ihre Arbeit mit einer Reihe von internationalen Friedenspreisen ausgezeichnet. Vor allem die Vergabe des Friedensnobelpreises wurde von Umweltschutzgruppen allerdings auch kritisch kommentiert, da die Behörde sich zwar konsequent gegen die militärische Nutzung der Atomenergie ausspricht, eine friedliche Nutzung jedoch weiterhin fördert.

- 2003 – *Peace Pole*, Friedenspreis der Goi Peace Foundation, Japan
- 2003 – *Science & Peace Gold Medal* der Albert Schweitzer International University, Spanien
- 2004 – *Berliner Friedensuhr-Preis* des Berliner Komitees für UNESCO-Arbeit
- 2005 – Friedensnobelpreis

Weblink

- Offizielle Website der Internationalen Atomenergie-Organisation (↳ <http://www.iaea.org>)

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Internationale_Atomenergieorganisation.

Mohammed el-Baradei

Mohammed el-Baradei (*Muhammad al-Barādā'ī*; * 17. Juni 1942 in Kairo/Ägypten) ist Generaldirektor der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) und Träger des Friedensnobelpreises (2005).

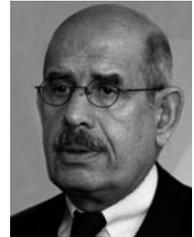


Abb. 96: Mohammed el-Baradei

Biographie

Ausbildung und Privatleben – Mohammed el-Baradei ist der Sohn des Anwalts Mostafa el-Baradei, des ehemaligen Präsidenten der *Egyptian Bar Association*.

Er studierte in Kairo Rechtswissenschaften und schloss dieses 1962 mit dem Bachelor ab. Zwei Jahre später begann seine Karriere als Diplomat, zunächst an der Ständigen Vertretung seines Landes bei den *Vereinten Nationen* in New York und Genua. 1974 promovierte er an der New York University School of Law und wurde Rechtsberater im ägyptischen Außenministerium bis zum Jahr 1978.

Er ist Mitglied der *International Law Association* und der *American Society of International Law*. Verheiratet ist er mit der Kindergärtnerin Aida Elkachef. Das Ehepaar el-Baradei hat zwei Kinder, Laila and Mostafa. Im Zusammenhang mit den Verhandlungen im Iran um die Einschränkung der atomaren Forschung kamen Gerüchte auf, dass Aida Elkachef Iranerin sei und el-Baradei dadurch nicht neutral bewerte. Man fürchtete eine Einflussnahme seiner Ehefrau. Dieser Aussage wurde von der IAEO öffentlich widersprochen.

Wirken in der IAEO – 1980 wechselte Mohammed el-Baradei zu den *Vereinten Nationen* in das Internationale Rechtsprogramm am *Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen*. Parallel dazu war er von 1981 bis 1987 als außerordentlicher Professor für Internationales Recht an der New York University School of Law tätig.

1984 wurde er zum Repräsentanten des Generaldirektors der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) ernannt. 1987 bis 1991 leitete er die Rechtsabteilung der Behörde. 1993 wurde er Stellvertreter des Generaldirektors Hans Blix für externe Angelegenheiten. Am 1. Dezember 1997 wurde er selbst zu dessen Nachfolger als Generalsekretär gewählt, im Jahr 2001 wurde er durch Wiederwahl in diesem Amt bestätigt.

El-Baradei wurde durch seine unerschrockene Kritik an der vorgeschobenen Begründung der USA für den Irak-Krieg, in dieser Region würden atomare Massenvernichtungswaffen gelagert, zum Ziel scharfer diplomatischer Angriffe von Seiten der US-Regierung unter George W. Bush. Diese versuchte über Monate hinweg, seine Wiederwahl als Generaldirektor der IAEO zu verhindern. Als weiteren Grund trugen die USA vor, dass el-Baradei sich nicht deutlich genug gegen das Atomprogramm des Iran ausgesprochen habe. Erst nach einem Treffen zwischen el-Baradei und der US-Außenministerin Condoleezza Rice verstummten die kritischen Stimmen aus der US-Regierung.

Vor dem Hintergrund der ab 2005 auch in den USA zunehmenden Zweifel an der Richtigkeit der Intervention im Irak ebte dieses diplomatische »Sperrfeuer« allmählich wieder ab. Am 26. September 2005 wurde el-Baradei von der IAEO-Hauptversammlung in ihrem Sitz in Wien einstimmig für eine dritte vierjährige Amtszeit als Generaldirektor bestätigt.

Am 7. Oktober 2005 wurde bekanntgegeben, dass der Friedensnobelpreis im Jahr 2005 an el-Baradei und die Internationale Atomenergieorganisation vergeben wird. Damit würdigte das norwegische Nobelpreiskomitee ihren Einsatz gegen den Missbrauch von Atomenergie für militärische Zwecke und die Gewährleistung maximaler Sicherheitsstandards bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Mohammed_el-Baradei.

Anhang

Literatur

- Bernhard Kupfer: *Lexikon der Nobelpreisträger*, Patmos Verlag Düsseldorf 2001 (ISBN 3-491-72451-1)
- Brockhaus *Nobelpreise – Chronik herausragender Leistungen*, Brockhaus, Mannheim 2004 (ISBN 3-7653-0492-1)
- Peter Badge: *Nobelpreisträger im Portrait*, Ars Vivendi 2004 (ISBN 3-89716-519-8)
- Heinrich Zankl: *Nobelpreise: Brisante Affairen, umstrittene Entscheidungen*, Wiley-VCH 2005 (ISBN 3-527-31182-3)
- John Bankston: *Alfred Nobel: And the Story of the Nobel Prize (Great Achievement Awards)*, Mitchell Lane Publishers 2003
- Agneta Wallin Levinovitz, Nils Ringertz (Herausgeber): *The Nobel Prize: The First 100 Years*, World Scientific Publishing Company 2001
- Charlotte Kerner: *Madame Curie und ihre Schwestern*, Beltz 2001 (ISBN 3-407-78868-1)
- Charlotte Kerner: *Nicht nur Madame Curie ...*, Beltz 2001 (ISBN 3-407-78839-8)
- Sharon Bertsch McGrayne: *Nobel Prize Women in Science: Their Lives, Struggles, and Momentous Discoveries*, National Academies Press 2001
- Geseko von Lüpke: *Die Alternative*, Riemann 2003 (ISBN 3-570-50031-4) – Buch zum Alternativen Nobelpreis

Weblinks

- Der Friedensnobelpreis (Offizielle Seite) (↗ <http://www.nobel.no>) (englisch)
- Der Friedensnobelpreis im Nobel e-museum (↗ <http://nobelprize.org/peace>)
- Liste der Friedensnobelpreisträger (↗ <http://www.nobel.se/peace/laureates/index.html>)
- Informationen des Deutschen Historischen Museums zum Friedensnobelpreis (↗ <http://www.dhm.de/lemo/html/kaiserreich/wissenschaft/nobelpreis/frieden>)

Gesamtautorenliste

κ, Život, Ćpa, * Marvoloe* Rised* , 1st-angel, 217, 23.144186.42, 24-online, 4tilden, Ablaubaer, Abu el mot, Acf, Achim Raschka, Adam78, Addicted, Adlerwarte, Admean, Adomnan, A-giáu, Agla-rech, AHoerstemeier, AHZ, Ai, Aineias, Aka, AkaBot, Akkolon, Akl, Alarion, Albinfo, Albrecht Conz, Aldawalda, ALEI, Alex Anlicker, Alex1011, Alexander Fischer, Alexander Grüner, AlexNN, AlexR, Alien4, Alkibiades, Aloiswuest, AlphaCentauri, Altruist, Amtiss, AN, Anathema, Andre Engels, Andreas Reuland, Andreas S., AndreasE, AndreasPraefcke, AndreasWolf, Andrest, Andrs-voss, Andy Kohler, Anghy, Anima, AnjaK, Annalog, Anstandsrest, Antifaschist 666, Anwiha, Ape-Bot, APPER, Aragorn05, Archaeomax, Aries, Armer Bauer, Arne List, ArnoLagrange, Arnomane, Arson, ArtMechanic, Artos Mueller, Asb, Asdert, ASK, Atamari, Ath, Attallah, Auchwaswiser, Azhai, Azim, Bahnmoeller, Baldhur, Bali70, Balú, Bassaar, Batrox, Baumi, Bdk, Bear, Beatus, Be-blawie, Beckerfrederik, BeGood, Belz, Bemoeial, Bender235, Benedikt, Benji, Benni Bärmann, Ben-Zin, Berasategui, Bergi, Berlin-Jurist, Bernd Schmeling, Bernd Untiedt, BerndGehrmann, Bernhard55, BernhardL, Bertha, Bettenburg, Bettenlager, Bew, Beyer, Bhuck, Bib, Bierdimpfl, Bit-teleschen, BK, BladeRunner99, Blaite, Blaubahn, BLueFiSH.as, Bnow, Bonzo* , Bota47, Botteler, Bradypus, Breeze, Breogan67, Brunello, BS Thurner Hof, BStreit, Buecherfresser, Burdigala, BW-Bot, C.Löser, C.wyss, Caeschfloh, Calesty, Call one, Calma, Calvin Ballantine, Caramdir, Card-hu, Cassandro, Catira, Catmangu, CdaMVvWgS, Ceemm, Charon65, Chef, Chigliak, Chobot, Chriki, Chris 73, Chrisfrenzel, ChrisM, Christian * Yendi* Severin, Christian Günther, Christian List, Christoph Buhlheller, Christoph Schall, Christoph Wagener, ChristophDemmer, Christo-phLanger, Chrlk, Chun-hian, Ciceronl, Ciciban, Cinnamon, Cirdan, Civvi, Ckeen, Clemenceau, Cloner, Coconut, Collector1805, ColumbanLeathan, ConBot, Concept1, Conny, Converse, Con-verse script, Cpt. Jumbo, Creando, Crissov, Cropduster, Crux, CSonic, Cstim, Cuno.1, Cuyahoga, D, DaB., Daboss, Daenike, DaMutz, Daniel, Daniel B, Daniel FR, Danimo, Dapete, Darina, Darko-ne, DarkScipio, DaTroll, Daud, David.wintzer, Deadhead, DeepThought2, DeeZwoo, Degt, Delos, Dennis Scheffel, Deprify, Der Eberswalder, DestroyerHero, Devilygirly, DF, Dialin-212-144-129-214.arcor-ip.net, Dibe, Dickbauch, Diddi, Didiego, Diftong, Dingo, Dirk33, Dishayloo, Doclecter, Doktor Döblinger, Dolos, Dominik, DonaldDuck, Dr. Manuel, Drachenkind, Draggi, Drbshir117, Drumknot, Duesentrieb, Duesi, Dundak, Dymat, E.Maron, EBB, Eborutta, Echoray, Eckhart Wörner, Ecki, Ehrhardt, Eilmeldung, Ein anderer Name, Einfach-z, Ekkenekepen, Ekuah, El, El Suizo, Elborn, Elian, Eliashedberg, Ellywa, ElRaki, Elya, Emes, Emhauck, Enslin, Erichnohe, Eric-Poehlsen, EricS, ErikDunsing, ErnstA, Ernstl, Erwin E aus U, EUBürger, Eulersgarten, F.huebner, Fab, Fabiand, Factumquintus, Fairfis, Fantom, Feinschreiber, Feitscher g, FEXX, Fgb, Filzstift, Fi-nanzer, Fire, FlaBot, Flaco, Floffm, FlohEinstein, Flominator, Florian.keller, Florian.Keßler, Flori-anB, Flups, Fm4, Fontane44, Forevermore, Franjo, Fransvannes, FranziSka, Freiligrath, Fridolin freudenfett, Fristu, Fritz, Frolo, Frommbold, Fschoenm, Fun-total, Fussl kopp, Futschigama, Fu-tureCrash, Fuzzy, G, Gabor, Gaert, Gail, Gala, Gandalf, Gangleri, Gauss, Gavin.C, Gbust, Gd-schung, Gebu, Gecek, Gedeon, Geisslr, Generator, Georgius, Georgsh, Geos, Gerbil, Gerhard Lud-

wig Millhouse, Gerhard51, Gerome, Gersve, Geschichtsfan, Gestumblindi, Gfloh, Gh, Ghoffart, Giant2, Gidonb, Gimpkiller, Gnom, Gnosis, GNosis, Gpvos, GregorHelms, Griesgram, Grimm59 rade, Gugganij, Guidod, Guillermo, Gum'Mib'Aer, Gunnar Eberlein, Gunter.krebs, Gurt, Gutsul D, Gut, Habakuk, Hadhuey, Haeber, Hafenbar, Hagbard, Hannes2, Hans Genten, Hans-AC, Han-sele, Harro von Wuff, HaSee, Hashar, Hasli, HaukeZuehl, Hawei, HBJ, HdEATH, He3nry, Head, Hedavid, Heinte, HeinzWörth, Helmut Sedding, HenHei, Henning.Schröder, Henriette Fiebig, HenrikHolke, Herr Rossi, Herr Sparbier, Herrick, Hey, Hhdw, Hhielscher, Hildgund, Hinrich, Hippietrail, Historiograf, Historyk, Hoch auf einem Baum, Hoheit, Hokanomonon, Hpwerner, Hubi, Hunne, Hutch, Hutschi, Hwarang, Hydro, Idefix, Idler, IGEL, Ikescs, Ikiwaner, Ilario, Ilion, Ilja Lorek, Illyrian^Prince, Immanuel Giel, Ingocurt, Internetbewohner, Interpretix, Intertorsten, Intheusa, Inu, Irmgard, Isidor, Island, Ixitixel, J budissin, J. 'mach' wust, Jacek79, JakobVoss, JA-MES BOND, JanMeese, Janmohr, Janneman, Jan-Paul Hartmann, Jaques, Javaprog, Jcornelius, Jed, Jeez, Jekub, JeLuF, Jens.kueck, Jensens, JensMueller, Jergen, Jerotito, Jesusfreund, JeWnS, Jim-BopWalton, Jmsanta, Jnn95, Joachim T., Joerg Winkelmann, Joe's, John, John Doe, John Eff, John-ny drossel, Joho345, Jojo-schmitz, Jonathan Hornung, Jorges, Josef Spindelböck, Josua, Jpf, Jpkoes-ter1, Jpp, JPP, Jrohr, Jsgermany, Juergen, Juergen Bode, JuergenL, JüKü, Jule, Julia69, Juliensorel, Jurgen, Jvano, Jwnabd, Kaare, Kabelsalat, Kaffeefan, Kai11, Kam Solusar, Kanzler1, Käptn Weltall, Karen74, Karl Gruber, Karl-Henner, Karodde, Katharina, Katty, Kdwnv, Kébec, Keegan76, Keich-wa, Kerish, Kh80, King, Kingruedi, Kipferl, Kiro zimmer, Kku, Klemen Kocjancic, Kliv, KMJ, Knetzel, Knud Klotz, Kokiri, Kollateralschadenentferner, Königin der Nacht, Korre, Kotasik, Krick03, Kris Kaiser, Kristjan', Krje, Krokofant, KS80, Kschwarz, Kubi, Kulf, Kurt Jansson, Kurt seebauer, Kvos, Laborfaktotum, Langec, LaWa, Laza, L-Cain, Leipnizkeks, Lektor, Lenny222, Leo-nach, Leonard Vertighel, Leonardo, LeonardoRob0t, Leonce49, LERK, Leshonai, Levin, Libelle63, Liberatus, Lichtkind, LightWolf, Limasign, Linker, LIU, Lode, Lofor, Lomion, Longamp, Lost Es-pandrillo, Louie, LuckyStarr, Lukask, Luke, Lukz, Lumbar, Lung, Lupinoid, Lzur, M aus du, M.lange, M0rph, Mac, Macador, Maclemo, Madmaik, Magglz, Magnus, Magnus Manske, Maha, Majonaise, MAK, Malteser, Malteser.de, Malula, Mami, Manie, Manu, Marc Tobias Wenzel, Mar-co.Zimmer, Marcschulz, Marcu, Marcus2, Mariachi, Marilyn.hanson, Markus Mueller, Markus-Hagenlocher, Martin Aggel, Martin Hampl, Martin Rasmussen, Martin-D1, Martinl, Martinroell, Martin-vogel, Mastad, MATA HARI, Mathias Schindler, Matt1971, Matthäus Wander, Matthead, Matthias Bock, MatthiasTheSoccerFan, MauriceKA, Maxmax, Maxwell S., Maxxell, Maynard, Mazbln, Mbs, Mcschreck, MD, Mdangers, Mecker, Media lib, Mehli@wiki, Melancholie, Mel-moth1984, MFM, Miaow Miaow, Mic4web, Michael Gäbler, MichaelDiederich, MichiK, MIGNON, Migra, Mijobe, Mikano, Mike Krüger, Mikue, Mipanber, Mirer, Mistmano, Mkill, Mkleine, Mlxl, Mod, Mogelzahn, MollyMalone, Momomu, Mondlichtschatten, Montegoblu, Mounir, Mps, Mr.bloom, Mrehker, MsChaos, Mschlindwein, Mst, Muns, Musik-chris, Mvb, Mw, Mwka, Mws. richter, MythozZ, Nachrichtenmonster, Naddy, Nankea, Napa, Narr, Natura, Nd, Necrophorus, Necrosausage, Neil, Nemonand, Nemox, NeoUrfahrer, Nephelin, Nerd, NetReaper, Neumeier, New European, Nichtbesserwisser, Nickbirmingham, Nightryder, Nightwish62, Nikai, Nikolai

Schwerg, Nina, Ninahotzenplotz, Ninjamask, Nirvana, Niwi, Nobody.de, Nocturne, Noip, Norbert, Nordelch, Nornen3, Obersachse, Ocrho, Odin, OE, Oge, Oisín, Okrumnow, Olaf Hoffmann, Oliver Mayer, OPPI, Ot, Otto, Otto Normalverbraucher, Overflowed, Ozuma, Pacifier, Paddy, Panultima, Pail, Pandat, Panoramix, Parka Lewis, Parvati, PatBorm, Patchworker, PatriceNeff, Patrick Permien, Patrick-br, Paul Ebermann, Peacemaker, Peng, Pentiumforever, Perrak, Peter Flachsbauer, Peter Littmann, Peter Witte, Peter200, PeterBonn, Peterlustig, Phi, Philipendula, PhilippWeissenbacher, Phlo, Phrood, Pierre gronau, Pismire, Pit, Pixelfire, Pjacob, Pkn, Pm, Pokrajac, Poli, Popie, Popiesch, Popp, POY, PrimQuackus, Prolineserver, PS-2507, PyBot, Qno, Qualle, Quasimodo, R.sponsel, Rabanus Flavius, Ralf Gartner, Ralf5000, Ralfi, Randbewohner, Rat, Rata-tosk, Raven, Rax, Raymond, Rdb, RedBot, Redf0x, Reformator, Reima, Reincke, Reptil, Retsnum, Reykholt, Rho, Ri st, Riccius Walter, Richardfabi, Richi, Ripeill, RKraasch, Robb, Robbatt, Robbot, RobbyBer, Robert Huber, Robert Kropf, RobertLechner, Robinhood, RobM, Robodoc, Robot Monk, RobotE, RobotQuistnix, Rocastelo, Roger Zenner, RolandD, Rolling Thunder, Romanist, Romanm, Roosterfan, Rosa Lux, Rosenzweig, Roter kaiser, Rotkäppchen, Rübenmensch, Rufinus, Ruhrpott-Prolet, Rybak, Rydel, Rynacher, S.K., S.Mielke, Sadduk, Saforrest, Salmi, Salzgraf, Sam Hocevar, Sankyo, Sansculotte, Saperaud, Sarge Baldy, Sascha Brück, Scaevola, Schaengel89, Schelle, Schewek, Schlendrian, Schlumpf, Schmechi, Schnargel, Schreibkraft, Schubbay, Schulzem, Schumir, Schusch, Scooter, Sd5, Sebastian, Sebastian Wallroth, Sebastian-Andrae, Sechmet, See-Bee, Seh-Pferd, Seidl, Seither, Semmel, Severin Heiniger, Sgoo, Shannon, Sharkxtrem, Shelog, Shodan42, Shui-Ta, Sicher, Sicherlich, Siehe-auch-Löscher, Sigg, Siggibeyer, Silvanemesis, Simeon Kienzle, Simplicius, Sir, Sirdon, SirJective, Sixtus de, Sk-Bot, Skriptor, Sleepyptomcat, Sly, Smoke, Soebe, SoniC, SonicY, Southpark, Spear, Splattne, Sputnik, Srbauer, Srittau, St.Krekeler, Stahlkocher, Starwash, Stay cool, Std97, Stechlin, Steckert, Stefan h, Stefan Kühn, Stefan Volk, Stefan2810, Stefan64, StefanRybo, Steffen, Steffen Löwe Gera, Steffen M., Steffen2, SteffenB, StephanKetz, Stern, SteveK, StH, Störfix, Stw, Subsonic68, Suisui, Sumi, Supertramp, Svenboi, Sverdrup, Swust, Syrcro, Szs, Tabacha, Taggy, Tamino, Taschenrechner, Taube Nuss, Teiresias, Temistokles, Tendency, Terabyte, Thdoerfler, Theclaw, TheFlyingDutchman, TheK, Themanwithoutapast, Therealclub, Thiesi, Third, Thoemu, Thomas, Thomas E, Thomas G. Graf, Thomas Michal, Thomas.koch, ThomasK, ThomasKloiber, Thommess, Thosch66, Ths, Thuresson, Tihmann, TillF, Tilman Berger, Tim Pritlove, Tiontai, Tkarcher, TMFS, Tobias.portmann, Toeglhofer, Tohma, TomekHH, TomK32, Tommy, Tornado, Torschti, Toto, Trainspotter, Traroth, Trickstar, Triebtäter, Troels Nybo, Trublu, Trytocatchme, Tsor, Tsui, Tukas, Tullius, Tux, Twl, Ufudu, Uli, Ulitz, Ulrich Rosemeyer, Ulrich Tausend, Ulrich.fuchs, Umaluagr, Umbricht, UncleOwen, Unscheinbar, Unukorno, Urbanus, Ureinwohner, Urs Mohn, UW, VanGore, Varulv, VBurg, Vergina, Verwüstung, Vettähylikviä, Victor Ströver, Vinci, Voevoda, Voyager, Vulkan, W.wolny, Wachs, Waelder, Waggerla, Wahldresdner, Waldir, Wallnerm, Waloberger, Walter Koch, Waluigi, Wanzo, Warp, Webmaster@sgovd.org, Weede, Wegnerion, WeißNix, WernerE, Whoops, Widewitt, Wiegand, Wiegels, Wigulf, Wikibach, Wikibummler, Wikilina, WIKImaniac, WikiWikinger, Wikix, Wilhelm Lehnard, Windharp, Wing, Wingman, Winnig, Winona Ryder, Wittkowsky, W-j-s, Wniehu-

es, Wolfandreas, Wolfgang Nuss, Wolfgang1018, Wolfgangpeter, Wolfram, Wolfram1, Wolfskindt, Wölkchen, Wolley, Wolpertinger, WRomey, Wst, X, X4u, Yol, Yorg, Youandme, Yurik, YurikBot, Zahnstein, Zaxxon, Zebra, Zellreder, Zenogantner, Zerohund, Zhou Yi, Zinnmann, Zivilverteidigung, Zoidberg, Zonki, Zumbo, Zundelfrieder, Zw, Zwobot, Zytoxy.

GNU Free Documentation License

Version 1.2, November 2002

Copyright (C) 2000,2001,2002 Free Software Foundation, Inc. 59 Temple Place, Suite 330, Boston, MA 02111-1307 USA

Everyone is permitted to copy and distribute verbatim copies of this license document, but changing it is not allowed.

0. PREAMBLE

The purpose of this License is to make a manual, textbook, or other functional and useful document "free" in the sense of freedom: to assure everyone the effective freedom to copy and redistribute it, with or without modifying it, either commercially or noncommercially. Secondly, this License preserves for the author and publisher a way to get credit for their work, while not being considered responsible for modifications made by others.

This License is a kind of "copyleft", which means that derivative works of the document must themselves be free in the same sense. It complements the GNU General Public License, which is a copyleft license designed for free software.

We have designed this License in order to use it for manuals for free software, because free software needs free documentation: a free program should come with manuals providing the same freedoms that the software does. But this License is not limited to software manuals; it can be used for any textual work, regardless of subject matter or whether it is published as a printed book. We recommend this License principally for works whose purpose is instruction or reference.

1. APPLICABILITY AND DEFINITIONS

This License applies to any manual or other work, in any medium, that contains a notice placed by the copyright holder saying it can be distributed under the terms of this License. Such a notice grants a world-wide, royalty-free license, unlimited in duration, to use that work under the conditions stated herein. The "Document", below, refers to any such manual or work. Any member of the public is a licensee, and is addressed as "you". You accept the license if you copy, modify or distribute the work in a way requiring permission under copyright law.

A "Modified Version" of the Document means any work containing the Document or a portion of it, either copied verbatim, or with modifications and/or translated into another language.

A "Secondary Section" is a named appendix or a front-matter section of the Document that deals exclusively with the relationship of the publishers or authors of the Document to the Document's overall subject (or to related matters) and contains nothing that could fall directly within that overall subject. (Thus, if the Document is in part a textbook of mathematics, a Secondary Section may not explain any mathematics.) The relationship could be a matter of historical connection with the subject or with related matters, or of legal, commercial, philosophical, ethical or political position regarding them.

The "Invariant Sections" are certain Secondary Sections whose titles are designated, as being those of Invariant Sections, in the notice that says that the Document is released under this License. If a section does not fit the above definition of Secondary then it is not allowed to be designated as Invariant. The Document may contain zero Invariant Sections. If the Document does not identify any Invariant Sections then there are none.

The "Cover Texts" are certain short passages of text that are listed, as Front-Cover Texts or Back-Cover Texts, in the notice that says that the Document is released under this License. A Front-Cover Text may be at most 5 words, and a Back-Cover Text may be at most 25 words.

A "Transparent" copy of the Document means a machine-readable copy, represented in a format whose specification is available to the general public, that is suitable for revising the document straightforwardly with generic text editors or (for images composed of pixels) generic paint programs or (for drawings) some widely available drawing editor, and that is suitable for input to text formatters or for automatic translation to a variety of formats suitable for input to text formatters. A copy made in an otherwise Transparent file format whose markup, or absence of markup, has been arranged to thwart or discourage subsequent modification by readers is not Transparent. An image format is not Transparent if used for any substantial amount of text. A copy that is not "Transparent" is called "Opaque".

Examples of suitable formats for Transparent copies include plain ASCII without markup, Texinfo input format, LaTeX input format, SGML or XML using a publicly available DTD, and standard-conforming simple HTML, PostScript or PDF designed for human modification. Examples of transparent image formats include PNG, XCF and JPG. Opaque formats include proprietary formats that can be read and edited only by proprietary word processors, SGML or XML for which the DTD and/or processing tools are not generally available, and the machine-generated HTML, PostScript or PDF produced by some word processors for output purposes only.

The "Title Page" means, for a printed book, the title page itself, plus such following pages as are needed to hold, legibly, the material this License requires to appear in the title page. For works in formats which do not have any

title page as such, "Title Page" means the text near the most prominent appearance of the work's title, preceding the beginning of the body of the text.

A section "Entitled XYZ" means a named subunit of the Document whose title either is precisely XYZ or contains XYZ in parentheses following text that translates XYZ in another language. (Here XYZ stands for a specific section name mentioned below, such as "Acknowledgements", "Dedications", "Endorsements", or "History") To "Preserve the Title" of such a section when you modify the Document means that it remains a section "Entitled XYZ" according to this definition.

The Document may include Warranty Disclaimers next to the notice which states that this License applies to the Document. These Warranty Disclaimers are considered to be included by reference in this License, but only as regards disclaiming warranties: any other implication that these Warranty Disclaimers may have is void and has no effect on the meaning of this License.

2. VERBATIM COPYING

You may copy and distribute the Document in any medium, either commercially or noncommercially, provided that this License, the copyright notices, and the license notice saying this License applies to the Document are reproduced in all copies, and that you add no other conditions whatsoever to those of this License. You may not use technical measures to obstruct or control the reading or further copying of the copies you make or distribute. However, you may accept compensation in exchange for copies. If you distribute a large enough number of copies you must also follow the conditions in section 3.

You may also lend copies, under the same conditions stated above, and you may publicly display copies.

3. COPYING IN QUANTITY

If you publish printed copies (or copies in media that commonly have printed covers) of the Document, numbering more than 100, and the Document's license notice requires Cover Texts, you must enclose the copies in covers that carry, clearly and legibly, all these Cover Texts: Front-Cover Texts on the front cover, and Back-Cover Texts on the back cover. Both covers must also clearly and legibly identify you as the publisher of these copies. The front cover must present the full title with all words of the title equally prominent and visible. You may add other material on the covers in addition. Copying with changes limited to the covers, as long as they preserve the title of the Document and satisfy these conditions, can be treated as verbatim copying in other respects.

If the required texts for either cover are too voluminous to fit legibly, you should put the first ones listed (as many as fit reasonably) on the actual cover, and continue the rest onto adjacent pages.

If you publish or distribute Opaque copies of the Document numbering more than 100, you must either include a machine-readable Transparent copy along with each Opaque copy, or state in or with each Opaque copy a computer-network location from which the general network-using public has access to download using public-standard network protocols a complete Transparent copy of the Document, free of added material. If you use the latter option, you must take reasonably prudent steps, when you begin distribution of Opaque copies in quantity, to ensure that this Transparent copy will remain thus accessible at the stated location until at least one year after the last time you distribute an Opaque copy (directly or through your agents or retailers) of that edition to the public.

It is requested, but not required, that you contact the authors of the Document well before redistributing any large number of copies, to give them a chance to provide you with an updated version of the Document.

4. MODIFICATIONS

You may copy and distribute a Modified Version of the Document under the conditions of sections 2 and 3 above, provided that you release the Modified Version under precisely this License, with the Modified Version filling the role of the Document, thus licensing distribution and modification of the Modified Version to whoever possesses a copy of it.

In addition, you must do these things in the Modified Version:

- Use in the Title Page (and on the covers, if any) a title distinct from that of the Document, and from those of previous versions (which should, if there were any, be listed in the History section of the Document). You may use the same title as a previous version if the original publisher of that version gives permission.
- List on the Title Page, as authors, one or more persons or entities responsible for authorship of the modifications in the Modified Version, together with at least five of the principal authors of the Document (all of its principal authors, if it has fewer than five), unless they release you from this requirement.
- State on the Title page the name of the publisher of the Modified Version, as the publisher.
- Preserve all the copyright notices of the Document.
- Add an appropriate copyright notice for your modifications adjacent to the other copyright notices.
- Include, immediately after the copyright notices, a license notice giving the public permission to use the Modified Version under the terms of this License, in the form shown in the Addendum below.
- Preserve in that license notice the full lists of Invariant Sections and required Cover Texts given in the Document's license notice.
- Include an unaltered copy of this License.
- Preserve the section Entitled "History", Preserve its Title, and add to it an item stating at least the title, year, new authors, and publisher of the Modified Version as given on the Title Page. If there is no section Entitled

- "History" in the Document, create one stating the title, year, authors, and publisher of the Document as given on its Title Page, then add an item describing the Modified Version as stated in the previous sentence.
- J. Preserve the network location, if any, given in the Document for public access to a Transparent copy of the Document, and likewise the network locations given in the Document for previous versions it was based on. These may be placed in the "History" section. You may omit a network location for a work that was published at least four years before the Document itself, or if the original publisher of the version it refers to gives permission.
 - K. For any section Entitled "Acknowledgements" or "Dedications", Preserve the Title of the section, and preserve in the section all the substance and tone of each of the contributor acknowledgements and/or dedications given therein.
 - L. Preserve all the Invariant Sections of the Document, unaltered in their text and in their titles. Section numbers or the equivalent are not considered part of the section titles.
 - M. Delete any section Entitled "Endorsements". Such a section may not be included in the Modified Version.
 - N. Do not retile any existing section to be Entitled "Endorsements" or to conflict in title with any Invariant Section.
 - O. Preserve any Warranty Disclaimers.

If the Modified Version includes new front-matter sections or appendices that qualify as Secondary Sections and contain no material copied from the Document, you may at your option designate some or all of these sections as invariant. To do this, add their titles to the list of Invariant Sections in the Modified Version's license notice. These titles must be distinct from any other section titles.

You may add a section Entitled "Endorsements", provided it contains nothing but endorsements of your Modified Version by various parties – for example, statements of peer review or that the text has been approved by an organization as the authoritative definition of a standard.

You may add a passage of up to five words as a Front-Cover Text, and a passage of up to 25 words as a Back-Cover Text, to the end of the list of Cover Texts in the Modified Version. Only one passage of Front-Cover Text and one of Back-Cover Text may be added by (or through arrangements made by) any one entity. If the Document already includes a cover text for the same cover, previously added by you or by arrangement made by the same entity you are acting on behalf of, you may not add another; but you may replace the old one, on explicit permission from the previous publisher that added the old one.

The author(s) and publisher(s) of the Document do not by this License give permission to use their names for publicity for or to assert or imply endorsement of any Modified Version.

5. COMBINING DOCUMENTS

You may combine the Document with other documents released under this License, under the terms defined in section 4 above for modified versions, provided that you include in the combination all of the Invariant Sections of all of the original documents, unmodified, and list them all as Invariant Sections of your combined work in its license notice, and that you preserve all their Warranty Disclaimers.

The combined work need only contain one copy of this License, and multiple identical Invariant Sections may be replaced with a single copy. If there are multiple Invariant Sections with the same name but different contents, make the title of each such section unique by adding at the end of it, in parentheses, the name of the original author or publisher of that section if known, or else a unique number. Make the same adjustment to the section titles in the list of Invariant Sections in the license notice of the combined work.

In the combination, you must combine any sections Entitled "History" in the various original documents, forming one section Entitled "History"; likewise combine any sections Entitled "Acknowledgements", and any sections Entitled "Dedications". You must delete all sections Entitled "Endorsements".

6. COLLECTIONS OF DOCUMENTS

You may make a collection consisting of the Document and other documents released under this License, and replace the individual copies of this License in the various documents with a single copy that is included in the collection, provided that you follow the rules of this License for verbatim copying of each of the documents in all other respects.

You may extract a single document from such a collection, and distribute it individually under this License, provided you insert a copy of this License into the extracted document, and follow this License in all other respects regarding verbatim copying of that document.

7. AGGREGATION WITH INDEPENDENT WORKS

A compilation of the Document or its derivatives with other separate and independent documents or works, in or on a volume of a storage or distribution medium, is called an "aggregate" if the copyright resulting from the compilation is not used to limit the legal rights of the compilation's users beyond what the individual works permit. When the Document is included in an aggregate, this License does not apply to the other works in the aggregate which are not themselves derivative works of the Document.

If the Cover Text requirement of section 3 is applicable to these copies of the Document, then if the Document is less than one half of the entire aggregate, the Document's Cover Texts may be placed on covers that bracket the Document within the aggregate, or the electronic equivalent of covers if the Document is in electronic form. Otherwise they must appear on printed covers that bracket the whole aggregate.

8. TRANSLATION

Translation is considered a kind of modification, so you may distribute translations of the Document under the terms of section 4. Replacing Invariant Sections with translations requires special permission from their copyright holders, but you may include translations of some or all Invariant Sections in addition to the original versions of these Invariant Sections. You may include a translation of this License, and all the license notices in the Document, and any Warranty Disclaimers, provided that you also include the original English version of this License and the original versions of those notices and disclaimers. In case of a disagreement between the translation and the original version of this License or a notice or disclaimer, the original version will prevail.

If a section in the Document is Entitled "Acknowledgements", "Dedications", or "History", the requirement (section 4) to Preserve its Title (section 1) will typically require changing the actual title.

9. TERMINATION

You may not copy, modify, sublicense, or distribute the Document except as expressly provided for under this License. Any other attempt to copy, modify, sublicense or distribute the Document is void, and will automatically terminate your rights under this License. However, parties who have received copies, or rights, from you under this License will not have their licenses terminated so long as such parties remain in full compliance.

10. FUTURE REVISIONS OF THIS LICENSE

The Free Software Foundation may publish new, revised versions of the GNU Free Documentation License from time to time. Such new versions will be similar in spirit to the present version, but may differ in detail to address new problems or concerns. See <http://www.gnu.org/copyleft/>.

Each version of the License is given a distinguishing version number. If the Document specifies that a particular numbered version of this License "or any later version" applies to it, you have the option of following the terms and conditions either of that specified version or of any later version that has been published (not as a draft) by the Free Software Foundation. If the Document does not specify a version number of this License, you may choose any version ever published (not as a draft) by the Free Software Foundation.

ADDENDUM: HOW TO USE THIS LICENSE FOR YOUR DOCUMENTS

To use this License in a document you have written, include a copy of the License in the document and put the following copyright and license notices just after the title page:

Copyright (c) YEAR YOUR NAME.

Permission is granted to copy, distribute and/or modify this document under the terms of the GNU Free Documentation License, Version 1.2 or any later version published by the Free Software Foundation; with no Invariant Sections, no Front-Cover Texts, and no Back-Cover Texts. A copy of the license is included in the section entitled "GNU Free Documentation License".

If you have Invariant Sections, Front-Cover Texts and Back-Cover Texts, replace the "with...Texts." line with this:

with the Invariant Sections being LIST THEIR TITLES, with the Front-Cover Texts being LIST, and with the Back-Cover Texts being LIST.

If you have Invariant Sections without Cover Texts, or some other combination of the three, merge those two alternatives to suit the situation.

If your document contains nontrivial examples of program code, we recommend releasing these examples in parallel under your choice of free software license, such as the GNU General Public License, to permit their use in free software.

GNU Free Documentation License

Version 1.2, November 2002 (deutsch)

Dies ist eine inoffizielle deutsche Übersetzung der *GNU Free Documentation License*, Version 1.2, November 2002. Sie wird nicht von der Free Software Foundation herausgegeben und erläutert auch nicht die rechtskräftigen Bedingungen für die Verbreitung von Werken, die unter der GNU FDL stehen – dies leistet nur die englischsprachige Originalversion der GNU FDL. Dennoch hoffen wir, dass diese Übersetzung dazu beiträgt, deutschsprachigen Lesern das Verständnis der GNU FDL zu erleichtern.

This is an unofficial translation of the *GNU Free Documentation License*, Version 1.2, November 2002, into German. It is not published by the Free Software Foundation, and does not legally state the distribution terms for documentation that uses the GNU FDL – only the original English text of the GNU FDL does that. However, we hope that this translation will help German speakers understand the GNU FDL better.

0. PRÄAMBEL

Der Zweck dieser *Lizenz* ist es, ein Handbuch, ein Textbuch oder ein anderes nützliches Dokument freizugeben, im Sinne von Freiheit, und jedem die tatsächliche Freiheit zu gewähren, es sowohl kommerziell als auch nicht kommerziell, mit oder ohne Änderungen zu vervielfältigen und zu verbreiten. Weiterhin ermöglicht diese *Lizenz* dem Autor oder Herausgeber, Anerkennung für seine Arbeit zu bekommen, ohne zugleich für Änderungen durch andere verantwortlich gemacht werden zu können.

Diese *Lizenz* ist eine Art »copyleft«, das heißt, dass Bearbeitungen dieses Dokuments ihrerseits in derselben Weise frei sein müssen. Sie vervollständigt die *GNU General Public License*, die eine »copyleft«-Lizenz für freie Software ist.

Diese *Lizenz* war ursprünglich für Handbücher über freie Software gedacht, denn freie Software braucht eine freie Dokumentation: Zu einem freien Programm sollte es Handbücher geben, die dieselben Freiheiten bieten, die auch die Software selbst bietet. Diese *Lizenz* ist aber nicht auf Handbücher für Software beschränkt; sondern kann auf jede Art von Text angewandt werden, unabhängig vom Thema oder davon, ob er als gedrucktes Buch veröffentlicht wird oder nicht. Wir empfehlen diese *Lizenz* prinzipiell für Werke, die als Anleitungen oder Referenzen dienen sollen.

1. ANWENDBARKEIT UND DEFINITIONEN

Diese *Lizenz* kann auf jedes Handbuch oder jedes andere Werk angewendet werden, in welchem Medium auch immer, sofern es einen Hinweis des Rechteinhabers enthält, der besagt, dass das Werk unter den Bedingungen dieser *Lizenz* verbreitet werden darf. Ein solcher Hinweis gewährt eine weltweit gültige, gebührenfreie und zeitlich unbefristete *Lizenz*, die es gestattet, das Werk unter den hier festgelegten Bedingungen zu nutzen. Der Begriff »*Dokument*« wird im Folgenden für ein jedes solches Handbuch oder Werk verwendet. Jede Person kann Lizenznehmer sein und wird im Folgenden mit »Sie« angesprochen. Sie akzeptieren die *Lizenz*, wenn Sie ein Dokument derart vervielfältigen, verändern oder verbreiten, dass Sie laut geltender Copyright-Gesetze eine Genehmigung dafür benötigen.

Eine »*modifizierte Version*« des *Dokuments* ist ein Werk, das das *Dokument* als Ganzes oder in Teilen enthält, sei es unverändert kopiert, mit Änderungen versehen und/oder in eine andere Sprache übersetzt.

Ein »*sekundärer Abschnitt*« ist ein eigens genannter Anhang oder ein das *Dokument* einleitender Abschnitt, der sich ausschließlich mit dem Verhältnis des Autors oder Herausgebers des *Dokuments* zum eigentlichen Thema des *Dokuments* (oder damit zusammenhängenden Fragen) beschäftigt, und der nichts enthält, das direkt zum eigentlichen Thema gehört. (Wenn das *Dokument* beispielsweise in Teilen ein Buch über Mathematik ist, dann darf in einem *sekundären Abschnitt* nichts über Mathematik erklärt werden.) Bei dem Verhältnis kann es sich um eine historische Verbindung zum Thema oder damit zusammenhängende Fragen handeln oder um darauf bezogene gesetzliche, gewerbliche, philosophische, ethische oder politische Standpunkte.

»*Unveränderliche Abschnitte*« sind bestimmte *sekundäre Abschnitte*, deren Titel in dem Hinweis, dass das *Dokument* dieser *Lizenz* unterstellt ist, als *unveränderliche Abschnitte* bezeichnet werden. Wenn ein Abschnitt nicht unter die oben stehende Definition eines *sekundären Abschnitts* fällt, dann ist es nicht erlaubt, ihn als *unveränderlich* zu bezeichnen. Es müssen in einem *Dokument* keine *unveränderlichen Abschnitte* vorkommen. Wenn das *Dokument* keine *unveränderlichen Abschnitte* festlegt, gibt es keine.

»*Umschlagtexte*« sind bestimmte kurze Textabschnitte, die als *vordere Umschlagtexte* oder *hintere Umschlagtexte* in dem Hinweis aufgelistet sind, der besagt, dass das *Dokument* dieser *Lizenz* unterstellt ist. Ein *vorderer Umschlagtext* darf höchstens fünf Worte enthalten, ein *hinterer Umschlagtext* höchstens 25 Worte.

Eine »*transparente Kopie*« des *Dokuments* ist eine maschinenlesbare Kopie in einem Format, dessen Spezifikation allgemein verfügbar ist. Das heißt, dass sie mit einem gewöhnlichen Texteditor oder (für Bilder, die aus Pixeln bestehen) mit einem gewöhnlichen Bildbearbeitungsprogramm oder (für Zeichnungen) mit einem üblichen Zeichenprogramm auf einfache Weise überarbeitet werden kann, und dass sie eine geeignete Eingabe für Textformatierer oder für die automatische Konvertierung in eine Reihe von Formaten darstellt, die sich ihrerseits als Eingabe für Textformatierer eignen. Eine Kopie in ein eigentlich *transparentes* Dateiformat, dessen Auszeichnungen oder dessen fehlenden Auszeichnungen jedoch so aufgebaut sind, dass spätere Veränderungen durch Leser

verhindert oder erschwert werden, heißt nicht *transparent*. Ein Bildformat ist nicht *transparent*, wenn es für eine erhebliche Menge Text verwendet wird. Eine Kopie, die nicht »*transparent*« ist, wird als »*opak*« bezeichnet.

Beispiele geeigneter Formate für *transparente* Kopien sind: einfaches ASCII ohne Auszeichnungen, Eingangsformat für Texinfo, Eingangsformat für LaTeX, SGML oder XML mit öffentlich zugänglicher DTD sowie standard-konformes einfaches HTML, Postscript oder PDF, das auf Veränderungen durch Menschen ausgelegt ist. Beispiele für *transparente* Bildformate sind: PNG, XCF und JPG. *Opake* Formate sind unter anderen solche proprietären Formate, die nur von proprietären Textverarbeitungsprogrammen gelesen und verarbeitet werden können, SGML oder XML, deren DTD und/oder Verarbeitungswerkzeuge nicht allgemein verfügbar sind, und maschinengeneriertes HTML, PostScript oder PDF, das von irgendeinem Textverarbeitungsprogramm nur zu Ausgabezwecken erzeugt wird.

Mit »*Titelseite*« wird in einem gedruckten Buch die eigentliche Titelseite bezeichnet sowie die darauf folgenden Seiten, die all das in lesbarer Form enthalten sollen, was dieser *Lizenz* gemäß auf der Titelseite erscheinen muss. Für Werke in Formaten, die keine Titelseite als solche haben, ist mit »*Titelseite*« der Text gemeint, der in der Nähe der auffälligsten Abbildung des Werktitels steht und dem Haupttext vorausgeht.

Ein »*XYZ überschriebener*« Abschnitt ist eine eigens genannte Untereinheit des *Dokuments*, deren Titel entweder genau XYZ ist oder XYZ in Klammern hinter einem Text enthält, der XYZ in eine andere Sprache übersetzt. (Hier steht XYZ für einen bestimmten Abschnittsnamen, siehe weiter unten, etwa »Danksagungen«, »Widmungen«, »Empfehlungen« oder »Historie«.). Den »*Titel*« eines solchen Abschnitts beim Verändern des *Dokuments* zu »*erhalten*« bedeutet, dass er entsprechend dieser Definition ein »*XYZ überschriebener*« Abschnitt bleibt.

Das *Dokument* kann neben dem Hinweis, der besagt, dass diese *Lizenz* auf das *Dokument* angewendet wird, *Haftungsausschlüsse* enthalten. Diese *Haftungsausschlüsse* werden betrachtet, als seien sie als Hinweise in dieser *Lizenz* enthalten, allerdings nur um Garantien auszuschließen: Jede anderweitige Folgerung aus diesen *Haftungsausschlüssen* ist ungültig und wirkt sich nicht auf den Sinn dieser *Lizenz* aus.

2. UNVERÄNDERTE KOPIEN

Sie dürfen das *Dokument* in jedem Medium sowohl kommerziell als auch nicht kommerziell vervielfältigen und verbreiten. Voraussetzung dafür ist, dass diese *Lizenz*, die Copyright-Hinweise sowie der Lizenzhinweis, der besagt, dass diese *Lizenz* auf das *Dokument* anzuwenden ist, in allen Kopien wiedergegeben werden und dass dieser *Lizenz* keine weiteren Bedingungen hinzugefügt werden. Sie dürfen in den Kopien, die Sie erstellen oder verbreiten, keinerlei technische Maßnahmen treffen, um das Lesen oder die spätere Vervielfältigung der Kopien zu erschweren oder zu kontrollieren. Dennoch dürfen Sie Gegenleistungen für Kopien akzeptieren. Wenn Sie eine entsprechend große Anzahl von Kopien vertreiben, müssen Sie zusätzlich die Bestimmungen in Paragraph 3 beachten.

Sie können außerdem unter denselben oben genannten Bedingungen Kopien verleihen und öffentlich wiedergeben.

3. KOPIEN IN STÜCKZAHLEN

Wenn Sie mehr als 100 gedruckte Kopien des *Dokuments* (oder Kopien in Medien, die üblicherweise gedruckte Umschläge haben) veröffentlichen und der Lizenzhinweis des *Dokuments* *Umschlagtexte* verlangt, müssen die Kopien in Umschlägen verpackt sein, auf denen diese *Umschlagtexte* deutlich zu lesen sind: die *vorderen Umschlagtexte* auf dem vorderen Umschlag, die *hinteren Umschlagtexte* auf dem hinteren Umschlag. Auf beiden Umschlägen müssen Sie außerdem deutlich lesbar als Herausgeber dieser Kopien genannt sein. Der vordere Umschlag muss den gesamten Titel zeigen, wobei alle Worte des Titels gleichermaßen auffällig und sichtbar sein müssen. Sie können den Umschlägen weiteres Material hinzufügen. Kopien, die Änderungen enthalten, die sich nur auf die Umschläge beziehen, können als unveränderte Kopien behandelt werden, so lange der Titel des *Dokuments* erhalten bleibt und diese Bedingungen erfüllt werden.

Wenn die erforderlichen Texte für einen der Umschläge zu umfangreich sind, sollten die ersten Texte auf dem eigentlichen Umschlag stehen (so viele, wie vernünftigerweise darauf passen), und der Rest dann auf den unmittelbar folgenden Seiten.

Wenn Sie mehr als 100 *opak* Kopien des *Dokuments* veröffentlichen oder verbreiten, müssen Sie entweder jeder *opaken* Kopie eine maschinenlesbare, *transparente* Kopie beilegen oder in bzw. mit jeder *opaken* Kopie eine Computer-Netzwerk-Adresse angeben, auf die jeder Netzwerknutzer Zugriff zum Download einer kompletten *transparenten* Kopie des *Dokuments* ohne zusätzliche Materialien über öffentliche Standardnetzwerkprotokolle hat. Wenn Sie sich für letztere Möglichkeit entscheiden, müssen Sie, wenn Sie *opak* Kopien in größerer Stückzahl vertreiben, angemessene Schritte unternehmen, um zu gewährleisten, dass die *transparente* Kopie noch mindestens ein Jahr nach dem Vertrieb der letzten *opaken* Kopie dieser Ausgabe (direkt oder über einen Agenten oder Händler) an der genannten Adresse öffentlich verfügbar bleibt.

Obwohl nicht erforderlich, wird darum gebeten, dass Sie im Vorfeld der Auslieferung einer größeren Stückzahl von Kopien Kontakt mit den Autoren des *Dokuments* aufnehmen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, Ihnen eine aktualisierte Version des *Dokuments* zur Verfügung zu stellen.

4. VERÄNDERUNGEN

Unter den oben in den Paragraphen 2 und 3 genannten Bedingungen können Sie eine *modifizierte Version* des *Dokuments* vervielfältigen und verbreiten. Voraussetzung dafür ist, dass Sie die *modifizierte Version* unter exakt dieser *Lizenz* herausgeben, wobei die *modifizierte Version* die Rolle des *Dokuments* übernimmt und damit jedem die weitere Verbreitung und Veränderung der *modifizierten Version* ermöglicht, der eine Kopie davon besitzt. Darüber hinaus müssen Sie die folgenden Punkte in der *modifizierten Version* beachten:

- A. Verwenden Sie auf der *Titelseite* (und auf den Umschlägen, sofern vorhanden) einen Titel, der sich vom Titel des *Dokuments* und von früheren Versionen unterscheidet. (Die früheren Versionen sollten, sofern es welche gibt, im Abschnitt *Historie* des *Dokuments* aufgelistet sein.) Sie können den Titel der vorherigen Version verwenden, wenn der ursprüngliche Herausgeber damit einverstanden ist.
- B. Nennen Sie auf der *Titelseite* als Autoren eine oder mehrere Personen oder Rechtsträger, die für die Urheberschaft der Veränderungen in der *modifizierten Version* verantwortlich sind, zusammen mit mindestens fünf Hauptautoren des *Dokuments* (alle Hauptautoren, wenn es weniger als fünf sind), es sei denn, diese befreien Sie davon.
- C. Nennen Sie auf der *Titelseite* den Namen des Herausgebers der *modifizierten Version* in seiner Funktion als Herausgeber.
- D. Alle Copyright-Hinweise des *Dokuments* müssen erhalten bleiben.
- E. Fügen Sie einen passenden Copyright-Hinweis für Ihre Veränderungen direkt nach den anderen Copyright-Hinweisen hinzu.
- F. Schließen Sie direkt nach den Copyright-Hinweisen einen Lizenzhinweis an, der die Genehmigung erteilt, die *modifizierte Version* unter den Bedingungen dieser *Lizenz* zu nutzen, wie im *Anhang* weiter unten beschrieben.
- G. In diesem Lizenzhinweis müssen die vollständigen Listen der *unveränderlichen Abschnitte* und erforderlichen *Umschlagtexte* erhalten bleiben, die im Lizenzhinweis des *Dokuments* aufgeführt sind.
- H. Fügen Sie eine unveränderte Kopie dieser *Lizenz* ein.
- I. Der Abschnitt *»Historie«* muss erhalten bleiben, ebenso sein *Titel*. Fügen Sie einen Eintrag hinzu, der mindestens den Titel, das Jahr, die neuen Autoren und den Herausgeber der *modifizierten Version* enthält, so wie sie auf der *Titelseite* erscheinen. Sollte es keinen Abschnitt *»Historie«* im *Dokument* geben, erstellen Sie einen, der den Titel, das Jahr, die Autoren und den Herausgeber des *Dokuments* enthält, so wie sie auf der *Titelseite* erscheinen. Fügen Sie einen Punkt hinzu, der die *modifizierte Version* beschreibt, wie im vorherigen Satz erklärt.
- J. Sofern vorhanden, muss die Netzwerkadresse erhalten bleiben, die im *Dokument* als öffentlicher Zugang zu einer *transparenten* Kopie des *Dokuments* angegeben ist, sowie die im *Dokument* angegebenen Netzwerkadressen früherer Versionen, auf denen es basiert. Diese Angaben können im Abschnitt *»Historie«* erscheinen. Sie können eine Netzwerkadresse weglassen, wenn sie sich auf ein Werk bezieht, das mindestens vier Jahre vor dem *Dokument* selbst veröffentlicht wurde, oder wenn der ursprüngliche Herausgeber der Version, auf die sie sich bezieht, seine Erlaubnis dazu erteilt.
- K. Für alle mit *»Danksagungen«* oder *»Widmungen«* *überschriebenen* Abschnitte muss der Titel erhalten bleiben, ebenso wie der ganze Inhalt und Tonfall aller Danksagungen und/oder Widmungen der beteiligten Mitarbeiter.
- L. Alle *unveränderlichen Abschnitte* des *Dokuments* müssen erhalten bleiben, unverändert in Titel und Wortlaut. Abschnittsnummern oder dergleichen gelten hierbei nicht als Teil des Titels.
- M. Löschen Sie alle mit *»Empfehlungen«* *überschriebenen* Abschnitte. Ein solcher Abschnitt darf nicht in der *modifizierten Version* enthalten sein.
- N. Benennen Sie keinen vorhandenen Abschnitt in *»Empfehlungen«* oder in einen Titel um, der mit einem *unveränderlichen Abschnitt* in Widerspruch steht.
- O. Bewahren Sie alle *Haftungsausschlüsse*.

Wenn die *modifizierte Version* neue Vorspannabschnitte oder Anhänge enthält, die als *sekundäre Abschnitte* bezeichnet werden können und kein kopiertes Material aus dem *Dokument* enthalten, können Sie nach Belieben einige oder alle diese Abschnitte als *unveränderliche Abschnitte* kennzeichnen. Fügen Sie dazu Ihre Titel zum Verzeichnis der *unveränderlichen Abschnitte* im Lizenzhinweis der *modifizierten Version* hinzu. Diese Titel müssen sich von allen anderen Abschnittstiteln unterscheiden.

Sie können einen *»Empfehlungen«* *überschriebenen* Abschnitt hinzufügen, vorausgesetzt, dieser enthält nichts als Empfehlungen Ihrer *modifizierten Version* von verschiedenen Seiten – zum Beispiel Feststellungen aus einem Expertengutachten oder dass der Text von einer Organisation als maßgebliche Definition eines Standards empfohlen wurde.

Sie können einen Absatz mit bis zu fünf Worten als *vorderen Umschlagtext* und bis zu 25 Worten als *hinteren Umschlagtext* an das Ende der Liste mit den *Umschlagtexten* der *modifizierten Version* stellen. Von jedem Rechtsträger (oder auf seine Anordnung hin) darf nur je ein Absatz für den *vorderen* und *hinteren Umschlagtext* hinzugefügt werden. Wenn das *Dokument* bereits einen Umschlagtext für denselben Umschlag enthält, der zuvor von Ihnen oder auf Anordnung des Rechtsträgers, in dessen Namen Sie tätig sind, hinzugefügt wurde, dürfen Sie keinen weiteren hinzufügen. Sie können aber den alten ersetzen, wenn Sie die ausdrückliche Genehmigung des vorherigen Herausgebers haben, der den alten Absatz hinzugefügt hat.

Der/die Autor(en) und Herausgeber des *Dokuments* erteilen durch diese *Lizenz* nicht die Genehmigung, in ihrem Namen irgendeine modifizierte Version zu bewerben oder ihnen Billigung dafür zu unterstellen oder daraus herzuleiten.

5. DOKUMENTE VERBINDEN

Sie können das *Dokument* mit anderen Dokumenten verbinden, die unter dieser *Lizenz* freigegeben sind, unter den Bedingungen des Paragraphen 4, siehe oben, für modifizierte Versionen. Die Voraussetzung dafür ist, dass Sie bei dieser Verbindung alle *unveränderlichen Abschnitte* aller Originaldokumente unverändert einfügen, dass Sie diese vollständig als *unveränderliche Abschnitte* Ihres verbundenen Werks im Lizenzhinweis aufführen und dass Sie deren *Haftungsausschlüsse* vollständig bewahren.

Das verbundene Werk braucht nur eine Kopie dieser *Lizenz* zu enthalten, und mehrere identische, *unveränderliche Abschnitte* können durch eine einzige Kopie ersetzt werden. Gibt es mehrere *unveränderliche Abschnitte* mit gleichem Namen, aber verschiedenen Inhalten, so vergeben Sie für jeden solchen Abschnitt einen eindeutigen Titel, indem Sie am Ende, falls bekannt, den Namen des ursprünglichen Autors oder Herausgebers in Klammern hinzufügen oder andernfalls eine eindeutige Nummer anhängen. Verfahren Sie entsprechend mit den Abschnittstiteln im Verzeichnis der *unveränderlichen Abschnitte* im Lizenzhinweis des verbundenen Werks.

Beim Verbinden von Dokumenten müssen Sie jeden mit *»Historie«* *überschriebenen* Abschnitt der verschiedenen Originaldokumente zu einem einzigen *»Historie«* *überschriebenen* Abschnitt verbinden; entsprechend verfahren Sie mit allen Abschnitten, die mit *»Danksagungen«* und *»Widmungen«* *überschrieben* sind. Alle mit *»Empfehlungen«* *überschriebenen* Abschnitte müssen gelöscht werden.

6. SAMMLUNGEN VON DOKUMENTEN

Sie können eine Sammlung von Dokumenten erstellen, die aus dem *Dokument* und weiteren Dokumenten besteht, die unter dieser *Lizenz* freigegeben sind. Hierzu ersetzen Sie die einzelnen Kopien dieser *Lizenz* in den verschiedenen Dokumenten durch eine einzige Kopie, die in der Sammlung enthalten ist, vorausgesetzt, Sie befolgen die Regeln dieser *Lizenz* für unverändertes Kopieren aller Dokumente in jeder anderen Hinsicht.

Sie können ein einzelnes Dokument aus einer solchen Sammlung herauslösen und einzeln unter dieser *Lizenz* verbreiten, vorausgesetzt, Sie fügen eine Kopie dieser *Lizenz* in das herausgelöste Dokument ein, und folgen ansonsten in jeder Hinsicht dieser *Lizenz* in Bezug auf die unveränderte Vervielfältigung des Dokuments.

7. ZUSAMMENLEGUNG MIT UNABHÄNGIGEN WERKEN

Eine Zusammenstellung eines *Dokuments* oder seiner Bearbeitungen mit anderen eigenständigen und unabhängigen Dokumenten oder Werken in oder auf demselben Speicher- oder Verbreitungsmedium wird dann eine *»Zusammenlegung«* genannt, wenn das aus der Zusammenstellung resultierende Copyright nicht dazu verwendet wird, die Rechte der Benutzer der Zusammenstellung weiter zu beschränken, als es die einzelnen Werke erlauben. Wenn das *Dokument* in eine Zusammenlegung eingebunden ist, so gilt diese *Lizenz* nicht für diejenigen anderen Werke dieser Zusammenlegung, die selber keine Bearbeitung des *Dokuments* sind.

Wenn die Bestimmung für den *Umschlagtext* aus Paragraph 3 auf diese Kopien des *Dokuments* anwendbar ist, dann können, wenn das *Dokument* weniger als die Hälfte der gesamten Zusammenlegung ausmacht, die *Umschlagtexte* des *Dokuments* auf Umschläge gesetzt werden, die das *Dokument* innerhalb der Zusammenlegung umschließen oder auf das elektronische Äquivalent eines Umschlages, sofern das *Dokument* in elektronischer Form vorliegt. Andernfalls müssen sie auf gedruckten Umschlägen erscheinen, die die gesamte Zusammenlegung umschließen.

8. ÜBERSETZUNG

Bei Übersetzungen handelt es sich um eine Art von Veränderung; somit können Sie Übersetzungen des *Dokuments* unter den Bestimmungen des Paragraphen 4 verbreiten. Um die *unveränderlichen Abschnitte* durch Übersetzungen zu ersetzen, benötigen Sie die spezielle Erlaubnis des Copyright-Inhabers. Sie können jedoch den Originalversionen der *unveränderlichen Abschnitte* Übersetzungen einiger oder aller *unveränderlichen Abschnitte* hinzufügen. Sie können eine Übersetzung dieser *Lizenz* und aller Lizenzhinweise im *Dokument* sowie aller *Haftungsausschlüsse* hinzufügen, vorausgesetzt, dass Sie ebenso die englischsprachige Originalversion dieser *Lizenz* und alle originalsprachigen Versionen dieser Hinweise und Haftungsausschlüsse aufnehmen. Für den Fall von Unstimmigkeiten zwischen der Übersetzung und der Originalversion dieser *Lizenz* oder einem Hinweis oder Haftungsausschluss hat die Originalversion Vorrang.

Ist ein Abschnitt des *Dokuments* mit *»Danksagungen«*, *»Widmungen«* oder *»Historie«* *überschrieben*, verlangt die Bedingung (Paragraph 4), den *Titel* zu *erhalten* (Paragraph 1), typischerweise eine Änderung des aktuellen Titels.

9. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Sie dürfen das *Dokument* nicht vervielfältigen, verändern, sublizenzieren oder verbreiten, es sei denn, dass Sie es ausdrücklich unter diese *Lizenz* stellen. Jeder andere Versuch, das *Dokument* zu vervielfältigen, zu verändern, zu sublizenzieren oder zu verbreiten, ist unzulässig und führt automatisch zum Entzug der durch diese *Lizenz* gewährten Rechte. Dennoch verlieren Parteien, die von Ihnen Kopien oder Rechte erhalten haben, die unter dieser *Lizenz* stehen, nicht ihre Lizenzen, solange sie sich in völliger Übereinstimmung damit befinden.

10. KÜNFTIGE ÜBERARBEITUNGEN DIESER LIZENZ

Die *Free Software Foundation* kann von Zeit zu Zeit neue, überarbeitete Versionen der *GNU Free Documentation License* veröffentlichen. Diese neuen Versionen werden den vorherigen im Geiste entsprechen, können aber in Details abweichen, um neuen Problemen oder Fragestellungen gerecht zu werden. Siehe: <http://www.gnu.org/copyleft/>

Jede Version dieser *Lizenz* bekommt eine eindeutige Versionsnummer. Wenn im *Dokument* steht, dass es dieser *Lizenz* in einer bestimmten Versionsnummer oder in »jeder späteren Version« unterstellt ist, dann haben Sie die Wahl, entweder den Bestimmungen und Konditionen der genannten Version oder denen jeder späteren Version zu folgen, die von der *Free Software Foundation* veröffentlicht wird (nicht als Entwurf). Wenn das *Dokument* keine Versionsnummer dieser *Lizenz* angibt, können Sie zwischen jeder beliebigen Version (nicht als Entwurf) wählen, die von der *Free Software Foundation* veröffentlicht wurde.

ANHANG: WIE SIE DIESE LIZENZ AUF IHRE DOKUMENTE ANWENDEN KÖNNEN

Um diese *Lizenz* auf ein Dokument anzuwenden, das Sie geschrieben haben, fügen Sie Ihrem Dokument eine Kopie der englischsprachigen Originalversion dieser *Lizenz* hinzu und setzen Sie den folgenden Copyright- und Lizenzhinweis gleich hinter die Titelseite:

Copyright (c) YEAR YOUR NAME.

Permission is granted to copy, distribute and/or modify this document under the terms of the GNU Free Documentation License, Version 1.2 or any later version published by the Free Software Foundation; with no Invariant Sections, no Front-Cover Texts, and no Back-Cover Texts. A copy of the license is included in the section entitled »GNU Free Documentation License«.

(Auf Deutsch:

Copyright (c) JAHR IHR NAME

Es ist erlaubt, dieses Dokument zu vervielfältigen, zu verbreiten und/oder zu verändern unter den Bedingungen der GNU Free Documentation License, Version 1.2 oder jeder späteren Version, die von der Free Software Foundation veröffentlicht wird; es gibt keine unveränderlichen Abschnitte, keinen vorderen Umschlagtext und keinen hinteren Umschlagtext. Eine Kopie der Lizenz ist unter dem Titel GNU Free Documentation License enthalten.)

Wenn Sie *unveränderliche Abschnitte*, *vordere* und *hintere Umschlagtexte* haben, ersetzen Sie die Zeile: »with... Texts« durch die folgende:

with the Invariant Sections being LIST THEIR TITLES, with the Front-Cover Texts being LIST, and with the Back-Cover Texts being LIST.

(Auf Deutsch:

Mit den unveränderlichen Abschnitten, und zwar LISTE DER TITEL, mit den vorderen Umschlagtexten, und zwar LISTE, und den hinteren Umschlagtexten, und zwar LISTE.)

Wenn Sie *unveränderliche Abschnitte* haben, aber keine *Umschlagtexte*, oder irgendeine andere Kombination vorliegt, fassen Sie die beiden Alternativen entsprechend Ihren Anforderungen zusammen.

Wenn Ihr Dokument nicht-triviale Beispiele von Programmcode enthält, empfehlen wir, diese Beispiele parallel unter einer freien Softwarelizenz Ihrer Wahl, beispielsweise der *GNU General Public License* freizugeben, um ihre Verwendung in freier Software zu gestatten.

Quelle: http://wiki.wikiexpress.de/WikiPress:GFDL_deutsch. Übersetzung: Hugo Giese (<http://www.giese-online.de/gnufdl-de.html>), Thomas Hafki, Nicola Uther.

Bildnachweis

Alle Abbildungen stammen von <http://de.wikipedia.org> oder von <http://commons.wikimedia.org>. Nicht aufgeführte Bilder sind gemeinfrei.

- Abb. 2: **Freigegeben**, <http://www.redcross.int>,
Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Friedensnobelpreis-1963.jpg>
- Abb. 8: **Freigegeben**, Europäische Zentralbank, Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:2e_oes.png
- Abb. 13: **GFDL**, Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Teddy_bear_-_Rory.JPG, en:User:Tarquin
- Abb. 17: **GFDL**, Georges Jansoone, 6. Mai 2005, Oostende, Belgien, Statue von Louis Mascré (1871–1929).
Quelle: [http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Auguste_Beernaert\(02\).jpg](http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Auguste_Beernaert(02).jpg)
- Abb. 19: **GFDL**, Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Croixrouge_logos.tif, Julius Kusuma
- Abb. 20: **GFDL**, Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Gedenkstein-rotes-kreuz-1864.jpg>, Arne List, 18. April 2004.
- Abb. 23: **Freigegeben**, Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Marcel_Junod-5.jpg, Benoit Junod, Schweiz
- Abb. 24: **GFDL**, Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Musee_croixrouge.JPG, Julius Kusuma
- Abb. 25: **Freigegeben**, <http://www.redcross.int>,
Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Henry_Davison.jpg
- Abb. 27: **GFDL**, Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Schweiz_Genf_IRK-Museum.jpg, Nikolai Schwerg
- Abb. 29: **Gemeinfrei**, Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Ifrc.gif>
- Abb. 32: **Gemeinfrei**, Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:RedCrescent.gif>
- Abb. 37: **Gemeinfrei**, Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Hjalmar_Brantings_porträtt_av_Richard_Bergh.jpg
- Abb. 50: **Freigegeben**, <http://www.army.mil/cmh-pg/books/wwii/csppp/frontispiece.htm>,
Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:George_Catlett_Marshall_general_of_the_US_army.jpg
- Abb. 59: **Freigegeben**, Künstler: Wilfried Huss, Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Unicef_flag.png
- Abb. 60: **GFDL**, Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:ReneCassin.JPG>, Christian Bohr
- Abb. 63: **GFDL**, Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Muenze_2dm_brandt.jpg, Stefan Kühn
- Abb. 66: **GFDL**, von <http://www.centersof-compassion.org>, Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Betty_Williams.jpg
- Abb. 71: **Agência Brasil**, Marcello Casal Jr/ABR, World Social Forum, Jan. 2003,
Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Adolfo_Pérez-Esquivel-wsf-2003.jpg
- Abb. 72: **Agência Brasil**, Marcello Casal Jr/ABR, World Social Forum, Jan. 2003,
Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Adolfo_Pérez-Esquivel-wsf-2003-2.jpg
- Abb. 73: **Freigegeben**, Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Archbishop-Tutu-medium.jpg>, Benny Gool
- Abb. 74: **Freigegeben**, <http://www.buddhismus.at/service/serv6.htm>.
Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Dalai_lama_gross4.jpg
- Abb. 75: **GFDL**, Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Dalai_Lama_Berlin_2003.jpg, Benutzer:ASK, 30. Mai 2003, Berlin
- Abb. 76: **GFDL**, Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Nelsonmadelajpg>, commons:User:Malula
- Abb. 77: **Freigegeben**, F.W.-de-Klerk-Foundation, Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:FwdeKlerk.jpg>
- Abb. 78: **Freigegeben**, 10. Mai 1990, aus <http://www.france.diplomatie.fr/photos/diplo/Afrique/apartheid/apar06.html>,
Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:De_Klerk_Mitterand.jpg
- Abb. 79: **GFDL**, Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Yasser-arafat-1999.jpg>, Hans Jørn Storgaard Andersen, 1999
- Abb. 80: **GFDL**, Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:ARAFAT.jpg>, Hans Weingartz, September 1978, <http://www.kidweb.de/hans.htm>
- Abb. 92: **Freigegeben**, Französisches Außenministerium, Abteilung Fotografien,
Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Peres-Jospin.jpg>
- Abb. 82: **GFDL**, Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Rabins_Grave.JPG, commons:User:Pharos

Abb. 83: **Agência Brasil**, Elza Fiúza/ABr., 18. Feb. 2004, Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:EastTimor.JoseRamosHorta.01.jpg>

Abb. 84: **Freigegeben** von <http://www.aerzte-ohne-grenzen.at>, Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:MSF_Logo_fr_de.jpg

Abb. 86: **GFDL**, Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:United_Nations_HQ_-_New_York_City.jpg, en:User:Djmutex

Abb. 88: **GFDL**, Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:UN_General_Assembly.jpg, Benutzer:Eborutta

Abb. 89: **GFDL**, Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:UN_security_council_2005.jpg, Bernd Untiedt, Jan. 2005

Abb. 90: **Agência Brasil**, Ricardo Stuckert/ABr, 14 Nov. 2003, Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Kofi_Annan.jpg

Abb. 95: **Freigegeben**, Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:IAEA_flag.png, Internationale Atomenergieorganisation

Abb. 96: **Freigegeben**, Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Mohamed_el-Baradei.jpg, Internationale Atomenergieorganisation

Index

A

Abbas, Mahmud 302
 Abgeordnetenhaus von Berlin 211
 ABM-Vertrag 218
 Abrüstung 38, 54, 68, 69, 101, 123, 170, 228, 268, 310
 Abu Dschihad 298
 Adams, Gerry 318, 320
 Addams, Jane 19, **129**, 132
 Adenauer, Konrad 212
 Ador, Gustave 81
 Afghanischer Bürgerkrieg 341
 Afghanistan 228, 323, 332
 African National Congress 20, 185, 291, 292, 295
 Africa Prize for Leadership
 End of Hunger 349
 Aga Khan, Sadruddin 177
 Ägypten 180, 219, 242, 246, 247, 250, 297, 306, 329, 337, 340, 353
 Ahern, Bertie 318, 320
 Ahronot, Yediot 270
 Aide aux Personnes Déplacées 181
 AIDS 293, 348
 AKP-Staaten 318
 Al-Aqsa-Intifada 300, 304
 al-Gaddafi, Muammar 293
 al-Husseini, Hadsch Mohammed Amin 297
 Al-Qaida 324
 Albert-Einstein-Friedenspreis 260
 Alfonsín, Raúl 257
 Algerien 25, 247
 Allende, Salvador 219
 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 205, 206, 240, 344
 Alternativer Nobelpreis 348
 Amer, Abdel Hakim 244
 American Anti-Imperialist League 131
 American Civil Liberties Union 131
 American Friends Service Committee 19

American Law Institute 66
 American Medal of Justice 224
 American Sociology Association 131
 Amerikanische Besatzungszone 217
 Amir, Jigal 308
 amnesty international 21, 224, **240**, 257, 314
 Amundsen, Roald 104
 Andrée, Salomon August 104
 Andropow, Juri Wladimirowitsch 281
 Angell-Lane, Ralph Norman 19, **135**
 Anglikanische Kirche 128
 Angriff auf Pearl Harbor 154, 156
 Annan, Kofi 23, 334, **336**
 Annan, Kojo 337
 Annan, Nane 336
 Apartheid 22, 186, 266, 290, 292, 295
 Appia, Louis 26, 72
 Arabische Gipfelkonferenz 244
 Arafat, Jassir 14, 22, 214, **297**, 304, 305, 308
 Arbeitgeberverband 207
 Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland 161
 Arbeitspartei (Israel) 303, 304, 307
 Arbeitsrecht 146
 Argentinien 41, 146, 238, 256, 329
 Arias Sánchez, Oscar 22, **273**
 Arnoldson, Klas Pontus 17, **54**
 Arslanian, Vatche 81
 Ärzte ohne Grenzen 23, **322**
 as-Sadat, Anwar 21, **242**, 250
 Asser, Tobias 18, **63**, 64
 Äthiopien 126, 323, 329
 Atlantik-Charta 328
 Atombombe 228, 309
 Atombombentest 172
 Atomenergie 269
 Atomkrieg 172, 268
 Atoms for Peace 350
 Atomtest 192

Atomwaffe 269
 Atomwaffensperrvertrag 224, 310, 351
 Attentat 197, 243, 248, 301
 Attlee, Clement 184
 Augsburger Friedenspreis 284
 Aung San Suu Kyi 22, 238, **286**
 Axworthy, Lloyd 315, 316

B

Baez, Joan 199, 233
 Bajer, Fredrik 17, 54, **55**, 61, 69
 Balch, Emily Greene 19, **155**, 158
 Baldwin, Stanley 108
 Baltikum 283, 285
 Bangladesch 238, 241, 323
 Baptisten 196, 339
 Bar-Lew, Chaim 306
 Barak, Ehud 300
 Barnett, Samuel Augustus 130
 Barton, Clara 74
 Barzel, Rainer 213
 Baudouin I. 188
 Bayerische Akademie der Wissenschaften 120
 Bebel, August 139
 Beernaert, Auguste 17, 57, 58, 59
 Begin, Menachem 21, 242, 247, 248, **249**, 306
 Beirut 299, 323
 Belfast 231, 235, 317, 319
 Belgien 41, 57, 58, 59, 60, 101, 181, 281, 323, 329
 Bellamy, Carol 202
 Benenson, Peter 224, 240
 Bengalen 252
 Ben Gurion, David 249, 303
 Berlin-Ultimatum 211
 Berliner Luftbrücke 332
 Berliner Mauer 212, 214
 Berliner Volkszeitung 141
 Bern 35, 37, 43, 56, 62
 Bernadotte, Folke 79, 168
 Berryman, Clifford 49
 Betar 249
 Bethe, Hans 311
 Better World Society Award 348
 Bhutan 286

Biafra 323
 Biologische Waffe 77
 Bjørnson, Bjørnstjerne 12
 Black Muslims 199
 Black Panther Party 199
 Blair, Tony 293, 318, 320, 342
 Blauhelme 304, 334
 Blix, Hans 353
 Bohr, Niels 190
 Bonner, Jeleno 228, 229
 Borlaug, Norman Ernest 21, 209
 Born, Friedrich 78
 Bosnien-Herzegowina 51, 334, 342
 Botha, Pieter Willem 295
 Bourgeois, Léon Victor 18, 97
 Boutros-Ghali, Boutros 337
 Brahimi, Lakhdar 276
 Brandt, Matthias 210
 Brandt, Rut 210
 Brandt, Willy 21, 143, 210
 Branting, Karl Hjalmar 18, 99, 100
 Brasilien 207, 261, 329
 Breitscheid, Rudolf 140
 Breschnew, Leonid Iljitsch 282
 Breschnew-Doktrin 282
 Brezina, Thomas 203
 Briand, Aristide 18, 108, 112, 116, 126, 133
 Briand-Kellogg-Pakt 19, 113, 116, 125, 126, 132
 Bridges, Calvin 191
 Brotherhood-Bewegung 137
 Bruno-Kreisky-Preis 327
 Brüssel 57, 64, 68, 101, 263, 318
 Bruton, John 320
 Buisson, Ferdinand 18, 118, 122
 Bunche, Ralph 20, 166
 Bundesverdienstkreuz 182
 Bund Neues Vaterland 121
 Burckhardt, Carl Jacob 78, 81
 Bureau International Permanent de la Paix 18, 36, 38, 55, 56, 61, 68, 69
 Burenkrieg 40, 135
 Bürgerrechtler 196, 256
 Bürgerrechtsbewegung 167, 339

Buri, Fritz 171
 Bush, George H. W. 282
 Bush, George W. 293, 342, 354
 Butler, Nicholas Murray 19, 129, 132

C

Cambridge Union Society 183
 Camp David 248, 250, 300, 340
 Cap Anamur 176
 Carazo Odio, Rodrigo 273
 CARE 161
 Carl-von-Ossietzky-Medaille 144, 234, 238
 Carnegie, Andrew 59, 133
 Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden 41, 59, 62, 67
 Carter, Jimmy 23, 219, 238, 248, 250, 339
 Carter, Rosalynn 341, 342
 Cassin, René 21, 205
 Castro, Fidel 214, 293, 342
 Cecil of Chelwood, Roger Algernon Robert 19, 148, 183
 Celina 153
 Chacokrieg 146, 147
 Chadwick, James 309
 Chamberlain, Arthur Nevill 108
 Chamberlain, Austen 18, 108
 Chamberlain, Joseph 108
 Chamberlain, Wendy 176
 Charles de Gaulle 205
 Charta der Vereinten Nationen 329, 332, 333
 Chemische Waffe 76
 Chile 219, 329
 China 126, 220, 331
 Chomsky, Noam 272
 Christlicher Verein Junger Menschen 19, 24, 157
 Chruschtschow, Nikita 192, 228
 Chun Doo-whan 326
 Churchill, Winston 154, 175, 184, 205, 328
 Clinton, Bill 234, 300
 Club of Budapest 234
 Club of Rome 284

Commoner, Barry 192
 Community of Peace People 235
 Compagnie genevoise des Colonies de Sétif 25
 Confédération du Travail – Force Ouvrière 170
 Connor, Kevin 255
 Constant, Benjamin 58
 Coolidge, Calvin 110, 126
 Corrigan, Mairead 21, 231, 232, 235
 Costa Rica 66, 273, 329
 Credit Suisse Group 35
 Cremer, William Randal 17, 33, 39, 101
 Czolgosz, Leon 47

D

d'Estournelles de Constant, Paul Henri 17, 58, 101, 133
 Dalai Lama 22, 278
 Dallaire, Roméo 337
 Damien Dutton Award 255
 Darom, Kfar 298
 Das freie Volk 140
 Das Tage-Buch 141
 Davidson, Randall Thomas 128
 Davidstern 92
 Dawes, Charles Gates 18, 108, 109
 Dawes-Plan 18, 109, 110, 116, 125
 DDR 214, 285
 Debayle, Anastasio Somoza 340
 Declaration by United Nations 328
 Democratic Unionist Party 317
 Demokratisierung 228, 283
 Deng Xiaoping 214
 Den Haag 14, 41, 43, 57, 58, 59, 63, 101, 121, 126, 131, 133, 156, 180, 260, 329, 331
 Deutsch-Französischer Krieg 28, 40, 74
 Deutscher Historikerverband 120
 Deutscher Initiativkreis für das Verbot von Landminen 315
 Deutscher Kolonialverein 115

Deutscher Medienpreis 294, 300, 308, 338
 Deutsches Rotes Kreuz 77, 88
 Deutsche Demokratische Partei 115, 122
 Deutsche Demokratische Republik 212, 213, 329
 Deutsche Friedensgesellschaft 43, 64, 121, 140
 Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen 121
 Deutsche Historikertage 120
 Deutsche Liga für Menschenrechte 142
 Deutsche Staatspartei 122
 Deutsche Volkspartei 115, 120
 Deutsche Wiedervereinigung 282
 Deutschland 41, 113, 114, 182, 189, 207, 210, 268, 282
 de Klerk, Frederik Willem 22, 293, 295
 Diefenbaker, John 180
 Die Waffen nieder! 43, 45
 Die Weltbühne 139
 Dignitas Humana Award 270
 Diktatur 254, 256, 313, 325, 340
 Dobzhansky, Theodosius 191
 Dreyfus, Alfred 118, 135
 Dreyfus-Affäre 118, 135
 Dritter Golfkrieg 342
 Dritte Französische Republik 97, 112
 Ducommun, Élie 17, 35, 38
 Dufour, Guillaume-Henri 72
 Dufour, Henri 26, 81
 Dunant, Henri 15, 17, 24, 33, 72
 Duvalier, Jean-Claude 254
 Dylan, Bob 199

E

Ebadi, Shirin 23, 45, 344
 École libre des Sciences Politiques 52
 Eden, Anthony 154
 Eduard VII. 40
 Ehrenlegion 53, 265
 Einstein, Albert 191, 309

Eisenhower, Dwight D. 175
 el-Baradei, Mohammed 23, 350, 351, 353
 Eleanor Roosevelt Award für Menschenrechte 234
 Elisabeth II. 238, 293, 310
 Emergency Committee of Atomic Scientists 191
 Enlai, Zhou 218
 Entwicklungsland 202, 209, 224, 275, 318
 Erasmuspreis 241
 Erdbeben im Indischen Ozean 2004 84
 Erhard, Ludwig 212
 Erkel, Arjan 324
 Erster Weltkrieg 38, 43, 49, 52, 56, 60, 62, 65, 67, 69, 75, 95, 98, 101, 105, 108, 110, 113, 115, 119, 121, 127, 131, 133, 136, 137, 140, 153, 156, 164, 174, 179, 183, 305, 328
 Erweckungsbewegung 24
 Eschkol, Levi 250
 Esquivel, Adolfo Maria Pérez 21, 238, 256
 Ethik 155, 172, 268
 Europadorf 182
 Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 21, 206
 Europäisches Parlament 214, 229, 318, 338
 Europäische Menschenrechtskonvention 223
 Europäische Union 87, 184, 296, 318
 Europarat 184, 223
 Evers, Medgar 198

F

Falklandkrieg 257
 Familienplanung 202
 Fatah 298
 Favret, Rémi 297
 Fazy, James 36
 FBI 199
 Feodorowna, Maria 29
 Ferrer, José Figueres 273
 Ferry, Jules 118
 Five, Kaci Kullmann 13
 Floquet, Charles Thomas 97
 Flüchtling 105, 176, 202, 243
 Food and Agriculture Organization 165, 352
 Ford, Gerald 146, 340

Forouhar, Dariush 345
 Fortschrittliche Volkspartei 121
 Fox, George 159
 France libre 205
 Frankreich 25, 38, 58, 61, 73, 97, 112, 116, 125, 172, 180, 205, 207, 220, 297, 298, 329, 331, 334
 Französisches Komitee für die Nationale Befreiung 206
 Frauenbewegung 161, 288, 347
 Frauenhandel 276
 Frauenrecht 55
 Frauenwahlrecht 131
 Freiherr von Schönau, Paul 122
 Freimaurerei 50, 113, 116
 Freisinnig-Demokratische Partei 37
 Freisinnige Volkspartei 121
 FRETILIN 312, 313, 314
 Fried, Alfred Hermann 18, 63, 64
 Friedensbewegung 35, 43, 51, 156, 269
 Friedensinsel 182
 Friedenspreis der Münchner Sicherheits-Konferenz 338
 Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 173, 260
 Friedenspreis des norwegischen Volkes 234, 238
 Friedenstruppen der Vereinten Nationen 22, 179, 180, 275
 Friedensvertrag von Versailles 65, 183
 Friends Service Council 19
 Furre, Berge Ragnar 13

G

Gandhi, Mahatma 196, 256
 García Robles, Alfonso 21, 260
 Garibaldi, Guisepppe 51
 Gascoyne-Cecil, Robert Arthur Talbot 148
 Gazastreifen 298, 307
 Geheimdienst 181, 188
 Generalsekretär der Vereinten Nationen 331, 336

Genf 24, 26, 35, 62, 72, 101, 119, 122, 135, 138, 146, 156, 176, 179, 184, 207, 259, 268, 323, 329, 350
 Genfer Abkommen 53, 80, 86
 Genfer Abrüstungskonferenz 137
 Genfer Flüchtlingskonvention 176
 Genfer Indochinakonferenz 220
 Genfer Konvention 73
 Genfer Protokoll über Abrüstungsfragen 138
 George, Lloyd 137
 Gerechter unter den Völkern 78
 Gerlach, Hellmut von 122, 140, 142
 Gesellschaft für Schlichtung und Frieden 68
 Gestapo 143
 Gewaltverzicht 292
 Gewerkschaft 39, 137, 169, 207
 Glasnost 282
 Gobat, Charles Albert 17, 35, 37, 62
 Gobat, Samuel 37
 Goethe, Johann Wolfgang von 114, 172
 Golanhöhen 219, 250, 307
 Golay, Henry 62
 Golden Ark Award 349
 Goldman Environmental Prize 349
 Gorbatschow, Michail Sergejewitsch 22, 214, 229, 261, 281
 Gorbatschow-Stiftung 284
 Gorbatschowa, Raissa 281
 Gore, Al 234
 Göring, Hermann 143
 Grand Orient de France 113
 Green Belt Movement 347, 348
 Großbritannien und Nordirland 61, 73, 95, 104, 110, 125, 179, 188, 207, 282, 298, 320, 329, 331
 Grossmann, Kurt 142
 Großmann, Stefan 141
 Grüne Revolution 209
 Guatemala 274, 288, 329, 332
 Guerilla 274, 288
 Guillaume, Günther 213
 Gusmão, Xanana 313
 Guterres, António 176
 Gwiazda, Andrzej 262

H

Haager Abkommen 41
 Haager Friedenskonferenzen 52, 59, 63
 Haager Landkriegsordnung 53, 76
 Habitat for Humanity 341
 Hagana 303, 305
 Hague Academy of International Law 67
 Haiti 153, 156, 254, 329, 342
 Hall, Aleksander 262
 Hamas 300
 Hammarskjöld, Dag 20, 187, 333
 Hammarskjöld, Hjalmar 187
 Handicap International 315, 323
 Hanoi 220
 Hartling, Poul 176
 Ha Enido 325
 Heath, Edward 246
 Heilsarmee 161
 Heinemann, Gustav 213
 Heinrich-Böll-Stiftung 348
 Henderson, Arthur 19, 137, 184
 Henry-Dunant-Museum Heiden 32
 Hersh, Seymour 219
 Herzl, Theodor 297
 Hessischer Friedenspreis 279, 280, 319
 Hetmann, Frederik 201
 Heuven Goedhart, Gerrit Jan van 177
 Himmler, Heinrich 142
 Hiroshima 156, 309, 310
 Hitler, Adolf 12, 116, 117, 143, 211
 Hizbollah 304
 Hocké, Jean-Pierre 176
 Holocaust 217, 249, 270
 Holocaust Memorial Council 271
 Honecker, Erich 214
 Hoover, J. Edgar 199, 200
 Hörbinger, Christiane 203

House of Commons 40, 108, 136, 137, 184, 318, 320
 House of Lords 149, 165
 Høyre 13
 Ho Chi Minh 220
 Hull, Cordell 19, 153
 Hull House 129, 130
 Human Rights Watch 315, 345
 Hume, John 23, 317, 319, 321
 Hussein, Saddam 214, 299

I

Ikeda Hayato 225
 Indien 108, 168, 182, 184, 185, 207, 238, 252, 259, 279, 286, 294, 329, 335
 Indigene Völker 257, 288
 Indochina 220
 Indonesien 312, 313, 341
 Institut de droit international 17, 41, 58
 Institut für Internationales Recht 52
 Institut zur Erforschung der Menschenrechte 206
 Internationaler Friedensrat 165
 Internationaler Gerichtshof 14, 28, 63, 126, 329, 331
 Internationaler Gewerkschaftsbund 170
 Internationaler Missionsrat 157
 Internationaler Pakt über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte 240
 Internationaler Schiedsgerichtshof 63, 133
 Internationaler Verband für Schiedsgerichtsbarkeit und Frieden 68
 Internationaler Versöhnungsbund 238
 Internationaler Währungsfonds 332
 Internationales Friedensbüro 121, 226
 Internationales Grünes Kreuz 284
 Internationales Komitee des Roten Kreuzes 15
 Internationaler Schiedsgerichtshof 59

Internationale Atomenergieorganisation 23, 350, 353
 Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften 20, 71
 Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit 156
 Internationale Friedenskonferenz 58
 Internationale Kampagne für das Verbot von Landminen 315, 316
 Internationale Liga für Freiheit 56, 118
 Internationale Liga für Menschenrechte 144, 234
 Internationale Liga für Schiedsgerichtsbarkeit 40
 Internationale Liga Katholischer Pazifisten 58
 Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung 18, 19, 20, 30, 71, 152, 195
 International Arbitration and Peace Association 43
 International Arbitration League 17, 40
 International Campaign to Ban Landmines 22, 315, 316
 International Commission of Jurists 224
 International Labour Organization 21, 146, 169, 207, 332
 International Law Association 58, 353
 International League for the Rights and Liberation of People 256
 International Missionary Council 19
 International Peace Bureau 224
 International Physicians for the Prevention of Nuclear War 22, 268
 Interparlamentarische Union 17, 62, 68, 100
 Intifada 301, 304, 307
 Irak 238, 247, 269, 293, 323, 329, 332, 337, 341, 351, 354

Iran 329, 332, 341, 344, 351, 354
 Irish Republican Army 223, 231, 318, 320
 Irland 184, 223, 317, 320
 Islamischer Dschihad 300, 302
 Israel 168, 180, 213, 218, 219, 238, 246, 247, 249, 260, 270, 298, 301, 303, 304, 305, 332, 340
 Italien 41, 51, 73, 126, 207, 350

J

Jackson, Frederick George 104
 Jacob, Berthold 142
 Jacobson, Siegfried 141
 Jacobson, Margarete 120
 Jalta 154
 Japan 48, 67, 126, 154, 207, 224, 238, 286, 325, 350
 Jaruzelski, Wojciech 263
 Jelzin, Boris 283
 Jemenkrieg 168
 Jerusalem 37, 247, 248, 249, 251, 297, 305, 306
 Johannesburg 266, 291, 295
 Johannes Paul II. 238, 252
 Johansen, Hjalmar 104
 John, Elton 111
 Johnson, Lyndon B. 199, 218
 Jolissaint, Pierre 36
 Jom-Kippur-Krieg 213, 219, 332
 Jouhaux, Léon 20, 169
 Jugoslawien 329, 337
 Jungdeutscher Orden 122
 Junod, Marcel 78
 Justo, Augustin Pedro 147

K

Kairo 242, 246, 297, 299, 302, 308, 353
 Kaltenbrunner, Ernst 78
 Kalter Krieg 212, 268, 281, 282, 310
 Kambodscha 221, 271, 332
 Kant, Immanuel 132
 Kapstadt 167, 292
 Karfreitagsabkommen 318
 Katayama Tetsu 225
 Katholische Kirche 57, 159, 262, 288, 313

Katholische Liga für Frieden 58
 Kaye, Danny 202
 Keating, Charles 254
 Kellenberger, Jakob 81
 Kellogg, Frank Billings 19, 125
 Kennedy, John F. 192, 197, 218
 KFOR 277
 KGB 228, 281
 Khan Abdul Ghaffar Khan 294
 Kibaki, Mwai 348
 Kiesinger, Kurt Georg 212
 Kim Dae-jung 23, 325
 Kim Jong-il 327
 Kim Young-sam 325, 326
 Kinderhilfswerk 202
 King, Martin Luther Jr. 20, 167, 196, 290
 Kishi Nobusuke 225
 Kissinger, Henry 14, 21, 217, 221, 246
 Knesset 248, 304, 306
 Kniefall von Warschau 212
 Kohl, Helmut 282
 Köhler, Eva 203
 Komintern 138
 Komitee für die Verteidigung nationaler Interessen und internationaler Versöhnung 59, 133
 Kommunistische Partei 220, 264, 283
 Kommunistische Partei Indochinas 220
 Konferenz von Dumbarton Oaks 329
 Konferenz von Jalta 329
 Kongregationalistische Kirche 185
 Konzentrationslager 77
 Konzentrationslager Auschwitz 270
 Konzentrationslager Buchenwald 78, 169, 170, 270
 Konzentrationslager Dachau 78
 Konzentrationslager Esterwegen 142
 Konzentrationslager Mauthausen 78

Konzentrationslager
Ravensbrück 78
Konzentrationslager
Sachsenhausen 78
Konzentrationslager
Sonnenburg 142
Konzentrationslager
Theresienstadt 78
Koreakrieg 180, 325
Kosovo 277
Kouchner, Bernard 323
Kreiser, Walter 141
Kreisky, Bruno 214
Krieg 43, 113, 125, 243, 268
Kriegsgefangener 76
Kriegsursachen 269
Kriegsverhütung 269
Kristelig Folkeparti 13
Krzaklewski, Marian 264
KSZE 310
Ku-Klux-Klan 198
Kuba 47, 66, 153,
214, 329, 342
Kubakrise 332
Kurtschatow, Igor
Wassiljewitsch 227
Küster, Fritz 122
Kyrle, Martha 203

L
L'Europe du Coeur au Service
du Monde 20, 182
Labour Party 136, 137, 184
Lambaréné 20, 171, 172
Lange, Christian
Lous 15, 18, 100
Langmuir, Irving 190, 191
Lapid, Yosef 302
La Fontaine, Henri 18, 68
La Vita Internazionale 52
Lech Wałęsa 262
Legio Mariae 235
Lemonier, Charles 61
Lenin, Wladimir Iljitsch 133
Leopold II. 57
Leo XIII. 29
Lesotho 266, 293
Lester B. Pearson Award 180
Lewis, Gilbert Newton 190
Le Duc Tho 14, 21, 218, 220
Libanon 250, 299,
304, 307, 323, 329
Liebermann, Saul 270
Liga für Menschenrechte
18, 118, 122

Likud 249, 304, 306
Lindt, Auguste 177
Liste der Friedensnob
elpreisträger 17
Locke, John 196
Londoner Internationale 138
Loreto-Orden 252
Los Alamos 309
Lown, Bernhard 268
Lubbers, Ruud 176
Ludwig-Quidde-Forum 123
Lundestad, Geir 13
Luthuli, Albert John 20, 185
Lyssenko, Trofim
Denissowitsch 228

M

MacBride, Seán 21, 207, 223,
226, 240
MacDonald, Ramsay 138
Machel, Samora 293
Madikizela-Mandela,
Winnie 293
Magen David Adom 92
Mahatma Gandhi
International Peace
Center 182
Mailänder Aufstand 51
Malcolm X 199
Malteserorden 71
Mandela, Makgatho 294
Mandela, Nelson 22,
290, 295
Mandschurei 48, 126, 154
Manhattan-Projekt 309
Mao Zedong 278
Mariam, Mengistu Haile 323
Marokkokrise 48
Marshall, George C. 20, 174
Marshall, Thomas R. 95
Marshallplan 174, 175
Martin Luther King Day 200
Martin Luther King
Jr. Award 234
Marx, Karl 39, 196
Marx, Wilhelm 116
Massaker von Katyn 282
Mathiopoulos, Margarita
214
Maunoir, Théodore 266, 72
Mauriac, François 271
Mazowiecki, Tadeusz 264
McGuinness, Martin 321
McKeown, Cirian 232, 237

McKinley, William
46, 66, 110
McNamara, Robert 214
Mead, George H. 131
Médecins du Monde 323
Medico international 315
Meir, Golda 245, 246, 306
Menschenrechte 15,
41, 118, 227, 240, 277,
328, 332, 338, 341
Merseburger, Peter 215
Methodismus 157, 179, 185
Meuse-Argonne-Offensive
174
Mexiko 59, 66, 126, 135,
209, 260, 288, 316, 329
Mines Advisory Group 315
Missionarinnen der
Nächstenliebe 252, 253
Mitchell, George 320
Mitterrand, François 282
Mjos, Ole Danbolt 13, 348
Mögle-Stadel, Stephan 188
Moi, Daniel arap 347
Molineaux, James 320
Mondale, Walter 340
Moneta, Ernesto
Teodoro 17, 51, 52
Monge Alvarez, Luis Alberto
273
Montgomery Bus Boycott
197
Morgan, Thomas Hunt 191
Morgenthau, Henry 154
Morgenthau-Plan 154
Moskau 165, 218, 227,
281, 326, 341
Mossad 306
Mott, John Raleigh 19, 157
Moynier, Gustave 26, 72, 81
Mubarak, Mohamed Hosni
248
Mussolini, Benito 133
Muta Maathai, Wangari
23, 347
Mutter Teresa 21, 252
Myrdal, Alva 21, 259, 260
Myrdal, Gunnar
167, 259, 260
Myrdal, Jan 259

N

Nagasaki 156, 309, 310
Nagib, Ali Muhammad 244

Nahostkonflikt 14, 218, 247,
260, 300
Nam Dinh 220
Nansen, Fridtjof 18, 76, 103,
150
Nansen-Flüchtlingspreis 323
Nansenpass 105
Napoleon III. 25, 118
Nasser, Gamal Abdel 243
Nationalsozialer Verein 115
Nationalsozialismus 77, 122,
142, 150, 156, 211, 249, 270
National Association for
the Advancement of
Colored People 131, 166
National Foundation
of Settlements and
Neighborhood Centers 131
National Party 292, 295
Native's Representatives
Council 185
NATO 179, 261, 285, 334
Naumann, Friedrich 115
New York City 46, 66,
132, 186, 197, 202, 214,
217, 270, 286, 329, 350
Ne Win 286
Ngo Dinh Diem 221
Nguyen Cao Ky 221
Nguyen Van Thieu 221
Nicaragua 274, 329, 340
Nichtregierungsorgani-
sation 203, 240, 315
Niederlande 41, 58,
63, 67, 73, 276, 329
Nipperdey, Thomas 116
Nixon, Richard 218,
226, 246, 339
Noack, Hans-Georg 201
Nobel, Alfred 11, 43
Nobelpreis für Chemie
11, 189, 191
Nobelpreis für Literatur
11, 271
Nobelpreis für Medizin 11
Nobelpreis für Physik 11
Nobel e-museum 15
Noel-Baker, Philip 20, 183
Non-violent civil rights 317
Norddeutscher Bund 120
Nordirlandkonflikt 223,
231, 232, 235, 236, 317, 319
Nordvietnam 220
Northern Ireland Executive
318

Norwegen 11, 54, 100,
103, 105, 211, 329
Novemberrevolution 122
Nowgorod, Nischni 228
Nuclear Age Peace
Foundation 238
Nürnberger Prozesse 154

O

Office international Nansen
pour les réfugiés
19, 105, 150
Oktoberrevolution 49, 62
Ökumene 127, 157, 237
Ökumenischer Rat der
Kirchen 157, 161, 236
Oliveira Salazar, António de
313
Ollenhauer, Erich 212
Olmert, Ehud 301
Olympisches Komitee 183
Olympische Spiele 183, 341
Öl für Lebensmittel 337
Ongania, Juan Carlos 256
ONUC 188
Operation Entebbe 306
Operation Overlord 175
Operation Roundup 175
Orange Society 320
Organisation für Sicherheit
und Zusammenarbeit
in Europa 310
Orr, John Boyd 20, 164
Oslo 11, 13, 64, 100, 103, 172,
186, 211, 228, 263, 280, 348
Oslo-Abkommen
300, 304, 307
Ossietzky, Carl von
12, 19, 139
Ossietzky, Maud von 140
Ossietzky-Palm,
Rosalinde von 144
Österreich 25, 42, 51, 73,
127, 182, 323, 329, 350
Osteuropa 213, 264, 283, 285
Ostrovsky, Victor 306
Osttimor 234, 312, 313, 341
Otlet, Paul 68, 69
Otto-von-Bismarck-Stiftung
219

P
Pacem in Terris Award
238, 267
Pahlevi, Reza 341
Pakistan 168, 182, 209
Palästina 168, 214,
248, 297, 298, 306
Palästinensische
Autonomiebehörde 300
Palästinensische
Autonomiegebiete
297, 300, 305
Palm, August 99
Palmach 305
Panama 48, 153,
329, 339, 340
Pan Africanist Congress 295
Papst 128, 253
Paraguay 146, 147, 329
Paris 28, 37, 52, 57, 58, 62,
97, 100, 112, 118, 127, 135,
146, 148, 155, 169, 183, 205,
223, 259, 260, 270, 301, 302
Parks, Rosa 197
Passy, Frédéric 15, 17, 24,
30, 33, 39, 40, 55, 74, 101
Pauling, Linus Carl 20, 189
Pax Christi 238
Pay y Justicia 256
Pazifikkrieg 226
Pazifismus 30, 42, 43,
52, 61, 64, 68, 101, 119,
122, 136, 155, 161, 183
Pearson, Lester 20, 179, 333
Peres, Schimon 14, 22, 300,
303, 305, 307, 308
Perestroika 282
Peres Center for Peace 304
Perez de Ciellar, Javier 312
Perón, Isabel 257
Pershing, John Joseph
110, 174
Petra-Kelly-Preis 348, 349
Petrie, Charles 109
Physicians for Human
Rights 315
Piloten ohne Grenzen 323
Pire, Georges 20, 181
Pius XI. 128
Pjongjang 327
Planetary Consciousness
Prize 267
Platt Amendment 153
PLO 247, 250, 299, 307
Pnom Penh 221
Polen 212, 249, 262,
303, 329, 330
Portugal 240, 312, 313
Pour le Mérite 173

Prager Frühling 228
 Pratt, Hodgson 43, 61, 68
 Predöhl, Max 139
 Preis der schwedischen Reichsbank für Wirtschaftswissenschaften in Gedenken an Alfred Nobel 11
 Premio la Nación de Escultura 256
 Presidential Medal of Freedom 293
 Prochorow, Alexander Michailowitsch 193
 Pugwash 22, 309

Q
 Quäker 19, 130, 159, 183
 Quidde, Ludwig 18, 118, 119
 Quirós, Daniel Oduber 273

R
 Rabin, Jitzhak 14, 22, 300, 304, 305
 Rabin, Leah 305
 Ramallah 301
 Ramon Magsaysay Award 255
 Ramos-Horta, José 22, 312, 313
 Ramus, Pierre 45
 Rassentrennung 95, 196, 197, 340
 Ray, James Earl 200
 Reagan, Ronald 219, 261, 271, 282, 341
 Renan, Ernest 43
 Renault, Louis 17, 52
 Reuter, Ernst 215
 Rexhausen, Felix 240
 Rhee, Syngman 325
 Rice, Condoleezza 354
 Richard, Cliff 111
 Richter, Horst-Eberhard 268
 Riksantikvaren 13
 Rockefeller, Nelson A. 218
 Rockefeller Foundation 209
 Rockefeller Standard Oil Trust 125
 Roh Moo-hyun 327
 Roh Tae-woo 326
 Rom 28, 36, 50, 56, 61, 69, 120, 181, 312
 Ronbeck, Sissel Marie 13

Roosevelt, Franklin D. 49, 153, 154, 167, 170, 175, 328
 Roosevelt, Theodor 17, 38, 46, 59, 66, 95, 125, 342
 Root, Elihu 18, 66
 Root-Takahira-Abkommen 67
 Rosenbaum, Ulrich 214
 Rotblat, Józef 22, 309
 Rote Khmer 221
 Rough Riders 47
 Rousseau, Jean-Jacques 196
 Royal Flying Corps 179
 Ruanda 276, 323, 334
 Ruge, Gerd 240, 285
 Ruhrbesetzung 115, 125
 Russell, Bertrand 309
 Russell-Einstein-Manifest 309
 Russisch-Japanischer Krieg 48
 Russland 42, 48, 62, 73, 137, 192, 249, 281, 284, 331

S
 Saavedra Lamas, Carlos 19, 146, 207
 Sacharow, Andrei Dmitrijewitsch 21, 227
 Sacharow-Preis 338
 Sadako Ogata 176
 Saint-Laurent, Louis 179
 SALT II 339, 340
 Sartre, Jean-Paul 173
 Satō Eisaku 224
 Schamir, Jitzhak 307
 Schärf, Adolf 203
 Sharon, Ariel 250, 300, 302, 303, 304
 Schiedsgericht 40, 41, 59, 68, 97, 206, 331
 Schlacht von Adua 51
 Schlacht von Dien Bien Phu 220
 Schlacht von Karamé 299
 Schlacht von Solferino 72
 Schlacht von Volturmo 51
 Schmidt, Helmut 212, 214
 Schnyder, Félix 177
 Schou, August 102
 Schrödinger, Erwin 190
 Schuschani, Mordechai 270
 Schwarzschild, Leopold 141

Schweden 54, 73, 99, 100, 127, 128, 172, 187, 211, 259, 260
 Schwedische Kirche 127
 Schweitzer, Albert 20, 128, 171
 Schweitzer, Louis 173
 Schweitzer-Bresslau, Helene 172
 Schweiz 24, 37, 41, 56, 65, 118, 121, 329, 350
 Sean-McBride-Preis 319
 Sechstagekrieg 219, 244, 250, 271, 306
 Separate Amenities Act 296
 Service d'Entre'Aide Familiale 181
 Servicio Paz y Justicia 256
 Settlement 155
 Simmel, Georg 155
 Simon, Jules 118
 Sinn Féin 317, 320
 Sisulu, Walter 292
 Smith, Eleanor, Rosalynn 339
 Smith, Mary Rozet 130
 Snowden, Philip 138
 Société Française pour l'arbitrage entre nations 15, 17, 55
 Society for the Family of Men 186
 Söderblom, Nathan 19, 127, 172
 Soldaten sind Mörder 142
 Sommaruga, Cornelio 78, 81
 Sommerfeld, Arnold 190
 Sonning-Preis 182
 Son La 220
 Sophie-Preis 349
 Sozialistisk Venstreparti 13
 Southern Christian Leadership Conference 197
 South African Indian Congress 185
 South West Africa People's Organization 224
 Sowjetunion 138, 180, 212, 218, 228, 245, 268, 271, 281, 282, 283, 310, 328, 329, 334, 340
 Sozialistische Internationale 155, 214, 304
 Spanien 47, 73, 150, 256
 Spanisch-Amerikanischer Krieg 47, 135, 153

Spanischer Bürgerkrieg 211
 Spencer, Diana Frances 253
 Spezialeinheit gegen Frauenhandel und Prostitution 277
 Spingarn Prize 166
 Srebrenica 276
 Stalin, Josef 154
 Stalinpreis 227
 Starr, Ellen Gates 129, 130
 Sterdivant, Alfred 191
 Stern, Carola 240
 Sternberger, Dolf 214
 Stockholm 99, 137, 183, 187, 211, 259
 Stockholmer Weltkirchenkonferenz 128
 Stoltenberg, Thorvald 176
 Stone, Irwin 193
 Stoph, Willi 212
 Storting 11, 13, 101
 Straßburg 57, 120, 142, 171, 206, 270
 Strategic Arms Limitation Talks 218, 310
 Strauß, Franz Josef 304
 Stresemann, Gustav 18, 108, 112, 113, 114
 Stresemann, Wolfgang 115
 Südafrika 40, 167, 185, 188, 266, 290, 295, 329
 Sudan 242, 323
 Südkorea 325
 Südvietnam 220
 Sueskrise 168, 179, 180, 187, 245, 298
 Suhr, Otto 211
 Suttner, Arthur Gundaccar von 42
 Suttner, Bertha von 17, 29, 42, 64
 Sydney Peace Prize 267

T
 Taft, William Howard 46, 49, 95
 Taliban 324
 Tambo, Oliver 291, 292
 Teheran 341, 344
 Tel Aviv 247, 270, 303, 305, 308
 Templeton-Preis 255
 Tenzin Gyatso 22, 278
 Thatcher, Margaret 282
 Thoreau, Henry David 196

Thubten Gyatso 278
 Tonkin-Zwischenfall 221
 Toynbee Hall 130
 Trafficking and Prostitution Investigation Unit 277
 Trimble, David 23, 317, 319
 Trudeau, Pierre 180, 282
 Truman, Harry S. 154, 168, 175
 Tschechoslowakei 213, 329
 Tschernenko, Konstantin 282
 Tschetschenien 323
 Tshombé, Moïse 188
 Tucholsky, Kurt 141
 Tum, Rigoberta Menchú 22, 288
 Tunesien 25, 59, 299
 Türkei 52, 329
 Turkmenistan 227
 Tutu, Desmond 22, 188, 266

U
 Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation 208
 Uganda 306
 Ukraine 283, 329
 Ulster Unionist Party 319, 320
 Umweltschutz 41, 347, 348
 UN-Generalsekretär 187
 UN-Generalversammlung 80, 176, 180, 187, 330, 337, 351
 UN-Resolution 334
 UN-Sicherheitsrat 275, 276, 314, 334, 335, 337
 UN-Vollversammlung 176, 299
 UN-Zivillpakt 240
 UNESCO-Preis für Friedenserziehung 268, 288
 UNIFIL 304
 Unione Lombarda per la Pace e l'Arbitrariato 51
 United Nations Children's Fund 202
 United Nations Development Programme 331
 United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) 28, 206, 224, 259, 332, 352

United Nations Environment Programme 331
 United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) 20, 21, 176, 258, 323, 331
 UNMIK 277
 UNPROFOR 276
 UPEACE 234
 USA 41, 46, 59, 62, 66, 95, 105, 115, 125, 130, 135, 153, 155, 188, 189, 207, 217, 226, 238, 245, 246, 250, 268, 272, 284, 299, 301, 316, 324, 328, 329, 331, 347, 350, 354

V
 Veneman, Ann 202
 Verband internationaler Gesellschaften 69
 Vereinigte Arabische Republik 244
 Vereinigung Unabhängiger Demokraten 122
 Vereinte Nationen 23, 41, 80, 126, 149, 153, 154, 165, 168, 170, 176, 179, 184, 187, 192, 202, 206, 207, 224, 245, 246, 248, 260, 269, 270, 275, 286, 310, 312, 323, 328, 336, 337, 350, 353
 Verne, Jules 113
 Versailles 207
 Verträge von Locarno 18, 108, 110, 112, 113, 116
 Vertrag von Oslo 316
 UN-Sicherheitsrat 275, 276, 314, 334, 335, 337
 UN-Vollversammlung 176, 299
 UN-Zivillpakt 240
 UNESCO-Preis für Friedenserziehung 268, 288
 UNIFIL 304
 Unione Lombarda per la Pace e l'Arbitrariato 51
 United Nations Children's Fund 202
 United Nations Development Programme 331
 United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) 28, 206, 224, 259, 332, 352

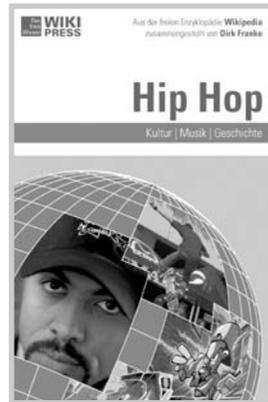
Anhang

- Völkermord in Ruanda 337
Völkerrecht 41, 52,
61, 69, 71, 76, 126,
260, 269, 328, 330
Volksrepublik China 207,
218, 279, 330, 339, 340
Volkswirtschaft 155,
183, 273
Vorster, Balthazar Johannes
266
Vo Nguyen Giap 220, 221
- W**
Wafd-Partei 243
Wallace, George 340
Wallenberg, Raoul 336
Walter Scheel 213
Walther, Gustav 139
Wannow, Kurt 144
Warschau 249, 263
Warschauer Ghetto 212
Washington (D.C.) 95,
133, 153, 161, 174, 179,
198, 226, 234, 307, 316
Web, Sidney 138
Wehner, Herbert 212
Weimarer Republik 114, 119
Weizenrevolution 209
Wells, Turnbridge 148
Weltbühne-Prozess 139, 141
Weltbund der Friedens-
organisationen 165
Weltdemokratische Union
165
Welternährungsprogramm
der Vereinten Nationen
331
Weltgesundheitsorgani-
sation 310, 332, 336
Weltmissionskonferenz
157, 236
Weltrotkreuztag 32
Weltsicherheitsrat 301
Weltwirtschaftskonfe-
renz 165
Westjordanland 250,
301, 307
Widor, Charles-Marie 171
Wiesel, Elie 22, **270**
Wilhelm I. 74
Wilhelm II. 119
Williams, Betty 21,
231, 235, 236, 237
Williams, Jody 22, 315, **316**
Wilson, Woodrow 18, 49, 67,
95, 125, 131, 148, 153, 342
Windstar Award 348
Woman of the World Award
349
Woman of the Year Award
348
Women's International
League for Peace and
Freedom 19, 131
Workman's Peace Association
40
- X**
Xhosa 290
Ximenes Belo, Carlos Felipe
22, **312**, 314
- Y**
Yad Vashem 78
Yassin, Deir 249
Yoshida Shigeru 225
Young, Owen D. 110
Ytterhorn, Inger-Marie 13
Yujiro Ikemi 193
- Z**
Zahal 303, 304, 306
Zar-Bombe 227
Zionismus 249, 270, 297, 305
Zitelmann, Arnulf 201
Zulu 185
Zweiter Japanisch-
Chinesischer Krieg 154
Zweiter Weltkrieg 53, 62,
77, 126, 154, 156, 175, 181,
184, 191, 202, 211, 217, 223,
270, 282, 309, 325, 328
Zweiter Golfkrieg 275
Zypern 168, 332

Hip Hop

Rapper und Scratcher, Breakdancer und Graffiti-Künstler, DJs und MCs: Die vor rund 30 Jahren in den amerikanischen Ghettos entstandene Subkultur des Hip Hop hat sich längst zum Massenphänomen entwickelt. Ihre Symbole und Ausdrucksformen sind zu selbstverständlichen Alltagserscheinungen geworden. Die Szene hat ihre Top Stars zu Millionären gemacht, doch nach wie vor erfindet sich der Hip Hop ständig neu: Produktionen mit rein kommerziellem Kalkül stehen aktuelle innovative Entwicklungen gegenüber. Dieses Buch verfolgt die Geschichte des Hip Hop sowie die Entwicklung einzelner Bands und ihrer verschiedenen Mitglieder.

Hip Hop
Kultur, Musik, Geschichte
WikiPress 3
ISBN 3-86640-003-9
9,90 €



DTP Professionell

Wie gestalte ich eine Seite? Welche Satzprogramme gibt es auf dem Markt? Wie erstelle ich ein druckfähiges PDF, und welche Möglichkeiten bieten XML-basierte Druckvorlagen?

Dieses Handbuch bietet konzentrierte, aktuelle Informationen für alle, die sich beruflich oder im Rahmen einer Ausbildung mit den Themen Desktop Publishing, Bildbearbeitung, Farbmanagement und Druckvorstufe beschäftigen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf modernen Techniken, geltenden Standards (Normen) und den Entwicklungen in naher Zukunft, wie der automatisierten Erstellung von Druckvorlagen mit XML.

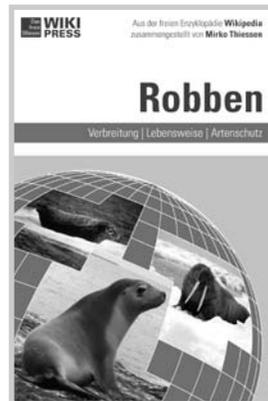
DTP Professionell
Grundlagen, Standards, Perspektiven
WikiPress 9
ISBN 3-86640-009-8
9,90 €



Robben

Robben bestechen durch ihr niedliches Aussehen und wecken den Beschützerinstinkt des Menschen, außerdem sind sie aufgrund ihrer Lebensweise im Meer geheimnisvoll und spannend. Auf der einen Seite wurden die Tiere in den vergangenen Jahrhunderten grausam gejagt, auf der anderen stellen einige Arten selbst gefährliche Jäger dar, deren Opfer vor allem Pinguine sind. Wie die 33 verschiedenen Robbenarten aussehen, wie sie sich ernähren und fortpflanzen und wo sie vorkommen, wird in diesem Buch umfassend und kenntnisreich beschrieben.

Robben
Verbreitung, Lebensweise, Artenschutz
WikiPress 5
ISBN 3-86640-005-5
8,90 €



Wikipedia – Das Buch
Mit der DVD-ROM Wikipedia 2005/2006
WikiPress 1
272 Seiten + 1 DVD-ROM
ISBN 3-86640-001-2
9,90 €

»Lies kritisch!« – »Sei mutig!« –
»Mach mit!«: Wikipedia ist und bleibt faszinierend! Dieses Buch ist das erste vollständige Handbuch über die rasant wachsende, freie Online-Enzyklopädie. Es informiert ausführlich über die Hintergründe und enthält einen umfassenden Referenzteil. Alle Texte wurden von erfahrenen Wikipedianern zusammengestellt und zeigen auch Neulingen den Weg in eine neue enzyklopädische Ära. »Wikipedia – das Buch« gibt somit auch einen Anreiz, sich in dem offenen Projekt zu engagieren.

Dieses Buch über sämtliche Friedensnobelpreisträger seit 1901 liest sich wie eine Geschichte der Konflikte und Krisen des 20. und 21. Jahrhunderts.

Martin Luther Kings riskanter Kampf gegen den Rassismus, Willy Brandts mutiges Eintreten für eine entspannte Ostpolitik oder amnesty international's anhaltendes Engagement für die Einhaltung der Menschenrechte:

Die Geschichte des Friedensnobelpreises ist reich an Beispielen interessanter Biographien und Hintergrundberichte im Spannungsfeld der großen globalen Themen der Zeitgeschichte.



WIKIPEDIA
Die freie Enzyklopädie

Die Inhalte dieses WikiPress-Buchs entstammen der deutschsprachigen Wikipedia, der freien Enzyklopädie.

Autoren der Wikipedia verzichten grundsätzlich auf ein persönliches Honorar. WikiPress unterstützt mit einem Teil der Erlöse dieses Buchs die Wikipedia und ihre Schwesterprojekte durch finanzielle Zuwendungen an den Verein »Wikimedia Deutschland – Gesellschaft zur Förderung Freien Wissens e.V.« (<http://www.wikimedia.de>).

ISBN-10 3-86640-010-1
ISBN-13 978-3-86640-010-8



9 783866 400108

€ 9.90 [D] € 10.30 [A]